

Die Universität Rostock in den Jahren 1933-1945

Referate der interdisziplinären Ringvorlesung des  
Arbeitskreises „Rostocker Universitäts- und  
Wissenschaftsgeschichte“ im Sommersemester 2011

Herausgegeben von  
Gisela Boeck und Hans-Uwe Lammel

---

Rostocker Studien zur Universitätsgeschichte Band 21

Universität Rostock 2012

Bibliografische Information der Deutschen Bibliothek

Die deutsche Bibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliographie;  
detaillierte bibliografische Angaben sind im Internet über <http://dnb.ddb.de> abrufbar.

Herausgeber: Der Rektor der Universität Rostock

Redaktion: Kersten Krüger

Druckvorlage: Christoph Wegner

Einband: Medienzentrum der Universität Rostock

Druck und Herstellung: Medienzentrum der Universität Rostock Studien 21

Copyright 2012 by Universität Rostock

ISBN 978-3-86009-132-6

Bezugsmöglichkeiten:

Universität Rostock  
Universitätsarchiv  
Schwaansche Straße 4  
18051 Rostock  
Telefon: +49-381 498 8621  
Fax: +49-381 498 8622

## Inhalt

Vorbemerkung	5
Peter Th. Walther Hochschulpolitik in Deutschland 1933-1945	7
Heinrich von Schwanewede Hans Moral (1885-1933) – Leben, Wirken und Schicksal eines bedeutenden Vertreters der Zahnheilkunde	25
Christoph Perleth David Katz – Eckpfeiler der deutschen Psychologie der Weimarer Republik	45
Diana Heß Der Internist Georg Ganter – Kollision der eigenen Meinung mit politischen Restriktionen und ihre Folgen	61
Wolfgang Bernard Der verweigerte Eid: Der Gräzistikprofessor Kurt von Fritz	71
Hannes Pingel Das Rektorat unter Professor Ernst-Heinrich Brill 1936/37	91
Gunther Viereck „Laßt das Natürlich so natürlich wie möglich“ – Der Hygieniker und Ernährungswissenschaftler Werner Kollath (1892-1970)	107
Gabriele Moser Forschungsförderung im Nationalsozialismus Der Rostocker Pharmakologe Peter Holtz und Andere	115
Dieter Hoffmann Pascual Jordan (1902-1980): Der gute Nazi	131
Juliane Deinert Die Studierenden der Rostocker Universität in der Zeit des National- sozialismus	163
Georg Hoppe, Felix Morawetz Schöner Neuer Mensch – Anthropologische Utopien in der frühen Sowjetunion und im Nationalsozialismus im Vergleich	185

Sigrid Oehler-Klein	205
Professor Hermann Alois Boehm – Ein Wissenschaftler im Dienst der nationalsozialistischen Rassenhygiene	
Kathleen Haack, Ekkehardt Kumbier	227
Verbrechen an psychisch Kranken und Behinderten in der Zeit des Nationalsozialismus. Eine Bestandsaufnahme unter besonderer Berücksichtigung von Mecklenburg und spezifisch Rostock	
Autoren	243
Ringvorlesungen zur Rostocker Universitäts- und Wissenschafts- geschichte	251

## Vorbemerkung

Erstmalig seit 1945 hat sich im Sommersemester 2011 eine Ringvorlesung mit der Geschichte der Rostocker Universität zwischen 1933 und 1945 befasst. Organisiert vom Arbeitskreis Rostocker Universitäts- und Wissenschaftsgeschichte, war das Ziel der Veranstaltung, dem Problem des Verhältnisses von politischer Macht und Wissenschaft in den Jahren 1933 bis 1945 nachzugehen. Die Idee dazu entstand in einem Hauptseminar, deren Entstehen glücklichen Umständen zu danken ist. Dr. Felix Mantel, der über die Volkswirtschaftslehre in der Zeit des Nationalsozialismus in Deutschland eine viel beachtete Monographie vorgelegt hatte, war seit 2008 als Projektmitarbeiter nach Rostock gekommen. Hans-Uwe Lammel lernte ihn kennen und sie entschlossen sich, ein gemeinsames Hauptseminar zum Verhältnis von Wissenschaft und Nationalsozialismus zu konzipieren, das keineswegs nur auf Rostock bezogen war, aber dennoch Rostocker Archivbestände mit einbeziehen sollte, wo es sich anbot. Im Verlaufe dieser für beide Seiten äußerst anregenden Veranstaltung sind einige Studenten mit hervorragenden Referaten aufgetreten, sodass die Idee entstand, diese interessanten Einzelbeiträge zusammenzubinden und mit den Arbeiten anderer Wissenschaftler sowohl in als auch außerhalb von Rostock in einer Ringvorlesung zu kombinieren. Daraus entstand eine Veranstaltung, deren Texte hier vollständig vorgelegt werden können. Unter den Autoren finden sich gleichberechtigt nebeneinander international ausgewiesene Wissenschaftshistoriker, historisch ambitionierte Fachvertreter einzelner in Rostock bestehender Disziplinen, Doktoranden und Studierende der Universität Rostock. Die Zugänge zu der uns interessierenden Grundproblematik sind sehr unterschiedlich, die Themen vielfältig und die Ergebnisse stimulierend dahingehend, mit der Erforschung dieser kurzen, aber nicht unwichtigen Etappe unserer Universitätsgeschichte in den nächsten Jahren intensiviert fortzufahren. So wird unser Blick geschärft und unsere Einsichten in Prozesse einer allgemeinen Wissenschaftsgeschichte des 20. Jahrhunderts werden erweitert.

Die Veranstaltung hatte folgende Gliederung. Nach einem allgemeinen Teil über die Veränderung der Hochschulpolitik nach 1933 wurden in einem ersten Abschnitt mit dem Zahnmediziner Hans Moral, dem Psychologen David Katz und dem Gräzisten Kurt von Fritz drei Rostocker Beispiele von vertriebenen und verfolgten Wissenschaftlern vorgestellt. Ein zweiter Abschnitt thematisierte das Problem der angepassten Wissenschaft. Dabei standen der Dermatologe Heinrich Brill, der Ernährungswissenschaftler Werner Kollath und der Philosoph Pascual Jordan im Mittelpunkt. Ein dritter Komplex widmete sich der Rolle der Studenten. Und schließlich wurde in einem vierten Teil mit dem Titel „Schöner neuer Mensch“ – ausgehend von der Frage der Utopien in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts – das Wirken des Rostocker Rassenhygienikers Hermann Alois Böhm diskutiert und anhand der neuesten Rostocker Forschungen der Zusammenhang von Eugenik, „Euthanasie“ und den Verbrechen in psychiatrischen Anstalten dargestellt.

Vor ein paar Jahren sind die Aufzeichnungen des Heidelberger „Arzt[es] für Innere und Erinnerungsmedizin“ Heinrich Hübschmann (1913-1995) aufgetaucht, der 1942 nach Berlin fuhr, um eine Reihe von Hochschullehrern und Wissenschaftlern nach ihrer Situation und Befindlichkeit zu befragen.<sup>1</sup> Am 13. September 1942 ist Hübschmann bei dem Pädagogen Eduard Spranger in dessen Haus in der Dahlemer Fabekstraße zu Gast. Am Ende des Gesprächs, so das Gedächtnisnotat Hübschmanns, provoziert der Gast den Gastgeber mit der Feststellung: „Es ist doch vieles, was heute geschieht, einfach entsetzlich!“ Spranger antwortet mit größer werdenden Augen: „Seit fünf Jahren versuche ich irgendeinen Modus vivendi zu finden nach all den Kämpfen. Es war niemand da, der mich verstanden hätte. Und ich konnte unmöglich den Don Quichotte spielen.“ Er präzisiert: „Was hätte es für einen Sinn, das Schicksal Niemöllers zu teilen? Ich bin froh, wieder ganz in Ruhe arbeiten zu können. Besonders seit Kriegsbeginn wird man ganz in Ruhe gelassen. Ich bin jetzt völlig ungestört und kann ganz in Frieden leben.“<sup>2</sup>

Sprangers Betonung von Ruhe, Gelassenheit, Ungestörtheit und Frieden [im Krieg] wirken so aufgesetzt, dass man wohl eher vom Gegenteil auszugehen hat. Und sicherlich lässt sich die Situation in Berlin in diesen Jahren nicht mit derjenigen Rostocks vergleichen. Das betrifft das Ansehen der Einrichtung ebenso wie die Haltung des Lehrkörpers. Eine hauptstädtische Hochschule sieht sich anderen Konflikten und Pressionen gegenüber als eine eher kleinere Einrichtung an der Peripherie. Dennoch dürften die Muster, mit denen auf einige Hochschullehrer politischer und fachinterner Druck ausgeübt worden ist – wenn auch graduell verschieden – ähnlich gewesen sein. Different waren indes mit großer Wahrscheinlichkeit die individuellen Strategien, mit diesen Konflikten umzugehen.

Rostock, im Juni 2012

Gisela Boeck und Hans-Uwe Lammel

---

<sup>1</sup> *Heinrich Hübschmann*, „Wissen Sie noch einen Ausweg?“ Gespräche mit Eduard Spranger, Carl Friedrich von Weizsäcker, Gustav von Bergmann, Wilhelm Westphal, Wilhelm Bitter, Viktor von Weizsäcker, Theodor Litte und Werner Leibbrand (1942), in: *Sinn und Form* 64, 2012, S. 213-253.  
<sup>2</sup> Ebd., S. 224.

## Hochschulpolitik in Deutschland 1933-1945

Die Hochschulpolitik der Nationalsozialisten genießt einen schlechten Ruf, war aber weit komplexer als gemeinhin angenommen. Die Politik von Minister Bernhard Rust (1883-1945) konnte einerseits an die mit dem Papen-Putsch im Juli 1932 begonnene Demontage der Wissenschaftspolitik der „Weimarer Koalition“ in Preußen anknüpfen, während sie andererseits durch die erstmalige Einrichtung eines Reichserziehungsministeriums (REM) erfolgreich ein zentrales System der Wissenschaftssteuerung in all seinen Facetten einführte. Dabei galt es ab 1933 zu entscheiden, angestaute Probleme zu lösen (oder auch weiter aufzuschieben) und ebenso spezifisch nationalsozialistische Programmatik und gleichermaßen eine sachgerechte Wissenschaftspolitik in Regierungs- und Verwaltungspraxis umzusetzen.

Es gab seit Beginn der 1920er Jahre eine allgemeine Diskussion über eine Reichsreform, die auch die Lage der Hochschulen, die ja allesamt Einrichtungen der Länder waren, betraf. Der Berliner Historiker Friedrich Meinecke (1862-1954) kommentierte einen Vortrag des preußischen Kultusministers Carl H. Becker (1876-1933) im Frühjahr 1929 mit dem Vorschlag:

„Eine einheitliche und führende Zentrale auf der einen Seite, und leistungsfähige Selbstverwaltungskörper, die Länder voran, auf der anderen Seite als Quellbecken für das, was der Staat für die Wissenschaft tun kann, - das wäre das Ziel. Ich könnte mir denken, dass in Zukunft die Universitäten zur Hälfte Reichsuniversitäten, zur Hälfte Landesuniversitäten wären, dass es neben den Landes- und städtischen Gymnasien etc. auch einzelne Reichsgymnasien in fast allen Ländern geben könne, [...] denn die gefährlichste Klippe, auf die die Reichsreform zutreiben könnte, wäre das Überwuchern des Indigenats in den Ländern. Die inneren Vorzüge des preußischen Großstaates müssten erhalten bleiben, und namentlich auch auf dem Gebiet der Unterrichtsverwaltung.“<sup>1</sup>

Damit hätte man auch den in Europa in diesem Bereich etwas skurrilen deutschen Wissenschaftsföderalismus auf der Hochschulebene korrigiert, den sich sonst nur noch die Schweiz leistete, die allerdings mit der ETH in Zürich neben den kantonalen Hochschulen auch eine Bundeshochschule unterhielt. Öffentlich diskutiert wurde über die Universitäten in Giessen, Jena und Rostock, also in den finanzschwächsten Ländern.<sup>2</sup> Ebenso stand Heidelberg, die älteste Universität innerhalb der Reichs-

---

<sup>1</sup> Friedrich Meinecke, 28. März 1929, an Carl H. Becker, in: *Gisela Bock/Gerhard A. Ritter* (Hrsg.), *Friedrich Meinecke, Neue Briefe und Dokumente*, München 2012, 313-314.

<sup>2</sup> *Peter Moraw*, *Organisation und Lehrkörper der Ludwigs-Universität Gießen in der ersten Hälfte des zwanzigsten Jahrhunderts*, in: *Hans Georg Gundel/Peter Moraw/Volker Press* (Hrsg.), *Giessener Gelehrte in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts. Lebensbilder aus Hessen*, Bd. 2. Veröffentlichungen der Historischen Kommission für Hessen, Bd. 35.2. Marburg 1982, 23-75, hier: 58-59.

grenzen – nur Prag und Wien waren unter den deutschsprachigen Universitäten älter – auf der Liste der Reichsuniversitätskandidaten.<sup>3</sup>

Andererseits wurde angesichts der Wirtschaftskrise auch diskutiert, die eine oder andere Universität zu schließen. In der Presse wurden als Kandidaten u. a. genannt Giessen und Marburg, Hamburg, Greifswald und Rostock, also preußische wie nicht-preußische. Eine weitere Diskussion betraf die Lage in Breslau, wo die Fusion der Universität mit der Technischen Hochschule vorbereitet wurde und beide Hochschulen bereits einem gemeinsamen Kurator unterstellt waren. Diese Planung wurde allerdings nicht als Sparmaßnahme thematisiert, sondern als die neue Standard-Universität mit Zukunft.

Aus ganz anderen Gründen blickte man mit Verwunderung, Entsetzen oder Begeisterung auf Entwicklungen an der Universität Heidelberg, wo es um den „Fall Gumbel“ ging, den man heute als Lackmустest der politischen Orientierung deutscher Akademiker werten könnte. Emil Julius Gumbel (1891-1966), seit 1930 Extraordinarius für Mathematik und Statistik, der sich selbst als „*antibolschewistischen Kommunisten*“ charakterisierte, hatte u. a. über die strafrechtliche Behandlung politisch motivierter Morde in den ersten Jahren der Weimarer Republik publiziert und sich dadurch auf der politischen Rechten wenig Freunde gemacht; so setzte eine groß angelegte Kampagne der nationalsozialistisch orientierten Studentenschaft gegen ihn ein. Die Fakultät und der Senat der Universität distanzieren sich faktisch von ihm, sodass der badische Kultusminister, ein Mann der Zentrumsparterie, ihm im August 1932 die Lehrberechtigung entzog. 1931 hatte es eine erfolglose „*Protesterklärung republikanischer und sozialistischer Hochschullehrer*“ zugunsten Gumbels gegeben.<sup>4</sup> Ganze 72 Hochschullehrer hatten diesen Aufruf unterzeichnet, davon in Berlin 20 (darunter Albert Einstein (1879-1955), Hermann Heller (1891-1933), Hajo Holborn (1902-1969), Bruno Taut (1880-1938)), in Frankfurt und Leipzig je 11, fünf in Bonn; in Breslau, Heidelberg und Jena je vier und in Greifswald immerhin drei. Es gab keine Unterschriften für Gumbel aus den Universitäten München, Tübingen oder Rostock. Gumbel ging im Herbst 1932 nach Frankreich und floh 1940 in die USA.

Ein zweiter ähnlich gelagerter Fall bahnte sich unterdessen in Breslau an. Dort hatte das preußische Staatsministerium drei neue juristische Ordinariate eingerichtet und auf eine der neuen Stellen den jungen, dynamischen und national-konservativen Ernst Cohn (1904-1967) berufen. Obwohl das Ministerium bei neuen Planstellen nicht dazu verpflichtet war, hatte es die Meinung der Fakultät eingeholt, die mit dem Vorschlag Cohn sehr einverstanden war. Auf die eher theoretische Frage der Zeitschrift „Die Weltbühne,“ ob das Deutsche Reich denn Leo Trotzki (1879-1940) politisches Asyl gewähren könne, hatte Cohn anhand der gültigen Rechtslage die Frage

<sup>3</sup> Adolf Blum, Die Schaffung von Reichsuniversitäten. Ein Beitrag zu dem Problem der „Reichsuniversität Heidelberg“. Krefeld 1933.

<sup>4</sup> „Protesterklärung republikanischer und sozialistischer Hochschullehrer“, in: Die Menschenrechte, Nr. 6-7, 15. Juli 1931.

bejaht und darauf hingewiesen, dass Trotzki sich dann allerdings nicht politisch betätigen dürfe. Daraus ergab sich nun nicht nur auf nationalsozialistischer Seite das Argument, dass die „*verjudete*“ preußische Staatsregierung den jüdischen Bolschewisten Cohn der Fakultät aufoktroziert habe und Trotzki nach Deutschland holen wolle. Es kam deswegen zu studentischen Demonstrationen, doch im Gegensatz zu Heidelberg fanden sich in Breslau ausreichend prorepublikanische Studenten, sodass es zu Schlägereien kam, weshalb die Universität zeitweise geschlossen werden musste. Cohn ging im Februar 1933 in die Schweiz und später nach London.

In Berlin musste der stockreaktionäre „Kommissar des Reiches“ im preußischen Kultusministerium Wilhelm Kähler (1871-1934), im Hauptberuf Ordinarius der Nationalökonom in Greifswald, mit der Breslauer Situation fertig werden. Reichskanzler Franz von Papen (1879-1969) hatte nach der Absetzung der sozialdemokratisch dominierten preußischen Staatsregierung Otto Brauns (1872-1955) am 20. Juli 1932 Reichskommissare eingesetzt, und Kähler, der am 29. Oktober 1932 sein neues Amt antrat, begann unter der Rubrik „Vereinfachung der Verwaltung“ die prorepublikanischen Ministerialräte auf einflusslose Stellen oder in den Ruhestand zu versetzen. Zudem hatte er sich eine Reihe in Göttingen zusammengestellter Hefte mit Titel *Der jüdische Einfluss an den Deutschen Hohen Schulen. Ein familienkundlicher Nachweis über die jüdischen und verjudeten Universitäts- und Hochschulprofessoren*<sup>5</sup> zusenden lassen, als Inspiration für seine weitere Personalpolitik. Der nicht genannte Herausgeber war der Chemiker Achim Gercke (1902-1997), der später erster Leiter des Reichssippenamts in Berlin wurde. Kähler trat Anfang Februar 1933 zurück und hielt in seinen Ende des gleichen Jahres verfassten Memoiren fest:

„Von einem völligen Ausschluss der Juden und Judenstämmigen aus der akademischen Welt ist nicht die Rede gewesen, es konnte sich nur um eine Eindämmung und um eine Entjudung besonders verjudeter Fakultäten handeln. Dass dabei grosse persönliche Ungerechtigkeiten unterlaufen können, war mir bei den ersten Versuchen klar. Aber es musste in Kauf genommen werden.“<sup>6</sup>

Am Mittwoch, dem 1. Februar 1933, brachte das Unterhaltungsblatt der in Berlin erscheinenden Vossischen Zeitung in einer Serie „Bildnisse deutscher Universitäts-

<sup>5</sup> *Der jüdische Einfluß auf den Deutschen Hohen Schulen. Ein familienkundlicher Nachweis über die jüdischen und verjudeten Universitäts- und Hochschulprofessoren*. Heft 1: Universität Göttingen (1928); Heft 2: Universität Berlin. 1. Teil (1928); Heft 3: Universität Berlin. 2. Teil (1929); Heft 4: Universität Königsberg i. Pr. (1930); Heft 5: Universität Berlin. 3. Teil (1930); Heft 6: Universität Breslau 1. Teil (1931); Heft 7: Universität Breslau. 2. Teil (1931); Heft 8: Universität Berlin. 4. Teil (1932), jeweils „als Handschrift gedruckt für den Kreis der Freunde und Förderer der Deutschen Auskunftei“.

<sup>6</sup> Eckart Oberdörfer, *Noch 100 Tage bis Hitler. Die Erinnerungen des Reichskommissars Wilhelm Kähler* (Abhandlungen zum Studenten- und Hochschulwesen, Bd. 4). Schernfeld 1993, 82; *Cornelia Wegele*, „... wir sagen ab der internationalen Gelehrtenrepublik“. *Altertumswissenschaften und Nationalsozialismus. Das Göttinger Institut für Altertumskunde 1921 – 1962*. Wien u. a. 1996, 77.

ten“ einen Artikel über die Hochschule in Rostock, die folgendermaßen vorgestellt wird:

„Als Universitätsstadt bildet es vielleicht den nördlichen Gegenpol zum südlichen Freiburg i. Br. Dort – die deutsche Sommeruniversität des Hochschwarzwalds, hier – die Sommeruniversität an der Waterkant mit dem Ausblick auf Dänemark, dessen Leuchtfeuer herüberwinken und das man mit einem schmucken Sommerschiffe hin und zurück in vierstündiger Seefahrt paßlos zu einem Kaffeebesuche heimsuchen kann. Es ist die deutsche Seeuniversität schlechthin. Weder Kiel, noch Greifswald, noch das ferne Königsberg können mit den Seebadhorizonten dieser alten Hansestadt konkurrieren [...]“

Nach der Schilderung der Profile der Fakultäten, die dazu führt, dass Rostock eine generelle positive Aufbruchstimmung zugeschrieben wird, heißt es dann deutlich:

„Die Entwicklung gerade der Rostocker Universitätsinstitute hat nicht zuletzt den ungeahnten Aufschwung der Universität gefördert, wovon heute die Stadt und das große Land auch wirtschaftlich profitieren. Dieser Aufschwung ist umso erstaunlicher, als gerade im Lande Mecklenburg die Universität häufig Objekt der Sparpolitik gewesen ist. Es ist eigenartig, daß das Land selber nicht den Stolz und die Anhänglichkeit für seine Universität aufbringt, wie andere deutsche Gaue. Dem Mecklenburger aller Schattierungen liegen seine agrarischen Belange näher, das Land besoldet seine Professoren schlechter als andere deutsche Staaten, es weist trotz der großen Einkünfte, die z. B. die Kliniken bringen, vielen Instituten knappste Etatmittel zu. Die Blüte Rostocks hat sich zum Teil gegen die mecklenburgische Regierungspolitik durchgesetzt.“

Zusammenfassend wurde festgestellt:

„[Sie] ist eine der günstigsten Arbeitsuniversitäten, wozu neben allem Geschilderten nicht zuletzt das anregend spritzige Seeklima beiträgt, das ihr etwas vom spritzigen Geiste der Meeresweite mitteilt. Es kann auch Gutes von Mecklenburg kommen.“<sup>7</sup>

In Berlin wurde einen Tag später eine neuer „Kommissar des Reiches“ für das preußische Kultusministerium ernannt: Bernhard Rust aus Hannover, der nach dem Ermächtigungsgesetz regulärer Minister wurde und 1934 in Personalunion auch das neugegründete Reichserziehungsministerium übernahm; er blieb bis 1945 im Amt. Rust war bis 1927 Studienrat für Deutsch und Latein in Hannover gewesen, seit 1925 Mitglied der NSDAP, seit 1930 Mitglied des Reichstags und außerdem seit 1925 Gauleiter der NSDAP, und zwar von Süd-Hannover-Braunschweig, ein Sprengel, zu dem die Hochschulen in Braunschweig, Clausthal, Hannover und die Universität in Göttingen zählten.

---

<sup>7</sup> Hellmut Bobsien, „Bildnisse deutscher Universitäten: Rostock,“ *Vossische Zeitung* [Berlin], No. 32, Unterhaltungsblatt, Mittwoch, 1. Februar 1933.

Die erste Aufgabe der Ministerien aller Länder mit Hochschulen bestand jedoch in der Durchführung des „Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums“ vom 7. April 1933. Sie entließen oder versetzten in den Ruhestand alle nichtgeschützten „Nichtarier“ sowie politische Gegner, nämlich Kommunisten, Marxisten, Pazifisten und allzu engagierte Sozialdemokraten. Dieser Prozess, der mit mehreren Modifikationen und Verfeinerungen bis 1939 anhielt, richtete sich auch gegen ehemalige Freimaurer und betraf wohl alle Unterzeichner des Pro-Gumbel-Aufrufs. Vorläufig geschützt waren Kriegsteilnehmer und vor 1914 in den öffentlichen Dienst eingetretene Personen.

Einen Monat später, am 6. Mai 1933 sprach Rust in der Neuen Aula der Universität Berlin und präsentierte seine Vorstellungen und Absichten:

„[...] die deutsche Hochschule hat zwei Aufgaben, [...]. Es ist die Hochschule nicht nur die Stätte der Forschung, sondern auch eine Stätte der Erziehung. [...] Meine Herren Professoren, in diesen Jahren, wo dieser undeutsche Staat und seine undeutsche Führung der deutschen Jugend den Weg verlegten, da haben Sie in professoraler Einsamkeit und in Hingebung an Ihre große Forschungsarbeit übersehen, dass die Jugend in Ihnen den Führer der Zukunft der deutschen Nation suchte. Die Jugend marschierte, aber meine Herren, Sie waren nicht vorn .. [...]

Wir blicken nunmehr in die Zukunft. Was der Staat in diesem Augenblick tun kann, das tut er heute und wird es in nächster Zeit tun. Er wird der deutschen Hochschule einen Lehrkörper reorganisieren, der dann gleichlaufend und gleichgerichtet mit dem Willen der Nation auch die Aufgabe erfüllen kann, die er in seiner Zusammensetzung, wie ich sie am 30. Januar vorfand, nicht zu erfüllen vermochte.[...]

Seien wir an diesem Tag nicht unangebracht sentimental. Ich muß einen Teil der deutschen Hochschullehrer ausschalten, auf daß die deutsche Hochschule wieder in der Synthese von Forschung und Führung der Jugend ihre Aufgaben erfüllen kann. Die deutsche Jugend, so wie sie diese Dinge jetzt erlebt hat und sieht, sie läßt sich nun einmal heute von fremdrassigen Professoren nicht führen [...]. Wir sind nur gerecht, wenn wir den Anteil nichtarischer Hochschullehrer einigermaßen der Zusammensetzung unseres Volkes angleichen. Sagen Sie nicht, es sei ungerecht, die Fähigkeit nichtarischer Professoren abzuweisen und damit den freien Wettbewerb zu unterbinden. Der freie Wettbewerb ist nicht von uns unterbunden worden, sondern von jener Weltanschauung, von jener marxistisch-politischen Gewaltherrschaft, die sich in den letzten 14 Jahren nun einmal von der jüdischen Führung überhaupt niemals hat loslösen können. Ich muß das hier aussprechen: ohne Karl Marx keine Sozialdemokratie und kein verlorener Weltkrieg. Das Unheil ist gekommen, als die Führung von jener Seite in die Hand genommen wurde.

[...] Ich mache es den Herren nichtarischer Abstammung keineswegs zum Vorwurf, daß sie in ihrem Blutinstinkt versuchten, den blutmäßig ihnen näher stehenden Privatdozenten und Assistenten heranzuziehen. [...] Wir müssen in

Zukunft einen arischen Nachwuchs auf den Universitäten haben, sonst werden wir den Anschluß verlieren. Ich empfinde persönlich tief die Tragik von Menschen, die innerlich zur deutschen Volksgemeinschaft sich rechnen wollen und an ihr mitgearbeitet haben. Nichts ist mir saurer, als wenn ich meinen Namen unter eine Beurlaubung von Männern setzen muß, die als Einzelpersonlichkeiten mir oft gar keinen Anlaß dazu gegeben haben. Aber das Prinzip muß durchgesetzt werden um der Zukunft willen.[...] Ich muß ganz ausdrücklich Verwahrung dagegen einlegen, daß wir etwa eine Diktatur in Deutschland ausüben. Nein, wir haben eine Fremdherrschaft erlebt, die zu beseitigen die Pflicht einer neuen deutschen Volksführung ist.“<sup>8</sup>

Die Entlassungen und Vertreibungen und auch Selbstmorde betrafen die Hochschulen durchaus unterschiedlich, Berlin, Frankfurt und Breslau waren kaum wieder zu erkennen, während andernorts kaum Personal entlassen wurde. Für die vertriebenen Fakultätsangehörigen liegen heute in der Regel verlässliche Daten vor. Was die Mitarbeiterebene, die Assistenten und Krankenschwestern betrifft, so ist sehr viel weniger bekannt, was auch durch die Archivlage bedingt sein mag, und auf studentischer Ebene existiert bisher nur eine Berliner Datensammlung, die nicht ausgewertet ist, und es liegt eine umfangreiche Wiener Arbeit vor.<sup>9</sup> An den österreichischen Hochschulen wurde seit März 1938 in wenigen Wochen nachgeholt, was im „*Altreich*“ Jahre gedauert hatte.

Es gab etliche Interventionen zugunsten zu entlassender Kollegen, aber es gab keinen Protest der Rektorenkonferenz oder der Fakultäten, was der Breslauer Theologe Ernst Lohmeyer (1890-1946) anlässlich einer dieser Interventionen in einem Schreiben an einen Greifswalder Kollegen kommentierte:

„[...] Freilich muß ich ehrlich gestehen, daß ich mir nicht nur nichts davon verspreche, sondern eine solche Erklärung auch nicht für richtig halte. Wenn es in der Tat so kommen sollte, wie Sie befürchten und wie ich es fast für sicher halte, so könnte nur eines geschehen: ein ganz scharfer, und grundsätzlicher Protest gegen solche Maßnahmen. Da ist der einzige Vorgang, den ich aus der Geschichte der Universitäten kenne, fast das Beispiel der Göttinger Sieben. [...]“<sup>10</sup>

<sup>8</sup> Rede Bernhard Rust in der Aula der Universität Berlin am 6. Mai 1933. *Völkischer Beobachter* (Berliner Ausgabe), 7. Mai 1933. Zitiert nach: *Wolfgang Kalischer*, Die Universität und ihre Studentenschaft. Universitas magistrorum et scholarum. Versuch einer Dokumentation aus Gesetzen, Erlassen, Beschlüssen, Reden, Schriften und Briefen. Jahrbuch 1966/67 des Stifterverbandes der Deutschen Wissenschaft, Essen 1967, 227-229.

<sup>9</sup> *Herbert Posch/Doris Ingrich/Gert Dressel*, „Anschluss“ und Ausschluss 1938. Vertriebene und verbliebene Studierende der Universität Wien. Emigration – Exil – Kontinuität (Schriften zur zeitgeschichtlichen Kultur- und Wissenschaftsforschung, Bd. 8). Wien und Münster 2009.

<sup>10</sup> Ernst Lohmeyer, 21. April 1933, an Rudolf Hermann, in: *Arnold Wiebel*, Rudolf Hermann (1887-1962). Biographische Skizzen zu seiner Lebensarbeit. *Unio et Confessio* [...] Bd. 21. Bielefeld 1998, 261-262.

Die Entlassungen und Vertreibungen führten zu Abwanderungen von Personen, auch vereinzelt von Zeitschriften und im Dezember 1933 sogar einer Institution, nämlich der Warburg-Bibliothek aus Hamburg nach London. In Deutschland gab es als Gegen Gründungen zu den Theologischen Fakultäten mehrere Predigerseminare der Bekennenden Kirche, so 1935 das von Dietrich Bonhoeffer (1906-1945) initiierte in Zingst, das ab 1937 in Finkenwalde bei Stettin weitergeführt wurde, bis es staatlicherseits geschlossen wurde. Doch blieben diese angesichts der staatlichen Gegenmaßnahmen Randerscheinungen. Im Ausland profitierte vor allem die New School for Social Research in New York, die durch die Berufung aus Deutschland vertriebener Wissenschaftler von einer Volkshochschule in eine reguläre sozialwissenschaftliche Hochschule mit Promotionsrecht umgewandelt werden konnte.<sup>11</sup> In der Selbstorganisation der exilierten Deutschen entstand die Notgemeinschaft deutscher Wissenschaftler im Ausland, die der vormalige Syndikus der Berliner Handelshochschule Fritz Demuth (1876-1965) leitete. In Paris und London bildeten sich KPD-lastige Freie Deutsche Hochschulen, in Stockholm übernahm der Freie Deutsche Kulturbund diese Funktion, in Mexiko der Heinrich-Heine-Klub. Diese Exil-Hochschulen gewannen für die akademische Remigration vor allem in die SBZ und nach Berlin (Ost) ab 1945/46 eine gewisse Bedeutung, so z. B. der aus London zurückgekehrte Wirtschaftshistoriker Jürgen Kuczinski (1904-1997). Der Academic Assistance Council in London, eine Gründung britischer Wissenschaftler, und dessen Schwesterorganisationen besonders in den USA vermittelten Arbeitsplätze und Stipendien, so gut oder schlecht das während der dort weiterhin anhaltenden Weltwirtschaftskrise ging. Und im Hintergrund warf die Rockefeller Foundation erhebliche Summen aus, um exilierten deutschen, und später auch österreichischen, italienischen, spanischen und französischen Wissenschaftlern das Überleben zu ermöglichen. Schließlich sind noch die Hochschulen für deutsche Kriegsgefangene zu erwähnen, an denen auch exilierte Wissenschaftler als Dozenten lehrten.

Die Planstellen, die durch das Gesetz vom 7. April 1933 „freigeschossen“ waren, wurden durch Berufungen neu besetzt, was auch angesichts des riesigen Überhangs qualifizierter Nachwuchswissenschaftler problemlos verlief. Dass es dadurch, wie es oft heißt, zu einem Qualitätsverlust gekommen sein soll, ist eher unwahrscheinlich: in Berlin folgte z. B. auf Albert Einstein der Niederländer Peter Debye (1884-1966), und als der 1939 in die USA ging, kam Werner Heisenberg (1901-1976), und als Nachfolger Max von Laues (1879-1960) wurde Pascual Jordan (1902-1980), zudem aktiver Nationalsozialist, aus Rostock berufen – das sind allesamt Wissenschaftler in der gleichen Liga.<sup>12</sup> Es gab natürlich auch 1933/35 – wie immer – einige wenige Berufungen, die sich später als wenig glücklich erwiesen. Durch den Entzug der *venia legendi* der Privatdozenten und Entfernung der nichtbeamteten außerordentlichen Professoren aus den Fakultäten veränderte sich natürlich die Tektonik der Nach-

---

<sup>11</sup> Peter M. Rutkoff/William B. Scott, New School. A History of The New School for Social Research, New York/London 1980.

<sup>12</sup> Es wäre eine Untersuchung wert, ob der Topos „Qualitätsverlust“ nicht ein als Philosemitismus verkleideter Antisemitismus ist.

wuchs-Chancen für die jüngeren „arischen“ Wissenschaftler, wobei eine deutlich positive Nähe zur „Bewegung“ spätestens bei der Habilitation erwartet wurde. Was das konkret bedeuten konnte, notierte ein amerikanischer Besatzungsoffizier am 5. September 1945 anlässlich seines Aufenthalts in Berlin:

„Some 60 percent of the Dozenten are „out“ since after approximately 1937 almost every Dozent was a Pg. Membership in the Party suffices to eliminate a man. Most of those dismissed have been arrested and interned by the Russians.“<sup>13</sup>

Kurz nach Bildung des neuen Reichsministeriums ließ Rust die außerpreußischen Landeswissenschaftsverwaltungen wissen:

„Um ein planmäßiges Verfahren nach einheitlichen Richtlinien im Sinne der nationalsozialistischen Staatsauffassung bei der Pflege von Lehre und Forschung und bei der Besetzung der Lehrstühle an allen deutschen Universitäten und Hochschulen sicherzustellen, bitte ich [...]

1. jede freie oder freiwerdende planmäßige ordentliche oder außerordentliche Professur mir unter Angabe des Faches anzuzeigen;
2. nach dortiger Entschlußfassung über die auf eine freie Stelle zu berufende Persönlichkeit meine Zustimmung zur Einleitung der Berufungsverhandlungen einzuholen; dabei sind mir die Fakultätsvorschläge, die eingeholten Beurteilungen, Stellungnahmen und Wünsche von Parteidienststellen usw. vorzulegen. Der dortige Vorschlag ist zu begründen;
3. nach Abschluß der Berufungsverhandlungen meine Zustimmung dazu einzuholen, daß die Ernennung dem zuständigen Reichsstatthalter in Vorschlag gebracht wird; dabei sind mir die persönlichen und sachlichen Berufungseinbarungen vorzulegen;
4. vor Schließung bestehender oder Eröffnung neuer wissenschaftlicher Institute meine Zustimmung einzuholen;
5. vor jeder grundlegenden Abänderung der akademischen Lehrpläne und Prüfungsordnungen meine Zustimmung einzuholen.“<sup>14</sup>

So wurden Schritt für Schritt alle Hochschulen, was die Personalpolitik, die rechtlichen Angelegenheiten, die Regelung der Habilitationen sowie die Besoldungen angeht, vereinheitlicht und insbesondere die Personalpolitik einer rigiden politischen Kontrolle unterworfen. Die Hochschulpolitik in den nächsten Jahren verfolgte zwei Hauptziele: Reduzierung des „*akademischen Proletariats*“ und Kontrolle über den Nachwuchs, wobei dem örtlichen Dozentenführer erheblicher und dem Studentenführer großer Einfluss eingeräumt wurde. So sanken die Studenten- und damit auch die Absolventenzahlen deutlich, und die 1. Reichshabilitationsordnung von 1934

<sup>13</sup> James F. Tent (Hrsg.), *Academic Proconcul. Harvard Sociologist Edward Y. Hartshorne and the Reopening of German Universities 1945 – 1946. His Personal Account.* Trier 1998, 115-116.

<sup>14</sup> Humboldt-Universität zu Berlin, Universitätsarchiv, WHB No. 85 (Sammlung der Erlasse des REM 1939-1940), Bl. 386, Der Reichsminister für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung, 19. Juli 1934, [an die außerpreußischen Unterrichtsverwaltungen].

entzog den Prozess der Habilitation der Autonomie der Fakultäten und strukturierte die Habilitation in eine Kette staatlicher Qualifizierungsschritte um: neben der Qualifizierungsarbeit und der Probevorlesung, die auch Fakultäten in der Regel bisher verlangt hatten, stand nun die Verpflichtung, an Gemeinschafts- und politischen Dozentenlagern des Ministeriums teilzunehmen. So dienten diese neuen Karrierestufenregelungen der Stabilisierung der Gefolgschaftsbildung. Die Neuregelung der Habilitationspraxis mit der Abtrennung der Habilitation von der Lehrqualifikation durch die Verleihung der Dozentur bedeutete eine weitgehende Homogenisierung der Dozenten- und jungen Professorenschaft. Dieser Konformitätsdruck fördert ein neues Konformitätsverhalten, das lange in die Nachkriegsjahrzehnte hineinwirkte. Die 2. Reichshabilitationsordnung von 1939 gab die Zuständigkeit für die Habilitation an die Fakultäten zurück, verlangte aber nun den Besuch eines „Reichslagers für Beamte“ in Bad Tölz, das der „Stellvertreter des Führers“ hatte einrichten lassen und das bisherige Lagersystem des Erziehungsministeriums ablöste. Die Habilitierten wurden dann in der Regel zu Dozenten ernannt und als Beamte auf Zeit in den Staatsdienst übernommen, was im Vergleich zu den „frei schwebenden“ von Kolleggeldern und Stipendien oder anderen Beschäftigungen abhängigen Privatdozenten eine deutliche soziale und finanzielle Absicherung bedeutete. Die Mitgliedschaft in der Institution Studentenschaft war – außer für „Nichtarier“ und nicht „volksdeutsche“ Ausländer – obligatorisch, und die in der Dozentenschaft nur für die bereits amtierenden Professoren fakultativ. Die Studentenzahlen wurden reguliert und reduziert, für „Nichtarier“ wurde bis zum Verbot 1938 eine Quote eingeführt, während die Immatrikulation von Frauen nur kurzzeitig beschränkt wurde; hier wurde aber durch Ehestandsdarlehen und andere Familienförderungen deutlich der Weg zur Rolle als verheirateter Mutter gewiesen. Nach Kriegsbeginn nahm die Zahl der Studentinnen deutlich zu, was einen Berliner Ordinarius nach seiner Ausbombung zu der Bemerkung veranlasste:

„[...] Ich wüßte nun gern, ob das vor einiger Zeit verbreitete Gerücht, die Universität solle aus Berlin verlegt werden, sich bestätigt hat. Es wäre das einzig Richtige. Ich weiß, daß viele Kollegen schon längst nicht mehr verstehen, warum man die Kulisse von Universität aufrecht hält – doch gewiß nicht wegen der Handvoll Studenten oder wegen der zusammengeschmolzenen Zahl höherer Töchter. Nur eine Verlegung der Universität könnte die Hörerzahl wieder etwas heben. [...]“<sup>15</sup>

Tatsächlich ist es ab Herbst 1944 im Zuge der Frontbewegungen zu einer Reihe von meist überstürzten Verlegungen verschiedener Arten gekommen, so von Strassburg nach Tübingen, Königsberg über Greifswald nach Göttingen. Das sind in erster Linie lokale Hochschulgeschichten, während die weitgehende Ausbombung des Erziehungsministeriums Unter den Linden im Dezember 1943 durch die daraufhin erfolgte Verteilung einzelner Abteilungen in der Stadt die Handlungsfähigkeit des Hauses

<sup>15</sup> Arnold Otto Mayer, Westheim (Mittelfranken), 3. April 1944, an Hermann Grapow. HUB, UA, UK Personalia M 170 (A.O. Meyer), Bd. 3, Bl. 42.

kaum beeinträchtigte. Das Ministerium teilte dem Behördenapparat mit, dass sich ab sofort „*im Gebäude des Deutschen Zentralinstituts für Erziehung und Unterricht, Berlin 35, Potsdamer Str. 51/53*“ der Herr Reichsminister und das Ministeramt sowie der Herr Staatssekretär und sein Büro befinden, während im „*Gebäude der Staatlichen Gertrauden-Schule in Berlin-Dahlem, Im Gehege 6 bis 8 [...] das [für Hochschulen zuständige] Amt Wissenschaft*“ und „*die Organisationsstelle*“ ihren neuen Sitz gefunden hatten.<sup>16</sup> Mit der Ausbombung des Hauses der Reichsdozentenführung in München im Herbst 1944 gingen dagegen so viele Akten verloren, dass von der Ausweichstelle in Salzburg für bestimmte Buchstabengruppen keine Ernennungen und Berufungen mehr durchgeführt werden konnten – diese Verzögerungen „verkaufte“ mancher ab Mai 1945 als das Resultat politischer Bedenken wegen „antifaschistischer“ Haltung.<sup>17</sup>

Die Abschaffung der akademischen Selbstverwaltung mit seinen durch Wahlen bestimmten Mandatsträgern zugunsten einer Universität, in der der vom Minister ernannte Rektor Führer der Universität ist und Senat und Dekane ernennt, bedarf der genauen Überprüfung. In Berlin zumindest erfolgten viele, nicht alle, diese Ernennungen nach kollegialen Ab- und Aussprachen, und der Verwaltungsdirektor, später Kurator war in der Regel bis 1944 einflussreicher als der Rektor. Die Zentralisierung bzw. Überprüfung und Bestätigung aller Berufungsvorgänge im Ministerium in Berlin richtete sich gegen die regionalen Berufungskartelle in den außerpreußischen Ländern. Sie sollte auf nationaler Ebene die fachliche Qualität sichern und die politische Zuverlässigkeit der Kandidaten garantieren. Die Berufungsvorgänge wurden durch die Mitspracherechte neuer Institutionen allerdings derart kompliziert, sodass ab 1939 über eine Vereinfachung des Berufungsverfahrens diskutiert wurde, allerdings ohne konkrete Ergebnisse. Das 1942 erstmals kodifizierte deutsche Hochschulrecht war demgemäß ein Provisorium.<sup>18</sup> Bis 1945 entschied der Minister über Berufungen unter Berücksichtigung mehrerer Stellungnahmen, wobei in der Regel der zuständige Referent das letzte Wort hatte. Zuerst war die Stellungnahme des Reichsdozentenführers in München zu berücksichtigen, der in der Fakultät (bzw. Klinik, Institut, Seminar, Fachschaft) auf dem Dienstweg – Gaudozentenführer, Dozentenführer der Hochschule – ein internes Gutachten durch einen „Vertrauensmann“ einholte. In diesem ging es um wissenschaftliche Qualifikation, Charaktereigenschaften, gesellschaftliches Auftreten, pädagogische und rhetorische Fähigkeiten

---

<sup>16</sup> HUB, UA, WHS Berlin, Nr. 57 (Erlasse des REM 1939-1944), Bll. 255-256, REM, Berlin, den 23 Dezember 1943, an die Obersten Reichsbehörden, die Herren Reichsstatthalte in den Reichsgauen, die Unterrichtsverwaltungen der Länder, die Herren Vorsteher der unmittelbar nachgeordneten Reichs- und preußischen Dienststellen (mit handschriftlichen Ergänzungen von Groh, 4. Februar 1944).

<sup>17</sup> Frdl. Hinweis von Isolde Stark (Halle/Saale), die die Personalentwicklung der Altertumswissenschaften an der (Humboldt-) Universität in Berlin untersucht.

<sup>18</sup> *Gerhard Kasper/Hans Huber/Karl Kaebisch/Franz Senger* (Hrsg.), *Die deutsche Hochschulverwaltung. Sammlung der das Hochschulwesen betreffenden Gesetze, Verordnungen und Erlasse*. In amtlichem Auftrage herausgegeben. 2 Bde. Berlin 1942-1943.

und politische Zuverlässigkeit des Kandidaten – und bisweilen auch der Kandidatin; dieses Gutachten wurde dann, selten ergänzt um interne Münchner Informationen, als Gutachten des Reichsdozentenführers an das Ministerium gesandt; zweitens war der Stab des Stellvertreters des Führers<sup>19</sup> und nach dessen Abreise nach Schottland im Mai 1940 die Parteikanzlei zu hören; drittens wurde nach 1939 auch der Sicherheitsdienst (SD) des Reichssicherheitshauptamtes gehört, der seine eigenen Vertrauensleute hatte. Und viertens sprach der eine oder andere Gauleiter ein gewichtiges Wort mit. Hier scheint es gravierende regionale Unterschiede gegeben zu haben.

In Deutschland wurde 1933 keine einzige Hochschule oder Universität geschlossen, lediglich die Pädagogischen Akademien in Preußen wurden umgestaltet und reduziert, nur um dann in veränderter Form ausgebaut zu werden. Hier lag offenbar Rusts persönliches Interesse, die mit der Eröffnung der Bernhard-Rust-Hochschule in Braunschweig gekrönt wurde. So reagierte das Ministerium auch nicht positiv auf einen Vorschlag des führenden Heidelberger Pädagogen Ernst Krieck (1882-1947), an den Hochschulen den Typus des heroischen Tat-Menschen zu formen und die traditionellen universitären Kompetenzen Bildung, Ausbildung und Schärfung des Verstands hintanzustellen. Rust ließ binnen weniger Monate sogar 1931/32 geschlossene Institutionen wieder eröffnen, so die Kunsthochschule in Königsberg und die sogenannte Bier'sche Universitäts-Klinik in Berlin, was angesichts der den meisten Absolventen drohenden Arbeitslosigkeit oder Unterbeschäftigung erheblichen Eindruck machte und gleichzeitig als Beleg der Inkompetenz der Regierungen der „Systemzeit“ gewertet wurde. Die 1933 nach Deutschland geflohenen österreichischer Wissenschaftler, die zum Teil dort als Nationalsozialisten entlassen worden waren, sind in das deutsche Hochschulsystem integriert worden.

Deutlich gefördert wurden im medizinischen, soziologischem und psychologischen Bereich an den Universitäten und den anderen Forschungseinrichtungen Rasforschung im weitesten Sinne – bis zu den Menschenversuchen; dann die Agrarforschung unter der Prämisse der Autarkie Deutschlands oder später des deutsch dominierten Europas, wovon auch die Geographie und Wirtschaftswissenschaften profitierten; schließlich alle militärrelevante Forschung, wobei Göring mit der Luftfahrtforschung ein eigenes außeruniversitäres Imperium aufbaute, wo besonders Mathematiker und Physiker ihr Auskommen fanden.

Ob das Ministerium nach 1933 unter den Universitäten reichsweit ein System der sektoralen Arbeitsteilung und partiellen Konkurrenz einzuführen planten, ist nicht untersucht. Das wäre eine Neufassung des Systems von Friedrich Althoff (1839-1908), das nach 1875 in Preußen installiert wurde. Als eine institutionell arbeitsteilige Gründung erwies sich das Arbeitswissenschaftliche Institut der Deutschen Arbeitsfront mit etwas mehr als 300 wissenschaftlichen Planstellen, wo – unzulässig verkürzt – Soziologie und Sozialwissenschaften betrieben wurden, und die 1940 auf

---

<sup>19</sup> Erlass über die Beteiligung des Stabs des Stellvertreters des Führers bei der Ernennung von Beamten vom 24. September 1935 (Reichsgesetzblatt I, S. 1203). Nach dem Flug von Rudolph Hess nach Großbritannien im Mai 1940 übernahm die Parteikanzlei diese Funktion.

der Basis der Auslandshochschule der Universität Berlin und der Goebbels unterstehenden Hochschule für Politik erfolgte Gründung der Auslandswissenschaftlichen Fakultät, wo die Regionalstudien und die Politikwissenschaften ihre Heimstatt fanden.

Wie und wie sehr die Vertreter der einzelnen Disziplinen die postulierten rassistischen Grundlagen jeder Wissenschaft akzeptierten, verinnerlichteten, glaubten, zu modifizieren versuchten, vertraten, instrumentalisierten, anzweifeln oder auch ignorierten oder sogar desavouierten, lässt sich wohl nur in der Analyse der Dynamik kleiner sozialer Gruppen herausfinden. Bisher ist nur eines ziemlich sicher: es gab in diesem Aneignungsprozess keine systematischen Unterschiede zwischen den Wissenschaften, wie man sie in der 1939 erschienenen Festschrift für Adolf Hitler in sehr knapper Form nachlesen kann.<sup>20</sup> Dass dahinter die Frage nach der intellektuellen Attraktivität des Nationalsozialismus steht, sei hier nur angemerkt.

Da der Abbau der Arbeitslosigkeit in Deutschland zwar langsam, aber stetig erfolgte, begann die Industrie 1936/37 über fehlende qualifizierte Akademiker zu klagen. Goebbels nahm das zum Anlass, die antiintellektuellen Untertöne in seinem Geschäftsbereich herunterzufahren und proakademische Kampagnen aufzubauen: so fand in Berlin 1938 eine groß inszenierte Hochschulwoche der vier Berliner Hochschulen statt, offenbar mit gutem Erfolg, zumal die Abiturjahrgänge aller Oberschulen in Berlin und Brandenburg aufgefordert wurden, sich zu beteiligen. Derartige Hochschulwochen sollten auch alle anderen Hochschulen durchführen. Damit begann eine Ausbauphase der Hochschulen und anderer wissenschaftlicher Institutionen, und es gab neue Planstellen. Für das Juristenmonopol möglicherweise bedrohlich war indessen der Ausbau von drei Ordensburgen, in denen ohne akademische Belastung Nachwuchs der Partei für Verwaltungs- und Führungspositionen in Partei und Staat ausgebildet werden sollten, ein Verfahren, das 1939 vor dem Abschluss des ersten Absolventenjahrgang abgebrochen wurde. Das Ministerium wandelte auch einige Institutionen in Reichsinstitute um und gründete neue, von denen das Mathematische Forschungsinstitut in Oberwolfach bei Freiburg im Breisgau schließlich Weltruf erlangte.<sup>21</sup> Rostock profitierte indirekt vom Ausbau der Agrarwissenschaften, als 1937 das Kaiser-Wilhelm-Institut für Tierzuchtforschung in Dummerstorf gegründet wurde, und direkt durch den 1939 eingeweihten Neubau des Bücherspeichers.

Die 1933 gegründete Deutsche Kongreßzentrale regelte und kontrollierte neben dem Kongresswesen auch – nach erfolgter Genehmigung für Einzelreisen oder Gruppenreisen (oft als Delegation) durch den Minister – zusammen mit der Auslandsorganisation der NSDAP – den akademischen Verkehr in das und aus dem Ausland. Untersagt waren Kontakte mit Institutionen des Völkerbunds, und in einigen Fällen wurden Reisen untersagt, wenn die einladende Institution aus irgendwel-

<sup>20</sup> *Bernhard Rust/Otto Wacker* (Hrsg.), *Deutsche Wissenschaft. Arbeit und Aufgabe* (Festschrift für Adolf Hitler). Leipzig 1939.

<sup>21</sup> *Allyn Jackson*, „Oberwolfach, Yesterday and Today“, in: *Notices of the American Mathematical Society* (AMS), Bd. 7 (2000), 758-765.

chen Gründen gerade auf einer flexiblen „Schwarzen Liste“ stand; so durfte nach der Bekanntgabe der Enzyklika „Mit brennender Sorge,“ die sich gegen die deutschen „Rassegesetze“ richtete, ein Berliner Archäologe nicht an einem Kongress für christliche Archäologie in der Vatikanstadt teilnehmen. Die Kongreßzentrale war auch für internationale Veranstaltungen in Deutschland zuständig und meldete im September 1939, dass „*Deutschland seit dem Jahre 1934 im Zuge der Aufwärtsentwicklung des Kongreßwesens eine immer größere Bedeutung als Kongreßland gewonnen hat.*“ So wurden 1938 im Inland

„fast 300 Tagungen betreut, darunter 64 internationale Kongresse, sieben kontinentale Zusammenkünfte oder Treffen, [...]. Das sind rund 50 Prozent mehr internationale Kongresse als in den Jahren 1936 und 1937 zusammen [...]. Für die Wahl als Kongressort wurden in erster Linie die Städte Berlin, Frankfurt am Main, Wiesbaden, Leipzig, Köln, München, Dresden, Stuttgart, Nürnberg, Hamburg, Breslau und Innsbruck bevorzugt,“<sup>22</sup>

wobei zu berücksichtigen ist, dass die Angaben für Wien, Salzburg und Graz noch nicht vorlagen und kongresstechnisch die Ostseeküste merkwürdigerweise völlig ignoriert wurde. Die Versorgung mit ausländischer Literatur wurde nur selten aus politischen Gründen unterbunden. Im Amtsblatt der Universität Berlin wurde der Bezug der Zeitschrift *Social Research*, die die New School for Social Research ab 1935 herausgab, „*im Abonnement oder im Austausch mit deutschen Publikationen*“ ausdrücklich untersagt.<sup>23</sup> Und das Ministerium teilte im Sommer 1939 mit:

„Nach einer mir zugegangenen Mitteilung hat die in London erscheinende naturwissenschaftliche Wochenschrift ‚Nature‘ in letzter Zeit keine deutschfeindlichen Abhandlungen mehr veröffentlicht. Da es sich bei der genannten Zeitschrift um eine in der ganzen Welt sehr verbreitete und bedeutende naturwissenschaftliche Zeitschrift handelt, hebe ich meinen Runderlass vom 12. November 1937 [...] hiermit auf. Ich ersuche, die Universitäts-, Hochschul-, Akademie-, Instituts- und Seminar-Bibliotheken hiernach mit entsprechender Weisung zu versehen. Dieser Erlass wird nicht im [Amtsblatt des Ministeriums] veröffentlicht.“<sup>24</sup>

Der 1933/34 unterbrochene wissenschaftliche Kontakt mit der Sowjetunion wurde im Frühjahr 1940 wieder aufgenommen.

<sup>22</sup> „300 Tagungen: Statistik der Kongresse und Tagungen 1938“, in: Deutsche Allgemeine Zeitung, Berlin-Ausgabe (Freitag-Abend), 1. September 1939.

<sup>23</sup> „Social Research – An International Quarterly of Political and Social Science“, Amtsblatt der Friedrich-Wilhelms-Universität Berlin 1936, Nr. V (2. März 1936), 134-135, eine Mitteilung, die sich auf einen Runderlaß des Ministeriums vom 16. April 1935 bezieht. Der emigrierte Karl Brandt (1899-1975), bis 1933 Ordinarius an der Landwirtschaftlichen Hochschule in Berlin, hatte die potentiellen Leser aufgefordert, statt der 1933 eingestellten „Mitteilungen der Friedrich-List-Gesellschaft“ jetzt „Social Research“ zu abonnieren.

<sup>24</sup> Humboldt-Universität zu Berlin, Universitätsarchiv, WHB No. 85 (Sammlung der Erlasse des REM 1939-1940), Bl. 316, REM, 7. Juli 1939, an die nachgeordneten Dienststellen der preussischen Hochschulverwaltung. Vertraulich!

Im Jahre 1938 gewann das deutsche Hochschulsystem mit dem „Anschluss“ Österreichs neue Konturen: Berlin hatte plötzlich einen ernst zu nehmenden Konkurrenten in Wien. Die seit 1937 laufende Planung für eine Hochschulstadt Berlin, die neben Neubauten für die Militärärztliche Akademie, das Arbeitswissenschaftliche Institut der Deutschen Arbeitsfront und die Wehrtechnische Forschungsanstalt der Wehrmacht<sup>25</sup> die Zusammenlegung der Berliner Hochschulen – Universität, Technische Hochschule und Wirtschafts-Hochschule – vorsah und die als Adolf-Hitler-Universität eröffnet werden sollte, wurde bereits im Mai 1938 durch die Planung für einen ähnlich opulenten Ausbau des akademischen Wiens ergänzt, dessen Bauskizzen 1942 vorlagen und gleich ad acta gelegt wurden. Auch die Berliner Planungen wurden 1942 eingestellt. Graz, das etwas verklausuliert um die Verleihung des Namens Adolf Hitler gebeten hatte, wurde vertröstet, denn bei den Berliner Planungen hatte man vergessen, Hitler um seine Zustimmung zu bitten, und konnte Graz daher auch nicht sagen, dass der Name bereits vergeben sei. Und Rostock? Rostock rangelte nun nicht nur wie früher mit Giessen, sondern auch mit Innsbruck um den rangniedrigsten Platz in der Universitätshierarchie. Dass der 1934 von Heidelberg nach Wien gegangene Rechtshistoriker Heinrich Mitteis (1889-1952) 1939 nach Rostock strafversetzt wurde, mag als Indikator genügen. An der „gefühlten“ oder tatsächlichen Rangfolge der Universitäten änderte sich wohl wenig. Als 1942 die Nachfolge des Neu-Germanisten Julius Petersen (1878-1941) in Berlin zu regeln war, kam es zu einer heftigen Kontroverse, die – was völlig unüblich ist – der Dekan Hermann Grapow (1885-1967) auch jenseits der sonst üblichen Formulierung „nach eingehender Aussprache beschlossen die Herren folgende Dreierliste“ protokolliert und überliefert hat: der zweite Germanist Franz Koch (1888-1969) wollte auf den Petersenschen Lehrstuhl nachrücken und auf seine Professur den Rostocker Willy Flemming (1888-1980) holen, was seinen altgermanistischen Kollegen Julius Schwietering (1884-1962) zu der doch wenig schmeichelhaften Bemerkung veranlasste, dass „*Flemming(s) [Kompetenzen] zu eng [seien]*“ und er „*[deshalb] in Rostock [säße]*.“<sup>26</sup> Das Ministerium berief den damals besten jungen Mann, den Petersen-Schüler Hans Pyritz (1905-1958), der aus seiner gerade angetretenen Professur in Königsberg nach Berlin zurückgeholt wurde.

Bei Kriegsbeginn gab es an deutschen Hochschulen nur eine kurze Unterbrechung des Studienbetriebs, ganz im Gegensatz zu Großbritannien. Während die Umstellung von Semestern auf Trimester eine Episode blieb, begann mit den Einberufungen der Männer das Nachrücken der Frauen in fast alle akademischen Bereiche unterhalb der Professuren. Dass die Habilitationsordnungen bei enger Auslegung mit ihren obligatorischen paramilitärischen Lagern Frauen nicht vorsahen, war zwar auf

<sup>25</sup> Dieser Gebäudekomplex, der anfangs zur Tarnung als Wehrtechnische Fakultät der Technischen Hochschule firmierte, wurde im Rohbau fertig gestellt und nach 1945 unter dem Trümmerberg „Teufelsberg“ begraben.

<sup>26</sup> Berlin-Brandenburgische Akademie der Wissenschaften, Archiv, NL Hermann Grapow, 4: Besetzung der Stelle von Petersen. Unterstreichungen und andere Markierungen Grapows sind hier nicht berücksichtigt.

den ersten Blick deutlich, doch wurden nach 1936 in Berlin auch Frauen wieder habilitiert, und zwar bis 1945 soviel oder sowenig wie 1919-1932.<sup>27</sup> Neue Universitäten wurden 1940/41 in Posen und Strassburg im Elsass gegründet, die TH in Danzig sollte zu einer Volluniversität ausgebaut werden und in Linz eine neue TH, in Krakau eine deutsche Kopernikus-Universität gegründet werden. Ob die geplante Hohe Schule der NSDAP, die Alfred Rosenberg (1892-1946) betrieb und die der Berliner politische Pädagoge Alfred Baeumler (1887-1968) organisatorisch auf den Weg bringen sollte, den Universitäten Konkurrenz gemacht hätte, ist eine offene Frage. Von dieser Hohen Schule wurden lediglich einige dezentrale Institute gegründet wie das Institut für indogermanische Geistesgeschichte in München mit Richard Harder (1896-1957), während requirierte Bibliotheksbestände vor allem aus jüdischem Besitz in einem Kärntner Kloster gelagert wurden, bis der Zentralbau der Hohen Schule am Chiemsee fertig gestellt sein sollte.

Die Forschung wurde entweder durch direkte Anbindung an militärische Institutionen oder durch die Ressourcenverteilung des 1942 gegründeten 2. Reichsforschungsrats den Kriegsbedingungen angepasst, der „Kriegseinsatz der Geisteswissenschaften“ wurde seit 1940 durch ein eigenes Programm geregelt. Die Pläne für eine Reichsakademie der Wissenschaften, die als Unterbau an allen Hochschulstandorten regionale Gelehrte Gesellschaften vorsahen, führte nur in Braunschweig zu einer derartige Gründung, die sich wahrscheinlich am ehesten durch die Technikfeindlichkeit der Göttinger Akademie der Wissenschaften und die Konkurrenz zu Hannover erklären lässt.

Auf der Tagesordnung standen aber neben Berufungen an vielen Universitäten Bombenangriffe und -schäden ebenso wie die täglich anwachsenden Listen der Gefallenen und Opfer der Bombenangriffe; eine Liste der Opfer der deutschen Kriegsführung unter den Emigranten sucht man dagegen vergeblich. Distanzierungen und Widerstand sowie Planungen für die Nach-Hitler-Zeit sind wahrscheinlich nur lokal rekonstruierbare Ereignisse. In Berlin ist Max von Laue auch organisatorisch die zentrale Figur derer, die dagegen sind, was nicht nur sein Einsatz für emigrierte Kollegen und seine Korrespondenz mit seinem Sohn, den er 1937 zum Studieren nach Princeton schickt, bezeugt, sondern auch die Initiative zweier privater Sitzungen der Preußischen Akademie der Wissenschaften, die sich im Frühjahr 1943 darüber verständigen, wer in anderen Zeiten die Akademie leiten soll. Bis in die ersten Monate des Jahres 1945 wird jedoch die Illusion der Normalität des üblichen Universitätsbetriebs durchgehalten. In Berlin wird bis zum 27. April 1945 promoviert, am 2. Mai kapitulieren die Streitkräfte in Berlin, und am 23. Mai wird das Rektorat übergeben.

Mit dem Ende des Reichserziehungsministeriums wurden alle Universitäten wieder Landes- bzw. in den noch-preußischen Provinzen Provinzialuniversitäten, die neben dem materiellen Wiederaufbau vor allem die Praxis der Entnazifizierung zu meistern hatten, bevor sie Ende 1945/Mitte 1946 den Lehrbetrieb wieder aufnah-

---

<sup>27</sup> *Annette Vogt*, Vom Hintereingang zum Hauptportal. Lise Meitner und ihre Kolleginnen an der Berliner Universität und in der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft, in: Pallas Athene 17, Stuttgart 2007.

men. Ob mit dem Ende des Ministeriums auch erhebliche Personal- und Sachkompetenz in Hochschulangelegenheiten verloren ging, müsste erst noch untersucht werden. Es ist allerdings auffallend, dass einige Fakultäten gegenüber den neu gebildeten Kultusministerien nie besessene Kompetenzen beanspruchen mit dem Hinweis, dass sie diesen Grad von Autonomie von jeher oder doch vor 1933 gehabt hätten. Das bedeutete, dass ab 1945 eine Ordinariuniversität in einer völlig anderen Art als vor 1933 und bis 1945 entstand, weil nach 1945 die Ministerien ihre Entscheidungsrechte gar nicht mehr ausüben wussten und auf der Ministerialseite allzu oft hochschulpolitischer Dilettantismus herrschte. Die Deutsche Zentralverwaltung für Volksbildung in der sowjetischen Besatzungszone war eine Behörde, der jede Verwaltungsroutine fehlte und die erst „laufen“ lernen musste. Nirgends sind die 1933 und in den folgenden Jahren entlassenen Wissenschaftler wieder in ihre alten Planstellen eingesetzt worden; das „Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums“ und die Folgegesetze waren zwar aufgehoben, aber die Auswirkungen des Gesetzes wurden nicht zurückgenommen. Sie blieben wie alle anderen Ministerial-Erlasse in allen vier Besatzungszonen Deutschlands weiter gültig, wenn sie von den neuen Ministerien nicht ausdrücklich aufgehoben wurden. Neben der Wiederherstellung der materiellen Schäden hatte 1945 bis 1947 die Entnazifizierung Vorrang, die in Konzeption und Praxis wohl nur als höchst arbeitsintensiver Fehlschlag gewertet werden kann, da die Kriterien der Entlassung wegen NS-Belastung (Mitgliedschaft statt Täterschaft) eben wenig überzeugend war und nur dazu führten, dass das akademische Deutschland ab 1946 damit beschäftigt war, den Fehlschlag zu korrigieren. Das war dank der seit 1933 gewachsenen sozialen Loyalitäten möglich, wobei die Alliierten bald die Aussichtslosigkeit ihrer ursprünglichen Planung einsahen und andere politische Anreize einführten. Bis auf einige auch öffentlich immer wieder vorgeführte Sündenböcke wie Carl Schmitt (1888-1985) und einige in ihren Fakultäten als sozial unverträglich aufgefallene Kollegen sind im großen und ganzen alle, die 1945/46 entlassen worden waren, in allen vier Zonen bzw. beiden Staaten wieder ins akademische Leben zurückgekehrt. In diesem Prozess blieben die akademischen Emigranten außen vor. Im Mai 1947 schrieb Emil J. Gumbel an Max Seydewitz (1892-1987):

„For two years I have had earnest thoughts about my return to Germany. I had expected that the German universities would have undone individually or collectively the dismissals of those fired on political or on so-called racial grounds and then informed us when our positions would again be available to us. This has universally not taken place.“<sup>28</sup>

Die einzige Universität, die sich gezielt um Emigranten bemühte, war die während der Berliner Blockade 1948 gegründete Freie Universität Berlin, was auch durch die US-amerikanischen Geburtshilfen und den Umstand begründet ist, dass der aus dem türkischen Exil nach Berlin zurückgekehrte Oberbürgermeister Ernst Reuter (1889-

<sup>28</sup> Steven P. Remy, *The Heidelberg Myth. The Nazification and Denazification of a German University*. Cambridge, Mass./London 2002, 142.

1953) mit zu den Gründungsvätern dieser Universität zählte.<sup>29</sup> Diese politisch motivierte Gründung – auf der Insel West-Berlin unter diesen Bedingungen eine Universität zu gründen, zeigte vor allem, dass die Amerikaner nicht abziehen würden – war Indikator für das allmähliche Auseinanderdriften der deutschen Hochschullandschaft in politisch gegeneinander positionierte Lager. Hochschulpolitik wandte sich entsprechend den neuen politischen Rahmenbedingungen teils neuen Aufgaben zu, teils arbeitete sie alte Probleme ab.<sup>30</sup> 1951 wurde mit der Gründung der Schiffbautechnischen Fakultät Rostock die erste traditionelle Universität mit einer Technischen Fakultät versehen, also das getan, was 1932 für Breslau und 1937 für Berlin vorgesehen war, aber nie vollzogen wurde. Und auf Rostock fiel die Wahl, weil Danzig in polnische und Hamburg in westdeutsche Hände gefallen war.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass die Wissenschaftspolitik des Ministeriums Rust mit der Durchsetzung ihrer negativen (Entlassungen aus immer wieder präzisierten politischen und „rassischen“ Gründen) und positiven (Nachwuchsrekrutierung) Personalpolitik durchaus erfolgreich war, sodass die wissenschaftliche Qualität im Großen und Ganzen erhalten blieb. Dabei wurde insbesondere von Vertretern der für „Rasseargumente“ zugänglichen zentralen Fächer wie Medizin, Mathematik, Physik, Jura, Germanistik, Soziologie und Geschichte allerlei theoretische Überlegungen formuliert, die „Rassebedingtheit“ jeder Forschung zur Grundlage der „Deutschen Mathematik“ etc. als guter Wissenschaft im Gegensatz zu der „verjudeten“ Mathematik als schlechter Mathematik theoretisch zu fassen und praktisch umzusetzen. Dass keine der gegen Ende der Weimarer Republik von der Schließung bedrohten Universitäten geschlossen wurde, trug zur Anerkennung der Wissenschaftspolitik des Ministeriums bei. So gelang es nicht nur, das Hochschulsystem zu stabilisieren, bis 1939/40 einen weitgehenden Generationenwechsel bei deutlich besserer finanzieller Absicherung als bisher durchzuführen, sondern auch vor allem durch die Aufrüstungs-, Expansions- und „Rasse“-Politik und den dadurch generierten Forschungs- und Entwicklungsbedarf zu profitieren. So erfüllte das deutsche Hochschulsystem – oft in Kooperation mit anderen Institutionen des Wissenschaftssystems – seine kriegsrelevanten Aufgaben (Atomforschungen, Vergeltungswaffenentwicklung, Düsenflugzeugbau, Giftgasentwicklung). Ob und wie weit antinazistische Hochschulangehörige durch „bürokratische Sabotage“<sup>31</sup> inner- und außerhalb der Hochschulen praktisch Erfolg gehabt haben, ist bisher kaum untersucht. So sei hier nur auf zwei Berliner Beispiele verwiesen: Max von Laue, theoretischer Physiker, und Heinrich Lüders (1869-1943), Indologe, organisieren im Frühjahr 1943 auf privaten Zusammenkünften der Preußischen Akademie der Wissen-

---

<sup>29</sup> James F. Tent, *Freie Universität Berlin 1948-1988. Eine deutsche Hochschule im Zeitgeschehen*. Berlin 1988.

<sup>30</sup> Peter Th. Walter, „Universitäten und Hochschulen“, in: Matthias Judt (Hrsg.), *DDR-Geschichte in Dokumenten*, Berlin 2003/ND Bundeszentrale für politische Bildung, Schriftenreihe, Bd. 350, Bonn 2010, 231-235 und 254-273.

<sup>31</sup> Arnold Brecht, „Bureaucratic Sabotage“, in: *Annales of the American Academy of Political and Social Sciences* 189 (Juni 1937), 48-57.

schaften die Grundzüge der personellen Nachkriegsplanung, indem sie sich darauf einigten, wer künftiger Akademiepräsident werden soll. Und ein Lektor für Skandinavistik an der Auslandswissenschaftlichen Fakultät, Theopron Runze (1898-1944), war Mittäter in einem Kreis um die Pfarrer und Gemeindegewerkschafter der schwedischen Viktoria-Gemeinde in Berlin, die Dank der Unterstützung von Gemeindegewerkschaftern und u. a. auch Polizisten eines benachbarten Polizeireviers und Angehörigen der Reichsbahn wohl an die 150 „Nichtarier“ in Berlin versteckten, gepflegten, mit Papieren versorgten und per Bahn nach Schweden brachten. Dass man die Arbeit dieser „Saboteure“ nach 1945 ignorierte, lag am allgemeinen und spezifisch institutionellen Erinnerungsinteresse: man definierte Sündenböcke jedes Fachs und jeder Fakultät und konstruierte je nach Besatzungslage eine im Kern gesunde Universität (BRD-Version), eine bürgerlich-humanistische Vergangenheit und parallel dazu kommunistische Märtyrer (DDR-Version) bzw. das ganze Land als „erstes Opfer Hitlers“ (österreichische Variante). Vielleicht wäre es an der Zeit, die Dämonisierungen des Nationalsozialismus und die etablierten Mythologien der Nachkriegsjahrzehnte in der Geschichte der Hochschulen mit neuer Neugier unter die Lupe zu nehmen.

Heinrich von Schwanewede

## **Hans Moral (1885-1933) – Leben, Wirken und Schicksal eines bedeutenden Vertreters der Zahnheilkunde**

Als Hans Moral zum 1. Oktober 1913 als II. Assistent an das Zahnärztliche Institut nach Rostock wechselte, stand die Zahnheilkunde als eigenständiges Fach noch am Anfang ihrer Entwicklung. Diese erreichte in Rostock sechs Jahre später einen besonderen Höhepunkt mit dem erstmals in Deutschland geschaffenen Ordinariat für Mund- und Zahnkrankheiten.

Rückblickend ist zweifellos festzustellen, dass dieser Wechsel Morals nach Rostock und die über insgesamt 17 Jahre währende Leitung des Instituts bzw. der Klinik als ein besonderer Glücksfall für die Medizinische Fakultät und insbesondere für die Zahnmedizin einzuschätzen ist. Es dürfte nicht übertrieben sein, Moral national wie auch international zu den bedeutendsten Fachvertretern Europas seiner Zeit zu zählen. Dafür spricht auch, dass er bereits im Jahre 1929 zum Dekan der Medizinischen Fakultät in Rostock gewählt wurde (Abb. 1).

Als wichtige Daten vor seiner Rostocker Zeit sind zu nennen: 1885 Geburt in Berlin, 1905 Abitur, 1905-1908 Studium der Zahnheilkunde in München und Berlin, 1908-1911 Medizinstudium in Greifswald, dort 1912 Promotion zum Dr. med. und Dr. phil., 1912 Assistent am Zahnärztlichen Institut in Marburg.

Hans Moral, zunächst wissenschaftlich und in der ambulanten Patientenbehandlung tätig, stellte bereits am 30. Mai 1914, acht Monate nach Beginn seiner Tätigkeit im Rostocker Institut, den Antrag auf Zulassung zur Habilitation an der Medizinischen Fakultät. Grundlage war eine 59-seitige Arbeit mit dem Thema: „Über die Lage des Anästhesiedepots“. Der Empfehlung zur Annahme der Arbeit und Zulassung des Autors zur Habilitation durch den Gutachter Prof. Dr. Dietrich Barfurth (1849-1927), dem damaligen Direktor des Anatomischen Instituts



Abb. 1: Hans Moral als Dekan im Jahre 1921 (Universitätsarchiv Rostock, Fotosammlung).

folgend, nahmen die Fakultätsmitglieder am 11. Juni 1914 das Gesuch Morals einstimmig an. Nach erfolgreichem Probevortrag zum Thema „Methodik des Zahnersatzes“ und anschließendem Kolloquium wurde Moral von der Medizinischen Fakultät unter Zustimmung des Großherzoglichen Ministeriums die Venia Legendi erteilt und zum Privatdozenten berufen.

Hans Moral

Die von Dr. phil. et med. Veingereichte Arbeit behandelt die Lage der Anaesthetiedepots, i. h. der Ausammlung einer injizierten anaesthetisierenden Flüssigkeit an der Eintrittsstelle bei lokaler Betäubung. Er wird die Lage dieser Depots in den Geweben studiert und es werden die dem Depot zunächst liegenden Organe festgestellt. Ferner wurde ermittelt, nach welcher Richtung hin die Injektionsmasse ausweichen kann und untersucht, ob Gefäßverletzungen vorkommen und ob aus ihnen die unangenehmen Nebenerscheinungen bei der Anaesthetisierung wenigstens zum Teil erklärbar sind. Die Arbeit sind anatomische Uebersichtstafeln beigegeben, die über die Lage der Depots und die benachbarten Organe eine schnelle Uebersicht gewähren.

Die Ergebnisse der Untersuchung, die der Verfasser auf p. 59 zusammengestellt hat, sind nicht nur für die Zahnheilkunde von Wichtigkeit, sondern auch für die Anatomie von Interesse, da wir aus ihnen ein klares Bild machen können vom Verhalten der injizierten Flüssigkeit und ihrer Beziehung zu den Organen und Geweben. Die Arbeit zeigt, dass der Verfasser das von ihm gewählte Problem mit gutem Verständnis für die anatomischen Grundlagen und mit wissenschaftlichem Sorgfalt behandelt hat. Dr. H. Moral bewährt sich in dieser Arbeit wie in seinen zahlreichen andern Veröffentlichungen, besonders in den anerkannt guten Untersuchungen über die Entwicklung der Speicheldrüsen bei Säugtieren, als tüchtigen und fleißigen Forscher.

Ich empfehle die Annahme der Arbeit als Habilitationsschrift und die Zulassung des Autors zur Habilitation für Zahnheilkunde.

Rostock, 9. Juni 1914.

Barfurth.

Abb. 2: Gutachten des Anatomen Prof. Dr. Barfurth zur Habilitationsschrift Morals (Universitätsarchiv Rostock, Personalakte Hans Moral).

Der Ausbruch des Ersten Weltkrieges führte zu weitreichenden Konsequenzen am Zahnärztlichen Institut. Prof. Dr. Johannes Reinmöller (1877-1955) als Institutsdirektor und der 1. Assistenzarzt der Klinik wurden zum Kriegsdienst in Sanitätsein-

heiten des Heeres versetzt. Hans Moral blieb als „ungedienter Landsturm“ ohne Einberufung.

Gerade habilitiert übernahm der 28-jährige Privatdozent am 1. August 1914 die kommissarische Leitung des Instituts. Dieses Amt forderte Moral höchsten Einsatz ab. Die kriegsbedingte Reduzierung des Mitarbeiterstammes, steigende Patientenzahlen, die Aufrechterhaltung der Lehrveranstaltungen und seine Tätigkeit als Mitglied der Prüfungskommission für die zahnärztliche Vor- und Hauptprüfung brachten ihn physisch und psychisch bis an die Grenzen seiner Leistungsfähigkeit.

Obwohl fast der gesamte Lehrbetrieb und eine ständig zunehmende klinische Betreuung auf Moral lasteten, widmete er sich auch in Kriegszeiten kontinuierlich der wissenschaftlichen Arbeit.

Per Schreiben aus dem Felde meldete sich 1917 Johannes Reinmüller zu Wort und bat die Medizinische Fakultät der Regierung in Schwerin vorzuschlagen, Moral wegen seiner außergewöhnlich großen Verdienste um den zahnärztlichen Unterricht während der Kriegsjahre den Titel Professor zu verleihen. Nur seiner selbstlosen und aufopferungsvollen Tätigkeit sei es zu danken, dass nicht nur der zahnmedizinische Unterricht, sondern auch das Zahnmedizinische Institut aufrechterhalten werden konnte. Auf Grund dieses Antrags wurde auf der Fakultätssitzung am 3. April 1917 einstimmig beschlossen, das Großherzogliche Ministerium zu bitten, Moral den „Professortitel“ zu verleihen.

Im Schreiben des Dekans vom 18. April 1917 an das Ministerium wird zur Verleihung der Titulatur-Professur ausgeführt:

„Wenn auch Herr Moral erst verhältnismäßig kurze Zeit habilitiert ist, so verdient seine außerordentliche Tüchtigkeit und seine restlose Hingabe zweifellos eine besondere Anerkennung. Ohne Herrn Dr. Moral wäre es ausgeschlossen gewesen, daß während des Krieges der Unterrichtsbetrieb für Zahnärzte an der Universität Rostock aufrechterhalten wurde, ebenso die zahnärztliche Behandlung der Einwohner. [...]“<sup>1</sup>

Das Vizekanzellariat befürwortete am 23. April 1917 den Antrag der Fakultät und schrieb:

„Dr. Morals Verdienst ist es, das Institut unter den oft recht schwierigen Kriegsverhältnissen auf seiner Höhe erhalten und fortentwickelt zu haben [...] Er hat also etwas besonderes geleistet und versieht eine leitende Stelle, wie sie im allgemeinen jungen Privatdozenten noch nicht anvertraut wird.“<sup>2</sup>

Dazu findet sich in der Akte die kurze handschriftliche Mitteilung vom 16. Juli 1917: *„Seine königliche Hoheit der Großherzog haben geruht, den Privatdozenten Dr. med. et. phil. Hans Moral zu Rostock den Titel „Professor“ zu verleihen.“*<sup>3</sup>

<sup>1</sup> Universitätsarchiv Rostock (UAR), Personalakte Moral, Hans; Brief des Dekans vom 18. April 1917 an das Großherzogliche Ministerium.

<sup>2</sup> UAR Personalakte Moral, Hans; Befürwortung der Titulatur-Professur durch das Vizekanzellariat vom 23. April 1917.

<sup>3</sup> UAR Personalakte Moral, Hans; Verleihung des Titels „Professor“ durch den Großherzog am 16. Juli 1917.

Mit dem Ende des Ersten Weltkriegs, zum Wintersemester 1918/19 übernahm Johannes Reinmöller wieder die Leitung des Zahnärztlichen Instituts. Nach einem Gerichtsprozess und einem Disziplinarverfahren der Universität sah sich Johannes Reinmöller veranlasst, die Alma Mater zu verlassen und eine Berufung nach Erlangen anzunehmen.

Obwohl offensichtlich auswärtige Kandidaten für eine Berufung in Frage kamen und auch Interesse bekundeten, favorisierte die Medizinische Fakultät Hans Moral als Nachfolger Johannes Reinmöllers.

### **Bestallung zum Professor und Direktor der Klinik**

Zum 1. Oktober 1920 erhielt Moral die Bestallung als außerordentlicher Professor der Medizinischen Fakultät. Darüber hinaus erging an ihn die Aufforderung des Ministeriums für Unterricht, die Leitung der Klinik zu übernehmen.

Interessant ist, dass Moral mit der Berufung zum Extraordinarius der Lehrauftrag für die gesamte Zahnheilkunde erteilt wurde. Damit fand die nach dem Ersten Weltkrieg eingeführte Dreiteilung des Unterrichts nun keine Fortsetzung mehr.

Seinen Amtseid legte Moral am 4. November 1920 nach einer Ansprache von Magnifizienz Prof. Dr. Rudolf Helm (1872-1966) und der Einführung ins Lehramt und Konzil mit folgendem Wortlaut ab:

„Ich Hans Moral schwöre Treue der Reichsverfassung und gelobe und schwöre: Nachdem ich zum a. o. Professor der Zahnheilkunde ernannt worden bin, will ich meine Dienstobliegenheiten als a. o. Professor und Beamter im Mecklenburg-Schwerinschen Staatsdienst nach den geltenden Gesetzen und sonstigen Vorschriften, insbesondere den allgemeinen akademischen Satzungen und den besonderen Satzungen der medizinischen Fakultät treu und gewissenhaft erfüllen, dem jedesmaligen Rektor und dem Konzil sowie auch meiner Fakultät die schuldige Achtung beweisen, auf der studentischen Jugend Bestes sehen und überhaupt in Allem mit alleiniger Rücksicht auf das Wohl des Landes und der Universität verfahren. Alles dieses gelobe ich fest und unverbrüchlich zu halten.“<sup>4</sup>

Eine weitere wesentliche Veränderung erfuhr die Klinik in dieser Zeit. Bisher im Privatbesitz Johannes Reinmöllers wurde sie nun verstaatlicht, wie der Regierungsbevollmächtigte mit Schreiben vom 2. Oktober 1920 erklärte:

„Rektor und Konzil der Universität teile ich mit, daß die bisher von dem Professor Dr. Reinmöller betriebene Klinik und Poliklinik für Mund- und Zahnkrankheiten nebst den beiden Grundstücken Schröderstraße 36 und 37 hie-

---

<sup>4</sup> UAR Personalakte Moral, Hans; Amtseid Morals als außerordentlicher Professor am 4. November 1920.

selbst durch Kaufvertrag in das Eigentum und den Betrieb des Staates übergegangen sind.“<sup>5</sup>

Moral, seit dem 1. Oktober 1920 Direktor der Klinik, übernahm fast allein den Lehrbetrieb. Bedingt durch den Weggang von Reinmöller und Georg Blessing (1882-1941), der die Konservierende Zahnheilkunde vertreten hatte, oblag ihm jetzt der Unterricht im Fach „Klinik der Mund- und Zahnkrankheiten“, in der „Konservierenden Zahnheilkunde“, in der „Zahnersatzkunde“, der „Orthodontie“ und der „Zahnärztlichen Materialkunde“. In Verbindung mit der Klinikleitung, der Patientenbehandlung und weiterhin ungebrochener wissenschaftlicher Arbeit zweifellos eine enorme Belastung für Moral.

Es kann daher nicht verwundern, dass diese Inanspruchnahme, zumal Moral an der komplexen Behandlung der Patienten und der umfassenden Ausbildung der Studenten keine Abstriche machte, nicht ohne weitere Auswirkungen auf seine Gesundheit blieb. Im Oktober 1921 erkrankte er ernsthaft. Im ärztlichen Gutachten vom 12. Dezember 1921 hieß es dazu:

„Herr Universitätsprofessor Dr. Hans Moral aus Rostock, der seit 7. November d. Js. im Sanatorium Dr. Barner in Behandlung ist, leidet an einer Herzneurose. Diese hat sich an eine in Karlsbad durchgemachte Typhuserkrankung angeschlossen und besteht in Anfällen von erheblicher Pulsbeschleunigung, Herzunregelmäßigkeit, Angstempfindungen und Depressionsausbrüchen. Die Hartnäckigkeit der Krankheit bedingt es, daß erst jetzt die eingeschlagene Kur einen Erfolg zu zeitigen beginnt und daß man deshalb mit einer längeren Dauer der Kur zu rechnen genötigt ist als vorgesehen war. Der Eintritt eines vollen Erfolges und die Wiederkehr der Arbeitsfähigkeit des Herrn Professor Moral ist über jedem Zweifel erhaben, sofern die Kur auf das nötige Maß ausgedehnt wird.“<sup>6</sup>

### **Wissenschaftliche Erfolge, Ehrendoktorwürde**

Dennoch gehört diese Zeit mit zu Morals fruchtbarster Schaffensperiode. Davon zeugt eine Vielzahl von Publikationen wie z. B. zur Speicheldrüsenentwicklung, zur Leitungsanästhesie im Ober- und Unterkiefer und zur Alveolarpyorrhoe. Die Standardwerke „Einführung in die Klinik der Zahn- und Mundkrankheiten“ sowie „Die Leitungsanästhesie im Ober- und Unterkiefer“ fanden besondere Wertschätzung.

---

<sup>5</sup> UAR Med.Fak. 212 (Zahnklinik 1910-1938) Schreiben des Regierungsbevollmächtigten an Rektor und Konzil vom 2. Oktober 1920.

<sup>6</sup> UAR Personalakte Moral, Hans; Ärztliches Gutachten aus dem Sanatorium Dr. Barner, Braunlage.



Abb. 3: Von Moral verfasste und mitverfasste Standardwerke.

Universität und Fakultät anerkannten seine hervorragenden Leistungen. Moral wurde mit Wirkung vom 1. April 1923 im Alter von 37 Jahren zum ordentlichen Professor für das Fach Zahnheilkunde an der Medizinischen Fakultät bestellt. Er war damit der 2. Lehrstuhlinhaber in Rostock. Seine Amtseinführung durch Magnifizenz Prof. Dr. Hans Walsmann (1877-1939) erfolgte am 18. Juni 1923.

Nachdem der Umzug des damaligen Zahnärztlichen Instituts von der Bismarckstraße in die Schröderstraße ohne die Einrichtung einer Bettenstation erfolgt war, bestand Morals unablässiges Trachten darin, die Errichtung einer Krankenstation in der Schröderstraße zu bewirken. Da das Ministerium – zumal in Zeiten der Inflation und Geldnot – nicht in der Lage war, die Einrichtung der Station finanziell zu unterstützen, ergriff Moral in privater Mission die Initiative. Es gelang ihm, verschiedene Schenkungen und Stiftungen zu mobilisieren, so dass die Einrichtung einer eigenen Bettenstation der Klinik und Poliklinik für Mund- und Zahnkrankheiten vom Ministerium genehmigt wurde.

Dies geschah allerdings mit dem deutlichen Hinweis, dass die Station ihre gesamten Ausgaben aus eigenen Einnahmen zu decken habe. Das konnte Moral schon nach dem ersten Jahr des Bestehens der Station gegenüber der Landesregierung nachweisen.

Diese auf Morals jahrelanges Wirken hin entstandene stationäre zahnmedizinische Einrichtung war die erste ihrer Art an einer deutschen Universität. Die Einweihung der Bettenstation am 23. Februar 1924 veranlasste die Medizinische Fakultät

an diesem Tag Hans Moral, wie es hieß „in dankbarer Anerkennung der Verdienste um die Förderung der zahnmedizinischen Ausbildung und um den Ausbau der Universitäts-Zahnklinik Rostock“<sup>7</sup> zum Dr. med. honoris causa zu ernennen. Hans Moral war zu diesem Zeitpunkt erst 38 Jahre alt.



Abb. 4: Zimmer der neu errichteten Bettenstation in der Schröderstraße (Fotoarchiv der Klinik und Poliklinik für ZMK).

Moral, von dieser Ehrenpromotion wahrscheinlich überrascht, bemerkte dazu in einem Dankschreiben vom 25. Februar 1924:

„Ich erlaube mir nun heute Ew. Spektabilität sowie sämtlichen Herren der Medizinischen Fakultät auch an dieser Stelle nochmals meinen besten Dank für die mir zu Teil gewordene Ehrung auszusprechen, die auf der einen Seite für mich Beweis ist, dass die Fakultät mit meiner Arbeit zufrieden und einverstanden ist und auf der anderen Seite ein Ansporn für mich sein wird, auch weiterhin meine gesamte Kraft in den Dienst des mir unterstellten Instituts zu setzen.“<sup>8</sup>

Zum Wintersemester 1924/25 führte Moral an der Klinik das Unterrichtsfach „Arbeiten im wissenschaftlichen Laboratorium“ ein. Damit ermöglichte er interessierten Studenten erste Einblicke in die Forschungsarbeit.

<sup>7</sup> UAR MD 200/24 Ehrenpromotion Morals zum Dr. med. dent.

<sup>8</sup> UAR Med. Fak.; Schreiben Morals vom 25. Februar 1924 an den Dekan der Medizinischen Fakultät Prof. Dr. Frieboes.

Auch die Mitte und das Ende der zwanziger Jahre sind von innovativer wissenschaftlicher Arbeit Morals geprägt. In dieser Zeit beschäftigte er sich über Jahre hinweg mit psychosomatischen Grenzfällen und kam dabei zu Ergebnissen, die auch heute noch relevant sind. In diesem Zeitraum erschienen von Moral Veröffentlichungen über die Wurzelspitzenresektion, die Wurzelbehandlung, die Chirurgie der Mundhöhle, die Herstellung und Untersuchung künstlicher Zähne, die spezielle Pathologie der Mundhöhle sowie über Kieferbrüche und Tumoren. Der zusammen mit dem Dermatologen Walter Frieboes (1880-1945) herausgegebene „Atlas der Mundkrankheiten“ erhielt von anerkannten Fachvertretern hervorragende Kritiken.

In diese Zeit zunehmender Anerkennung Morals in Deutschland und in Europa sowie der gewachsenen Bedeutung der Klinik fiel jedoch ein Wehrmutstropfen durch ein Disziplinarverfahren, das der örtliche Zahnärzteverband im August 1925 gegen ihn eröffnete. Als Grund wurde angeführt, Moral habe in Gegenwart einer Patientin die Arbeit eines Kollegen und deren Preis kritisiert. Moral erhielt daraufhin eine Vorladung zur öffentlichen Sitzung der Disziplinarkammer.

Am 8. September 1925 informierte Moral den Regierungsbevollmächtigten, dass die Kammer zu der Erkenntnis gekommen sei, die Klage abzulehnen. Das Verfahren konnte damit auch dank der eindeutigen Aussagen seiner Mitarbeiter abgewendet werden.

Hintergrund dieser Auseinandersetzung war sicher auch, dass in Zeiten der Weltwirtschaftskrise niedergelassene Kollegen in materielle Nöte gerieten, für die auch die steigenden Patientenzahlen der Universitätsklinik und damit einhergehende eigene finanzielle Einbußen verantwortlich gemacht werden konnten.

Es sollte sich noch zeigen, dass die völlig unzutreffenden Beschuldigungen und der öffentliche Angriff auf die Person Morals acht Jahre später wieder aufkamen und in Verbindung mit nationalsozialistischen Argumenten Moral in schwere Bedrängnis brachten.

## **Nationale und internationale Reputation**

Die zweite Hälfte der zwanziger Jahre war von einer immer stärkeren Anerkennung Morals gekennzeichnet. Vorträge und Demonstrationen führten ihn nach Süd- und Osteuropa sowie Skandinavien. Rostock bildete sich zu einem Treffpunkt für viele in- und ausländische Zahnmediziner heraus.

Zur Entlastung bei der Durchführung des studentischen Unterrichts und um eine bessere Repräsentanz und die Weiterentwicklung der Prothetik und Orthodontie zu garantieren, holte Moral im April 1926 Hans Schlamp (1900-1962) aus Erlangen als 1. Assistenten an die Rostocker Klinik. Eine wichtige Entscheidung, wie sich bald herausstellte. Denn Schlamp leitete nicht nur die technisch-orthodontische Abteilung mit Erfolg, sondern erhielt im März 1929 nach erfolgreicher Habilitation zum Thema: „Zur Funktion der Prothese des zahnlosen Kiefersystems“ und einem Probevortrag „Über den Kaudruck“ auch die Venia Legendi. Er wurde damit zu einer wichtigen Stütze für Moral.

Diese Entlastung nutzte Moral, um über die Grenzen Deutschlands hinaus wirksam zu werden. Im Oktober 1926 führte er einen Weiterbildungskursus zur zahnärztlichen Chirurgie in Bulgarien durch. Mit Vorträgen und praktischen Übungen in Sofia und anderen Städten Bulgariens sowie auch vor dem Budapester Zahnärzterein demonstrierte Moral den zur damaligen Zeit fortschrittlichen Stand der Zahnmedizin in Deutschland.

Das Jahr 1927 stand im Zeichen umfassender Neuerungen in der Rostocker Zahnklinik. Durch Morals Weitsicht und umfangreiche Stiftungen wurde es möglich, trotz der inzwischen prekären Raumsituation ein wissenschaftliches Laboratorium und die „Abteilung zur Behandlung und Erforschung der Alveolarpyorrhoe“, die heutige Parodontologie, zu errichten.

Auslandsreisen führten ihn 1928 und 1929 erneut auf den Balkan und in die baltischen sowie wieder in die skandinavischen Länder. Er wurde auf den Kongressen stürmisch begrüßt und erfuhr eine Vielzahl von Ehrungen. Weitere Stationen seiner Vortragstätigkeit im Ausland waren im Jahre 1928 Lettland, Finnland und Schweden.

Auch im Jahre 1929 rissen die Einladungen zu Vortragsreisen ins Ausland nicht ab. Moral wurde zu Vorträgen in Prag, Libau, Riga, Reval und Dorpat gebeten. In Helsingfors ehrte man ihn mit der Aeyräpää-Gedenkmedaille. Die Breite und Aktualität seiner wissenschaftlichen Arbeiten und seine interessanten Fortbildungsveranstaltungen machten ihn offensichtlich zu einem gefragten Referenten.

In Rostock erwartete ihn im Jahre 1929 eine besonders ehrenvolle Aufgabe. Er wurde von der Fakultät einstimmig zum Dekan gewählt. Die Übernahme dieses verantwortungsvollen Amtes durch Moral als einem Vertreter eines immerhin noch jungen Faches war zweifellos ein Zeichen besonderer Wertschätzung, die er sich als Kliniker, Wissenschaftler und Hochschullehrer erworben hatte.

Noch im Jahre 1929 hielt Moral einen vielbeachteten Rundfunkvortrag in Berlin und leitete den 18. Italienischen Stomatologenkongress.

Morals Vortragstätigkeit blieb auch im Jahre 1930 ungebrochen. Er referierte in Prag und Budapest, um anschließend in Rostock vor Gästen aus Dänemark aufzutreten und Operationsmethoden zu demonstrieren. Nach Vorträgen in Polen erhielt er im Mai 1930 die Ehrenmitgliedschaft des Vereins polnischer Zahnärzte.

Im Jahre 1930 sah sich Moral in besonderer Weise gezwungen, auf die an der Klinik vorherrschende Raumnot und die damit verbundene Überfüllung der Räume sowie auf hygienische Missstände hinzuweisen. Als Dekan der Medizinischen Fakultät hatte Moral 1929 eine Denkschrift zur Raumsituation an den Kliniken und Instituten verfasst. Der Universität und dem Ministerium war damit bekannt, dass die Zahnklinik in Raumfragen dringend der Unterstützung bedurfte. Moral selbst schlug in seiner Amtszeit als Dekan vor, die Zahnklinik eventuell in das Gebäude des Universitäts-Krankenhauses zu integrieren. Das Ministerium erwog einen Neubau hinter der Frauenklinik. Die Raumnot war dann Anlass für Moral, seinem Amtsnachfolger als Dekan mit Datum vom 17. Mai 1930 zu schreiben, indem er diesen auch geschickt in dessen Eigenschaft als Hygieniker ansprach:

„Ich wäre Ew. Spectabilität sehr verbunden, wenn Sie die Liebenswürdigkeit hätten, eine Ergänzung dazu zu machen etwa des Inhaltes, dass Sie durch eigene Inaugenscheinnahme sich von der Überfüllung und den unhaltbaren Zuständen überzeugt hätten. Sehr lieb wäre es mir, wenn Sie in diesem Bericht nicht nur Ihre Stellungnahme als Dekan, dem ja satzungsgemäss die Aufsicht über die ordnungsmässige Durchführung des Unterrichts obliegt, bekannt geben würden, sondern auch gleichzeitig in Ihrer Eigenschaft als Hygieniker auf die Unhaltbarkeit und Gesundheitswidrigkeit der Räume hinweisen wollten.“<sup>9</sup>

In einem weiteren Schreiben an den Dekan mit gleichem Datum verstand er es überzeugend, weitere wichtige Argumente für einen Klinikneubau und gegen einen Numerus clausus ins Feld zu führen.

Der Zustrom von Studenten, mit dem Wunsch in Rostock Zahnheilkunde zu studieren, hielt trotz der ungünstigen räumlichen Voraussetzungen unvermindert an. Da Veränderungen kurzfristig nicht möglich waren, regulierte das Ministerium für Unterricht die Reihenfolge der Zulassung zum Studium, ohne dass zunächst ein Numerus clausus erging. Dies ist einem ministeriellen Schreiben vom 16. Juni 1930 zu entnehmen. Das Ministerium behielt sich den Numerus clausus jedoch vor. Für Moral war dies eine absolut unbefriedigende Lösung, mussten doch infolge der hohen Studentenzahlen die Kurse weiterhin mehrfach abgehalten werden, ohne dass er an der völlig unzulänglichen Raumsituation etwas ändern konnte. Die Ohnmacht gegenüber diesen Verhältnissen setzte Moral offenbar schwer zu. Trotz der Einschränkung der eigenen Lehrtätigkeit und trotz seiner ständig steigenden nationalen und internationalen Reputation beeinträchtigten die hohen Anforderungen und die Verhältnisse Morals Gesundheitszustand stark. Eine längere Reise in die Tschechoslowakei, nach Österreich, Ungarn, Jugoslawien, Bulgarien, Griechenland und Italien, die Moral gemeinsam mit dem Rostocker Pathologen Prof. Dr. Walther Fischer (1882-1969) im Frühjahr 1931 geplant und in Angriff genommen hatte, musste er aus gesundheitlichen Gründen abbrechen. Man kann davon ausgehen, dass dies mit seinem alten Leiden, der Herzneurose, zusammenhing.

### **Erste Abschiedsbriefe**

Die Hintergründe für zwei auf den 16. November 1931 datierte erste Abschiedsbriefe an den Dekan der Medizinischen Fakultät bzw. an seinen Oberarzt Prof. Dr. Matthäus Reinmüller (1886-1977), in denen Moral ankündigte, aus dem Leben gehen zu wollen, lassen sich nur erahnen. Sein 5-seitiger Brief an den Dekan, in dem er betont, sich über die Gründe seines Abschieds ausschweigen zu dürfen, ist ein beeindruckendes Zeitdokument.

---

<sup>9</sup> UAR Med. Fak. 2020 (Studium der Zahnmedizin 1906-1944); Schreiben Morals an den Dekan der Medizinischen Fakultät vom 17. Mai 1930 zur Raumnot in der Klinik.

Allein die tiefeschürfende Analyse zu seiner Nachfolge im Falle einer Neubesetzung ist ein Beleg für Morals Scharfsinnigkeit, aber auch für sein hohes Verantwortungsbewusstsein trotz der großen nervlichen Belastung, unter der er sich befand.<sup>10</sup>

Der am gleichen Tage verfasste Brief an Matthäus („Max“) Reinmöller ist auch deshalb von Interesse, weil Moral darin zum Ausdruck bringt, dass er wegen seiner Reisen, die auch negativ ausgelegt wurden, offenbar Anfeindungen ausgesetzt war:

„Lieber Max! Wenn diese Zeilen in Ihre Hand gelangen, habe ich alles überstanden. Ich habe selber den Weg gesucht aus einem Leben, das mir nichts mehr zu bieten imstande ist. Über die Gründe im Einzelnen will ich nicht sprechen, aber damit keine falschen Gerüchte aufkommen, will ich Ihnen sagen, daß hinter den Gründen an erster Stelle meine Migräne steht, und dann die Anfeindungen, die ich von den verschiedensten Seiten zu erdulden habe, nicht zum wenigsten die Hetze wegen meiner Reisen, die man mir gegenüber sogar als Vaterlandsverrat hingestellt hat. Ich habe es nicht nötig, mich so beschimpfen zu lassen.“<sup>11</sup>

Diese Ende des Jahres 1931 geschriebenen Briefe blieben ohne Auswirkungen und fanden erst nach Morals Tod im Jahre 1933 wieder Beachtung.

### **Internationale Vortragstätigkeit und Ehrungen**

Wenn Moral etwas in seinem Wirken bestärken konnte, dann war es weiterhin die internationale Anerkennung. Nachdem ihm die „Japan Dental Association Tokyo“ als erste nichteuropäische Gesellschaft zu ihrem Ehrenmitglied ernannt hatte, erhielt Moral im Jahre 1931 die Ehrenmitgliedschaft der Dansk Odontologisk Selskab für seine weitreichenden Verdienste um die Zusammenarbeit mit der dänischen Zahnärzteschaft.

Nach wie vor war Moral als Vortragender im Ausland sehr begehrt. Das zeigte sich auch im Jahr 1932. Im Januar weilte er als Referent in Kopenhagen und Fünen, im Februar hielt er Vorträge in Malmö und Göteborg, im März führte ihn eine Vortragsreise nach Jugoslawien, Bulgarien und Triest.

Verschafft man sich einen Überblick von den Vortragsreisen Morals allein im Zeitraum zwischen 1926 und 1932, dann wird deutlich, in welchem Maße Moral die Universität Rostock und die deutsche Zahnheilkunde in vielen europäischen Ländern vertreten hat.

Die Vielzahl der ihm zuteil gewordenen Ehrungen spricht dafür, dass er offensichtlich mit großen Erfolg auftrat.

In dem oben genannten Zeitraum erhielt Moral von acht ausländischen und einer deutschen Institution die Ehrenmitgliedschaft, das sind die:

<sup>10</sup> UAR Personalakte Moral, Hans, Teil II; Abschiedsbrief Morals an den Dekan vom 16. November 1931.

<sup>11</sup> UAR Personalakte Moral, Hans, Teil II; Abschiedsbrief Morals an Prof. Dr. M. Reinmöller vom 16. November 1931.

Ehrenmitgliedschaft des Vereinsbundes bulgarischer Zahnärzte  
 Ehrenmitgliedschaft der Federazione stomatologica italiana  
 Ehrenmitgliedschaft des Vereinsbundes ungarischer Zahnärzte  
 Ehrenmitgliedschaft des Vereins Triester Zahnärzte  
 Ehrenmitgliedschaft der Berliner zahnärztlichen Gesellschaft  
 Ehrenmitgliedschaft des Rigaer Zahnärztevereins  
 Ehrenmitgliedschaft des Vereins polnischer Zahnärzte  
 Ehrenmitgliedschaft der Japan Dental Association Tokyo  
 Ehrenmitgliedschaft der Dansk Odontologisk Selskab

Dass Moral trotz aller internationaler Verpflichtungen, seiner gesundheitlichen Probleme und der von verschiedenen Seiten auf ihn einwirkenden Anfeindungen die weitere Entwicklung der Zahnmedizin an der Universität Rostock stets im Auge hatte, davon zeugt auch ein Gesprächsprotokoll des Rektors Prof. Dr. Curt Elze (1885-1972), das dieser im Januar 1932 in einer Besprechung zum Neubau einer Zahnklinik mit Moral verfasst hat.

### **Physische und psychische Bedrohungen, Beurlaubung**

Mit der Zunahme nationalsozialistischen Einflusses und der Zuspitzung der politischen Situation war Moral auf Grund seiner jüdischen Herkunft bald immer stärker besonderen Repressalien ausgesetzt. Nach dem 1. Halbjahr 1932 litt er zunehmend unter physischen und psychischen Bedrohungen, die seinen ohnehin labilen Gesundheitszustand stark erschütterten.

Nach Berichten von Augenzeugen wurde Moral auch von Mitgliedern des Nationalsozialistischen Deutschen Studentenbundes (NSDStB) persönlich bedroht. Nachts schlug man Fenster und Türen seiner Wohnung ein. Moral litt erneut unter Depressionen und trug sich mit Selbstmordgedanken. Nach der Machtergreifung der NSDAP und der damit verbundenen Legalisierung des antijüdischen Terrors unterlag Moral ständig neuen Drangsalierungen.

Knapp 16 Monate nach seinem ersten Abschiedsbrief, am 8. März 1933, verfasste Moral ein zweites Abschiedsschreiben, indem er andeutete, aus dem Leben gehen zu wollen. In diesem an die Medizinische Fakultät gerichteten Brief bezog er auch Stellung zu Glaubensfragen. Sich an den Dekan wendend bemerkte er:

„Möchte ich mir erlauben folgendes vorzutragen: Die Entwicklung in Deutschland geht einen Weg, der wahrscheinlich zur Folge haben wird, daß man mich aus meinem Lehramt entfernt. Ich habe zwar meine Pflicht getan und habe nichts getan oder unterlassen, was als schlecht oder straffällig anzusehen wäre. Darauf aber kommt es im Augenblick nicht an. Ich bin Jude und habe nie ein Hehl daraus gemacht, ich bin aber meiner ganzen Einstellung nach Deutscher und bin immer stolz darauf gewesen ein Deutscher zu sein, ein Deutscher, dessen Konfession die jüdische ist. Ich lehne es auch ab, aus äusseren Gründen, meine Konfession zu wechseln. Aber eben weil ich ein Jude bin, soll ich aus meinem Amt entfernt werden. Das kann ich, der ich

meine Arbeit immer mit vollem Herzen getan habe und der ich nichts getan habe, was gegen meinen Eid oder meine Pflicht gewesen wäre, nicht erleben. Ich werde also freiwillig gehen, aber ich gehe nicht, um wo anders meine Arbeit wieder aufzunehmen, ich gehe dahin, wo Ruhe und Frieden ist, die Ruhe, die mir die Elemente nicht gönnen, die meinen, daß ein Jude ein minderwertiger Mensch ist. Ich darf Sie bitten der Fakultät für das mir allezeit bewiesene Vertrauen meinen besten Dank zu sagen. Ich habe mich in der Mitte der Fakultät alle Zeit sehr wohl gefühlt und scheidet mit dem besten Dank an alle Mitglieder der Fakultät.“<sup>12</sup>

In immer kürzeren Abständen wurde Moral nun durch nationalsozialistische Aktionen bedroht. So zwang man ihn am 1. April 1933 in Verbindung mit dem Boykott jüdischer Geschäftsleute, Rechtsanwälte und Ärzte auf unbestimmte Zeit Urlaub einzureichen.

Morals Urlaubsgesuch wurde zusammen mit einem Flugblatt, das die Nationalsozialisten vor solchen Einrichtungen verteilten, die von Juden geleitet wurden und mit Erläuterungen des Regierungsbeauftragten der Universität Rostock dem Ministerium für Unterricht vorgelegt. Es ist dies ein erschütterndes Dokument für den Umgang mit Moral. Der Regierungsbeauftragte Paul Siegfried (1872-1943) schrieb:

„Herrn Professor Dr. Dr. Moral ist gestern Mittag durch den Herrn Dekan der medizinischen Fakultät, Herrn Professor Dr. Steurer, auf Grund einer mündlichen Mitteilung des hiernach befragten Herrn Staatsministers Dr. Scharf gesagt, dass die Universitäts-Poliklinik für Mund- und Zahnkrankheiten bei dem für den 1. April 1933 geplanten Abwehrkampf gegen die Greuelpropaganda des Judentums im Auslande nicht ausgenommen werde, da ihr Direktor Jude sei. Hiervon haben der Herr Staatsminister Dr. Scharf und ich vorher Kenntnis gehabt. Wir alle haben geglaubt, dass eine vorübergehende Beurlaubung des Herrn Professors Dr. Dr. Moral geboten sei. Mit der ihm nach seinem Eide obliegenden alleinigen Rücksicht auf das Wohl der Universität und des auch in seinen Einnahmen betroffenen Landes hat Herr Professor Dr. Dr. Moral um Beurlaubung gebeten. Er will zu wissenschaftlichen Vorträgen ins Ausland fahren und diese Gelegenheit benutzen, um der Greuelpropaganda entgegenzutreten.“<sup>13</sup>

Nur vier Tage später, am 5. April, erging durch den Regierungskommissar Friedrich Hildebrandt (1898-1948) aus Schwerin die Aufforderung an Moral von seinem Lehrstuhl zurückzutreten:

„Bei mir als Regierungskommissar sind über Sie eine ganze Menge Beschwerden aus der Bevölkerung des Landes erhoben. Auch der nationalsozialistische Ärzteverband fordert Ihre Abberufung. Allgemein wird auch von

---

<sup>12</sup> UAR Personalakte Moral, Hans, Teil II; Abschiedsbrief Morals an die Med. Fakultät vom 8. März 1933.

<sup>13</sup> UAR Personalakte Moral, Hans, Teil II; Vermerk des Regierungsbevollmächtigten der Universität vom 31. März 1933 auf der Rückseite eines Briefes von Moral an den Rektor.

anderen wirtschaftlichen und politischen Organisationen von mir verlangt, Ihre Abberufung durch das Kultusministerium zu veranlassen. Ich habe die Absicht, auf Grund der vorliegenden Beschwerden Ihre Abberufung durch das Kultusministerium zu erwirken. Ich möchte Ihnen jedoch Gelegenheit geben, vorher selbst von Ihrem Lehrstuhl zurückzutreten. Ich erwarte Ihre umgehende Entscheidung (gez.) Hildebrandt.“<sup>14</sup>

Wie sich herausstellen sollte, war nicht einmal der zuständige Minister selbst über diesen Vorgang informiert.

Sich der Tragweite dieses schonungslosen Vorgehens des Regierungskommissars offensichtlich bewusst, umging Moral die geforderte umgehende persönliche Entscheidung, indem er Hildebrandt mit Schreiben vom 9. April 1933 antwortete:

„Auf Vorschlag des Konzils der Universität Rostock in den Lehrkörper berufen, kann ich der Aufforderung nicht eigenmächtig entsprechen. Deshalb habe ich das Schreiben Sr. Magnifizenz dem Herrn Rektor mitgeteilt und werde antworten, sobald mir von ihm das Schreiben zurück gegeben ist.“<sup>15</sup>

Um sich gegen die bislang unbekanntenen Anschuldigungen wehren zu können, beantragte Moral darüber hinaus am 9. April beim Ministerium die Einleitung eines Disziplinarverfahrens gegen sich selbst.

Entbehrten die bisherigen Aktionen gegen Moral rein rechtlich der Legalität, so bedrohte ein neu geschaffenes Gesetz vom 7. April 1933 die Stellung Morals. Darin berief sich das Ministerium für Unterricht auf die Vorschriften des Reichsgesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums. Danach waren Beamte „nicht arischer“ Abstammung in den Ruhestand zu versetzen oder zu entlassen. Die Universität Rostock wurde aufgefordert zu berichten, auf wen diese Bestimmung anzuwenden war.

Am 13. April reichte Moral, die Aufforderung Hildebrandts von seinem Lehrstuhl zurückzutreten außer Acht lassend, ein Urlaubsgesuch für sechs Monate ein. Diese Beurlaubung sollte sich bald als eine endgültige erweisen.

Aus Berlin, wo er bei seinem Bruder Kurt wohnte, informierte Moral umgehend Matthäus Reinmöller darüber, dass in Hahnenklee, wohin er zur Kur fahren wollte, schon keine Juden mehr aufgenommen würden.

Die aufreibenden, ihn ständig verfolgenden Auseinandersetzungen mit seinen nationalsozialistischen Widersachern und seine angegriffene Gesundheit dürften die Ursache dafür gewesen sein, dass Moral im Zustand schwerer Depressionen in dieser Zeit einen dritten Abschiedsbrief verfasste. Er wandte sich an den Rektor, den Dekan und an Matthäus Reinmöller.

<sup>14</sup> UAR Personalakte Moral, Hans, Teil II; Abschrift des Briefes des Regierungskommissars Friedrich Hildebrandt an Moral vom 5. April 1933.

<sup>15</sup> UAR Personalakte Moral, Hans, Teil II; Antwortschreiben Morals an Hildebrandt vom 9. April 1933.



Abb. 5: Reaktion der Presse auf die Beurlaubung Morals im Jahre 1933.

Die Briefe an den Rektor der Universität und an den Dekan der Medizinischen Fakultät, datiert vom 14. April 1933, ähneln sich in ihrem Wortlaut, an dieser Stelle soll daher der an den Rektor gerichtete in Auszügen wiedergegeben werden:

„Magnifizenz! Das neue Beamten-gesetz stösst mich in eine zweite Klasse von Menschen, darin liegt eine Ehrabschneidung, die ich nicht ertragen kann. Ich habe durch 20 Jahre meine Pflicht an der Universität getan und habe mir nichts zu schulden kommen lassen. Einen Dank für diese Tätigkeit verlange ich nicht, aber ich habe es auch nicht verdient, dass ich entehrt werde. Zugleich mit meinem Amt verliere ich aber auch meine Existenzmöglichkeit, sodass mir in der Tat nichts anders bleibt, wie aus diesem Leben zu gehen.“<sup>16</sup>

Auch diese Abschiedsschreiben blieben noch ohne Folgen.

Heutige Erkenntnisse berechtigen zu der Annahme, dass es sich auch um Hilferufe und die verzweifelnde Aufforderung Morals an die Leitung der Universität und

<sup>16</sup> UAR Personalakte Moral, Hans, Teil II; Abschiedsbrief Morals an den Rektor vom 14. April 1933.

der Fakultät handelte, ihm beizustehen und seiner eskalierenden Ausgrenzung ein Ende zu setzen.<sup>17</sup> Eine Stellungnahme zugunsten Morals ist jedoch nicht überliefert.

Erschwerend kam gerade zu diesem Zeitpunkt noch hinzu, dass, wie schon 1925, führende Vertreter des Vereins Rostocker bzw. Mecklenburger Zahnärzte sich veranlasst sahen, das Kesseltreiben gegen Moral wegen angeblichen Vergehens gegen die Satzungen des Zahnärztereins neu zu entfachen. Diese Vorwürfe erwiesen sich Monate nach seinem Tod als völlig ungerechtfertigt, belasteten jedoch Morals zu diesem Zeitpunkt schon durch die Nationalsozialisten geschwächte Position.

Inwieweit Moral selbst zwischenzeitlich noch die Hoffnung hatte, diese halten zu können, muss wohl Spekulation bleiben. Anzeichen dafür kann man eventuell in einem ausführlichen Brief Morals, den dieser am 22. Juli 1933 an den früheren Rektor Prof. Dr. Elze schickte, erkennen.

Angesichts der nervenaufreibenden Anfeindungen nimmt es aber nicht Wunder, dass Moral, der standhaft seine Ehre als Arzt und deutscher Wissenschaftler zu verteidigen suchte, unter Depressionen litt und zu einem gehetzten Menschen wurde, der tiefe seelische Krisen durchmachen musste.

In dieser deprimierenden Situation konnte er als einzigen Trost die Solidarität und Unterstützung seiner engeren Mitarbeiter spüren.

Dass deren beispielhafte Unterstützung trotz allen guten Willens nur moralischer Art sein konnte und Moral vor einem früheren oder späteren antisemitischen Übergriff letztlich nicht geschützt werden könnte, war schon nicht mehr zu verkennen. Es bestand kein Zweifel mehr, dass die Nationalsozialisten beabsichtigten, Moral aus seinem Amt zu entfernen.

## **Moral scheidet aus dem Leben**

Das Gefühl von tiefer Ausweglosigkeit in Verbindung mit dem von Depressionen geprägten Krankheitsbild war es wohl, das in Moral den Entschluss reifen ließ, in der Nacht von Freitag, den 4., zu Samstag, den 5. August 1933, mit der Einnahme von Veronal und Zyankali seinem Leben ein Ende zu setzen. Moral starb am 6. August 1933, ohne dass er das Bewusstsein wiedererlangte. Er stand kurz vor Vollendung seines 48. Lebensjahres.

Die Universität entledigte sich ihrer Informationspflicht zum Tode Morals auf dem Dienstwege und das in für sie gebotener Kürze. Stellungnahmen oder Äußerungen des Bedauerns gab es nicht.

Davon zeugt eine Aktennotiz des Regierungsbevollmächtigten der Universität Rostock vom 5. August 1933. Am 7. August 1933 ergänzte der Regierungsbevollmächtigte seine Notiz mit einer kurzen Bemerkung zum Tode Hans Morals (Abb. 6).

Der Rektor der Universität würdigte dieses Ereignis lediglich mit einer lakonischen Mitteilung in einem Schreiben an das Ministerium, wobei selbst die Angabe des Todesdatums falsch war:

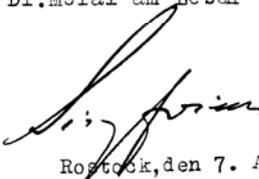
---

<sup>17</sup> Michael Buddrus/Sigrid Fritzlar, Die Professoren der Universität Rostock im Dritten Reich, Texte und Materialien zur Zeitgeschichte. Bd. 16, K. G. Saur Verlag, München 2007.

„Dem Ministerium für Unterricht teile ich mit, dass am 5.ds.Mts. der ordentliche Professor Dr. Hans Moral aus dem Leben geschieden ist. Der Verstorbene hat schriftlich den Wunsch geäußert, dass weder halbmast geflaggt werden solle, noch ein offizieller Vertreter der Universität bei der Einäscherung zugegen sein solle.“<sup>18</sup>

78 Prof. Moral. 95  
 Der Regierungsbevollmächtigte  
 an der Universität Rostock  
 Rostock, den 5. August 1933.  
 Palais  
 Fernsprecher: Dr. 7081, Neb. Stelle 135.  
 G. Nr.: \_\_\_\_\_

Heute Vormittag 11 1/2 Uhr hat Herr Professor Dr. Reinmöller mich aufgesucht und mir gemeldet, dass Herr Professor Dr. Moral heute Nacht einen Selbstmordversuch gemacht hat. Er hat Veronal genommen. Von Dr. Sawitz ist er ins Leben zurückgerufen, aber noch bewusstlos. Herr Professor Reinmöller hat den stellvertretenden Sachbearbeiter im Ministerium für Unterricht Herrn Ministerialrat Dr. Lobedanz von meinem Telefonat benachrichtigt. Herr Professor Dr. Reinmöller glaubt, dass Herr Professor Dr. Moral am Leben erhalten bleibt.

  
 Rostock, den 7. August 1933.

Herr Professor Dr. Reinmöller hat mir heute vormittag 8 Uhr 30 Minuten fernmündlich mitgeteilt, dass Herr Professor Dr. Moral gestern abend 9 Uhr 30 Minuten gestorben sei. Ich habe sofort Herrn Ministerialrat Lobedanz fernmündlich benachrichtigt.

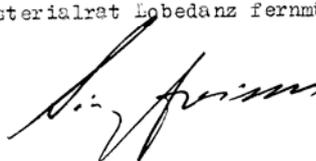


Abb. 6: Vermerke des Regierungsbevollmächtigten zum Selbstmordversuch und Tode Hans Morals.

<sup>18</sup> UAR Personalakte Moral, Hans, Teil II; Schreiben des Rektors an das Ministerium zum Tode Hans Morals vom 7. August 1933.

Im Hinblick auf die Hintergründe des Todes Hans Morals von besonderem Interesse sind dagegen auf diesem Schreiben des Rektors aufgeführte Notizen des Regierungsbeauftragten Dr. Siegfried, die sehr konkrete Hinweise beinhalten:

„Herr Professor Dr. Moral hat Briefe hinterlassen an Seine Magnifizienz den Rektor, den Herrn Dekan der medizinischen Fakultät, Herrn Professor Dr. Reinmöller, Herrn Peter Erichson sowie an den Steuersachverständigen Fischer. Ich habe Gelegenheit genommen, mir die Briefe vom Polizeiamt, das sie eingefordert hatte, zeigen zu lassen; nur den Brief an Professor Dr. Reinmöller habe ich nicht gelesen. In dem Brief an den Steuersachverständigen Fischer vom 27. Juli 1933 hat Herr Professor Dr. Moral geschrieben, dass ihn die Verleumdungen der Herren Dr. Kost, Dr. Scherf und Dr. Birgfeld in den Tod getrieben hätten. Der Brief vom 27. Juli 1933 wird geschrieben sein, nachdem Herr Professor Dr. Moral durch den Ministerialdirektor Dr. Tischbein in Berlin, dem Vertreter Mecklenburg-Schwerins beim Reich, über die gegen ihn erhobenen Vorwürfe gehört war.“<sup>19</sup>

In der Tat erfolgte die Beisetzung, wie von Moral gewünscht – und das war ganz im Sinne der neuen Machthaber – in aller Stille ohne jedwede Zeremonie.

Offensichtlich richtete man sich in diesem Falle sehr gern nach den Wünschen Morals. Von nicht zu unterbietender Kürze waren die Anzeigen nach dem Tode Morals.

Weder der Lokal- noch der Fachpresse war diesem herausragenden Wissenschaftler und Hochschullehrer ein Nachruf, geschweige denn eine gebührende Würdigung seiner international hoch geschätzten Leistungen wert. Dazu musste man offensichtlich zu sehr den langen Arm der Nationalsozialisten fürchten.

Bekannt ist heute, dass die Medizinische Fakultät in Belgrad vorhatte, im Jahre 1933 Moral an die dortige Universität zu berufen. Davon hatte offensichtlich auch Moral Kenntnis, und es war daher vorgesehen – obwohl Moral noch immer auf seinen Verbleib an der Universität Rostock hoffte –, dass er vorher nach Belgrad führe, um dort entsprechende Verhandlungen aufnehmen zu können. Notwendige Formalitäten, wie die Ausreiseerlaubnis und eine Steuerunbedenklichkeitsbescheinigung, die von den Nationalsozialisten sehr ernst genommen wurden, nahm sein Bevollmächtigter Fischer im Juni bzw. Juli 1933 in Angriff. Das eingeschaltete Innenministerium in Schwerin ließ wissen, dass keine Bedenken gegen ein Ausreisesichtvermerk und die Reisepläne Morals bestünden.

Rückblickend ist es besonders tragisch, dass Fischer gerade am 4. August 1933, dem Tag also, an dem Moral den Entschluss zu seinem Freitod fasste, die Nachricht erhielt, dass dieser am 7. August 1933 Deutschland über Berlin und Dresden in Richtung Belgrad verlassen könne.

Die Frage, ob diese Nachricht Moral noch erreicht hat, ist bis in die heutige Zeit unbeantwortet geblieben. Es muss daher offen bleiben, ob Moral ohne das Wissen

---

<sup>19</sup> UAR Personalakte Moral, Hans, Teil II; Vermerk des Regierungsbevollmächtigten auf dem Schreiben des Rektors an das Ministerium vom 7. August 1933.

um die Möglichkeit in seinem geliebten Fach eventuell weiter arbeiten zu können, aus dem Leben schied, oder ob er trotz ihrer Kenntnis sich den vielen hinterhältigen Anfeindungen nicht mehr gewachsen sah.

## **Rückblick und Würdigung**

Es ist ohne jeden Zweifel Morals Verdienst, dass sich das Zahnärztliche Institut und später die Klinik und Poliklinik für Mund- und Zahnkrankheiten der Universität Rostock in den 17 Jahren seines Direktorats zu einer leistungsfähigen, national und international anerkannten Lehr- und Forschungsstätte fortentwickelte.

Selbst unter den schwierigen Verhältnissen des Ersten Weltkriegs gelangte die Klinik in den wohlbegründeten Ruf einer mustergültigen Einrichtung.

Moral erkannte nicht nur die Zeichen der damaligen Zeit, sondern setzte mit der Einrichtung des wissenschaftlichen Labors, der ersten universitären Bettenstation und der Errichtung der Abteilung für Alveolarpyorrhoe auch selbst unübersehbare Zeichen an seiner Wirkungsstätte.

Mit der Einführung verschiedener Unterrichtsfächer wie „Besprechung neuer Arbeiten“ und „Arbeiten im wissenschaftlichen Laboratorium“ beschränkte er auch in der Lehre völlig neue Wege.

Mit Vehemenz wehrte Moral sich erfolgreich gegen die aufgrund des Raummanagements vorgesehene Beschränkung der Studentenzahlen und mit gleicher Konsequenz verfocht er die Integration des Zahnmedizin- in das Medizinstudium.

Nur fünf Jahre nach seinem Tode erfolgte die Vollendung und Einweihung des Klinikgebäudes in der Stempelstraße, für welches er lange mit sehr klugen Argumenten gestritten hatte, das er aber nicht mehr miterleben konnte.

In Anbetracht seiner immensen Leistungen kann es nicht erstaunen, dass Moral zum Dekan der Medizinischen Fakultät gewählt wurde. Die Protokolle der Fakultätsratssitzungen aus jener Zeit vermitteln anschaulich einen Eindruck vom hohen Ansehen, das Moral in der Fakultät genoss.

Nicht zuletzt ist die Verleihung der Ehrendoktorwürde ein beredtes Zeugnis dessen.

Das wissenschaftliche Werk Morals, das sich in über 100 Publikationen in allen Fachgebieten der Zahnmedizin widerspiegelt, hat seinen Namen und den der Rostocker Zahnmedizin international zu einem Begriff gemacht.

Angesichts dessen stellt sich die Frage, wozu Moral unter anderen politischen Bedingungen wohl noch imstande gewesen wäre, und angesichts dieser Anerkennung verwundert es nicht, dass Moral insgesamt acht ausländische Ehrenmitgliedschaften und weitere internationale Auszeichnungen verliehen wurden.

Die Universität Rostock würdigte das Wirken Morals im Jahre 1991 mit der Anbringung einer Ehrentafel im Foyer des Hauptgebäudes (Abb. 7).

Die Medizinische Fakultät ehrte sein Andenken im Jahre 1999 aus Anlass des 75-jährigen Jubiläums der Verleihung der Ehrendoktorwürde an Moral mit einem Ehrenkolloquium in der Aula der Universität.

Klinik-, Fakultäts- und Universitätsleitung vollzogen am 22. Oktober 2003 eine besondere Würdigung der Lebensleistung Morals mit der feierlichen Namensgebung der Klinik, die seitdem den Namen Klinik und Polikliniken für Zahn-, Mund- und Kieferheilkunde „Hans Moral“ trägt.

Damit haben die herausragenden Leistungen Morals gerade auch in jüngerer Zeit ihre wohlverdiente Anerkennung gefunden.

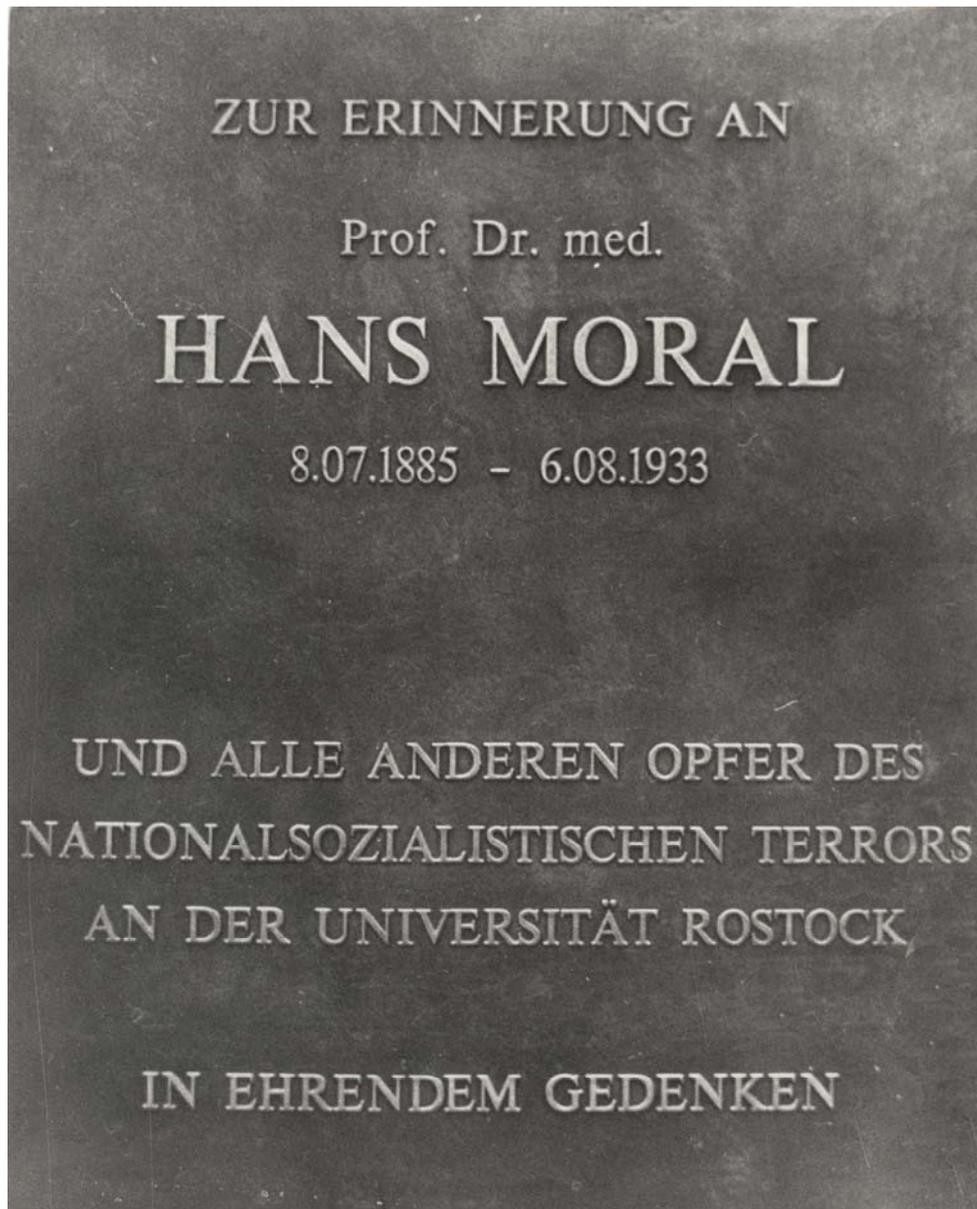


Abb. 7: Gedenktafel im Foyer des Universitätshauptgebäudes.

Christoph Perleth

## **David Katz - Eckpfeiler der deutschen Psychologie der Weimarer Republik**

### **Herkunft, Kindheit, Jugend und Studium<sup>1</sup>**

David Katz wurde als zweitjüngstes Kind von 5 Söhnen und 3 Töchtern einer jüdischen Kaufmannsfamilie am 1. Oktober 1884 geboren. Sein Vater, der Kaufmann Isaak Katz, stammte aus Mandern (Waldeck), seine Mutter Mathilde Katz, geb. Wertheim, aus Kassel. Mit fünf Jahren wurde David Katz aufgrund seines Wissensdrangs vorzeitig in Kassel eingeschult. Er besuchte dort die Volksschule und später das Realgymnasium. Während seiner Schulzeit profilierte er sich als Nachhilfelehrer für Latein und Mathematik, was sich nicht nur in seinen ersten Publikationen, nämlich den bis in die 1920er Jahre mehrfach aufgelegten Repetitorien zu diesen gymnasialen Fächern niederschlug, sondern möglicherweise auch in dem 1913 erschienenen, auch heute noch erstaunlich aktuell wirkendem Gutachten zum Mathematikunterricht.<sup>2</sup>

Am 8. März 1902 legte David Katz die Reifeprüfung ab und nahm im selben Jahr an der Universität Göttingen ein Studium mathematisch-naturwissenschaftlicher Fächer auf mit dem Ziel, die Berechtigung zum Lehramt an höheren Schulen zu erwerben. Angeregt durch Vorlesungen über Philosophie, Pädagogik und Psychologie wechselte Katz schon bald zur Psychologie als seinem Studienschwerpunkt und wurde Schüler von Georg Elias Müller (1850-1934), dem bereits damals bekannten Pionier der Experimental- und Gedächtnispsychologie am Psychologischen Institut der Universität Göttingen, das damals zur mathematisch-naturwissenschaftlichen Abteilung der Philosophischen Fakultät gehörte.

Prägend für seine spätere wissenschaftliche Arbeit wurden neben dem Studium bei Müller auch Vorlesungen bei dem Phänomenologen Edmund Husserl (1859-1938) sowie Studien in Physiologie. Katz vervollständigte seine Studien durch Aufenthalte in Berlin und – nach der Promotion und einem kurzen Militärdienst – in München.

---

<sup>1</sup> Vgl. zu diesem Abschnitt und den folgenden Abschnitten stets auch :

*Christoph Perleth*, Katz, David, in: Sabine Pettke (Hrsg.), *Biographisches Lexikon für Mecklenburg* (Bd. 4), Rostock/Lübeck 2004, 111-117; *David Katz*, *Autobiography*, in: Edwin G. Boring/Heinz Werner/Herbert S. Langfeld/Robert Mearns (Hrsg.), *A history of psychology in autobiography* (Bd. 4), Worcester (Mass) 1952, 189-211. Verwendet wurde auch das deutsche Original-Typoskript.

<sup>2</sup> *David Katz*, *Psychologie und mathematischer Unterricht* (=Abhandlungen über den mathematischen Unterricht in Deutschland, Bd. 3, H. 8, IV, hg. von Felix Klein), Leipzig 1913.



1906 schloss David Katz sein Studium mit der Promotion in den Fächern Physik, Psychologie und Philosophie ab. Die Dissertation über das Zeiterleben (*Urteile über und Eindrücke von Zeitintervallen*) wurde von Müller betreut, mit „*valde laudabile*“<sup>3</sup> bewertet und erschien noch im selben Jahr im Druck. Gleichzeitig arbeitete Katz bereits an weiteren psychologischen Themen. So veröffentlichte er schon 1906 eine Studie über Kinderzeichnungen, in der er unter anderem erstmals Fragen der Farbenkonstanz behandelte. Fragen der Farbwahrnehmung wurden zu einem wesentlichen Thema seiner Arbeit der nächsten Jahre und beschäftigten ihn auch noch in seiner Zeit als Professor an der Universität Rostock.

Abb. 1: Porträt von David Katz aus dem Jahr 1929; Handschriftenabteilung der niedersächsischen Staats- und Universitätsbibliothek Göttingen: Sammlung Voit: Katz, David.

### **Frühe Forschungsaktivitäten und die Zeit an der Universität Göttingen**

Nach seiner Promotion absolvierte David Katz einen Forschungsaufenthalt von mehreren Monaten bei Oswald Külpe (1862-1915) in Würzburg, bevor er ab 1907 als vollbeschäftigter Assistent bei seinem Doktorvater Müller eingestellt wurde. Im Mittelpunkt seiner Forschungstätigkeit in Göttingen stand die Arbeit an seinem Habilitationsprojekt bzw. seiner Habilitationsschrift, die dem Farberleben gewidmet war, einem Thema, mit dem er sich schon in den Jahren zuvor aus eher entwicklungspsychologischer Perspektive befasst hatte. Dabei blieb Katz einerseits der streng experimentellen Methodik Müllers verpflichtet, setzte sich aber auch intensiv mit den theoretischen Ansätzen Ewald Herings (1834-1918) sowie der Phänomenologie Husserls auseinander und entwickelte letztlich einen eigenen Ansatz, der einerseits der experimentellen Tradition verpflichtet blieb, andererseits die eher streng physikalische und physiologische Orientierung der damaligen (experimentellen) Psychologie überwand und das Erleben der Phänomene durch den Menschen in den

<sup>3</sup> Archiv der Universität Göttingen, Habilitationsakte zu David Katz.

Mittelpunkt stellte.<sup>4</sup> Aus heutiger Perspektive stellt dieser Ansatz das Produkt einer fruchtbaren Verknüpfung der genannten Ansätze im Rahmen einer durchaus modern anmutenden Herangehens- bzw. Sichtweise dar. Inhaltlich setzte Katz mit seiner Habilitationsschrift auch wesentliche Ecksteine seiner zukünftigen Arbeit.

Nach absolviertem Kolloquium (17. Mai) und Probevorlesung (20. Mai) habilitierte sich David Katz 1911 und erhielt am 23. Mai die *venia legendi* für Philosophie von der mathematisch-naturwissenschaftlichen Abteilung der Philosophischen Fakultät verliehen – die akademischen Prozesse liefen damals offensichtlich deutlich schneller ab als heutzutage. Für die Arbeit stellt die Kommission die Prognose, dass sie „in der ersten Reihe der psychologischen Publikationen stehen [wird] und ist dem Inhalt nach als eine ‚glänzende‘ zu bezeichnen“. Sowohl das Kolloquium als auch der Probevortrag wurden mit „sehr gut“ beurteilt. Fast schon euphorisch wurde im Beschluss weiter formuliert, die Abteilung verspreche sich „von dem neuen Privatdozenten einen trefflichen Forscher und einen fesselnden Lehrer“.<sup>5</sup> Die Habilitationsschrift wurde noch 1911 unter dem Titel „Die Erscheinungsweisen der Farben und ihre Beeinflussung durch die individuelle Erfahrung“ publiziert. Auch nach seiner Habilitation arbeitete Katz weiter als Assistent von G. E. Müller an der Universität Göttingen, da er auf die finanziellen Mittel angewiesen war.

Einen weiteren wichtigen Forschungsschwerpunkt stellte in Göttingen die Tierpsychologie dar, wobei David Katz eng mit Géza Révész (1878-1955) kooperierte, mit dem er zeitlebens befreundet blieb. Tierpsychologische Studien sollten auch in Rostock und im weiteren Verlauf der Laufbahn von David Katz eine wichtige Rolle spielen.

Daneben befasste sich David Katz mit Themen der pädagogischen Psychologie, beispielsweise mit dem oben bereits zitierten, bis heute überraschend aktuell wirkenden Buch über die psychologischen Grundlagen des Mathematikunterrichts.<sup>6</sup> Darin postuliert er, dass das Verständnis des „*seelischen Lebens*“ des Schülers die wesentliche Grundlage sei, auf der Unterrichts- und Fördermaßnahmen geplant und durchgeführt werden könnten. Für die Ausbildung besonders der Gymnasiallehrer fordert er eine Schwerpunktverlagerung von einer historisch-pädagogischen zu einer psychologisch-pädagogischen Ausbildung, heute würde man von der Stärkung der Berufs- oder besser Bildungswissenschaften sprechen. Leider scheint das Schweriner Bildungsministerium bei der aktuellen Reform der Gymnasiallehrerbildung diese nun fast 100 Jahre alte Forderung immer noch zu ignorieren.

Zur Absicherung von Unterrichtsmethoden fordert Katz in seinem Buch bereits 1913 eine Art Experimentieren für pädagogische Zwecke. Alle Unterrichtsmethoden müssten in systematischen Versuchen auf ihre Effekte hin untersucht werden. Gera-

---

<sup>4</sup> David Katz, *Autobiography*, in: Edwin G. Boring/Heinz Werner/Herbert S. Langfeld/Robert Mearns (Hrsg.), *A history of psychology in autobiography* (Bd. 4), Worcester (Mass) 1952, 189-211. Verwendet wurde auch das deutsche Original-Typoskript.

<sup>5</sup> Archiv der Universität Göttingen, Habilitationsakte zu David Katz.

<sup>6</sup> David Katz, *Psychologie und mathematischer Unterricht* (=Abhandlungen über den mathematischen Unterricht in Deutschland, Bd. 3, H. 8, IV, hg. von Felix Klein), Leipzig 1913.

de bei neuen Methoden ergebe sich die Pflicht zur empirischen Überprüfung schon aus der Gefahr möglicher schädlicher Nebenwirkungen (z. B. Überforderung von Schülern). Dabei seien nicht nur die Methoden planmäßig zu variieren, sondern die Effekte müssten in Abhängigkeit von psychologischen Komponenten der Schüler untersucht werden.

Letztlich fordert Katz mit Nachdruck, dass der Unterricht nicht nach der Logik der Mathematik aufgebaut sein dürfte, sondern der Aufbau der Mathematik im Unterricht sich an das Denken des Schülers anpassen müsse. Zunächst müssten die Lehrkräfte Denken und das „*individuelle Seelenleben*“ des Kindes verstehen, dann könnten sie den mathematischen Unterricht planen. Die damit geforderte psychologische Fundierung der Didaktik, die Unterrichtsziele und individuelle Lernvoraussetzungen des „Zöglings“ gleichermaßen beachte, mutet erstaunlich modern an. Gleiches gilt für die Forderung, dass das Ziel von Unterricht nicht nur die Wissensvermittlung (Verehrung der „Kenntnisse“) sei, sondern dass es auch darum gehe, den Schülern Denk- und Arbeitsweisen beizubringen. Hinsichtlich der individuellen Lernvoraussetzungen hat Katz damit nicht nur Begabung im Sinn, sondern er schätzt die Rolle von Interessen, Lernmotivation und Arbeitsverhalten als gleichrangig ein. Aufgrund vieler seiner Gedanken, auch die, die er in seiner Autobiographie zu diesem Thema äußert, könnte man Katz als gemäßigten Expertiseforscher einordnen, der zwar die Bedeutung von Intelligenz und der Begabung für das Lernen keinesfalls leugnet, der Erfahrung aber eine prominente Rolle zuweist.

Damit erfolgreicher Unterricht gelingen kann, darf der Blick nicht auf den Schüler beschränkt bleiben. Katz fordert daher darüber hinaus für die Lehrerbildung, um es mit modernen Begriffen auszudrücken, Elemente der Selbstreflexion bzw. Selbsterfahrung, da eine gute Unterrichtsplanung auch die „*individuellen Besonderheiten im Seelenleben des Lehrers*“ beachten müsste. Alles in allem formulierte David Katz damit bereits 1913 eine Position, die er sicherlich aus der damaligen Reformpädagogik heraus entwickelt hat, die aber im Gegensatz zu vielen reformpädagogischen Überzeugungen auch heute noch Bestand haben kann, was vor allem seinem konsequent empirischen Denken geschuldet ist.

Bei Ausbruch des 1. Weltkrieges meldete sich David Katz wie viele deutsche Juden freiwillig zum Militär und war in der Folge als Krankenpfleger in einem Schallmesstrupp und gegen Ende des Krieges an der Forschungsstelle für Ersatzglieder (Prothesen) in Hannover tätig. Er erhielt das eiserne Kreuz und wurde 1918 als Vizewachtmeister entlassen. Auch die Aufgabenfelder, die er im 1. Weltkrieg zu bearbeiten hatte, regten David Katz später zu Studien und Experimenten an: In seiner Rostocker Zeit arbeitete er zur Psychologie von Prothesenträgern und führte Experimente zum Richtungsgehör bei Hunden im Hof des psychologischen Instituts durch, das damals an der Südseite des Universitätsplatzes untergebracht war.

Von Juli 1918 bis September 1919 war David Katz nochmals als Assistent in Göttingen tätig und durfte ab Oktober 1918 in Anerkennung seiner wissenschaftlichen Leistungen den Titel Professor führen,<sup>7</sup> bevor ihn im September 1919 ein Ruf

---

<sup>7</sup> Universitätsarchiv Rostock (UAR), Personalakte (PA) David Katz.

an die Universität Rostock auf ein Extraordinariat erreichte, den er letztlich auch annahm.

### **Die Jahre in Rostock: Forschung und Lehre, nationale und internationale Vernetzung**

Im Berufungsschreiben vom 5. Oktober 1919 wurde David Katz aufgetragen, Vorlesungen über Pädagogik in ihrem ganzen Umfange und über experimentelle Psychologie abzuhalten und nach Gründung eines Psychologischen Instituts dieses zu leiten. Entscheidend für die Ruferteilung waren dabei die Qualifikation Katz' in der experimentellen Psychologie sowie seine an der Universität Göttingen nachgewiesenen außerordentlichen Erfolge in der Lehre. In Rostock war er in der Lehre zunächst in erster Linie für die Ausbildung (und Prüfungen: das Berufungsschreiben nennt ausdrücklich auch die Mitarbeit im Lehrerprüfungsamt!) zum Lehramt für höhere Schulen in Psychologie und Pädagogik zuständig. Die Ausrichtung der Stelle, die eine von drei vom ehemaligen Herzog zur 500-Jahrsfeier der Universität gestiftete Professuren darstellte, war durchaus innovativ, indem reformpädagogische Forderungen nach Stärkung der Empirie in den pädagogischen und psychologischen Teilen der Lehrerbildung aufgegriffen wurden.

In den folgenden Jahren scheint David Katz anscheinend aufgrund seiner jüdischen Abstammung bei der Besetzung von Ordinariaten an psychologischen Instituten nicht berücksichtigt worden zu sein, worüber er sich in einem privaten Brief an den Kollegen Georg Misch (1878-1965) in Göttingen beklagt:

„Ich bin ihnen dankbar für den Optimismus, den Sie bezüglich einer Erweiterung meines Wirkungskreises im neuen Jahr legen, einen Optimismus, den ich leider nicht zu teilen vermag, nachdem mich Göttingen vor aller Welt desavouiert hat. Wer kann noch in sachlicher und persönlicher Hinsicht Vertrauen zu mir haben, nachdem mich mein eigener Lehrer übergangen hat, der wegen seiner Gerechtigkeit und unbedingten Objektivität nicht weniger berühmt ist wie wegen seiner wissenschaftlichen Leistungen. [...]

Herr Geheimrat Müller hat mir mehr als einmal erklärt, daß ich wissenschaftlich und persönlich der geeignete Kandidat für Göttingen sei, ich glaube auch annehmen zu dürfen, daß weder Sie noch Herr Nohl sachliche oder persönliche Einwände gegen mich haben. Ein Vorurteil führt zu einer ungerechten Behandlung meiner Person. Köhler schrieb mir wörtlich: ‚Ich habe schon, als ich neulich in Göttingen war, G. E. Müller gesagt, dass meiner Ansicht nach Sie sein Nachfolger hätten werden müssen‘. Ein schwedischer Professor schrieb mir: ‚Daß solche Gesichtspunkte wirklich eine Rolle spielen können, ist ja ganz unerhört!‘ Und das ist nicht die einzige Stimme aus dem Ausland, die sich in solcher Weise ausgesprochen hat. Ich empfinde das mich treffende Vorurteil um so schmerzlicher, als ich von August 1914 bis Ende 1918 fast ohne Unterbrechung in der Uniform gesteckt habe, während die drei mir vor-

gezogenen Kandidaten diese ganze Zeit ihrer wissenschaftlichen Arbeit nachgehen konnten.

Verzeihen Sie bitte, daß ich Sie mit diesen Dingen belästige, aber es geschah ja erst, nachdem Sie mir mit Ihren freundlichen Zeilen das Stichwort gegeben hatten, und Sie werden es verständlich finden, wenn der Psycholog bei sich bietender Gelegenheit den Versuch macht abzureagieren“.<sup>8</sup>

In einem Brief vom 13. August 1922 an denselben Kollegen schreibt Katz:

„Für die überaus freundliche Gesinnung, die aus ihrem Trostbrief zu mir spricht, weiß ich Ihnen aufrichtigen Dank. Auch Dank dafür, daß Sie so wie die anderen Göttinger Fachkollegen bei der Aufstellung der zweiten Liste so warm für mich eingetreten sind. Aber Sie werden es verstehen, daß ich im Hinblick auf das mir nun vom Berliner Ministerium zugefügte Unrecht innerlich noch keine Ruhe zu finden vermag [...]“.<sup>9</sup>

Als David Katz dann schließlich 1923 ein Ruf auf einen Lehrstuhl an der Handelshochschule Mannheim ereilte, nahm er diesen nicht an, sondern erreichte in Bleibe- verhandlungen, dass seine Professur in Rostock zum 1. April 1923 in ein Ordinariat umgewandelt und das Institut für Psychologie an der Universität Rostock eingerichtet wurde, was bereits bei seiner Berufung im Jahre 1919 vorgesehen gewesen war.<sup>10</sup>

Inhaltlich führte David Katz in Rostock seine wahrnehmungspsychologischen Forschungen fort und weitete diese auf weitere Sinnesmodalitäten aus (Tastsinn, Vibrationssinn, Geruchs- und Geschmacksinn, Gehör) und publizierte die Befunde und Folgerungen seiner Experimente in Aufsätzen und Büchern, die teilweise bis vor kurzem (als Übersetzungen in den USA) neu aufgelegt wurden und noch erhältlich sind. Dazu zählt auch seine völlig überarbeitete und um neue (Rostocker) Versuche ergänzte Habilitationsschrift, die 1930 unter dem Titel *Aufbau der Farbwelt* publiziert,<sup>11</sup> 1935 auf Englisch veröffentlicht und meines Wissens zuletzt 1999 in den USA neu aufgelegt wurde. Weiter entwickelte er Überlegungen zu den Grundlagen einer Bedürfnispsychologie (Hunger und Appetit), an die er später in England und in Schweden anknüpfte.

In enger Kooperation mit seiner Frau Rosa (1885-1976) und auch als Konsequenz seiner in Rostock schon durch seine Lehraufgaben bedingten stärkeren Beschäftigung mit Fragen der Erziehungs- bzw. Pädagogischen Psychologie bearbeitete David Katz neben sozialpsychologischen Themen kinder- bzw. entwicklungspsychologische Fragestellungen und publizierte zusammen mit seiner Frau das Buch *Gespräche mit Kindern*,<sup>12</sup> das zuletzt 1999 in den USA neu aufgelegt wurde. Das Buch unterscheidet sich wesentlich dadurch von anderen Arbeiten aus dieser Zeit,

<sup>8</sup> Handschriftenabteilung der niedersächsischen Staats- und Universitätsbibliothek Göttingen: G. Misch 166.

<sup>9</sup> Ebd.

<sup>10</sup> UAR, PA David Katz.

<sup>11</sup> *David Katz*, *Der Aufbau der Farbwelt*, Leipzig 1930

<sup>12</sup> *David Katz/Rosa Katz*, *Gespräche mit Kindern*, Berlin 1928

dass die kindlichen, sprachlichen Äußerungen nicht auf Laut- oder Silbenebene wie damals eben üblich, sondern unter Berücksichtigung der semantischer Aspekte in ihrem jeweiligen natürlichen Kontext analysiert wurden. Neben der gegenseitigen Unterstützung bei diversen weiteren Arbeiten sei noch auf den Erziehungsratgeber hingewiesen, den er 1925 zusammen mit seiner Frau publizierte.<sup>13</sup> Dieses Büchlein steht in entwicklungs- bzw. pädagogisch-psychologischer Hinsicht der Montessoripädagogik und dem behavioristischen Ansätzen sehr nahe. Insbesondere die Nähe zu den Ideen Maria Montessoris (1870-1952) könnte dafür sprechen, dass der Ratgeber überwiegend von Rosa verfasst wurde, David aber möglicherweise auch deswegen als Erstautor auftrat, um einen besseren Absatz zu erzielen.

Eine Besonderheit des Rostocker Instituts war dessen tierpsychologische Forschungsstation, in der zu Wahrnehmung, Lernen und Gedächtnis sowie zum Sozialverhalten vor allem von Hühnern, aber auch von anderen Tieren experimentiert wurde. Hiermit griff er eine seiner Göttinger Forschungsaktivitäten wieder auf. Dort hatte Katz unter der Leitung von G. E. Müller auch mit Erich Jaensch (1883-1940) im Rahmen von tierpsychologischen Studien zusammengearbeitet, der später nicht nur der NSDAP beitrug, sondern mit dem Entwurf einer Typologie die Rassenideologie der Adolf Hitlers und der NSDAP rechtfertigte.<sup>14</sup>

Überhaupt blieb David Katz in Rostock und auch später in England und Stockholm, wo ihn seine weitere wissenschaftliche Laufbahn hinführen sollte, der experimentellen bzw. empirischen Methodik immer verpflichtet. Die Inhalte seiner Forschung änderten sich natürlich durch den wissenschaftlichen Fortschritt, wurden aber wie für Rostock bereits angedeutet auch durch die Verpflichtungen im jeweiligen Amt bestimmt. So stammen die pädagogisch-psychologischen Publikationen von David Katz überwiegend aus seiner Rostocker und Stockholmer Zeit, wo er Lehramtsstudierende unterrichtete.

Die Jahre an der Universität Rostock wurden für David Katz auch dadurch wissenschaftlich überaus fruchtbar, weil eine große Zahl von Schülern den Weg zu ihm fanden, von denen etwa 21 promovierten. Die vollständige Liste der Promovenden/innen findet sich in der Staatsexamensarbeit von Susanne Köhler, die für ihre Arbeit sehr sorgfältig im Universitätsarchiv recherchiert hat.<sup>15</sup> Katz selbst nennt in seiner Autobiographie<sup>16</sup> eine höhere Zahl, was zeigt, dass auf das menschliche Gedächtnis auch als historische Quelle nicht immer Verlass ist.

Interessanterweise hat Thorleif Schjelderup-Ebbe (1894-1976), der später zu einem der bekanntesten Psychologen Norwegens avancierte, nicht in Rostock promo-

---

<sup>13</sup> *David Katz/Rosa Katz*, Die Erziehung im vorschulpflichtigen Alter. Leipzig 1925

<sup>14</sup> *Helmut Lueck*, Artikel Erich Jaensch, in: Personenlexikon Deutschsprachiger Psychologinnen und Psychologen 1933-1945 „Psychologie und Nationalsozialismus“. In Vorbereitung.

<sup>15</sup> *Susanne Köhler*, Sonderpädagogische Inhalte im Werk von David Katz (unveröffentl. Staatsexamensarbeit). Rostock 2005, Anhang; *David Katz*, Autobiography, in: Edwin G. Boring/Heinz Werner/Herbert S. Langfeld/Robert Mearns (Hrsg.), A history of psychology in autobiography (Bd. 4), Worcester (Mass) 1952, 189-211. Verwendet wurde auch das deutsche Original-Typoskript.

<sup>16</sup> Siehe Fußnote 2.

viert, sondern 1921 in Greifswald bei Prof. Hermann Schwarz (1864-1951), obwohl Katz in seiner Autobiographie Schjelderup-Ebbe als seinen Schüler angibt und anmerkt, dass dieser auch in Rostock Versuche mit Hühnern durchgeführt habe. Der Vermutung, dies stehe damit in Zusammenhang, dass Katz erst 1923 ein Ordinariat erhalten habe und ein Psychologisches Institut eingerichtet wurde, muss entgegengehalten werden, dass 1921 Doris Wulff aus Gadebusch mit einer Arbeit zur Aufmerksamkeitsformung und -entwicklung bei Katz promovierte. Vielleicht erinnerte sich David Katz auch hier 30 Jahre später beim Verfassen seiner Autobiographie nicht mehr ganz genau. Da Schjelderup-Ebbe nach dem Store Norske Leksikon von 1920-1922 Lektor an der Universität Greifswald war,<sup>17</sup> ist es auch möglich, dass er nur zeitweise am Rostocker Institut gearbeitet bzw. die Forschungsstation genutzt hat. Der 60jährige Sohn Schjelderup-Ebbes berichtete in einem Interview im Jahr 1986, dass sein Vater, der schon als Schüler Hühner beobachtet und ihr Verhalten aufgezeichnet habe, zunächst in Greifswald promoviert und danach bei David Katz studiert und gearbeitet habe.<sup>18</sup> Wo und wann genau der Begriff der „Hackordnung“ entstanden ist, muss daher weiter im Dunkel bleiben. Möglicherweise kam es aber auch zu einem Zerwürfnis zwischen David Katz und Schjelderup-Ebbe, jedenfalls schreibt er 1924 an seine Frau Rosa: „Die Karte Schjelderups zeugt erneut von seiner Frechheit [...]“.<sup>19</sup>

Für die 21 in Rostock erfolgreich zu Ende geführten Promotionen gilt jedenfalls, dass von den Doktoranden ein breites Themenspektrum behandelt wurde: Neben Arbeiten zur Wahrnehmungspsychologie finden sich bedürfnispsychologische (Hunger) Arbeiten und auch (sonder-)pädagogisch-psychologische Themen.<sup>20</sup> Einzelne Arbeiten stehen offensichtlich im Zusammenhang mit der Tier-Forschungsstation, die wesentlich von der Notgemeinschaft der Deutschen Wissenschaft finanziert wurde, die aber dennoch Ende der 20er Jahre aufgegeben werden musste, weil kein Geld mehr für das Hühnerfutter zur Verfügung stand. Insgesamt stellte das Psychologische Institut damals eine der, wie man heute sagen würde, drittmittel- und publikationsstärksten Forschungseinheiten der Universität Rostock dar. Diese großen Erfolge gründeten sicherlich auf der wissenschaftlich anregenden Atmosphäre am Rostocker Institut, zu einem wichtigen Teil aber auch auf dem positiven menschlichen Klima, das David und Rosa Katz (1885-1976) dort zu schaffen verstanden. Vielleicht war es gerade diesem Klima zu verdanken, dass das Institut von privaten Spenden für die Deckung des Bedarfes an Literatur und Sachmitteln profitierte. Robert MacLeod beschreibt in seinem Nachruf aus seiner Erinnerung

<sup>17</sup> Internetversion des Artikels unter [http://snl.no/nbl\\_biografi/Thorleif\\_Schjelderup-Ebbe/utdypning](http://snl.no/nbl_biografi/Thorleif_Schjelderup-Ebbe/utdypning) (Zugriff am 3.3.12).

<sup>18</sup> *John Price*, A remembrance of Thorleif Schjelderup-Ebbe, in: *Human Ethology Bulletin* 10, 1995, 1-6. Online verfügbar unter: [http://media.anthro.univie.ac.at/ISHE/index.php/bulletin/bulletin-contents/doc\\_download/82-bulletin-1995-volume-10-issue-1](http://media.anthro.univie.ac.at/ISHE/index.php/bulletin/bulletin-contents/doc_download/82-bulletin-1995-volume-10-issue-1).

<sup>19</sup> Brief vom 10.8.1924. Die Briefe von David Katz an seine Frau befinden sich in Kopie am Institut für Pädagogische Psychologie Rosa und David Katz der Universität Rostock sowie bei Prof. Lueck an der Fernuniversität Hagen.

<sup>20</sup> Siehe Fußnote 15.

heraus, dass es ein Charakteristikum von Katz gewesen sei, sich auf den einfachsten und kostengünstigsten Wegen Mittel zur Forschung zu beschaffen.<sup>21</sup>

Stellvertretend für seine Schüler/innen sei aus einem Brief von Prof. Dr. J. Obst vom 19. Mai 1964 zitiert. David Katz sei ein

„hervorragender akademischer Lehrer [gewesen]. Seine Vorlesungen waren klar aufgebaut und interessant gestaltet. Er verstand es, die schwierigsten Probleme in einfacher, durchsichtiger Sprache anschaulich darzustellen, so dass man als Hörer leicht und ohne Ermüdung bis zum Schluss der Stunde folgen konnte [...]“.

Weiter betont Obst die

„Fähigkeit, mit einem großen Auditorium Übungen abzuhalten, die immer anregend und bereichernd waren und in denen jeder zu Wort kommen konnte, wenn er Frage oder Antwort zu den erörterten Problemen wusste. [...]“

und schreibt später weiter: *„Mit seinem eigenen Schüler kam er in jedem Semester zu geselligen Abenden entweder in seiner Wohnung oder in einer Gaststätte zusammen“*.

Rosa Katz bezeichnet Prof. Obst als *“liebenswürdige und gastfreundliche Gattin, die auch an der wissenschaftlichen Förderung seiner Schüler großen Anteil nahm“*. Nicht nur bei diesen geselligen Abenden *„kam er jedem seiner Schüler in lebenswerter Weise auch menschlich näher [...]“*.<sup>22</sup>

Alles in allem hat David Katz von 1920 bis 1933 in Rostock 185 Lehrveranstaltungen in Psychologie abgehalten, also im Mittel 6,6 in jedem der 28 Semester, wobei das Angebot auch als inhaltlich breit zu charakterisieren ist: Es finden sich in den Vorlesungsverzeichnissen sowohl Grundlagen- als auch Speziallehrveranstaltungen für die unterschiedlichsten Fächer, auch Forschungsmethoden und Experimentalpsychologie wurden in Vorlesungen und Übungen berücksichtigt. Vom Sommersemester 1883 bis zum Wintersemester 1919 hatte es dagegen in mehr als jedem dritten Semester überhaupt keine Vorlesungen in Pädagogik, geschweige denn in Psychologie gegeben, wobei es nach dem Dienstantritt von Emil Utiz (1883-1956; Privatdozent bzw. Titularprofessor ab 1910 bzw. 1916, außerordentlicher Professor von 1921 bis 1924) eine deutliche Verbesserung im Hinblick auf regelmäßige Angebote in Pädagogik und Psychologie gegeben hatte.<sup>23</sup>

Die vielfältigen Aktivitäten David Katz' und seiner Mitarbeiter hatten zur Folge, dass das Rostocker Institut für Psychologie bis 1933 national und international stark beachtet wurde. So stand Katz in engem Kontakt mit William Stern (1871-1938; Hamburg), Edgar Rubin (1886-1951; Kopenhagen), Wolfgang Köhler (1887-1967; Berlin) und den (Gestalt-)Psychologen der Berliner Universität. Weitere Kontakte

<sup>21</sup> Zit. nach *Susanne Köhler*, 2005 (siehe Fußnote 15), 12.

<sup>22</sup> UAR, PA David Katz.

<sup>23</sup> *Susanne Köhler*, Psychologische Lehrveranstaltungen an der Universität Rostock von 1882 bis 1934 (Unveröffentlichte Recherche in den Vorlesungsverzeichnissen der Universität Rostock). Rostock, Institut für Pädagogische Psychologie „Rosa und David Katz“ 2005.

pflegten David und Rosa Katz zur Familie Cassirer, Edmund Husserl (Göttingen) und Moritz Schlick (1882-1936; bis 1921 Rostock, ab 1922 Wien), dem gegenüber er sich in seiner Korrespondenz über die Verhältnisse in Rostock, insbesondere auch an der Universität beklagte: *„So wie früher erfolgt im Lehrkörper ein beständiger Wechsel, die tüchtigen Elemente verschwinden schnell wieder, so dass man kaum Zeit findet, ihnen näher zu kommen [...] wie früher hat man das Gefühl auf einer Insel zu sitzen und bald vergessen zu werden.“*<sup>24</sup>

In der „Zeitschrift für Psychologie“ ist David Katz in dieser Zeit einer der meistvertretenen und -zitierten Autoren. Von 1930 bis 1933 fungierte er mit Kollegen als Schriftführer bzw. Herausgeber dieser Zeitschrift und engagierte sich darüber hinaus in nationalen und internationalen Fachgremien. Die Wertschätzung der Deutschen Psychologie für David Katz kommt auch dadurch zum Ausdruck, dass er in seiner Rostocker Zeit als Vertreter der Psychologie in der Notgemeinschaft der deutschen Wissenschaft fungierte.

1928 fand in Rostock eine Tagung zur Wahrnehmungs- und Gestaltpsychologie statt, an der neben David und Rosa Katz alle namhaften deutschen Psychologen dieser Fachgebiete teilnahmen (Fritz Heider (1896-1988), Kurt Lewin (1890-1947), Heinz Werner (1890-1964), Wolfgang Köhler (1887-1967), Albert Michotte (1881-1965), Edgar Rubin, Max Wertheimer (1880-1943)). Auch wenn David Katz später in Stockholm eines der erfolgreichsten Bücher über die Gestaltpsychologie überhaupt verfasste,<sup>25</sup> ist er doch nicht unter die klassischen Gestaltpsychologen zu rechnen. Was ihn der Gestaltpsychologie nahe rückte, ist der Standpunkt, dass er entgegen dem radikalen Position und der elementaristischen Arbeits- und Denkweise der damaligen experimentellen Psychologie eine Psychologisierung der Psychologie einforderte. Daher stellte er auch in der Wahrnehmungspsychologie das subjektive Erleben und Empfinden des Menschen in den Mittelpunkt seiner Analysen. Vom heutigen Standpunkt aus betrachtet nimmt er damit einen moderneren Standpunkt ein als viele damaligen Experimentalpsychologen, die vielfach zwar die Sinnesfunktionen, nicht aber das Erleben des Menschen untersuchten, also eher als Physiologen denn als Psychologen einzuordnen sind.

Aber auch international zeigte sich David Katz in seiner Rostocker Zeit als gut vernetzt. Er hält Kontakte mit Géza Révész in Budapest und Amsterdam, mit Edgar Rubin (1886-1951) in Kopenhagen, dem Ehepaar Karl und Charlotte Bühler in Wien (1879-1963 bzw. 1893-1974, Wien), Jean Piaget (1896-1980) und Bärbel Inhelder (1913-1997) in Genf, korrespondiert mit verschiedenen Kollegen in England und den USA und vermutlich auch mit J. V. Viceira López (1886-1924) in Madrid, den er noch in Göttingen kennen gelernt hatte. Ob er darüber hinaus mit dem führenden spanischen Psychologen José Germain Cebrian (1897-1986) in Kontakt stand, ist

<sup>24</sup> Brief vom 26.5.24 an Moritz Schlick. 6 Briefe von David Katz an Moritz Schlick wurden dem Verfasser von der Moritz-Schlick-Forschungsstelle der Universität Rostock zur Verfügung gestellt.

<sup>25</sup> *David Katz*, Gestaltpsychologie. Basel 1944 (ins Englische, Schwedische, Spanische, Italienische, Finnische und Französische übersetzt, insgesamt 19 Auflagen in 7 Sprachen).

unklar, jedenfalls Germain zum Organisationskomitee des Internationalen Kongresses 1951 und verfasste nach dem Tod von David Katz einen zweiseitigen Nachruf auf ihn in der spanischen Zeitschrift für Psychologie.<sup>26</sup>

Nachdem Kollegen aus den USA (z. B. Robert Brodie MacLeod (1907-1972)) und Japan (Prof. Takemasa; Tokio) in Rostock als Gastwissenschaftler tätig waren, wurde David Katz im Sommer 1929 für eine Gastprofessur an die Universität Maine (USA) eingeladen. 1930 hielt er sich auf Einladung an der State University Ohio auf, 1932 besuchte er den Internationalen Kongress für Psychologie in Kopenhagen und 1933 nach der Machtergreifung der Nationalsozialisten und seiner vorläufigen Beurlaubung erhielt David Katz eine Einladung nach Leicester und an die Universität Manchester (England).

Bevor auf die Vorgänge im Zusammenhang mit seiner Amtsenthebung und der Verweigerung des Visums für die Reise nach England eingegangen wird, soll am Rande ein Blick auf die Rostocker Zeit aus Sicht der Familie geworfen werden.

Nachdem er durch die Berufung nach Rostock endlich eine feste Stelle erhalten hatte, heirateten David und Rosa noch 1919. 1920 und 1922 wurden die Söhne Theodor und Gregor geboren. Theodor (1920-1997) war später in Stockholm Philologe und Lehrer, der jüngere Sohn leitete eine psychiatrische Kinderklinik bei Stockholm. Er lebt heute in Stockholm und steht noch in Kontakt mit dem Rostocker Institut für Pädagogische Psychologie Rosa und David Katz. Für das Ehepaar Katz scheint die Zeit in Rostock eine glückliche Zeit gewesen zu sein. Rosa Katz publizierte ebenfalls regelmäßig, machte das Werk Maria Montessoris in Deutschland bekannt und betrieb zeitweilig in der Badesaison einen „wandernden Kindergarten“ in Warnemünde, für den sie auch auf das Spielzeug ihrer Söhne zurückgriff. Gregor habe daher in einem Gespräch mit den Kindern des Ehepaars Bühler erwogen, einen „Verein zum Schutz der Psychologenkinder“ zu gründen.<sup>27</sup> Privat verkehrte das Ehepaar Katz vor allem in einem „Akademischen“ Freundeskreis (Schlick, Stern u.



Abb. 2: Das Ehepaar Katz um 1926 während einer Vortragsreise; das Foto stammt aus dem Privatbesitz von Gregor Katz.

<sup>26</sup> Annete Mülberger, A look into the mirror: 100 years of German Psychology from a Spanish point of view. Vortrag auf dem 44. Kongress der DGPs in Göttingen am 29.9.2004.

<sup>27</sup> Gregor Katz im Gespräch mit Brigitte Riedmann. Siehe *Brigitte Riedmann*, Rosa Katz. Leben und Werk einer Psychologin, unveröffentlichte Magisterarbeit, FernUniversität Hagen 2003.

a.), in dem sie sich offensichtlich sehr wohl gefühlt haben, auch wenn David in seinen Briefen an Schlick auch einmal über das Wetter in Rostock klagte: *„Mir geht es gesundheitlich nicht schlecht, nur leiden wir wie wohl alle unter der kalten Witterung. Diese ewige Kälte wirkt geradezu deprimierend“*.<sup>28</sup> 1935 emigrierte die Familie dann nach England.

### Entfernung aus dem Amt

1933 konnte David Katz aufgrund des nationalsozialistischen Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums nicht direkt entlassen werden, da er nicht nur freiwilliger Weltkriegsteilnehmer war, sondern auch schon vor 1914 als Assistent im Beamtenstatus Dienst geleistet hatte. Die nationalsozialistischen Kreise griffen aber schon vor Erlass des Gesetzes am 7. April stattdessen Rosa Katz an, um sie als Hebel gegen ihren Mann zu benutzen und diesen unter Druck zu setzen: Im *„Niederdeutschen Beobachter“* wurde Rosa nicht nur fälschlicherweise als polnische Jüdin bezeichnet und der Spionage für die Sowjetunion bezichtigt. Die Zeitung forderte rasch auch, dass David Katz *„als erstes seines Amtes zu entheben“* sei.<sup>29</sup>

Auch der Nationalsozialistische Studentenbund beklagte in einem Schreiben vom 30. März 1933 an Gauleiter Hildebrandt die *„marxistische Einstellung“* von David Katz und machte sich für seine Entlassung aus dem Amt stark: *„Es erscheint unmöglich, dass ein jüdisch marxistischer Professor die zukünftigen Lehrer der höheren mecklenburgischen Schulen in Pädagogik lehrt und somit einen starken Anteil an der Erziehung der mecklenburgischen Schuljugend hat“*. Nachdem Gauleiter Hildebrandt in einem sehr aggressiven Schreiben vom 3. April die sofortige Beurlaubung von Katz gefordert hatte, wurde er von der NS-Gauleitung gezwungen, ein Urlaubssemester zu beantragen, wofür er den Antrag am 5. April stellte. Bereits am 8. April 1933 wurde er beurlaubt, eine eidesstattliche Erklärung, mit der er die Vorwürfe gegen seine Frau zu widerlegen suchte, hatte offensichtlich keine Wirkung gezeigt.<sup>30</sup> Selten wurde wohl ein Urlaubs- oder Forschungssemester so schnell genehmigt!

Auch nach seiner Beurlaubung verstummten die Angriffe gegen ihn und seine Frau nicht. Es wurden Gerüchte über politische Betätigungen von Rosa Katz kolportiert, sie würde Botschaften über einen geheimen Sender in Ahrenshoop an die Sowjetunion senden, hätte mit roter Fahne an Umzügen teilgenommen, kommunistisches Propagandamaterial im Sofa eingenäht, und die Zentrale der kommunistischen Propaganda in Mecklenburg läge in den Händen von Rosa Katz.<sup>31</sup>

An eine Wiederaufnahme der Tätigkeit an der Universität Rostock war unter diesen Umständen nicht zu denken. Nachdem David Katz in Rostock somit die Arbeitsmöglichkeiten genommen waren, kam die bereits oben erwähnte Einladung zu

<sup>28</sup> Brief an Schlick vom 14.5.1922.

<sup>29</sup> UAR, PA David Katz.

<sup>30</sup> Ebd.

<sup>31</sup> Ebd.

einer Forschungsreise nach Manchester (England) zur rechten Zeit. Allerdings verweigerte ihm die Regierung zunächst das Visum.<sup>32</sup>

Bereits am 7. August 1933 hatte Dr. Theo Lehmann, der Leiter des Landschulheims am Solling (Holzminden) und Obmann des NSLB, im Zusammenhang mit der Zwangsbeurlaubung von Katz eine Stellungnahme zu David Katz nach Schwerin geschickt. Lehmann, einer seiner Vorgesetzten im 1. Weltkrieg, setzte sich für diesen ein, indem er seine Unerschrockenheit und Umsicht im feindlichen Feuer sowie seine Unbestechlichkeit des Urteils und Geradheit des Handelns lobte.<sup>33</sup>

Im Zusammenhang mit der Beantragung des Visums für England liegen zwei Schreiben von Universitätsvertretern vor: Zunächst befürwortete Rektor Paul Schulze (1887-1949) das Visum und merkte an, dass es sich bei David Katz um eine ruhige, sachliche Persönlichkeit handele. Das Visum wurde aber erst nach der Intervention des Prodekans Prof. Dr. Wilhelm Schüssler (1888-1965) von der philosophischen Fakultät erteilt, der in einem Schreiben vom 14. September 1933 darauf hinwies, dass David Katz im Vorstand der Internationalen Gesellschaft für Psychologie engagiert sei und der Vorgang dadurch Aufmerksamkeit in der (ausländischen) Presse erregt habe.<sup>34</sup> Prof. Schüssler ging 1934 an das Herder-Institut in Riga, um – so das *Biographische Lexikon zur Geschichtswissenschaft in Deutschland, Österreich und der Schweiz* – drohenden Sanktionen lokaler NS-Instanzen wegen der Hilfeleistung für einen jüdischen Kollegen zu entgehen.<sup>35</sup> Ob es sich dabei um David Katz gehandelt hat, ist unklar, liegt aber nahe.

Zum 1. Januar 1934 wurde David Katz durch die Gauleitung dann endgültig in den Ruhestand versetzt. Dies bedeutete unter anderem, dass sein Monatsgehalt von 854,25 RM auf das Ruhegehalt von 529,60 RM und 30 RM Kinderzuschlag reduziert wurde. Dabei ist noch festzuhalten, dass die Hörergelder, die Professoren damals pro Hörer in Lehrveranstaltungen zusätzlich zum Gehalt erhielten, bei David Katz vor Versetzung in den Ruhestand noch eine beträchtliche zusätzliche Einnahmequelle darstellten.<sup>36</sup> Rosa und die Kinder mussten in der Folge daher von der Moltkestraße (heutige Thomas-Mann-Straße) in eine deutlich einfachere Wohnung in der Lloydstraße (heutige Goethestraße) umziehen. Weiter sei angemerkt, dass David Katz sich zur Sicherung seiner Pensionsansprüche regelmäßig in Rostock melden musste. Zwar gab es dann die Gelegenheit, die Familie, die zunächst in Rostock bleiben musste, zu besuchen, andererseits waren diese Reisen kostenintensiv und fraßen einen Teil der Pension sofort wieder auf. Weiter bestand das Risiko, dass

---

<sup>32</sup> Ebd.

<sup>33</sup> Ebd.

<sup>34</sup> Ebd.

<sup>35</sup> *Wolfgang Weber*, *Biographisches Lexikon zur Geschichtswissenschaft in Deutschland, Österreich und der Schweiz*. Die Lehrstuhlinhaber von den Anfängen des Faches bis 1970, Frankfurt am Main 1984.

<sup>36</sup> UAR, PA David Katz.

im Zuge einer dieser Reisen nach Rostock das Visum hätte widerrufen werden können.<sup>37</sup>

### Zeit in England, Ruf nach Stockholm

In England setzte er seine Arbeit zunächst in Manchester als Honorary Research Fellow fort, so gut es die finanziellen Umstände erlaubten, und arbeitete ab 1935 bei Cyril Burt (1883-1971), einem namhaften Vertreter der differentiellen Psychologie. Erst nachdem 1935 der kostenfreie Schulbesuch der beiden Söhne in England sichergestellt werden konnte,<sup>38</sup> folgte Rosa ihrem Mann von Rostock nach England, wo das Ehepaar unter anderem im Londoner Zoo tierpsychologische Studien betrieb. Das daraus resultierende Werk *Mensch und Tier* erschien 1937 auf Englisch<sup>39</sup> (1948 auf Deutsch). Daneben versuchte Katz seine finanzielle Lage mit Vortragstätigkeit zu verbessern und war mit weiteren Projekten betraut, beispielsweise erkundete er für die British Research Association of Flour Millers die Gründe für den Rückgang des Brotkonsums und empfahl eine geschmackliche Verbesserung des englischen Brotes.



Abb. 3: Das Ehepaar Katz 1937, vermutlich auf einer Tagung in Belgien; das Foto stammt aus dem Privatbesitz von Theodor Katz.

<sup>37</sup> Die Briefe von David Katz an seine Frau Rosa befinden sich in Kopie am Institut für Pädagogische Psychologie Rosa und David Katz der Universität Rostock sowie bei Prof. Lueck an der Fernuniversität Hagen.

<sup>38</sup> Ebd.

<sup>39</sup> *David Katz, Animals and Man*, London 1937.

1937 wurde David Katz an die Universität Stockholm auf eine neu eingerichtete Professur für Psychologie und Pädagogik berufen, die er in einem Brief an seine Frau vorher als „*das große Los*“ bezeichnet hatte.<sup>40</sup> Zwar wurde seine Antrittsvorlesung durch stiefeltrampelnde schwedische Nazis gestört<sup>41</sup> und es erschien aus denselben Kreisen eine Kampfschrift gegen Katz.<sup>42</sup> In seiner Autobiographie stellte Katz aber fest, dass diese Versuche letztlich an „*der Furchtlosigkeit und Vornehmheit der maßgeblichen schwedischen Stellen*“ gescheitert sei.<sup>43</sup> In der Folge engagierte sich David Katz für den Aufbau des dortigen psychologischen Instituts. Weiterhin arbeitete er eng mit seiner Frau Rosa zusammen, die in Stockholm – allerdings ohne offizielle Anstellung – eine kinderpsychologische Station am Institut für Psychologie der Universität Stockholm leitete.

1948 erhielt er einen einerseits als Wiedergutmachung, andererseits zur Abwehr einer eventuellen finanziellen Entschädigung gedachten neuerlichen Ruf an die Universität Rostock, den er angesichts der guten Arbeitsmöglichkeiten in Stockholm wie aus familiären Gründen ablehnte, genauso wie drei Rufe an die Universität Jerusalem auf die dortige Professur für Psychologie. Wie Katz in seiner Ablehnung formulierte, waren dem psychologischen Institut in Stockholm, dem Katz vorstand, mittlerweile 6 hauptamtliche Assistenten sowie 30 Räume zugeordnet worden, was so außerordentlich gute Arbeitsmöglichkeiten darstellte, so dass ein Wechsel weder nach Rostock noch nach Jerusalem in Frage kam.<sup>44</sup>

Während der Zeit in Schweden wandte sich David Katz wieder stärker der pädagogischen Psychologie zu (u. a. Intelligenzdiagnostik), integrierte aber auch in höherem Maße als bisher gestaltpsychologische Elemente in seine Arbeit. Dabei ging er gleichzeitig auf kritische Distanz zur Gestaltpsychologie und ihrem weitgehenden Geltungsanspruch. Als Zusammenfassung seiner jahrelangen wissenschaftlichen Tätigkeit publizierte er eine Reihe von (Lehr-) Büchern und veröffentlichte zur Gestaltpsychologie, zur Experimentalpsychologie sowie das *Handbuch der Psychologie* und einen *Psychologischen Atlas*, die bald zu Standardwerken der Psychologie wurden und in einer Reihe von Sprachen erschienen. Den wohl nachhaltigsten Erfolg erzielte dabei das bereits oben erwähnte, 1944 erstmals publizierte Buch über *Gestaltpsychologie*, das in mindestens 20 Auflagen in 7 Sprachen erschien, zuletzt 1979 in den USA. Seine technische Begabung kam David Katz auch in seiner Stockholmer Periode zu Gute: Er konstruierte einen „Skriptochronographen“, mit dem präzise Aufzeichnungen der Schreibbewegungen möglich sind, und meldete ihn zum Patent an.

---

<sup>40</sup> Die Briefe von David Katz an seine Frau Rosa befinden sich in Kopie am Institut für Pädagogische Psychologie Rosa und David Katz der Universität Rostock sowie bei Prof. Lueck an der Fernuniversität Hagen.

<sup>41</sup> Gregor Katz im Gespräch mit Brigitte Riedmann. Siehe *Brigitte Riedmann, Rosa Katz. Leben und Werk einer Psychologin*, unveröffentlichte Magisterarbeit, FernUniversität Hagen 2003, 424.

<sup>42</sup> Ake Berglund, *Den skandalösa Katzutmäningen. Bidrag till historien om den svenska kulturens judaisering*, Tors-Förlag 1937.

<sup>43</sup> *Brigitte Riedmann, Rosa Katz*, 438 (wie Fußn. 41).

<sup>44</sup> UAR, PA David Katz.

Nachdem er 1950 eine Gastprofessur an der Berkeley University in San Francisco (Kalifornien) erhielt, organisierte David Katz 1951 den 13. Internationalen Kongress der Psychologie in Stockholm und stand diesem vor. 1952 wurde Katz zum korrespondierenden Mitglied der Bayerischen Akademie der Wissenschaften ernannt. Nach seiner Pensionierung hielt er sich im Wintersemester 1952 im Rahmen einer Honorarprofessur in Hamburg auf und starb kurz nach seiner Rückkehr an einem Herzleiden, an dem er schon seit dem 1. Weltkrieg gelitten hatte. David Katz wurde auf dem jüdischen Friedhof in Stockholm bestattet.

Da David Katz keiner psychologischen Schule angehörte und stets einen eigenständigen Weg zwischen den Modeströmungen der Psychologie beschritt, geriet sein umfangreiches Werk (33 Monographien und 196 Aufsätze und Buchbeiträge ohne die zahlreichen Übersetzungen) in Deutschland unverdientermaßen in Vergessenheit, wohl auch, weil er aufgrund der enormen Vielseitigkeit seiner Arbeit nicht eindeutig einer psychologischen Fachrichtung zugeordnet werden kann. International und teilweise außerhalb der Psychologie werden seine Werke aber nach wie vor beachtet, so wurde allein der *Aufbau der Farbwelt* nach der Statistik des Social Sciences Citation Index zwischen den Jahren 2000 und 2005 mehr als 110 mal zitiert. Eine solche Beachtung erfahren nur wenige der deutschstämmigen Zeitgenossen von David Katz wie auch der gegenwärtig aktiven psychologischen Wissenschaftler.

Diana Heß

## **Der Internist Georg Ganter – Kollision der eigenen Meinung mit politischen Restriktionen und ihre Folgen**

Im Rahmen des Themenkomplexes „Vertreibung und Verfolgung von Mitarbeitern der Universität Rostock in der Zeit des Nationalsozialismus“ soll auch dem Internisten Georg Ganter (1885-1940) Aufmerksamkeit gewidmet werden. Nach einer biographischen Einführung wird die wissenschaftliche Einordnung vorgenommen, daran schließt sich die genauere Betrachtung seiner Rolle und seines Verhaltens in genannter Zeit an der Universität Rostock an.

### **Lebenslauf Georg Ganters**

Georg Ganter wurde am 18. April 1885 in Unterschönmattenwaag (Hessen-Darmstadt) in einfachen Verhältnissen geboren, sein Vater war Landwirt. Ganter besuchte das Gymnasium in Aarau in der Schweiz, denn sein Onkel war hier Mathematikprofessor, bei ihm wohnte der junge Ganter in dieser Zeit und legte im März 1905 sein Abitur ab. Nach der Ableistung des Einjährig-Freiwilligen Jahres nahm er 1905 sein Medizinstudium – Ganter studierte an den Universitäten Freiburg i. Br. und München – auf, welches er erfolgreich im Mai 1910 mit dem Staatsexamen abschloss. Die Approbation erfolgte im Mai 1911, die Promotion im April 1912. Seine Doktorarbeit führte den Titel: „Über den Temperaturkoeffizienten der Erregungsleitung im motorischen Froschnerven“.

Die Tätigkeiten des jungen Arztes verteilten sich auf verschiedene Krankenhäuser, unter anderem Freiburg, Tübingen, Würzburg und Karlsruhe. Durch die Ereignisse des Ersten Weltkrieges war Georg Ganter auch im Kriegsdienst als Truppenarzt in Lazaretten tätig. Der endgültige Eintritt in den Zivildienst nach Heeresentlassung erfolgte am 1. April 1919.

Schon Ende März 1918 war Georg Ganter auf Reklamation seines im Folgenden noch zu erwähnenden Vorgesetzten Paul Morawitz (1879-1936) nach Greifswald gekommen, hier hatte er sich am 29. Juli 1918 habilitiert und war als Privatdozent der Inneren Medizin tätig geworden. Seine Habilitationsschrift: „Experimentelle Beiträge zur Kenntnis des Vorhofelektrokardiogramms“ war bereits 1914 entstanden, jedoch durch die Kriegswirren hatte die Veröffentlichung sich verzögert.

Georg Ganter heiratete am 24. April 1920 Gertrud Bartning, die Tochter eines Maschinenfabrikanten. Der gemeinsame Sohn Alfred Georg wurde am 21. Oktober 1923 geboren, zu dieser Zeit war Ganter bereits in Würzburg tätig. Nach Würzburg kam er wiederum im Gefolge von Morawitz, eigens für Ganter wurde hier eine Oberarztstelle geschaffen. Ganter war zunächst als Privatdozent und ab dem 1. Oktober 1925 als planmäßiger außerordentlicher Professor für Balneologie, physikalische Heilmethoden und Pathologische Physiologie tätig. Er übernahm die Leitung des neuen Ambulatoriums.

Mit seinem Wechsel nach Rostock trennten sich die gemeinsamen Wege mit Paul Morawitz. Ganter wurde am 1. April 1926 in Rostock planmäßiger außerordentlicher Professor und Direktor der Medizinischen Poliklinik Rostock. Dies blieb er bis zu seiner vorzeitigen Versetzung in den Ruhestand am 31. Mai 1937.

Georg Ganter starb am 5. Mai 1940 an einem Herzschlag.

### **Wissenschaftliche Einordnung Ganters**

Im zweiten Teil werden Georg Ganters wissenschaftlichen Leistungen zusammenfassend erläutert und eingeordnet. Seine Publikationen lagen vorwiegend in Form von Zeitschriftenbeiträgen sowie vereinzelter Lehrbuchmitarbeit vor.

Sie zeichneten sich dadurch aus, dass er Wesentliches darlegte, mit präzisiertem physiologischem Verständnis Grundlagen herleitete und Zusammenhänge darstellte. Vorbilder hierfür dürften unter anderen seine Lehrer und Vorgesetzten Johannes von Kries (1853-1928) und Paul Morawitz gewesen sein. Ersterer wird als „einer der bedeutendsten Physiologen um die Jahrhundertwende [vom 19. zum 20. Jahrhundert, D.H.]“<sup>1</sup> bezeichnet, bei ihm hatte Ganter studiert, seine Doktorarbeit geschrieben und als junger Arzt in seinem Institut gearbeitet. Morawitz war Internist mit Forschungsschwerpunkten in Hämatologie und Kardiologie und Vertreter der Ganzheitsbetrachtung, einer Strömung dieser Zeit. Er wollte die Physiologie als wesentlichen Bestandteil in das Verständnis des Krankheitsgeschehens integriert wissen. Morawitz war jahrelang Ganters Vorgesetzter an verschiedenen Standorten.

Große Teile von Ganters Arbeit in allen Abschnitten seiner Laufbahn als Wissenschaftler nahmen Untersuchungen zum Themenkomplex der Herz-Kreislauf-Forschung ein. Ganter beschäftigte sich mit der Erregungsphysiologie des Herzens und der Gefäßwirkung diverser Pharmaka. Für viele seiner Untersuchungen des Kreislaufsystems und der Gefäße entwickelte er die Methode zur „Gefäßweitenbestimmung nach Ganter“. Diese wurde nicht nur von verschiedenen Autoren seiner Zeit zitiert und für eigene Forschungen verwendet, sondern fand auch als eigenständige Methode Eingang in ein Lehrbuch<sup>2</sup> und wird deshalb im Folgenden genauer erläutert.

Prinzip war die damals am Tierpräparat übliche Anwendung der blutigen Blutdruckmessung. Hierbei wurde eine Glaskanüle in eine Arterie präpariert, die über eine Schlauchverbindung mit einem Manometer in Kontakt stand. Im Nebenschluss war ein Gefäß mit einer gerinnungshemmenden Substanz eingebaut. Mittels Schreibhebel – zur Vergrößerung der registrierten Aufzeichnung – wurde hinter dem Manometer eine Kurve auf einer berußten Papierfläche aufgezeichnet.<sup>3</sup> Das Prinzip

---

<sup>1</sup> Fritz Krafft/Adolf Mayer-Abich, Große Naturwissenschaftler. Biographisches Lexikon. Frankfurt am Main 1970, 199.

<sup>2</sup> Emil Abderhalden (Hrsg.), Chemische und physikalische Untersuchungsmethoden der Pharmakologie und Toxikologie 2. Hälfte. In: Handbuch der biologischen Arbeitsmethoden. Abteilung IV: Angewandte chemische und physikalische Methoden Teil 7B Berlin/Wien 1935, 1763-1764.

<sup>3</sup> Hermann Straub, Bestimmung des Blutdruckes (direkte und indirekte Methoden). In: Emil

der Ganterschen Methode war Folgendes: Wenn in einem Arterienast der Blutdruck mittels Manometer registriert und plötzlich der zufließende Arterienhauptast verschlossen wurde, dies nannte Ganter probatorische Kompression, floss das Blut Richtung Peripherie, also Richtung der noch offenen Äste und Kapillaren ab. In dem Maß, in dem es abfloss, sank der Druck in dem sowohl durch die Ligatur nach oben als auch durch das eingebundene Manometer abgeschlossenen System ab. Die Steilheit des Kurvenabfalls stand in Abhängigkeit von der Weite der noch offenen Gefäße, also je weiter die Gefäße, desto rascher der Druckabfall. Bei Gabe von Medikamenten änderte sich nach ihrer Wirkung die Steilheit als Maßstab für die Gefäßweite. Der Blutdruck wurde mit Hilfe des von Frey'schen Blutdruckschreibers bestimmt. Um die Steilheit und die Gefäßweitenänderung besser darstellen zu können, verwandte Ganter einen Blutdruckschreiber mit zwei Schreibspitzen. Diese lagen senkrecht übereinander, es wurden also zwei Kurven gleichzeitig geschrieben.

Mittels Jaquetscher Uhr wurde eine Zeitkurve als Abszisse mitgeschrieben. Sank nun der Druck infolge der Arterienkompression, zeigten beide Kurven denselben Abfall. Zuerst schnitt die untere, dann die obere Kurve die Abszisse. Der Abstand der beiden Kurven konnte in Sekunden abgelesen werden, die Anzahl der Sekunden galt als Maßstab für die Steilheit der Kurven.

Wie Ganter in seinen Untersuchungen heraus fand, stand der zunehmende Abstand der Schnittpunkte, also eine langsam absinkende Kurve, für eine Gefäßverengung. Bei rascher absinkender Kurve lagen die Schnittpunkte näher zusammen, der Abfluss fand aufgrund einer Gefäßerweiterung schneller statt.

Die meisten der Untersuchungen im Bereich seiner Gefäßforschung unternahm Ganter an Katzen oder Hunden, entweder in Urethannarkose oder dezerebriert.<sup>4</sup> Urethan war ein bei Tierversuchen angewandtes, intravenös verabreichtes Anästhetikum. Ganters Methode zur Gefäßweitenbestimmung wurde auch von anderen Autoren für ihre Forschung angewandt<sup>5</sup>, die jeweiligen Autoren benutzten sie vor allem

---

Abderhalden (Hrsg.): Funktionen des Kreislauf- und Atmungsapparates. In: Handbuch der biologischen Arbeitsmethoden. Abteilung V: Methoden zum Studium der Funktionen der einzelnen Organe des tierischen Organismus, Teil 4. I (1. Hälfte), Berlin/Wien 1923, 135-366.

<sup>4</sup> Bei der Dezerebration wurden Mittel- und Großhirn unter genau vorgegebenen Bedingungen entfernt, danach war eine Narkose nicht mehr nötig, das Tier spontan atmend. Aus: *Emil Abderhalden* (Hrsg.), Chemische und physikalische Untersuchungsmethoden der Pharmakologie und Toxikologie 2. Hälfte. In: Handbuch der biologischen Arbeitsmethoden. Abteilung IV: Angewandte chemische und physikalische Methoden Teil 7B Berlin/Wien 1935, 1851.

<sup>5</sup> *H. Guggenheimer/Irvin L. Fisher*, Über die Wirkung kleiner Konzentrationen von Brom und anderen Anionen auf Herz und Gefäßsystem. II. Mitteilung: Erweiterung der peripheren Gefäße durch kleine Bromdosen. *Naunyn-Schmiedebergs Archiv für experimentelle Pathologie und Pharmakologie* 126 (1927), 114-120; *H. Guggenheimer/Irvin L. Fisher*, Die Wirkung des Jods auf Herz und Gefäßsystem. II. Mitteilung: Erweiterung der peripheren Gefäße durch kleine Joddosen; *Zeitung für die gesamte experimentelle Medizin einschließlich experimentelle Chirurgie* 58 (1928), 196-204; *O. Ehrismann/W. E. Engelhardt*, Vergleichende Untersuchungen über die Wirkungen des d-, l- und i-Kampfers. IV. Mitteilung: Untersuchungen am Ganterschen Gefäßpräparat und am Koronarkreislauf des isolierten Katzenherzens. *Naunyn-Schmiedebergs Archiv für experimentelle Pathologie und Pharmakologie* 131 (1928), 200-211.

wegen der Möglichkeit der Anwendung am strömenden Blut beim lebenden Tier.

Weitere Forschungsschwerpunkte lagen im Bereich der Gastrointestinalen Forschung, hiermit befasste sich Ganter überwiegend in den 1920er Jahren. Er untersuchte die Motorik der verschiedenen Abschnitte des Magen-Darm-Traktes, die Wirkung diverser Pharmaka und befasste sich mit der funktionellen Anatomie, der Länge des Darmes am lebenden Menschen.

Erkenntnisse über die Eigenschaften glatter Muskulatur betrafen sowohl das Gefäßsystem als auch das gastrointestinum und überschritten sich somit.

Einen interessanten Versuchsapparat boten die sogenannten "Darmschiffchen" dar. Diese hatte Georg Ganter zusammen mit seinem Kollegen Victor van der Reis (1889-1957) in seiner Zeit in Greifswald entwickelt. Die Darmpatronen waren Kapseln mit magnetischen und nichtmagnetischen Metallanteilen, die von den Probanden geschluckt wurden. Die Kapseln konnten mit Hilfe eines Magneten geöffnet werden. Wurde dies unter Röntgenkontrolle getan, konnte man den zu untersuchenden Teil des Darmtraktes genau auffinden. Probanden waren Mitarbeiter der Klinik und Studenten. Mit diesem Versuchsaufbau wurde es möglich, Materialproben aus bis dahin unzugänglichen Bereichen des Darmtraktes zu entnehmen beziehungsweise Pharmaka gezielt an eben solchen zu applizieren. Ganter und van der Reis konnten auf diese Weise die Darmflora des Menschen untersuchen und gewannen wichtige Erkenntnisse über die bestehende Besiedlung des Darmes.

Georg Ganter gilt international als Pionier der Peritonealdialyse. Er war der Erste, der über Versuche berichtete, bei denen bei ansonsten desolaten Krankheitsverläufen mittels intraperitonealer beziehungsweise intrapleuraler Infusion eine Besserung der Symptomatik erzielt werden konnte. Dies geschah nicht in kurativer Absicht, der Erfolg war also nur vorübergehend. Voraus gegangen waren internationale Arbeiten verschiedener Autoren über die Anwendung intraperitonealer Infusionen an dehydrierten Säuglingen und Kindern, die Eigenschaften des Peritoneums wurden in den Artikeln aufgearbeitet. Das Interesse an Nierenersatzverfahren war zu der Zeit, als sich Ganter damit beschäftigte, im Zuge des Ersten Weltkrieges gesteigert, flaute in den Folgejahren jedoch wieder ab, auch Ganter beschäftigte sich später nicht mehr mit diesem Thema und erlebte auch den erneuten Aufschwung zu Zeiten des Zweiten Weltkrieges nicht mehr.

Seine Bedeutung und Vorreiterstellung in der Geschichte der klinischen Anwendung der Peritonealdialyse wird Georg Ganter heute aber international zuerkannt.

### **Georg Ganters Werdegang an der Universität Rostock – Zeit des Nationalsozialismus**

Als Georg Ganter im Jahre 1926 nach Rostock kam, hatte er in seinem langjährigen Vorgesetzten Paul Morawitz' einen bedeutenden Fürsprecher gehabt. Morawitz Beurteilung wurde nahezu wortwörtlich in die Begründung der Annahme Ganters übernommen.

Ganter trat die Nachfolge Erich Grafes (1881-1952) an, welcher als Direktor der

Medizinischen und Nervenkllinik nach Würzburg gegangen war. Grafe hatte bei seinem eigenen Amtseintritt 1921 die Poliklinik als räumlich eingeschränkt beschrieben – Wartezimmer, Untersuchungszimmer, Laboratorium, Chefzimmer, keine Beobachtungsbetten.

Grafe selbst setzte sich sehr für die Behandlung Tuberkulosekranker ein, so wurde 1925 im Vorgarten des Universitätskrankenhauses eine Baracke gebaut, hier konnten jährlich 1500 bis 2000 Patienten behandelt werden.

Zu Ganter's Zeiten kam dann noch eine Beobachtungsstation mit fünf Männer- und fünf Frauenbetten hinzu. Diese Patienten waren auch von wissenschaftlichem Interesse, zum Beispiel zur Vorstellung in der Vorlesung:

„Für diese Arbeiten stand nun auch stationäres Krankengut zur Verfügung. Am 15.2.1931 wurde durch bauliche Erweiterung des Universitätskrankenhauses eine Beobachtungsstation der Medizinischen Poliklinik in Betrieb genommen [...]. Diese Station hatte 5 Frauen- und 5 Männerbetten und diente in erster Linie „zur Aufnahme von Kranken, die sich für die Vorstellung in der Vorlesung der Medizinischen Poliklinik eignen oder besonderes wissenschaftliches Interesse bieten“ [...]. Am 1.11.1932 wurde Dr. SCHRETZENMAYER anstelle von Dr. STATTMÜLLER, der ausschied, erster Assistent, Dr. LAU als zweiter Assistent eingesetzt [...].“<sup>6</sup>

Ganter befasste sich in der Rostocker Zeit vornehmlich mit Herz-Kreislauf-Forschung, zusammen mit seinem Mitarbeiter Albert Schretzenmayer.

Am 28. Oktober 1928 wurde Georg Ganter ordentlicher Professor, die finanzielle Ausstattung war allerdings Thema jahrelanger Briefwechsel zwischen ihm, der Universität und dem Ministerium, wie in den Archivunterlagen nachzulesen ist.

Ab 1933 begannen die Nationalsozialisten, mit Gewalt und mit juristischen Regelungen politische Strukturen neu zu organisieren. Hiervon war auch der Umbau der Hochschulen und die personelle Umstrukturierung betroffen, also die Entfernung nicht erwünschter Hochschullehrer aus ihren Ämtern. So waren bereits im Wintersemester 1934/35 15,3% des Lehrkörpers deutscher Universitäten und bis 1939 etwa 45% der Universitätsstellen neu besetzt. Rechtliche Grundlagen stellten das „Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums“ vom 7. April 1933, das „Gesetz über die Entpflichtung und Versetzung von Hochschullehrern aus Anlaß des Neuaufbaus des deutschen Hochschulwesens“ vom 21. Februar 1935, das „Reichsbürgergesetz“ vom 15. September 1935 (mit Ergänzung 1943), verschiedene Verwaltungsregelungen, die Einteilung in Studenten- und Dozentenschaft sowie die „Reichshabilitationsordnung“ vom 13. Dezember 1939 dar. Letztere wurde 1939 wegen Lehrkräftemangel abgemildert.

Georg Ganter gehörte zu denjenigen Mitgliedern der Dozentenschaft, die als missliebig eingestuft wurden. Er geriet innerhalb der Universität zunehmend unter

---

<sup>6</sup> *Fridrun Geist*, Die Entwicklung der Medizinischen Universitätspoliklinik Rostock (dargestellt an den jeweiligen wissenschaftlichen Arbeitsrichtungen der Lehrstuhlinhaber) von 1891-1965. Inaugural-Dissertation zur Erlangung des Doktorgrades einer Hohen Medizinischen Fakultät der Universität Rostock. Rostock 1965, 21.

### Beobachtung und Kritik.

Die Ursachen hierfür lagen vor allem in der Persönlichkeit Ganters begründet. Er hatte das Bedürfnis, sich unabhängig von nationalsozialistischer Propaganda informieren zu können. Wie einem Bericht seines Oberarztes Werner Böhme<sup>7</sup> (1902-1973) zu entnehmen ist, las er das Berliner Tageblatt, später täglich die Baseler Nachrichten, und verkündete dazu, dass man ausländische Zeitungen lesen müsse, um informiert zu sein. Nach dem Verbot der Baseler Nachrichten 1935 kaufte er täglich die Frankfurter Zeitung und bezeichnete sie als „*doch wirklich noch recht objektiv*“.<sup>8</sup>

In Klinik und Universität fiel Ganter wiederholt durch das Fehlen an verschiedenen Veranstaltungen der NSDAP und untergeordneter Organisationen auf.<sup>9</sup> Der Betriebszellenobmann beschrieb in einem Brief an den Rektor Ernst Heinrich Brill (1892-1945) im Juni 1936 akribisch – mit genauer Wiedergabe der Gespräche zwischen Georg Ganter und sich selbst – mehrere solcher Ereignisse und folgerte: „*Aus dem vorstehend Gesagten bin ich zu der Überzeugung gekommen, daß Herr Prof. Dr. Ganter sich durch sein Verhalten, obwohl er in diesem Betriebe arbeitet, außerhalb der Betriebsgemeinschaft gestellt hat.*“<sup>10</sup>

Große Bedeutung für die weiteren Ereignisse hatte eine Auseinandersetzung mit dem unter Ganter arbeitenden Oberarzt Werner Böhme, der seit 1932 leitender Oberarzt der medizinischen Röntgenabteilung in Rostock war. Im Oktober 1936 wurde von Seiten des Ministeriums seine Eignung zur Arbeit im Universitätskrankenhaus angezweifelt, da er seit acht Jahren dort tätig und weder Dozent noch habilitiert war. Nach Fürsprache des Direktors der Medizinischen Universitätsklinik Hans Curschmann (1875-1950) wurde sein Vertrag verlängert. Möglicherweise lässt sich hieraus jedoch ein gewisser Druck des Ministeriums auf Böhme und sein Verhalten erklären und nachvollziehen.

Die Auseinandersetzung mit Georg Ganter ereignete sich am 19. Dezember 1935, als ein jüdischer Patient in die Privatpraxis Ganter kam und Böhme sich weigerte, diesen zu behandeln. Stattdessen ging er – da er von Ganter keine Unterstützung in dieser Angelegenheit zu erwarten hatte – direkt zu dem damaligen Direktor der Universitätshautklinik und späteren Rektor Ernst Heinrich Brill. Brill war nachhaltiger Befürworter der nationalsozialistischen Politik und unterstützte seinen Kollegen Werner Böhme in seiner Ablehnung. Die im Folgenden zitierten Passagen entstammen dem oben bereits erwähnten akribischen Bericht, den Böhme im Anschluss anfertigte. Böhme beschrieb den Patienten als:

“geradezu klassische[n] Vertreter dieser Rasse mit allen unsympathischen Kennzeichen, nämlich ein Viehhändler L. aus Güstrow. [...] Die Untersuchung dieses Mannes [...] erfüllte mich mit Widerwillen und liess den Vorsatz entste-

<sup>7</sup> Universitätsarchiv Rostock (UAR), Personalakte (PA) Ganter, Georg, Bl. 85.

<sup>8</sup> Ebd.

<sup>9</sup> *Karl-Heinz Jahnke*, *Gegen Hitler: Gegner und Verfolgte des NS-Regimes in Mecklenburg 1933-1945*, Rostock 2000, 2. Auflage, 50.

<sup>10</sup> UAR, PA Ganter, Georg, Blatt 112.

hen, etwas Derartiges in Zukunft möglichst abzubiegen.“<sup>11</sup>

Dass durch Böhmes Unterredung mit Brill eine Verzögerung der Arbeitsabläufe im Klinikbetrieb entstanden war, erregte Georg Ganters Unmut, und er stellte Böhme zur Rede. Nachdem Böhme ihm erklärt hatte, dass weder er noch sein Personal gewillt seien, jüdische Patienten zu behandeln, erwiderte Ganter:

„Das wäre ja noch schöner, das kommt überhaupt nicht in Frage, das geht Sie gar nichts an, was für Patienten ich behandle. Diese Röntgenabteilung ist meine Abteilung ebensogut wie die der Klinik. Sie haben nur die Ausführung dessen zu übernehmen, was ich Ihnen auftrage, sind nicht selbstständig behandelnder Arzt und im übrigen behandle ich jeden Juden genauso gut wie jeden anderen Menschen.“

Weitere Erklärungsversuche unterbrach er mit dem Satz: „*Mit Ihnen habe ich mich über diese Frage überhaupt nicht zu unterhalten.*“<sup>12</sup> Böhme musste die Untersuchung letztlich übernehmen.

Damit war Ganter jedoch unangenehm aufgefallen und blieb in Beobachtung. In einem Aufsatz von Karl-Heinz Jahnke aus dem Jahre 2000 heißt es dazu:

„Von diesem Zeitpunkt ab fand Prof. Ganter keine Ruhe mehr, er war zur Unperson geworden. Umfangreiche Untersuchungen über sein Auftreten in der Klinik und sein Privatleben folgten. Eine Reihe interner Berichte entstand. Der Versuch, Patienten von Prof. Ganter gegen ihn zu mißbrauchen, hatte offenbar wenig Erfolg. Eine Ausnahme machte ein Herr F. C. Mohn aus Schwerin.“<sup>13</sup>

Jahnke bezieht sich hier auf einen Patienten mit einer Arthritis deformans, der in Ganters Privatsprechstunde gekommen und als Privatpatient behandelt worden war. Dieser Patient verlangte im Januar 1936 in einem Brief die Erstattung der ihm angefallenen Kosten, da man ihn auch auf Kassenkosten hätte behandeln können. Unklar blieb, welche Kosten er genau meinte, denn nach Ganters schriftlicher Stellungnahme vom Juni des Jahres hatte er ihm noch gar keine Liquidation geschickt. In diesem Bericht äußerte sich Ganter auch zu den therapeutischen Überlegungen. Er erläuterte das Verfahren, welches den Patienten zu ihm im Speziellen geführt hatte:

„Bei meiner Methode handelt es sich um eine Kompression von Arterie und um die Wirkung einer reaktiven= arteriellen Hyperämie. Ich bin auf die Methode auf Grund von experimentellen Untersuchungen am Tier gekommen.“<sup>14</sup>

Ganter sagte aus, dass Mohn aus der Privatpraxis eines Kollegen in seine Privatpraxis überwiesen und von Ganter auch auf den Charakter dieser Privatsprechstunde hingewiesen worden sei. Seine Entscheidung, die Spezialbehandlung in der Privatpraxis anzunehmen, ohne die Gegenleistung erbringen zu wollen, bezeichnete Gan-

<sup>11</sup> Ebd., Erklärung Dr. Böhme vom 19.12.1935, Blatt 89.

<sup>12</sup> Ebd., Erklärung Dr. Böhme vom 19.12.1935, Bl. 86.

<sup>13</sup> *Karl-Heinz Jahnke*, Gegen Hitler: Gegner und Verfolgte des NS-Regimes in Mecklenburg 1933-1945, Rostock 2000, 2. Auflage, 50.

<sup>14</sup> UAR, PA Ganter, Georg, Bl. 95.

ter wie folgt:

„Wenn Mohn, trotz seiner anscheinenden Mittellosigkeit in die Privatsprechstunde eines Professors geht und nicht die Freisprechstunde aufsucht, in der er doch ebenfalls vom Professor, und zwar unentgeltlich nachuntersucht wird, so ist dies ein Tatbestand, für den das Gesetzbuch eine klare Bezeichnung hat.“<sup>15</sup>

Dieser Bericht war auch eine Reaktion auf Mohns Beschwerdebrief an den Dekan Wilhelm Comberg (1885-1958) vom Mai 1936. In diesem Brief wird Ganter auf Schärfste angegriffen und sogar ein gerichtliches Vorgehen gegen ihn in Erwägung gezogen:

„Den Versuch, die Sache auf gütlichem Wege beizulegen, unternehme ich in erster Linie, dass ich als gebürtiger Rostocker nicht will, dass der bekannte gute Ruf der Rostocker Universitätskliniken und seiner Professoren durch ein Element untergraben wird und Sie von Ihrer Fachschaft aus Beweis haben, um diese Erscheinung verschwinden zu lassen. Dieses werden Sie wohl auch schon von anderer Seite über den betreffenden Herren gehört haben. [...] Ich bin auch bereit, wenn Sie von Ihrer Fachschaft aus nichts gegen Herrn Prof. Ganter unternehmen können, im Interesse der Rostocker Professoren gegen den Genannten gerichtlich vorzugehen, um einen gerichtlichen Beweis zu haben, doch müssten Sie mir dann die Unterstützung zusagen.“<sup>16</sup>

Die Heftigkeit Mohns überrascht, denn Ganter war, wie seinem Bericht zu entnehmen ist, von medizinischer Seite kein Vorwurf zu machen, auch das allgemeine Prozedere lief korrekt ab. Ob Mohn sich einen finanziellen Vorteil erhofft hatte oder aus politischer Überlegung bereit war, gegen Ganter zu agieren, bleibt unklar. Der Fall ging vor die Reichsärztekammer, von hier wurde im September 1936 die Klärung des Falles aufgeschoben bis nach Inkrafttreten der neuen Reichsärzteordnung. Spätere Aussagen dazu gab es nicht.

Einen erheblichen Anteil an der weiteren Entwicklung hatte die Meinung des Rektors Ernst Heinrich Brill. Dieser stellte sich in einem Brief vom 5. August 1936 an das Mecklenburgische Staatsministerium, Abteilung Unterricht, aus nationalsozialistischer Sicht gegen Ganter. Er bekundete sein Befremden über Ganters Fehlen an betrieblichen Veranstaltungen und sprach die Vorwürfe des Oberarztes Werner Böhme an. In Ganters Erwiderung erkannte er ein Schuldeingeständnis, hielt sich jedoch bei der Wertung im Hintergrund. Brill betonte, dass Ganter sich ihm gegenüber mit politischen Äußerungen zurückgehalten habe, er jedoch von verschiedenen Personen der Universität Einschätzungen Ganter betreffend erhalten habe. Er beschließt den Brief mit den Worten:

„Ich habe bisher ein freimütiges Bekenntnis Ganters zum Nationalsozialismus noch nicht erlebt. Durch meine politische Stellung innerhalb der Universität bedingt, glaube ich, daß Prof. Ganter gerade mir gegenüber sehr zurückhaltend in politischen Äußerungen ist. Ich habe jedoch noch niemals, weder

---

<sup>15</sup> Ebd., Bl. 93-94.

<sup>16</sup> Ebd., Bl. 97.

aus Kollegen- noch aus Studentenkreisen gehört, daß Prof. Ganter im politischen Sinne zu den Unseren zu zählen ist. Die Bedenken, die mir vorgebracht werden, sind wohl weitgehend vorherrschend. Die Bewertung der Gesamtpersönlichkeit Ganters mag dazu geführt haben, daß von Parteiseite Prof. Ganter stark angegriffen worden ist. Wenn ich an dieser Stelle von [!] Standpunkt des Nationalsozialisten urteile, so ist für die Universität Rostock die Persönlichkeit Ganters abzulehnen, da ich ihn als einen inneren Gegner der nationalsozialistischen Weltanschauung stets empfunden habe und daher niemals mit ihm in eine Beziehung getreten bin.“<sup>17</sup>

Indem er ihn als einen inneren Gegner bezeichnete, konnte Brill Ganters Einstellung sehr treffend charakterisieren.

Als Summe der Ereignisse wurde Georg Ganters Entlassung in der ersten Jahreshälfte 1937 immer wahrscheinlicher. Er wurde schließlich am 31. Mai 1937 in Anwendung des „Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums“ aus politischen Gründen in den vorzeitigen Ruhestand versetzt. Dies geschah ohne Aufsehen, in den Archivunterlagen fand sich allerdings der Brief eines von Ganters Studenten, der sich äußerst betrübt über diesen Vorgang äußerte. Rudolf Forster war Schweizer und für ein Semester nach Deutschland gekommen, um sich persönlich ein Bild von der politischen Lage zu machen. Er beschrieb die Persönlichkeit Ganters wie folgt:

„Herr Prof. Ganter war als Lehrer nach dem Dafürhalten wohl aller sachlich denkenden und einsichtigen Studenten eine der bedeutendsten Persönlichkeiten der medizinischen Fakultät Rostock, ein Anziehungspunkt für auswärtige Studenten. Herr Prof. Ganter hat für unsere geistige Erziehung und als Folge davon – und das erscheint mir viel wichtiger – für sein Volk durch die in seinem Unterricht gelehrt, jeder Oberflächlichkeit feindliche und totale Betrachtungsweise der krankhaften Vorgänge beste Arbeit die Tat geleistet. Er half mit ganzer Kraft mit, dem deutschen Volke tüchtige Ärzte zu erziehen.“<sup>18</sup>

Da es sich um einen in den Archivmaterialien aufbewahrten Brief handelt, ist ein subjektiver Charakter dieser Meinungsäußerung in die Beurteilung einzuschließen, ebenso bei den anderen vorhandenen Dokumenten aus Ganters Personalakte.

## Zusammenfassung

Der Internist Georg Ganter arbeitete engagiert als klinisch tätiger Arzt und Forscher. Er war alles andere als opportunistisch, wollte seine Meinung frei bilden und vertreten können und sich keinem politischen Regime unterwerfen müssen, um seine Arbeit tun zu dürfen. Das kostete ihn zu Zeiten des nationalsozialistischen Regimes seine Stellung als Arzt sowie die Möglichkeit, weiter als Wissenschaftler tätig zu sein.

---

<sup>17</sup> Ebd., Bl. 116.

<sup>18</sup> UAR, Medizinische Fakultät. 369.



Wolfgang Bernard

## Der verweigerte Eid: Der Gräzistikprofessor Kurt von Fritz

### Vorbemerkung

Als ich 1994 zusammen mit meinem damaligen Assistenten, dem leider früh verstorbenen Dr. Markus Schmitz, meine Tätigkeit an der Universität Rostock aufnahm, wussten wir beide, dass auf dem gräzistischen Lehrstuhl einst Kurt von Fritz gesessen hatte, dass er aber schon bald von den Nationalsozialisten entfernt worden war und dass dahinter eine Geschichte stecken musste, die von außerordentlicher Zivilcourage zeugte. Einer unserer Schüler, Dr. Sven Müller, hat dann die Quellen zu diesen Vorgängen auf unsere Anregung hin für eine Gedenkveranstaltung zum 100. Geburtstag von Kurt von Fritz erarbeitet und später auch publiziert.<sup>1</sup> Herr Müller wäre der wirkliche Experte gewesen, der auch den folgenden Artikel hätte verfassen sollen. Die Universität hat aber leider geglaubt, ohne die Dienste dieses außergewöhnlich begabten jungen Wissenschaftlers auskommen zu können, so dass konkret nur die Alternative bestand, dass entweder ich selbst die Aufgabe übernehme, obwohl ich mich dabei ausschließlich auf fremde Forschungen stützen musste, oder aber dass Kurt von Fritz in diesem Band nicht gebührend Erwähnung gefunden hätte. Dies hat mich bewogen, den folgenden Beitrag zu verfassen, obwohl ich die Quellen nur aus zweiter Hand kenne.

### Vita<sup>2</sup>

Karl Albert Kurt von Fritz wurde geboren am 25. August 1900 in Metz (Lothringen). Der Vater Oberstleutnant Adolf (von) Fritz war am 1. Januar 1900 in den erblichen preußischen Adelsstand erhoben worden, selbst Sohn eines badischen Eisenbahn-Geometers; die Mutter war Anna von Fritz, geb. Stoelzel. Kurt von Fritz sollte Offizier werden, besuchte 1912 bis 1914 Kadettenanstalten in Karlsruhe und Berlin-Lichterfelde, wurde dann, offiziell aus Gesundheitsgründen, entlassen; besuchte ab 1915 das Berthold-Gymnasium in Freiburg im Breisgau, wo er 1918 das Abitur ablegte (das Berthold-Gymnasium ist zwar ein humanistisches Gymnasium, aber von Fritz lernte dort nur Latein, nicht Altgriechisch). Ganz am Ende des 1. Weltkrieges

---

<sup>1</sup> *Sven Müller*, Der nicht geleistete Eid des Rostocker Griechisch-Professors Kurt von Fritz auf Adolf Hitler – „Preußisch-starre Haltung“ oder staatsbürgerliche Verantwortung von Wissenschaft?, *Zeitgeschichte regional. Mitteilungen aus Mecklenburg-Vorpommern* 9, 2005, H. 2, 67-77.

<sup>2</sup> Quelle des folgenden sind a) *Walther Ludwig*, In memoriam Kurt von Fritz: 1900-1985. Gedenkrede. Mit einem von Gerhard Jäger zusammengestellten Schriftenverzeichnis, Institut für Klassische Philologie, München 1986, b) Nachruf auf Kurt von Fritz, in: *Gnomon* 58, 1986, 283-86, c) *Ernst Vogt*, Kurt von Fritz, in: *Jahrbuch der Bayerischen Akademie der Wissenschaften* 1987 (1988), 247-53, d) *Gerhard Jäger*, Kurt von Fritz (1900-1985) als akademischer Lehrer, *Eikasmós* 4, 1993, 183-188, sowie e) *Biographical Dictionary of North American Classicists*, Westport CT 1994, 203-205.

noch als Fahnenjunker zur Feldartillerie eingezogen, aber damals bereits entschlossen, kein Militär zu werden, entschloss er sich aufgrund der Lektüre philosophischer Autoren wie Schopenhauer, Nietzsche und Kant, Philosophie und Mathematik zu studieren. Nach der Entdeckung, dass die Grundlagen beider Disziplinen altgriechische Texte bilden und unter dem Einfluss von Jacob Burckhardts „Griechischer Kulturgeschichte“ beschließt von Fritz, Klassische Philologie zu studieren, deshalb erlernt er das Griechische im Selbststudium und nimmt ab 1919 in Freiburg das Studium der Klassischen Philologie, Mathematik, Philosophie und Arabistik auf. Lebenslang verbindet er in seinem Forschungswerk die Disziplinen Gräzistik, Latinistik, Philosophie und Mathematik(-geschichte). Der junge Student hört eine ihn faszinierende Vorlesung über den Historiker Thukydides von dem Gräzisten Eduard Schwartz (1858-1940), der als Gastprofessor in Freiburg ist, und wechselt nach dessen Berufung nach München ebendorthin (ab WS 1920/21), wo er neben Schwartz vor allem den damaligen Privatdozenten Ernst Kapp schätzt (Spezialist für griechische Logik). Obwohl aus Geldmangel gezwungen, nebenher zu arbeiten (Nachhilfe u. a.), promoviert von Fritz schon 1923 in München bei Schwartz mit einer quellenkritischen Arbeit über die Diogenesbiographie des Diogenes Laertios. (veröffentlicht 1926). Nach Absolvierung des Staatsexamens in seiner Heimat Baden und einjähriger Tätigkeit als Hauslehrer in Schlesien habilitiert sich von Fritz auf Betreiben von Schwartz 1927 in München (Erkenntnistheorie und Ethik bei Demokrit, dem Atomisten, nie als solches veröffentlicht, Auszüge 1953).

1931 holt ihn Ernst Kapp (1888-1978) als Assistenten nach Hamburg, wohin er sich umhabilitiert. Im November des Jahres heiratet er Luise Eickemeyer (gest. 1972), die einen Sohn in die Ehe einbringt. Luise Eickemeyer war offenbar die Schwester des Architekten Manfred Eickemeyer (1903-1978), der 1942 Hans Scholl und Freunden der Widerstandsgruppe Weiße Rose sein Atelier vermietete und also zu deren Unterstützerumfeld zählte. Am 1. April 1933 wird von Fritz zum planmäßigen außerordentlichen Professor für Klassische Philologie an der Universität Rostock ernannt. Näheren Kontakt hat von Fritz in Rostock vor allem mit Kollegen, die dem Nationalsozialismus ebenfalls kritisch gegenüberstehen: mit dem Althistoriker Ernst Hohl (1886-1957), dem Mathematiker Robert Furch (1894-1967), dem Philosophen Julius Ebbinghaus (1885-1981) und dem Romanisten Fritz Schalk (1902-1980). Hier in Rostock verweigert er 1934/35 den geforderten Treueeid auf den Führer, wird im Februar 1935 suspendiert und im Mai definitiv entlassen (zu den Details s. unten). Schüler und Kollegen des von Fritz schildern ihn als geradlinig und kompromisslos in Grundfragen von Recht und Anstand, bewundern seinen Mut und seine Zivilcourage; eine groß gewachsene, aufrechte Gestalt.

Die Familie von Fritz zieht, um Geld zu sparen, zu Verwandten seiner Frau am Starnberger See. Sein Freiburger althistorischer Lehrer aus der Anfangszeit, Ernst Fabricius (1857-1942), und der Archäologe Hans Dragendorff (1870-1941) erreichen, dass von Fritz auf den ersten Platz einer Freiburger Liste für den Gräzistiklehrstuhl gesetzt wird, aber man bedeutet der Fakultät, von Fritz sei politisch unerwünscht. Auch eine Professur in Dorpat (Estland) und eine wissenschaftli-

che Angestelltenstelle in Wien werden ihm verwehrt. Schließlich wird ihm auch noch der Zutritt zur Münchner Universitätsbibliothek aufgrund einer Denunziation untersagt. Ohne Möglichkeit, seine Familie zu ernähren oder auch nur wissenschaftlich zu arbeiten, ist von Fritz gezwungen, Deutschland mit seiner Familie zu verlassen; Eduard Fraenkel (1888-1970) verschafft ihm einen Lehrauftrag zur Antiken Mathematik am Corpus Christi College, Oxford. Dann wechselt von Fritz in die USA, wo er 1936/37 Visiting Professor am Reed College in Portland, Oregon, ist.<sup>3</sup>

Schon 1936 erscheint seine erste US-Publikation über Herodot, von Fritz interessiert sich schon seit dem Zusammenbruch des Kaiserreichs für Geschichtsschreibung und Verfassungstheorie und -geschichte; die neuen Umwälzungen in Deutschland und Europa verstärken dieses Interesse. 1937 wird er auf Betreiben der ebenfalls emigrierten Archäologin Margarete Bieber (1879-1978) Visiting Associate Professor an der Columbia University in New York City, wo er schon 1938 Full Professor wird und bis 1954 bleibt, längere Zeit auch Executive Officer, also Institutschef, des Department of Greek and Latin. In Columbia hat von Fritz ausgezeichnete wissenschaftliche Arbeitsmöglichkeiten, außerdem hat er engen Kontakt zur New Yorker New School for Social Research, an der inzwischen Max Wertheimer (1880-1943), Kurt Riezler (1882-1955) und Arnold Brecht (1884-1977) tätig sind. 1941 vermag er seinen Freund Ernst Kapp, der 1937 wegen kritischer Gesinnung und unklarem „Arierstatus“ seiner Frau in Hamburg entlassen worden war, zunächst als Assistant Professor an die Columbia University zu holen, es folgt eine enge Zusammenarbeit in Forschung und Lehre.<sup>4</sup>

Nach Kriegsende beginnen bald Versuche, von Fritz nach Deutschland zurückzuholen. Im Wintersemester 1946/47 liest er an der Universität Münster über griechische Geschichtsschreibung, seit 1948 hält er im Sommer Vorträge und Vorlesungen an verschiedenen deutschen Universitäten, um beim geistigen Wiederaufbau zu helfen. 1953 erhält von Fritz einen Ruf der Freien Universität Berlin. Obwohl er sich in den USA wohl fühlt und dem Land lebenslang dankbar ist, ihn und seine Familie gerettet zu haben, will er sich am Wiederaufbau des deutschen Universitätswesens, zumal in Berlin, beteiligen und entschließt sich 1954, dem Ruf zu folgen. Zu dem Entschluss verhilft, dass die Philosophische Fakultät der Freien Universität und der Berliner Senat ihm durch eine Sondereinbarung intensiven Kontakt mit den USA einschließlich häufigen Besuchen dort ermöglichen. Er publiziert in dieser Zeit zu Hesiod, der Sophistik, Aristoteles, dem axiomatischen System der griechischen Mathematik und erstmals einen Aufsatz zur griechischen Tragödie, der viel gelesen wird und zu einem 1961 publizierten Buch führt. 1958 wird er in München Nachfolger von Rudolf Pfeiffer (1889-1979), womit er letztlich auch Nachfolger seines ei-

---

<sup>3</sup> Obwohl die Bezahlung gering war und das Reed College keine nennenswerte Bibliothek besaß, fühlte sich von Fritz dort wegen des engen Verhältnisses zu den Studenten sehr wohl, er hielt Vorlesungen für ein allgemeines Publikum über griechische Philosophie, Theologie/Religion und Staatstheorie und lehrte Latein und Griechisch.

<sup>4</sup> Vgl. dazu *Hans Peter Obermayer*, Kurt von Fritz and Ernst Kapp at Columbia University. A Reconstruction According to the Files, *Classical World* 101, 2008, 2, 211-249.

genen Lehrers Eduard Schwartz auf dessen Lehrstuhl wird (Schwartz hatte von Fritz 1936, als er emigrieren musste, tröstend und fast prophetisch geschrieben, er hoffe, wenn der Spuk dereinst vorbei sei, werde von Fritz zurückkehren und seinen Lehrstuhl besetzen). Von Fritz engagiert sich auch in späteren Phasen seines Lebens gesellschaftlich, 1965 gehört er mit 214 anderen bundesdeutschen Professoren zu den Unterzeichnern einer Protesterklärung gegen die von der damaligen Bundesregierung geplante Notstandsgesetzgebung, die ihn offensichtlich an die Aushebelung der demokratischen Verfassung in der späten Weimarer Republik gemahnt. 1968 wird von Fritz emeritiert, er bleibt in München, hat aber immer wieder Gastprofessuren in USA (University of California at Berkeley 1969/70, University of Texas 1970/71, University of Wisconsin 1970/71). 1972 stirbt seine Ehefrau Luise, 1976 heiratet er Hildegard Wagner, verwitwete Talhoff.

Gestorben ist Kurt von Fritz am 16. Juli 1985 in Feldafing am Starnberger See, in Fachkreisen, zumal im Bereich der Mathematikgeschichte und der Antiken Philosophie ist er noch heute ein „household name“.

### **Kurt von Fritz als Wissenschaftler**

Das Hauptforschungsinteresse von Kurt von Fritz lag im Bereich von griechischer Philosophie, Logik und antiker Staatstheorie/römischer Verfassungsgeschichte, aber auch der Geschichte der Naturwissenschaft. Von Fritz arbeitete in einer für seine Zeit durchaus ungewöhnlichen Weise interdisziplinär. Sein wichtigster Lehrer war Eduard Schwartz, der seinerseits ein Schüler von Ulrich von Wilamowitz-Moellendorf (1848-1931) aus dessen Greifswalder Zeit war und der von 1887 bis 1893 selbst in Rostock den gräzistischen Lehrstuhl innegehabt hatte. Schwartz hatte im Ersten Weltkrieg zwei Söhne verloren und war nach dem Verlust Elsass-Lothringens 1919 unter unschönen Bedingungen von seiner Straßburger Professur entkleidet und vertrieben worden. Er begann aufgrund dieser Erfahrungen, die Analysen des griechischen Historikers Thukydides mit neuen Augen zu lesen, der den Peloponnesischen Krieg beschreibt und dabei den unter Kriegsbedingungen stattfindenden Absturz aus hoher Zivilisation in die Barbarei herausarbeitet. Diese neue, damals den Nerv der Zeit treffende Interpretation hatte von Fritz von Schwartz in dessen Freiburger Vorlesung gehört und war ihm deshalb nach München gefolgt. Von Fritzens Lehre und Forschung war zeitlebens von der Auffassung bestimmt, dass die Beschäftigung zumindest mit bestimmten antiken Autoren und Texten für die Gegenwart auch inhaltlich relevant sein kann und es Aufgabe des Gräzisten sein muss, dies seiner Zeit auch über den Kreis von Spezialisten hinaus darzulegen.

Für das Ausgreifen der Interessen über den üblichen Horizont der Altertumswissenschaften mag aber auch eine Rolle gespielt haben, dass von Fritz nicht aus einer traditionell humanistisch gesonnenen Familie stammte (Vater Offizier, Großvater Eisenbahn-Geometer), und auch selbst zuerst Offizier und dann Mathematiker und Philosoph werden wollte, also entweder gar kein Geisteswissenschaftler, oder zumindest keiner, der ausschließlich historisch arbeitet. Von Fritz verstand also ver-

mutlich mehr von nicht-geisteswissen-schaftlichen Fächern als die meisten seiner philologischen Mitstudenten und später seiner Kollegen, Aufgrund seiner naturwissenschaftlichen und staatswissenschaftlichen Interessen wusste er auch wesentlich mehr über die gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und politischen Veränderungen in den ersten Jahrzehnten des 20. Jahrhunderts und war sich ihrer in ihren Auswirkungen bewusster als die mehrheitlich konservativen Klassischen Philologen der Zeit.

Mit von Fritz haben wir also den – wie die Ereignisse um den Führereid zeigen – leider seltenen Fall eines Wissenschaftlers mit Zivilcourage und echtem Bürgersinn, der als Mensch und als Mitglied der Gesellschaft und als Bürger das, was er theoretisch vertritt, auch lebt, in praktisches Tun umsetzt. Zugleich haben wir in ihm einen Altertumswissenschaftler, der überzeugt ist, dass die ethischen und politischen Lehren antiker Denker, vor allem des Aristoteles, ein wichtiges Korrektiv für moderne Fehl Tendenzen bilden. So schreibt er im ausführlichen Vorwort seiner Sammlung „Grundprobleme der Geschichte der antiken Wissenschaft“ 1971: *„Es hat vielleicht noch keine Epoche seit dem Mittelalter gegeben, welche als Gegengewicht und Korrektur ihrer eigenen Verirrungen und Einseitigkeiten eine Rückwendung zu Erkenntnissen des Altertums so nötig gehabt hat wie die unsere.“*<sup>5</sup> Von Fritz diagnostiziert für die Moderne eine Orientierungslosigkeit, die das Aufkommen gedanklich völlig unfundierter Ideologien wie des Nationalsozialismus erst möglich macht, auf der Basis einer Fortschrittsgläubigkeit, die sich keiner ethischen Reflexion mehr stellt, und kritisiert u. a. Francis Bacon (1561-1626) und Herbert Marcuse (1898-1979, „Der eindimensionale Mensch“). Von Fritz stellt dem Aristoteles entgegen, der alles politische und individuelle Handeln unter den Primat der Ethik mit dem Ziel eines glücklichen Lebens stellt.<sup>6</sup>

Von Fritz hat über 260 Publikationen verfasst, davon 15 Bücher, teils deutsch, teils englisch; 1938 publiziert er in New York noch auf Deutsch eines seiner bekanntesten Werke „Philosophie und sprachlicher Ausdruck bei Demokrit, Plato und Aristoteles“, dann auf Englisch Bücher über den Pythagoräismus und Aristoteles’ „Verfassung von Athen“ (letzteres zusammen mit Ernst Kapp). 1954 erhält sein Werk über die Theorie der Gemischten Verfassung bei Polybios und in der römischen Verfassungsgeschichte einschließlich der Rezeption bis hin zu dem System der „checks and balances“ in der amerikanischen Verfassung den Jahrespreis der American Philological Association, ein Werk, das für Historiker und Politologen ebenso interessant ist wie für Altertumswissenschaftler und drei Auflagen erlebte. In ihm arbeitet von Fritz als zentralen Punkt das Erbe des griechischen Historiographen Polybios heraus, der in der Gewaltenteilung bzw. „checks and balances“ die beste Versicherung gegen das Abgleiten in die totalitäre Diktatur erblickt. Das ganze Buch atmet den Geist eines Altertumsforschers, der als engagierter Bürger nach Wegen sucht,

---

<sup>5</sup> Zitiert nach *Martin Hose*, Kurt von Fritz. In: Akademie Aktuell, Nr. 3, 2005, 26-29, hier 29.

<sup>6</sup> Martin Hose (s. die vorige Fußnote) zitiert zustimmend von Fritzens Bemerkung aus diesem Vorwort, „daß Fortschritt, wenn kein einsichtig objektiv wünschbares Ziel des Fortschreitens angegeben werden kann, völlig sinnleer ist“, eine Bemerkung, die sich leider auch in unseren Tagen als prophetisch erweist, man denke nur an die Bologna-Reform.

den Rechtsstaat für Gegenwart und Zukunft zu sichern.

Der Emeritus publiziert noch eine große Zahl vielbeachteter Werke zur griechischen Historiographie, „Platon und das Problem der Philosophenherrschaft“, „Grundprobleme der Geschichte der antiken Wissenschaft“ (1971), auf Englisch zur Aktualität der antiken Staats- und Sozialphilosophie, 1976 zur griechischen und römischen Verfassungsgeschichte, 1978 zur griechischen Logik und noch 1984 zu Aristoteles. Ein letztes großes Werk zu den Prinzipien der antiken Gesellschafts- und Sozialphilosophie, das deren Bedeutung für die Gegenwart umfassend verdeutlichen sollte, vermochte Kurt von Fritz nicht mehr fertigzustellen.

Sein Stil ist schmucklos, er vermeidet Fachjargon, ist aber wegen langer Perioden nicht leicht lesbar. Ein konzentrierter Leser, der die Details genau wissen will, ist vorausgesetzt. Von Fritz spricht aber immer glasklar und verständlich, nur eben unpoetisch. 1981 verlieh ihm die Deutsche Akademie für Sprache und Dichtung in Darmstadt den Sigmund-Freud-Preis für wissenschaftliche Prosa.

Von Fritz war unter anderem Ehrenmitglied der International Pythagorean Society, Mitglied der Bayerischen Akademie, korrespondierendes Mitglied der Österreichischen Akademie, Corresponding Fellow, später Honorary Member der British Academy, Ehrenmitglied der Society for the Promotion of Hellenic Studies, Mitglied des Comité scientifique der Fondation Hardt in Genf (persönlicher Freund des Barons von Hardt), 1960-66 1. Vorsitzender der Mommsen-Gesellschaft, 1964-74 Vizepräsident der Fédération Internationale des Associations pour les Études Classiques (FIEC).

## Die Eidverweigerung

Von verschiedenen Seiten wurde bestritten, dass es sich bei dem, was Kurt von Fritz getan hat, wirklich um eine Eidverweigerung gehandelt habe.<sup>7</sup> Der Hauptgrund hierfür scheint mir die Verkennung der Art und Weise sein, wie man sich gegenüber einem Mörderregime wie dem der Nazis verhält und äußert. Sven Müller hat in dem schon genannten Aufsatz diese Einwände allesamt als verfehlt erwiesen. Diesem Urteil schließe ich mich im folgenden ohne Einschränkung an.

Und damit zur Vorgeschichte der Eidverweigerung. Kurt von Fritz wird am 1. April 1933 Inhaber des Lehrstuhls für Altgriechisch, eine etatisierte Stelle, die aber in eine außerordentliche Professur umgewandelt ist. Er ist 1900 geboren, wird also mit 33 Professor. Der Ruf nach Rostock geht bereits auf einen schwierigen Vorgang zurück. Das Konzil hatte in einer Sitzung am 21. Dezember 1932 bei der Abstimmung über die Liste ebensoviel Stimmen für von Fritz wie für den Göttinger Philologen Hermann Fränkel (1888-1977) abgegeben, von Fritz und Fränkel standen also gemeinsam auf Platz 1 der Liste. Fränkel war jedoch jüdischer Abstammung und wurde vom Mecklenburgischen Ministerium für Unterricht nicht berücksichtigt

<sup>7</sup> Michael Buddrus/Sigrid Fritzlar (Hrsg.), Die Professoren der Universität Rostock im Dritten Reich: Ein biographisches Lexikon. Im Auftrag des Instituts für Zeitgeschichte (Texte und Materialien zur Zeitgeschichte, Bd. 16), München 2007, 138-42.

(Mecklenburg hatte ja schon seit Juli 1932 eine Nazi-Landesregierung), von Fritz zunächst auch nicht, stattdessen ließ man den Ruf an den drittplatzierten Hans Herter (1899-1984) aus Bonn ergehen. Der folgte aber lieber einem Ruf nach Tübingen. Das Ministerium forderte dann die Universität auf, die Liste zu ergänzen. Die Philosophische Fakultät unter dem Dekan Wilhelm Schüssler (1888-1965) erklärte jedoch, es gebe keine weiteren Kandidaten von vergleichbarem Format. Hingegen ragten, so die Fakultät, von Fritzens Leistungen „so weit über die der anderen sonst noch zu nennenden Kandidaten heraus [...], dass die Universität Rostock mit diesem Gelehrten einen ganz besonders hervorragenden Vertreter und Lehrer seines Faches gewinnen würde“.<sup>8</sup> Die offenbar ebenfalls vorgeschlagene Besetzung der Stelle durch einen „Schulmann“ lehnte die Fakultät unter Hinweis auf die wissenschaftlichen Erfordernisse der Stelle ab, empfahl schließlich als einzige Alternative zu von Fritz den Bonner Privatdozenten Friedrich Solmsen (1904-1989), gleichfalls einen herausragenden Nachwuchsphilologen, aber ebenfalls jüdischer Abstammung. Man gewinnt also den Eindruck, dass das nationalsozialistisch geführte Unterrichtsministerium Kurt von Fritz von Anfang an nicht haben wollte, die Philosophische Fakultät wiederum ließ sich offensichtlich damals noch keine in ihren Augen wissenschaftlich zweitklassigen Kandidaten aufzwingen. Das Ministerium rang sich dann doch zu einer Ruferteilung an von Fritz durch, nachdem ein weiteres Gutachten des Hamburger Gräzisten Bruno Snell (1896-1986) noch einmal seine herausragende Qualität bestätigt hatte.

Von Fritz legte wegen all dieser Umstände also erst am 10. Mai 1933, nach der Machtergreifung der Nazis im Reich, den Treueschwur auf die Reichsverfassung ab, als er in sein Amt eingeführt wurde. Sven Müller zitiert diesen Eid, damit der Unterschied zu dem ein Jahr später eingeforderten Eid deutlich wird. Der Eid von 1933 ist folgendermaßen formuliert:

„Ich Kurt von Fritz schwöre Treue der Reichsverfassung und gelobe und schwöre: Nachdem ich zum außerordentlichen Professor der klassischen Philologie ernannt worden bin, will ich meine Dienstobliegenheiten als außerordentlicher Professor und Beamter im Mecklenburg-Schwerinschen Staatsdienste nach den geltenden Gesetzen und sonstigen Vorschriften, insbesondere den allgemeinen akademischen Satzungen und den besonderen Satzungen der philosophischen Fakultät treu und gewissenhaft erfüllen, dem jedesmaligen Rektor und dem Konzil sowie auch meiner Fakultät die schuldige Achtung beweisen, auf der studierenden Jugend Bestes sehen und überhaupt in Allem mit alleiniger Rücksicht auf das Wohl des Landes und der Universität verfahren. Alles dieses gelobe ich fest und unverbrüchlich zu halten.“<sup>9</sup>

Soweit die Vorgeschichte. Nun gehen wir in das Jahr 1934. Am 2. August stirbt Reichspräsident Paul von Hindenburg. Schon am Vortag hatte Hitlers Kabinett eine

---

<sup>8</sup> Schreiben der Philosophischen Fakultät, unterzeichnet von Dekan Schüssler, an das Unterrichtsministerium vom 4.2.33, zitiert nach Müller (siehe Anm. 1), 68.

<sup>9</sup> Zitiert nach Müller, 68 f.

Volksabstimmung über die Zusammenlegung des Amtes des Reichskanzlers und des Reichspräsidenten in der Person des „Führers“ Adolf Hitler auf den 19. August 1934 angesetzt. Kurz vorher war die SA durch die Ermordung Röhm und zahlreicher anderer Führungspersonen entmachtet worden. Nach der gewonnenen Volksabstimmung wurden alle Beamten und die Soldaten im Deutschen Reich dazu aufgefordert, einen Treueeid persönlich auf Hitler zu leisten. Der neue Wortlaut für die Beamten ist: *„Ich schwöre: Ich werde dem Führer des Deutschen Reiches und Volkes Adolf Hitler treu und gehorsam sein, die Gesetze beachten und meine Amtspflichten gewissenhaft erfüllen, so wahr mir Gott helfe.“*<sup>10</sup> Dieser neue Eid ersetzt also den Treueschwur auf die Verfassung durch einen Schwur auf Hitler persönlich, ein klarer Verfassungsbruch und ein erkennbarer Schritt hin zu einer totalitären Diktatur. Trotzdem haben ihn anscheinend alle deutschen Universitätslehrer abgelegt außer von Fritz und dem Schweizer Theologen Karl Barth (1896-1968), der bald darauf nach Basel zurückkehrte, auch von Fritzens Rostocker altertumswissenschaftliche Kollegen (Rudolf Helm, Latinistik; Gottfried von Lücken, Klassische Archäologie; Ernst Hohl, Alte Geschichte, mit von Fritz befreundet).

Als die Aufforderung zur Eidableistung eintrifft, ist von Fritz gerade zu wissenschaftlichen Arbeiten in den Münchner Bibliotheken tätig. Er ersucht mit Brief vom 6. Oktober 1934 an den Regierungsbevollmächtigten an der Universität Rostock, Ministerialrat Otto Dehns (1876-1943) darum, den Eid erst zu Beginn des WS ablegen zu dürfen (Vorlesungsbeginn damals 1. November). Von Fritz beschränkt sich aber nicht auf das Terminproblem, sondern fährt gleich in seiner ersten schriftlichen Reaktion auf die Aufforderung zur Eidableistung wie folgt fort (2. Abs.):

„Da ferner, wie ich höre, über die Bedeutung des Eides diskutiert wird, halte ich es für meine Pflicht, vor Ablegung des Eides der den Eid abnehmenden Behörde mitzuteilen, daß der dem Staatsoberhaupt geleistete Eid, meiner Auffassung nach, sinngemäß keine Verpflichtung enthalten kann, die mit der Pflicht des Hochschullehrers, nach bestem Wissen und Gewissen nur die Wahrheit zu lehren, in Widerspruch stünde. Ich bin der Ueberzeugung, daß dies auch der Meinung des Führers und der Reichsregierung bei Erlass des Gesetzes entspricht und ein Konflikt der Pflichten daher nicht entstehen kann. Da jedoch, wie ich höre, auch von Mitgliedern der Partei die entgegengesetzte Meinung vertreten wird, so halte ich es angesichts der Heiligkeit eines Eides für meine Pflicht, vor Ableistung dieses Eides meine Auffassung zur authentischen Feststellung mitzuteilen.“

Von Fritz unterschreibt „Heil Hitler“, aber er greift die zentrale Absicht, die die nationalsozialistische Regierung mit dem Eid verfolgt, nämlich die Verpflichtung der Hochschullehrer auf das Lehren der Naziideologie, direkt an, tut dies aber taktisch geschickt, indem er so tut, als wolle er den Eid gerne ablegen und sei sich sicher, dass er so von Hitler und der Regierung nicht gemeint sein könne. Darauf beziehen sich jene, die behaupten, von Fritz habe den Eid gar nicht verweigert, er habe ihn

<sup>10</sup> Reichsgesetzblatt 1934, Teil 1, 785.

leisten wollen, dass sei dann nur nicht gelungen. Es ist aber ganz klar, dass der Verfasser dieses Briefes genau weiß, was der Eid intendiert. Von Fritz ist ja sogar so mutig zu erwähnen, dass manche, „*auch Mitglieder der Partei*“ den Eid anders interpretierten, als er es hier vorschläge. Zudem besagt bereits die erste Reaktion des (erst 34-jährigen) Wissenschaftlers klar, dass er ohne eine solche Klarstellung den Eid nicht leisten wird. Dabei wird er auch bleiben. Dass von Fritz nicht geschrieben hat „*Liebe Regierung, ich halte nichts von Euch und auch nicht von Hitler und verweigere deshalb den Eid*“ ist kein Zeichen dafür, dass er den Eid nicht verweigern wollte, sondern dass er um die Gefährlichkeit der neuen Machthaber wusste und deshalb klug und vorsichtig agiert hat, wohl wissend, dass schon in dieser Form sein Brief für die Nazis eine unerhörte Provokation darstellen musste.

Von Fritz wird am 7. November 1934 schriftlich von dem Regierungsbevollmächtigten Dehns aufgefordert, eine nähere Begründung schriftlich einzureichen. Kurt von Fritz tut dies noch am selben Tag. Es gebe Vorwürfe von gewissen Studentenschaftsführern und Männern der Öffentlichkeit gegen die Professorenschaft im Sinne „*eines Mangels an loyaler Mitarbeit im gegenwärtigen nationalsozialistischen Staat*“ aufgrund der Meinung, „*daß bestimmte, von dem Einzelnen mit mehr oder minder Recht als nationalsozialistisch betrachtete Lehren von den Hochschullehrern nicht oder nicht genügend vertreten würden.*“ Die in dem Eid enthaltene Bezugnahme auf Bekräftigung der Treue gebe solchen Vorwürfen nur neue Nahrung.<sup>11</sup>

Wie Sven Müller nachweist, gab es solche Vorwürfe damals tatsächlich. Der Führer der NS-Studentenschaft Gerhart Schinke veröffentliche am 19. Juli 1934 in der Rostocker Universitätszeitung einen Artikel mit dem Titel „*Studenten greifen an!*“. Darin erhob er die Beschuldigung, ein auf den „*Hochleistungen fremder Völker des Orients und des Südens*“ basierender „*Geist von vorgestern und gestern*“ sei Ursache eines Glaubens an einen überzeitlichen Sinn von Universität und Wissenschaft. Dem stellt Schinke die „*deutsche Universität*“, beruhend auf der „*einen deutschen, einen wahren Weltanschauung*“ entgegen, also der „*nationalsozialistische[n] Weltanschauung*“. Der Student der Germanistik, Vergleichenden Sprachwissenschaft und Philosophie greift dabei insbesondere die Altertumswissenschaft und die Klassische Philologie scharf an. Ohne Namen zu nennen, richtet sich die Attacke offenbar primär auf den Latinisten Rudolf Helm (Sven Müller hat mithilfe der Studentenakte verifiziert, dass Schinke regelmäßig bei ihm hörte).

Von Fritz wehrt sich also mit seinen Briefen und seiner Weigerung gegen die ideologische Gleichschaltung der Professorenschaft. Er leistet Widerstand dagegen, dass ein Professor irgendetwas anderem als der Wahrheit verpflichtet sein soll. Er argumentiert dabei in seinem zweiten Brief vom 7. November differenziert, räumt ein, dass vom Hochschullehrer zu Recht ein Beitrag zur Persönlichkeitsbildung der Studenten erwartet werden könne und dass das Verhältnis zwischen Professoren und Studenten kameradschaftlicher werden müsse (dass er sich das anders denkt als die

---

<sup>11</sup> Alles zitiert und paraphrasiert nach Müller, 69.

Nazis, schreibt er natürlich nicht; er hat aber laut Zeugnissen von seiner Lehrtätigkeit in USA und später in Deutschland stets die unkomplizierte Nähe zu den Studierenden gesucht und war für einen Professor seiner Generation außergewöhnlich zugänglich). Entsprechend seinem eigenen Verständnis des Eingebundenseins einer Lehrtätigkeit in Staat und Gesellschaft räumt von Fritz sogar ein, in Einzelfällen könne für den Staat sogar die Notwendigkeit entstehen, *„einem Dozenten den Vortrag von Lehren zu verbieten, die dieser für richtig halten mag, die verantwortlichen Leiter des Staates aber für falsch oder schädlich halten“*, lehnt aber für Hochschullehrer *„die bedingungslose[n] Vertretung bestimmt formulierter Lehren“* ausdrücklich ab. Als Beispiele dienen ihm die historische Bedeutung Karls des Großen oder die Lehre von der Unmöglichkeit objektiver Wahrheit, die von manchen als nationalsozialistisch angesehen würden.

Tatsächlich vertritt der Nationalsozialismus, soweit man ihm die Ehre antun soll und kann, ihn als geistige Bewegung anzusehen, eine irrationalistische Position, in der aufbauend auf „Volk“ und „Rasse“ ein krudes Gemenge von Vorurteilen und Meinungen als wissenschaftliche Lehre oder gar Philosophie ausgegeben wird. Von Fritz setzt dem die aus der griechischen Philosophie stammende Unterscheidung zwischen mehr oder minder gut begründeter Meinung und echtem Wissen entgegen und wehrt sich gegen die Gleichsetzung von subjektiver Meinung und objektivem Wissen. Treue zu Staat und Volk müsse gerade darin bestehen, *„dass der Forscher sich mit allen Kräften um die Erkenntnis des wahren Sachverhalts bemüht.“* Ähnlich wie im ersten Schreiben, wo er sich mit dieser Auffassung angeblich im Einklang mit den Auffassungen des Führers und der Reichsregierung gesehen hatte, schreibt von Fritz auch hier vorsichtig, er habe *„keine entgegengesetzte Meinung von einer autoritativen Persönlichkeit des nationalsozialistischen Staates vertreten gefunden“*, aber es komme immer wieder zu Versuchen, aufgrund einer *„falschen Auffassung von der Treuepflicht des Hochschullehrers diesen in der Achtung der Studenten herabzusetzen“*.<sup>12</sup>

Auch für diese Formulierung hat von Fritz konkreten Anlass. Sein Freund, der Romanist Fritz Schalk (1902-1980), wurde in der Studentenzeitschrift *„Der Student in Mecklenburg-Lübeck“* angegriffen, seine Lehrveranstaltungen seien nicht im Sinne der *„nationalsozialistischen Weltanschauung“* ausgerichtet, die Vorwürfe mündeten 1937 in Schalks Versetzung nach Köln. Obwohl von Fritz hier also seinem Freunde und anderen beisprang, hat keiner von diesen den Eid ebenfalls verweigert oder sich öffentlich auch nur dazu geäußert. Dies sei hier nicht als Vorwurf erwähnt, sondern um zu zeigen, über wie viel Zivilcourage von Fritz verfügt.<sup>13</sup> Sven Müller hat durch Lektüre damaliger Personalakten klar nachweisen können, dass Rostocker Studierende durch Denunziationen und ähnliches sehr dazu beigetragen haben, die Entfernung von Gegnern des Nationalsozialismus aus dem Lehrbetrieb zu befördern und Druck auf die verbleibenden Hochschullehrer auszuüben. Natürlich versuchten viele Professoren, sich dagegen diskret Freiräume zu erhalten, wie von Fritz z. B. auch

<sup>12</sup> Alles zitiert und paraphrasiert nach Müller, 70.

<sup>13</sup> Zitiert nach Müller, 70.

selbst in seinem Rückblick auf damals berichtet, der den Abschluss dieses Beitrags bildet. Aber von Fritz ist der einzige, der das Problem der Wahrheitsverpflichtung der Hochschullehre öffentlich zum Thema macht. Er ist sich dabei darüber im Klaren, dass die Nationalsozialisten genau diese Bindung aufheben und durch bedingungslose Hörigkeit gegenüber ihren kruden Lehren ersetzen wollen und dass genau dies die Zielrichtung des Eides ist. Er versucht aber auszunützen, dass die Nazis das zu diesem Zeitpunkt noch nicht öffentlich zugeben wollen.

Von Fritz sieht außerdem, dass ein braves Ableisten des Eides durch Militärs und Professoren bei der Öffentlichkeit den Eindruck entstehen lassen muss, dass die Nationalsozialisten mit ihrer „Revolution“ auf der ganzen Fläche gesiegt haben. Es hat damals darüber im Kollegenkreis allerlei Diskussionen gegeben, wie von Fritz im Rückblick berichtet, er dringt aber mit seiner Auffassung nicht durch. Es wurde ihm also klar, dass er nur entweder mitmachen oder sich ganz allein gegen die Eidableistung stellen konnte; dennoch entschied er sich für letzteres. In einem Brief an den Altgeschichtler Alfred Heuss vom 10. Mai 1980 schreibt von Fritz

„Ich sah ein, dass ich nach den Gründen für die Eidverweigerung gefragt werden würde und dass ich es den 'Oberen' nicht leicht machen dürfte, mich zum Aufrührer gegen den von Gott den Deutschen geschenkten Führer zu stempeln. Ich erklärte daher, dass ich den Eid nur unter der Voraussetzung leisten könnte, dass ich von befugter Stelle die bindende Erklärung erhalte, dass aufgrund des Eides nicht von mir verlangt werden könne, irgend etwas zu lehren, was meinen Überzeugungen widerspreche.“<sup>14</sup>

Von Fritz leistet damit Widerstand gegen die ideologisch gleichschaltende Grundtendenz des Nationalsozialismus und trifft deshalb schon bald auf immer größere Schwierigkeiten. Während es ihm zunächst in einem Gespräch gelingt, bei dem Ministerialdirektor Bergholter, obwohl ebenfalls Parteimitglied, Verständnis zu wecken, was aber folgenlos bleibt, geht die Sache am 27. November 1934 an das Berliner Reichsministerium für Wissenschaft, Erziehung und Bildung. Im Anschreiben dorthin steht, *„dass sich aus diesem Schreiben eine Einstellung des Professors von Fritz ergibt, die ihn nicht mehr würdig erscheinen lässt, als Professor an einer Universität im Dritten Reich weiter zu wirken.“* Es sei folglich eine Entlassung gestützt auf § 6 des „Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums“ vom 7. April 1933 anzustreben, dessen Text lautete: *„Zur Vereinfachung der Verwaltung können Beamte in den Ruhestand versetzt werden, auch wenn sie noch nicht dienstunfähig sind. Wenn Beamte aus diesem Grunde in den Ruhestand versetzt werden, so dürfen ihre Stellen nicht mehr besetzt werden.“* Der Paragraph wurde bekanntlich nicht nur zur Entfernung politisch Missliebiger, sondern auch für die Entlassung von Beamten, die nach Nazidefinition als Juden galten oder mit jüdischen Frauen verheiratet waren, verwendet.

Die Reaktion des Reichsministeriums zeigt nun, wie geschickt von Fritz vorgegangen ist. Man rät von der Anwendung des § 6 ab, weil

---

<sup>14</sup> Ebd., 71.

„eine derartige Behandlung des Falles in weiteren Kreisen der gänzlich unbegründeten Besorgnis Raum geben könnte, als sei durch die unbedingte Treupflicht gegenüber dem Führer und Reichskanzler ernstlich die Wahrhaftigkeit der wissenschaftlichen Forschung und Lehre gefährdet“.

Das will das Ministerium unbedingt vermeiden, aber natürlich nicht, weil diese „Besorgnis“ wirklich unbegründet ist, sondern weil man 1934 nicht öffentlich zugeben will, dass das der eigentliche Zweck des Eides ist. Umgekehrt kommt deshalb natürlich nicht in Frage, die von von Fritz gewünschte Erklärung im Sinne einer „*authentischen Interpretation der in ihrer Bedeutung zweifelsfreien Eidesformel*“ abzugeben. Es müsse letztlich der „*plichtgemäßen Überlegung des einzelnen überlassen bleiben [...], ob er den von absolutem Vertrauen zu dem Willen des Führers getragenen Treuschwur gemäß dem Wortlaut des Gesetzes leisten will oder nicht.*“ Von Fritzens Verhalten sei einem „*Zweifel an den Grundlagen nationalsozialistischer Staatsauffassung gleichkommend*“. Er sei daher nochmals zur Eidableistung aufzufordern und „*im Falle der Verneinung*“ sei „*seine Entbindung von den amtlichen Verpflichtungen zu beantragen*“.<sup>15</sup>

So instruiert wendet sich das Schweriner Unterrichtsministerium am 28. Dezember 1934 an den Reichsstatthalter Hildebrandt in Schwerin. Der ist aus größerem Holze geschnitzt und sieht die „*feineren Bedenken*“ des Reichsministeriums durchaus nicht ein, von Fritz sei „*reaktionär eingestellt*“, es handle sich um einen „*Vorstoß gegen den Führer*“, daran änderten die „*fadenscheinigen Begründungen*“ nichts. Hier behutsam zu verfahren oder gar nachzugeben, müsse „*das Prestige und die Autorität der nationalsozialistischen Regierung an der Univ. Rostock untergraben*.“ Hildebrandt verfügt, von Fritz sei sofort zu beurlauben, zugleich sei ein Disziplinarverfahren mit dem Ziel der Dienstentlassung zu eröffnen. Er hält die Sache für so bedeutsam, dass er den Stellvertreter des Führers Rudolf Hess mit Schreiben vom 5. Januar 1935 informiert. Auch Hildebrandt vermeidet also die Anwendung des § 6 des „Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums“, will aber einfach durch eine willkürliche Entlassung im Rahmen eines Disziplinarverfahrens ein Exempel statuieren. Er verkündet in einer öffentlichen Rede in Schwerin unter großem Beifall die Suspendierung und Einleitung des Disziplinarverfahrens gegen von Fritz und erklärt höhnisch, der Professor von Fritz habe auf die Weimarer Republik einen Eid ohne Vorbehalt geleistet, den er auf den gegenwärtigen Staat nur unter Vorbehalten zu leisten bereit sei.

Die Rede erscheint am 1. Februar 1935 in einigen Zeitungen. Von Fritz reagiert mit einem direkten Schreiben an Hildebrandt, auch dies wieder sehr mutig. Er erklärt zunächst, der frühere Eid sei auf die Verfassung, nicht auf die Regierung geleistet worden, es sei also gar kein Eid auf die Weimarer Republik gewesen, wie im übrigen auch schon daraus erhelle, dass ihm Monate nach der Machtergreifung der Nationalsozialisten genau dieser Eid abgenommen worden sei. Er wiederholt dann mit Bezug auf den neuen Eid, dass „*von nicht der Regierung angehörigen Personen, die*

---

<sup>15</sup> Ebd, 71.

*sich als Träger des neuen Staatsgedankens fühlen, aus diesem Eide Folgerungen gezogen werden, die keineswegs in Sinne der Regierung selbst“* lägen und darauf aufbauend ehrabschneidende Behauptungen über Beamte aufgestellt würden. Er behält seine Tarnung geschickt bei und verstärkt sie noch, indem er bestreitet, die Eidesleistung an eine Bedingung geknüpft zu haben (diese geschickte Argumentation missverstehen diejenigen, die meinen, er habe es wirklich nicht getan). Vielmehr sei seine Interpretation des Eides doch natürlich auch die der Regierung, die dies also nur nochmals öffentlich erklären möge, um ihren von manchen angegriffenen Beamten beizuspringen. Der Vorwurf, er wolle durch sein Vorgehen *„das segensreiche Werk des Führers langsam hindern“*, sei nicht plausibel, jemand mit solchen Absichten würde doch heimlich zu agieren versuchen. Er sei sich natürlich bewusst gewesen, dass sein Verhalten missdeutet werden könnte, aber wegen der Bedeutung der Sache für die Arbeit des Hochschullehrers sei ihm keine andere Wahl geblieben. Von Fritz schickt Abschriften seines Briefes an den Reichsstatthalter Hildebrandt, an die Universität und die anderen Instanzen.<sup>16</sup>

Daraus, dass von Fritz sein Vorgehen tarnt, mit formaljuristischen Argumenten abzuleiten, er habe den Eid ja gar nicht verweigert, wie es einige bis heute tun, erweist den Nazis die zweifelhafte Ehre, von Fritzens Intentionen besser verstanden zu haben als solche Kritiker. Schriftliche und mündliche Äußerungen, die gegenüber einem diktatorischen Regime, noch dazu einem so gefährlichen, getan werden, muss man situationsentsprechend interpretieren. Von Fritz versucht ganz klar, die wissenschaftliche Freiheit und die Wahrheitsverpflichtung des Wissenschaftlers gegen nationalsozialistische Vereinnahmung zu verteidigen, und sieht den geforderten Eid politisch ganz richtig als entscheidenden Angriff hierauf. Er erkennt zudem, dass jetzt die letzte Chance besteht, dem Regime noch zu wehren, und gibt deshalb nicht nach. Diese Absichten und Auffassungen auch noch offen zuzugeben, hätte ihn selbst und seine Familie in noch größere Gefahr bringen müssen, seine Entlassung aus dem Staatsdienst hat er hingegen in Kauf genommen, obwohl er keineswegs wohlhabend war und damals keine erkennbare Alternative für den Lebensunterhalt hatte.

Das zeigt auch die Begründung des am 11. Februar eröffneten Disziplinarverfahrens, gestützt auf § 9, Abs. 2 der Verordnung vom 3. Mai 1907: *„Ein Beamter, welcher sich in oder außer seinem Amte eines Verhaltens schuldig macht, das ihn der für seinen Beruf erforderlichen Achtung unwürdig erscheinen läßt, begeht ein Dienstvergehen und hat die Disziplinarbestrafung verwirkt.“* Diese konnte bis zur Entlassung gehen. In dem Schreiben des Schweriner Unterrichtsministeriums wird von Fritzens Abhängigmachen der Eidableistung von einer *„vorherigen authentischen Feststellung der Bedeutung des Eides für die ihm als Hochschullehrer obliegende Verpflichtung, nach bestem Wissen und Gewissen die Wahrheit zu lehren“*, genau als solches unwürdiges Verhalten ausgelegt. Das heißt doch offensichtlich, dass man in von Fritzens Vorgehen ganz richtig ein Bestreiten der Wahrhaftigkeit nationalsozialistischer Lehre erkennt.

---

<sup>16</sup> Zitate, Paraphrase und Sachverhaltsdarstellung wieder nach Müller, 72.

Es gibt ein Protokoll der schriftlichen Voruntersuchung, in dem von Fritz auf entsprechende Frage darlegt, dass er den Eid auch ohne Erklärung der Regierung geleistet hätte, wenn seine eigene Erklärung angenommen worden wäre (also, dass er den Eid so auffasse, dass dieser nicht bedeuten könne, dass er etwas lehren müsse, was nach seiner Überzeugung nicht der Wahrheit entspreche). Er wird dann ausdrücklich gefragt, ob er sich darüber im Klaren gewesen sei, dass das Aufstellen einer Bedingung für die Eidableistung einer Verweigerung des Eides gleichkomme. Von Fritz entgegnet:

„Nein, da die in meinem Schreiben ausgesprochene Auffassung des Eides von der Regierung nicht nur gebilligt werden konnte, sondern meiner Auffassung nach auch gebilligt wird; denn man macht mir ja nicht zum Vorwurf, daß ich den Eid verweigert habe oder daß meine Auslegung falsch war, sondern daß ich durch das Aussprechen meiner Bedingung ein Mißtrauen gegen die Intentionen der Regierung bekundet habe“.

Genau das ist natürlich tatsächlich das, was die Nazis beißt.

Der die Untersuchung leitende Gerichtsassessor kommt daher zu dem Ergebnis, von Fritz sei als „*Kind liberalistischer formalistischer Denkens*“ als Hochschullehrer „*untragbar*“. Die bei einem Disziplinarverfahren vorgeschriebene öffentliche mündliche Verhandlung will man offenbar vermeiden, der Assessor bemerkt, von Fritz verstehe es, „*sich bei der Vernehmung mit der ihm eigenen Wortgewandtheit den ihm bedenklichen Fragen zu entziehen*“. Daher wird das Disziplinarverfahren eingestellt, und das Schweriner Ministerium versetzt von Fritz dann doch aufgrund von § 6 des „Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums“ in den endgültigen Ruhestand. Dem Wortlaut des Gesetzes gemäß hätte seine Stelle nicht wieder besetzt werden dürfen, die Universität wurde aber alsbald zur Benennung neuer Kandidaten aufgefordert. Als von Fritz auf diese Diskrepanz hinwies, erhielt er zwar keine Begründung, aber es wurde ihm ein sechsmonatiges Übergangsgeld gewährt, das allerdings nur knapp über ein Drittel seines früheren Gehaltes betrug.

Natürlich sind damals auch andere Klassische Philologen, viele davon in den 30er Jahren weitaus bekannter als von Fritz, von den Nazis entlassen worden. Der Münchner Gräzist Martin Hose<sup>17</sup> weist aber zu Recht darauf hin, dass die Entlassung von Fritzens ein Unikat darstellt, alle anderen wurden entweder entlassen, weil sie jüdischer Abkunft waren (Eduard Fraenkel 1933 in Freiburg, Felix Jacoby 1934 in Kiel; Paul Maas 1934 in Königsberg, Hermann Fränkel 1935 in Göttingen, Paul Friedländer 1935 in Halle, Eduard Norden 1935 in Berlin) oder weil sie die Abstammung ihrer Ehefrauen nicht zu dokumentieren vermochten (1937 Rudolf Pfeiffer in München und Ernst Kapp in Hamburg; Folge der Nürnberger Rassengesetze vom 15. Dezember 1935).<sup>18</sup>

<sup>17</sup> Martin Hose, Kurt von Fritz. In: Akademie Aktuell, Nr. 3, 2005, 26-29.

<sup>18</sup> Auch von Fritz musste übrigens entsprechende Fragebögen ausfüllen. Im Mai 1934 schrieb er in einen solchen: „Juden haben sich, soweit ich meinen Stammbaum zurückverfolgen kann, auch vor meinen Großeltern nicht unter meinen Vorfahren befunden. Ich glaube daher, abgesehen von der schwedischen Herkunft meiner Vorfahren väterlicherseits, deutscher, jedenfalls aber rein germani-

Dass in der gesamten deutschen Professorenschaft außer dem evangelischen Theologen Karl Barth, der als Schweizer die politische und staatsbürgerliche Desorientierung der Weimarer Zeit nicht teilte, nur von Fritz den Eid auf Hitler verweigert hat, der ein klarer Verfassungsbruch und zudem, wie von Fritz sogleich erkannte, die Naziherrschaft in unerhörter Weise zu zementieren geeignet war, bleibt ein ermutigendes Zeichen dafür, dass die Beschäftigung mit klugen Autoren und Texten und mit das Denken ordnenden Wissenschaften eine echte Basis für ein gutes und dem Guten verpflichtetes Leben als Mensch und als Bürger ist, der damaligen Universität und ihren Angehörigen, die doch ihrem Anspruch und Selbstverständnis nach die gesellschaftliche Führungsschicht sein wollten, ist hier aber doch ein gravierendes Versagen anzulasten, die wohl letzte Chance, die Nazis in die Schranken zu weisen, vertan zu haben, ebenso wie dies für die Militärs gilt, die den Eid ebenfalls zu leisten hatten. Ich will hier nicht selbstgerecht über unsere Vorfahren urteilen, keiner von uns weiß, wie er oder sie sich damals entschieden hätte, aber dass unter den vielen nur von Fritz die Einsicht und den Mut zur Eidverweigerung besaß, ist beeindruckend, was ihn anbetrifft, aber dass im ganzen großen deutschen Reich anscheinend kein zweiter sich hierzu aufzuraffen vermochte, bleibt ein Armutszeugnis; die Führungsschicht der Weimarer Republik hat wie schon vorher die des wilhelminischen Staates auf der ganzen Linie versagt, und die deutsche Universität hat damals ihre gesellschaftliche Aufgabe nicht zu erfüllen vermocht, unabhängig denkende Personen mit gesundem Urteil und breiter Bildung heranzuziehen, mit schrecklichen Folgen für viele, viele Menschen. Wir als Akademiker im Allgemeinen und als Angehörige der Universität Rostock im Besonderen, aus der er damals entfernt wurde, gedenken von Fritzens gewiss am meisten in seinem Sinne, wenn wir in unserer eigenen Zeit versuchen, uns unserer staatsbürgerlichen und gesellschaftlichen Verantwortung unter zum Glück weitaus weniger dramatischen Umständen zu stellen, sozusagen „Wissenschaft im Kontext“ zu betreiben und eine ebensolche Haltung auch bei den Studierenden zu fördern.

---

scher Stammeszugehörigkeit zu sein. Für die Beurteilung der Rassezugehörigkeit meiner Vorfahren im eigentlichen Sinne fehlen mir die Kenntnisse“. Das letzte ist schon wieder ein ziemlich mutiger Satz, der ja durchaus besagen kann, dass die Fragestellung und das Verfahren zur Feststellung der Rassezugehörigkeit zweifelhaft sind; auch hier aber wieder die geschickte Tarnung, man kann nicht beweisen, dass der Satz nicht nur heißen soll, ihm persönlich fehlten die Kenntnisse, die die Naziregierung und -beamten natürlich besäßen.

## **Anhang: Rückblick von Kurt von Fritz auf die Ereignisse von 1934-36 aus dem Jahre 1979<sup>19</sup>**

„Kurt von Fritz

Professor emeritus der Universität München

Die Gründe, die zu meiner Emigration i. Jahre 1936 geführt haben.

Der Grund meiner Emigration war, daß ich aus meiner Stellung als planmäßiger außerordentlicher Professor an der Universität Rostock entlassen und mir im Anschluß daran jede weitere Lehrtätigkeit in Deutschland unmöglich gemacht, zuletzt sogar die Benützung der Münchner Universitätsbibliothek verboten wurde.

Der Anlaß zu meiner Entlassung, aber nicht der offiziell dafür angegebene Grund, war ein Schreiben, das ich auf die Aufforderung des Kultusministeriums hin, einen Eid unbedingten Gehorsams auf den ‚Führer‘ zu leisten, an das Mecklenburgische Kultusministerium gerichtet habe. In diesem Schreiben erklärte ich, daß ich den geforderten Eid nur leisten könne, wenn mir von höchster Stelle schriftlich bescheinigt werde, daß aufgrund dieses Eides nicht die Forderung an mich gestellt werden könne, irgend etwas zu lehren, was meinen Überzeugungen widerspreche.

Die Frage des Eides war sowohl in den Kreisen der höheren Offiziere der Rostocker Garnison wie in den Kreisen meiner Kollegen, soweit sie keine begeisterten Anhänger des Nationalsozialismus waren, erörtert worden. Die vorwiegende Meinung unter den höheren Offizieren war die, daß es ein großer Vorteil sei, daß der Eid auf den ‚Führer‘ persönlich, nicht auf den Nationalsozialismus abgelegt werden solle. Denn, so wurde gesagt: ‚Wir brauchen Hitler jetzt, um aufrüsten zu können. Er ist ein solcher Narr, daß er sicher eines Tages umgebracht werden wird.‘ Mir schien dies eine höchst gefährliche Kalkulation, sofern die Herren das Umbringen nicht selbst auf sich nehmen wollten. Im übrigen war für Stimmung und Haltung der höchsten Offiziere charakteristisch, daß der Kommandeur des in Rostock stationierten Regiments, Oberst von Tippelskirch, den bayrischen Kultusminister Schemm durch einen Gefreiten festnehmen und aus dem Saal führen ließ, als er auf Verlangen der Partei vor den Soldaten der Garnison einen Vortrag hielt und Reden führte, die Oberst von Tippelskirch mißfielen. Dieser sandte einen Rapport über diesen Vorgang an seine Vorgesetzten in Berlin, die seine Handlungsweise vollkommen billigten.

Unter meinen Kollegen an der Rostocker Universität einigte man sich darauf, daß man den Gehorsamseid ohne Gewissensbedenken ablegen könne,

---

<sup>19</sup> Zitiert aus: *Cornelia Wegeler*, „... wir sagen ab der internationalen Gelehrtenrepublik“. Altertumswissenschaft und Nationalsozialismus. Das Göttinger Institut für Altertumskunde 1921-1962, Wien/Köln/Weimar 1996, 369-72.

da der Eid ‚bei Gott‘ geleistet werde und daher zu nichts verpflichten könne, was den Geboten Gottes widerspreche. Ich bestritt die Richtigkeit dieser Auslegung nicht, war jedoch der Meinung, daß man ihr laut und öffentlich Ausdruck geben müßte, sonst würde jeder glauben, daß der Eid von allen, die im Staat Ansehen und Einfluß haben, ohne Einschränkung geleistet worden sei, und das wiederum werde den Nationalsozialisten einen Machtzuwachs bringen, gegen den man nicht mehr werde aufkommen können.

Und doch fehlte es zunächst nicht an offener Opposition. Als Beispiel ist folgendes interessant. Der NS-Führer der Studentenschaft, namens Schinke, war als Katholik getauft und erzogen worden. Nach der Roehm-Affäre ging er zu einem katholischen Pfarrer und erklärte ihm, er sei in Gewissensnöten. In Wirklichkeit seien sehr viel mehr Menschen im Zusammenhang mit dem angeblichen Putsch getötet worden, als der ‚Führer‘ zugegeben habe. Da habe der Führer also doch gelogen. Der Pfarrer antwortete, er habe derartiges auch gehört, könne es aber nicht kontrollieren. Auf Drängen Schinkes gab er schließlich zu, daß der Führer gelogen haben könne. Darauf denunzierte ihn der Student: er habe den Führer als Lügner bezeichnet. Der Pfarrer wurde verhaftet und eingesperrt. Am folgenden Tag forderte mein Freund, Professor Julius Ebbinghaus, der den Eid auf den Führer geleistet hatte, den Herrn Schinke im Kolleg unter frenetischem Beifall seiner Studenten auf, seine Vorlesung zu verlassen, was dieser nach einem schwachen Versuch zu protestieren, dann auch tat.

Mit mir, der ich den Eid nicht geleistet habe, versuchte das Mecklenburgische Ministerium mehrere Monate lang zu verhandeln, indem man mir mündlich alle möglichen beruhigenden Erklärungen gab. Ich bestand jedoch auf einer schriftlichen verbindlichen Erklärung von oberster Autorität. Schließlich erfuhr der Reichsstatthalter von Mecklenburg, Hildebrand, von der Sache. Er war über die Tatsache, daß ein Professor mehr als vier Monate Vorlesungen gehalten hatte, ohne den geforderten Eid geleistet zu haben, so außer sich, daß beinahe das Ministerium darüber zu Fall gekommen wäre. Er verfügte meine sofortige Suspendierung vom Amte und die Eröffnung eines Disziplinarverfahrens ‚mit dem Ziel der Entlassung aus dem Amte‘. Zugleich erwähnte er meine Weigerung in einer Ansprache an die Werftarbeiter in Warnemünde, in der er behauptete, ich sei daran schuld, daß die Studienräte in Mecklenburg keine Hakenkreuzfahnen aus ihren Fenstern hängen wollten. Er schloß mit den Worten: ‚Und die Studenten setzen sich noch für ihn ein!‘

Da die Nationalsozialisten sich damals noch an das Gesetz hielten, daß Disziplinarverfahren mit dem Ziel der Entlassung aus dem Amte öffentlich abgehalten werden mußten, wurde ich zunächst einem privaten Verhör unterzogen, um herauszufinden, was ich in der öffentlichen Verhandlung sagen wür-

de. In diesem Verhör wurden mir allerhand Fangfragen gestellt, auf die ich meistens sehr unangenehme Antworten gab. Leider habe ich sie mit *einer* Ausnahme vergessen. Diese war jedoch wahrscheinlich entscheidend. Auf die Frage, ob ich denn glaube, daß der Führer Fehler begehen könne, antwortete ich: meines Wissens nehme nicht einmal der Papst Unfehlbarkeit, außer in Fragen des Dogmas, in Anspruch, und wer glaube, darüber hinaus Unfehlbarkeit beanspruchen zu können, werde gewiß die schlimmsten Fehler begehen.

Auf diese Vorverhandlung hin wurde das Disziplinarverfahren gegen mich abgeblasen, offenbar weil selbst der Reichsstatthalter nicht riskieren wollte, daß solche Dinge in der Öffentlichkeit gesagt würden: ein höchst bemerkenswertes Zeichen der Unsicherheit. Etwa drei Monate später erhielt ich von dem Reichskultusminister Dr. Rust die Mitteilung, daß ich auf Grund von Paragraph sechs des Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums entlassen sei. Dieser Paragraph besagte, daß ein Beamter entlassen werden könne, wenn seine Stellung nicht mehr gebraucht werde. Gleichzeitig wurde jedoch die Rostocker philosophische Fakultät aufgefordert, einen Nachfolger für mich vorzuschlagen. Ich erlaubte mir darauf, dem Herrn Kultusminister mitzuteilen, es erschiene mir unlogisch, einen Beamten zu entlassen, weil seine Stellung nicht mehr gebraucht werde und gleichzeitig zur Nominierung eines Nachfolgers aufzufordern. Die Antwort lautete: ‚Wie in allen Fällen von Entlassungen aufgrund des Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums kann in der Begründung über den bloßen Hinweis auf den betreffenden Paragraphen nicht hinausgegangen werden.‘ Doch erhielt ich ein ‚Übergangsgeld‘ für sechs Monate.

Da ich nun offiziell unschuldig war wie ein Lamm, bewogen meine ehemaligen Lehrer Ernst Fabricius<sup>20</sup> und Dragendorf die philosophische Fakultät der Universität Freiburg, mich an erster Stelle für ein in Freiburg freigewordenes Ordinariat vorzuschlagen. Der Fakultät wurde jedoch bedeutet, ich sei ‚politisch untragbar‘. So war ich gezwungen, mich nach einem Unterschlupf im Ausland umzusehen, da ich wenig Geld erspart und über die erwähnten sechs Monate hinaus nichts zum Leben hatte.

In der Zwischenzeit gab es jedoch noch einige Vorkommnisse, positive und negative, die auf die damalige Situation ein helles Licht werfen.

Mein Paß war noch für zwei Jahre gültig und mir im Zusammenhang mit meinen ‚Verfehlungen‘ auch nicht abgenommen worden. Dagegen war der Paß meiner Frau gerade abgelaufen, und sie beantragte daher sofort einen neuen. Wie damals üblich, zog die Paßpolizei vor allem bei unserer Zugehfrau Erkundigungen über uns ein. Diese war mit einem der Werftarbeiter verheiratet, an die der Reichsstatthalter die erwähnte Rede gerichtet hatte, gab aber der Polizei gegenüber die enthusiastischste Auskunft über uns. Dies teilte der Paßbeamte meiner Frau mit, entschloß sich dann aber, meine Frau selbst zu fragen, ob sie

---

<sup>20</sup> [Im Text bei Wegeler „Fabrizius“. W.B.]

„politisch zuverlässig“ sei. Die Antwort meiner Frau war: „Das kann ja heutzutage niemand wissen“, worauf der Beamte den neuen Paß für sie ausfertigte.

Die Mitteilung meiner endgültigen Entlassung kam im Mittsommer 1935. Wir wollten, um Geld zu sparen, sofort zu den Verwandten meiner Frau nach Oberbayern ziehen. Aber der Mietvertrag für unsere Wohnung in Rostock war so, daß wir erst zum 31. Dezember kündigen konnten. Wir waren daher in großer Sorge, da die Miete für die Rostocker Wohnung nahezu zwei Drittel des mir bewilligten Übergangsgeldes aufgezehrt hätte. Da der Besitzer des Hauses ein eifriger SA-Mann war und von den Gründen meines Wegzugs wissen mußte, dachten wir gar nicht daran, um eine Erleichterung nachzusehen. Aber als ich ihm ankündigte, daß wir in einer Woche ausziehen wollten, teilte er uns aus freien Stücken mit, er wolle von uns keine Miete über den Tag unseres Auszuges hinaus: eine in den gegebenen Umständen gänzlich unerwartete und überwältigende Generosität.

Ich ging dann nach Oberbayern und arbeitete täglich wissenschaftlich an der Münchner Universitätsbibliothek, bis ich gegen Ende des Jahres 1935 von dem Bibliotheksdirektor ohne Angabe eines Grundes die Mitteilung erhielt, daß mir in Zukunft das Betreten der Bibliothek verboten sei. Der Direktor weigerte sich, den Grund seiner Maßnahme anzugeben. Aber mein verehrter Lehrer, Prof. Eduard Schwartz, erhielt auf seinen energischen Protest hin die Auskunft, ich sei denunziert worden, mit einem jüdischen Kollegen zusammen in eine französische Zeitung gesehen und dabei gelacht zu haben. Das Verbot, die Bibliothek zu betreten, war auf Veranlassung des Dekans der philosophischen Fakultät erfolgt. Glücklicherweise erhielt ich zwei Tage nach meinem Ausschluß aus der Bibliothek die Einladung, auf zwei terms an das Corpus Christi<sup>21</sup> College nach Oxford zu kommen und Vorträge über die Geschichte der antiken Mathematik zu halten. Dort traf ich auch den erwähnten jüdischen Kollegen, den Historiker Hellmann.<sup>22</sup> Leider kehrte er, obwohl er in Oxford hätte bleiben können, später nach München zurück und wurde nach ein paar weiteren Jahren in Auschwitz vergast.

Während meines Aufenthaltes in Oxford erfuhr ich, daß der einzige Freund, den ich in Amerika hatte und der kurz zuvor Professor an der University of California geworden war, mir das Angebot einer „instructorship“ (mit dem Titel Professor) am Reed<sup>23</sup> College in Portland (Oregon) vermittelt hatte. Trotz des sehr geringen Gehaltes von \$ 150.- monatlich, nahm ich sofort an. Es war zwar nicht leicht, mit Frau und Kind mit diesem Gehalt auszukommen. Aber das College erwies sich in bezug auf Kollegen und Studenten als die netteste Institution, an der ich in einer Lehrtätig-

---

<sup>21</sup> [Im Text bei Wegeler „Corpus Christ“. W.B.]

<sup>22</sup> [Wie Cornelia Wegeler in ihrem Buch erläutert, handelt es sich um den Leipziger Ordinarius für mittellateinische Philologie und Geschichte des Mittelalters Siegmund Hellmann. W.B.]

<sup>23</sup> [Im Text bei Wegeler „Read“. W.B.]

keit von nahezu einem halben Jahrhundert gelehrt habe.

---

Die Hauptdokumente über das gegen mich eingeleitete Disziplinarverfahren und über meine Entlassung sind noch in meiner Hand.“

Hannes Pingel

## Das Rektorat unter Professor Ernst-Heinrich Brill 1936/37

### Einleitung

Ernst-Heinrich Brill sprach in seiner Rede, die er anlässlich des Jahrestages der Machtergreifung durch Hitler am 31. Januar 1937 in der Aula der Universität hielt, davon, dass „jede Wissenschaft [...] blutmäßig an das Volk gebunden sei“,<sup>1</sup> dass „die Äußerung geistigen Lebens, stets an den Träger desjenigen Forschers gebunden sein wird“, der dem Blute seines Volkes erwachsen ist,<sup>2</sup> dass „ein Erfinder [oder Wissenschaftler] nicht nur groß erscheinen [darf] als Erfinder, sondern [...] größer noch erscheinen [muss] als Volksgenosse“<sup>3</sup>. Diese Worte spiegeln das einzige publizierte Schriftstück wieder, das er während seiner Amtszeit von April 1936 bis Oktober 1937 verfasst hatte. Der Ton der Rede war dem Anlass entsprechend völkisch und nationalsozialistisch gehalten, doch wie äußerten sich Brills Formulierungen in seiner Amtszeit? Dieser Frage soll in diesem Aufsatz ergründet werden, um so ein möglichst schlüssiges Bild über Brills Wirken als Rektor der Universität Rostock zu zeichnen und Aufschluss darüber geben zu können, ob Brill die Universität Rostock nach den Grundsätzen seiner Rede ausgerichtet hatte.

Über Ernst-Heinrich Brill existiert nur sehr wenig Literatur, deshalb baut der Aufsatz vor allem auf Universitätsakten, die im umfangreichen Maße zur Verfügung standen, sowie auf der Arbeit von Michael Buddrus und Sigrid Fritzlar auf.<sup>4</sup>

Um das Rektorat Brills in seiner Gänze erfassen zu können, wird auf die unterschiedlichen Rollen Bezug genommen, die Brill in dieser Zeit einzunehmen hatte. So wird etwa die Außendarstellung der Universität bei Festen, Kundgebungen und anderen Großveranstaltungen dargestellt. Es sollen aber auch die inneren Strukturen offenbart werden. Hierzu ist eine Untersuchung der Personalwechsel, die unter Brills Rektorat stattfanden, notwendig. Es wird dabei nochmals differenziert, wer von Brills Entscheidungen politisch wie beruflich profitierte oder aber aufgrund von Empfehlungen Brills seine Stelle verlor. Zu letztgenannten sollen exemplarisch die Abgänge der Professoren Helmuth Schreiner (1893-1962) und Fritz Schalk (1902-1980) beleuchtet werden, da Brill hier mehr oder weniger in erheblichen Maße Einfluss nahm.

---

<sup>1</sup> *Ernst-Heinrich Brill*, Von den Aufgaben der deutschen Wissenschaft (Rostocker Universitätsreden, H. 21), Rostock 1937, 5.

<sup>2</sup> Ebd., 8.

<sup>3</sup> Ebd., 9.

<sup>4</sup> *Helmut Heise*, Ernst-Heinrich Brill, in: Gerd Gross (Hrsg.), 100 Jahre Universitäts-Hautklinik und Poliklinik Rostock – 1902-2002, Rostock 2002, 45, gibt einen kurzen Überblick über Brills Leben, setzt aber vor allem den Fokus auf Brills Verwaltungstätigkeit der Hautklinik; *Michael Buddrus/Sigrid Fritzlar*, Brill, Ernst-Heinrich, in: dies.: Die Professoren der Universität Rostock im Dritten Reich. Ein biographisches Lexikon. München 2007, 83-85, geben nur sehr knapp den Werdegang Brills wieder.

## Die Person Ernst-Heinrich Brill

Ernst Heinrich Sigismund Johannes Brill<sup>5</sup> wurde am 6. August 1892 in Darmstadt geboren. Während des 1. Weltkriegs diente er an der Front als Freiwilliger und wurde unter anderem mit dem Sanitätskreuz am Kriegsbande ausgezeichnet. Am 23. August 1919 heiratete er die 8 Jahre jüngere Alice Anschütz. Mit ihr hatte er zwei Kinder: Gisela Brill, geboren am 11. Juli 1920 und Ernst Ludwig Brill, geboren am 3. Juni 1922. Das Ehepaar Brill soll sich in den ersten Maitagen 1945 das Leben genommen haben. Die Leichen wurden jedoch nicht gefunden, demnach lässt sich dies nicht bestätigen.<sup>6</sup> Als Todestag wird der 2. Mai 1945 angenommen.<sup>7</sup>

Brill machte 1912 das Abitur und schloss 1914 eine ärztliche Vorprüfung in Heidelberg ab. Er beendete seinen Militärdienst als Feldhilfsarzt. Brill machte sein Staatsexamen 1920 in Jena, wo er noch im selben Jahr seine Approbation als Arzt erhielt. Vom 1. Juli 1920 bis 1. Januar 1921 machte er ein Volontariat am pathologischen Institut Jena. Eine Assistentenstelle an der Medizinischen Poliklinik Jena hatte er vom 1. Februar 1921 bis zum 1. April 1922 inne. Im Wintersemester 1922/23 war er Fürsorgearzt für Lungenkranke an der Sozialhygienischen Akademie Charlottenburg. Ebenfalls im Jahr 1922/23 machte er ein Praktikum als Arzt in Jena, worauf im Frühjahr 1923 ein weiteres Volontariat, diesmal an der Psychologischen Klinik in Jena, folgte. Seit dem 1. April 1924 war Ernst-Heinrich Brill als Assistent an der Hautklinik in Jena beschäftigt. 1926 wurde er hier zum Oberarzt befördert und begann im selben Jahr seine Habilitation in Dermatologie und Venerologie in Jena. Am 17. März 1930 wurde er zum außerordentlichen Professor in Jena und am 1. Oktober 1933 zum ordentlichen Professor für Dermatologie und Direktor der Hautklinik in Rostock berufen.<sup>8</sup> 1937 erteilte Brill ein Ruf an die medizinische Fakultät der Universität Kiel.<sup>9</sup> Er entschloss sich jedoch, weiter in Rostock zu bleiben.<sup>10</sup> 1941 wurde Brill das Angebot gemacht, an der Universität von Straßburg zu lehren.<sup>11</sup> Er lehnte auch dieses ab, nachdem ihm mehrere Zugeständnisse, unter anderem ein Klinikneubau, in Aussicht gestellt worden waren.<sup>12</sup>

<sup>5</sup> Geht aus der Geburtsurkunde hervor – Universitätsarchiv Rostock (UAR), Personalakte (PA) Brill, Bl. 51, Abschrift der Geburtsurkunde Brills, 22.05.1935 .

<sup>6</sup> UAR, PA Brill, Bl. 239, Schreiben des Oberinspektors an Brills Tante über den möglichen Selbstmord ihres Neffen, 09.05.1946.

<sup>7</sup> *Helmut Heise*, Ernst-Heinrich Brill, in: Gerd Gross (Hrsg.), 100 Jahre Universitäts-Hautklinik und Poliklinik Rostock – 1902-2002, Rostock 2002, 47.

<sup>8</sup> UAR, PA Brill, Bl. 279, Tabellarischer Lebenslauf Brills.

<sup>9</sup> UAR, PA Brill, Blattsammlung betr. Professor Dr. Brill 1933/41 (MD 47/26 <sup>(17)</sup>) Bl. 10, Schreiben Brills an den Dekan d. Med. Fakultät, 13.05.1937.

<sup>10</sup> UAR, PA Brill, Blattsammlung betr. Professor Dr. Brill 1933/41 (MD 47/26 <sup>(17)</sup>) Bl. 11, Antwortschreiben des Dekans mit der Begrüßung von Brills Entschluss in Rostock zu bleiben. 14.05.1937.

<sup>11</sup> UAR, PA Brill, Bl. 200, Meldung Brills den Lehrstuhl für Dermatologie in Strassburg zu übernehmen. 29.09.1941.

<sup>12</sup> UAR, PA Brill, Bl. 201, Zugeständnisse des Ministeriums für Brills Verbleiben in Rostock, 06.12.1941.

Brill begann seine nationalsozialistische Karriere in Jena, wo er am 5. März 1933 der SA beitrug und im Oktober 1934 im Range eines Sturmbannführers entlassen wurde.<sup>13</sup> Des Weiteren war Brill seit 1933 Mitglied in der NSDAP.<sup>14</sup> Er stieg an der Universität Rostock die politische Karriereleiter weiter hinauf. So wurde er im Januar 1934 zum Vertrauensmann der NSDAP an der Medizinischen Fakultät bestellt.<sup>15</sup> In dieser Funktion war Brill für alle Neuberufungen zuständig.<sup>16</sup> Fast zwei Jahre später wurde er zum kommissarischen Gaudozentenbundsleiter der Universität ernannt.<sup>17</sup> Für seine Mehrbelastung durch die nationalsozialistische Ausrichtung der Universität Rostock erhielt er 1936 sogar eine Besoldungszulage.<sup>18</sup> 1937 wurde Brill Mitglied in der SS, wo er zuletzt den Rang eines Hauptsturmführers inne hatte.<sup>19</sup>

### Wissenschaftlicher Werdegang in Rostock

Brill wurde als Nachfolger von Professor Walter Frieboes (1880-1945) zum Wintersemester 1933/34 eingesetzt. Frieboes verließ die Universität zum Wintersemester 1933/34, da er einen Ruf an den Lehrstuhl für Hautheilkunde in Berlin erhalten hatte.<sup>20</sup> Die Klinik und die Lehrtätigkeit von Frieboes wurde im Wintersemester 1932/33 sowie im Sommersemester 1933 vertretungsweise vom Oberarzt der Klinik und Privatdozenten Nagell übernommen.<sup>21</sup> Der Grund für die verschobene Wiederbesetzung hatte unter anderem auch mit Brill zu tun. Denn Brill war keinesfalls die erste Wahl der Medizinischen Fakultät, er stand nicht einmal auf der Vorschlagsliste, die die Fakultät dem mecklenburgischen Staatsministerium vorlegte.<sup>22</sup> Man einigte sich zunächst auf Emil Zurhelle (1889-1965) aus Groningen, dieser lehnte jedoch den Ruf nach Rostock ab, da er seinen Lehrstuhl erst vor kurzem übernommen und die Stelle, seiner Ansicht nach, nur schwer wiederbesetzt werden konnte.<sup>23</sup> Hierauf wurde die Fakultät vom Ministerium gebeten, eine neue Vorschlagsliste vorzulegen und sich dabei auch mit den Privatdozenten Brill (Jena) und Mayr (München) zu be-

<sup>13</sup> UAR, PA Brill, Bl. 279, Tabellarischer Lebenslauf Brills.

<sup>14</sup> Heise, Ernst-Heinrich Brill, 45.

<sup>15</sup> UAR, PA Brill, Blattsammlung betr. Professor Dr. Brill 1933/41 (MD 47/26 <sup>(17)</sup>) Bl. 6, Ernennung Brills zum Vertrauensmann der Reichsleitung der NSDAP bei der medizinischen Fakultät der Universität Rostock, 18.01.1934.

<sup>16</sup> Vgl. Heise, Ernst-Heinrich Brill, 46.

<sup>17</sup> UAR, PA Brill, Ernennung Brills durch Verfügung vom 4.12.1935 zum kommissarischen Gaudozentenbundsleiter, 11.01.1936.

<sup>18</sup> Heise, Ernst-Heinrich Brill, 46.

<sup>19</sup> Ebd., 45.

<sup>20</sup> UAR, PA Brill, Bl. 1, Bitte des Lehrstuhls an das Ministerium für Unterricht Schwerin den Lehrstuhl unverändert vom Bestand zu lassen, 30.08.1932.

<sup>21</sup> UAR, PA Brill, Bl. 6, Genehmigung von Dr. Nagell als Vertretung von Prof. Frieboes, 08.10.1932; UAR, PA Brill, Bl. 19, Verlängerung der Genehmigung von Dr. Nagell als Vertretung von Prof. Frieboes, 02.03.1933.

<sup>22</sup> UAR, PA Brill, Bl. 8-13, Vorschläge der med. Fakultät betr. der Wiederbesetzung des Lehrstuhls für Dermatologie und Abschrift des Konzilprotokolls vom 21.12.1932.

<sup>23</sup> UAR, PA Brill, Bl. 15, Ablehnung der Professur in Rostock von Emil Zurhelle, 15.02.1933.

schäftigen.<sup>24</sup> Die Fakultät lehnte es allerdings ab, eine neue Vorschlagsliste zu erarbeiten, da mehrere Ausweichkandidaten genannt wurden. So heißt es in der Antwort an das Ministerium: „Auf Grund des Studiums ihrer wissenschaftlichen Veröffentlichungen und auf Grund der Äußerungen der Fachvertreter hat die Fakultät nicht die Verantwortung übernehmen können, dem Ministerium einen der beiden Herren vorzuschlagen.“<sup>25</sup> Über den weiteren Verlauf dieser Debatte ist in den Universitätsakten nichts weiter vermerkt, lediglich eine Nachricht des Ministeriums an die Hochschulkorrespondenz, dass der Privatdozent Professor Brill in Jena einen Ruf als ordentlicher Professor für Dermatologie an der Universität Rostock zum 1. Oktober 1933 erhalten hat, ist dort enthalten.<sup>26</sup> Demnach muss davon ausgegangen werden, dass Brill ohne ein ordentliches Berufungsverfahren an der Universität aufgenommen wurde, denn es lassen sich in den Akten keine Unterlagen finden, die über Brills wissenschaftlichen Werdegang Auskunft geben könnten.<sup>27</sup> Am 15. Juli wurde der Universität Rostock offiziell mitgeteilt, dass das Ministerium beabsichtige, Brill als Professor auf den Lehrstuhl für Dermatologie zu berufen.<sup>28</sup> Aus einem Schreiben des Ministeriums an die Universität geht hervor, dass Brill vom Reichsstatthalter in Mecklenburg-Schwerin, Lübeck und Mecklenburg-Strelitz Friedrich Hildebrandt (1898-1948) ernannt wurde.<sup>29</sup> Demnach wurde Brill offensichtlich aufgrund seiner politischen Einstellung gegen den Willen der Medizinischen Fakultät berufen.<sup>30</sup> Brill wurde am 1. April 1936 zum Rektor der Universität Rostock vom Reichsminister für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung Bernhard Rust (1883-1945) ernannt.<sup>31</sup> Sein Vorgänger Paul Schulze (1889-1949) wurde von Reichsstatthalter Hildebrandt aufgrund einer von Schulze eingeleiteten universitätsinternen Untersuchung, die Anschuldigungen Hildebrandts und des „Rostocker Anzeigers“ gegen den Mediziner Arthur Jores (1901-1982) und den Theologen Helmuth Schreiner betraf, beim Reichserziehungsministerium angezeigt und daraufhin als Rektor entlassen.<sup>32</sup> Statt des von Schulze als Nachfolger vorgeschlagenen Hermann-Arnold Schultze-von Lasaulx (1901-2000) wurde jedoch Ernst-Heinrich Brill zum Rektor der Universität Rostock ernannt.<sup>33</sup> Brill war bereits kurze Zeit zuvor auf das Amt des Prorektors vereidigt worden.<sup>34</sup> Er war jedoch nicht sehr angetan davon, Rektor zu werden,

<sup>24</sup> UAR, PA Brill, Bl. 17, Aufforderung des Ministeriums sich mit Brill zu beschäftigen, 18.02.1933.

<sup>25</sup> UAR, PA Brill, Bl. 20, Ablehnung einer Erweiterung der Vorschlagsliste on Seiten der med. Fakultät, 25.03.1933.

<sup>26</sup> UAR, PA Brill, Bl. 23, Nachricht über den Ruf Brills nach Rostock, 01.07.1933.

<sup>27</sup> *Heise*, Ernst-Heinrich Brill, 45.

<sup>28</sup> UAR, PA Brill, Bl 27, Unterrichtung des Ministeriums über die Berufung Brills, 15.07.1933.

<sup>29</sup> UAR, PA Brill, Bl. 32 Bestallungsurkunde für Brill, 01.10.1933 (vordatiert) in: Dies., Bl. 29-34, Abschrift der Verfügungen des Ministeriums wegen der Bestellung Brills, 19.08.1933.

<sup>30</sup> *Buddrus/Fritzlar*, Brill, Ernst-Heinrich, 83.

<sup>31</sup> UAR, B4R2, Ernennung Brills zum Rektor, 09.04.1936.

<sup>32</sup> *Buddrus/Fritzlar*, Schulze, Paul, 374, Anm. 6.

<sup>33</sup> *Helmut Heiber*, Universität unterm Hakenkreuz. Teil II – Die Kapitulation der hohen Schulen. Das Jahr 1933 und seine Themen, Bd. 2, München 1994, 140.

<sup>34</sup> In einem Rundschreiben Schulzes vom 19. März wird mitgeteilt, dass Brill zum Prorektor ernannt wurde – vgl. UAR, R4A16/3, Rundschreiben mit Hinweis auf Brills Ernennung zum Pro-

so soll er erste Angebote auf einer Tagung der Gaudozentenbundsführer in München abgelehnt haben. Erst nach persönlichen Gesprächen mit dem Reichsstatthalter Hildebrandt und dessen Stellvertreter willigte Brill am 26. März 1936 ein, den Rektoratsposten zu übernehmen.<sup>35</sup>

Er befand sich zum Zeitpunkt der Ernennung im Erholungsurlaub in Wiesbaden, so dass es ihm nicht möglich war, zum genannten Zeitpunkt das Amt anzutreten. Er selbst teilte am 6. Mai in einem Rundschreiben mit, dass er nun die Geschäfte als Rektor übernehmen werde.<sup>36</sup> Weiterhin lässt sich ein Schreiben in den Akten finden, in dem Brill den deutschen Hochschullehrern sowie der deutschen Studentenschaft seine Ziele und Wünsche für das neue Amt mitteilte. Er schrieb hierin, dass er es sich ersparen möchte, „eine Menge von guten Vorsätzen und Plänen [...] darzulegen“.<sup>37</sup> Nur ein einziges Ziel formulierte er aus: „*der Trieb im Rahmen der mir gestellten Aufgabe meinem Führer zu dienen mit meiner ganzen Kraft, mit Kopf und Herz.*“<sup>38</sup>

Brill selbst schied eher unspektakulär aus dem Amt des Rektors. So bat er bereits im Februar 1937 um Entlassung. Er begründete dies mit seiner leitenden Tätigkeit in der Hautklinik, mit der er voll ausgelastet sei und noch über keine voll ausgebildeten Assistenten verfüge, da er selbst erst wenige Jahre zuvor nach Rostock gekommen war. Er merkte weiterhin an, dass durch sein Fernbleiben der Betrieb in der Klinik Not leide, da der dafür zuständige Oberarzt von Brill noch nicht ausreichend in das Aufgabenfeld eingearbeitet wurde, und dass seine eigene wissenschaftliche Arbeit vor dem Amt des Rektors zurückstehen müsse. Des Weiteren erwähnte er, dass er in den Vorbesprechungen zum Rektoratswechsel darum gebeten habe, seine Amtszeit auf ein Jahr zu begrenzen. Er bat den Direktor des pharmakologischen Institutes Professor Ernst Ruickoldt (1892-1972) zu seinem Nachfolger zu machen. Ruickoldt hätte in Brills Zeit als Rektor diesen mehrfach vertreten. Außerdem sei Brill davon überzeugt, dass Ruickoldt die richtige Gesinnung hätte und das Amt im nationalsozialistischen Sinne ausführen könne.<sup>39</sup>

Eine Zustimmung des Ministeriums erfolgte nicht, da das Sommersemester bereits begonnen hatte. Der Wechsel wurde erst zum Wintersemester 1937/38 genehmigt.<sup>40</sup> Ernst-Heinrich Brill wurde Ende Oktober 1937 aus dem Amt des Rektors der Universität Rostock entlassen und Ernst Ruickoldt zu seinem Nachfolger ernannt.<sup>41</sup>

---

rektor, 19.03.1936; anscheinend wird zum ersten Mal am 6. Dezember 1935 über eine mögliche Übernahme des Postens durch Brill nachgedacht – vgl. UAR, PA Brill, 97, Anfrage wegen Vor drucken, die von Brill ausgefüllt zurückzuschicken waren, um so seine Ernennung zum Prorektor durchführen zu können, 10.01.1936.

<sup>35</sup> Heiber, 140.

<sup>36</sup> UAR, R4B2, Rundschreiben Brills, 06.05.1936.

<sup>37</sup> UAR, R4B2, Antrittsschreiben Brill, S. 2, vermutl. 22.05.1936.

<sup>38</sup> Ebd.

<sup>39</sup> UAR, R4B2, Brills Gesuch auf Amtswechsel, 24.02.1937.

<sup>40</sup> UAR, R4B2, Absage der Entlassung Brills, 07.04.1937.

<sup>41</sup> UAR, R4B2, Entlassung Brills, 24.09.1937.

## Das öffentliche Auftreten der Universität unter Brill

Mit der Machtergreifung der Nationalsozialisten veränderte sich auch die Feierkultur des Reiches. So wurden neue Feiertage geschaffen, beispielsweise der 30. Januar als Tag der Machtergreifung Hitlers, der 1. Mai als nationaler Feiertag des deutschen Volkes oder auch der letzte Sonntag im September als Tag der nationalen Ernte.<sup>42</sup> Neben diesen neu geschaffenen Terminen im Feierkalender der Universität kamen außerdem politische Kundgebungen und universitäre Feierstunden hinzu, bei denen nicht nur Vertreter der Fakultäten, sondern auch hochrangige politische Vertreter aus Stadt und Land anwesend waren. Ernst-Heinrich Brill nutzte diese Veranstaltungen, um seine Universität der mecklenburgischen Politprominenz, allen voran dem Reichsstatthalter Friedrich Hildebrandt, zu präsentieren.

Zur ersten Großveranstaltung, der Eröffnungsfeier der Mecklenburgischen Arbeitsgemeinschaft für Raumforschung am 15. Juni 1936 schrieb Brill in einem Rundschreiben, dass „*alle Spitzen der Behörden, die Führer von Partei und Staat sowie der Wehrmacht eingeladen [seien].*“<sup>43</sup> Ab 12 Uhr wurde der Tag von Brill zum *dies academicus* erklärt. Es sollten alle Mitglieder des Lehrkörpers sowie alle Assistenten aus allen Kliniken und Instituten vollständig (unterstrichen A. d. A.) teilnehmen. Weiterhin informierte Brill, darauf zu achten, dass keiner die Veranstaltung vorzeitig verlässt.<sup>44</sup> In einem nachfolgenden Schreiben bat Brill die Sitzplätze bis spätestens fünf Minuten vor Beginn der Feier einzunehmen, erläuterte, wie mit dem Reichsstatthalter umzugehen sei,<sup>45</sup> und wies die Dozenten darauf hin, für die Veranstaltung in den Vorlesungen zu werben.<sup>46</sup>

Deutlich wird an diesen Schreiben, wie wichtig es Brill war, eine gute Figur vor Hildebrandt zu machen und zu zeigen, dass die Universität unter seiner Führung einem nationalsozialistischen Musterbeispiel einer solchen Institution gleiche. Es muss Brill klar gewesen sein, wie sehr er von Hildebrandts Wohlwollen abhängig war, hatte Brill doch selbst mitbekommen, wie mit seinem Vorgänger umgegangen worden war. Auch war Hildebrandt an Brills Ernennung zum Professor und zum Rektor nicht unerheblich beteiligt, was Brill bestärken in seinem Willen musste, seinem Förderer zu zeigen, dass er sich als Rektor der Universität bewährt hatte. Auch bei allen anderen Veranstaltungen,<sup>47</sup> seien es politische Kundgebungen, bei

<sup>42</sup> Wolfgang Kratzer, *Feiern und Feste der Nationalsozialisten. Aneignung und Umgestaltung christlicher Kalender, Riten und Symbole*, München 1998, Dissertation.

<sup>43</sup> UAR, R4A16/3, Einladung zur Eröffnungsfeier der Mecklenburgischen Arbeitsgemeinschaft für Raumforschung, 11.06.1936.

<sup>44</sup> Ebd.

<sup>45</sup> „Wenn der Reichsstatthalter den Raum betritt, aufstehen und deutscher Gruß. Der Reichsstatthalter verlässt als erster die Veranstaltung, und wird auch diesmal mit dem deutschen Gruß geehrt.“ - UAR, R4A16/3, Ergänzungen zur Eröffnungsfeier der Mecklenburgischen Arbeitsgemeinschaft für Raumforschung, 13.06.1936.

<sup>46</sup> Ebd.

<sup>47</sup> Gemeint sind Feiern außerhalb der Feiertage, die oben aufgeführt wurden, zu denen selbstverständlich das komplette Korpus der Universität zu erscheinen hat.

denen auch politisch wichtige Gäste geladen waren,<sup>48</sup> oder wissenschaftliche Vorträge und Ausstellungen,<sup>49</sup> forderte Brill von allen Dozenten Anwesenheitspflicht ein. Selbst bei der Grundsteinlegung der neuen Zahnklinik sollten möglichst alle Dozenten anwesend sein, da auch zu diesem Termin Hildebrandt kommen würde.<sup>50</sup> Ähnliches geschah bei der Enthüllung einer Führerbüste in der Vorhalle der Universität, auch diese machte Brill zu einer politischen Demonstration der Universität und verlangte die Vollzähligkeit des Lehrkörpers.<sup>51</sup> Ebenfalls rief er die Dozenten dazu auf, in Vereine einzutreten<sup>52</sup> oder sich selbst für Vorträge im Rahmen von Vereinsabenden zur Verfügung zu stellen.<sup>53</sup> Auch zu studentischen Veranstaltungen bat Brill um rege Beteiligung, mit dem Hinweis auf Einladungen an Gäste aus der Stadt.<sup>54</sup>

Neben den öffentlichen Terminen versuchte Brill auch innerhalb der Universität, die Dozentschaft auf eine Linie zu bringen. In seinem ersten Rundschreiben erwähnte er, einen Kameradschaftsabend abhalten zu wollen.<sup>55</sup> Solche Abende wurden des Öfteren von Brill veranstaltet, oft mit der Betonung, dass wichtige Leute aus der Stadt oder dem Ministerium anwesend wären und er um eine rege Beteiligung von Seiten der Dozentschaft bitte.<sup>56</sup> Dies führte in einem Fall sogar so weit, dass Brill die Dozenten abermals bat, bei einem Abend am 2. Februar 1937 teilzunehmen, da offenbar die Einladungen von vielen Dozenten weggeworfen wurden.<sup>57</sup> Einladungen

---

<sup>48</sup> UAR, R1C5, Aufruf Brills zur Kundgebung von Ley, 20.10.1936, UAR, R1C5, Aufruf Brills zum gemeinschaftlichen Verfolgen von Hitlers Rede, 24.10.1936, UAR, R4A16/3, Ladung zum Gemeinschaftsempfang, um die Rede von Reichserziehungsminister Rust im Rundfunk zu verfolgen, 05.11.1936, UAR, R4A16/4, Mitteilung über Großkundgebung von Reichsstatthalter Hildebrandt, 27.08.1937.

<sup>49</sup> UAR, R4A16/3, Bitte zum Besuch der mecklenburgisch-lübischen Leistungsschau "Wir bauen auf", 08.10.1936, UAR, R4A16/3 Einladung zum Vortrag "Der schädliche Einfluß fremder Rasse und fremder Kulturen auf die Naturvölker", 20.10.1936; Weiterleitung durch Brill am 27.10.1936, UAR, R4A16/4, Einladung zum Vortrag „Die neueren Ergebnisse über den Ursprung der Menschheit und ihre Bedeutung für die Zeit“, 08.03.1937, UAR, R4A16/4, Bitte um den Besuch und Werbung der Ausstellung „Auslandsdeutschtum und Kolonien“, 11.06.1937, UAR, R4A16/4, Einladung zum Vortrag „Rasse und Kultur“, 27.08.1937.

<sup>50</sup> Es wird keine strikte Anwesenheitspflicht verlangt, da der Termin in den Semesterferien stattfindet, jedoch wird von allen in Rostock anwesenden Dozenten erwartet, dass sie kommen - UAR, R4A16/3, Einladung zur Grundsteinlegung der Zahnklinik, 29.06.1936.

<sup>51</sup> UAR, R4A16/4, Einladung zu Enthüllung einer Führerbüste, 13.04.1937.

<sup>52</sup> UAR, R4A16/3, Werbung Brills für Mitgliedschaft in der Mecklenburgischen Landes-Universitäts-Gesellschaft, 11.09.1936.

<sup>53</sup> UAR, R4A16/3, Bitte an Dozenten, die NSG „Kraft durch Freude“ mit Vorträgen zu bereichern, 14.12.1936.

<sup>54</sup> So beispielsweise zum Sommerfest der Studierenden für Leibesübungen im „Dorfkrug“ in Bramow. UAR, R4A16/3, Einladung zum dies academicus der Leibesübungen, 05.06.1936.

<sup>55</sup> UAR, R4A16/3, Amtsübernahme von Brill, 06.05.1936.

<sup>56</sup> UAR, R4A16/3, Einladung zum Kameradschaftsabend, 13. 11.1936, UAR, R4A16/4, Einladung zum Kameradschaftsabend, 08.01.1937, UAR, R4A16/4, Vorläufige Einladung zum gemeinsamen Abend mit Vortrag und Abendessen, 09.04.1937.

<sup>57</sup> UAR, R4A16/4, Wiederholte Einladung zum gesellschaftlichem Abend im Ratsweinkeller, 15.01.1937.

dieser Art schienen an der Universität Rostock eine gewisse Tradition zu haben, da auch Brills Amtsvorgänger zu solchen Abenden lud.<sup>58</sup>

Eine weitere seiner ersten Handlungen als Rektor war es, seine Kollegen dazu aufzufordern, eine Spende in Höhe von 1% des Lohns für das Dankopfer der Nation zu entrichten.<sup>59</sup> Dies war eine Spendenaktion der SA, die jedes Jahr zu Hitlers Geburtstag „zur Schaffung neuer großer Kulturwerte“ Geldspenden zur Verfügung stellte.<sup>60</sup> Brill stellte dabei selbst fest, dass diese Spendenaktion „dem inneren Bedürfnis [entsprang], dem Führer die tiefe Dankbarkeit des deutschen Volkes für all das zu vermitteln, was er für den Aufbau [des] Vaterlandes, für seine Ehre und Freiheit errungen hat.“<sup>61</sup>

An all diesen Ereignissen lässt sich erkennen, wie sehr Brill die Universität nicht nur nach außen als nationalsozialistisch darzustellen versuchte, sondern auch bei vermeintlich inoffiziellen Anlässen der politischen Elite zu verstehen gab, dass die Universität wortwörtlich vollständig hinter den politischen und gesellschaftlichen Idealen des Nationalsozialismus stand. Andererseits muss auch die Tatsache berücksichtigt werden, dass eine solche Inszenierung von einem Rektor im Dritten Reich erwartet wurde. Allerdings kann nicht abgesprochen werden, dass Brill zumindest versuchte, die Mitarbeiter der Universität durch halböffentliche Termine und Kameradschaftsabende auf eine nationalsozialistische Linie zu bringen.

### **Profiteure von Brills Entscheidungen**

Immer dann, wenn ein Lehrstuhl frei wurde, war es nötig eine politische Beurteilung desjenigen anzufertigen, der die Universität verlassen oder diese mit seiner Berufung bereichern würde. Normalerweise wurden Gutachten des Leiters der Dozentenschaft und des Leiters der Studentenschaft an das betreffende Ministerium beziehungsweise an die Zieluniversität verschickt, um sicher zu gehen, dass der betreffende Kandidat in nationalsozialistischer Hinsicht sauber war. Ernst-Heinrich Brill, der selbst bereits als Gaudozentenbundsführer über Personalentscheidungen seine Beurteilung abgab, leitete zuweilen jedoch nicht nur betreffende Berichte weiter,<sup>62</sup> sondern fertigte selbst Einschätzungen in seinen Briefen an. Es muss hierbei allerdings zwischen zwei Fällen unterschieden werden, einerseits denjenigen, die weder offen für noch gegen den Nationalsozialismus eingestellt waren, und jenen, die glühende Verfechter des Nationalsozialismus gewesen sind. In beiden Fällen folgte eine unterschiedliche Bewertung von Seiten Brills.

<sup>58</sup> UAR, R4A16/3, Einladung zum Kameradschaftsabend, 31.01.1936.

<sup>59</sup> UAR, R1C5, Aufruf Brills zur Spende für das Dankopfer der Nation, 11.05.1936.

<sup>60</sup> Paul Bruppacher, Adolf Hitler und die Geschichte der NSDAP. Eine Chronik, 2. Auflage, Nordstedt 2009, 447.

<sup>61</sup> UAR, R1C5, Aufruf Brills zur Spende für das Dankopfer der Nation, 11.05.1936.

<sup>62</sup> Sämtliche Berichte und Schreiben an das Mecklenburgische Staatsministerium sowie das Reichserziehungsministerium gingen über Brills Schreibtisch, dies hatte er selbst in einem Rundschreiben verkündet. – UAR, R4A16/3, Mehrere Anordnungen, den Schriftverkehr und den Umgang mit dem Ausland betreffend, 28.10.1936.

Unter einer neutralen Bewertung Brills kann man beispielsweise den Wechsel des Mediziners Curt Elze im Wintersemester 1936/37 nach Gießen verstehen. Brill schloss sich in seinem Schreiben der Meinung des Dozentenführers Heinrich Gissel (1902-1944) an, der die Ansicht vertrat, dass Elze *„früher dem Nationalsozialismus in ablehnender Weise gegenübergestanden habe, ich [Gissel] habe jedoch den Eindruck gewonnen, daß er in klarer Weise erkannt hat, was der Nationalsozialismus für Deutschland und die Welt bedeutet.“*<sup>63</sup>

Eine ähnliche Kommentierung erfuhr die Bewertung des Wirtschaftswissenschaftlers Erich Preiser (1900-1967). Über diesen schrieb Brill noch in seiner Funktion als Gaudozentenbundsführer:

„Preiser war vor der Machtergreifung ausgesprochen liberal. Wissenschaftlich war er eher kapitalistisch eingestellt. Preiser wurde jedoch sehr schnell Mitglied in der SA, wo er sehr diensteifrig gewesen war, sich aber später wegen Überlastung durch die wissenschaftliche Arbeit aus der SA zurückzog.“

Brill schrieb, dass Preiser niemals gegen den nationalsozialistischen Staat arbeiten, sich allerdings auch nie für diesen persönlich einsetzen würde.<sup>64</sup> Später folgte eine weitere Bewertung Brills, diesmal in seiner Rolle als Rektor, als Preiser außerordentlicher Professor für Volkswirtschaftslehre werden sollte. Auch hier schloß sich Brill den Führern von Dozenten- und Studentenschaft an,<sup>65</sup> die zu ähnlichen Ergebnissen gekommen waren wie Brill zu seiner Zeit als Gaudozentenbundsführer.<sup>66</sup>

Auch beim Philologen Hans Diller (1905-1977) erfolgte eine eher neutrale Beurteilung, die Brill ohne größere Kommentierung weiterleitete. Gissel kam zu dem Ergebnis, dass Diller wohl keine kämpferische Persönlichkeit wäre, wie sie an der Hochschule dringend benötigt werden würde. Diller sei jedoch politisch trotz mancher Unbeholfenheit voll und ganz in den Gedanken des nationalsozialistischen Staates eingeordnet.<sup>67</sup> Brill sah deshalb keine weiteren Bedenken, ihn vertretungsweise den Lehrstuhl für klassische Philologie im Wintersemester 1936/37 leiten zu lassen. Als der Wunschkandidat, Oberstudiendirektor Heinrich Weinstock (1889-1960) aus Frankfurt, nicht mehr für die Universität in Frage kam, war Brill sogar dafür, Diller zum ordentlichen Professor zu machen, da er nun den Eindruck hätte, Diller würde gut in die Universität passen, und keine Bedenken seitens Dillers Einstel-

<sup>63</sup>UAR, PA Elze, Bl. 88, Gutachten der Dozentschaft über Elzes politische Gesinnung, 27.08.1936 – So ähnlich wird auch bei Buddrus/Fritzlar (S. 122, Anm. 6) zitiert, jedoch wird als Quelle der Leiter der Dozentschaft der Universität Gießen angegeben, es handelt sich aller Wahrscheinlichkeit wohl aber um den Leiter der Dozentschaft der Universität Rostock.

<sup>64</sup> UAR, PA Preiser, Bl. 14, Beurteilung Preisers durch Gaudozentenbundsführer Brill, ohne Datum; vermutlich Dezember 1935.

<sup>65</sup> UAR, PA Preiser, Bl. 38, Beurteilung Preisers durch den Führer der Studentenschaft, 24.08.1936; UAR, PA Preiser, Bl. 39, Beurteilung Preisers durch den Führer der Dozentschaft, 03.09.1936.

<sup>66</sup> UAR, PA Preiser, Bl. 40, Schreiben Brills zur geplanten Ernennung Preisers zu ao. Professor der Volkswirtschaftslehre, 11.09.1936.

<sup>67</sup> UAR, PA Diller, Bl. 86, Beurteilung von Diller durch den Leiter der Dozentschaft, 14.09.1936.

lung zum Nationalsozialismus bestehen würden.<sup>68</sup>

Im Gegenzug zu diesen eher neutral bewerteten Personen wurden diejenigen, deren Einstellung klar dem Nationalsozialismus entsprach, von Brill besonders gefördert. So hatte beispielsweise der Geologe Kurt von Bülow darum gebeten, seine Professur um das Gebiet der Wehrgeologie zu erweitern.<sup>69</sup> Brill schrieb auf die Rückseite des Schreibens von Bülows an das Ministerium, dass „den Studenten Wehrgeologie in jeder nur möglichen Form nahezubringen [sei]“.<sup>70</sup>

Bei der Wiederbesetzung des Lehrstuhl für Anatomie schrieb Brill über den dafür in Frage kommenden Kurt Neubert (1898-1972), dass es sich bei diesem „nicht um einen Anfänger handelt, sondern um einen Mann, der das Fach voll und ganz beherrscht, und der deshalb auch die Würde eines ordentlichen Professors in jeder Weise verdient.“<sup>71</sup> Neubert war unter anderem SA-Rottenführer in Würzburg und Amtsleiter des NS-Dozentenbundes im Gau Mainfranken, demnach also ein Mann, der sich dem Nationalsozialismus verbunden fühlte.<sup>72</sup>

In ganz besonderem Maße setzte sich Brill für Gissel selbst ein. So hatte Brill Gissel zu seinem Nachfolger als Gaudozentenbundsführer vorgeschlagen. Er schrieb im Juni 1937 dem Reichamtsleiter des NSD-Dozentenbundes Walter Schulze (1894-1979), dass Gissel „in jeder Weise sowohl politisch wie wissenschaftlich und als Arzt seine Pflicht bis zum Letzten erfüllt hat“, und er halte es demnach für seine Pflicht, für Gissel einzutreten.<sup>73</sup>

Zur Verlängerung des Vertrages als Oberarzt setzte sich Brill ebenfalls für Gissel ein und schrieb: „Es [ist] für die Universität Rostock vom politischen Standpunkt aus unerlässlich [...], daß Herr Oberarzt Dr. Gissel in Rostock gehalten wird.“<sup>74</sup> Außerdem ist ein Schreiben überliefert, in dem Brill für Gissel bei Reichstatthalter Hildebrandt wirbt und vorschlägt, diesen zum außerordentlichen Professor zu ernennen, damit er in der Rolle als Gaudozentenbundsführer an der Universität „auch nach aussen hin mehr Stoßkraft bekommt“. Weiter schrieb Brill:

„Innerhalb der Dozentschaft [würde] die Auswirkung des Gissel übertragenen politischen Amtes weit grösser sein [...], als wenn er nur Dozent an unserer Universität ist. Wenn ich [Brill] nicht mehr als Rektor Führer der Universität bin, erachte ich es für dringend notwendig, dass der

<sup>68</sup> UAR, PA Diller, Bl. 100, Schreiben Brills zur Festanstellung Dillers, 02.02.1937.

<sup>69</sup> Von Bülow merkt an, dass er „bereits im Jahre 1930 – wohl als einziger deutscher Geologe – mit militärischen Dienststellen an Aufgaben der Landesverteidigung zusammengearbeitet hat.“ Des Weiteren habe er bereits ein Lehrbuch über Wehrgeologie verfasst, welches noch nicht erschienen ist, und habe schon eine Vorlesung zu diesem Thema gehalten. – UAR, PA von Bülow (Teil 1), Bl. 69<sup>r</sup>, Bitte von Bülows, Wehrgeologie zu lehren. 15.08.1937.

<sup>70</sup> UAR, PA von Bülow (Teil 1), Bl. 69<sup>v</sup>, Brills Unterstützung für die Wehrgeologie, 24.09.1937.

<sup>71</sup> UAR, PA Neubert, Bl. 78, Empfehlung Brills zur ordentlichen Professur von Neubert, 05.08.1937.

<sup>72</sup> Buddrus/Fritzlar, Neubert, Kurt, 296.

<sup>73</sup> UAR, PA Gissel, Bl. 75-77, Schreiben Brills an den Leiter des NSD-Dozentenbundes, 10.06.1937.

<sup>74</sup> UAR, PA Gissel, Bl. 72, Empfehlung Brills für Gissel, 10.05.1937.

Gaudozentenbundsführer auch innerhalb der Dozentenschaft eine Stellung einnimmt, die eine autoritative Stoßkraft in seinem Amte gewährleistet.“<sup>75</sup>

Es wird eines klar an den Entscheidungen, die Brill trifft: Diejenigen, die sich offen zum Nationalsozialismus bekannten, wurden von ihm gefördert und konnten darauf hoffen, Projekte verwirklichen zu können oder die Karriereleiter hinauf zu steigen. Aber auch diejenigen, die sich weniger stark dem Nationalsozialismus verbunden fühlten, erhielten eine Chance. Anders als man es von einem Nazi wie Brill erwarten würde, schien es ihn nicht zu stören, wenn in einer Beurteilung ausgesagt wurde, dass besagte Person weniger stark dem Nationalsozialismus verbunden sei. Dies kann allerdings wie im Fall von Hans Diller auch hochschulpolitisch erklärt werden, da Stellen nicht ausgefüllt werden konnten und die Position mit entsprechend gut ausgebildeten Leuten besetzt werden mussten. In diesem Fall war es also nicht hinderlich, wenn besagter Kandidat nicht dem Bild eines nationalsozialistischen Musterprofessors entsprach.

### **Benachteiligung von Personen durch Brill**

Obwohl die erste Entlassungswelle an den Hochschulen im Dritten Reich bereits vorüber war, wurden dennoch Professoren auch nach dieser Zeit aus dem Dienst entlassen, entweder durch einen vorzeitigen Ruhestand oder eine Versetzung an eine andere Hochschule. Die hier aufgeführten Professoren erlitt dasselbe Schicksal, wobei Brill in einem der beiden Fälle selbst aktiv eingriff.<sup>76</sup>

So wurde Helmuth Schreiner zum 29. Juni 1937 von Reichsstatthalter Hildebrandt in den Ruhestand versetzt und von sämtlichen Ämtern beurlaubt.<sup>77</sup> Dies geschah gemäß § 6 GWBB,<sup>78</sup> womit der Rechtsweg ausgeschlossen war. Der Dekan der Theologische Fakultät Friedrich Brunstäd (1883-1944) versuchte dennoch, Schreiner vor dem vorzeitigen Ruhestand zu bewahren.<sup>79</sup> Als Gründe für seinen vorzeitigen Ruhestand fügte der Dekan Folgendes an: So habe Anfang 1936 der Reichsstatthalter in einer öffentlichen Rede Schreiner, den er ausdrücklich mit Namen in der Rede nannte, vorgeworfen, dieser habe gesagt, dass man sich mit dem Katholizismus gegen den Nationalsozialismus verbünden müsse. Dieser Vorwurf war jedoch

---

<sup>75</sup> Ebd.

<sup>76</sup> Die Entlassung von Prof. Ganther wird hier nicht erwähnt, da zu diesem Thema ein eigener Aufsatz in diesem Band erscheint.

<sup>77</sup> UAR, PA Schreiner, Bl. 60, Schreiben an Schreiner über seinen sofortigen Ruhestand, 29.06.1937.

<sup>78</sup> Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums, § 6, sagt aus, dass Beamte zur Vereinfachung der Verwaltung in den Ruhestand versetzt werden dürfen. – Siehe Abschrift des Gesetzestextes auf: <http://www.documentarchiv.de/ns/beamteneges.html> (01.03.2011, 10:07h).

<sup>79</sup> So wies er beispielsweise darauf hin, dass eine Neubesetzung der Professur schwierig sei, da geeignete Kollegen kaum vorhanden wären, dass Schreiner ein Schüler Adolf Stöckers war und „mit innerer Notwendigkeit und Bereitschaft zu den Grundgedanken und Zielsetzungen des Nationalsozialismus [stehe]“ (Bl. 62<sup>v</sup>) und dass Schreiner Frontkämpfer war, der mehrmals verwundet wurde, und zu den sogenannten Kinderreichen gehöre. – UAR, PA Schreiner, Bl. 62-64, Schreiben der Theologischen Fakultät zum Ruhestand von Schreiner, 30.06.1937.

aufgrund von Fehlinformationen entstanden, was der Reichsstatthalter auch zugab. Ein weiterer Vorwurf gegen Schreiner war ein Aufsatz, den dieser in der Zeitschrift „Zeitenwende“ veröffentlicht hatte und der den Titel „Der Gestaltwandel des Lebens in der modernen Zivilisation“ trug. Im September 1936 wurde Schreiner dafür in einem Artikel der studentischen Zeitschrift „Die Bewegung“ angegriffen. Brunstädt sagte, dass der Aufsatz Schreiners völlig falsch verstanden und *“vollends nach Beweggrund und Zielsetzung in sachlich nicht zu rechtfertigender Weise missgedeutet worden [wäre].“*<sup>80</sup> Auch ein Vortrag, den Schreiner vor Offizieren gehalten hatte, wurde missgedeutet.<sup>81</sup> Die Theologische Fakultät vermutete hinter den Vorwürfen eine politische Denunziation Schreiners, ein Mittel, wie es weiter heißt, das weit verbreitet in der kirchlichen Auseinandersetzung war. Weiterhin stand Schreiner bereits im Fokus der Öffentlichkeit, zum einen durch seine Tätigkeit als Prediger und zum anderen durch den öffentlichen Vorwurf des Reichsstatthalters.<sup>82</sup>

Das Schreiben des Dekans blieb jedoch ungehört und die Versetzung in den Ruhestand wurde nicht aufgehoben. Von Brill selbst sind keine Einschätzungen zu Schreiner oder zu den Anschuldigungen überliefert, lediglich eine Notiz am Bericht des Dekans, diesen dem Reichserziehungsministerium unmittelbar zuzusenden, ist überliefert.<sup>83</sup> Da Brill allerdings aufgrund der eher lapidaren Gründe hätte intervenieren können, muss aufgrund der Aktenlage von einem Nichteingreifen Brills ausgegangen werden. Zwar wurde der Bericht des Dekans weitergeleitet, jedoch hätte ein Brief des Rektors weit mehr Wirkung gehabt. Andererseits war bereits Brills Amtsvorgänger Schulze über den Fall Schreiner gestolpert, was zu dessen Entlassung geführt hatte, und auch der Dekan der Theologischen Universität Brunstädt, der sich für Schreiner eingesetzt hatte, wurde kurz nach Brills Amtsniederlegung im Dezember 1937 vom neuen Rektor Ruickholdt auf Anordnung von Reichsstatthalter Hildebrandt aus dem Amt entlassen.<sup>84</sup> Es scheinen sich hier die Grenzen zu zeigen, in denen Ernst-Heinrich Brill agieren konnte, und diese Grenzen zeigte ihm der Reichsstatthalter auf, der, wie es scheint, die eigentlich bestimmende Figur in der Universitätspolitik in Rostock gewesen ist und an dessen Urteil niemand zu zweifeln wagte, wer dies doch wagte, hatte berufliche Konsequenzen zu fürchten.

Der zwangsweisen Versetzung Fritz Schalks ging, ähnlich wie bei Helmuth Schreiner, ein Konflikt mit der Studentenschaft voraus. In der Rostocker Studentenzeitschrift „Studenten in Mecklenburg-Lübeck“ waren im November und Dezember 1935 sowie im Mai 1936 mehrere Artikel erschienen, die sich mit Fritz Schalk, seinem Unterricht und seinen Publikationen auseinandersetzten. Neben der Anschuldigung zu einer Veröffentlichung Schalks, die *“unzeitgemäß“* sei, betrafen weitere die

<sup>80</sup> Ebd.

<sup>81</sup> UAR, PA Schreiner, Bl. 63<sup>v</sup>, Schreiben des Dekans der Theologischen Fakultät zum Ruhestand von Schreiner, 30.06.1937.

<sup>82</sup> UAR, PA Schreiner, Bl. 64, Schreiben des Dekans der Theologischen Fakultät zum Ruhestand von Schreiner, 30.06.1937.

<sup>83</sup> UAR, PA Schreiner, Bl. 61, Notiz zur sofortigen Übermittlung des Berichts des Dekans der Theologischen Fakultät zum Ruhestand von Schreiner, 31.06.1937.

<sup>84</sup> *Buddrus/Fritzlar*, Brunstädt, Friedrich, 92, Anm. 7.

wissenschaftliche Zeitschrift „Romanische Forschungen“, die Schalk herausgab. Die Studentenzeitschrift bezeichnete den darin erschienenen Aufsatz von Hugo Friedrich (1904-1978) mit dem Titel „Immoralismus und Tugendideal in den Liaisons dangeéreuses“ als „Erguß“ und den Autor als „Salonbolschewist.“<sup>85</sup> Friedrich selbst hatte bereits Rektor Brill angeschrieben, um die Vorwürfe darzulegen und von Brill Unterstützung in der Angelegenheit zu erbitten.<sup>86</sup> Des Weiteren hatte Friedrich in einem Schreiben das Reichserziehungsministerium ebenfalls von den Vorwürfen in Kenntnis gesetzt.<sup>87</sup>

Doch auch Schalks Unterrichtsmethoden waren der Studentenzeitung ein Dorn im Auge. Ihm wurde ein einseitiger Unterricht vorgeworfen, was anhand der von Schalk verwendeten Literatur begründet wurde.<sup>88</sup> Doch Schalk konnte diesen Einwurf entkräften, indem er angab, dass Literatur angeschafft beziehungsweise in Rostock käuflich zu erwerben wäre und dass aufgrund des geringen Budgets des Romanischen Institutes nicht einmal die wichtigsten Fachzeitschriften angeschafft werden konnten.<sup>89</sup> Weiteren Angriffen gegen seine Person und seine politische Gesinnung entgegnete Schalk, dass er aus einer angesehenen österreichischen Familie stamme und sein Vater seine völkische Zugehörigkeit durch das Zahlen von Geldern zur Entfaltung des Deutschtums und der Anschlussidee unter Beweis gestellt hätte. Schalk würde diese Gesinnung teilen.<sup>90</sup>

Brill führte seinerseits die Ermittlungen gegen Schalk weiter, die bereits von Rektor Schulze im März 1936 begonnen wurden,<sup>91</sup> und schrieb am 25. Mai 1936 dem Reichserziehungsministerium, dass es durch den Konflikt zu unhaltbaren Spannungen zwischen Schalk und der nationalsozialistischen Studentenschaft gekommen sei. Weiterhin verwies Brill auf ein Schreiben aus dem Jahre 1936 vom Führer der Hamburger Dozentenschaft, in dem bereits Schalks politische Gesinnung angezweifelt wurde und Bedenken zu seiner Versetzung nach Rostock geäußert wurden. Und bereits am 20. März 1936 hätte der Leiter der Dozentenschaft in Rostock darauf aufmerksam gemacht, dass Schalks Persönlichkeit durch die nationalsozialistische Jugend abgelehnt werden würde. Aufgrund der Bedenken hinsichtlich der Entwicklung Schalks in Rostock wollte Brill das Ministerium hiervon schon vor Ende der Untersuchung in Kenntnis setzen.<sup>92</sup> Die Studentenschaft selbst wies die Vorwürfe

<sup>85</sup> UAR, PA Schalk, Bl. 91, Schreiben Schalks an das Reichserziehungsministerium zur Richtigstellung der Anschuldigungen gegen ihn, S.1, 18.05.1936.

<sup>86</sup> UAR, PA Schalk, Bl. 86, Schreiben Hugo Friedrichs an Brill, 13.05.1936.

<sup>87</sup> UAR, PA Schalk, Bl. 91, Schreiben Schalks an das Reichserziehungsministerium zur Richtigstellung der Anschuldigungen gegen ihn, S.1, 18.05.1936.

<sup>88</sup> So soll es im Romanischen Institut drei Exemplare von Baudelaire und keines von Gobineau geben. - UAR, PA Schalk, Bl. 90, Schreiben Schalks an das Reichserziehungsministerium zur Richtigstellung der Anschuldigungen gegen ihn, S.2, 18.05.1936.

<sup>89</sup> Ebd.

<sup>90</sup> Ebd., S.3.

<sup>91</sup> *Buddrus/Fritzlar*, Schalk, Fritz, 343, Anm. 5.

<sup>92</sup> UAR, PA Schalk, Bl. 100-102, Brief Brill an das Ministerium zu Schalks Verhalten und Persönlichkeit in Rostock. 25.05.1936.

von Schalk und Friedrich von sich und erklärte, dass sie „*durch die wissenschaftliche Ausrichtung der Romanistik, so wie sie Schalk und Friedrich betreiben würden, nichts im Hinblick auf [ihren] völkischen Kampf [...] lernen können.*“<sup>93</sup>

Die Untersuchung gegen Schalk lief weiter, bis das mecklenburgische Staatsministeriums, Abteilung Unterricht, seinerseits am 10. August um Ergebnisse der Untersuchung gegen Schalk bat.<sup>94</sup> Diesem Gesuch kam Brill unverzüglich nach und schrieb in seinem Bericht, dass die Ermittlungen abgeschlossen seien. Zunächst verwies Brill nochmals auf die Schwierigkeiten, die bereits beim Wechsel Schalks von Hamburg nach Rostock angemerkt wurden. Weiterhin machte Brill nochmals auf den Bericht des Leiters der Dozentenschaft vom 20. März 1936 aufmerksam, in dem dieser anmerkte, dass Schalk versuche, sich politisch neutral zu verhalten und von der nationalsozialistischen Jugend abgelehnt werden würde.<sup>95</sup> Außerdem erwähnte Brill ein Schreiben seines Amtsvorgängers Paul Schulze vom 16. April 1936 in dem dieser berichtete, dass Schalk „*ein Gelehrter der alten Schule ist, und daß er [Schulze] die Studenten verstehen kann, die die weiche und wenig kämpferische [...] Persönlichkeit ablehnen.*“<sup>96</sup> Brill kann von den geschilderten Gutachten aus keine Änderung in Schalks Einstellung oder Verhalten feststellen, er verstünde die Studenten, die gegen Schalk aufbegehren und seinen Unterricht ablehnen würden. Zwar seien die Anschuldigungen, vor allem jene in „*Der Student in Mecklenburg-Lübeck*“ wissenschaftlich angreifbar, doch darum ginge es nicht, da „*Prof. Schalk mit seiner Auffassung von der wissenschaftlichen Erfüllung seines Lehrstuhls die akademische Jugend in keiner Weise befriedigt.*“<sup>97</sup> Brill meinte, dass die Universität nicht zur Ruhe kommen würde, sollte Schalk aufgrund seiner wissenschaftlichen Eignung in Rostock verbleiben. Zwar waren Brill keine politischen Äußerungen Schalks zu Ohren gekommen, doch eine liberalistische und weltbürgerliche Einstellung würde immer wieder als charakteristisch für Schalks Persönlichkeit genannt werden.<sup>98</sup> Weil er für Schalk keine Zukunft mehr in Rostock sah, empfahl Brill, Schalk an eine andere Hochschule zu versetzen, „*wo er unbelastet und von den seitherigen Angriffen die Möglichkeit hat, unter Beweis zu stellen, daß er den Anforderungen, die an einen Hochschullehrer unserer Zeit gestellt werden, gerecht wird.*“<sup>99</sup> Schalk wurde daraufhin zum 1. November 1936 vom Reichserziehungsminister an die Universität Köln versetzt.<sup>100</sup>

Gerade im letztgenannten Fall scheint sich eben nicht zu bestätigen, dass Brill als Verfechter des Nationalsozialismus alle Personen aus der Universität entfernen las-

<sup>93</sup> UAR, PA Schalk, Bl. 105-108, Stellungnahme der Studentenschaft der Universität Rostock, 04.06.1936 – hier Bl. 105.

<sup>94</sup> UAR, PA Schalk, Bl. Bitte des Ministeriums um Ergebnisse der Untersuchung, 10.08.1936.

<sup>95</sup> UAR, PA Schalk, Bl. 116-118, Abschließender Bericht Brills zu den Ermittlungen gegen Schalk, Bl. 1, 24.08.1936.

<sup>96</sup> Ebd., Bl. 2.

<sup>97</sup> Ebd.

<sup>98</sup> Ebd., Bl. 3.

<sup>99</sup> Ebd.

<sup>100</sup> UAR, PA Schalk, Versetzungsantrag Schalks nach Köln, 08.10.1936.

sen wollte, weil sie politisch anders dachten. Der Fall Schalk lässt einen gänzlich anderen Interpretationsansatz zu. Hier versuchte Brill, möglichen Schaden nicht vom Nationalsozialismus, sondern von der Universität abzuwenden. Er sieht, dass es zu einer Situation gekommen ist, in der ein geregelter Unterricht nicht mehr möglich war und handelte, wie heute vermutlich Rektoren auch handeln würden, und empfahl dessen Versetzung.

### **Fazit und Ausblick**

Es erscheint uns der Rektor Ernst-Heinrich Brills weniger der stramme Nazi zu sein, den er in seiner Rede vorgab. Vielmehr haben wir es mit einer Person zu tun, die sehr gut verstand, was man in der Gesellschaft des Dritten Reiches machen konnte und was nicht und was von einem Rektor erwartet wurde. Hiervon zeugen vor allem die öffentlichen Feiern und Termine, bei denen Brill stets bedacht war, sich selbst und die Universität vor der politischen Elite des Landes ins rechte Licht zu rücken. Auch bei weniger offiziellen Auftritten kam dies zum Tragen. Als Ergebnis dieses Aufsatzes ist jedoch festzustellen, dass Brill, obwohl er Rektor einer Universität war, selbst eher wenig Macht hatte. Es scheint viel mehr so zu sein, dass im Hintergrund der mächtige Reichstatthalter Hildebrandt die eigentlich bestimmende Figur war, die die Politik an der Universität Rostock gestaltete. Brill als Marionette Hildebrandts darzustellen, ist allerdings verfehlt, es sei hier vielmehr auf die besondere Situation hingewiesen, in der Brill von den Entscheidungen des Reichsstatthalters direkt abhängig war und selbst nur wenig Kritik an den Entscheidungen Hildebrandts äußern konnte, ohne selbst befürchten zu müssen, dafür gerügt und entlassen zu werden. Dies soll jedoch keinesfalls Brills Verhalten entschuldigen. Dass er ein überzeugter Nationalsozialist gewesen war, steht außer Frage. Deshalb wäre eine genaue Betrachtung von Hildebrandt und seinem Verhältnis zur Universität wünschenswert. Weiterhin ist auch eine zweite Abhängigkeit zu beobachten, diese geht von der Studentenschaft aus. So schafften es die Publikationsblätter der Studenten in zwei Fällen, unliebsame Professoren abzubestellen, und es muss hier genauer untersucht werden, welchen Einfluss die Rostocker Studentenschaft auf die Universität und ihre hochschulpolitischen Entscheidungen hatte. Es ist somit ein differenziertes Bild von Brill zu zeichnen, der die unterschiedlichsten Rollen zu spielen hatte und zu spielen verstand, indem er immer wieder abwägen musste, wie weit er gehen konnte. Sein Verhalten im Fall Schalk bezeugt dies. Insgesamt ist festzustellen, dass auch Ernst-Heinrich Brill ein Günstling des Systems war und ohne den Nationalsozialismus wohlmöglich nie zu einer solchen Position gekommen wäre.



Gunther Viereck

## **„Laßt das Natürliche so natürlich wie möglich“ – Der Hygieniker und Ernährungswissenschaftler Werner Kollath (1892-1970)<sup>1</sup>**

Zwei große Themen bestimmen die Diskussion um Arbeit und Leben des Wissenschaftlers Werner Kollath: seine Erkenntnisse zur menschlichen und tierischen Ernährung und seine Karriere während der Zeit des Nationalsozialismus. Beides ist nicht voneinander zu trennen und muss im Zusammenhang gesehen werden. Vor diesem Hintergrund erfolgt der Versuch einer Annäherung an Kollath – insbesondere auch der Ambivalenz seiner Person –, deren Schwerpunkt auf seiner Rostocker Zeit von 1935 bis 1947 liegt.

Geboren wurde Werner Georg Kollath am 11. Juni 1892 im pommerschen Gollnow als Sohn des Landarztes Dr. med. Georg Kollath (gest. 1933) und seiner Frau Marie (geb. Riedel). Nach dem Schulbesuch in Gollnow und Stettin, wo er 1911 seine Reifeprüfung am Marienstiftsgymnasium ablegte, war es der Wunsch des jungen Mannes, Medizin zu studieren. Er begann im gleichen Jahr sein Studium in Leipzig, ging 1912 nach Freiburg und später nach Berlin. Sein Physikum absolvierte er in Kiel.

Im Ersten Weltkrieg, zu dem er sich 1914 als Kriegsfreiwilliger gemeldet hatte, diente er als Feld-Unterarzt. Nach seiner Entlassung setzte er im Jahr 1919 das Studium in Marburg fort und erhielt nach bestandener Prüfung im Februar 1920 seine Approbation als Arzt. Im selben Jahr promovierte er.<sup>2</sup> Bis 1922 arbeitete er als Assistent an der Psychiatrischen und Nervenklinik in Marburg. Gern wäre Kollath im akademischen Bereich geblieben, allerdings wurde ihm die gewünschte Habilitation verwehrt.

Unzufrieden mit seiner Lebenssituation kündigte er seine Stellung auf dem Höhepunkt der deutschen Hyperinflation. Da er über einiges zeichnerisches Talent verfügte, versuchte er vom Verkauf eigener Zeichnungen zu leben. Kollath ging nach Berlin und besuchte dort die Sozialhygienische Akademie, forschte nebenbei und bemühte sich um die Zulassung als preußischer Kreisarzt. Als ihm 1923 eine außerplanmäßige Assistentenstelle bei Richard Pfeiffer (1858-1945) am Hygiene-Institut der Universität Breslau angeboten wurde, ergriff er die Gelegenheit, um vielleicht doch noch eine universitäre Laufbahn einzuschlagen. Aus den ursprünglich geplanten drei Monaten wurden dann zwölf Jahre. In jener Zeit widmete sich Kollath der Bakteriologie und untersuchte den von Pfeiffer 1891 gefundenen Influenzabazillus. Dies war zugleich sein Einstieg in die damals noch recht junge, sehr populäre Vitaminforschung, da als wichtige Wachstumsfaktoren der Bakterien Vi-

---

<sup>1</sup> Überarbeitete und erweiterte Fassung von *Gunther Viereck*, Der Wissenschaftler Werner Kollath (1892-1970). „Laßt das Natürliche so natürlich wie möglich.“, in: Beiträge zur Geschichte der Stadt Rostock 28, Rostock 2006, 195-205.

<sup>2</sup> *Werner Kollath*, Beiträge zur Pathogenese der Dystrophia adiposo-genitalis. Diss. med. Marburg 1920.

tamine bzw. vitaminähnliche Stoffe vermutet wurden. Seine Forschungen berührten neben der Bakteriologie auch das Gebiet der Biophysik und Biochemie; zusammen mit verschiedenen Forschern aus Breslau führte er eine Reihe von interdisziplinären Forschungsvorhaben durch.<sup>3</sup> 1926 erfolgte dann die Habilitation mit einer Arbeit über „Vitaminsubstanz oder Vitaminwirkung?“<sup>4</sup>

Mit der Zeit rückten an die Stelle der Bakterien Tiere als Versuchsobjekte, und Vitaminmangelerkrankungen nahmen einen immer größeren Platz in seinen Untersuchungen ein. Im Gegensatz zu anderen Kollegen verfolgte er dabei einen ganzheitlichen Ansatz. Getreu dem aristotelischen Motto „*Das Ganze ist mehr als die Summe seiner Teile*“ ging er davon aus, dass diese Erkrankungen nicht allein auf das Fehlen bzw. Vorhandensein bestimmter Vitamine und Stoffe zurückzuführen sind, sondern ihre Ursache im Wechselspiel zwischen diesen bzw. bestimmter, erst noch zu entdeckender Kräfte haben. Sein medizinischer Hintergrund war ihm dabei hilfreich.

Die bei seinen Versuchen mit Fütterungsdiäten gemachten Beobachtungen führten dazu, dass sich Kollath verstärkt dem Gebiet der Ernährung widmete. Seine akademische Karriere gewann an Fahrt. 1932 wurde er zum außerordentlichen Professor und im Herbst 1933 zum stellvertretenden Direktor des Hygienischen Instituts Breslau ernannt. Nach der Machtergreifung der Nationalsozialisten stellte sich Kollath auf seine Weise auf die neuen Zeiten ein. Im April 1933 beantragte er die Aufnahme in die NSDAP und wurde im Oktober des Jahres förderndes Mitglied der SS. Zudem war er Mitglied im Reichsluftschutzbund, der Reichskammer der bildenden Künste und wie viele andere Pädagogen auch im Nationalsozialistischen Lehrerbund bzw. dem Nationalsozialistischen Deutschen Dozentenbund.<sup>5</sup>

Es stellt sich die Frage: Tat er dies aus innerer Überzeugung oder eher, um seine Karriere nicht zu gefährden und weiter zu befördern? Egal wie die Antwort ausfällt, fest steht, dass sich Kollath frühzeitig mit dem Regime arrangierte, wie auch die folgende Zeit zeigt. Er selbst hat sich später dazu nicht geäußert, sieht man von einigen Schreiben ab, mit denen er nach 1945 vergeblich seine antifaschistische Gesinnung zu belegen versuchte. Auch die von seiner Frau Elisabeth nach dem Tod veröffentlichten Biographien klammern dieses Kapitel völlig aus.<sup>6</sup> Zwar vermitteln sie durchaus interessante Fakten aus dem Leben Kollaths, tragen aber – was zu erwarten war

<sup>3</sup> *Herbert Warning*, Werner Kollath. Wissenschaftliche Arbeiten. Bad Homburg 1963.

<sup>4</sup> *Werner Kollath*, Vitaminsubstanz oder Vitaminwirkung? Eine Studie über Zusammenhänge zwischen Mineral- und Sauerstoff-Stoffwechsel, Phosphatiden und ultraviolettem Licht, geprüft an den Wachstumsbedingungen des Influenzabazillus (Bazillus Pfeiffer), in: Zentralblatt für Bakteriologie, Parasitenkunde und Infektionskrankheiten Abt. 1. Bd. 100, 1926, 97-145.

<sup>5</sup> *Jörg Melzer*, Vollwerternährung. Diätetik, Naturheilkunde, Nationalsozialismus, sozialer Anspruch. Stuttgart 2003, 216. Der Eintritt in die NSDAP erfolgte erst im Mai 1934, da der erste Antrag verloren ging.

<sup>6</sup> *Elisabeth Kollath*, Werner Kollath. Forscher, Arzt und Künstler. München 1973; *dies.*, Vom Wesen des Lebendigen. Biographie des Ernährungswissenschaftlers Prof. Dr. med. Werner Kollath (1892-1970). Lebensbilder, wissenschaftliches Werk, Idee und Vermächtnis. Stuttgart 1989.

– wenig zu einer objektiven Darstellung der Persönlichkeit bei. Vielmehr stellt Elisabeth Kollath ihn entsprechend seiner eigenen Ansicht als Opfer der Umstände dar, was Jörg Melzer mit seiner umfassenden Quellenauswertung widerlegt hat.<sup>7</sup>

Politisch stand Kollath nationalkonservativen Anschauungen nahe. Den Nationalsozialismus lehnte er nicht ab – zumindest nicht offen. In den Gutachten zu einer möglichen Berufung zum Professor für Hygiene an der Universität Rostock war über seine politische Einstellung vermerkt, „*dass er sich nach dem 30. Januar 1933 mit dem Gedankengut des Nationalsozialismus auseinandergesetzt und sich dazu bekannt hat. Politisch besonders hervorgetreten ist er jedoch nicht.*“<sup>8</sup> Kollath erhielt den Ruf und wechselte im April 1935 nach Rostock, wo er der Nachfolger von Theodor von Wasielewski (1868-1941) auf dem Lehrstuhl für Hygiene wurde. Zugleich wurde er zum Direktor des Hygienischen Instituts ernannt. In der Folge äußerte er sich mehr und mehr im Sinne der nationalsozialistischen Ideologie, so dass nicht mehr von einem Mitläufer gesprochen werden kann. Kollath begann mit der Ausarbeitung eines Hygienelehrbuchs, natürlich „im nationalsozialistischen Sinne“, wie er dem Dekan der Medizinischen Fakultät in einem Brief mitteilte.<sup>9</sup> In das Gebiet der Hygiene schloss er auch ausdrücklich die Rassenhygiene ein, wie entsprechende Vorlesungen, Seminare und Vorträge belegen. Er engagierte sich stark für einen Lehrstuhl für Erbbiologie und Rassenhygiene, der 1943/44 eingerichtet wurde, und versuchte Hermann Boehm (1884-1962) dafür zu gewinnen. Dieser Plan zerbrach sich, so dass dann Hans Grebe (1913-1999) als einer der jüngsten Professoren des nationalsozialistischen Deutschlands berufen wurde.

Im Sommer 1936 wurde Kollath zum 1. Stellvertreter im Rostocker Erbgesundheitsgericht bestellt. In seiner Personalakte finden sich eine Reihe von Anhaltspunkten, die seine regimekonforme Haltung belegen.<sup>10</sup> So denunzierte Kollath in einem Reisebericht von 1936 zwei Kollegen. Es gibt Berichte von Mitarbeitern zu seiner politischen Einstellung und seinen Kontakten zu führenden Nationalsozialisten, wie z. B. zum Gauleiter von Mecklenburg Friedrich Hildebrandt (1898-1948).

Auch in seinen Veröffentlichungen positionierte er sich eindeutig – und dabei nicht nur in den Vorworten. Selbst dort ließ er es sich nicht nehmen, darauf hinzuweisen, mit dem Schreiben des Buchs am Tag des Polenfeldzugs begonnen zu haben.<sup>11</sup> Die (eigene) Wissenschaft ordnete er der Staatsräson unter. So schrieb er 1937: „*Sie [die Hygiene – GV] muß sich aber auch der politisch-wirtschaftlichen staatlichen Grundanschauung und Gesetzgebung anpassen.*“<sup>12</sup> Sein 1937 erschiene-

---

<sup>7</sup> Melzer, Vollwerternährung 2003, 207-259, ders., Werner Kollath 1933-1945. Dokumentensammlung und Kommentare. Bad Soden 2002.

<sup>8</sup> Universitätsarchiv Rostock (UAR), Personalakte (PA) Werner Kollath, Bl. 19.

<sup>9</sup> Melzer, Vollwerternährung 2003, 219.

<sup>10</sup> UAR, PA Werner Kollath.

<sup>11</sup> Werner Kollath, Zur Einheit der Heilkunde. Stuttgart 1942.

<sup>12</sup> Werner Kollath, Von den Aufgaben der hygienischen Forschung im 3. Reich (Rostocker Universitätsreden, Bd. 21). Rostock 1937, 18.

nes Hygienelehrbuch<sup>13</sup> enthält eine Reihe von rassistischen Aussagen. Er setzt sich darin auch für Zwangssterilisierungen und die „*Ausschaltung Minderwertiger*“ ein. Immerhin erschien nach dem Zweiten Weltkrieg eine verbesserte und überarbeitete Auflage, bei der diese Passagen gestrichen sind. Jörg Melzer bemerkt dazu: „*Er tauscht die Rassenhygiene gegen Sozialhygiene, Goebbels gegen Goethe und streicht z. B. die Passagen über Hitler, über Auslese, Erbmasse und Zwangssterilisation.*“<sup>14</sup> Ohne diese Vorgeschichte zu kennen und nur anhand des Textes der zweiten Auflage, erscheint der Ansatz Kollaths durchaus modern. Ausgehend von einer ganzheitlichen, nachhaltigen Betrachtungsweise fordert er Vorbeugen statt Heilen und setzt den Schwerpunkt auf eine gesunde Ernährung. Dabei ging er von der Hypothese aus, dass viele Krankheiten Ergebnisse einer falschen Ernährung sind.

Seine seit Anfang der 1930er Jahre an Ratten durchgeführten Langzeitstudien mit speziellen Futterzusammensetzungen schienen diese Theorie zu bestätigen. Im Ergebnis entwickelte er das Experimentalmodell der Mesotrophie (Halb- bzw. Teilverternährung) und beschrieb damit „*einen Lebenszustand an der Grenze zwischen Gesundheit und Krankheit*“.<sup>15</sup> Zwar wirkten die Tiere äußerlich gesund, allerdings stellte sich mit zunehmender Dauer Stoffwechselstörungen ein, die zur Zunahme von chronischen Krankheiten führte. Die Mesotrophiediät setzte sich aus äthergereinigtem Casein, Reisstärke, Erdnussöl, Rindertalg, Zellulose, Vitamin B<sub>1</sub> sowie Kalium und Zinksalzen zusammen. Anhand dieser Basisdiät konnte die Wirkung von zusätzlich verabreichten Stoffen erforscht werden – glaubte jedenfalls Kollath.<sup>16</sup> Seine Kollegen reagierten eher skeptisch, insbesondere als er als ein Ergebnis seiner Untersuchungen 1942 das Konzept der „Auxone“ präsentierte. Erst durch diese Zellvermehrungsstoffe sollten spezielle Wirkungen von Vitaminen möglich sein. Seine Hoffnungen, eventuell auf eine neue Gruppe von Spurenelementen gestoßen zu sein, erfüllten sich jedoch nicht.

Bei den Versuchen spielte frischer Getreidebrei eine große Rolle. Kollath hatte beobachtet, dass dessen Verzehr zu einem Rückgang bzw. zur Heilung der durch die Mesotrophiediät verursachten chronischen Erkrankungen führte. Daher spielten Zeerealien später eine wichtige Rolle in seiner Forschung.

Seine Erkenntnisse verarbeitete er in einem Werk, das 1942 unter dem Titel „*Die Ordnung unserer Nahrung*“<sup>17</sup> erschien. Darin stellte er das Ernährungskonzept der Vollwertkost vor. Kollaths Grundsatz lautete: „*Laßt das Natürliche so natürlich wie möglich.*“<sup>18</sup> Durch die Be- und Verarbeitung der Nahrung würden essentielle In-

<sup>13</sup> Werner Kollath, Grundlagen, Methoden und Ziele der Hygiene. Eine Einführung für Mediziner und Naturwissenschaftler, Volkswirtschaftler und Techniker. Leipzig 1937.

<sup>14</sup> Melzer, Vollwerternährung 2003, 217.

<sup>15</sup> Bernhard Watzl, Claus Leitzmann, Eine Kommentierung der ernährungswissenschaftlichen Arbeiten von Werner Kollath, in: Werner Kollath, Die Ordnung unserer Nahrung, 17. Aufl., Stuttgart 2005, 295.

<sup>16</sup> Ebd.

<sup>17</sup> Werner Kollath, Die Ordnung unserer Nahrung. Grundlagen einer dauerhaften Ernährungslehre. Stuttgart 1942.

<sup>18</sup> Werner Kollath, Grundlagen, Methoden und Ziele der Hygiene 1937, 274.

haltsstoffe vernichtet bzw. in ihrer Wirksamkeit eingeschränkt. In seinem Buch ordnete er die Nahrung nach „Lebensmitteln“ und „Nahrungsmitteln“ und unterschied verschiedene Wertstufen:

Wertstufe 1: unveränderte, frische Lebensmittel

Wertstufe 2: mechanisch veränderte Lebensmittel

Wertstufe 3: enzymatisch veränderte Lebensmittel

Wertstufe 4: hitzebehandelte Nahrungsmittel

Wertstufe 5: konservierte oder stark verarbeitete Nahrungsmittel

Wertstufe 6: aus Lebensmitteln isolierte Nahrungssubstanzen.

Während er den Verzehr von „vollwertigen *Lebensmitteln*“ (Stufe 1-3) empfahl, riet er von „teilwertigen *Nahrungsmitteln*“ ab. Nur weitgehend unbehandelte Lebensmittel würden genügend „Auxone“ enthalten. Gekochte Kost ist seiner Auffassung nach grundsätzlich nur „teilwertig“.<sup>19</sup> Entscheidend – laut Kollath – sind auch die qualitativ hochwertige Erzeugung der Nahrung und eine ganzheitliche Herangehensweise.

Natürlich ist im Forschungsprozess auch das Betreten von Sackgassen gestattet. Doch das methodische Vorgehen muss gesichert sein. Fragwürdig war z. B. die unveränderte Übertragung der im Tierversuch gewonnenen Erkenntnisse auf den Menschen. Die Rattendiät und ihre Auswirkungen auf die Tiere setzte Kollath mit der üblichen, überwiegend industriell gefertigten Nahrung der Menschen und den Zivilisationskrankheiten Übergewicht, Diabetes und Bluthochdruck gleich. Grund für diese Annahme bildeten die Ähnlichkeiten der Organveränderungen bei chronisch kranken Menschen und Tieren, die dem ausgebildeten Arzt aufgefallen waren. Doch selbst seinen Theorien gegenüber aufgeschlossene Wissenschaftler lehnten und lehnen diese Schlussfolgerungen ab.<sup>20</sup> Auch die Grundannahme, dass Rohkost immer gesünder als behandelte Lebensmittel sei, ist heute wissenschaftlich widerlegt.<sup>21</sup> Aus heutiger Sicht sind seine Ernährungstheorien überwiegend nur noch wissenschaftshistorisch interessant, wenngleich es vor allem im Bereich der Alternativmedizin immer noch überzeugte Anhänger der Lehre Kollaths gibt. Davon zeugt auch die kontinuierliche Neuauflage seines Werkes, allerdings in überarbeiteter Form, zuletzt 2005. Immerhin geht der Begriff „Probiotika“, der für gesundheitsfördernde Mikroorganismen (und ein milliardenschweres Geschäft der Lebensmittelkonzerne) steht, auf Kollath zurück, der ihn 1953 prägte.

Doch zunächst brachte das Ende des Zweiten Weltkrieges einen tiefen Einschnitt in das Leben Kollaths, wie in das der meisten Deutschen. Mit dem Kriegsende wurde die Universität Rostock geschlossen und ihre Mitglieder in eine ungewisse Zukunft entlassen. Erst am 25. Februar 1946 wurde sie wieder eröffnet; allerdings befand sich Kollath nicht mehr unter dem Lehrkörper, denn im November 1945 wurde er aus politischen Gründen von der neuen Landesregierung entlassen. Er blieb aber zunächst noch Direktor des Medizinaluntersuchungsamtes und Seuchenkommissar.

<sup>19</sup> Melzer, Vollwerternährung 2003, 253.

<sup>20</sup> Watzl, Leitzmann, Kommentierung 2005, 298.

<sup>21</sup> Udo Pollmer, Susanne Warmuth, Lexikon der populären Ernährungssirrtümer. München 2006, 324.

In seinem Einspruch gegen diese Entscheidung wies er die gegen ihn erhobenen Vorwürfe zurück und behauptete: „*So habe ich mein Leben dazu benutzt, um wissenschaftlich die Waffen gegen den Faschismus zu schmieden [...]*“.<sup>22</sup> Er sah sich als Opfer einer Verschwörung „*als Folge meiner jahrelangen antifaschistischen Tätigkeit*“, hinter der „*aus der faschistischen Ära stammende Universitätsmitglieder*“<sup>23</sup> standen. Die Quellen sprechen allerdings eine andere Sprache. Die Versuche Kollaths, die eigene Vergangenheit durch Verdrehung und bewusst unrichtige Darstellung der Tatsachen zu beschönigen, lassen ihn in einem wenig günstigen Licht erscheinen. Ein Beispiel ist der Fall des polnischen Doktoranden jüdischen Glaubens Bernhard/Bencjan Hochmann (1914-?), den er damals zu seiner Entlastung anführte. Kollath hatte das Vorhaben 1938, also drei Jahre nach den Nürnberger Gesetzen, befürwortet und unterstützt. So wie von ihm geschildert<sup>24</sup> und wie es andere später unkritisch übernahmen,<sup>25</sup> hatte es sich aber nicht zugetragen, wie die Akten belegen. Hochmann wollte damals mit einer „Studie zum Vitamin B1 Haushalt“ promovieren und wurde von Kollaths Assistenten Fritz Sander (1898-1959), später Professor in Rostock, betreut. Dass er Jude war, erfuhren beide anscheinend erst durch den Gaudozentenführer, der daraus ein Politikum machte und ein Parteiausschlussverfahren gegen Kollath einleitete. Dieser distanzierte sich daraufhin deutlich von Hochmann und schob seinem Assistenten die alleinige Verantwortung zu, was deren Verhältnis in der Zukunft stark belastete. Im Zuge einer Amnestie im Dezember 1938 wurde das Verfahren eingestellt.

Auch die Behauptung, dass Kollath nur dienstlich mit dem Gauleiter Hildebrandt verkehrt hätte, muss bezweifelt werden. Kurz nach den verheerenden Bombenangriffen auf Rostock gab der Gauleiter bei Kollath zehn Zeichnungen in Auftrag, die „Rostock in seinen schwersten Tagen“ zeigen sollten. Wie bereits erwähnt, war er zeichnerisch begabt. Ausstellungen seiner Bilder und Graphiken fanden 1930 in Breslau, 1939 in Berlin und 1940 in Rostock statt.<sup>26</sup> Hildebrandt hatte die Zeichnungen drucken und die Mappen an seine Mitarbeiter und Freunde verschenken lassen. Dass Kollath davon nichts gewusst haben will, ist unglaublich.

Zu seiner Hygieneforschung führte er Ende November 1945 aus:

„Das faschistische System und sein Schrifttum lag [sic] meiner Arbeitsrichtung völlig fern. Alle Hygiene ist letzten Endes Umweltforschung und der Ausdruck ‚Rassenhygiene‘ ist deshalb ein Widerspruch in sich. Angesichts der gewaltigen Propaganda war es aber äusserst schwierig, diese Antithese nicht nur zu ahnen, sondern sie auch zu beweisen. [...] Und wer meine Ar-

<sup>22</sup> UAR, PA Werner Kollath, Bl. 421.

<sup>23</sup> Zitiert nach *Melzer*, Vollwerternährung 2003, 228.

<sup>24</sup> UAR, PA Werner Kollath, Bl. 424f. 445

<sup>25</sup> *Uwe Spiekermann*, Der Naturwissenschaftler als Kulturwissenschaftler. Das Beispiel Werner Kollaths, in: Gerhard Neumann/Alois Wierlacher/Rainer Wild (Hrsg.), Essen und Lebensqualität. Natur- und Kulturwissenschaften im Gespräch, Frankfurt am Main/New York 2001, 247-274. Abgesehen davon handelt es sich um eine sehr lesenswerte Studie.

<sup>26</sup> *Theodor Struck*, Künstler aus innerer Berufung. Universitätsprofessor Dr. Werner Kollath als Maler, in: Mecklenburgische Monatshefte, 16. Bd. 1940, 232-233.

beiten in diesen 10 Jahren verfolgt, wird feststellen, dass eine immer stärkere Gegnerschaft in den Tatsachen und Ideen zum Ausdruck kommt. [...] So habe ich mein Leben benutzt, um wissenschaftlich die Waffen gegen den Faschismus zu schmieden.“<sup>27</sup>

Jedoch halfen all seine Beteuerungen nichts. Er wurde nicht wieder in den Hochschuldienst eingestellt. Auch seine Aufnahmeanträge in die KPD und SED wurden abgelehnt. Als er Anfang 1947 auch seines Amtes als Direktor des Gesundheitsamtes enthoben wurde, beschloss das Ehepaar Kollath angesichts der unsicheren Zukunft, die sowjetische Besatzungszone zu verlassen. Anfang März flohen sie über Westberlin nach Hannover und kamen dort beim Keksfabrikanten Bahlsen unter, für den Kollath in den folgenden Jahren als Berater arbeitete.

Kollath kannte Bahlsen aus seiner Rostocker Zeit, als er für diesen Fliegerabwurf-nahrung entwickelt und getestet hatte. Neben der Beratertätigkeit bereitete er die Neuauflage seines Hygienelehrbuchs vor. Das Honorar ermöglichte ihm und seiner Frau eine ausgedehnte Südamerikareise (Herbst 1950 bis Sommer 1951). In Santiago de Chile hielt er mehrere Vorträge über Ernährung, woraufhin ihm eine Stelle an der Medizinischen Fakultät angeboten wurde. Kollath lehnte ab, obwohl er in Deutschland nie wieder an einer Hochschule arbeitete. Immerhin wurde er 1952 offiziell in den vorzeitigen Ruhestand versetzt, was dem Ehepaar Kollath durch die Pensionsbezüge eine gewisse finanzielle Sicherheit verschaffte. Daneben war er mit dem Kollath-Frühstück – einem speziellen Getreidemüsli – und anderen Vollwertprodukten sowie Tierfutter als Unternehmer erfolgreich.

Werner Kollath widmete sich nun vor allem der Verbreitung seiner Ernährungslehre. Er war Mitglied in verschiedenen Ernährungsgremien, hielt eine Vielzahl von Vorträgen und veröffentlichte eine Reihe von Artikeln und Büchern zu diesem Thema. Über die Jahre präzisierte und verfeinerte er seine Theorie der „Vollwert-Ernährung“, ohne ihr jedoch wesentliche Neuerungen hinzuzufügen. Abseits des akademischen Lebens stehend, wurde Kollath in den letzten Jahren seines Lebens zunehmend dogmatischer in Bezug auf die eigene Ernährungslehre. Ihm gelang es nicht mehr, seine Erkenntnisse mit der aktuellen wissenschaftlichen Diskussion in Einklang zu bringen.

1959 zog das Ehepaar nach Porza bei Lugano (Tessin). Dort starb Werner Kollath am 19. November 1970.

Was bleibt, ist ein widersprüchliches Bild der Person und des Forschers Werner Kollath – so widersprüchlich wie das vieler deutscher Wissenschaftler seiner Generation. Auf der einen Seite gab er mit seinen Untersuchungen und Werken der noch jungen Ernährungswissenschaft wichtige Entwicklungsimpulse. Auch sein ganzheitliches Verständnis von Hygiene kann als modern bezeichnet werden, war aber an ein zweifelhaftes Menschen- und Gesellschaftsbild gebunden.

---

<sup>27</sup> UAR, PA Werner Kollath, Bl. 421.



## **Forschungsförderung im Nationalsozialismus Der Rostocker Pharmakologe Peter Holtz und Andere\***

### **Zur Einführung – Fragen und Leitlinien**

Die Titelformulierung und ihre bewusst offene Gestaltung bedarf einer Präzisierung, denn es wird in diesem Beitrag nicht ausschließlich um Peter Holtz<sup>1</sup> (1902-1970) gehen. Es ist auch nicht meine Absicht, den Pharmakologen Peter Holtz als „Rostocker“ Wissenschaftler vorzustellen, sondern als typischen Vertreter einer bestimmten Gruppe von Wissenschaftlern zu betrachten, die aus unserer heutigen Sicht über „unbehagliche Wissenschaftlerkarrieren“<sup>2</sup> verfügen. Peter Holtz und „Andere“ waren Wissenschaftler, die in der NS-Zeit an universitären oder anderen Forschungseinrichtungen gearbeitet haben und dabei finanzielle Förderung durch die öffentliche Hand erhielten. Dies erfolgte nicht in erster Linie aufgrund ihrer politischen Loyalität zur NS-Bewegung, obwohl diese oft vorhanden war, sondern weil ihre wissenschaftlichen Leistungen überdurchschnittlich gut waren.

Peter Holtz dient mir aber nicht ausschließlich als heuristisches Vehikel, denn als karrierebewusster Wissenschaftler hatte sich die Person Peter Holtz in ethisch bedenklicher Weise Grenzen genähert oder sie überschritten, vor denen andere Angehörige derselben Generation und in vergleichbarer sozialer Lage durchaus inne gehalten hatten. Konkret ist damit die Bereitschaft zur Zusammenarbeit mit dem „SS-Ahnenerbe“<sup>3</sup> angesprochen, die auf seinem freien Entschluss beruhte. Die Kooperation hatte sich weder zwangsläufig aus den Forschungsfragen von Peter Holtz ergeben noch musste sie vom nationalsozialistischen Gewaltregime erzwungen werden.

---

\* Peter Schmiedebach zum 60. Geburtstag gewidmet.

<sup>1</sup> Um Verwechslungen mit dem fast gleichaltrigen Namensvetter Friedrich Holtz (1898-1967) zu vermeiden, wird im Folgenden stets der vollständige Name angeführt, denn sie arbeiteten beide auf ähnlichen Gebieten: Friedrich Holtz definierte seinen Forschungsbereich 1940/41 mit „Physiologie, Pharmakologie“, während Peter Holtz „Hormone, Vitamine, Fermente“ angab (Kürschners Deutscher Gelehrten-Kalender 1940/41, hrsg. v. Gerhard Lüdtkke. 6. Ausgabe, Berlin 1941, Bd. 1, 770).

<sup>2</sup> *Mariacarla Gadebusch Bondio u.a.*, Unbehagliche Wissenschaftlerkarrieren. Namengebung und moralische Verantwortung am Beispiel Peter Holtz, in: *Mariacarla Gadebusch Bondio/Thomas Stamm-Kuhlmann* (Hrsg.), *Wissen und Gewissen. Historische Untersuchungen zu den Zielen von Wissenschaft und Technik*. Münster/Berlin 2009, 91-106, als biografische Arbeit zur Person vergleiche *Christina Witte*, „Ungestört wissenschaftlich weiterarbeiten...“. *Der Pharmakologe Peter Holtz (1902-1970)*, Diss. med., Greifswald 2006.

<sup>3</sup> Zum „Institut für Wehrmedizinische Zweckforschung“ der Forschungsgemeinschaft SS-Ahnenerbe vergleiche *Florian Schmaltz*, *Kampfstoff-Forschung im Nationalsozialismus. Zur Kooperation von Kaiser-Wilhelm-Instituten, Militär und Industrie* (Geschichte der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft im Nationalsozialismus, Bd. 11), Göttingen 2005, besonders Kapitel 6: Menschenversuche im Konzentrationslager Natzweiler, 521-562).

Historische Fragestellungen dieser Art gehören zwar zum klassischen Gebiet der Täterforschung, aber diese hat sich bislang kaum mit der differenzierten Frage der Qualität der wissenschaftlichen Arbeit im Nationalsozialismus befasst. Im Rahmen von breiter angelegten historischen Untersuchungen zur Forschungs- und Wissenschaftspolitik im 20. Jahrhundert wurden nun aber in den letzten Jahren zunehmend auch die Akteure der NS-Zeit in ihrem jeweiligen nationalsozialistischen Umfeld in den Blick der *wissenschaftshistorischen* Arbeit genommen. „Komplexität und Kontextualisierung“ benannte Peter Longerich kürzlich als Kernaufgaben der historischen Forschung über den Nationalsozialismus im Gesamten, wobei er auch die Überwindung der Grenzen der Täterforschung forderte:

„[E]s geht im Kern darum, deutlich zu machen, wo präzise die Grenzen lagen, innerhalb derer die Täter einigermaßen autonom handeln konnten. Dies erfordert aber eine enge Vernetzung mit den anderen Zweigen der Holocaustforschung, die sich mit der Geschichte der Opfer, mit verschiedenen Kräften in den besetzten und verbündeten Ländern sowie mit der Haltung der alliierten und neutralen Staaten befassen“.<sup>4</sup>

Im Bereich der historischen Wissenschaftsforschung führte die verstärkte Kontextualisierung unter anderem dazu, dass die Beziehung von Wissenschaftlern zu den NS-Institutionen nicht mehr ausschließlich passiv definiert wurde. In vielen Fällen, so ein wichtiges Ergebnis der neueren Arbeiten, dienten Staat und Forschung als „Ressourcen füreinander“,<sup>5</sup> eine Sichtweise, die das überlieferte Bild des politisch desinteressierten, neutralen und sachlich korrekt arbeitenden Wissenschaftlers beträchtlich beschädigte. Ein Experte für die wissenschaftshistorische Erforschung der NS-Zeit, der Physikhistoriker Mark Walker, fasste in einem Interview diese Erkenntnis über die Mehrheit der im nationalsozialistischen Deutschland tätigen Wissenschaftler zugespitzt so zusammen: „*Wissenschaftler sind auch nur Opportunisten*“.<sup>6</sup>

### **Institutionen der Wissenschaftsförderung und die Aufarbeitung ihrer NS-Geschichte**

Im 20. Jahrhundert hatte nicht nur ein enormer Aufschwung der naturwissenschaftlich-technischen Forschung eingesetzt, sondern parallel hierzu entwickelte sich gleichfalls eine (rückblickend so bezeichnete) „*Verwissenschaftlichung ethischer*

<sup>4</sup> Peter Longerich, Tendenzen und Perspektiven der Täterforschung, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 2007, H. 14/15, 3-7, hier 3.

<sup>5</sup> Mitchell G. Ash, Wissenschaft und Politik als Ressourcen für einander, in: Rüdiger vom Bruch/Brigitte Kaderas (Hrsg.), *Wissenschaften und Wissenschaftspolitik. Bestandsaufnahmen zu Formationen, Brüchen und Kontinuitäten im Deutschland des 20. Jahrhunderts*. Stuttgart 2002, 32-51.

<sup>6</sup> „Wissenschaftler sind auch nur Opportunisten“. Mark Walker im Interview mit Max Rauner, in: *Die Zeit*, Nr. 10/3. März 2005, 38.

*Positionen*“,<sup>7</sup> die in den Debatten um die Kosten der öffentlichen Gesundheitspflege sowie der Gesellschafts- und Sozialplanungen im Gesamten zum Tragen kam. Die zunehmende Ablösung religiös motivierter ethischer Begründungsmuster betraf auch die medizinische Wissenschaft und die Forschung. Wissenschaftliche Kenntnisse wurden zunehmend als anwendbares Expertenwissen zur Lösung von Problemen nachgefragt – sei es in Form von politisch-ideologisch aufgeladenen, als typisch nationalsozialistisch wahrgenommenen Forschungsergebnissen aus den Gebieten der Rassenhygiene und der Volksbiologie, sei es in den international bearbeiteten Fragen zum Beispiel der Infektiologie mit der durchaus rational motivierten Suche nach einem (Impf-)Schutz gegen übertragbare Erkrankungen oder nach Aufklärung der Grundfragen zu Krebserkrankungen.

Die Geschichte der Wissenschaften ist daher von großer Bedeutung auch für die Darstellung und Interpretation der allgemeinen Geschichte.<sup>8</sup> In den letzten Jahren wurde nun zunehmend über die Geschichte der Wissenschaften im Nationalsozialismus geforscht und auch vieles publiziert. Zwei große Organisationen der Forschungsförderung in Deutschland, die „Max-Planck-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften“ (MPG) und die „Deutsche Forschungsgemeinschaft“ (DFG), richteten langjährig tätige Forschergruppen zur Untersuchung der Geschichte ihrer Vorgängerorganisationen ein. Im Falle der Max-Planck-Gesellschaft handelte es sich um die 1911 gegründete „Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften“ (KWG), die DFG-Geschichte begann 1920 mit der Gründung der „Notgemeinschaft der Deutschen Wissenschaft“, die 1929 zunächst in „Deutsche Gemeinschaft zur Erhaltung und Förderung der Forschung (Notgemeinschaft der Deutschen Wissenschaft)“ umbenannt wurde und seit dem 30. Oktober 1937 satzungsgemäß den Namen „Deutsche Forschungsgemeinschaft“ führt.<sup>9</sup>

Nach verschiedenen Anläufen zur Erforschung der DFG-Geschichte sollte diesmal der Zugang in verschiedenen Themenquerschnitten erfolgen, um zu verhindern, dass die Geschichte der Forschungsförderung durch die DFG als bloße Institutionengeschichte aufgefasst und dargestellt wird. Im Unterschied zu den früheren Darstellungen<sup>10</sup> sollte nun zu Beginn des 21. Jahrhunderts die wissenschafts-

---

<sup>7</sup> Peter Weingart u.a., Rasse, Blut und Gene. Geschichte der Eugenik und Rassenhygiene in Deutschland [zuerst 1988], Frankfurt/Main 1992, 319.

<sup>8</sup> Margit Szöllösi-Janze, Der Wissenschaftler als Experte. Kooperationsverhältnisse von Staat, Militär, Wirtschaft und Wissenschaft, 1914-1933, in: Doris Kaufmann (Hrsg.), Geschichte der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft im Nationalsozialismus. Bestandsaufnahme und Perspektiven der Forschung (2 Bde.). Göttingen 2000, Bd. 1, 46-64, sowie dies., Wissensgesellschaft in Deutschland: Überlegungen zur Neubestimmung der deutschen Zeitgeschichte über Verwissenschaftlichungsprozesse, in: Geschichte und Gesellschaft 30, 2004, 275-311.

<sup>9</sup> Sören Flachowsky, Von der Notgemeinschaft zum Reichsforschungsrat. Wissenschaftspolitik im Kontext von Autarkie, Aufrüstung und Krieg (Studien zur Geschichte der Deutschen Forschungsgemeinschaft, Bd. 3). Stuttgart 2008.

<sup>10</sup> Kurt Zierold, Forschungsförderung in drei Epochen. Deutsche Forschungsgemeinschaft: Geschichte, Arbeitsweise, Kommentar. Wiesbaden 1968, Thomas Nipperdey/Ludwig Schmugge, 50 Jahre Forschungsförderung in Deutschland. Ein Abriss der Geschichte der Deutschen Forschungsgemeinschaft 1920-1970. Bonn/Bad Godesberg 1970, und Notker Hammerstein, Die Deutsche

und forschungsorientierte Perspektive im Vordergrund stehen, die aus den umfangreich überlieferten Aktenbeständen von DFG und Reichsforschungsrat für einzelne Fachbereiche herauszuarbeiten war.

Die Forschergruppe zur „Geschichte der Deutschen Forschungsgemeinschaft 1920-1970“ beendete zwar offiziell ihre Tätigkeit im Jahr 2008, aber es sind noch nicht alle Arbeiten abgeschlossen bzw. publiziert. Das Themenspektrum der insgesamt 20 Personen umfassenden DFG-Forschergruppe reichte von den Geisteswissenschaften (Volkskunde, Sprachwissenschaft) über die Agrar- und Landwirtschaftsforschung bis zu den Natur- und Ingenieurwissenschaften (Maschinenbau, Materialwissenschaft). Auch die Bio- und Lebenswissenschaften (Wirkstoffforschung, Strahlenforschung) sowie die medizinische Forschungsförderung wurde untersucht, wobei der Medizinbereich untergliedert war in vier Unterthemen: 1) Humangenetik und Anthropologie,<sup>11</sup> 2) Physiologische Forschung, 3) Malariologie und Kolonialmedizin und 4) Krebsforschung.<sup>12</sup>

Die Grobgliederung der Ausgaben der DFG für die einzelnen Fachgebiete im Zeitraum zwischen 1937 und 1943<sup>13</sup> zeigt, dass die medizinische Forschung, die die Bereiche Allgemeine Medizin, Krebsforschung, Bevölkerungspolitik, Erb- und Rasenpflege sowie Seuchenforschung umfasste, bei der DFG zu den geringer geförderten Fächern gehörte, denn sie partizipierte nur mit durchschnittlich 12,4 Prozent am Gesamtetat der DFG-Forschungsgelder. Die Geisteswissenschaften, darunter fallen zum Beispiel große Editionsprojekte wie Wörterbücher oder archäologische Ausgrabungen, erhielten während des Nationalsozialismus mit 18,9 Prozent größere finanzielle Unterstützung von der DFG als die Medizin, aber die anteilmäßig höchsten Fördergelder gingen mit 30,6 Prozent des Etats in die Landwirtschaftsforschung. Diese wissenschaftlichen Arbeiten standen häufig im Kontext der „Generalplan Ost“-Forschungen, und dienten damit zumindest der Legitimierung und der konkreten Planung von Vertreibungen.<sup>14</sup>

Wie die vorliegenden Zusammenstellungen der durchgeführten wissenschaftlichen Projekte zeigen (siehe Anhang), war dieses Themenspektrum im Nationalsozialismus am Forschungsstandort Rostock stark vertreten. Neben der Landwirtschaftlichen Versuchsstation und dem Kaiser-Wilhelm-Institut für Tierzucht wurde sogar noch 1943/44 eine Landwirtschaftliche Fakultät neu an der Universität einge-

---

Forschungsgemeinschaft in der Weimarer Republik und im Dritten Reich. Wissenschaftspolitik in Republik und Diktatur 1920-1945. München 1999.

<sup>11</sup> *Anne Cottebrune*, Der planbare Mensch. Die Deutsche Forschungsgemeinschaft und die menschliche Vererbungswissenschaft 1920-1970 (Studien zur Geschichte der Deutschen Forschungsgemeinschaft, Bd. 2). Stuttgart 2008.

<sup>12</sup> *Gabriele Moser*, Deutsche Forschungsgemeinschaft und Krebsforschung 1920-1970 (Studien zur Geschichte der Deutschen Forschungsgemeinschaft, Bd. 7). Stuttgart 2011.

<sup>13</sup> Berechnet nach *Flachowsky* (wie Anm. 9), 381 f.

<sup>14</sup> *Susanne Heim*, Expansion Policy and the Role of Agricultural Research in Nazi Germany, in: *Minerva* 44, 2006, 267-284 sowie *Mechtild Rössler/Sabine Schleiermacher* (Hrsg.), Der „Generalplan Ost“. Hauptlinien der nationalsozialistischen Planungs- und Vernichtungspolitik (Schriften der Hamburger Stiftung für Sozialgeschichte des 20. Jahrhunderts). Berlin 1993.

richtet,<sup>15</sup> an der unter anderem über die Milchleistung von Kühen, veterinärmedizinisch interessante Tierkrankheiten oder Besamungstechniken geforscht wurde. Viehzucht, Kultivierung von Agrarpflanzen oder auch die Bekämpfung von Forstschädlingen<sup>16</sup> waren für die Siedlungsplanungen im Ostraum unerlässlich, wobei der nazistische „Generalplan Ost“ bewusst den Hinweis unterschlug, dass dieser „Raum“ das Territorium verschiedener Staaten umfasste und keineswegs menschenleer war. Um den deutschen Pioniersiedlern das zu erobernde und zu kultivierende angebliche „Ödland“ zugänglich zu machen, wurden Völkerverschiebungen und Völkermord an der einheimischen Wohnbevölkerung in riesigem Ausmaß in Kauf genommen.

### **Nationalsozialistische Forschungsförderung und Medizin im Nationalsozialismus**

Durch die DFG bzw. den Reichsforschungsrat wurde jedoch auch offen verbrecherische medizinische Forschung in verschiedenen Bereichen gefördert. Erinnerung sei hier besonders an die höhenphysiologischen Menschenversuche im Konzentrationslager Dachau, bei denen es um die mögliche Rettung eines abgestürzten Piloten aus eisigem Wasser ging. Überliefert sind unter anderem verschiedene Grafiken, die das Sterben von „Versuchs-Menschen“ im eiskalten Wasser der Versuchsanordnung wiedergeben. Diese luftfahrtmedizinischen Versuche, die den Tod der unfreiwilligen Probanden einkalkulierten, waren in Kooperation von Luftwaffenangehörigen und SS entwickelt worden.<sup>17</sup> Sie wurden im KZ Dachau auch mit Messgeräten durchgeführt, die zuvor auf den Wehrmachts-Beutezügen durch die okkupierten Länder geraubt und dann der DFG und ihrem Apparateausschuss zur Verwaltung übergeben worden waren.<sup>18</sup> Auch in der tropenmedizinischen Forschung<sup>19</sup> wurden zahlreiche

---

<sup>15</sup> *Willi Oberkrome*, Ordnung und Autarkie. Die Geschichte der deutschen Landbauforschung, Agrarökonomie und ländlichen Sozialwissenschaft im Spiegel von Forschungsdienst und DFG (1920-1970) (Studien zur Geschichte der Deutschen Forschungsgemeinschaft, Bd. 4). Stuttgart 2009, zum Tierzuchtforscher Professor Dr. Jonas Schmidt (1885-1958) vergleiche besonders 161-165.

<sup>16</sup> *Susanne Heim*, Kalorien, Kautschuk, Karrieren. Pflanzenzüchtung und landwirtschaftliche Forschung in Kaiser-Wilhelm-Instituten 1933-1945 (Geschichte der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft im Nationalsozialismus, Bd. 5). Göttingen 2003.

<sup>17</sup> *Karl Heinz Roth*, Strukturen, Paradigmen und Mentalitäten in der luftfahrtmedizinischen Forschung des „Dritten Reiches“ 1933-1941. Der Weg ins Konzentrationslager Dachau, in: 1999. Zeitschrift für Sozialgeschichte des 20. und 21. Jahrhunderts 15, 2000, 49-77 sowie *ders.*, Tödliche Höhen. Die Unterdruckkammer-Experimente im Konzentrationslager Dachau und ihre Bedeutung für die luftfahrtmedizinische Forschung des „Dritten Reichs“, in: Angelika Ebbinghaus/Klaus Dörner (Hrsg.), Vernichten und Heilen. Der Nürnberger Ärzteprozess und seine Folgen. Berlin 2001, 110-151.

<sup>18</sup> *Flachowsky* (wie Anm. 9), Kapitel „Raubzüge im besetzten Europa und ‚wissenschaftlicher Häftlingseinsatz‘“, 411-432. Unter dem Raubgut befand sich auch das Kamerlingh-Onnes-Laboratorium für Kälteforschung von der Universität Leiden/Niederlande, das für die Versuche im Konzentrationslager Dachau angefordert wurde.

tödlich verlaufende Versuche zur Impfstoff-Entwicklung durchgeführt, beispielsweise bei der Malaria- (durch Claus Schilling (1871-1946) im KZ Dachau) oder der Fleckfieberforschung (Eugen Haagen (1898-1972) im KZ Natzweiler-Struthof). Bei dem von mir bearbeiteten Thema der Krebsforschung handelte es sich dagegen um einen *zivilen* Sektor, der sich durch seine ‚*Militärferne*‘ von den medizinischen Disziplinen der Physiologie oder der Tropenmedizin unterschied. Letztere hatten stets eng mit den forschenden Wehrmachtstellen kooperiert. Krebsforschung repräsentiert insofern einen anderen Aspekt der medizinischen Forschung, die an Universitäten, Hochschulen und wissenschaftlichen Forschungsinstituten durchgeführt wurde und die Teil der damals „üblichen Wissenschaft“ war („normal science“, „science as usual“).<sup>20</sup>

Auch wenn bei nachträglicher Betrachtung die meisten in der NS-Zeit auf dem Krebsforschungsgebiet öffentlich unterstützten und durchgeführten wissenschaftlichen Projekte im Hinblick auf ihren ideologischen Gehalt unauffällig scheinen, muss doch bei ihrer Beurteilung grundsätzlich der durch die NS-Ideologie gesetzte Referenzrahmen mitgedacht werden, in dem die medizinische Forschung im nationalsozialistischen Deutschland stattfand.<sup>21</sup> „*Normalität*“ im NS-Staat implizierte auf der gesundheitspolitischen wie der medizinisch-forschungspolitischen Ebene die Dominanz des „Volkskörper“-Prinzips, das als biologistische Metapher für die Dazu-Gehörigen eine inkludierende Wirkung entfaltete. Dieses Prinzip wurde handlungsleitend, indem durch Maßnahmen der Erbhygiene und der Rassenpolitik die Umgestaltung der Gesellschaft durch staatsrechtliche, sozialpolitische, aber auch medizinische Intervention realisiert wurde. In bisher nicht gekannter Weise ist es dem Nationalsozialismus gelungen, die Bedeutung des Staates als lebendiger „Volkskörper“ festzuschreiben, in dem „*der Wert der Einzelperson nur nach dem Grade ihres Nutzens für das Volksganze bemessen werden kann*“,<sup>22</sup> wie die juristische Begründung des „Gesetzes zur Vereinheitlichung des Gesundheitswesens“ bereits 1934 verkündete.

Für die berufliche Tätigkeit an Hochschulen wiederum bedeutete „*Normalität*“, dass sämtliche aus politischen Gründen nicht erwünschte Forscher und besonders

---

<sup>19</sup> Marion Hulverscheidt, Fieberhafte Forschung? Zur deutschen tropenmedizinischen Wissenschaft im Spiegel ihrer Förderung durch die Notgemeinschaft/Deutsche Forschungsgemeinschaft 1920-1970, in: Karin Orth/Willi Oberkrome (Hrsg.), Die Deutsche Forschungsgemeinschaft 1920-1970. Forschungsförderung im Spannungsfeld von Wissenschaft und Politik (Beiträge zur Geschichte der DFG, Bd. 4). Stuttgart 2010, 279-292.

<sup>20</sup> Volker R. Remmert, What's Nazi about Nazi Science? Recent Trends in the History of Science in Nazi Germany, in: Perspectives on Science 12, 2004, 4, 454-475.

<sup>21</sup> Vgl. die Beiträge in Bernd Sösemann (Hrsg.), Der Nationalsozialismus und die deutsche Gesellschaft. Einführung und Überblick. Stuttgart/München 2002 sowie Claudia Koonz, The Nazi Conscience. Cambridge/London 2003.

<sup>22</sup> Deutsches Reich. Begründung zum Gesetz über die Vereinheitlichung des Gesundheitswesens vom 3. Juli 1934, in: Reichsgesundheitsblatt 9, 1934, Nr. 32, 665 f.

die als „*Juden*“<sup>23</sup> stigmatisierten Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen Repressionen auf unterschiedlichen Ebenen ausgesetzt waren: Durch die politisch aktiven Nationalsozialisten, durch die indifferenten oder anpassungsbereiten Kollegen oder durch die Hochschulbürokratie. Diese Maßnahmen führten zumindest zum Verlust des universitären Arbeitsplatzes, oft genug auch zur anschließenden Emigration aus Deutschland oder aber zu Inhaftierung, psychischer und physischer Folter bis zur Ermordung. Nach neuesten Studien waren es insgesamt rund 18,6 Prozent des damaligen universitären Lehrkörpers, die der rassistischen und politischen Vertreibung nach 1933 zum Opfer fielen.<sup>24</sup>

Aus der deutschen Binnenperspektive betrachtet verschärfte dieser selbst produzierte wissenschaftliche Exodus auch in den medizinischen Fächern den Druck zu einer rationelleren Organisation der Forschung im NS-Staat. Mit dem im Jahr 1936 anlaufenden DFG-Krebsforschungsprogramm wurde ein neues, modernes Modell von Forschungsförderung eingeführt, das einerseits die begrenzten Ressourcen gezielt themenorientiert bündelte, indem in der Krebsforschung tätige Wissenschaftler direkt auf eine mögliche Mitarbeit in dem Programm angesprochen wurden. Die Schwerpunktlegung diente der Kompensation des entstandenen Verlustes an wissenschaftlicher Kapazität, schuf zugleich aber auch neue Anreize für Forscher, sich mit dem Krebsgebiet zu befassen und in der Folge mit eigenen Projektanträgen zu bewerben. (Mehrjährige gesicherte Forschungsstipendien stellten dabei ein gutes Argument dar.) Diese Form von ‚Schwerpunkt‘-Programm trug nur insoweit Anzeichen einer *inhaltlichen* ‚Forschungslenkung‘, als etwa ein Viertel des gesamten DFG-Medizinetats in Höhe von jährlich 200.000 bis 300.000 Reichsmark konstant und längerfristig für Krebsforschungen bereitgestellt wurde.

Das Auffallendste an den medizinischen Projektthemen war ihre wissenschaftlich unauffällige Formulierung,<sup>25</sup> d. h., in den allermeisten Fällen waren weder die Projektanlage noch die Themenformulierung offen durch politisch-ideologische Nähe zum Nationalsozialismus beeinflusst. Das mag der ‚Politikferne‘ von Laborforschungen generell geschuldet sein, denn um diese handelte es sich zu einem hohen Prozentsatz bei der experimentellen Krebsforschung. Allerdings muss man wohl

---

<sup>23</sup> Da sich diese begriffliche Kennzeichnung keineswegs an dem individuellen, religiös-kulturellen Selbstverständnis orientierte, sondern dem nationalsozialistischen Rassebegriff folgte, erhielt sie stigmatisierenden Charakter. Zur Medizinerschaft vergleiche *John A. S. Grenville*, *Juden, „Nichtarier“ und „Deutsche Ärzte“*. Die Anpassung der Ärzte im Dritten Reich, in: Ursula Büttner (Hrsg.), *Die Deutschen und die Judenverfolgung im Dritten Reich*. Frankfurt/Main 2003, 228-246.

<sup>24</sup> *Michael Grüttner/Sven Kinas*, Die Vertreibung von Wissenschaftlern aus den deutschen Universitäten 1933-1945, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 55, 2007, H. 1, 123-186.

<sup>25</sup> Dagegen umschrieb die harmlose Themenformulierung ‚Untersuchungen über Ersatzmaßnahmen über Fußbekleidung, im besonderen die Verwendung von Holzsohlen‘, für die der Breslauer Professor Dr. Adolf Basler langjährig Gelder des Reichsforschungsrates erhielt, eine Forschungsarbeit, die an Insassen des KZ Sachsenhausen durchgeführt wurde. Die sog. ‚Schuhprüfstrecke‘ war berüchtigt und die Abkommandierung dorthin bedeutete wegen der vielfach auftretenden offenen Wunden Infektionen und Gewebeentzündungen und damit für die Versuchspersonen oftmals sogar das Todesurteil (vgl. hierzu *Anne Sudrow*, *Der Schuh im Nationalsozialismus*. Göttingen 2010).

nach den durchgeführten politischen und „rassischen“ Säuberungen der Hochschulen und Forschungsinstitute auch von einer politisch relativ homogenen *medizinischen* Wissenschaftlergemeinschaft ausgehen. Laute politische Bekenntnisse zur herrschenden Politik waren dort nicht zu erwarten, wo eine abweichende Meinung kaum vorhanden war, denn die Medizinberufe hatten insgesamt eine höhere Affinität gegenüber der NSDAP (und der SS) aufgewiesen als andere akademische Berufe.<sup>26</sup>

Die sachliche Form des Wissenschafts-, Forschungs- und medizinischen Ausbildungsbetriebes war oftmals mit ideologisch aufgeladenen, rassistischen Elementen amalgamiert, die sich nur über eine Kontextualisierung erschließen. Während dieser Sachverhalt zum Beispiel in den Kursprogrammen der „Führerschule der deutschen Ärzteschaft“ im mecklenburgischen Alt Rehse gewollt und klar zu Tage tritt, zeichnete sich die Verschränkung von Wissenschaftlichkeit und NS-Ideologie in der großen, internationalen Fortbildungsveranstaltung „*Ein Querschnitt durch die neueste Medizin (dargestellt von ihren Schöpfern)*“ eher im Hintergrund ab. Am 27. November 1939, also schon nach Kriegsbeginn, wurde in Berlin diese internationale ärztliche Fortbildungstagung eröffnet, die ein umfangreiches Themenspektrum auf der Höhe des damaligen medizinischen Forschungsstandes abhandeln sollte. Trotz des beginnenden Krieges hatten sich über 500 Hörer für die Veranstaltung eingeschrieben, darunter auch 70 ausländische Mediziner. Während das wissenschaftliche Programm nicht mit offen politisch gefärbten Themen aufwartete, ist im Begleitprogramm der Konferenz, die rund drei Monate nach dem Überfall der deutschen Wehrmacht auf die Republik Polen statt fand, die Besichtigung eines „*polnischen Gefangenenlagers*“<sup>27</sup> vorgesehen. Da während des Zweiten Weltkrieges einige solcher Lager im Berliner Stadtgebiet existierten, waren diese Einrichtungen für die medizinischen Tagungstouristen leicht erreichbar. Das Organisationskomitee hielt den Besuch eines Gefangenenlagers für so „normal“ und alltäglich, dass seine Mitglieder weder mit einer negativen Reaktion der deutschen noch der ausländischen Exkursionsteilnehmer rechneten.

### **Veränderte Strukturen: Reichsforschungsrat, DFG und Wissenschaftler**

Mit der Einrichtung des Reichsforschungsrates im März 1937 änderte sich die Stellung der DFG im Gefüge der staatlichen Forschungsförderung. Von einer entscheidenden, das heißt hier: Projektanträge auswählenden Institution, wurde sie, so eine Formulierung des DFG-Referenten für Medizin, zum „Verteilungsapparat“ auch für

<sup>26</sup> Wie Michael H. Kater berechnete, waren 44,8 Prozent der zwischen 1936 und 1945 bei der Reichsärztekammer registrierten Ärzte Mitglieder der NSDAP (*Michael H. Kater, Ärzte als Hitlers Helfer* (engl. Erstausgabe 1989). Hamburg/Wien 2000, 107. Siehe auch das gesamte Kapitel 2: „Die Herausforderung durch die NS-Bewegung (103-156)“, sowie das Tabellenmaterial im Anhang (391-411).

<sup>27</sup> *Curt Adam (Hrsg.), Ein Querschnitt durch die neueste Medizin (dargestellt von ihren Schöpfern)*. Jena 1940. Ein Foto vom Ausflug der ausländischen Dozenten und Hörer des Kurses zur Besichtigung eines polnischen Gefangenenlagers in der Nähe Berlins findet sich nach Seite 304.

die Gelder, die für die Tumorforschung wie für die allgemeine medizinische Forschung vorgesehen waren.<sup>28</sup> Obwohl der Reichsforschungsrat im Zuge der Aufrüstungs- und Kriegsvorbereitung eingeführt worden war, hatte die Neupositionierung der DFG für die Forschungsarbeit der medizinischen Wissenschaftler bis etwa Ende 1942, als sich die Rationierungswirtschaft im gesamten Wissenschaftsbetrieb stärker bemerkbar machte, keine gravierenden Konsequenzen.

Die von den Wissenschaftlern meist noch an die „Notgemeinschaft“ oder die „Forschungsgemeinschaft“ adressierten Anträge auf Forschungsförderung wurden zwischen 1936 und 1945 beim nun zuständigen Reichsforschungsrat immer noch von demselben DFG-Fachreferenten für Medizin entgegengenommen, der 1938 eingestellt worden war und auch stets sein DFG-internes Aktenkürzel beibehielt. Anstelle der bis zur Einführung der neuen DFG-Satzung im Oktober 1937 tätigen Fachgutachter bearbeitete aber nun Ferdinand Sauerbruch (1875-1951) als Fachspartenleiter für „Allgemeine Medizin“ die Anträge allein verantwortlich. Die Antragsteller und Antragstellerinnen erhielten ab dem Frühjahr 1937 zwei Schreiben bzw. ein Schreiben mit zwei Unterschriften, wenn ihr Antrag positiv beschieden worden war. Da der Reichsforschungsrat weder über eine eigene Rechtspersönlichkeit noch eigene Finanzmittel verfügte, konnte der Fachspartenleiter des Reichsforschungsrates die Unterstützungen zwar bewilligen, aber erst das Anweisungsschreiben der DFG sorgte für die Überweisung der zugesagten Gelder aus dem DFG-Etat. Die DFG war und blieb auch während der NS-Zeit die rechtmäßige Empfängerin der Reichsmittel, die zu über 90 Prozent ihren Etat für Forschungsförderung bildeten. Strukturelle Kontinuitäten, die auch noch nach der Reorganisation des Reichsforschungsrates 1942/43 existent waren, finden sich vor allem im *Verfahren* der Bewilligung von Forschungsprojekten, in der *Person* des Referenten für Medizin, aber auch in der gemeinsam von DFG und Reichsforschungsrat genutzten *Hausanschrift*: Vom Schloss in Berlin zog die DFG 1936 zunächst an den Matthäikirchplatz 6, dann in die Grunewaldstrasse 35 in Berlin Steglitz.

Dass auch die Personal-Stammkarten der DFG gemeinsam für die späteren nebenamtlichen Mitarbeiter des Reichsforschungsrates genutzt wurden, illustriert mein Zufallsfund der Stammkarte von Wolfram Sievers (1905-1948) im Archiv der DFG in Bonn. *Hauptamtlich* war Sievers Geschäftsführer der SS-Stiftung „Ahnenerbe“, und in dieser Funktion versorgte der SS-Obersturmbannführer bevorzugt die beiden Medizinverbrecher August Hirt (1898-1945) und Sigmund Rascher (1909-1945) mit Material und Geräten aus dem DFG-Apparatausschuss. *Nebenamtlich* vertrat Wolfram Sievers seit Mitte 1943 den Leiter des Geschäftsführenden Beirats des Reichsforschungsrates, den DFG-Präsidenten und SS-Brigadeführer Prof. Dr. Rudolf Mentzel (1900-1987) – eine Tätigkeit, für die Sievers eine monatliche Aufwandsentschädigung von 200 RM erhielt.

---

<sup>28</sup> Im Jahr 1941/42 handelte es sich insgesamt um rund 150 Projekte, die in den drei medizinischen Fachgliederungen bewilligt worden waren, darunter 125 in der Fachsparte Allgemeine Medizin, 15 in der Fachsparte Wehrmedizin und 10 in der Fachsparte Erbbiologie.

## Reichsforschungsrat, SS-Ahnenerbe und der Wissenschaftler Peter Holtz

Seit im SS-Ahnenerbe im Juli 1942 das „Institut für Wehrwissenschaftliche Zweckforschung“ eingerichtet worden war, verfügte es als quasi Militärforschung betreibende Einrichtung über den privilegierten Zugang zu finanziellen und materiellen Forschungsressourcen – für Wissenschaftler, die sich im Kriegslauf um die nun rarer werdenden Apparate und Instrumente für ihre Arbeiten sorgten, ein durchaus attraktiver Topf an außeruniversitären Fördermitteln. Das traf auch auf den Pharmakologen Peter Holtz zu, der im Sommer 1942 die Zerstörung seines Rostocker Instituts durch die alliierten Bombenangriffe erlebt hatte. Am 4. November 1942 wurde durch ein Schreiben von Sievers der Kontakt zu Peter Holtz hergestellt. Sievers, der als SS-Obersturmbannführer zeichnete, informierte Peter Holtz darüber, dass der an der sog. „Reichsuniversität Straßburg“ arbeitende Professor für Anatomie, August Hirt, auf seine Mitarbeit bei „den von uns ihm übertragenen Forschungsarbeiten besonderen Wert“<sup>29</sup> legen würde, so die Formulierung. Das bedeutet, dass Peter Holtz von Beginn an darüber informiert war, dass es sich um Forschungen handelte, die *im Auftrage* des SS-Ahnenerbe stattfinden sollten.

Im November 1942 wusste man in Nazi-Deutschland, wer oder was die SS ist, auch wenn man das „SS-Ahnenerbe“ im Einzelfall nicht kennen sollte. Das bedeutet, dass Peter Holtz sich sehenden Auges auf die Zusammenarbeit mit der SS eingelassen hat, und das nicht in den frühen Jahren der NS-Herrschaft, in denen man sich vielleicht noch einer Täuschung über Macht, Brutalität und Grausamkeit der „Schutzstaffel“ hätte hingeben können, sondern im Jahr 1942. Zu diesem Zeitpunkt sind die politischen Gegner allesamt entweder ermordet oder vegetieren in den SS-eigenen Konzentrationslagern. Die zu „rassischen“ Gegnern des nationalsozialistischen Deutschlands stigmatisierten deutschen Juden sind in Arbeits- und Vernichtungslager deportiert und bereits zum großen Teil ermordet, ihr einstiges Hab und Gut wurde von ihren früheren deutschen Nachbarn geplündert. In den von Deutschland besetzten Ländern drangsalierten und töteten seit 1939 Wehrmacht, Waffen-SS und SS-Einsatzkommandos die einheimische Bevölkerung.

Es ist vor diesem Hintergrund sogar weniger wichtig, meine ich, in welcher Form Peter Holtz seinen Beitrag zu den von August Hirt inaugurierten medizinischen Experimenten geliefert hat. Peter Holtz war willens, sich in diesen Forschungskontext einzuordnen und sich an Arbeiten zu beteiligen, die in verbrecherisches Tun münden *konnten*. Die umfassenden Möglichkeiten für einen wissenschaftlichen Forscher, die „Aggressivität seiner Wahrheitssuche“<sup>30</sup> ungebremst zu realisie-

<sup>29</sup> Sievers vom 4.11.1942 an Prof. Holtz, Rostock (Bundesarchiv, Bestand SS-Ahnenerbe, NS 21/905, ohne Blattzählung). Ein Durchschlag dieses Schreibens ging ebenso an Hirt in Straßburg wie die Mitteilung, dass Peter Holtz geantwortet habe und sich direkt mit Hirt in Verbindung setzen werde (Sievers vom 21.11.1942 an Hirt, Bundesarchiv, Bestand SS-Ahnenerbe, NS 21/905, ohne Blattzählung).

<sup>30</sup> Alexander Mitscherlich/Fred Mielke, Das Diktat der Menschenverachtung. Eine Dokumentation. Heidelberg 1947, 12.

ren, haben bereits Alexander Mitscherlich und Fred Mielke als starke Triebfeder für die Durchführung auch unethischer medizinischer Forschungen erkannt.

Wie aus dem überlieferten Schriftwechsel zwischen dem Geschäftsführer des „SS-Ahnenerbes“ und dem in Straßburg forschenden Anatomen Hirt mit dem in Rostock bzw. Greifswald tätigen Pharmakologen Holtz ebenfalls ersichtlich ist, erfolgte die Kontakthanbahnung auf Veranlassung von Hirt, und zwar auf der Basis *fachlicher* Wertschätzung. Die Dimension einer wissenschaftlich motivierten Kooperation August Hirt – Peter Holtz ist gut vorstellbar, denn beide konnten sich durchaus in ihrer Greifswalder Zeit kennen gelernt haben. Peter Holtz hatte sich an der Greifswalder Universität 1935 oder 1936 habilitiert; Hirt war im Jahr 1936 für zwei Jahre nach Greifswald gekommen, bis er im Jahr 1938 den Ruf auf den Lehrstuhl in Frankfurt/Main annahm. Im selben Jahr verließ auch Peter Holtz Greifswald, allerdings in Richtung Rostock.

Dass der Medizinverbrecher August Hirt<sup>31</sup> als Anatom in Fachkreisen ein anerkannter Forscher auf dem Gebiet der mikroskopischen Färbetechnik war, kann man der (englischen) Fachliteratur zur historischen Entwicklung dieses Gebietes entnehmen, in der Hirt bis in die jüngste Vergangenheit aufgrund der Verdienste um die methodische Weiterentwicklung der Fluoreszenzmikroskopie gewürdigt wird.<sup>32</sup> Die Sichtbarmachung von fluoreszierenden Markern im lebenden Körper, die er seit Ende der 1920er Jahre gemeinsam mit dem 1933 ins Exil getriebenen Pharmakologen Philipp Ellinger (1887-1952)<sup>33</sup> als bildgebendes Verfahren in der Mikroskopie entwickelt hatte, erfolgte vor allem an Fröschen als Versuchstieren. Das bevorzugte physiologische System, in dem Transport und Ausscheidung der fluoreszierenden Partikel gut sichtbar gemacht werden konnte, waren die Nieren und das sie durchziehende Nervensystem. Dass Vitamine, die zeitgenössisch unter der Bezeichnung „Wirkstoffe“ firmierten, auf ebendieses System Einfluss nahmen, dabei selbst biochemisch verändert wurden, ahnte man in den 1930er/40er Jahren zwar, hatte aber den zugrunde liegenden komplexen Mechanismus noch nicht aufklären können. Zumindest ein Teil der bahnbrechenden Forschungsarbeiten über Adrenalin/Noradrenalin (Hormon der Nebennierenrinde), für die Peter Holtz später berühmt wurde, beziehen sich ebenfalls auf Erkenntnisse der Nieren- und Herzkreislaufphysiologie, stammen also aus vergleichbaren Körperkreisläufen. Ein Aus-

---

<sup>31</sup> Neben *Schmaltz* (wie Anm. 3) siehe auch *Robert Steegmann*, La Faculté de Médecine de la Reichsuniversität de Strasbourg et les Experimentations médicales au KL-Natzweiler, in: Christian Baechler et al., Les Reichsuniversitäten de Strasbourg et de Poznan et les résistances universitaires 1941-1944. Strasbourg 2005, 143-158.

<sup>32</sup> *Frederick H. Kasten*, The Development of Fluorescence Microscopy up through World War II, in: George Clark /Frederick H. Kasten (Hrsg.), *History of Staining* (3. Auflage). Baltimore/London 1983, 147-187 sowie *Frederick H. Kasten*, Unethical Nazi Medicine in Annexed Alsace-Lorraine: The Strange Case of Nazi Anatomist Professor Dr. August Hirt, in: George O. Kent (Hrsg.), *Historians and Archivists. Essays in Modern German History and Archival Policy*, Fairfax, Virginia 1991, 173-208.

<sup>33</sup> *Ulrich Trendelenburg*, *Verfolgte deutschsprachige Pharmakologen 1933-1945*. Zusammenge stellt und kommentiert von Ulrich Trendelenburg. Frechen 2006.

tausch über aktuelle Forschungsfragen unter Kollegen wäre an der kleinen Greifswalder Universität nicht ungewöhnlich gewesen, ebensowenig wie die Fortführung dieser Kommunikation in den Jahren des Zweiten Weltkrieges, zumal die Forschungsgebiete von Peter Holtz und August Hirt markante Berührungspunkte aufweisen.

Unter den Forschungsarbeiten von Peter Holtz, die zwischen 1942 und 1944 vom Reichsforschungsrat unterstützt wurden, befand sich auch das Forschungsprojekt „Fluoreszierende Körper in normalen und kranken Organen“.<sup>34</sup> Über exakt dieses Thema referierte auf der Arbeitsbesprechung am 17. März 1943 in Straßburg jedoch August Hirt, wie aus einem ausführlichen Vermerk, den Wolfram Sievers am 5. April 1943 anfertigte, hervorgeht. Die Tatsache, dass sich diese Aktennotiz auf „*die Zusammenkunft der Mitarbeiter des Instituts für wehrwissenschaftliche Zweckforschung Abteilung H. in Straßburg am 17.3.1943*“ bezog, auf der Peter Holtz persönlich anwesend war,<sup>35</sup> weist sehr stark in die Richtung einer Zusammenarbeit der beiden Forscher auf dieser Projektebene.

### **Fazit: Forschungsethik im Nationalsozialismus**

In den Jahren des Zweiten Weltkrieges war im nationalsozialistischen Deutschland besonders im experimentell-medizinischen Bereich der Zugriff auf Menschen, die aus der „Volksgemeinschaft“ ausgegrenzt waren, weiter erleichtert worden. Nicht nur die Menschen in Heil- und Pflegeanstalten wurden spätestens mit dem Beginn des Zweiten Weltkrieges zur „Forschungsressource“, wie Jürgen Peiffer für das Gebiet der neurologisch-histopathologischen Forschungen besonders bestürzend dokumentieren konnte.<sup>36</sup> Weniger bekannt dürfte dagegen die Tatsache sein, dass schon kurz nach dem Überfall auf die Sowjetunion im Juni 1941 Wissenschaftler selbst um die Zuteilung von Kriegsgefangenen als „Objekte wissenschaftlicher Forschung“ beim Oberkommando der Wehrmacht nachsuchten.

Die Anfragen waren so zahlreich, dass sich das OKW an das Wissenschaftsministerium wandte und um Eindämmung bzw. Kanalisierung der Nachfragen dieser „*ganz normalen Universitätsmediziner*“ bat.<sup>37</sup> Die in diesen Anfragen zutage tretende ethische Verrohung, die mit der Dauer des NS-Regimes sehr weit Raum gegriffen hatte, lässt auf ein hohes Maß von „Selbstmobilisierung“ der Wissenschaftler

<sup>34</sup> Bundesarchiv, Bestand Reichsforschungsrat, R 26 III/278, undatiert.

<sup>35</sup> Bundesarchiv, Bestand SS-Ahnenerbe, NS 21, Nr. 906, ohne Blatzzählung.

<sup>36</sup> Jürgen Peiffer, *Wissenschaftliches Erkenntnisstreben als Tötungsmotiv? Zur Kennzeichnung von Opfern auf deren Krankenakten und zur Organisation und Unterscheidung von Kinder-„Euthanasie“ und T4-Aktion (Geschichte der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft im Nationalsozialismus. Ergebnisse, Bd. 23)*. Berlin 2005.

<sup>37</sup> Reichsministerium für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung (i.V. gez. Zschintzsch) vom 25. August 1941 an a) die Unterrichtsverwaltungen der Länder (außer Preußen), b) die Herren Reichsstatthalter in den Reichsgauen, c) die Herren Vorsteher der nachgeordneten Reichs- und Preußischen Dienststellen. Betrifft Kriegsgefangene als Objekte wissenschaftlicher Arbeiten (Generallandesarchiv Karlsruhe, Kultusministerium, Bestand 235/4847).

schließen,<sup>38</sup> wobei diese nicht einmal an den politischen Interessen des NS-Staates orientiert gewesen sein mussten. Unter den Bedingungen der nationalsozialistischen Diktatur wurden Ressourcen unterschiedlicher Art funktional auch für die *eigenen* Forschungsinteressen mobilisiert – „Kollaborationsverhältnisse“ bezeichnet die aktive wechselseitige Zusammenarbeit von Wissenschaftlern und Institutionen des Staates, der Wehrmacht und auch der NSDAP oder der SS, wenn es sich ergab, daher durchaus zutreffend.<sup>39</sup>

---

<sup>38</sup> *Karl-Heinz Ludwig*, Technik und Ingenieure im Dritten Reich. Kronberg/Düsseldorf 1979.

<sup>39</sup> *Herbert Mehrrens*, Kollaborationsverhältnisse. Natur- u. Technikwissenschaften im NS-Staat und ihre Historie, in: Christoph Meinel/Peter Voswinckel (Hrsg.), Medizin, Naturwissenschaft, Technik und Nationalsozialismus. Kontinuitäten und Diskontinuitäten, Stuttgart 1994, 13-32.

## Anhang

### Rangfolge der Rostocker Wissenschaftler nach der Anzahl ihrer von DFG und Reichsforschungsrat geförderten Forschungsprojekte (1933-1945)<sup>40</sup>

#### (1.) Nehring, Kurt (1898-1988) – 27 Projekte

Fachrichtung: Chemie, Physik, Botanik, Geologie. Diplomchemiker, Habilitation 1928. Mitglied der NSDAP (1933) und weiterer NS-Organisationen. Ab April 1936 Direktor der Landwirtschaftlichen Versuchsstation in Rostock, 1943/44 Professor an der neu gegründeten Landwirtschaftlichen Fakultät der Universität Rostock. Nach 1945 SBZ und DDR.

#### (2.) Lösch, Friedrich (1903-1982) – 11 Projekte

Fachrichtung: Mathematik, Physik. Habilitation 1932. Mitglied der NSDAP (Januar 1940). Seit 1937 Gutachter- und Beratertätigkeiten an der Deutschen Versuchsanstalt für Luftfahrt in Berlin-Adlershof. 1939-1946 Professor für Angewandte Mathematik der Universität Rostock. Ab 1941 uk-gestellt wegen kriegswichtiger und vom Reichsforschungsrat mitfinanzierter Forschungen für die Ernst-Heinkel-Flugzeugwerke.

#### (3.) Maurer, Kurt (1900-1945) – 9 Projekte

Fachrichtung: Naturwissenschaften, Chemie. Habilitation 1929, Privatdozent für Chemie. Mitglied der SA (Oktober 1933), der NSDAP (Januar 1940). 1938-1945 planmäßiger ordentlicher Professor für Organische und Gerichtl. [?] Chemie. Ernährungswissenschaftliche Forschungen (synthetisches Vitamin C), Wehrmedizin, bedeutende chemische Austauschstoffe (Glycerinaustauschstoffe, Heparin, Stickstoffdioxid).

#### (4.) Rienäcker, Günther (1904-1989) – 8 Projekte

Fachrichtung: Chemie. Habilitation 1935. Diverse NS-Organisationen, aber kein Mitglied der NSDAP. Schon in Göttingen ab 1936 Kampfstoffschuttforschung, Fortführung ab 1942 in Rostock sowie „umfangreiche, teilweise geheime Forschungsarbeiten für die Rüstungsindustrie und die Wehrmacht“ (Buddrus/Fritzlar 2007, 334). Nach 1945 SBZ und DDR. Dekan 1945, 1946-48 Rektor, anschließend Prorektor. 1945 Mitglied der SPD, dann SED Stadtverordneter, Landtagsabgeordneter, Volkskammer u.a. 1968 Vorsitzender der nationalen Pugwash-Gruppe, einer gegen Nuklearwaffen gerichteten, internationalen sicherheitspolitischen Initiative von Wissenschaftlern

#### (4.) Schulz, Günter Viktor (1905-1999) – 8 Projekte

Fachrichtung: Chemie, Doktorand am Kaiser-Wilhelm-Institut für Physikalische Chemie und Elektrochemie in Berlin-Dahlem, Habilitation 1936. Mitglied der SA (1933), 1937 der NSDAP. Ab 1942 in Rostock, 1943 ordentlicher Professor. 1945 Freiburg im Breisgau, 1946 Mainz, Gründungsprofessor und Direktor des Instituts für Physikalische Chemie der Universität Mainz. Forschungen zu Emulsionspolymerisation, Celluloseabbau – Schutzschichten, Kunststoffherstellung.

#### (4.) Friederichs – 8 Projekte

Fachrichtung: Entomologie (Blattwespen, Kiefernspanner, Raubkäfer)

<sup>40</sup> Zahlen siehe Datenbank Forschergruppe DFG-Geschichte, kompiliert aus den Archivalien des Bundesarchivs, Bestand DFG (BArch, R 73) und Bestand Reichsforschungsrat (BArch, R 26 III). Biografische Angaben nach *Michael Buddrus/Sigrid Fritzlar*, Die Professoren der Universität Rostock im Dritten Reich. Ein biographisches Lexikon. Im Auftrag des Instituts für Zeitgeschichte. München 2007.

**(5.) Schmidt, Jonas (1885-1958) – 7 Projekte**

Fachrichtung: Landwirtschaftswissenschaft, Habilitation 1913, 1921 ordentlicher Professor in Göttingen, 1936-1945 Berlin, Direktor des Instituts für Tierzucht und Haustiergenetik, Reichsarbeitsgemeinschaft Tierzucht im Forschungsrat für die Landwirtschaftswissenschaften. NS-Dozentenbund. 1943 kommissarischer, anschließend ordentlicher Professor im Aufbau der Landwirtschaftlichen Fakultät der Universität Rostock. Nach 1945 Westzonen und BRD. Aufbau des Max-Planck-Instituts für Tierzuchtforschung in Mariensee/Niedersachsen, dann Landwirtschaftliche Hochschule Hohenheim, 1949-1951 Rektor.

**(5.) Müller, Fritz – 7 Projekte**

Fachrichtung: Entomologie (Kiefernspanner u.a. Forstschädlinge)

**(6.) Sturm, Hans – 6 Projekte**

Fachrichtung: Entomologie (Buschhornblattwespen als Forstschädlinge, Kiefernspanner)

**(7.) Thun – 5 Projekte**

Fachrichtung: Landwirtschaftswissenschaft (Süßlupinen, landwirtschaftliche Chemie, Methodik Feldversuch)

**(8.) Holtz, Peter (1902-1970) – 4 Projekte**

Fachrichtung: Medizin und Chemie, Pharmakologie. 1929/30 Stipendiat der Notgemeinschaft/DFG am Pharmakologischen Institut der Universität Greifswald, 1930/32 Rockefeller Stipendiat in Großbritannien (Cambridge, London), 1932 Assistent am Pharmakologischen Institut der Universität Greifswald. Habilitation April 1935, nach 1936 Dozent. Mitglied der NSDAP (1.5.1933), SA (Frühjahr 1933), HJ-Arzt, NS-Dozentenbund, NS-Ärztebund. 1938-1945 Universität Rostock, planmäßiger außerordentlicher Professor, Direktor des Physiologisch-Chemischen Instituts, kommissarischer Direktor des Pharmakologischen Instituts der Universität Rostock. Mitglied der SPD (1945), der SED (1946). Entlassung und Wiedereinstellung, Universität Rostock bis 1953. Nach einer Dienstreise in den Westen in Frankfurt/Main geblieben, dort Professor für Pharmakologie und Direktor des Pharmakologischen Instituts.

**(8.) Reinmuth, Ernst (1901-1986) – 4 Projekte**

Fachrichtung: Botanik, Zoologie, Physik, Chemie. Promotion 1929, Habilitation 1935. 1937-1945 Landwirtschaftliche Versuchsstation in Rostock. Förderndes Mitglied der SS (seit 1933), Mitglied der NSDAP (Februar 1938). Nach 1945 SBZ und DDR. Mitglied der SED, des Kulturbunds für demokratische Erneuerung. Ab 1948 Professur.

**(9.) Fischer, Walther (1882-1969) – 3 Projekte**

Fachrichtung: Pathologie, Krebsforschung /-bekämpfung. 1941 für ein Jahr nach Tokio entsandt, zuvor mehrfach Aufenthalte an der Tung-Chi-Universität in China. Mitglied der Deutschen Volkspartei (Weimarer Republik).

**(9.) Kollath, Werner (1892-1970) – 3 Projekte**

Fachrichtung: Medizin, Hygiene (auch Sozialhygiene), Kreisarzt. Mitglied der NSDAP (1933). Ernährungswissenschaftliches und naturheilkundliches Interesse („Kollath“-Frischkornbrei). 1947 Flucht in den Westen (Hannover, Freiburg i.Br.)

**(9.) Wachholder, Kurt (1893-1961) – 3 Projekte**

Fachrichtung: Medizin, Physiologie. Habilitation 1923. Seit 1933 Rostock. Förderndes Mitglied der SS (ab 1933), diverse NS-Organisationen ohne NSDAP-Mitgliedschaft. Seit 1943 wehrwirt-

schaftlich wichtige Forschungen (Vitaminforschung, landwirtschaftliche Chemie, Arbeits- und Wehrphysiologie). 1953 Übersiedelung in den Westen.

**(10.) Poppe, Kurt (1880-1960) – 2 Projekte**

Fachrichtung: Veterinärmedizin, dann Studium der Naturwissenschaften, der Landwirtschaft und der Medizin, Ausbildung in Bakteriologie und Hygiene. Dekan, Prorektor bis 1933. 1908-1914 Reichsgesundheitsamt, ab 1924 ordentlicher Professor für Tierhygiene und Tierpathologie an der Universität Rostock. Bis 1948 Direktor des Mecklenburgischen Landestierseuchenamts in Rostock. Mitglied der DVP (bis 1933), Förderndes Mitglied der SS (1934), NS-Lehrerbund. 1943 Aufbau des Deutsch-Bulgarischen Forschungsinstituts für Mikrobiologie in Sofia, ab April 1943 Aufbau, ab September 1944 Leiter des neu errichteten, von der Wehrmacht mitfinanzierten Instituts für Mikrobiologie an der Universität Rostock. Nach 1945 SBZ und DDR, mehrfache Dienstzeitverlängerung, 1956 emeritiert.

**(10.) Steurer, Otto (1893-1959) – 2 Projekte**

Fachrichtung: Medizin, Hals-Nasen-Ohren-Krankheiten. Habilitation 1923, 1929-1945 ordentlicher Professor Universität Rostock, Leitung der HNO-Klinik. Mitglied der NSDAP (1937), diverse andere NS-Organisationen und Förderndes Mitglied der SS. 1941-1944 Rektor der Universität Rostock. Im April 1945 Übernahme eines Lehrstuhls in Hamburg.

## Pascual Jordan (1902-1980): Der gute Nazi<sup>1</sup>

Zu den gängigen Stereotypen bei der Aufarbeitung des Nationalsozialismus, denen auch wissenschaftshistorische Darstellungen lange Zeit gefolgt sind, gehört die Fama, dass fachliche Kompetenz im Dritten Reich an unpolitisches Verhalten gebunden war. Ein kompetenter oder gar exzellenter Wissenschaftler hätte demnach auch stets in einer gewissen Gegnerschaft zum Dritten Reich gestanden – wobei natürlich auch der Umkehrschluss Gültigkeit beanspruchte. Diese vermeintliche Evidenz wurde und wird häufig am Beispiel der sogenannten „arischen Wissenschaften“ exemplifiziert. Allerdings blieb deren Anhängerschaft nicht nur klein, sondern deren Aktivisten waren zumeist auch wissenschaftliche Außenseiter oder problematische Persönlichkeiten. Fast idealtypisch stehen dafür die beiden Repräsentanten der „Deutschen Physik“, Philipp Lenard und Johannes Stark – fachlich anerkannt und sogar Nobelpreisträger, die jedoch in der Zeit des Dritten Reiches den Zenit ihres wissenschaftlichen Schaffens bereits weit überschritten und sich seit dem Ersten Weltkrieg zunehmend, wissenschaftlich wie politisch, in eine Außenseiterrolle manövriert hatten. Ein solches Bild erlaubte, die Wissenschaften und nicht zuletzt ihre (kompetenten) Protagonisten im Dritten Reich undifferenziert als Opfer des NS-Regimes zu stilisieren. Dabei wurde weitgehend verdrängt, dass es auch unter nationalsozialistischer Herrschaft wissenschaftlichen Fortschritt gab und sich zahlreiche kompetente und talentierte Wissenschaftler in diesen „Tausend Jahren“ willentlich und bewusst dem Nationalsozialismus angedient hatten und mannigfache Kollaborationsverhältnisse und Kooperationsbeziehungen mit dem NS-Regime eingegangen waren.<sup>2</sup>

Ein prominentes Beispiel ist der Physiker Pascual Jordan.<sup>3</sup> Als Mitbegründer der Matrizenmechanik und Pionier der Quantenfeldtheorie ließ sich dem frühen und engagierten Parteigänger des Nationalsozialismus kaum wissenschaftliche Kompe-

---

<sup>1</sup> Der vorliegende Beitrag fußt maßgeblich auf dem Vortrag/Aufsatz von *Dieter Hoffmann/Mark Walker*, *Der gute Nazi: Pascual Jordan und das Dritte Reich*, in: Pascual Jordan (1902-1980). Mainzer Symposium zum 100. Geburtstag. MPI für Wissenschaftsgeschichte, Preprint 329, 83-112.

<sup>2</sup> Vgl. die diversen Publikationen des Projekts „Geschichte der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft im Nationalsozialismus“, insbesondere: *Helmut Maier*, *Forschung als Waffe*. Göttingen 2007.

<sup>3</sup> Zur Biographie Jordans Vgl. *M. Norton Wise*, *Pascual Jordan: Quantum Mechanics, Psychology, National Socialism*, in: *Monika Renneberg/Mark Walker* (Hrsg.): *Science, Technology, and National Socialism*, Cambridge 1994, 224-254; *Richard Beyler*, *From Positivism to Organism: Pascual Jordan's Interpretations of Modern Physics in Cultural Context*. PhD-Dissertation Harvard University Cambridge 1994; *Richard Beyler*, *Targeting the Organism. The Scientific and Cultural Context of Pascual Jordan's Quantum Biology*. In: *ISIS* 87 (1996), 248-273; *Engelbert L. Schücking*, *Jordan, Pauli, Politics, Brecht, and a variable gravitational constant*. In: *Physics Today* 52 (1999) 10, 26-31; Pascual Jordan (1902-1980). Mainzer Symposium zum 100. Geburtstag. MPI für Wissenschaftsgeschichte, Preprint 329, 83-112; *Jürgen Ehlers/E. Schücking*, „Aber Jordan war der Erste“: Zur Erinnerung an Pascual Jordan. In: *Physik Journal* 2 (2002) 10, 71-74.

tenz und Originalität absprechen; auch zählte er keineswegs zu den wissenschaftlichen Außenseitern oder Sonderlingen, sondern war vielmehr im Netzwerk der zeitgenössischen modernen Physik fest verankert und von seinen Physikerkollegen in hohem Maße akzeptiert. Ebenfalls trifft auf ihn kaum das Bild des weltfremden und politikfernen Wissenschaftlers zu, der ahnungslos vom Nationalsozialismus missbraucht wurde. Insofern ist es nicht von marginalem Interesse, Pascual Jordans Rolle im Dritten Reich und insbesondere sein Wirken an der Universität Rostock, das diese Zeit umspannt, einmal im Detail zu dokumentieren; abschließend wird auch kurz darauf eingegangen werden, wie Jordans nationalsozialistisches Engagement nach dem Krieg im Sinne technokratischer Unschuld umgedeutet wurde und gewissermaßen eine Neuerfindung seiner Biographie erfolgte, denn Pascual Jordan wird in Nekrologen und anderen biographischen Darstellungen – wenn dort überhaupt die Zeit des Dritten Reiches reflektiert wird – vielfach als verlorener Sohn, wenn nicht gar als der gute Nazi dargestellt.



Abb. 1: Pascual Jordan.

Pascual Jordan, geboren am 18. Oktober 1902 in Hannover, hatte 1924 an der Universität Göttingen bei Max Born (1882-1970) promoviert und sich dort auch im folgenden Jahr habilitiert. Wie seine fast gleichaltrigen Kollegen Werner Heisenberg (1901-1976) und Wolfgang Pauli (1900-1958) zählt Jordan zu jenen „Wunderkindern“ der Physik der zwanziger Jahre, die bereits in ihrer Studienzeit mit herausragenden Beiträgen zur Quantentheorie auf sich aufmerksam machten. Jordan hatte zusammen mit seinem Lehrer Max Born im Sommer 1925 maßgeblich dazu beigetragen, den kühnen Ansatz Heisenbergs zur Lösung der Rätsel des Atomaufbaus in eine mathematisch konsistente Theorie zu fassen. Mit der so genannten „Drei-Männer-Arbeit“ konnten erstmals schlüssig und widerspruchsfrei die Grundgesetze der Quantenmechanik formuliert werden. Zwei Jahre später ge-

lang Jordan zudem, die Äquivalenz von Matrizen- und Wellenmechanik nachzuweisen und die sogenannte Jordan-Diracsche-Transformationstheorie zu formulieren – seine wohl wichtigste Arbeit aus dieser Gründerzeit der modernen Physik. Weiterhin wurde von ihm in diesen Jahren erkannt, dass der Welle-Teilchen-Dualismus durch Feldquantelung, d. h. die Anwendung der Heisenbergschen „Umdeutung“ physikalischer Größen auf Feldvariable, überwunden werden kann. Diese Idee wurde von Jordan zusammen mit Oscar Klein (1894-1977), Eugen Wigner (1902-1995)

und Wolfgang Pauli konkret ausgeführt, womit Jordan ebenfalls einer der Pioniere der Quantenfeldtheorie war.<sup>4</sup>

Parallel zu seinen wissenschaftlichen Erfolgen erfolgte der akademische Aufstieg, der ihn nach seiner Assistenten- und Privatdozentenzeit in Göttingen sowie einer zweiseimestrigen Lehrtätigkeit an der Universität Hamburg zum Herbstsemester 1929 als außerordentlichen Professor für theoretische Physik an die Universität Rostock führte. Die 1419 gegründete Rostocker Universität gehört zwar zu den traditionsreichsten Universitäten Nordeuropas und ist sogar die drittälteste Universität im deutschen Sprachraum, doch reichte sie im zwanzigsten Jahrhundert hinsichtlich Größe und Renommee nicht an ihre Schwesterhochschulen heran, so dass sie als „Sprungbrett-Universität“ galt. Insbesondere traf dies für Jordans Fachgebiet, die theoretische Physik zu, wo dessen prominente Amtsvorgänger Wilhelm Lenz (1888-1957), Otto Stern (1888-1969), Walter Schottky (1886-1976) und Friedrich Hund (1896-1997) jeweils nur wenige Semester in Rostock blieben.<sup>5</sup> Für Jordan wurde Rostock indes nicht zum Sprungbrett in seiner akademischen Karriere, denn er blieb dort 15 Jahre und als 1944 die lang erhoffte und auch höchst ehrenvolle Berufung nach Berlin erfolgte, geschah dies in der Götterdämmerung des Dritten Reiches – d. h. in denkbar ungünstigen Zeitläufen und zeigte nur noch wenig Wirkung.

Als Jordan im Frühjahr 1929 den Ruf der Universität Rostock erhielt, hatte er zunächst mit der Annahme gezögert und versucht, mit den Hamburger Behörden Bleibeverhandlungen zu führen. Durch Otto Stern, damals Kollege in Hamburg, war er sicher über die Situation des Rostocker Physikinstituts informiert, hatte dieser doch 1921/22 als Extraordinarius für zwei Semester dort gewirkt. Im Rückblick Sterns war das Institut

„kein sehr schönes Institut, ein sehr kümmerliches“ und die Fakultät „ganz altertümlich. Es war [...] eine philosophische Fakultät, da war noch alles zusammen: Philologie, und die ganze Fakultät musste, wenn eine Doktorarbeit zirkuliert wurde, unterschreiben, ob sie die als genügend erachtete. Ich erinnere mich noch genau, wie entsetzt der Lateiner, der Ordinarius für Latein, war, wie eine Doktorarbeit über Wedekind kam [...]“<sup>6</sup>

Mit der Unterstützung seiner Hamburger Kollegen und namentlich des Lehrstuhlinhabers Wilhelm Lenz versuchte Jordan seine nichtplanmäßige Professur aufzu-

<sup>4</sup> Vgl. *Jürgen Ehlers*, Pascual Jordan's Role in the Creation of Quantum Field Theory. In: Pascual Jordan (1902-1980). Mainzer Symposium zum 100. Geburtstag. MPI für Wissenschaftsgeschichte, Preprint 329, 23-36; *Antoni Duncan/Michel Janssen*, Jordan's resolution of the wave-particle duality of light. *Studies in the History and Philosophy of Modern Physics* 39 (2008) 634-666; *Christoph Lehner*, Mathematical Foundations and Physical Visions: Pascual Jordan and the Quantum Field Theory Program. In: Karl-Heinz Schlote/Martina Schneider (Hrsg.), *Mathematics Meets Physics: A Contribution to Their Interaction in the 19th and the First Half of the 20th Century*. Frankfurt a. M. 2011, 271-293.

<sup>5</sup> Vgl. *Reinhard Mahnke*, Zur Entwicklung der experimentellen und theoretischen Physik an der Universität Rostock von 1874 bis 1945 und *Dieter Hoffmann*, Walter Schottkys Wirken an der Rostocker Universität. In: *Beiträge zur Geschichte der Universität Rostock*, Heft 17, Rostock 1991, 34-49 und 60-64.

<sup>6</sup> Interview mit Otto Stern, Zürich 25.11.1961, Handschriftenabteilung der ETH Zürich, 26.

werten und so unter verbesserten Bedingungen an der Hamburger Universität zu bleiben, doch scheiterten die Bemühungen am Veto der Hamburger Wissenschaftsverwaltung.<sup>7</sup> Jordan nahm so den Ruf an und wurde zum 1. Oktober 1929 als außerordentlicher Professor für theoretische Physik an die Universität Rostock berufen.<sup>8</sup> Wolfgang Pauli kommentierte damals Jordans Entscheidung mit dem ihm eigenen Sarkasmus, dass dieser nun *„die Aufgabe übernommen [habe], Rostock in eine Metropole des Geistes und des gesellschaftlichen Lebens zu verwandeln. Ich selbst habe mir bis jetzt weniger schwierige und bescheidenere Lebensziele gesetzt. Also viel Glück!“*<sup>9</sup> Im Übrigen war Jordan keineswegs der Wunschkandidat der Fakultät, denn diese hatte auf Listenplatz eins primo loco den damals an der Hamburger Sternwarte wirkenden Astrophysiker Albrecht Unsöld (1905-1995) und den Schweizer Physiker Fritz Zwicky (1898-1974) gesetzt – obwohl *„nach völlig übereinstimmendem Urteil“* befragter Fachkollegen, darunter Hund, Born, Heisenberg und James Franck (1882-1964), Jordan *„hinsichtlich der wissenschaftlichen Produktivität und Begabung unbedingt an der Spitze“* steht; für Franck war Jordan sogar *„der Berufenste, die schöne Tradition der theoretischen Physik in Rostock fortzusetzen, vielleicht auch sogar auf ein noch höheres Niveau zu heben.“*<sup>10</sup> Trotz der überragenden fachlichen Kompetenz und einer in seinen Schriften dokumentierten großen pädagogischen Begabung wollte die Berufungskommission Jordan aber *„nach langem Zögern nur an die zweite Stelle setzen, weil sich bei ihm in der Erregung ein Sprachfehler [Stottern] bemerkbar macht.“*<sup>11</sup>

Nachdem sowohl Unsöld als auch Zwicky den Rostocker Ruf abgelehnt hatten, war der Weg frei für Jordan, der nun aber trotz glänzender wissenschaftlicher Leistungen in der geographischen wie wissenschaftlichen Provinz gelandet war. Die Provinzialität seines neuen Wirkungskreises hat Jordan auch selbst so empfunden:

*„wissenschaftlich fühlte ich mich nicht sehr dahingezogen, weil ich da als Theoretiker ziemlich allein war. Es war eine kleine Universität und ich war der einzige theoretische Physiker da. Es war sonst wissenschaftlich nicht sehr interessant [...] Ich war weniger in Kontakt dort mit anderen Physikern. Es war ein bisschen abgelegen geographisch und Kontakt mit anderen Physikern konnte ich nur noch brieflich eigentlich von da aus pflegen.“*<sup>12</sup>

<sup>7</sup> Interview Pascual Jordan mit Thomas S. Kuhn, Hamburg 20.6.1963. Archive for the History of Quantumphysics, 16.

<sup>8</sup> Humboldt-Universität zu Berlin, Archiv. UK Nr. 69, Personalakte Pascual Jordan (im folgenden HUA, Jordan), Bd. 1, Bl. 22.

<sup>9</sup> W. Pauli an P. Jordan, Zürich 30.10.1929, in: *Karl von Meyenn et. al.* (Hrsg.), Wolfgang Pauli: Wissenschaftlicher Briefwechsel mit Bohr, Einstein, Heisenberg u. a., Heidelberg 1979, 525.

<sup>10</sup> HUA, Jordan, Bd. 1, Bl. 7.

<sup>11</sup> HUA, Jordan, Bd. 1, Bl. 8.

<sup>12</sup> Interview P. Jordan mit Th. S. Kuhn, Hamburg 20.6.1963. Archive for the History of Quantumphysics, 16f.



Abb. 2: Physikerkonferenz Kopenhagen, Juni 1936, in der ersten Reihe von links nach rechts: W. Pauli, P. Jordan, W. Heisenberg, M. Born, L. Meitner, O. Stern, J. Franck, G. de Hevesy; hinter W. Pauli stehend N. Bohr.

Dass Jordan in seiner Rostocker Wirkungszeit mit seinen Freunden und Kollegen im Ausland überwiegend korrespondieren musste und sich insbesondere vom persönlichen Austausch mit dem Bohrschen Institut in Kopenhagen, an dem er 1927 für ein halbes Jahr Gastwissenschaftler und danach regelmäßiger Gast der Physikerkonferenzen gewesen war, zunehmend abgeschnitten fühlte – obwohl die geographische Entfernung eigentlich abgenommen hatte –, hing natürlich auch mit den politischen Zeitläufen zusammen. Mit der Übernahme der Macht durch die Nationalsozialisten setzte eine zunehmende internationale Isolierung Deutschlands ein, die durch Devisenbewirtschaftung, andere Restriktionen und den Ausbruch des zweiten Weltkriegs noch zusätzlich verschärft wurde. Wissenschaftlich hatte dies u. a. zur Folge, dass sich Jordans Forschungsprofil nach der Übersiedlung nach Rostock signifikant veränderte – so finden sich im Schriftenverzeichnis jener Jahre deutlich weniger Arbeiten zur Quantenmechanik und Quantenelektrodynamik.<sup>13</sup> An ihre Stelle traten verschiedene „mathematischen Spekulationen“, von denen Arbeiten zu den sogenannten Jordan-Algebren wohl am originellsten waren. Hinter diesen mathematischen Untersuchungen stand die Idee, dass der bekannte Formalismus von Quantenmechanik und Quantenelektrodynamik im mathematischen Sinne viel-

<sup>13</sup> Vgl. *Pascual Jordan*, Schriftenverzeichnis (erstellt von Wolf D. Beiglböck, Heidelberg), in: Mainzer Symposium zum 100. Geburtstag. MPI für Wissenschaftsgeschichte, Preprint 329, 175-206.

leicht zu eng war, um die schwierigen physikalischen Probleme lösen zu können und deshalb der mathematische Formalismus der Quantentheorie einer Erweiterung bedurfte. In Rostock entwickelte sich auch Jordans Interesse für relativitätstheoretische Probleme, insbesondere die Beschäftigung mit fünfdimensionalen Relativitätstheorien und sich daraus ergebenden kosmologischen Fragen. Darüber hinaus markieren die Rostocker Jahre eine zunehmende Hinwendung Jordans zu allgemeinen philosophischen und weltanschaulichen Themen sowie zu populärwissenschaftlicher Tätigkeit, die nicht zuletzt zahlreiche publizistische Aktivitäten einschloss. Von zentraler wissenschaftlicher Bedeutung für Jordans Rostocker Schaffensperiode wurden aber seine biophysikalischen Forschungen,<sup>14</sup> die nicht nur dem Bohrschen Konzept folgten, die Anwendung von quantentheoretischen Ansätzen und speziell des Komplementaritätsprinzips in der biologischen Forschung auszuloten, sondern auch durch die Bekanntschaft mit dem Genetiker Nikolai V. Timofeef-Ressovsky (1900-1981) und dessen Untersuchungen über die Erzeugung von Mutationen durch Röntgenstrahlen initiiert worden waren. Die Zusammenarbeit mit Timofeef und seinem Kreis am KWI für Hirnforschung in Berlin-Buch, zu dem u. a. Max Delbrück (1906-1981), Karl Günter Zimmer (1911-1988) und Robert Rompe (1905-1993) gehörten, wurde dann auch der zentrale Bezugspunkt seiner wissenschaftlichen Kooperationen während seines Wirkens in Rostock und man kann etwas zugespitzt sogar davon sprechen, dass ab Mitte der dreißiger Jahre Berlin-Buch an die Stelle von Kopenhagen trat. Die Kontakte nach Buch sollten im Übrigen für seine Berufsplanung in der Nachkriegszeit von einigem Belang werden.

Doch bedeutete Rostock nicht nur eine wissenschaftliche Neuorientierung, auch sein Wirken als Hochschullehrer fand in einem Rahmen statt, der sich signifikant von dem in Göttingen, aber auch in Hamburg unterschied. Gab es dort eine enge Verflechtung zwischen aktueller physikalischer Forschung und Ausbildung, so war der Lehrkanon in Rostock sehr viel stärker auf die Grundausbildung und den Unterricht von Lehrerstudenten ausgerichtet, wobei der Schwerpunkt nicht unbedingt in der theoretischen Physik lag. Beispielsweise unterscheidet sich die im Anhang gegebene Zusammenstellung der Jordanschen Lehrveranstaltungen erheblich vom damaligen Vorlesungsangebot in theoretischer Physik in den Physikzentren wie Berlin, München oder Göttingen, wo nicht nur in fünf- bis sechssemestrigen Kursvorlesungen systematisch die einzelnen Teilgebiete der theoretischen Physik von der Mechanik bis zur Optik, sondern auch moderne Teilgebiete wie die Relativitäts- und Quantentheorie in ganzer Breite abgehandelt wurden und der Lehrstuhlinhaber dabei meist von Privatdozenten und externen Lehrkräften unterstützt wurde.<sup>15</sup> In Rostock musste Jordan die theoretische Physik in ihrer ganzen Breite allein vertreten, wobei ein Schreiben des Direktors des Physikalischen Instituts, Christian Füchtbauer (1877-1959), die Schwierigkeiten aufzeigt, mit denen sich Jordan ausei-

---

<sup>14</sup> Vgl. *Richard Beyler*, Targeting the Organism. The Scientific and Cultural Context of Pascual Jordan's Quantum Biology. *ISIS* 87 (1996), 248-273; *R. Beyler*, Exporting Quantum revolution to Biology: Jordans Biophysical Activities. In: Mainzer Symposium zum 100. Geburtstag. MPI für Wissenschaftsgeschichte, Preprint 329, 69-82.

<sup>15</sup> Vgl. *Dieter Hoffmann*, Max Planck. München 2008, 44ff.

inanderzusetzen hatte. Füchtbauer setzte sich beim Mecklenburgischen Ministerium dafür ein, Jordan den Zuschussbetrag für seine Vorlesung Wellenmechanik auszu zahlen, obwohl diese im Wintersemester 1931/32 wegen Mangel an Beteiligung ausgefallen war und im Sommersemester lediglich vom Institutsdirektor selbst, Privatdozenten Paul Kunze (1897-1986), den Assistenten des Instituts und einem Doktoranden besucht wurde.<sup>16</sup> Weiterhin merkt dieses Schreiben an, dass „für eine Ausdehnung der Anfängervorlesung auf 6 Wochenstunden keinerlei Bedürfnis vor [liegt].“ Symptomatisch für Jordans Stellung als Hochschullehrer in Rostock ist auch, dass sich im Dissertationsverzeichnis nur zwei von ihm betreute Dissertationen nachweisen lassen. So war Jordan Erstgutachter der 1936 verteidigten Arbeit „Über eine Algebra der Austauscherscheinungen“ von Hermann Ostertag (geb. 1910) und 1939 der Arbeit „Über die Bindungsenergie schwerer Atomkerne“ von Hans-Heinrich Voss (geb. 1914).<sup>17</sup> Dass diese geringe Zahl von Doktoranden den Umständen und nicht seinem Naturell geschuldet war – so haben auch ein Albert Einstein oder Max Planck nur wenige Doktoranden betreut und dies wohl eher als Bürde empfunden –, macht die Tatsache deutlich, dass Jordan nach dem Krieg in Hamburg schulenbildend gewirkt hat.<sup>18</sup>

Von provinzieller Enge und Konservatismus war in Rostock aber nicht nur der Universitätsbetrieb gekennzeichnet, auch im öffentlichen Leben und in der Politik waren solche Positionen allgegenwärtig. So hatte beispielsweise Albert Einstein 1919 anlässlich der Jubiläumsfeier der Universität „*arge politische Hetzreden [gehört] und recht ergötzliches in Kleinstaatpolitik [gesehen]*“<sup>19</sup> und auch Otto Stern diagnostizierte die Situation drei Jahre später: „*Rostock war damals schon, trotzdem es offiziell noch keine Nationalsozialisten gab, war die ganze Atmosphäre nationalsozialistisch.*“<sup>20</sup> Als Jordan 1929 nach Rostock kam, wird die Situation keine andere gewesen sein, doch war dieses politische Milieu und nicht zuletzt der politische Umbruch des Jahres 1933 weitgehend kompatibel mit seiner eigenen nationalkonservativen Weltsicht. Diese hatte er seit Ende der zwanziger Jahre nicht nur im privaten Kreis geäußert, sondern unter dem Pseudonym Ernst Domeier auch in der völkischen Zeitschrift „Deutsches Volkstum“ öffentlich gemacht.<sup>21</sup> In seinen Beiträgen wurde das generelle Misstrauen des konservativen und nationalistisch geprägten Bildungsbürgertums gegenüber der ungeliebten Weimarer Republik und der Demokratie als Staatsform artikuliert, die man – neben Marxismus und Atheismus bzw. Materialismus – für die Erosion der tradierten sozialen und ethischen Grund-

<sup>16</sup> HUA, Jordan, Bd. 1, Bl. 37.

<sup>17</sup> Reinhard Mahnke, Verzeichnis Rostocker physikalischer Dissertationen der Jahre 1900 bis 1988, in: Beiträge zur Geschichte der Universität Rostock. Zur Entwicklung der Physik an der Rostocker Universität. Heft 17/1991, 119.

<sup>18</sup> Harry Lehmann, Pascual Jordan 1902-1980. Jahresbericht der Joachim-Jungius-Gesellschaft 1980/82. Hamburg 1983, 39-40.

<sup>19</sup> Albert Einstein an Mark Born, Berlin 8.12.1919. Collected Papers of Albert Einstein, Princeton 2004, Bd. 9, 280.

<sup>20</sup> Interview mit Otto Stern, Zürich 25.11.1961, Handschriftenabteilung der ETH Zürich, 26.

<sup>21</sup> Vgl. Richard Beyler, From Positivism to Organism: Pascual Jordan's Interpretations of Modern Physics in Cultural Context. PhD-Dissertation Harvard University Cambridge 1994, 207-223.

werte verantwortlich machte. Darüber hinaus wurde ein ausgesprochen elitäres Bildungskonzept propagiert und insbesondere der politische und militärische Machtverlust Deutschlands nach dem ersten Weltkrieg beklagt. Dieser und die Ergebnisse des Versailler Friedensdiktats waren politische Traumata deutscher Bildungseliten, die Jordans publizistische Beiträge nachhaltig beeinflussten.

Keineswegs zufällig wurde Jordan noch im Januar 1933 Mitglied von Alfred Hugenbergs (1865-1951) Deutschnationalen Volkspartei (DNVP), der stärksten Rechtspartei der Weimarer Republik und ein Sammelbecken völkischer und antisemitischer Gruppierungen, wodurch sie sich zum Repräsentanten von extrem konservativen und nationalistischen Positionen profilierte. Die DNVP hatte schon frühzeitig das Bündnis mit den Nationalsozialisten gesucht und gehörte bis zum Rücktritt Hugenbergs im Juni 1933 dem Kabinett Hitlers an. Auch Jordan stand – wie es in einem Schreiben der Studentenschaft der Universität Rostock aus dem Jahre 1936 heißt – „bereits vor der Machtübernahme [...] mit einer Reihe von Amtsleitern des N.S.D.St.B. und der Studentenschaft in kameradschaftlicher Fühlung“;<sup>22</sup> zudem war er unmittelbar vor der Selbstauflösung der DNVP am 1. Mai 1933 in die NSDAP eingetreten. Der Parteieintritt war weniger opportunistischem Kalkül geschuldet, sondern entsprach wohl eher seiner persönlichen Anerkennung, dass die NSDAP und speziell Hitler das bislang zersplitterte nationalkonservative Lager geeint hatte und man sich so eben der siegreichen Fraktion anschloss. In diesem Sinne stellte er in der Einführung zu seinem Buch „Die Physik und das Geheimnis des organischen Lebens“ fest:

„Der Nationalsozialismus hat nicht nur zwischen Nationalismus und Sozialismus – zwei Begriffen, die für das Vorstellungsvermögen der Nachkriegsjahre in vollkommenem Gegensatz standen – eine Synthese gefunden: er hat auch in den vielfältigen anderen Streitfragen, welche Deutschland zerrissen und zerspalteten, nicht einfach der einen oder anderen der streitenden Parteien Recht gegeben, sondern auf einer höheren Ebene neue, überraschende Lösungen gefunden.“<sup>23</sup>

Ob sein Eintritt in die NSDAP auch mit dem Vorsatz geschah, Einfluss zu gewinnen und die Partei gewissermaßen von Innen her beeinflussen oder gar zähmen zu wollen, dafür gibt es keine zeitgenössischen Belege, sondern lediglich die absichtsvollen Erklärungen aus der Nachkriegszeit. Allerdings scheint Jordans Entscheidung für die NSDAP keineswegs verbal oder dem allgemeinen Opportunismus geschuldet gewesen sein. Dafür sprechen nicht nur seine zahlreichen öffentliche Bekundungen und Elogen auf den Nationalsozialismus aus den folgenden Jahren, sondern auch die Tatsache, dass er sich im Herbst 1933 ebenfalls der SA anschloss und sich dort als Rottenführer engagierte, der dort „wegen seines Dienstfeifers und seines kameradschaftlichen Wesens allgemein beliebt“ war.<sup>24</sup> Solch Engagement war für ei-

<sup>22</sup> Studentenschaft der Universität Rostock an den Rektor der Universität, Rostock 29.2.1936, HUA, Jordan, Bd. II, Bl. 27.

<sup>23</sup> Pascual Jordan, Die Physik und das Geheimnis des organischen Lebens. Braunschweig 1941, 6.

<sup>24</sup> Studentenschaft der Universität Rostock an den Rektor der Universität, Rostock 29.2.1936, HUA, Jordan, Bd. II, Bl. 27.

nen deutschen Professor und international angesehenen Gelehrten alles andere als normal bzw. üblich.

Jordan ließ es zudem mit solchen institutionellen Bekenntnissen nicht bewenden, sondern trug auch mit publizistischen Beiträgen zur Propagierung nationalsozialistischer Ziele bei. So nahm er im Mai 1933 in der Rostocker Universitäts-Zeitung zur Wandlung der Universität Stellung und bemerkte, dass

„es heute nicht mehr zur Diskussion [steht], ob eine die Universität in den Rahmen des neuen nationalsozialistischen Staates einfügende Reform stattfinden soll oder nicht; sondern es handelt sich nur noch darum, die Formen und Wege zu bestimmen, in denen eine solche Eingliederung zu geschehen hat [...] unter der fast unübersehbare großen und weitreichenden Mannigfaltigkeit der Probleme, die sich hier ergeben, [ist] eine bestimmte Notwendigkeit klar zu erkennen: die nachdrückliche Umstellung der gesamten Universitätsarbeit auf die wehrpolitischen Aufgaben der Gegenwart.“<sup>25</sup>

Dazu konform ging die Ankündigung eines Seminars „Anfangsgründe der Ballistik“ für das Wintersemester 1933/34, das im Rahmen von Lehrveranstaltungen über Wehrerziehung honorarfrei erfolgte<sup>26</sup> und in den folgenden Semestern seine Fortsetzung als „Ballistisches und mathematische Vortragsseminar“ bzw. „Mathematisches Seminar unter besonderer Berücksichtigung der Wehr- und Flugwissenschaft“ fand. Überhaupt muss die Überzeugung von der wehrpolitischen Bedeutung der modernen Physik für Jordans damaliges Denken als zentral angesehen werden. So griff er im Vorwort seiner 1935 erschienenen Schrift „Physikalisches Denken in der neuen Zeit“ dieses Thema ebenfalls auf und stellte dazu fest:

„Die stille Gelehrsamkeit des mathematischen und physikalischen Forschers scheint so weit, wie irgend möglich, vom Getriebe unserer bewegten Zeit entfernt – obwohl ja ihre Ergebnisse auf dem Wege der technischen Anwendung in Flugzeugen, Radiotechnik und Waffen aller Art die stärksten und schärfsten Machtmittel für die gewaltigen Kämpfe unseres Jahrhunderts liefern [...] die wissenschaftliche Leistungshöhe einer Nation [ist] eine unentbehrliche Unterlage ihrer technischen Fähigkeiten und ihrer wirtschaftspolitischen und wehrpolitischen Behauptungsmöglichkeiten geworden.“<sup>27</sup>

Später diagnostiziert er sogar, „daß in immer ausgesprochenem Maße die modernen Forschungslaboratorien zu Machtfaktoren von kriegsentscheidender Bedeutung werden“ und dass „dieser Zusammenhang von Wissenschaft und technischer Kriegsrüstung für die Staatsmänner Europas wie für die Gesamtheit der Nationen der Gegenwart und Zukunft der Hauptanlaß einer steigenden Schätzung und Bewertung der wissenschaftlichen Forschung sein [dürfte].“<sup>28</sup>

<sup>25</sup> Pascual Jordan, Wandlung der Universität. Rostocker Universitäts-Zeitung vom 9.5.1933, S. 3 (Nachdruck in: Dieter Hoffmann, Pascual Jordan im Dritten Reich – Schlaglichter. Preprint 248, MPI für Wissenschaftsgeschichte Berlin 2003, 13-15).

<sup>26</sup> Staatsarchiv Schwerin, MfU Nr. 1290.

<sup>27</sup> Pascual Jordan, Physikalisches Denken in unserer Zeit. Hamburg 1935, 7f.

<sup>28</sup> Ebd., 46.

Dass solche militaristischen Sprüche damals keineswegs selbstverständlich waren, und schon gar nicht in akademischen Kreisen, macht eine Rezension des Buches durch Rembert Ramsauer (1910-1955) deutlich. Dieser, als Vertreter der sogenannten Deutschen Chemie ein Nazi-Aktivist ganz anderen Typs<sup>29</sup>, kritisierte Jordans Ansicht, den Krieg zur objektiven Probe für die Höhe wissenschaftlicher Kenntnisse der Völker hoch zu stilisieren, als „sinnzerstörenden Gedanken“:

„Wenn echte Kultur und Geistigkeit nicht ist, mag es als Antrieb zu wissenschaftlicher Forschung wohl nichts anderes geben als individuelle Freude beim Einzelnen und Kriegabsichten der Staatsführung. Aber einmal abgesehen von solcher Verkennung des Wesens völkischer Kultur, - wird bei solcher Begründung des Wertes der Wissenschaft ‚in der neuen Zeit‘ das Ausland Jordan die ‚hundertprozentige Friedensliebe‘ (S. 51) Deutschlands glauben können?“<sup>30</sup>

Sechs Jahre später, als Nazi-Deutschland den Zweiten Weltkrieg vom Zaun gebrochen hatte und die deutsche Blitzkriegsstrategie vermeintliche Triumphe feierte, wird Jordan im Vorwort zu seiner Schrift „Die Physik und das Geheimnis des organischen Lebens“ noch deutlicher und macht sich sogar zum Propagandisten der Aggression, wenn er schreibt: „[...] wir sind nicht gewillt in der Verknüpfung zwischen Wissenschaft und militärischer Gewalt einen Missbrauch zu sehen, nachdem militärische Macht ihre zwingende, aufbauende Kraft im Schaffen eines neuen Europas erwiesen hat.“<sup>31</sup> Jordan hat sein Engagement für den „neuen Staat“ aber keineswegs auf die Propagierung der wehrpolitischen Notwendigkeiten wissenschaftlicher Forschung beschränkt, vielmehr fiel seiner Meinung nach

„den Akademikern von heute die Aufgabe zu, diese Notwendigkeiten wissenschaftlicher Forschung aus dem Sinn des neuen Staates heraus neu zu begreifen, und sie in lebendige Beziehung zu den Inhalten und Aufgaben dieses neuen Staates zu setzen.“<sup>32</sup>

Zu diesen Aufgaben und Inhalten zählte Jordan vor allem den „Vierjahresplan deutscher Wirtschaft und deutscher Technik“. Dieser 1936 inaugurierte Plan sollte Deutschlands Entwicklung zu einem autarken Wehrstaat beschleunigen, d. h. die Autarkie bei Roh- und Grundstoffen sichern und die deutsche Wirtschaft und

---

<sup>29</sup> Martin Bechstedt, „Gestalthafte Atomlehre“. Zur „Deutschen Chemie“ im NS-Staat, in: Herbert Mehrrens/Steffen Richter (Hrsg.): Naturwissenschaft, Technik und NS-Ideologie. Frankfurt/Main 1980, 149ff.

<sup>30</sup> Rembert Ramsauer, Besprechung von: Jordan, Pascual, Physikalisches Denken in der neuen Zeit, in: Zeitschrift für die gesamte Naturwissenschaft 1(1935/36), 343.

<sup>31</sup> Pascual Jordan, Die Physik und das Geheimnis des organischen Lebens. Braunschweig 1941, 9.

<sup>32</sup> Pascual Jordan, Die Wandlung der Universität. Rostocker Universitäts-Zeitung vom 9.5.1933, 4 (Nachdruck in: Dieter Hoffmann, Pascual Jordan im Dritten Reich – Schlaglichter. Preprint 248, MPI für Wissenschaftsgeschichte. Berlin 2003, 29).

Wehrmacht binnen vier Jahren „einsatzfähig“, d. h. „kriegsfähig“ machen. Für Jordan war dies „*nur von einer auch in der Wissenschaft führenden Nation zu lösen*“.<sup>33</sup>

In diesem Sinne warb er in seinen Publikationen für das Aufrüstungs- und Autarkieprogramm des NS-Staates – wenn er feststellt:

„den Gesamtbereich wirtschaftlicher Tätigkeit in den Aufbau nationaler Machtstellungen einzubeziehen und das Wirtschaftsleben nach politischen – und letztlich militärischen – Gesichtspunkten zu organisieren. Das bedeutet für die wissenschaftliche Forschung eine weitere Verstärkung ihrer politischen Bedeutung, sowohl durch die erhöhte Dringlichkeit, die damit allen wirtschaftlich-technischen Aufgaben erteilt wird, als auch durch die Fülle neuer Aufgaben, die – wie die Ersatzerfindung für Rohstoffe, die innerhalb des eigenen nationalen Machtbereichs fehlen – erst durch diese Umgestaltung der wirtschaftlichen Beziehungen neu entstehen.“<sup>34</sup>

An anderer Stelle kann man noch prononcierter lesen:

„Die beherrschenden Geschehnisse im Ringen des jungen Großdeutschen Reiches – Vierjahresplan, Aufrüstung und Krieg – haben der naturwissenschaftlichen Arbeit ihren festen Platz im völkischen Leben angewiesen. Und die deutsche Naturwissenschaft – deutsche Chemie, deutsche Physik, deutsche Geologie u. ff. – hat diesen Platz auszufüllen gewusst: Hinter den wunderbaren Siegen der nationalsozialistischen Wehrmacht steht als eine der gestaltenden Voraussetzungen deutscher Waffen Überlegenheit neben dem deutschen Arbeiter die Weltmacht Deutsche Wissenschaft.“<sup>35</sup>

Solche Erklärungen machen Jordan unzweifelhaft zu einem prominenten Wissenschafts-Ideologen der nationalsozialistischen Vierjahrplanpolitik wie des Dritten Reiches überhaupt. Dies ungeachtet der Tatsache, dass ihm persönlich kein spezieller Platz innerhalb der Vierjahrplanbehörde oder der NS-Forschungspolitik zugewiesen war und er als theoretischen Physiker in diesem Rahmen auch keine offizielle Funktion bekleidete; dies blieb Kollegen aus angewandten Fachrichtungen wie Abraham Esau (1884-1955), Peter Adolf Thiessen (1899-1990) oder Walther Gerlach (1889-1979) vorbehalten. Dennoch hat auch Jordan mit seinen Publikationen und deren prononcierten Kommentaren das nationalsozialistische Herrschaftssystem aktiv mitgetragen, und er war damit alles andere als nur „technokratischer Mitläufer“ oder politischer Opportunist. Dies wird zudem durch das Faktum gestützt, dass sich von den politischen und weltanschaulichen Essentials, die das politische Programm des Nationalsozialismus charakterisieren – Ablehnung der Demokratie bzw. der Weimarer Republik, Revision des Versailler Vertrags (auch mit militärischen

<sup>33</sup> Pascual Jordan, Olympiade der Wissenschaft. Der Student in Mecklenburg-Lübeck v. 5.12.1936, 9 (Nachdruck in: Dieter Hoffmann, Pascual Jordan im Dritten Reich – Schlaglichter. Preprint 248, MPI für Wissenschaftsgeschichte. Berlin 2003, 29).

<sup>34</sup> Pascual Jordan, Physikalisches Denken in unserer Zeit. Hamburg 1935, 47.

<sup>35</sup> Pascual Jordan, Naturwissenschaft im Umbruch, in: Deutschlands Erneuerung 25 (1941), 452 (Nachdruck in: Dieter Hoffmann, Pascual Jordan im Dritten Reich – Schlaglichter. Preprint 248, MPI für Wissenschaftsgeschichte, Berlin 2003, 22-28).

Mitteln), Wiederherstellung deutscher (militärischer und ökonomischer) Macht und Größe, Antisemitismus –, fast alle in Jordans Schriften wieder finden. Lediglich die antisemitischen NS-Stereotype jener Zeit werden von Jordan nicht bedient – zumindest nicht in seinen Publikationen und anderen öffentlichen Äußerungen. Ob dies auf seine akademische Sozialisation in Göttingen zurückzuführen ist, wo als Jude nicht nur Max Born zu seinen Lehrern gehörte, oder familiäre Prägungen bzw. ethisch-moralische Überzeugungen dafür bestimmend waren, lässt sich rückblickend nicht mehr ergründen; zumal es von Jordan selbst dazu keine Stellungnahmen gibt. Hingegen ist dokumentiert, dass Jordan im April 1933 seinen Lehrer Max Born und James Franck in Göttingen besuchte und sich dabei kritisch über die Entlassungsmaßnahmen geäußert haben soll. Letzteres geht aus einer Briefnotiz von Jordans Mutter an dessen Schwester über diesen Besuch hervor:

„P. ist ausser sich, er sagt, Leute, die der Fakultät Weltruhm erworben haben, sollen fort und können nicht ersetzt werden [...]. Er hat auf dem Schreibtisch eine Disposition liegen, anscheinend will er irgendeinen Schritt tun, der ihm hoffentlich nicht selbst den Hals bricht.“<sup>36</sup>

Dies ist offenbar nicht geschehen, und ob bzw. wie Jordan seine persönlichen Betroffenheit über die Vertreibungsmaßnahmen auch öffentlichen Ausdruck verliehen hat, darüber ist Konkretes nicht bekannt. Glaubt man einem Brief Hans Kopfermanns (1895-1963) vom 23. Mai 1933, dann waren damals ohnehin *„alle an der Wissenschaft Beteiligten gegen die antisemitischen Massnahmen der Regierung [...] abgesehen von einigen überzeugten Nationalsozialisten und einer geringen Zahl von Leuten, die hoffen, nun zu Amt und Würden zu kommen“*.<sup>37</sup>

Folgt man Jordans eigenen Bekundungen, so hat er 1933 nicht nur gegen die Entlassung seiner jüdischen Lehrer und Kollegen opponiert, sondern damals auch selbst die Emigration erwogen. In einem Brief an Niels Bohr vom Mai 1945 nennt er an Gründen, die ihn schließlich zum Bleiben veranlasst hätten:

- „1) I rather could not depart with my old mother (she died in 1942).
- 2) My known Sprachfehler (12 years ago much worse than today) made me many difficulties in profession and in daily life. These difficulties were to multiply abroad.
- 3) I doubted me as an eventual voluntary emigrant to be justified to charge the organisation created for helping those who were inevitably forced to emigrate.
- 4) I believed to a false theory about the probable evolution of the nazists party after 1933. I thought the radicalism shown at the beginning would evade with time and a tolerable situation would return by steps after some years; I hoped to be able to accelerate this evolution to a certain little extent.

<sup>36</sup> Pascual Jordan an Max Born, Hamburg 15.8.1948 mit Abschrift eines Briefes der Mutter Jordans vom 20.4.1933. Staatsbibliothek zu Berlin. Stiftung Preußischer Kulturbesitz, Handschriftenabteilung Nachlass M. Born, Nr. 353, Bl. 9 r. (Nachdruck in: Dieter Hoffmann, Pascual Jordan im Dritten Reich – Schlaglichter. Preprint 248, MPI für Wissenschaftsgeschichte, Berlin 2003, 37).

<sup>37</sup> Hans Kopfermann an Niels Bohr, Kopenhagen 23.5.1933. Niels Bohr Archive Copenhagen.

When I had to convince myself that on the contrary the tendencies grew more and more radical, there remained no possibility to emigrate.“<sup>38</sup>

Angesichts der oben zitierten Passagen aus den Jordanschen Schriften jener Zeit fällt es schwer, dieser Argumentation zu folgen, und sie ist wohl eher als eine jener allzu bekannten Schutzbehauptungen der Nachkriegszeit zu werten. Der am Schluss angeführte Punkt 4) kommt wahrscheinlich der historischen Wahrheit am nächsten, implizit spiegelt sich darin eben jene Faszination, die der Nationalsozialismus und nicht zuletzt die Person Adolf Hitler (1889-1945) damals zweifellos auf Jordan ausgeübt hat und womit Jordan keineswegs allein dasteht. Was ihn von anderen Zeitgenossen unterscheidet, ist sein propagandistisches Eintreten für die politischen Ziele des Nationalsozialismus. Dieses Eintreten brachte ihn im Übrigen auch in Konflikt mit einigen Parteistellen und insbesondere mit konservativen bzw. radikalen Strömungen in der Partei. Weniger mit der Partei als solcher und ihren grundsätzlichen Zielen, wollte er doch – wie er selbst gegenüber Bohr feststellt<sup>39</sup> – zur Evolution bzw. Ent-Radikalisierung der NSDAP beitragen und mit seinem Eintreten für die NSDAP – wie Jordans Mutter 1933 schrieb<sup>40</sup> – „*einiges Unheil verhüten*“. Dabei ging es Jordan nicht nur darum, einige Überspitzungen der Parteipolitik abzumildern, sondern vor allem das Potential der Moderne und nicht zuletzt das der modernen Physik der NSDAP anzudienen. Als seine Schrift „*Physikalisches Denken in der neuen Zeit*“ im *Völkischen Beobachter* positiv besprochen wurde, sandte er beispielsweise die Rezension absichtsvoll „*mit freundl. Grüßen*“ an den „*Pg. Bacher*“, Leiter der Hochschulabteilung im Reichs-Erziehungsministerium.<sup>41</sup>

Die Aufmerksamkeit bzw. die Unterstützung von Leuten wie Franz Bacher (1894-1957) war für Jordan deshalb von Bedeutung, weil seine Schrift bei den Vertretern der sogenannten Deutschen Physik bzw. arischen Wissenschaften und ihren Anhängern in der NSDAP eine kritische Aufnahme gefunden hatte. In ihrem „*Zentralorgan*“, der 1935 neu gegründeten „*Zeitschrift für die gesamte Naturwissenschaft*“, wurde in der schon zitierten Rezension des Chemikers Rembert Ramsauer (nicht zu verwechseln mit dem Physiker und späteren Vorsitzenden der Physikalischen Gesellschaft Carl Ramsauer (1879-1955)) u. a. gegen den programmatischen Titel polemisiert, da er den „*Eindruck erweckt, als stehe der Inhalt in einem Zusammenhang mit dem Umbruch in Deutschland.*“<sup>42</sup>

<sup>38</sup> Pascual Jordan an Niels Bohr, Göttingen Mai 1945. Niels Bohr Archive Copenhagen (Nachdruck in: *D. Hoffmann*, Pascual Jordan im Dritten Reich – Schlaglichter. Preprint 248, MPI für Wissenschaftsgeschichte Berlin 2003, 29-32).

<sup>39</sup> Ebd.

<sup>40</sup> Pascual Jordan an Max Born, Hamburg 15.8.1948 mit Abschrift eines Briefes der Mutter Jordans vom 20.4.1933. Staatsbibliothek zu Berlin. Stiftung Preußischer Kulturbesitz, Handschriftenabteilung Nachlaß M. Born, Nr. 353, Bl. 9 r. (Nachdruck in: Dieter Hoffmann, Pascual Jordan im Dritten Reich – Schlaglichter. Preprint 248, MPI für Wissenschaftsgeschichte Berlin 2003, 37).

<sup>41</sup> Bundesarchiv Berlin-Lichterfelde, REM J 107(PA Pascual Jordan), Bl. 9356.

<sup>42</sup> *Rembert Ramsauer*, Besprechung von: Jordan, Pascual, *Physikalisches Denken in der neuen Zeit. Zeitschrift für die gesamte Naturwissenschaft* 1 (1935), 342-343.

Noch stärker war ein Aufsatz des Herausgebers Kurt Hildebrandt (1881-1966) mit Jordan ins Gericht gegangen.<sup>43</sup> Er setzte sich kritisch mit Jordans Wissenschaftsbegriff auseinander und griff insbesondere seinen dezidierten Positivismus an. Auch wenn die Auseinandersetzung weitgehend auf einer erkenntnistheoretisch-philosophischen Ebene verblieb und den akademischen Diskurs kaum verließ, wird die weltanschauliche Stoßrichtung des Beitrags in solchen Feststellungen des Autor deutlich, „daß hinter dem Positivismus der Gegenwart die große Weltmüdigkeit, der sinkende Lebenstrieb steht“ und „daß die objektive Wissenschaft nicht leidet, sondern nur fruchtbringender sich entfaltet, wenn sie sich einordnet in das schöpferische Geistesleben, das nicht auf die Persönlichkeit des Einzelnen und des Volkes verzichten kann.“<sup>44</sup>

Weitere kritische Beiträge der Zeitschrift<sup>45</sup> trugen dazu bei, dass sich Jordan als bevorzugtes Angriffsziel dieser ideologisch und politisch einflussreichen Gruppe herausgestellt fühlte – wie er wohl insgesamt in dieser Kritik „den Versuch einer politischen Diffamierung der gesamten mathematisch-physikalischen Forschung [sah]“.<sup>46</sup> Da ihm nicht zuletzt die politischen Implikationen der Hildebrandtschen Kritik bewusst waren, nahm er den Fehdehandschuh auf und stellte in der Mecklenburger Studentenzeitschrift unter der Überschrift „Olympiade der Wissenschaft“ polemisch klar:

„Aber in der Naturwissenschaft ist es bis heute noch möglich geblieben, daß veraltete Theorien und verschimmelte Hypothesen aus dem vorigen Jahrhundert von neuem aufgetischt und als spezifisch zeitgemäß erklärt werden – ohne daß, wie es sein müsste, ein gesundes Gelächter die einzig passende Antwort gibt und derartige Urgroßväterbärte abrasiert.“<sup>47</sup>

In den Vorbemerkungen zu seinem Buch „Physikalisches Denken in der neuen Zeit“ hatte er diesbezüglich ebenfalls sehr deutliche Worte gefunden und sich zudem als der bessere Nationalsozialist herausgestellt:

„[...] es scheint doch eine kurze Antwort angebracht auf das Bestreben, ein Vergnügen an einer Diffamierung der mathematisch-physikalischen Forschung ausgerechnet als angebliche Konsequenz nationalsozialistischer Einstellung hinzustellen. Wir leben im Zeitalter des technischen Krieges: Ein Versuch der Sabotage an Deutschlands führender Stellung auf dem Gebiete der mathematisch-physikalisch-chemischen Forschung muß deshalb nach denselben Grundsätzen beurteilt werden, die auch für die Beurteilung jeder

<sup>43</sup> Kurt Hildebrandt, Positivismus und Natur. In: Zeitschrift für die gesamte Naturwissenschaft 1 (1935/36), 1-22.

<sup>44</sup> Ebd., 18/19.

<sup>45</sup> Kurt Hildebrandt, Positivismus und Vitalismus. In: Zeitschrift für die gesamte Naturwissenschaft 1 (1935/36), 242-243.

<sup>46</sup> Pascual Jordan, Physikalisches Denken in der neuen Zeit. Hamburg 1935, 9.

<sup>47</sup> Pascual Jordan, Olympiade der Wissenschaft. In: Der Student in Mecklenburg-Lübeck v. 5.12.1936, S. 8 (Nachdruck in: Dieter Hoffmann, Pascual Jordan im Dritten Reich – Schlaglichter. Preprint 248, MPI für Wissenschaftsgeschichte Berlin 2003, 20-21).

anderen gegen die Wehrkraft des nationalsozialistischen Staates gerichteten Zersetzungsarbeit maßgebend sind.“<sup>48</sup>

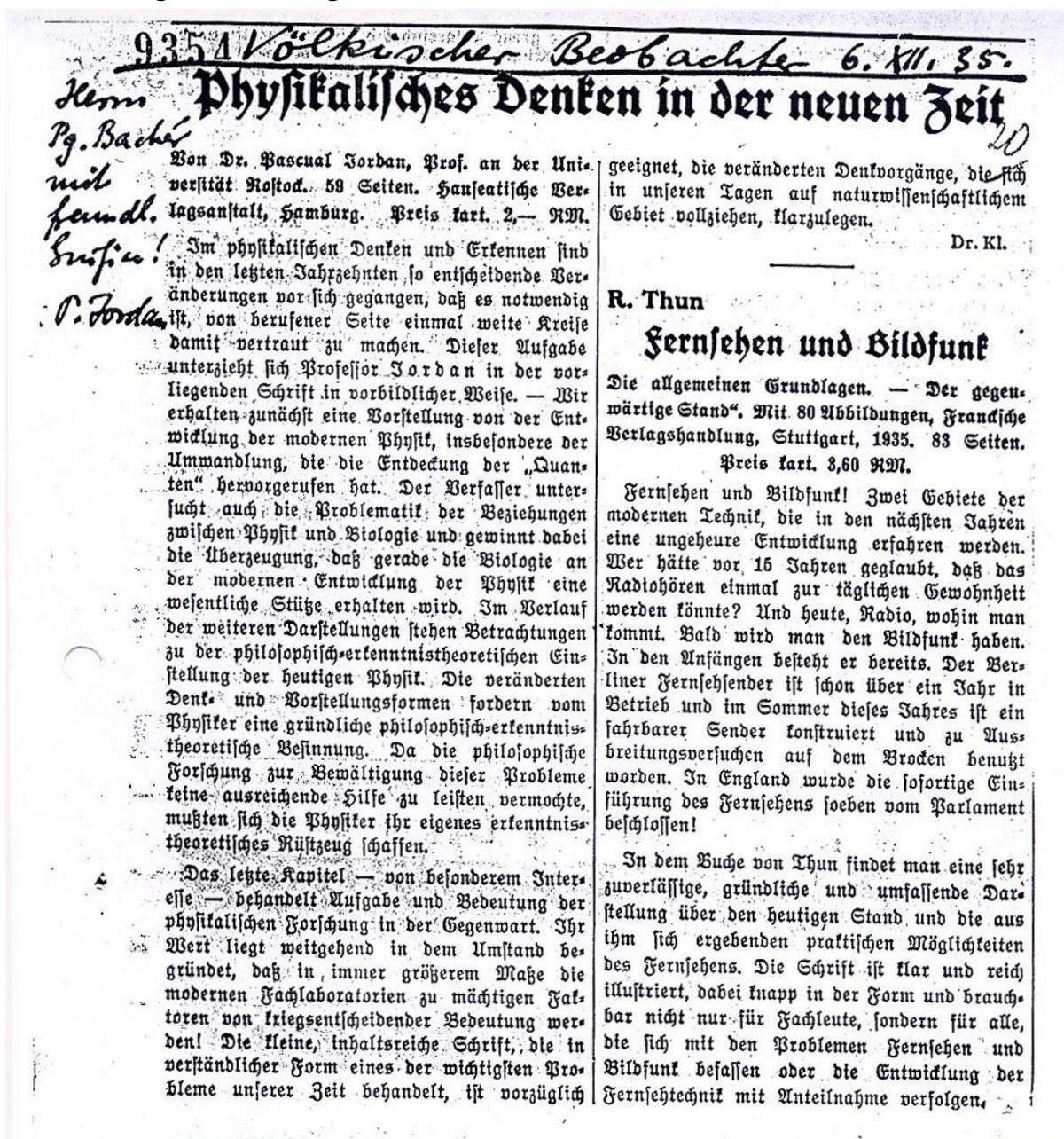


Abb. 3: Faksimile des Aufsatzes „Die Wandlung der Universität“, Rostocker Universitätszeitung vom 5. Mai 1933.

Deutliche Worte, die in der Urfassung offenbar noch schärfer formuliert waren, denn auf Intervention von Hildebrandt, hinter der wohl auch höhere NS-Stellen standen, sahen sich Verlag und Autor veranlasst, Jordans Polemik abzuschwächen.<sup>49</sup> Paul Rosbaud (1896-1963) erinnert sich in der Nachkriegszeit in einem Bericht an Samuel Goudsmit (1902-1979) an diese Vorgänge:

<sup>48</sup> Pascual Jordan, Physikalisches Denken in der neuen Zeit. Hamburg 1935, 9.

<sup>49</sup> Kurt Hildebrandt, In eigener Sache. In: Zeitschrift für die gesamte Naturwissenschaft 1 (1935/36), 342.

„Jordan was always very aggressive [...] Nazis like Bieberbach and K.L. Wolff had to suffer a lot under Jordan's intellect, and I remember now we enjoyed a little pamphlet by Jordan in which, in the last moment, though printed, the foreword had to be omitted as too aggressive against Nazi wisdom.“<sup>50</sup>

Jordan hatte sich mit seiner scharfen Polemik die Gruppe der Deutschen Physiker zu unversöhnlichen Feinden gemacht und so ist es nicht zufällig, dass er bis zu ihrem politischen Niedergang Anfang der vierziger Jahre zum personifizierten Gegenstand ihrer Angriffe auf die moderne Physik blieb. Als 1936 Jordans Buch „Die Physik des 20. Jahrhunderts“ erschien<sup>51</sup> und darin der Überzeugung Ausdruck gegeben wurde, dass „*die moderne Physik und die für sie charakteristische Umwälzung Jahrhunderte alter naturwissenschaftlicher Vorstellungen [...] ein integrierender Bestandteil der sich entfaltenden neuen Welt des zwanzigsten Jahrhunderts*“ sei,<sup>52</sup> nahm Hugo Dingler (1881-1954)<sup>53</sup> dies zum Anlass, im Rahmen einer Rezension „prinzipiell“ mit der modernen Physik bzw. deren ungesicherten erkenntnistheoretischen Grundlagen abzurechnen.<sup>54</sup> Nach bewährtem Ritual ging Jordan auf Dingers ablehnende Kritik im Vorwort zur zweiten Auflage seines Buches ein, wobei er polemisch klar stellte, in Dingers Ablehnung ein „*Positivum zu sehen, und dass es mir überaus peinlich gewesen wäre, wenn Dingler unfolgerichtigerweise etwa mein Buch günstig beurteilt hätte.*“<sup>55</sup> Auch Dingler verstärkte mit einer längeren Mitteilung in einer der folgenden Ausgaben „Zeitschrift für die gesamte Naturwissenschaft“ seine Kritik, die aber nur noch ein weiteres Mal die beiden unversöhnlichen Standpunkte dokumentierte.<sup>56</sup> An diesem Disput ist über den erkenntnistheoretischen Rahmen hinaus interessant, dass Jordan eigentlich derjenige war, der mehr noch als Dingler den vermeintlich akademischen Diskurs verließ und weltanschauliche und ideologische bzw. politische Argumenten in die Auseinandersetzung einbrachte. Dies schloss ein, dass er Dingler in der Sprache des Dritten Reiches beim Wissenschaftsministerium bzw. bei Parteistellen zu denunzieren wusste – so in Briefen vom Februar 1938, wo er von „*einer gewissen weltanschaulichen Metamorphose*“ Dingers spricht, der „*vor der Machtergreifung die ‚gewohnte Tatkraft‘, den ‚Fleiß und Scharfsinn‘ der jüdischen Rasse in seinen philosophischen Schriften nachdrücklich hervorgehoben hat*“<sup>57</sup> und sein Hauptwerk „Der Zusammenbruch der

<sup>50</sup> AIP, Niels Bohr Library, Goudsmit Papers, Box 27, Folder 41.

<sup>51</sup> Pascual Jordan, Die Physik des 20. Jahrhunderts. Einführung in die Gedankenwelt der modernen Physik. Braunschweig 1936.

<sup>52</sup> Ebd., VII.

<sup>53</sup> Vgl. Gereon Wolters, Opportunismus als Naturanlage: Der Fall Hugo Dingler und das ‚Dritte Reich‘, in: P. Janich, Entwicklungen der methodischen Philosophie. Frankfurt 1992, 257-327.

<sup>54</sup> Hugo Dingler, Die „Physik des 20. Jahrhunderts“. Eine prinzipielle Auseinandersetzung (Zu einem Buche von P. Jordan). Zeitschrift für die gesamte Naturwissenschaft 3 (1937), 321-335.

<sup>55</sup> Pascual Jordan, Die Physik des 20. Jahrhunderts. 2. erw. Aufl. Braunschweig 1938, VIII.

<sup>56</sup> Hugo Dingler, Pascual Jordan, „Die Physik des 20. Jahrhunderts“. In: Zeitschrift für die gesamte Naturwissenschaft 4 (1938), 389-393.

<sup>57</sup> Pascual Jordan an den Rektor der Universität Rostock, Rostock 23.2.1938. AHU, Jordan, Bd. II, Bl. 54.

Wissenschaft“ (München 1926) „*auch sonst zahlreiche Verbeugungen und Anbiederungsversuche gegenüber dem Judentum*“ und „*stolz darauf [ist], daß der oberste Rabbiner von Wien als ‚kompetentester‘ Beurteiler die Dinglersche Schrift anerkannt habe*“.<sup>58</sup> Weiterhin spricht Jordan von Dinglers „*projüdischer Propaganda*“ beigefügt hat und „*dem mit geradezu jüdischer Sensations- und Reklamemache gewählten Titel*“ seines Hauptwerkes,<sup>59</sup> das keineswegs „*der positiven Aufbauarbeit im Sinne nationalsozialistischer Kulturpolitik dienen*“ könne.<sup>60</sup> Darüber hinaus hatte er mit seinem Beitrag in der Mecklenburger Studentenzeitschrift seine Polemik gegen Dingler in die breite Öffentlichkeit getragen und hinsichtlich der opportunistischen Wandlung von Zeitgenossen wie Dingler polemisch festgestellt, dass

„*deren Hauptbedürfnis dahin geht, ihre vor der Machtergreifung gezeigte politisch-weltanschauliche Haltung in wohlthätige Vergessenheit zu versenken, und die [nunmehr] zu diesem Zwecke stürmische Beweise ihrer nunmehr garantiert hundertundfünfzigprozentigen Gesinnung ablegen.*“<sup>61</sup>

Von einem solchen Opportunisten und „*fanatischen philosophischen Propagandisten des Judentums*“ will sich Jordan deshalb – wie er in offiziellen Briefen wiederholt erklärt<sup>62</sup> – als „*Parteimitglied und SA-Mann*“ keine „*weltanschaulichen Belehrungen und Zensuren*“ erteilen lassen.

Damit nicht genug, denn in einem Brief an Fritz Kubach (1912-1945), dem damaligen Leiter des Amtes Wissenschaft und Facherziehung der Reichsstudentenführung und späteren Reichsstudentenführer, wird Jordan noch deutlicher und nimmt die Diffamierung Dinglers zum Anlass, sich als der bessere Nationalsozialist den entsprechenden Parteistellen anzudienen und sich dabei exzessiv auch antisemitischer Stereotype zu bedienen:

„*Nicht nur ein Philosoph, der sein philosophisches Lebenswerk früher als in engster Parallelität zur jüdischen Gesetzeslehre stehend charakterisiert und sich durch den Beifall eines Rabbiners geschmeichelt gefühlt hat, ist ungeeignet als Mitarbeiter und Berater des nationalsozialistischen Wissenschaftsaufbaues. Sondern dieselbe Nicht-Eignung besteht z. B. auch für den ehemaligen Ehemann einer Jüdin, oder einem Mitarbeiter Georg Bernhards, oder einen Mann, der seine finanzielle Abhängigkeit von zionistischen Kreisen anerkannt hat, oder der bis 1932 mit fanatischer Folgerichtigkeit für die Verjudung deutscher Universitäten gewirkt hat, oder der selber in Verdacht jüdischer Abstammung steht, oder nach der Machtergreifung einen Agenten der jüdischen Weltführung zu mehrstündiger Geheimunterredung empfängt, usw. usw. Ich bin fest überzeugt, daß wir beide uns über die Notwendigkeit,*

<sup>58</sup> Pascual Jordan an den Gaudozentenbundsführer Gißel, Rostock 10.2.1938, AHU, Jordan, Bd. II, Bl. 56.

<sup>59</sup> Ebd.

<sup>60</sup> AHU, Jordan, Bd. II., Bl.55.

<sup>61</sup> *Pascual Jordan*, Olympiade der Wissenschaft. Der Student in Mecklenburg-Lübeck, 12/1936, 8.

<sup>62</sup> Pascual Jordan an den Rektor der Universität Rostock, Rostock 23.2.1938. AHU, Jordan, Bd. II, Bl. 54; P. Jordan an den Gaudozentenbundsführer Gißel, Rostock 10.2.1938, AHU, Jordan, Bd. II, Bl. 56.

derartige Leute von einer Beeinflussung nationalsozialistischer Kulturarbeit fernzuhalten vollkommen einig sind [...]

Viel wichtiger noch als diese negativen Notwendigkeiten sind jedoch die positiven Aufgabenstellungen nationalsozialistischer Wissenschaftsführung, im Sinne einer geistigen Durchdringung wissenschaftlicher Arbeit durch den Nationalsozialismus, und umgekehrt, im Sinne eines umfassenden Einbaues deutscher Wissenschaft und Forschung in das nationalsozialistische Kulturschaffen. Abgesehen von der – allerdings hochbedeutsamen – Verknüpfung naturwissenschaftlicher Arbeit mit dem Nationalsozialistischen im Rahmen des Vierjahresplans, sind wir heute auf keinem Gebiete mehr so im Rückstand, wie in der Einordnung naturwissenschaftlich-mathematischer Arbeit in die nationalsozialistische Kulturpolitik. Das liegt nicht etwa in der Natur der Sache, sondern in der Folge der Sabotagearbeit gewisser getarnter Judenfreunde, denen wir insbesondere auch zu verdanken haben, daß die von der jüdischen Kulturpropaganda erfundene Einstein-Legende nicht etwa zerstört und überwunden, sondern im Gegenteil noch fester in die Köpfe eingehämmert worden ist. Die positiven Aufgaben und Notwendigkeiten, wie sie sich insbesondere aus den großen Richtlinien der Rosenbergschen Rede ergeben, können hinsichtlich ihrer Inangriffnahme und Lösung nicht getrennt werden von der Notwendigkeit einer Beseitigung der Verwirrung, welche durch Leute wie Dingler planmäßig herbeigeführt worden ist.“<sup>63</sup>

Jordan wurde nicht gehört – wahrscheinlich waren die Allianzen von Kubach und entsprechender Parteistellen zu Dingler und der Deutschen Physik zu stark. Auf jeden Fall erklärt Jordans Auseinandersetzung mit Dingler und den mit ihm verbündeten Vertretern der Deutschen Physik, warum Jordan nach eigener Nachkriegsbekundung „*neben Planck und Heisenberg der am stärksten seitens einflussreicher Parteiorgane (VB, Schwarzes Korps usw. usw.) angegriffene Physiker*“<sup>64</sup> gewesen sein soll.

Allerdings hatten diese Angriffe kaum etwas mit politischer Distanz oder gar Gegnerschaft zum Nationalsozialismus zu tun – man rieb sich vielmehr an weltanschaulichen Differenzen und an der falschen Wissenschaftspolitik des Ministeriums und seiner Gefolgsleute; zudem stellte das Erziehungs-Ministerium auch nur ein Machtzentrum in der polykratischen Herrschaftsstruktur des NS-Regimes dar, das zwar für Jordans Hochschullaufbahn eine Schlüsselposition einnahm, doch in Konkurrenz zu anderen Machtfaktoren keineswegs Existenz bedrohende Wirkungen zu entfalten vermochte. Problematisch und mit einem fatalen Beigeschmack behaftet, bleibt ebenfalls Jordans Wortwahl, auch wenn sie wohl eher den taktischen Gegebenheiten der aktuellen Auseinandersetzung als eigener Überzeugung geschuldet war.

<sup>63</sup> Pascual Jordan an Fritz Kubach, Rostock 28.3.1938 (Abschrift). Universität Konstanz, Philosophische Archiv, Nachlass Hugo Dingler. Ebd. Bl. 57-59. Gereon Wolters (Konstanz) machte mich auf diesen Brief aufmerksam.

<sup>64</sup> Pascual Jordan an Max Born, Hamburg 23.7.1948. Staatsbibliothek zu Berlin, Preußischer Kulturbesitz, Handschriftenabteilung, Nachlass Max Born, Mappe 353.

Werner Heisenberg hatte Jordan im Übrigen geraten, auf Dinglers Angriffe – wenn überhaupt – ironisch zu antworten:

„Wenn man sie überhaupt schriebe, müsste sie etwa so lauten: ‚Herr Dingler hat im Gegensatz zur bisherigen theor. Physik die richtige Methode, Physik zu treiben entdeckt. Wir freuen uns auf die grossen Entdeckungen, die er nun offenbar in der nächsten Zeit publizieren wird.‘“<sup>65</sup>

Jordan hat diesen Rat offensichtlich nicht befolgt, sondern in der eben dokumentierten Art reagiert. Darüber hinaus versuchte er in der Folgezeit eine breite Allianz gegen Dingler & Co. zu schmieden, in die er u. a. Walther Gerlach und Paul Rosbaud einbeziehen wollte. Letzterer schlug im Sommer 1941 diesbezüglich vor, „*eine offene Stellungnahme in Form einer kurz gehaltenen Denkschrift oder eines persönlichen Briefes an diejenige Stelle zu richten, die letzten Endes für alle Fragen zuständig ist.*“<sup>66</sup> Im folgenden Jahr kam es dann tatsächlich zu einer Denkschrift in dieser Sache, die allerdings von der Deutschen Physikalischen Gesellschaft (DPG) und ihrem 1940 neu gewählten Präsidenten Carl Ramsauer getragen wurde.<sup>67</sup> Dass daran Jordan oder Rosbaud unmittelbar beteiligt waren, ist bislang nicht bekannt und eher unwahrscheinlich, denn engere Kontakte Jordans zur DPG oder zu Ramsauer sind nicht aktenkundig, zumal Jordan damals nicht einmal Mitglied der DPG war.

Trotz aller unerquicklichen Begleitumstände, die damals von NS-kritischen Kollegen durchaus wahrgenommen wurden, hat der Konflikt mit Dingler und der Deutschen Physik Jordan durchaus Anerkennung und Respekt bei seinen Physikerkollegen eingetragen, was nicht zuletzt in der Nachkriegszeit positive Wirkung zeigen sollte, weil der Konflikt als anti-nazistischer Widerstand uminterpretiert wurde. Aktuell führte dies aber dazu, dass sich Jordan damit und nicht zuletzt durch seine aggressive und unkonziliante Art persönliche Feinde in den weltanschaulich und ideologisch geprägten NS-Hierarchien schuf – namentlich in der Reichsstudenten- und Dozentenführung sowie in der Person Fritz Kubachs. Diese verfügten in der zweiten Hälfte der dreißiger Jahre über erhebliche Macht und öffentlichen Einfluss, wovon das Berufungsgeschehen um die Sommerfeld-Nachfolge in München<sup>68</sup> und die Pressekampagne von Johannes Stark (1874-1957) und seinen Anhängern gegen die sogenannten „weißen Juden in der Wissenschaft“ im „Völkischen Beobachter“ sowie in der SS-Zeitschrift „Das schwarze Korps“ zeugen.<sup>69</sup> Die Auseinandersetzungen mit Dingler und den Vertretern der Deutschen Physik haben sicherlich auch die

<sup>65</sup> Werner Heisenberg an Pascual Jordan, Leipzig 5.2.1938. Staatsbibliothek zu Berlin. Preußischer Kulturbesitz, Handschriftenabteilung, Nachlass Pascual Jordan, Mappe 494.

<sup>66</sup> Paul Rosbaud an Pascual Jordan, Berlin 12.9.1941. Staatsbibliothek zu Berlin. Preußischer Kulturbesitz, Handschriftenabteilung, Nachlass Pascual Jordan, Mappe 583.

<sup>67</sup> Vgl. Dieter Hoffmann, Die Ära Ramsauer, in: Dieter Hoffmann/Mark Walker (Hrsg.), Physiker zwischen Autonomie und Anpassung. Die Deutsche Physikalische Gesellschaft im Dritten Reich. Weinheim 2007, 188ff.

<sup>68</sup> Vgl. Fredy Litten, Mechanik und Antisemitismus. München 2000.

<sup>69</sup> Vgl. Johannes Stark, ‚Weisse Juden‘ in der Wissenschaft. Das Schwarze Korps vom 15.7.1937; Anonym, Kehrseite der Medaille. Das Schwarze Korps vom 18.11.1937.

Karriere Jordans behindert und dazu beigetragen, dass Jordan in den dreißiger Jahren bei den (wenigen) anstehenden Neubesetzungen von Theorie-Lehrstühlen übergegangen wurde, so als die Berliner Universität im Herbst 1936 einen Nachfolger für Erwin Schrödinger (1887-1961) suchte und sich die Berufungskommission für Jordan aussprach.<sup>70</sup> Der Vorschlag wurde indes vom Ministerium nicht umgesetzt, so dass die Professur weiterhin von jüngeren theoretischen Physikern vertreten werden musste, was nicht nur den Affront gegenüber der Universität und Jordan dokumentiert, sondern auch die allgemeine Geringschätzung des Faches theoretische Physik im Dritten Reich zeigt. Letzteres führte im Übrigen dazu, dass für Jordan die Möglichkeiten einer Wegberufung aus Rostock bis in die frühen 1940er Jahre generell sehr gering waren, da damals vakante Stellen häufig nicht neu besetzt oder ihre Neubesetzung sehr dillatorisch behandelt wurden.

Parteiamtliche Beurteilungen aus jener Zeit, dass Jordans *„Arbeiten, insbesondere seine weltanschaulichen Stellungnahmen über die Grundlage und Bedeutung der Physik nicht ohne ganz erheblichen Widerspruch geblieben sind.“* und *„ein endgültiges Urteil über ihn könne zurzeit noch nicht abgegeben werden“*,<sup>71</sup> wurden damals von der NS-Studenten- und Dozentschaft aber nicht nur im Rahmen von Berufungsverhandlungen, sondern auch bei Anträgen für Auslandsreisen abgegeben und sollten die politische Zuverlässigkeit des jeweiligen Kandidaten auch bei Auslandsaufenthalten sichern. Obwohl in ähnlicher Art zu Jordans Reiseanträge wiederholt vom NS-Dozentenbund kritisch Stellung bezogen wurde,<sup>72</sup> ist kein Beispiel bekannt, dass das Erziehungs-Ministerium Reiseanträge von Jordan aus politischen Gründen abgelehnt hätte. Auslandsreisen führten ihn so im Sommer 1936 zur Physikerkonferenz und zum 2. Kongreß für Einheit der Wissenschaften nach Kopenhagen sowie nach Charkov, Paris und Zürich; eine geplante Teilnahme am Internationalen Kongress für Mikrobiologie in New York verhinderte der Ausbruch des Zweiten Weltkriegs. Auf diesen Auslandsreisen hat sich Jordan als loyaler Vertreter des nationalsozialistischen Deutschland gezeigt, wie er auch bereitwillig mit dem Erziehungsministerium kooperierte und ausführliche Reiseberichte verfasst hat, die sich nicht auf die sachliche Kommentierung des wissenschaftlichen Konferenzgeschehens beschränkten, sondern auch politische Stellungnahmen und Analysen sowie denunziatorische Anmerkungen zu emigrierten Kollegen enthielten.<sup>73</sup> Bei persönlichen Begegnungen mit jenen kehrte er jedoch den Biedermann bzw. Opportunisten heraus. So berichtete Otto Stern über ein Treffen mit Jordan am Rande des Physikertreffens 1936 in Kopenhagen, bei dem er ihn wegen seines pro-

<sup>70</sup> Bericht über die Kommissionssitzung wegen der Nachfolge Schrödingers, Berlin 19.8.1936. HUA, PA Schrödinger Nr. 248/III, Bl. 12.

<sup>71</sup> Dozentschaft der Universität Rostock an den Rektor, Rostock 23.8.1937. HUA, Jordan, Bd. II, Bl. 74.

<sup>72</sup> Beispielsweise zur Vortragsreise Jordans nach Zürich im Frühjahr 1939, Siehe: Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes Berlin. Jost Lemmerich machte mich auf diese Dokumente aufmerksam.

<sup>73</sup> Vgl. Dieter Hoffmann, Zur Teilnahme deutscher Physiker an den Kopenhagener Physikerkonferenzen nach 1933 sowie am 2. Kongreß für Einheit der Wissenschaften, Kopenhagen 1936. NTM 25 (1988), 49-55.

nationalsozialistischen Verhaltens zur Rede gestellt hatte und die Antwort erhielt: „Hören Sie, Sie waren ja in Rostock. Sie wissen doch, wie's dort zugeht, ich könnte auch gar nicht leben dort, wenn ich das nicht machte.“<sup>74</sup> Im Übrigen hat auch Wolfgang Pauli im politischen Milieu Rostocks ein entlastendes Moment für Jordans nationalsozialistische Bekenntnisse gesehen, wogegen er für die NS-Aktivitäten des Heidelberger Nobelpreisträgers Richard Kuhn (1900-1967) keine Entschuldigung gelten lassen wollte.<sup>75</sup>

Insgesamt lässt sich feststellen, dass die massiven weltanschaulichen Angriffe gegen Jordan weitgehend auf die zweite Hälfte der dreißiger Jahre konzentriert waren und Jordans Stellung an der Rostocker Universität kaum berührten. Als im Frühjahr 1935 ein sogenanntes fliegendes Ordinariat in der Philosophischen Fakultät frei wurde, sprach sich diese einhellig dafür aus, dieses für Jordan zu verwenden und seine außerordentliche Professur in ein Ordinariat umzuwandeln, da „kein Zweifel sein [kann], dass die Beförderung von Prof. Jordan zum Ordinarius nur der hervorragenden Stellung entspricht, die er im Rahmen unserer Hochschule längst einnimmt.“<sup>76</sup> Diesem Urteil schlossen sich damals noch vorbehaltlos – die Polemik gegen Jordan wurde erst Anfang 1936 losgetreten – auch die Dozentschaft und der Studentenschaftsführer der Universität an, wobei diese nicht zuletzt Jordans politische Zuverlässigkeit und sein kameradschaftliches Verhalten – „irgendeine Volksfremdheit oder wissenschaftlicher Gelehrtendünkel liegt ihm völlig fern“<sup>77</sup> – hervorhoben: „Er ist Parteigenosse und S.A. Mann [...] steht in ehrlicher Überzeugung zur nationalsozialistischen Bewegung.“<sup>78</sup> Nachdem auch die entsprechende Anfrage an die Kanzlei des Stellvertreters des Führers – wie in solchen Fällen üblich – ohne weitere Kommentare oder Rückfragen bestätigt wurde,<sup>79</sup> erfolgte zum 1. Oktober 1936 durch das inzwischen etablierte Reichs-Erziehungsministerium die Beförderung Jordans zum ordentlichen Professor für theoretische Physik der Rostocker Universität.

Die Beförderung Jordans führte zu keinen erkennbaren Veränderungen in seiner Tätigkeit an der Rostocker Universität. Erst der Ausbruch des Zweiten Weltkriegs zeigte in dieser Hinsicht Konsequenzen, wurde dieser doch genutzt, das ungeliebte Rostock und die wissenschaftliche Provinz hinter sich zu lassen. Der 37jährige Jordan meldete sich im September 1939 freiwillig zur Wehrmacht und wurde nach Absolvierung der militärischen Grundausbildung als Physiker im Meteorologischen Dienst der Luftwaffe eingesetzt, wobei er den Rang eines Majors bekleidete. Jordans Familie verließ damals ebenfalls Rostock und zog zu Verwandten nach Salz-

<sup>74</sup> Interview mit Otto Stern, Zürich 25.11.1961, 28. Handschriftenabteilung der ETH Zürich.

<sup>75</sup> Zitiert nach: Engelbert Schucking, Jordan, Pauli, Politics, Brecht, and a Variable Gravitational Constant. *Physics Today* 52 (1999), 26.

<sup>76</sup> HUA, Jordan, Bd. I, Bl. 46.

<sup>77</sup> Gutachten des Leiters der Dozentschaft der Universität Rostock (Gißel), Rostock 20.3.1936, HUA, Jordan, Bd. II, Bl. 26ff.

<sup>78</sup> Studentenschaft der Universität Rostock an den Rektor, Rostock 29.2.1936, HUA, Jordan, Bd. II, Bl. 27.

<sup>79</sup> Vgl. die Bundesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik, MfS-HA IX711, PA 2697, Bl. 15.

burg. Jordan ist im Übrigen nur noch besuchsweise und zur Auflösung seines Hausstandes nach Rostock zurückgekehrt – und auch, als ihn der Direktor des Physikalischen Instituts der Universität im Herbst 1953 zu Vorträgen nach Rostock einlud, verbrämte er seine Absage politisch, „weil wiederholt in ostzonalen bzw. russischen Zeitschriften unfreundliche Kritiken betreffs meiner wissenschaftlichen Arbeit erschienen sind“.<sup>80</sup>

Jordans Entscheidung für den Kriegsdienst – eine u.k.-Stellung z. B. für den Uranverein wäre sicher möglich gewesen – ist wohl weniger als eine Konsequenz seiner wehrpolitischen Auffassungen anzusehen, sondern hing sicherlich mit der Rolle der Wehrmacht im Dritten Reich zusammen. Viele, nicht zuletzt nationalkonservativ eingestellte Vertreter des Bürgertums, sahen diese in einer gewissen Distanz zum NS-Regime und deren Parteibürokratie. Sie wurde als Hoffnungsträger für eine bessere Zukunft Deutschlands angesehen – beispielsweise liest man in einem Brief des Astrophysikers Walter Grotrian an Lise Meitner über die Motive, die diesen bewogen hatten, sich ebenfalls 1939 freiwillig zur Wehrmacht zu melden:

„Als die Wehrmacht wieder aufgezogen wurde, habe ich mich freiwillig zur Luftwaffe gemeldet. Weil ich das Wiedererstehen einer Wehrmacht in vernünftiger Form begrüßte und außerdem hoffte, daß sich in der Wehrmacht ein Gegenpol gegen den Nazismus bilden würde.“<sup>81</sup>

Ähnliche Motive werden auch hinter Jordans Entschluss gestanden haben und in diesem Sinne versuchte er sich auch nach dem Kriege gegenüber seinem einstigen Mentor Niels Bohr zu rechtfertigen, dass „in reality Wehrmacht and NSDAP were sharply opposite – as indicated later by the events of the 20. July.“<sup>82</sup> Darüber hinaus verband Jordan mit seiner freiwilligen Meldung die Hoffnung, sich aus der politischen Schusslinie zu nehmen, in die er ja in den Jahren zuvor – wie oben bereits ausführlich dargestellt – durch die Angriffe der Vertreter der Deutschen Physik und anderer nationalsozialistischer Ideologen geraten war.

Im Herbst 1942 wurde Jordan zur Heeresversuchsanstalt Peenemünde, zur Raketenengruppe von Wernher von Braun, versetzt, wo er Berechnungen zu Windtunnel-Experimenten auszuführen hatte. Peter P. Wegner, mit dem er das Büro teilte, erinnerte sich:

„Jordan sat in front of his typewriter all day composing a textbook on algebra without ever consulting notes. Usually toward the end of the day he would suddenly recall the original purpose of his assignment at Peenemünde. He had never worked in fluid dynamics, but rather than read

<sup>80</sup> Pascual Jordan an Paul Kunze, Hamburg 23.10.1953. Archiv der Universität Rostock, Personalakte Pascual Jordan, Bl. 51.

<sup>81</sup> Walter Grotrian an Lise Meitner, Potsdam 29.12.1947, zitiert in: Dieter Hoffmann, „Kopenhagen“ war kein Einzelfall, in: Michael Frayn, Kopenhagen, Göttingen 2001, 185.

<sup>82</sup> Pascual Jordan an Niels Bohr, Göttingen Mai 1945. Niels Bohr Archive Copenhagen (Nachdruck in: Dieter Hoffmann. Pascual Jordan im Dritten Reich – Schlaglichter. Preprint 248, MPI für Wissenschaftsgeschichte Berlin 2003, 29).

books as I did, he proceeded to derive the equations of motion of supersonic flows. He delighted in the discovery of such phenomena as shock waves.“<sup>83</sup>

Ein anderer guter Bekannter aus jener Zeit war der bereits erwähnte Paul Rosbaud, Herausgeber der „Naturwissenschaften“ und englischer Spion, der Jordan über Peenemünde ausgehorcht haben und die gewonnenen Informationen direkt an die westlichen Alliierten weitergegeben haben soll.<sup>84</sup> Von Rosbaud weiß man auch, dass Jordan über seine Abkommandierung nach Peenemünde nicht glücklich war und seine Versetzung betrieb. In Jordans politischem Lebenslauf von 1948 liest man dazu absichtsvoll: „*Im Kriege habe ich mich in einjährigen schwierigen Auseinandersetzungen mit vorgesetzten militärischen Stellen der Mitarbeit an V-Waffen oder Atomenergie entzogen.*“<sup>85</sup>

Rosbaud berichtet, dass Jordan 1943

„sent at once a cry for help to the so-called „Wannsee-Verein“, a club of scientists working under Hasse’s direction for the navy. He was very happy when he was transferred, against the will of a very stubborn colonel, to the navy, and there he did nothing else but develop his cosmology along with Unsöld.“<sup>86</sup>

Neben seinem kosmologischen Hobby beschäftigte sich Jordan ab Dezember 1943 in der Forschungsabteilung der Marine unter Leitung des Mathematikers Helmut Hasse (1898-1979) vor allem mit Fragen der Höchstdruckphysik, deren Erkenntnisse nicht nur zur Entwicklung konventioneller Waffen dienen sollten, sondern offenbar auch im Kernwaffen-Kontext diskutiert wurden;<sup>87</sup> dabei konnte er sein in Peenemünde gewonnenes Wissen über Schockwellen sicherlich gut einbringen. In Berlin, wo das Marine-Forschungsinstitut am noblen Wannsee residierte, ließen sich zudem die Kontakte zur Gruppe um Nikolai Timoféef-Ressovsky am Bucher KWI für Hirnforschung wieder intensivieren und vor allem auch seine neuen Verpflichtungen als frisch berufener Professor der Friedrich-Wilhelms Universität sehr viel besser nachkommen als von Peenemünde aus.

Im Herbst 1943, nachdem das Ministerium Max von Laue vorzeitig in den Ruhestand geschickt hatte, griff die Berliner Fakultät den Vorschlag aus dem Jahre 1936 wieder auf, Jordan das Ordinariat für theoretische Physik anzubieten. Auf eine entsprechende Anfrage des Reichs-Erziehungsministeriums, ob „*Sie grundsätzlich bereit sind dem Ruf Folge zu leisten*“,<sup>88</sup> reagierte Jordan erwartungsgemäß positiv und wurde daraufhin zum 1. Oktober 1944 als ordentlicher Professor für theoretische Physik an die Friedrich-Wilhelms-Universität berufen.<sup>89</sup> Angesichts der katast-

<sup>83</sup> Peter P. Wegener, *The Peenemünde Wind Tunnels*. New Haven 1996, 28.

<sup>84</sup> Vgl. Arnold Kramish, *Der Greif*. München 1989, 196f.

<sup>85</sup> Pascual Jordan, *Politischer Lebenslauf*. Staatsbibliothek Berlin, bereits publiziert in: Dieter Hoffmann, *Pascual Jordan im Dritten Reich – Schlaglichter*. Preprint 248 MPI für Wissenschaftsgeschichte Berlin 2003, 35.

<sup>86</sup> American Institute of Physics, Niels Bohr Library, Goudsmits Papers, Box 27, Folder 41.

<sup>87</sup> Vgl. Rainer Karlsch, *Hitlers Bombe*. München 2005, 156f.

<sup>88</sup> Reichsministerium an Pascual Jordan, Berlin 18.11.1943. HUA, Jordan, Bd. 1, Bl. 119.

<sup>89</sup> Reichsministerium an Universitätskurator, Berlin 10.10.1944. HUA, Jordan, Bd. 1, Bl. 134.

rophalen Zeitumstände hat Jordan in Berlin nur noch eingeschränkt wirken können – von seinen wenigen Vorlesungen ist zudem Widersprüchliches bekannt. So berichtet Werner Luck (1924-2005), dass diese wegen Jordans Vorliebe für komplizierte mathematische Gleichungen und deren ausführlicher Erörterung „für die Hörer unerfreulich waren“ und es – etwa im Gegensatz zu Heisenberg<sup>90</sup> – zu ihm „auch keine persönlichen Kontakte“ gab.<sup>91</sup>

Im Übrigen hatte nicht erst die Berliner Berufung deutlich gemacht, dass Jordans akademischer Stern wieder im Aufsteigen begriffen war. Bereits Anfang der vierziger Jahre war der Einfluss der Deutschen Physik und ihrer Ideologen immer stärker marginalisiert und die moderne Physik sukzessive rehabilitiert worden, so dass die Angriffe auf Jordan und die anderen Vertreter der modernen Physik zurückgingen bzw. kein öffentliches Forum mehr fanden. Mit politisierenden Physikern à la Johannes Stark oder Fritz Kubach ließ sich zwar sehr gut eine nationalsozialistische Revolution durchführen, für den autarken Wehrstaat und zur Entwicklung von moderner Technologie und innovativen Waffensystemen waren indes Physiker vom Typ eines Pascual Jordan stärker gefragt. Die ideologisch motivierte Nichtachtung und Diskriminierung der modernen theoretischen Physik nahm so im Zeichen von forcierter Aufrüstung und Kriegspolitik kontinuierlich ab und deren Protagonisten konnten sich wieder eines zunehmenden Einflusses und wachsender Akzeptanz bei den politisch Mächtigen erfreuen. Symptomatisch für diesen Wandel war die Wiederaufnahme der Verleihung der Planck-Medaille durch die Physikalische Gesellschaft, wobei es keineswegs zufällig war, dass 1943 – nach fünfjähriger Zwangspause – diese höchste deutschen Physik-Auszeichnung an Pascual Jordan ging, einen Pionier der modernen Physik und dezidierten Anhänger des Nationalsozialismus.<sup>92</sup>

Jordans Auszeichnung und die Berufung nach Berlin markierten so den Endpunkt einer Entwicklung und zeigten, dass die weltanschaulichen Angriffe auf die Person Jordan endgültig zu den Akten gelegt waren.

Das Kriegsende erlebte Jordan in Göttingen, wohin das Forschungsinstitut der Marine in den letzten Kriegswochen evakuiert worden war; dort fand auch das Wiedersehen mit der Familie statt, für die die Stadt in den nächsten Jahren zum festen Wohnsitz wurde. Jordan selbst war klar, dass mit dem Untergang des Dritten Reiches auch seine akademische Karriere zur Disposition stand, denn trotz aller Konflikte hatte er sich in diesen „Tausend Jahren“ doch allzu sehr mit der politischen Macht eingelassen und die Ziele des Nationalsozialismus propagiert. Dieses Engagement galt es nun umzudeuten und gewissermaßen eine neue Biografie für die nationalsozialistische Vergangenheit zu erfinden. Jordan hat sich dieser Aufgabe sehr

<sup>90</sup> Werner Luck, Heisenberg als Lehrer in schwieriger Zeit. *Physikalische Blätter* 38 (1982), 130-131.

<sup>91</sup> Werner Luck, Erich Schumann und die Studentenkompagnie des HWA, in: *Dresdener Beiträge zur Geschichte der Technikwissenschaften* Nr. 27/2001, 5.

<sup>92</sup> Vgl. Richard Beyler/Michael Eckert/Dieter Hoffmann, Die Planck-Medaille, in: Dieter Hoffmann/Mark Walker (Hrsg.), *Physiker zwischen Autonomie und Anpassung*. Weinheim 2006, 217ff.

schnell und vor allem offensiv gestellt, wobei er dabei auf seine allseits anerkannte wissenschaftliche Fachkompetenz und seine Vernetzung in der internationalen scientific community zurückgreifen konnte.

Bereits im Mai 1945, einen Monat nach der Besetzung Göttingens durch englische Truppen und wenige Tage nach der Kapitulation Hitler-Deutschlands, schrieb er in dem schon oben zitierten Brief an Niels Bohr „*to give a short coherent account of what I did during these black 12 years. Certainly some misunderstandings of my tendencies by old friends abroad have been inevitable.*“<sup>93</sup>

In vier Paragraphen legte er dann dar, warum er nicht emigrierte (§1), in welchem Maße er als Repräsentant der modernen Physik Angriffe seitens der Deutschen Physik ausgesetzt war, die ihn, wäre er nicht Mitglied der Partei gewesen, unter Umständen sogar ins Konzentrationslager gebracht hätten (§2), dass sein Buch „Die Physik des 20. Jahrhunderts“ mit seiner Würdigung von Relativitäts- und Quantentheorie eine Antwort auf Rosenbergs „Mythos des XX. Jahrhunderts“ war und von vielen Studenten und Kollegen auch so verstanden wurde, ja dass „*the number of persons imprisoned or murdered by the SS is so great that there seems to be no necessity to say it was really a little hazardous to attack in such a manner the standard book of nazistic Weltanschauung*“ (§3), und last but not least versucht der §4 den Unterschied zwischen Militarismus und Nazismus in Deutschland zu erklären sowie die Differenzen zwischen Partei und Wehrmacht herauszustellen.

Abschließend fühlte sich Jordan noch bemüßigt festzustellen:

„Naturally it may be sound a little cheap to give these explanations now, after all is over, and I do not want to clear myself of all possible objections whether all did was necessary and good taste or not. I did, what I did, but I hope that you, who knows me for long time, will understand that my intentions at least were good, and that my attitude will not cause on your side any personal misgiving.“

Der Brief wurde wahrscheinlich auch an Pauli und Born gesandt, doch gibt es weder von Bohr, noch von den anderen Adressaten dokumentierte Rückäußerungen darauf. Lediglich Born erwähnt in einem Brief aus dem Jahre 1957, dass er unmittelbar nach Kriegsende einen Brief von Jordan bekommen habe, der zu erklären versuchte,

„warum Sie [Jordan – d. A.] in Schriften und Büchern für Hitler und die Nazis eingetreten seien. Das war ganz unnötig, denn ich hatte in Schottland auf der anderen Seite der Front, gar nichts davon gehört. Ich schickte Ihnen als Antwort die Liste meiner Verwandten und Freunde, die durch die Nazis zu Grunde gegangen sind und Sie antworteten, dass Sie nichts davon geahnt hätten und erschüttert seien.“<sup>94</sup>

<sup>93</sup> Pascual Jordan an Niels Bohr, Göttingen Mai 1945. Niels Bohr Archive, Copenhagen, Bohr Papers, folder Pascual Jordan, bereits publiziert in: Dieter Hoffmann, Pascual Jordan im Dritten Reich – Schlaglichter. Preprint 248 MPI für Wissenschaftsgeschichte Berlin 2003, 29-32.

<sup>94</sup> Max Born an Pascual Jordan, Bad Pyrmont 30.10.1957. Staatsbibliothek Berlin, Preußischer Kulturbesitz, Nachlass Max Born, Mappe 353.

Ein ähnliches Befremden wird der Brief wohl auch bei den anderen Adressaten ausgelöst haben, so dass man es wohl für besser hielt, darauf nicht zu antworten. Auf jeden Fall aber war mit diesem Brief die Strategie festgelegt: Es sollte der Eindruck manifestiert werden, dass Jordan im Dritten Reich fortgesetzt politischen Angriffen seitens der nationalsozialistischen Machthaber und ihrer Ideologen ausgesetzt war, um so sein Engagement für den Nationalsozialismus vergessen bzw. in den Hintergrund treten zu lassen. Auf dieser Grundlage betrieb Jordan in der Nachkriegszeit recht erfolgreich seine Re-Integration in den deutschen Wissenschaftsbetrieb. Unterstützt wurde er dabei von einflussreichen Kollegen und Freunden in West wie Ost, die auf seine wissenschaftliche Kompetenz nicht verzichten wollten.

So liest man in einem Brief von Robert Pohl an Max Born vom Sommer 1948, dass wir „*uns augenblicklich [bemühen], Jordan hier fest in Göttingen zu verankern.*“<sup>95</sup>

Entsprechende Bemühungen gab es auch durch Wolfgang Gentner in Freiburg<sup>96</sup> und durch Robert Rompe in (Ost)Berlin<sup>97</sup> – beide waren im Übrigen dezidierte Nazi-Gegner, womit dies ein weiteres Beispiel dafür ist, dass in Akademikerkreisen bei fachlicher Exzellenz die Bereitschaft wächst, großzügig im Sinne der technokratischen Unschuld über moralisches Versagen und politische Belastung hinwegzusehen, nicht zuletzt in politischen Umbruchsituationen.<sup>98</sup>

Allerdings reüssierte Jordan schließlich weder in Göttingen und Freiburg noch Berlin, sondern in der Hansestadt Hamburg, denn auch die Universität Hamburg umwarb den Gelehrten, den sie 1929 an Rostock verloren hatte.<sup>99</sup> Auf Vorschlag von Wilhelm Lenz, Jordans einstigem Hamburger Kollegen und Rostocker Amtsvorgänger, bot man Jordan 1947 zunächst eine dreijährige Gastprofessur an, wobei auch hier seine politische Belastung nicht besonders thematisiert wurde – in einem Schreiben von Lenz an den Rektor wird lediglich kurz vermerkt, dass er

„allerdings relativ früh in die Partei und die S.A. eingetreten [ist], ohne im weiteren Verlauf irgendwelche Aemter zu übernehmen; dagegen hat ihm die Lenard-Gruppe wegen seines selbstverständlichen Eintretens für die grosse

<sup>95</sup> Robert W. Pohl an Max Born, Göttingen 13.8.1945. Staatsbibliothek Berlin, Preußischer Kulturbesitz, Nachlass Max Born, Box 591.

<sup>96</sup> Vgl. Dieter Hoffmann/Ulrich Schmidt-Rohr, Wolfgang Gentner: Ein Physiker als Naturalist, in: Dieter Hoffmann/Ulrich Schmidt-Rohr (Hrsg.), Wolfgang Gentner. Festschrift zum 100. Geburtstag. Heidelberg 2006, 26.

<sup>97</sup> Robert Rompe, Betrifft Berufung Prof. Dr. Pascual Jordan. Berlin 4.X.48. ABBAW sowie Dieter Hoffmann/Mark Walker, Der gute Nazi: Pascual Jordan und das Dritte Reich, in: Pascual Jordan (1902-1980). Mainzer Symposium zum 100. Geburtstag. MPI für Wissenschaftsgeschichte, Preprint 329, 83-112.

<sup>98</sup> Vgl. Mitchel Ash, Wissenschaftswandlungen in politischen Umbruchszeiten – 1933, 1945 und 1990 im Vergleich, in: Acta Historica Leopoldina 39 (2004), 75-95.

<sup>99</sup> Pascual Jordan an Hans Schimank, Göttingen 1.6.1946. Universität Hamburg, Hans Schimank-Gedächtnis-Stiftung, NL Schimank, Korrespondenz Jordan.

Leistung Einsteins bei seinen Buchpublikationen jeweils Schwierigkeiten zu bereiten gesucht.“<sup>100</sup>

Weiterhin ist nach Einschätzung von Lenz „zu erwarten, dass die Militärregierung seinen ‚Fragebogen‘ nicht beanstanden wird.“ Später durchlief Jordan dann auch noch ein Spruchkammerverfahren,<sup>101</sup> das ihn nach eigener Aussage als „Mitläufer“ bzw. „als gering belastet“ einstufte<sup>102</sup> und dessen mildes Urteil sicher geholfen hat, seine Gastprofessur noch mal um drei Jahre zu verlängern und schließlich 1953 in ein reguläres Ordinariat für theoretische Physik umzuwandeln.

Seine drei letzten Lebensjahrzehnte hat Jordan so an der Hamburger Universität gewirkt, wo im Zentrum seiner Forschungen Probleme der Relativitätstheorie und Gravitationsphysik standen<sup>103</sup> und er zum Haupt einer der bedeutendsten Schulen der theoretischen Physik in der Bundesrepublik wurde.<sup>104</sup> Eine Fortsetzung erfuhr ebenfalls seine populärwissenschaftliche und publizistische Tätigkeit, die sich sowohl in Buchpublikationen, als auch in zahllosen Beiträgen für Zeitschriften und den Rundfunk niederschlug.<sup>105</sup> Darüber hinaus profilierte er sich seit Mitte der 1950er Jahre zum Befürworter des Konzepts der nuklearen Abschreckung und der atomaren Bewaffnung der Bundeswehr sowie zum engagierten Gegner der „Göttinger Achtzehn“.<sup>106</sup> Sein politisches Engagement fand mit seiner Tätigkeit als Abgeordneter der CDU-Fraktion des Deutschen Bundestags zwischen 1957 und 1961 einen Höhepunkt. Pascual Jordan wurde 1971 emeritiert und starb nach längerer Krankheit am 31. Juli 1980 in Hamburg.

Im Zusammenhang mit der Ernennung Jordans zum ordentlichen Professor der Universität Hamburg war auch Wolfgang Pauli um ein Gutachten gebeten worden, und dieses fasst die Problematik von Pascual Jordans Wirken im Dritten Reich und seiner Reintegration in das Wissenschaftssystem der jungen Bundesrepublik geradezu brennglasartig zusammen:

„Die Aufgabe, ein Gutachten über Prof. Pascual Jordan abzugeben ist schon deshalb keine leichte, weil seine Persönlichkeit widerspruchsvolle Züge aufweist. Nach dem Kriege waren wohl alle, die ihn persönlich kannten darüber einig, dass man ihm ermöglichen soll, seine Forschungen fortzusetzen. Denn

<sup>100</sup> Wilhelm Lenz an den Universitätsrektor, Hamburg 6.8.1946. Staatsarchiv Hamburg, Hochschulwesen, Dozenten- und Personalakten, IV 2076, Personalakte P. Jordan, Bl. 2.

<sup>101</sup> Die Akten des Verfahrens konnten bislang nicht gefunden werden.

<sup>102</sup> Pascual Jordan an Max Born, Hamburg 23.7.1948. Staatsbibliothek zu Berlin, Preußischer Kulturbesitz, Handschriftenabteilung, Nachlass Max Born, Mappe 353.

<sup>103</sup> Vgl. *Pascual Jordan*, Ergebnisse und Probleme einer erweiterten Gravitationstheorie, in: *Physikalische Blätter* 10 (1954) 557-564.

<sup>104</sup> *Jürgen Ehlers*, Nachruf auf Pascual Jordan. *Jahrbuch der Akademie der Wissenschaften und Literatur* 1980. Mainz 1981, 82-84.

<sup>105</sup> Vgl. *Reinhard Breuer*, Pascual Jordan: der Forscher als Wissenschaftspublizist, In: *Mainzer Symposium zum 100. Geburtstag*. MPI für Wissenschaftsgeschichte, Preprint 329, 115-122.

<sup>106</sup> Vgl. *Arne Schirrmacher*, Physik und Politik in der frühen Bundesrepublik Max Born, Werner Heisenberg und Pascual Jordan als politische Grenzgänger, in: *Berichte zur Wissenschaftsgeschichte* 30 (2007) 1, 13-31.

alle waren sich darüber einig, dass diese Forschungen als wertvoll angesehen werden müssen.

Ich kann aber nicht verschweigen, dass es für viele schwierig war, ihm auf seinen Wegen bis 1945 zu folgen. Er hat in populärwissenschaftlichen Büchern oft in unvermittelter und objektiv nicht berechtigter Weise politische Gesichtspunkte hineingezogen (Vergleich einer Zelle mit dem Staat, des Zellkerns mit dem Führer etc), was insbesondere bei Schweizer Gelehrten und Studenten Anstoss erregt hat. Hierzu kamen Erörterungen über Waffen, die sich manchmal zur kriegerischen Fanfare gesteigert haben, auch innerhalb der Diskussion wissenschaftlicher und philosophischer Fragen. Die alles geschah in der Form, die auch in der damaligen Zeit in Deutschland einigermaßen ungewöhnlich war und bei der ein gewisser Stich ins Komische nicht fehlte. Er selbst schien seine Äußerungen nicht ganz ernst zu nehmen, und sandte Ende 1945 an mich und Prof. J. v. Neumann eine lange Verteidigungsschrift nach Princeton, lange bevor irgend jemand in England oder in den Vereinigten Staaten Zeit hatte, sich mit Jordan zu beschäftigen. Angesichts dieses etwas wankelmütigen Charakters von P. Jordan schien es damals den englischen Behörden nicht wünschenswert, ihm den Unterricht der akademischen Jugend zu überlassen. Um ihm aber die Fortführung seiner Forschungen zu ermöglichen, verfiel man auf den auch von mir sehr begrüßten Ausweg, für ihn eine Forschungsprofessur zu empfehlen.

Gerade wegen des opportunistischen Charakters seiner früheren politischen Zutaten zu seinen populärwissenschaftlichen Veröffentlichungen sehe ich aber keine Gefahr darin, ihm in der gegenwärtigen Situation auch die Lehrtätigkeit innerhalb des Rahmens einer zweiten Professur für theoretische Physik zu überlassen [...] Für mich ist es entscheidend, dass P. Jordan durch seine früheren Arbeiten aus seiner Göttinger Zeit (vor 1933) über die Grundlagen der Quantenmechanik und der heute im Mittelpunkt des Interesses stehenden Feldquantisierung auch international bekannt geworden ist und dass Deutschland heute nur über sehr wenige theoretische Physiker von einem solchen Rang verfügt. Bei kritischer Abwägung aller Umstände schiene es mir nicht richtig, wenn der zu Westeuropa gehörige Teil Deutschlands heute an einem Mann wie P. Jordan vorübergehen würde.“<sup>107</sup>

---

<sup>107</sup> Wolfgang Pauli an P. Willer, Zürich 8.5.1952, in: W. Pauli: Wissenschaftlicher Briefwechsel mit Bohr, Einstein, Heisenberg u.a., Heidelberg 1999.

## Anhang

Lehrveranstaltungen von Pascual Jordan an der Universität Rostock vom Sommersemester 1930 bis zum Wintersemester 1939/40<sup>108</sup>

SS 1930

- Elektrodynamik (mit Übungen)
- Theorien der Gasentartung und ihre Anwendungen
- Physikalisches Seminar (Kolloquium), gemeinsam mit Prof. Füchtbauer, 14tägig

WS 1930/31

- Theoretische Optik, mit Übungen
- Beispiele zur Wellenmechanik
- Physikalisches Seminar (Kolloquium), gemeinsam mit Prof. Füchtbauer, 14tägig

SS 1931

- Beispiele zur Wellenmechanik II
- Atomtheorie
- Physikalisches Seminar (Kolloquium), gemeinsam mit Prof. Füchtbauer, Dr. Kunze, Dr. Weizel, 14tägig

WS 1931/32

- Thermodynamik, mit Übungen
- Beispiele zur Wellenmechanik III
- Physikalisches Seminar (Kolloquium), gemeinsam mit Prof. Füchtbauer, Dr. Kunze, Dr. Weizel, 14tägig

SS 1932

- Elektrodynamik, mit Übungen
- Probleme der Quantentheorie
- Physikalisches Seminar (Kolloquium), gemeinsam mit Prof. Füchtbauer, Dr. Kunze, Dr. Weizel, 14tägig

1932/33

- Probleme der Atomdynamik
- Theoretische Optik, mit Übungen
- Physikalisches Seminar (Kolloquium), gemeinsam mit Prof. Füchtbauer, Dr. Kunze, Dr. Weizel, 14tägig

SS 1933

- Quantenmechanik
- Grundlagen der Atomtheorie
- Physikalisches Seminar (Kolloquium), gemeinsam mit Prof. Füchtbauer, Dr. Kunze, Dr. Weizel, 14tägig

---

<sup>108</sup> Die Lehrveranstaltungen wurden den Vorlesungsverzeichnissen der Universität Rostock entnommen.

## WS 1933/34

- Seminar über die Anfangsgründe der Ballistik
- Thermodynamik, mit Übungen
- Einführung in die Wellen- und Quantenmechanik
- Physikalisches Seminar (Kolloquium), gemeinsam mit Prof. Füchtbauer, Dr. Kunze, Dr. Weizel, 14tägig

## SS 1934

- Ballistisches und mathematisches Vortragsseminar
- Elektrodynamik; mit Übungen
- Ausgewählte Kapitel der Quantentheorie
- Physikalisches Seminar (Kolloquium), gemeinsam mit Prof. Füchtbauer, Dr. Kunze, Dr. Weizel, 14tägig

## WS 34/35

- Ballistisches und mathematisches Vortragsseminar
- Theoretische Optik. Mit Übungen
- Atomphysik
- Physikalisches Seminar (Kolloquium), gemeinsam mit Prof. Füchtbauer, Dr. Kunze, Dr. Weizel, 14tägig

## SS 35

- Ballistisches und mathematisches Seminar
- Einführung in die Atomphysik
- Ausgewählte Kapitel der modernen physikalischen Theorien
- Physikalisches Seminar (Kolloquium), gemeinsam mit Prof. Füchtbauer, Dr. Kunze, Dr. Weizel, 14tägig

## WS 35/36

- Ballistisches und mathematisches Vortragsseminar
- Thermodynamik, mit Übungen
- Atomphysik
- Physikalisches Seminar (Kolloquium), gemeinsam mit Prof. Füchtbauer, Dr. Kunze, Dr. Weizel, 14tägig

## SS 36

- Ballistisches und mathematisches Vortragsseminar
- Elektrodynamik, mit Übungen
- Quantentheorie
- Physikalisches Seminar (Kolloquium), gemeinsam mit Prof. Füchtbauer, Dr. Kunze, Dr. Weizel, 14tägig

## WS 36/37

- Ballistisches und mathematisches Vortragsseminar
- Theoretische Optik, mit Übungen
- Atomphysik
- Physikalisches Kolloquium, gemeinsam mit Prof. Füchtbauer, Dr. Kunze, Dr. Weizel, 14tägig

## SS 37

- Ausgewählte Kapitel der Atomphysik
- kinetische Theorie der Materie, mit Übungen
- Physikalisches Kolloquium, gemeinsam mit Prof. Füchtbauer, Dr. Kunze, Dr. Weizel, 14tägig

## WS 37/38

- Ballistisches und mathematisches Vortragsseminar
- Ausgewählte Kapitel der modernen Physik
- Thermodynamik mit Übungen
- Seminar, physikalisches Kolloquium
- Ballistisches und mathematisches Vortragsseminar

## SS 38

- Fortschritt der Quantentheorie
- Elektrodynamik mit Übungen
- Seminar, physikalisches Kolloquium

## WS 38/39

- Ballistisches und mathematisches Vortragsseminar
- Aktuelle Fragen der Atomphysik
- Theoretische Optik, mit Übungen
- Seminar, physikalisches Kolloquium

## SS 39

- Ballistisches und mathematisches Vortragsseminar
- Grundlagen der Atomphysik mit Übungen
- Ausgewählte Kapitel der Quantentheorie
- Seminar, physikalisches Kolloquium

## WS 39/40

- Thermodynamik mit Übungen
- Ausgewählte Kapitel der Atomphysik und ihrer Anwendungen
- Seminar, physikalisches Kolloquium



Juliane Deinert

## **Die Studierenden der Rostocker Universität in der Zeit des Nationalsozialismus**

### **Wer waren die Rostocker Studierenden? – Ein thematischer Annährungsversuch**

In der Zeit der Weimarer Republik und des Nationalsozialismus galt die Universität Rostock innerhalb der Hochschullandschaft als eher unbedeutend, was sich auch in ihrer einstmals gebräuchlichen Betitelung als das „*akademische Sibirien*“ widerspiegelt.<sup>1</sup> Eine weitere Beschreibung stellt Rostock als die „*erste braune Universität*“ dar, da sie als erste Hochschule das Führerprinzip in ihre Studentensatzung aufgenommen hatte. Dies sollte später den Rostocker Studenten Erich Wichmann (geb. 1909) dazu veranlassen, einen Brief an das Ministerium zu schreiben mit der Bitte, die Hochschule in „*Adolf Hitler-Universität*“ umtaufen zu lassen. Der Antrag wurde abgelehnt und Wichmann selbst von vielen seiner Kommilitonen für „*geistesgestört oder geisteskrank*“ erklärt.<sup>2</sup> Darüber hinaus gilt es zu berücksichtigen, dass mehrere Hochschulen für sich den Grundsatz in Anspruch nahmen, die „*erste braune Universität*“ gewesen zu sein.<sup>3</sup>

Es stellt sich die Frage, welche Rolle die Universität Rostock tatsächlich in der Zeit des Dritten Reiches spielte und welchen Veränderungsprozessen sie nachgab oder sie sogar mitrug. In den nachstehenden Betrachtungen soll vor allem die Gruppe der Studentenschaft in den Blick genommen werden, deren Profil – soviel darf schon vorweggenommen werden – sich deutlich veränderte.

Zur Klärung der Fragen, wie sich die Rostocker Studierenden in den Jahren des Nationalsozialismus verhielten und aus welchen sozialen, regionalen und geschlechterspezifischen Gruppen sie sich zusammensetzten, wurde neben der Auswertung einschlägiger Literatur sowie gedruckter und ungedruckter Quellen auch die Kartei- bzw. Studentenkarten aller eingeschriebener Hochschüler ausgewertet. Ab dem Sommersemester 1935 gab es von jedem immatrikulierten Studierenden eine Studentenkarte, auf der folgende Kriterien festgehalten wurden:

---

<sup>1</sup> *Helmut Heiber*, Universität unterm Hakenkreuz. Teil I: Der Professor im Dritten Reich. Bilder aus der akademischen Provinz. München u. a. 1991, 265.

<sup>2</sup> Die Rostocker Studentenschaftsführung distanzierte sich von dem Vorschlag Wichmanns und erklärte, ihm keinen Auftrag dafür gegeben zu haben. Universitätsarchiv Rostock (UAR), K13/609, Schreiben vom 13.2.1934.

<sup>3</sup> Dazu *Helmut Heiber*, Universität unterm Hakenkreuz. Teil II, Bd. 2: Die Kapitulation der Hohen Schulen. Das Jahr 1933 und seine Themen, München u. a. 1994, 135; *Hartmut Titze*, Wachstum und Differenzierung der deutschen Universitäten 1830-1945. Datenhandbuch zur deutschen Bildungsgeschichte. Bd. I, Teil 1. Göttingen 1987, 492.

1. persönliche Daten: Name, Geburtsdatum, Geburtsort, Konfession, Beruf des Vaters, Stand des Vaters, gegebenenfalls Heimatort und Zahl der Geschwister
2. universitätsbezogene Daten: Immatrikulations- sowie Exmatrikulationszeitpunkt, gegebenenfalls Grund der Exmatrikulation, Fakultät, Fachbereich, Zugehörigkeit zu nationalsozialistischen Organisationen und schließlich studentischer Wohnort.

Die Daten über die Hochschüler, die sich vor 1935 in Rostock immatrikuliert hatten – d. h., bevor die Karteikarten eingeführt worden waren – wurden anhand von Matrikelbüchern nachgetragen.<sup>4</sup> Im Ganzen handelt es sich um rund 8.600 Studenten und Studentinnen, die sich im Verlauf des Nationalsozialismus an der mecklenburgischen Universität immatrikulieren ließen.<sup>5</sup>

### Die Studierenden in den Weimarer Jahren

Um eine Einschätzung des hochschulpolitischen Verhaltens der Studentenschaft in den Jahren des Nationalsozialismus wiedergeben zu können, muss auch die Weimarer Zeit in den Blick genommen werden. Mit dem Ende des Ersten Weltkrieges veränderte sich die Situation an den einzelnen Universitäten. Die klassische *Universitas* war zu einer Massenuniversität geworden.<sup>6</sup> Allein durch die aus dem Ersten Weltkrieg heimkehrenden Soldaten, die ihr Studium aufnehmen bzw. fortsetzen wollten, stieg der Anteil der Hochschüler unverzüglich.<sup>7</sup> Demgegenüber löste die Inflation, die ihren Höhepunkt 1923 erreichte, einen scheinbar stetigen Rückzug aus dem universitären Betrieb durch Unterbrechung oder Abbruch des Studiums aus. Eine im Wintersemester 1924/25 getätigte Umfrage an 25 reichsdeutschen Hochschulen ergab, dass 9,9% der Hochschüler ihr Studium vor allem aus wirtschaftlichen Grün-

---

<sup>4</sup> Soweit es möglich war, wurde auch versucht, die fehlenden Daten durch Einsicht in die Personalakten nachzutragen. Ansonsten wurden jene Unvollständigkeiten bei der Auswertung berücksichtigt.

<sup>5</sup> Eine detaillierte Auswertung der Untersuchungen in: *Juliane Deinert*, Die Studierenden der Universität Rostock im Dritten Reich. Diss. phil. Rostock 2010.

<sup>6</sup> Bereits vor Beginn des ersten Weltkrieges stieg an den meisten Universitäten die Zahl der Studierenden, wodurch sich der Charakter der Hochschulen zu verändern begann. Dazu *Rüdiger vom Bruch*, Universitätsreform als soziale Bewegung: zur Nicht-Ordinarienfrage im späten deutschen Kaiserreich, in: *Universität und Gesellschaft*. Göttingen 1984, 72-91, hier 75 f. Bruch behandelt hier hauptsächlich die Rückwirkungen auf den Lehrkörper.

<sup>7</sup> Ab 1915 waren durchschnittlich 70-80% der gesamten Universitätsstudenten wegen des Krieges beurlaubt gewesen. *Hartmut Titze*, Hochschulen, in: *Handbuch der deutschen Bildungsgeschichte*, hrsg. von *Dieter Langwiesche/Heinz-Elmar Tenorth*. Bd. V. München 1989, 209-240, hier 209; *Konrad Hugo Jarausch*, Deutsche Studenten 1800-1970. Frankfurt am Main 1984, 129; *Michael Doeberl* u. a. (Hrsg.), *Das akademische Deutschland*. Bd. II: Die deutschen Hochschulen und ihre akademischen Bürger. Berlin 1931, 40.

den unterbrochen hatten.<sup>8</sup> An der Rostocker Universität war die Anzahl zum Wintersemester 1925/26 auf gerade mal 676 Studierende herabgesunken.<sup>9</sup>

Im Gegensatz dazu führte die Weltwirtschaftskrise (ab Ende 1929) voraussichtlich zu einem längeren Verbleiben auf den Universitäten, was sicherlich auch mit der Perspektivlosigkeit auf dem Arbeitsmarkt zusammenhing.<sup>10</sup> Faktisch setzte ein belastender Broterwerbskampf ein, der sich durch das Vordringen von studierwilligen Frauen und Kindern aus den mittleren und zum Teil sogar unteren Schichten noch verstärkte. Bereits im Sommersemester 1930 studierten 2.124 Hochschüler, drei Jahre später waren es sogar 2.682 Studierende in Rostock.<sup>11</sup>

Insbesondere die Zunahme letzterer Gruppe zog schließlich auch Probleme nach sich, denn es bildete sich eine Studentengeneration heraus, die das Studium kaum noch ohne größere Schwierigkeiten finanzieren konnte. Diese Entwicklung zusammen mit der sozialen Öffnung der Universitäten führte schließlich dazu, dass sich die traditionelle Verbindung von Besitz und Bildung unwiederbringlich auflöste.<sup>12</sup> Zahlreiche Studierende lebten augenscheinlich in bitterster Armut.<sup>13</sup> In Rostock verstarben allein im Wintersemester 1925/26 vier Hochschüler an den Folgen ihres entbehrungsreichen Lebens.<sup>14</sup>

Hinzu kamen die bereits erwähnten mangelnden Berufsaussichten und die vergleichsweise geringe Entlohnung für Jungakademiker, was vor allem vom Standpunkt des elitären Standesdünkels aus betrachtet, der vielen Hochschülern noch an-

<sup>8</sup> *Peter Chroust*, Giessener Universität und Faschismus. Studenten und Hochschullehrer 1918-1945. 2 Bde. Bd. 1. Münster/New York 1994, 379 (Fußnote 102). Statistische Untersuchungen zur Lage der Akademischen Berufe. Ergänzungsband zur Deutschen Hochschulstatistik, Winterhalbjahr 1929/30, 14.

<sup>9</sup> Der rückläufige Trend erfasste tatsächlich fast alle Universitäten. *Titze*, Datenhandbuch zur Bildungsgeschichte. Bd. I, Teil 2, Tabelle 23.1, 497; dazu auch: Geschichte der Universität Rostock 1419-1969. Festschrift zur 550-Jahr-Feier der Universität, hrsg. im Auftrag von Rektor und Senat. Bd. 1: Die Universität von 1419-1945. Berlin (DDR) 1969, 186.

<sup>10</sup> *Chroust*, Giessener Universität. 40; dazu auch: *Charlotte Lorenz*, Zehnjahres-Statistik des Hochschulbesuchs und der Abschlussprüfungen. Bd. 1: Hochschulbesuch. hrsg. vom REM. Berlin 1943, 25: „Wartehalle der Unversorgten“; *Jürgen Reulecke*, Jugend und „Junge Generation“ in der Gesellschaft der Zwischenkriegszeit, in: *Langewiesche/Tenorth* (Hrsg.), Bildungsgeschichte. Bd. V, 86-110, 91.

<sup>11</sup> *Titze*, Datenhandbuch zur Bildungsgeschichte. Bd. I, Teil 2, Tabelle 23.1, 497; Rostocker Festschrift 1419-1969. Bd. 1, 185 f.; *Ruth Carlsen*, Zum Prozess der Faschisierung und die Auswirkungen der faschistischen Diktatur auf die Universität Rostock (1932-1935). Diss. phil. Rostock 1965, 51, Fußnote 2 (Fortsetzung von S. 50). Der in der Festschrift und bei Ruth Carlsen aufgenommene Anteil der Studentenschaft für das Sommersemester 1933 weicht mit 2.686 Hochschülern von den Angaben Titzes ab. Diese tendenziell geringe Abweichung der Zahlen führt jedoch zu keiner anderen Schlussfolgerung als der hier im Text dargestellten.

<sup>12</sup> *Chroust*, Giessener Universität. 40 f.

<sup>13</sup> *Michael H. Kater*, Studentenschaft und Rechtsradikalismus in Deutschland 1918-1933. Eine sozialgeschichtliche Studie zur Bildungsgeschichte. Hamburg 1975, 43 ff.; *Jaraus*, Studenten 1800-1970, 129 ff.; *Reulecke*, Jugend, in: *Langewiesche/Tenorth* (Hrsg.), Bildungsgeschichte. Bd. V, 86-110, 90 ff.

<sup>14</sup> UAR, R4C8/3, Jahresbericht des Rektors, Prof. von Walter, für 1925/26, 9 f.

haftete, für die politische Haltung nicht folgenlos bleiben sollte.<sup>15</sup> Die unglücklich strukturierte Sozialpolitik allein im Bereich der Studentenfürsorge schürte schließlich die Bereitschaft zur politischen Radikalisierung.

Rückblickend kann man von einem Politisierungsprozess der Studentenschaft sprechen, der sich unter anderem in der Gründung des „Nationalsozialistischen Deutschen Studentenbundes“ (NSDStB) 1926, als einer Gliederung der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei (NSDAP) für Studenten ausdrückt. Zusammen mit acht bis zehn Kommilitonen rief der Student Wilhelm Püstow (geb. 1902) schließlich 1928 den NS-Bund auch an der Universität Rostock ins Leben.<sup>16</sup> Der Bund avancierte binnen kürzester Zeit zur stärksten politischen Kraft innerhalb der Studentenschaft: sein Stimmenanteil betrug bei den AStA-Wahlen 1930 bereits 32,6%. Ein Jahr später entschieden sich 52,1%, 1932 sogar 56,1% der Wähler für den Bund, das heißt der NSDStB erhielt 7 von 11 Sitzen im Vorstand der Rostocker Studentenschaft.<sup>17</sup> Vor diesem Hintergrund versuchten die Nationalsozialisten rasante Umsturzpläne voranzutreiben.<sup>18</sup> Auf dem Königsberger Studententag im Juli 1932 erhielten Rostock und Jena wegen der hohen Wahlergebnisse den Auftrag, als erste Hochschulen im Reich eine neue nationalsozialistische Studentensatzung einzuführen.<sup>19</sup>

De facto wurde in den Semesterferien auf einer Kammersitzung beschlossen, dass ein nationalsozialistischer „Führer“ als verantwortlicher Mann die Studentenschaft leiten sollte. Er sollte auch missliebige Studierende der Universität verweisen und bei Berufungsverhandlungen mitbestimmen können. Jüdische Kommilitonen waren in Rostock nicht mehr erwünscht. Schließlich waren nach diesem jüngsten

---

<sup>15</sup> *Kater*, Studentenschaft und Rechtsradikalismus, 45; *Peter Bleuel/Ernst Klinnert*, Deutsche Studenten auf dem Weg ins Dritte Reich: Ideologien, Programme, Aktionen 1918-1935. Gütersloh 1967, 82 ff. Bei Bleuel und Klinnert wird vor allem das übersteigerte traditionelle und elitäre Selbstbewusstsein der sich als Führungselite fühlenden Korporationen – besonders auffällig bei den Corps und Burschenschaften – herausgestellt.

<sup>16</sup> *Friedrich August Oldach*, Vor zehn Jahren, in: 10 Jahre Nationalsozialistischer Deutscher Studentenbund Universität Rostock 1928-1938, hrsg. von der Studentenführung Universität Rostock, Dr. H. J. Theil, Rostock 1938, 3-4, 3; *Carlsen*, Universität Rostock 1932-1935, 59, Fußnote 1; Rostocker Universitätszeitung, Wintersemester 1930/31, Nr. 3, 4-5. Obwohl der damalige Rektor zunächst Bedenken äußerte und sich fragte, ob die Propaganda-Methoden „auch so derb seien, wie die der Partei“, setzte sich am Ende die nationalsozialistische Hochschulgruppe durch.

<sup>17</sup> UAR, R12B4, Schreiben vom 4.2.1931; *Carlsen*, Universität Rostock 1932-1935, 61; Rostocker Universitätszeitung, Wintersemester 1930/31, Nr. 3, 24.1.1931, 4/5.

<sup>18</sup> Eine detaillierte Darstellung der Ereignisse gibt: *Karl Heinrich Krüger*, Universität Rostock – Der vergebliche Kampf um die Wende von 1933, in: *Friedhelm Golücke/Peter Krause* u. a. (Hrsg.), GDS-Archiv für Hochschul- und Studentengeschichte, Bd. 7. Köln 2004, 54-70. Der Historiker Karl Heinrich Krüger beruft sich bei seinen Ausführungen unter anderem auf eine Sammlung von Originalen und Durchschriften, die der Vater des Autors, Karl Krüger (1907-1997), der an den damaligen Geschehnissen maßgeblich beteiligt war, aufbewahrt hatte. Heute befinden sich die Akten im Archiv der Deutschen Burschenschaft im Bundesarchiv Koblenz.

<sup>19</sup> UAR, R12F1, Auszug aus dem „Rostocker Anzeiger“, vom Juli 1930; Krüger, Universität Rostock, 4; Landeshauptarchiv Schwerin (LHA Schwerin), MfU 5.12-7/1, Akte 612, Blatt 76 und 94 f.

Verfassungsentwurf auch keine Neuwahlen zum AStA mehr vorgesehen, womit die Machtposition unantastbar gemacht werden sollte.<sup>20</sup>

Bemerkenswerterweise stießen die geplanten Bestrebungen bei zahlreichen Kommilitonen auf heftige Kritik. Innerhalb von wenigen Tagen wurden über 250 Unterschriften gesammelt, die für eine Neuwahl plädierten.<sup>21</sup> Am 15. Dezember 1932 verfügte das Mecklenburgische Ministerium endlich, die ausgesetzten Neuwahlen der AStA-Kammer augenblicklich vorzunehmen.<sup>22</sup> Die Ergebnisse der kommenden Studentenschaftswahl zeigen, mit welcher Bestürzung die Umstrukturierungsbestrebungen von vielen Rostocker Hochschülern wahrgenommen wurden. In Rostock fiel die Zahl Wähler, die für den NSDStB stimmte, von über 50% im Jahr 1932 auf knapp 30% im Jahr 1933.<sup>23</sup>

Aus heutiger Sicht ist dieser Ausgang besonders erstaunlich, da sich nur kurze Zeit später ohne einen nennenswerten Protest ebendiese Maßnahmen staatlich durchsetzen ließen.<sup>24</sup> Es ist anzunehmen, dass die Reformbestrebungen der jungen Nationalsozialisten zu energisch und verschleiert durchzusetzen versucht worden waren, während der spätere Umwandlungsprozess augenscheinlich legitimiert durch zahlreiche Gesetze und Erlasse von der staatlichen Parteispitze gelenkt wurde. In Anbetracht dieser Tatsache lässt sich erklären, warum nach dem Regierungsantritt Hitlers ebendiese vereitelte Universitätsverfassung als Grundlage für das nur kurze Zeit später geltende erste nationalsozialistische Studentenrecht dienen sollte.

### **Der Beginn des Nationalsozialismus – Eine Phase des Umbruchs an der Universität Rostock**

Unmittelbar nach der Machtübernahme setzte ein wahrer Massenansturm in die nationalsozialistischen Organisationen ein. Die Zahl der Mitglieder im Nationalsozialistischen Deutschen Studentenbund, die im Januar 1933 noch bei 123 Rostocker Studenten, d. h. 7,7% aller männlichen Hochschüler, lag, wuchs bis zum Ende des Jahres auf 844. Insgesamt waren demnach mehr als die Hälfte der im Wintersemester 1933/34 immatrikulierten männlichen Hochschüler dem Bund beigetreten.<sup>25</sup>

<sup>20</sup> LHA Schwerin, MfU 5.12-7/1, Akte 558, Blatt 38; UAR, R12A1/1, Vossische Zeitung, Berlin vom 16.12.1932.

<sup>21</sup> *Carlsen*, Kampf, 261; *Krüger*, Universität Rostock, 6.

<sup>22</sup> *Werner Rühberg*, Der erste Großangriff, in: Zehn Jahre Nationalsozialistischer Deutscher Studentenbund Universität Rostock 1928-1938, hrsg. von der Studentenführung der Universität Rostock, Dr. H. J. Theil, Rostock 1938, 11-12, 11 f.

<sup>23</sup> *Grüttner*, Studentenschaft, Anhang Tabelle 25, 496. Es bleibt zu beachten, dass auch an den meisten anderen Universitäten die Wählerstimmen sanken, wenngleich bei weitem nicht in dieser Ausprägung.

<sup>24</sup> *Guðrun Mieke*, Zur Rolle der Universität Rostock in der Zeit des Faschismus in den Jahren 1935 bis 1945, Diss. phil. Rostock 1969, 31.

<sup>25</sup> UAR, R13N8, Schreiben mit Eingangsstempel vom 23.1.1933 und vom 6.12.1933. Prozentsätze errechnet nach der Zahl der in Rostock im Wintersemester 1933/34 immatrikulierten männlichen „volksdeutschen“ Studenten. Geht man davon aus, dass die Zahl der Eintritte zu diesem Zeitpunkt

Noch zahlreicher waren die Zugänge in die Sturmabteilung (SA). Während zu Beginn des Wintersemesters 1929/30 die gesamte Rostocker SA kaum mehr als 35 Mann gezählt hatte,<sup>26</sup> waren gegen Ende 1933 71% der eingeschriebenen Studenten in der SA organisiert.<sup>27</sup>

Viele Studierende „*verstanden sich [...] als Vorkämpfer*“ einer neuen hochschulpolitischen Zeit.<sup>28</sup> Der Professor sollte sich „zum älteren Kameraden“ wandeln und nicht mehr der „unnahbare“ Gelehrte sein.<sup>29</sup> Daraufhin sahen sich die meisten Hochschullehrer in ihrer Gelehrtenautorität verletzt und empörten sich über die Geringschätzung ihrer Position.<sup>30</sup> Besonders in den ersten Monaten nach der Machtergreifung durch Hitler prägten die Hochschüler das Klima an der Universität: vereinzelt erschienen sie nur noch in SA-Uniform zum Unterricht oder sie versperrten die Zugänge zu den Veranstaltungen ihrer jüdischen Professoren Hans Moral und David Katz.<sup>31</sup>

Als das Gesetz „zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums“ vom 07. April 1933 herausgegeben wurde, waren die Betroffenen „zwecks Vermeidung von Unruhen“ bereits dazu gedrängt worden, Urlaub auf unbestimmte Zeit zu nehmen.<sup>32</sup> In Rostock war der Lehrkörper demnach besonders schnell gesäubert worden. Tatsächlich fiel die Zahl der Entlassungen vergleichsweise gering aus, dies lag zum einen an dem kleinen Anteil jüdischer Lehrer und der großen Zahl der sich als „unpolitisch“ begreifenden Hochschullehrerschaft.

Neben den Lehrenden waren auch jüdische Studierende von antisemitischen Verfolgungsmaßnahmen betroffen. Auch ihr Anteil war im Vergleich zu anderen Universitäten vergleichsweise klein. Auf der Grundlage des „Gesetzes gegen die Überfüllung deutscher Schulen und Hochschulen“ vom 25. April 1933 sollte die Zahl der

---

noch kontinuierlich stieg, so ist die Mitgliederquote bis zum Ende des laufenden Semesters sogar noch höher anzusetzen.

<sup>26</sup> Regierungsrat *Dr. Bergengruen*, Aus den Anfängen der Hochschulgruppe Rostock der NSDStB, in: *Zehn Jahre Nationalsozialistischer Deutscher Studentenbund Universität Rostock 1928-1938*, hrsg. von der Studentenföhrung der Universität Rostock, Dr. H. J. Theil, Rostock 1938, 5-6, hier 5.

<sup>27</sup> Prozentsatz nach den Angaben auf den Studentenkarten berechnet.

<sup>28</sup> *Michael Wildt*, *Generation des Unbedingten. Das Föhrungskorps des Reichssicherheitshauptamtes*. Hamburg 2002, 88.

<sup>29</sup> *Rostocker Universitätszeitung*, Sommersemester 1933, Nr. 1, 9.5.1933, 11.

<sup>30</sup> *Otto Piper*, *Der politische Radikalismus auf den deutschen Hochschulen. Ein Beitrag zur Sozialpsychologie und Sozialpädagogik*, in: *Deutsche Rundschau*, Bd. CCXXX Januar/ Februar/ März 1932, 58. Jahrgang, 99; dazu auch *Grüttner*, *Studentenschaft*, 74.

<sup>31</sup> Neben den jüdischen Professoren Hans Moral und David Katz fielen die jüdischen Assistenten Dr. phil. Nagelschmidt und Dr. phil. Else Hirschberg sowie der Medizinalpraktikant der Kinderklinik Dr. Gustav Posner den Restriktionsmaßnahmen der Nationalsozialisten zum Opfer. Dazu: *Wilhelm Kreutz*, *Jüdische Dozenten und Studenten der Universität Rostock*, in: *Universität und Stadt: wissenschaftliche Tagung anlässlich des 575. Jubiläums der Eröffnung der Universität Rostock*, hrsg. von *Peter Jakubowski* und *Ernst Münch*, Rostock 1995, 235-254; *Rostocker Anzeiger* vom 4.4.1933, „Die jüdischen Hochschullehrer und der Boykott“; LHA Schwerin, MfU 5.12-7/1, Akte 627, Blatt 119.

<sup>32</sup> Reichsgesetzblatt 1933, Teil 1, 175.

neuimmatrikulierten Juden keinesfalls den Anteil von Juden in der deutschen Bevölkerung (damals rund 1,5%) übersteigen. Für bereits immatrikulierte jüdische Hochschüler war der Prozentsatz auf maximal 5% festgelegt worden.<sup>33</sup>

In Rostock umfasste der Anteil der „Nichtarier“ gerade mal 0,8%. Gauleiter Friedrich Hildebrandt (1898-1948) machte jedoch deutlich, dass die als maximale Zahl anvisierte Angabe nicht ausgeschöpft werden müsse.<sup>34</sup> Dementsprechend wurden die in den nachfolgenden Monaten eingehenden zahlreichen Gesuche um Immatrikulation, die von anderen Universitäten kamen, deren Anteil über dem gesetzlichen Richtwert lag, in den meisten Fällen abgelehnt.<sup>35</sup> Häufig auch mit der – wohl kaum übertriebenen – Erklärung, dass es nicht ratsam sei, sich „als Nichtarier an einer kleinen Universität wie Rostock“ einzuschreiben, da man sehr leicht die Aufmerksamkeit auf sich zöge.<sup>36</sup> Von den eingangs 28 jüdischen Hochschülern hatten 18 die Hochschule zum Wintersemester 1933/34 verlassen. Im Jahr 1935 verzichtete der letzte hier eingeschriebene „Volljude“ (aus Bulgarien stammend) auf seine Rechte.<sup>37</sup>

Mit der von der Deutschen Studentenschaft (DSt) unter dem Leitspruch „wider den undeutschen Geist“ initiierten großangelegten Bücherverbrennung am 10. Mai 1933 war der Höhepunkt der studentischen Ausschreitungen erreicht.<sup>38</sup>

Wie in vielen anderen Universitätsstädten wurde auch in Rostock vor dem Hauptgebäude ein sogenannter „Schandpfahl“ errichtet, an dem nationalsozialistische Studenten Werke jüdischer, pazifistischer und kommunistischer Autoren angebracht hatten,<sup>39</sup> die beim anschließenden „Festakt“ am 10. Mai 1933 öffentlich verbrannt

<sup>33</sup> Erste Verordnung zur Durchführung des Gesetzes gegen die Überfüllung deutscher Schulen und Hochschulen vom 25. April 1933, in: Reichsgesetzblatt 1933, Teil I, 226; UAR, R11B1/3, Immatrikulationsbestimmungen, Mai 1933.

<sup>34</sup> UAR, R11B11/1, Schreiben vom 7.9.1933; selbiges Schreiben auch in: UAR, R11B1/3.

<sup>35</sup> UAR, R11B11/1. In dieser Akte befinden sich zahlreiche – zum Teil bewegende – Briefe jüdischer Studierender, in denen zumeist um eine Immatrikulationserlaubnis gebeten wurde.

<sup>36</sup> UAR, R11B11/1, Schreiben vom 2.5.1934; Schreiben vom 3.9.1934; Schreiben vom 5.9.1936.

<sup>37</sup> Jüdische Studierende an der Rostocker Universität im Sommersemester 1933 und im Wintersemester 1933/34

Semester	Jüdisch 100 %	Jüdisch 75 %	Jüdisch 50 %	Jüdisch 25 %
SS 1933	9	1	8	10
WS 1933/34	5		1	4

Quelle: UAR, R11B11/2, hierin enthalten: Zählerkarten für nichtjüdische und jüdische Studenten 1933/34.

<sup>38</sup> Zu diesem Thema beispielsweise: *Gerhard Sauder* (Hrsg.), *Die Bücherverbrennung. Zum 10. Mai 1933*. München/Wien 1983; *Theodor Verweyen*, *Bücherverbrennungen: eine Vorlesung aus Anlaß des 65. Jahrestages der „Aktion wider den undeutschen Geist“*. Heidelberg 2000; *Werner Treß*, *„Wider den undeutschen Geist“: Bücherverbrennung 1933*. Berlin 2003; *Julius H. Schoeps/Werner Treß* (Hrsg.), *Orte der Bücherverbrennungen in Deutschland 1933*. Hildesheim 2008.

<sup>39</sup> Unter ihnen Werke von Magnus Hirschfeld, Kurt Tucholsky, Stephan Zweig, Lion Feuchtwanger und Erich-Maria Remarque. Dazu *Rostocker Anzeiger* vom 5.5.1933; *Hans-Wolfgang Strätz*, *Die Studentische „Aktion wider den undeutschen Geist“ im Frühjahr 1933*, in: Hans

wurden.<sup>40</sup> Der hitzige Aktionismus der Jugendlichen ging nun aber auch den national sozialistischen Machthabern zu weit, die ihrerseits damit begannen, wehrbezogene



Abb. 1: Schandpfahl vor dem Hauptgebäude der Universität Rostock.<sup>41</sup>

Erziehungsmaßnahmen einzuleiten. Bis dato hatten viele Studenten daran geglaubt, die nationalsozialistischen Umgestaltungsprozesse maßgeblich mitzugestalten und ihren hochschulpolitischen Einfluss vergrößern zu können. Rückblickend blieb die faktische Partizipation an der akademischen Selbstverwaltung eher eingeschränkt. Im Ganzen wurde den Studierenden nur in zwei Punkten ein größeres Mitspracherecht eingeräumt: durch die Mitwirkung studentischer Vertreter „an den Verhandlungen des Konzils, des Senats und der Fakultäten mit beratender Stimme“ und durch die „Teilnahme an dem Disziplinargericht der Universität für Studenten“.<sup>42</sup>

Auch die einzelnen NS-Organisationen, die ihre Einflussmöglichkeiten an den Universitäten geltend zu machen suchten – hier seien vor allem das Hochschulamt der SA, der Dozentenbund, die Deutsche Studentenschaft oder der Nationalsozialistische Deutsche Studentenbund genannt –, wurden schon wegen ihrer Rängeleien um die Zuständigkeitsbereiche in den Hintergrund gedrängt, so dass schließlich das 1934 geschaffene Reichserziehungsministerium für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung (REM) in Berlin als tonangebende Behörde die allgemeingültigen Anweisungen vorgab.<sup>43</sup> Mit den „Richtlinien zur Vereinheitlichung der Hochschulverwaltung“ vom 1.4.1935 waren die Weichen für die zentral von Berlin aus gelenkte Hochschulpolitik gestellt.<sup>44</sup> Fortan unterstand der Rektor direkt dem REM zugleich

Rothels/Theodor Eschenburg (Hrsg.), Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte, 16. Jahrgang, Stuttgart 1968, 347-372, 358.

<sup>40</sup> Rostocker Anzeiger vom 07. Mai 1933; Gerhard Sauder (Hrsg.), Die Bücherverbrennung. Zum 10. Mai 1933, München/Wien 1983, 216.

<sup>41</sup> Quelle: Universitätsarchiv Rostock.

<sup>42</sup> Satzung der Rostocker Studentenschaft, 1933, Stück 4 d) 1 und 2; abgedruckt auch in: Rostocker Universitätszeitung, Sommersemester 1933, Nr. 1, 9.5.1933, 17.

<sup>43</sup> Zur Errichtung des „Reichsministeriums für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung“ (REM), in: Reichsgesetzblatt 1934, Teil 1, 365; Gerhard Kasper/Hans Huber u. a. (Hrsg.), Die deutsche Hochschulverwaltung: Sammlung der das Hochschulwesen betreffenden Gesetze, Verordnungen und Erlasse. Bd. 1, Berlin 1942, 5 und 34 f.

<sup>44</sup> Abgedruckt in: Kasper/Huber u. a. (Hrsg.), Die deutsche Hochschulverwaltung. Bd. I (1942), 34 f; dazu auch: LHA Schwerin, MfU 5.12-7/1, Akte 568, Blatt 162; Miehe, Zur Rolle der Universität

wurde er zum „monokratischen Führer“ der Dozenten- und Studentenschaft, das heißt zur zentralen Figur an der Universität erhoben. Auf diese Weise war die künftige Hochschulpolitik dem vorgegebenen Zentralisierungs-, Kontroll- und Gleichschaltungskurs der Nationalsozialisten endgültig unterworfen.

Allerdings war in Rostock bereits im Vorfeld mit der Einführung einer neuen Satzung im Dezember 1933 die Position des Rektors ausgedehnt und gleichzeitig die Selbstverwaltungsautonomie der Universität eingeschränkt worden. Anlass hierfür gaben Auseinandersetzungen zwischen Vertretern der theologischen Fachschaft und den Führungskräften des NSDStB. Im Kern ging es bei dem Streit um die Wahl des neuen Reichsbischofs. Während die Vertreter der von den Nationalsozialisten organisierten evangelische Glaubensbewegung „Deutsche Christen“ (DC) für den Wahlkreispfarrer Ludwig Müller (1883-1945) plädierten, befürworteten die Anhänger der „Bekennenden Kirche“ (BK) Friedrich von Bodelschwingh (1877-1946, Bethel).<sup>45</sup> Da fast die gesamte Rostocker Theologie der Bekenntnisbewegung angehörte, wurde auch öffentlich Kritik gegen die Einflussnahme der Nationalsozialisten im Kirchenausschuss hervorgebracht. Demgegenüber brachten die NSDStB-Anhänger ihre Freude über die Wahl des Wehrkreispfarrers durch ein Telegramm zum Ausdruck.<sup>46</sup> Im Folgenden spitzten sich die Auseinandersetzungen derart zu, dass der Senat sich dazu gezwungen sah, in nur kurzen Abständen Sitzungen einzuberufen, in denen nach einer Lösung der angespannten Lage gesucht wurde.<sup>47</sup> In dieser Situation wur-

---

Rostock, 62, 69 f.; bei Eike Wolgast ist der Gesetzeserlass fälschlicherweise auf das Jahr 1934 datiert. *Eike Wolgast*, Die Studierenden, in: Wolfgang U. Eckart (Hrsg.), Die Universität Heidelberg im Nationalsozialismus. Heidelberg 2006, 57-95, 64 f.

<sup>45</sup> Die gesamte Lehrerschaft der Theologischen Fakultät gehörte im Jahr 1933 der Bekenntnisbewegung an. Als eine Art Gegenkraft zu den nationalsozialistischen „Deutschen Christen“ bildete sich im September 1933 der „Pfarrernotbund“ unter dem Berliner Pfarrer Martin Niemöller heraus, aus dem später die „Bekennende Kirche“ (BK) hervorging, die unter dem besonderen Einfluss des Theologen Karl Barth stand. Der mecklenburgische Theologe Niklot Beste stellt die einzelnen Lehrervertreter kurz vor. *Niklot Beste*, Der Kirchenkampf in Mecklenburg von 1933 bis 1945. Göttingen 1975; dazu auch: *Sabine Pauli*, Theologische Fakultät von 1933-1934, in: Heinrich Holze (Hrsg.), Die Theologische Fakultät unter zwei Diktaturen. Studien zur Geschichte 1933-1989. Münster 2004, 35-60, 36; *Fabian von Schlabrendorff* (Hrsg.), Eugen Gerstenmaier im Dritten Reich: eine Dokumentation, Stuttgart 1965, 17. Durch spätere ministerielle Erlasse wurde die BK-Hochschularbeit erschwert und schließlich ganz verboten. *Hartmut Ludwig*, Die Berliner Theologische Fakultät 1933 bis 1945, in: Rüdiger vom Bruch (Hrsg.), Die Universität Berlin. Bd. 2, Stuttgart 2005, 93-122, 109 und 113 f.

<sup>46</sup> *Gert Haendler*, Die Theologische Fakultät Rostock und der Reichsbischof 1933-1934, in: Wissenschaftler und Studenten im Antifaschismus – Rostocker Wissenschaftshistorische Manuskripte, hrsg. vom Rektor der Wilhelm-Pieck-Universität Rostock, Heft 17, 89-93, 89 f.

<sup>47</sup> Einen Höhepunkt erreichten die Auseinandersetzungen zwischen den nationalsozialistischen und den theologischen Hochschülern, als der Rektor eine von den NS-Studierenden angesetzte Vollversammlung um des „konfessionellen Friedens“ willen untersagte. Daraufhin trieben diese einen Boykottaufruf aller Vorlesungen voran, bei dem Gruppen von Studenten in SA-Uniform Kommilitonen am Betreten mehrerer Institute gehindert haben sollen. Dazu: „Versammlung der evangelischen Studenten“, in: UAR, K14/534; Rostocker Anzeiger vom 15.6.1933, 1. Beiblatt; *Cornelius*

de schließlich der Beschluss gefasst, den Rektor mit besonderen Vollmachten auszustatten. Er sollte fortan „nach eigenem Ermessen Senat und Konzil zur Informierung und Mitarbeit einberufen und Ausschüsse [...] bilden [können], denen er von ihm zu bestimmende Aufgaben“ übertragen konnte.<sup>48</sup> Am 20. November bewilligte auch das Ministerium in Schwerin die neue Satzung.<sup>49</sup> Sie sollte ab dem 1.12.1933 in Kraft treten.

Zusammenfassend kennzeichnet die endgültige Inkraftsetzung der neuen Satzung das Ende der universitären Selbstverwaltungsautonomie. Fortan war der Rektor der legitimierte Führer an der Universität, wobei sein Handeln wiederum vom Reichsministerium in Berlin vorgegeben und kontrolliert wurde. Die kleine mecklenburgische Landeshochschule passte sich – wie fast alle anderen Universitäten – ohne Widerstand dem Entwicklungsgang der systematischen Zentralisierung und Gleichschaltung an. Von nun an sollte auf allen Gebieten und in allen Fachrichtungen „die Volks- und Rassenphilosophie zum Leitbild erhoben“ und hineingetragen werden.<sup>50</sup>

### Die Schaffung eines neuen „Studententyps“

Rückblickend wurden die Studierenden von den Nationalsozialisten einem wehrtauglichen Erziehungsziel unterworfen: Der „neue Studententyp“ sollte durch die Einführung einer allgemeinen Arbeitsdienstpflicht, durch SA-Lager, durch Leibesübungen und wehrpolitische Vorträge auf seine künftige Rolle als Soldat und Frontkämpfer vorbereitet werden. Dabei waren es die Studenten selbst, die schon in den Weimarer Jahren die Erziehung zur Wehrhaftigkeit, d. h. einen Wehr- und Arbeitsdienst sowie Leibesübungen“ gefordert hatten.<sup>51</sup>

Zu einer der nachhaltigsten Maßnahmen zählte die Einführung des 6-monatigen „Reichsarbeitsdienstes“ (RAD). Dieser hatte sich aus dem ursprünglich sozialpolitisch motivierten „Freiwilligen Arbeitsdienst“ (FAD) herausgebildet und war 1935 zusammen mit der allgemeinen Wehrpflicht eingeführt worden.<sup>52</sup>

Unter diesen Umständen begann das Ausmaß an außerwissenschaftlichen Verpflichtungen derart zuzunehmen, dass sich viele Studierende ernüchert von der Politik abwandten. Nach der anfänglichen Begeisterung für die Neuordnungsmaßnahmen nach 1933 wollten die meisten nur noch möglichst unauffällig durch den Lehr-

---

*Heinrich Meisiek*, Evangelisches Theologiestudium im Dritten Reich. Frankfurt am Main 1993, 201; *Heiber*, Universität, Teil 2, Bd. 1, 77; UAR, R11F1, Schreiben vom 17.7.1933.

<sup>48</sup> UAR, R2A2, Rede anlässlich der „Geburtstagsfeier des Reiches“ zum 30.1.1935. Verfasser unbekannt; Rostocker Festschrift 1419-1969, Bd. 1, 240.

<sup>49</sup> UAR, R4B2, Schreiben vom 20.11.1933, 1f; LHA Schwerin, MfU 5.12-7/1, Akte 587, Blatt 29.

<sup>50</sup> *Karl Dietrich Bracher*, Die Gleichschaltung der deutschen Universität, in: Universitätstage: Veröffentlichung der Freien Universität Berlin, Berlin 1966, 126-142, 134.

<sup>51</sup> Rostocker Festschrift 1419-1969, Bd. 1, 273.

<sup>52</sup> *Meisiek*, Evangelisches Theologiestudium, 116; Michael H. Kater gibt an, dass der FAD vor allem auf Initiative konservativer Planer aus dem rechten Parteispektrum (einschließlich der NSDAP) und den überwiegend rechtsradikalen Studentenbünden erschaffen worden war. *Michael H. Kater*, Hitler-Jugend. Darmstadt 2005, 165.

betrieb kommen.<sup>53</sup> Besonders nach Ausbruch des Krieges, als der Überlebenskampf immer stärker ins Zentrum rückte, wandten sich viele Studenten enttäuscht von der Politik ab. Aus zahlreichen Quellen geht hervor, dass die meisten Rostocker Hochschüler vielmehr am Strand von Warnemünde Zerstreuung suchten als sich politisch zu engagieren.<sup>54</sup> Beschwerden über betrunkene Studenten in der Stadt nahmen zu.<sup>55</sup>

Hinzu kam, dass die materielle Lage vieler Betroffener immer schlechter wurde. Vor allem in den letzten Jahren des Krieges gab es in Rostock kaum noch genug Unterkunftsmöglichkeiten, so dass der Rektor die Bürger durch Aufrufe zu motivieren suchte, freie Zimmer zur Verfügung zu stellen.<sup>56</sup> Es kam vor, dass sich schon eingeschriebene Hochschüler wieder exmatrikulierten, weil sie keine Bleibe gefunden hatten.

Für die kleine mecklenburgische Hochschule, die vor allem gegen Ende des Nationalsozialismus immer wieder fürchten musste, geschlossen zu werden, zählte jeder Zugang. Die Zahl der Landeskinder – vor allem der aus Rostock und Umgebung kommenden – war dementsprechend hoch, schon allein wegen der Kosten, die durch das Wohnen bei den Eltern gespart werden konnten.<sup>57</sup>

Hinzu kam die Angst vor Bombenangriffen. Nach wiederkehrenden kleineren Gelegenheitsangriffen Ende 1941 und Anfang 1942 kam es in den Nächten vom 24. bis zum 27. April 1942 zu schweren Bombardements, bei denen große Teile der

---

<sup>53</sup> *Michael H. Kater*, Medizinische Fakultäten und Medizinstudenten: eine Skizze, in: Fridolf Kudlien (Hrsg.), *Ärzte im Nationalsozialismus*. Köln 1985, 82-104, 101.

<sup>54</sup> *Fritz Brinker*, Im Kampf um die Wehrfreiheit, in: *Zehn Jahre NSDStB*. Rostock 1938, 13-15, 14; *Bergengruen*, Aus den Anfängen der Hochschulgruppe Rostock des NSDStB, in: *Zehn Jahre NSDStB*. Rostock 1938, 5-6, 5; UAR, R14D2, Aufruf des Rektors, Kreisleiters, Oberbürgermeisters u. a. vom 12.4.1939.

<sup>55</sup> UAR, R13D2, Schreiben vom 25.1. und 28.1.1935; UAR, R13B2, Schreiben vom 5.6.1935; Schreiben vom 17.6.1935.

<sup>56</sup> UAR, R3A11, Schreiben vom 5.5.1934; UAR, R4C8/3, Jahresbericht nach Angaben der einzelnen Fakultäten über die Zeit vom 1.3.1935 bis zum 15.2.1936, 1; UAR, K13/224, Schreiben des Rektors vom 25.4.1936. Mit dem Ausbau einiger für die Rüstungsindustrie notwendiger Betriebe – allen voran der Heinkel-Flugzeugwerke und der Neptunwerft – wurde der Zuzug auswärtiger Arbeitskräfte vorangetrieben, die den Studierenden bei der Wohnungssuche zusätzliche Konkurrenz machten. *Hermann Langer*, *Leben unterm Hakenkreuz. Alltag in Mecklenburg 1932-1945*. Bremen/Rostock 1996, 108 f.; *Karsten Schröder*, *Von 1899 bis 1999 – Ein Jahrhundert in der Geschichte der Hanse- und Universitätsstadt Rostock*, in: Burkard Kramp (Hrsg.), *100 Jahre Universitäts-HNO-Klinik und Poliklinik Rostock: die erste HNO-Fachklinik im gesamtdeutschen und nordeuropäischen Raum*. Rostock 1999, 9-19, 13.

Am Ende des Zweiten Weltkrieges hatte die Stadt 14.800 Wohnungen (d. h. 40% ihres Bestandes), 3 Kirchen, 6 Schulen, 3 Stadttore, 2 Filmtheater und 1 Theater, 3 Großkaufhäuser und einige ihrer Kliniken zu beklagen, die vollständig zerstört oder zumindest schwer beschädigt worden waren. Dazu: *Statistisches Taschenbuch der Stadt Rostock*, hrsg. von der staatlichen Zentralverwaltung für Statistik, Kreisstelle Rostock, Rostock 1965.

<sup>57</sup> Der überproportionale Anteil mecklenburgischer Studierender wurde nach dem in den Studentenkarteien angegebenen Heimatort berechnet. Der hohe Anteil mecklenburgischer Landeskinder an der Rostocker Universität geht auch aus einem Schreiben hervor, in: LHA Schwerin, MfU 5.12-7/1, Akte 2605, Blatt 157.

Hansestadt zerstört wurden.<sup>58</sup> Rostock galt schon wegen der Arado- und Heinkelflugzeugwerke als luftangriffgefährdet, was viele potenzielle Studenten auf andere Städte ausweichen ließ, zumal die Wohnungsnot durch die Zerstörungen noch einmal dramatisch zugenommen hatte.<sup>59</sup>

Alles in allem führten die sich verschlechternden Lebensbedingungen zusammen mit der starken Vereinnahmung der Jugendlichen schließlich zu einer Abwendung von der Politik, die sich auch in der nachlassenden Eintrittsbereitschaft der Rostocker Studentenschaft in die einzelnen NS-Organisationen widerspiegelt. An der Rostocker Universität fielen beispielsweise die Zahlen der im NSDStB-organisierten Mitglieder von 53,7% im Dezember 1933 auf 22,7% im Mai 1935 zurück, spätestens ab 1941 lief der Anteil der Neuzugänge fast gegen Null.<sup>60</sup> Ähnlich verhielt es sich mit der Zahl der Mitgliedschaftsanteile in der SA, der SS sowie in der Arbeitsgemeinschaft der Nationalsozialistischen Studentinnen (ANSt), die 1930 als eine Art Neben- oder vielmehr Unterorganisation des NSDStB für Frauen gegründet wurde.<sup>61</sup>

Insgesamt zeigten die Frauen im unmittelbaren Vergleich mit ihren männlichen Kommilitonen ein weniger starkes Interesse, einer NS-Organisation beizutreten. Dies gilt vor allem für die Anfangszeit des Nationalsozialismus. Im Allgemeinen wurden Frauen vielmehr dem Mutterideal entsprechend vom politischen Leben ausgeschlossen.<sup>62</sup> Gleichwohl fehlten den NS-Studentinnen weibliche nationalsozialistische Vorbilder und Organisationen, die eine ähnliche dynamische Ausstrahlungskraft wie die der männlichen besessen hätten.<sup>63</sup> Es kann demnach davon ausgegangen werden, dass die Studentinnen an dem um 1933 verbreiteten Ideal des „politischen Kämpfers“ keinen nennenswerten Anteil hatten.

Zusammenfassend ist zu unterstreichen, dass vor allem bei den männlichen Hochschülern ein rascher Zulauf in den NSDStB und die SA stattgefunden hatte, der sich jedoch im Verlauf der nationalsozialistischen Jahre erheblich verringerte. Speziell die „Sturmabteilung“ erfuhr in den kommenden Jahren einen kontinuierlichen Mitgliederrückgang, wohingegen der NSDStB trotz der nachlassenden Mitgliederzahlen eine relativ starke Kraft an der Universität bleiben sollte.

---

<sup>58</sup> Weitere schwere Bombenzerstörungen hatte die Stadt in den Nächten vom 1.10. zum 2.10.1942, vom 20.4. zum 21.4.1943 und am 24.2.1944 zu erdulden. *Hans-Werner Bohl/Bodo Keipke/Karsten Schröder* (Hrsg.), *Bomben auf Rostock: Krieg und Kriegsende in Berichten, Dokumenten, Erinnerungen und Fotos 1940-45*. Rostock 1995, 12; *Hans Bernitt*, *Zur Geschichte der Stadt Rostock*. Rostock 2001 [erste Auflage 1956], 308 und 311; *Marthel Linke*, *Zur Entwicklung der Stadt Rostock in den Jahren 1943-1945 im Spiegel der Rostocker Presse*. Unveröffentlichte Staatsexamensarbeit, Rostock 1966, 9.

<sup>59</sup> *Hans-Werner Bohl* u. a. (Hrsg.), *Bomben auf Rostock*, Rostock 1995, 11.

<sup>60</sup> UAR, R13N8. Prozentzahlen nach der Höhe der im Wintersemester 1933/34 und Sommersemester 1935 eingeschriebenen männlichen „volksdeutschen“ Studentenzahl errechnet. Siehe auch: *Grüttner*, *Studentenschaft*, 400 ff.

<sup>61</sup> Eine detaillierte Darstellung des NS-Organisationsverhaltens der Rostocker Studierenden in: *Deinert*, *Die Studierenden der Rostocker Universität*, Kap. 6.2, 315 ff.

<sup>62</sup> *Kater*, *Hitler-Jugend*, 67.

<sup>63</sup> *Haide Manns*, *Frauen für den Nationalsozialismus. Nationalsozialistische Studentinnen und Akademikerinnen in der Weimarer Republik und im Dritten Reich*. Opladen 1997, 120 f.

Interessanterweise gelang es demgegenüber der Partei, ungeachtet der politischen Entwicklung ihr Ansehen zu wahren. Aus heutiger Sicht ist es erstaunlich, dass sich bis zum Ende der nationalsozialistischen Herrschaft annähernd gleichbleibend viele Studenten der NSDAP anschlossen. Bei den Frauen stieg die Zahl der Mitglieder sogar noch in den letzten Jahren des Krieges – was sicherlich auch mit ihrer späteren Einflussnahme auf den Universitäten zusammenhängen mag.<sup>64</sup> Hieraus könnte abgeleitet werden, dass sich die Hochschüler zwar im zunehmenden Maße von den studentischen Organisationen distanzieren, jedoch weniger die nationalsozialistische Regierung und ihre politischen Ziele selbst verurteilten.

Zuletzt war der Weg jedoch unumkehrbar durch politische Kontrolle und Funktionalität vorgezeichnet. Wer sich dem zu entziehen versuchte, hatte mit scharfen Restriktionsmaßnahmen zu rechnen. Argwohn und Überwachung führten dazu, dass ein freier Austausch nur im kleinen konspirativen Rahmen möglich war.

Wie hoch der Anteil der oppositionellen und regimekritischen Studierenden war, lässt sich heute kaum feststellen. Bemerkenswert ist immerhin eine an das Ministerium weitergeleitete Nachricht vom Rostocker Universitätssekretär, in dem das Bestehen einer kommunistischen Studentengruppe „*im geheimen*“ zumindest in Erwägung gezogen wird.<sup>65</sup> Auch Helmut Heiber erwähnt in seinen Aufzeichnungen einen Widerstandskreis, ohne jedoch näher darauf einzugehen.<sup>66</sup> Einem im Universitätsarchiv liegendem Schreiben ist zu entnehmen, dass tatsächlich eine „Rote Studentengruppe“ existierte, die sich allerdings schon gegen Ende des Sommersemesters 1931 aufgelöst hatte. Ferner bestand eine sozialistische Studentengruppe von 6-7 Mitgliedern.<sup>67</sup> Über ihr Wirken nach 1933 ist jedoch ebenfalls nichts bekannt.

<sup>64</sup> Entwicklungsverläufe berechnet auf der Grundlage des gesammelten Datenmaterials (Studentenkartei).

<sup>65</sup> UAR, R13N11, Schreiben vom 6.4.1933. Ingo Koch nennt die Namen von Hermann Neels (Physikstudent) und Werner Schröder (Medizinstudent), die vor allem durch ihr aktives Wirken in der Ortsgruppe der KPD bekannt waren. Diese Informationen bezieht der Autor aus einer Diplomarbeit von Christiane Schilf (vermutlich um 1970 erstellt), die leider nicht mehr zur Verfügung steht. Aus den im Universitätsarchiv befindlichen Akten geht hervor, dass Hermann Neels wegen Hochverrats von der Staatsanwaltschaft verurteilt wurde. Zu diesem Zeitpunkt war er bereits von der Universität Rostock wegen Nichtzahlung seiner Gebühren suspendiert worden. (UAR, K13/224, Schreiben vom 7.2.1939.) Ansonsten konnten keine weiteren aktionistischen Angaben zu den genannten Studierenden herausgestellt werden. Dies mag dem Umstand geschuldet sein, dass sich der Wirkungskreis der beiden KPD-Mitglieder auf den außeruniversitären Bereich erstreckte. *Ingo Koch*, Wissenschaftler und Studenten der Rostocker Universität in der Auseinandersetzung mit dem Hitlerfaschismus, in: *Wissenschaftler und Studenten im Antifaschismus – Rostocker Wissenschaftshistorische Manuskripte*, hrsg. vom Rektor der Wilhelm-Pieck-Universität Rostock, Heft 17, Rostock 1989, 83-88, 86.

<sup>66</sup> *Heiber*, Universität, Teil I, 187. Helmut Heiber bezieht seine diesbezügliche Information aus einem Bericht des Mineralogen Carl Wilhelm Correns, der sich kurzzeitig an der Rostocker Universität aufhielt (Personalakte Correns, Kuratorium Göttingen).

<sup>67</sup> Die Gründung ging von dem aus Leipzig stammenden Jurastudenten Hermann Gottschalk aus, der sich schon im August 1931 exmatrikulieren ließ. Zum Kreis der Gruppe gehörten darüber hinaus noch die Rostocker Studenten Bruno Tesch und Günter Jacks. UAR, K14/444, Schreiben vom 22.3.1932.

Weitere Anhaltspunkte, die das Vorhandensein einer linken Widerstandsgruppe stützen könnten, wurden nicht gefunden.<sup>68</sup> Im Gegenteil, dem untersuchten Quellenmaterial zufolge verlief der Auflösungsprozess der verbotenen Gruppierungen in Rostock erstaunlich reibungslos ab.<sup>69</sup> Es ist demnach anzunehmen, dass es an der Universität Rostock keine größere Widerstandsgruppe gab, die sich gegen die nationalsozialistischen Glaubenssätze und Methoden wandte. Es bleibt zu berücksichtigen, dass unangepasste Hochschulübler an einer so kleinen Universität wie der Rostocker besonders schnell auffallen konnten. Demnach wichen potenzielle Regimegegner womöglich eher auf größere Hochschulstädte aus.

Einen organisierten Widerstand gab es in Rostock auch nicht seitens der Korporationen, die sich – unter Druck gesetzt – spätestens bis 1937 aufgelöst hatten.<sup>70</sup> Dabei propagierten die meisten Studentenverbände – abgesehen von den jüdischen und demokratischen – gemeinhin bereits vor 1933 ein nationalsozialistisch antisemitisches Weltbild.<sup>71</sup> Das Rostocker Corps Visigothia beispielsweise betonte kurz vor seiner Auflösung noch einmal, dass in der Satzung bereits seit 1886 (1882 wurde es gegründet) ein Verbot von jüdischen Mitgliedern existiert hätte.<sup>72</sup> Auch die Turnerschaft „Baltia“ unterstrich, schon sehr früh „aktive nationalsozialistische Kämpfer gestellt und gefördert“ zu haben.<sup>73</sup> Dessen ungeachtet haftete den meisten Verbänden der Nimbus der Exklusivität an, der nicht mit dem Volksgemeinschaftsgedanken, den die Nationalsozialisten propagierten, sowie deren Totalitätsanspruch in Einklang zu bringen war.<sup>74</sup>

Am Ende war es vor allem der Krieg, der den Jugendlichen all ihre Kraft abverlangte. Aus den überlieferten Senatssitzungsprotokollen der letzten Semester geht hervor, dass die Lehrerschaft den „*seelischen Druck*“ der Studierenden durchaus

<sup>68</sup> Weder in den gesichteten Quellen noch in der Sekundärliteratur waren diesbezüglich Hinweise zu finden. Dazu beispielsweise: UAR, R11F3 und K14/534, Schreiben des Rektors vom 27.9.1933. In diesem bestätigt der Rektor nach Rücksprache mit der Studentenföhrung, dass keine Studierenden bekannt seien, die sich in den letzten Semestern im marxistischen oder antinationalen Sinne betätigt hätten. Dazu auch: Koch, Wissenschaftler und Studenten, 86.

<sup>69</sup> UAR, R13N11, Schreiben vom 6.4.1933; Rostocker Anzeiger vom 5.5.1933, „Auflösung der Hochschulgruppe Rostock der DVP“; LHA Schwerin, MfU 5.12-7/1, Akte 2596, Blatt 152.

<sup>70</sup> Eine Ausnahme stellt die „Deutsche Christliche Studentenvereinigung“ (DCSV) dar, die sich erst im Sommer 1938 unter Druck gesetzt auflöste. UAR, R13L7, Schreiben vom 28.8. 1938. Dazu detaillierter in: Deinert, Die Studierenden der Universität Rostock, 146-148.

<sup>71</sup> Helma Brunck, Die Entwicklung der Deutschen Burschenschaft in der Weimarer Republik und im Nationalsozialismus. München 1996, 242 ff. Weltanschauliche Differenzen lagen hauptsächlich nur bei den christlichen Verbindungen vor. Auf der katholischen Seite waren vor allem der Cartell-Verband der katholischen deutschen Studentenverbindungen (CV) und der Kartell-Verband der katholischen deutschen Studentenvereine (KV) bekannt, im protestantischen Lager dominierten der Wingolf und der Schwarzburgbund. Michael Grüttner, Die waffenstudentischen Verbindungen im Dritten Reich, in: Marc Zirlwagen (Hrsg.), Kaisertreue, Führergedanke, Demokratie: Beiträge zur Geschichte des Verbandes der Vereine Deutscher Studenten (Kyffhäuser Verband). Köln 2000, 113-129.

<sup>72</sup> UAR, R13B2, Schreiben vom 26.9.1935, Anlage 1.

<sup>73</sup> Rostocker Anzeiger vom 24.7.1933, „50. Stiftungsfest der Turnerschaft ‚Baltia‘ in Rostock“.

<sup>74</sup> Wolfgang Kreuzberger, Studenten und Politik 1918-1933. Göttingen 1972, 85.

wahrnahm. Notwendigerweise begann sich das Aufgabenfeld der Professorenschaft mit dem Fortgang des Krieges über die rein wissenschaftliche Betreuung hinaus auch auf eine emotionale Fürsorge auszuweiten.<sup>75</sup> Die vom Krieg beurlaubten, abkommandierten oder versehrten Hochschulener erneuert in den Universitätsalltag einzuführen, war sehr schwer, da viele Betroffene nicht nur mit Lernschwierigkeiten bei verpassten Unterrichtsinhalten zu kämpfen hatten, sondern auch mit zuweilen schlimmen Fronterlebnissen, die die Bedeutsamkeit des Studiums hinanstehen ließen. Die ursprüngliche Begeisterung der Jugendlichen, die in der Mehrzahl den Regierungswechsel von 1933 befürwortet hatten, wich nun dem schieren Überlebenskampf.

Gegen Ende des Krieges war einem geregelten Hochschulalltag kaum noch nachzukommen. Die Rostocker Universität litt unter einer unzureichenden Stromversorgung und fehlendem Heizmaterial. Gegen Ende 1944 beispielsweise forderte der Rektor seine Kollegen in einem Rundschreiben dazu auf, „die Vorlesungen und Übungen soweit wie nur möglich auf die Tagesstunden zu konzentrieren“, um Strom- und Heizkosten zu sparen.<sup>76</sup> Überdies fanden Spinnstoffsammlungen statt, bei denen möglichst alle Stoffe – ausgenommen die Fahnen und Verdunklungsvorhänge – zur Herstellung von Uniformen und Zivilkleidung abgegeben werden sollten.<sup>77</sup> Die Universität spendete diesbezüglich unter anderem die Talare der Professoren, die Zugrollen, die Vorgardinen des Konzilzimmers oder auch die Tischdecken des Rektors.<sup>78</sup> Überdies war die Anschaffung von Fachbüchern und anderem notwendigen Studienmaterial häufig aussichtslos. Erschwerend kam hinzu, dass viele Fachbibliotheken geschlossen werden mussten und einzelne Universitätsgebäude zerstört worden waren.<sup>79</sup> Zum Schluss dominierte an der Universität das Bild von überlasteten Professoren und erschöpften Studenten, von denen womöglich jeder mit seinen persönlichen traumatischen Kriegserfahrungen zu kämpfen hatte.<sup>80</sup>

---

<sup>75</sup> Dazu beispielsweise: *Ulrich Gmelin* (bevollmächtigter Vertreter des Reichsstudentenführers), In der Stunde der Entscheidung, in: *Der Deutsche Hochschulführer*, hrsg. vom Reichsstudentenwerk, Berlin 1943, 31-36, 31 ff.

<sup>76</sup> UAR, R7F1, Rundschreiben vom 25.11.1944; selbiges Schreiben auch in: UAR, R7A1/1; UAR, R7F1, Rundschreiben vom 5.12.1944. Diese Anweisung konnte nicht immer eingehalten werden – auch wenn die Mehrzahl der Universitätsmitglieder darum bemüht war –, da sich unter den Studierenden zahlreiche Berufstätige befanden, die auf den Unterricht in den Abendstunden angewiesen waren.

<sup>77</sup> *Rostocker Anzeiger* vom 5.5.1944, „Spinnstoffsammlung“; UAR, R2Q1, Schreiben vom 19.1.1945.

<sup>78</sup> UAR, R2Q1, Handschriftliche Notiz vom 17.2.1945.

<sup>79</sup> Beim Angriff auf Rostock im April 1942 wurde beispielsweise das Haus vernichtet, in dem sich das Institut für Wirtschaftsraumforschung und das Niederdeutsche Seminar befanden. Auch das Universitätskrankenhaus für Innere Medizin, die Hautklinik und das Physiologisch-chemische Institut wurden stark zerstört. Dazu UAR, R4C8/3, Bericht des Rektors vom 31.3.1944, 5.

<sup>80</sup> UAR, R7F1 Rundschreiben vom 25.5. 1944; UAR, R2Q1, Handschriftliche Notiz vom 17.2. 1945.

## Das Profil der Studierenden

Unzweifelhaft veränderte sich vor allem durch den Umstand des Krieges und den damit einhergehenden Akademikermangel das Profil der Hochschul­ler in ganz erheblichem Maße. An der Universität Rostock – wie auch an den anderen Hochschulen – bestand die Studentenschaft fast ausschließlich aus Anfangssemestern, die noch nicht einberufen waren, aus zum Studium abkommandierten oder beurlaubten Soldaten, aus Kriegsversehrten und schließlich aus Frauen.<sup>81</sup>

Dabei hatte die Politik der Nationalsozialisten anfänglich ein Studium für Frauen sehr geringgeschätzt. Diese sollten vielmehr in ihrer Rolle als Mutter und Hausfrau aufgehen.<sup>82</sup> Mit dem „Gesetz gegen die Überfüllung deutscher Schulen und Hochschulen“ vom 25. April 1933 versuchten die Machthaber neben der Zahl jüdischer Studierender auch die der Hochschülerinnen zu drosseln.<sup>83</sup> Mit den auf 15.000 zum Hochschulstudium begrenzt zugelassenen Abiturienten sollte der Mädchenanteil 10% nicht überschritten werden.<sup>84</sup> Aufgrund dieser Abwertung des Frauenstudiums verringerte sich tatsächlich der Anteil der Studentinnen an der Universität Rostock von 18,9% im Sommersemester 1933 auf 15,3% im Sommersemester 1939. Erst mit dem Ausbruch des Krieges und der damit einhergehenden Rekrutierung der meisten männlichen Hochschul­ler waren Frauen als akademische Arbeitskräfte gefragt. In den kommenden Jahren wuchs ihr Anteil gemessen an der Gesamtheit der Rostocker Studierenden von 12,4% im 1. Trimester 1940 auf 27,6% im Wintersemester 1941<sup>85</sup>. Zum Sommersemester 1944 schrieben sich von allen Neuankömmlingen 66,5% Frauen an der kleinen mecklenburgischen Universität ein.<sup>86</sup>

<sup>81</sup> Grüttner, Studentenschaft, 361.

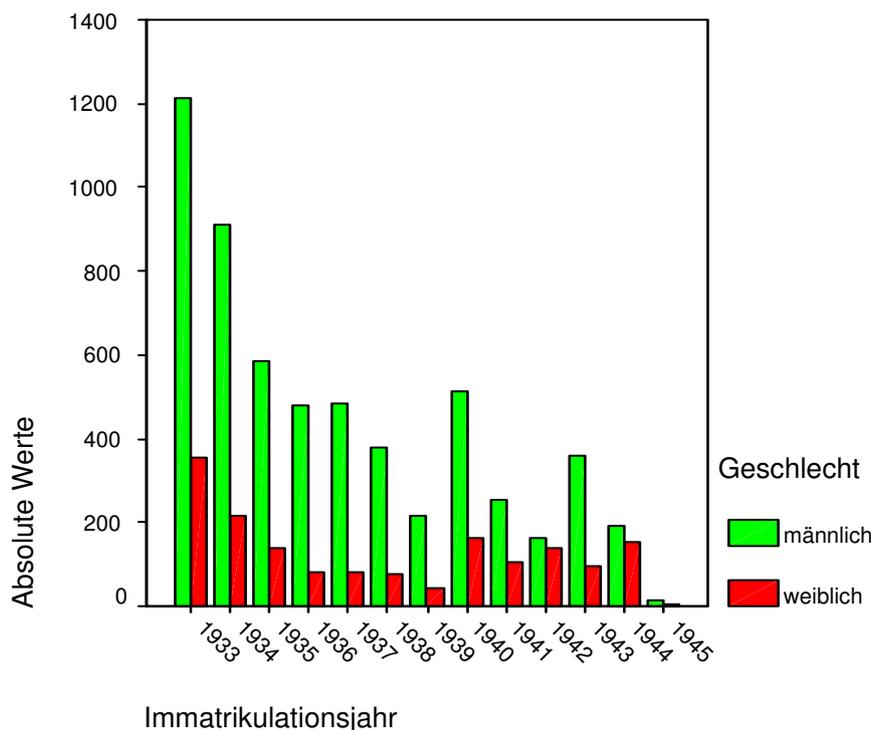
<sup>82</sup> Grüttner, Studentenschaft, 118.

<sup>83</sup> Reichsgesetzblatt 1933, Teil 1, 225 f.

<sup>84</sup> Anordnung vom 28. Dezember 1933, in: Reichsministerialblatt, 62. Jahrgang, 1934, 17; siehe auch die Statistik, in: Deutscher Hochschulführer. Berlin 1934, 63; Grüttner, Studentenschaft, 115; Rosina Neumann (Hrsg.), Geschichte des Frauenstudiums in Rostock von den Anfängen bis zum Ende des Zweiten Weltkrieges. Rostock 1999, 130. Weniger überzeugend erscheint darüber hinaus die häufig vertretende Meinung, dass mit der Einführung des obligatorischen Arbeitsdienstes für Abiturientinnen eine Hochschulbarriere für Frauen geschaffen werden sollte, vor allem im Hinblick darauf, dass diese Richtlinie ebenso für Männer galt und die eigentliche Umsetzung wegen Überfüllung erst sehr spät durchgesetzt werden konnte. Auch wenn die Aussicht auf eine entbehrungsreiche Zeit in den Arbeitslagern manch angehende Studierwillige abgeschreckt haben mag, bleibt zu bezweifeln, dass der RAD als gezieltes Selektierungsprogramm gedacht und eingeführt worden war. Diese Meinung vertreten: Petra Umlauf, Studentinnen an der LMU 1940-45: Versuch einer Annäherung, in: Elisabeth Kraus (Hrsg.), Die Universität München im Dritten Reich. Teil 1, München 2006, 505-560; Jacques R. Pauwels, Women, Nazis, and Universities: Female University Students in the 3. Reich 1933-1945. London 1984, 21.

<sup>85</sup> Berechnet nach den Daten von Lorenz, Zehnjahresstatistik. 268-275, die leider nur bis zum Sommersemester 1942 reichen.

<sup>86</sup> Prozentzahl berechnet auf der Grundlage der gesichteten und ausgewerteten Studentenkarteien, in: UAR.

Abb. 2: Immatrikulationsanteil der weiblichen und männlichen Studentenschaft.<sup>87</sup>

Zwischen dem vor allem anfänglich idealisierten Mutterbild und dem volksgemeinschaftlichen Kampfgeist versuchten die Frauen schließlich ihre gesellschaftliche Position zu finden.<sup>88</sup> Am Ende sollte die Aufwertung des Frauenstudiums, durch den wachsenden Bedarf an akademischen Arbeitskräften, das Selbstbewusstsein dieser Gruppe stärken.<sup>89</sup>

Rückblickend bedeuteten die Jahre des Dritten Reiches für die Geschichte der Rostocker Universität einen Abbau, der sich auch sichtbar in den zurückgehenden Studierendenzahlen ausdrückt. Diese tendenziell ebenso an den anderen Universitäten stattfindende Entwicklung hing nur marginal mit dem 1933 eingeführten *numerus clausus* zusammen,<sup>90</sup> von dem in Rostock ohnehin nur die Mund- und Zahnklinik sowie vorübergehend das Chemische Institut Gebrauch machten.<sup>91</sup> Vielmehr

<sup>87</sup> Diagramm nach den Auswertungsergebnissen der Studentenkarten erstellt.

<sup>88</sup> *Manns*, Frauen für den Nationalsozialismus. 295.

<sup>89</sup> Interessanterweise studierten an der Rostocker Universität auch zunehmend verheiratete Frauen. Im Jahr 1943 waren von den 95 sich einschreibenden Studentinnen 13 vermählt. Unter Ausklammerung der Hochschülerinnen, die keine Aussage hierzu machten (insgesamt 6), betrug ihr Anteil somit 12,7%, während er 1933 noch bei 2,2% lag. Zahlen nach Sichtung der Studentenkarten erschlossen.

<sup>90</sup> Schon Ende 1934 hatte die Hochschulkommission der NSDAP vor einem kommenden Akademikermangel gewarnt. Folglich verzichtete das Reichsministerium bereits ab dem Frühjahr 1935 auf weitere Selektierungsmaßnahmen der potenziellen Neuzugänge. *Aharon F. Kleinberger*, Gab es eine nationalsozialistische Hochschulpolitik? in: Manfred Heinemann (Hrsg.), *Erziehung und Schulung im Dritten Reich*. Teil 2, Stuttgart 1980, 9-30, 18; *Grüttner*, Studentenschaft. 103.

<sup>91</sup> UAR, R7A4, Schreiben vom 27.5.1933; LHA Schwerin, MfU 5.12-7/1, Akte 2584, Schreiben vom 31.7.1934. Nach einer Anweisung des Preußischen Ministers für Wissenschaft, Kunst und

spielten die allgemeine demographische Verschiebung, vor allem durch die Reduzierung der Geburtenzahlen während des ersten Weltkrieges sowie die zunehmende nachlassende Studienbereitschaft wegen wachsender Berufsalternativen allein beim Militär und schließlich der Ausbruch des Zweiten Weltkrieges eine Rolle.<sup>92</sup>

Die meisten der eingeschriebenen Hochschüler studierten Medizin oder entschieden sich für naturwissenschaftliche Fächer. Im Allgemeinen wurden unter der Herrschaft der Nationalsozialisten einzelne Studienfächer außerordentlich herausgehoben, andere wiederum erfuhren eine beträchtliche Abwertung. Insbesondere nach dem Ausbruch des Krieges sollten bestimmte Fächer „wegen ihrer Wichtigkeit für die Reichsverteidigung besonders gefördert“ werden.<sup>93</sup> In diesem Sinne erlangte vor allem die medizinische Fachrichtung einen enormen Zuwachs.<sup>94</sup> Allein zum Sommersemester 1941 immatrikulierten sich von allen Neuankömmlingen 82,9% an der Medizinischen Fakultät.<sup>95</sup>

Der Bedarf an Ärzten wurde durch den Ausbruch des Krieges verschärft. Vermutlich entschieden sich viele Jugendliche auch entgegen ihrer eigentlichen Neigung für ein Studium der Medizin, da es die Chance vergrößerte, zum Studium abkommandiert und somit – zumindest vorübergehend – von der Kriegspflicht entbunden zu werden. Laut einer überlieferten Hochschulstatistik standen an der mecklenburgischen Landeshochschule im Wintersemester 1942/43 134 Studentinnen 358 männlichen Kommilitonen gegenüber, wobei Letztere mit einem Anteil von 80,4% (288) zur Gruppe der abkommandierten, bzw. beurlaubten Wehrmachtsangehörigen zählte. Die meisten von ihnen studierten Medizin.<sup>96</sup> Im Gegensatz dazu verlor die Theologische Fakultät immer mehr an Ansehen.

Der bereits dargestellte Konflikt zwischen den Theologiestudenten und den regimetreuen Studentenschaftsführern um die Nachfolge des Reichsbischofs trug zusätzlich dazu bei, dass sie den Nationalsozialisten ein Dorn im Auge waren. Hinzu kam, dass die gesamte theologische Professorenschaft zur Bekennenden Kirche

---

Volksbildung wurde bereits Ende Oktober 1932 verfügt, dass „die Leiter der einzelnen Institute, Seminare und Übungen bei Vorliegen“ hohen Andrangs „versuchsweise die Höchstzahl der Studenten“ nach ihrem Ermessen festlegen sollten. Für die zahnärztlichen Institute bestand diese Ermächtigung schon seit dem Wintersemester 1930/31. UAR, K05/978, Erlass vom 28.10.1932, selbiges Schreiben in: UAR, R7A4.

<sup>92</sup> Diese Entwicklungstendenz sah der Dekan der Medizinischen Fakultät, Prof. Dr. Steuerer, bereits im Juni 1933 kommen, weshalb er das Bemühen seines Fachbereichs, so viele Studierende wie möglich aufzunehmen, befürwortete und unterstützte. UAR, K05/978, Schreiben vom 24.7.1933; dazu auch: *Grüttner*, Studentenschaft. 104; *Chroust*, Giessener Universität, 244; *Cäcilie Quetsch*, Die zahlenmäßige Entwicklung des Hochschulbesuches in den letzten fünfzig Jahren. Berlin/Göttingen/Heidelberg 1960, 20 ff.

<sup>93</sup> UAR, R11B1/2, Geheimer Erlass vom 10.1.1940, 2.

<sup>94</sup> Bereits vor 1933 konnte die Medizinische Fakultät die höchsten Studentenanteile vorweisen. In diesem Fachgebiet stand die kleine Universität in einem guten Ruf. *Titze*, Datenhandbuch zur deutschen Bildungsgeschichte, Band 1, Teil 2, 491.

<sup>95</sup> Anteil berechnet nach Auswertung der Studentenkarteien, in: UAR.

<sup>96</sup> UAR, K13/989, Frequenz-Meldung über die Zahl der Hochschulbesucher in Rostock zum Wintersemester 1942/43.

zählte und somit die Gleichschaltung von Lehre und Organisation der Deutschen Evangelischen Kirche durch die Nationalsozialisten ablehnte.<sup>97</sup> Ebenso dürften die weniger nationalsozialistisch überzeichneten Lehrinhalte – zumindest den überlieferten Vorlesungstiteln zufolge – eine Herabsetzung des Theologiestudiums begünstigt haben.<sup>98</sup> Umso bemerkenswerter erscheint es, dass von allen Studierenden, die der „Sturmabteilung“ (SA) beitraten, der größte Anteil aus der Theologischen Fakultät kam.<sup>99</sup>

Nichtsdestotrotz war durch die Geschlossenheit der Fakultätsmitglieder für eine gewisse Zeit die Möglichkeit vorhanden, in Rostock – und darüber hinaus noch in Erlangen und Tübingen – „*ein bekennnistreues evangelisches Theologiestudium aufrechtzuerhalten*“,<sup>100</sup> bis durch eine Vielzahl administrativ gelenkter Benachteiligungen, wie beispielsweise bei Studienunterstützungen sukzessive Auflösungs-schritte eingeleitet wurden.<sup>101</sup> Auch Gauleiter Hildebrandt hob wiederholt hervor, dass im Falle einer Schließung mit dem eingesparten Geld „wichtigere“ Fächer, wie eine agrarwissenschaftliche, rassenbiologische oder wirtschafts-wissenschaftliche Abteilung geschaffen bzw. ausgebaut werden könnten.<sup>102</sup> Tatsächlich wurde noch 1942 eine Landwirtschaftliche Fakultät eröffnet, die aber – schon wegen der Umstände des Krieges – verhältnismäßig klein und unbedeutend blieb.

Dass es zu dieser Gründung kam, hing auch mit der strukturellen Beschaffenheit Mecklenburgs als Agrarland zusammen. In diesem Sinne studierten verhältnismäßig viele mecklenburgische Bauernkinder in Rostock. Offenbar waren sie stärker als ihre Kommilitonen aus Akademikerfamilien dazu geneigt, in ihrer Heimat zu bleiben. Die finanziellen Vorteile, die durch geringere Reisekosten oder die unentgeltliche

---

<sup>97</sup> UAR, K3/1075, Schreiben vom 29.8.1937; *Pauli*, Geschichte der theologischen Institute, in: Wissenschaftliche Zeitschrift der Universität Rostock, 17. Jahrgang 1968, hier besonders 348-354; *Meisiek*, Evangelisches Theologiestudium, 27 und 250 ff.

<sup>98</sup> Es gilt zu berücksichtigen, dass dieser traditionelle Zweig als Plattform für die neuen Ansichten der Nationalsozialisten eher ungeeignet war. Dem ungeachtet schien die Divergenz zwischen der Rostocker Fakultät und dem deutsch-christlich geführten Oberkirchenrat in Schwerin unüberwindbar. Letzterer verurteilte die Lehrmethoden der Rostocker Theologen als veraltet und somit nicht den Grundsätzen des nationalsozialistischen Staates entsprechend. LHA Schwerin, MfU 5.12-7/1, Akte 1333, Blatt 108 und 136.

<sup>99</sup> Nach den Angaben, die auf den Studentenkarteien festgehalten wurden, traten mehr als die Hälfte (58,8%) der Theologiestudenten der „Sturmabteilung“ bei. Im Gegensatz dazu waren 31,6% angehende Mediziner, 36,7% Juristen und immerhin 41,9% der Studenten der Philosophischen Fakultät in die SA eingetreten.

<sup>100</sup> *Meisiek*, Evangelische Theologiestudium, 385.

<sup>101</sup> *Beste*, Der Kirchenkampf in Mecklenburg, 135; *Gert Haendler*, Niklot Beste und die Theologische Fakultät Rostock, in: Mecklenburgia sacra: Jahrbuch für Mecklenburgische Kirchengeschichte. Band 6 (2003), 106-128, 110 f; LHA Schwerin, MfU 5.12-7/1, Akte 1333, Blatt 67 und 108 f; UAR, K3/1075, Schreiben vom 2.1.1936; Schreiben vom 5.11.1936 und vom 13.8.1936.

<sup>102</sup> LHA Schwerin, MfU 5.12-7/1, Akte 1334, Blatt 102 und 166; MfU 5.12-7/1, Akte 632, Protokoll einer durch den Gauleiter anberaumten Sitzung im Amtszimmer des Rektors im Februar 1943.

Unterkunft im Elternhaus gegeben waren, könnten hierbei ausschlaggebend gewesen sein.<sup>103</sup>

Insgesamt betonten die Nationalsozialisten immer wieder, „*dass von den neu eingeschriebenen Studenten erheblich mehr aus den Volksschichten der unteren Beamten, Bauern und Arbeiter stammen*“ würden.<sup>104</sup> Dagegen ergab die systematische Untersuchung aller von 1933 bis 1945 in Rostock eingeschriebener Studierender einen anderen Befund. Denn nach wie vor stammte die Mehrzahl der Hochschüler aus Akademikerkreisen, daneben waren auch Kinder aus kaufmännischen und verbeamteten Familien in Rostock immatrikuliert. Dementsprechend blieb die Zahl von Vertretern aus der gesellschaftlichen Ober- und Mittelschicht – ungeachtet der sich in den Weimarer Jahren langsam beginnenden sozialen Öffnung der Universitäten – erstaunlich hoch, wohingegen der Anteil an Arbeiterkindern kaum ins Gewicht fiel.<sup>105</sup> Es ist davon auszugehen, dass die Stipendien, die durch die NS-Regierung vergeben wurden, nicht nur unzureichend, sondern eher dem politischen Verhalten des Antragstellers oder der Antragstellerin verpflichtet waren.<sup>106</sup>

## Schlussbetrachtungen

Es sollte versucht werden, eine Gruppe – hier also die Gruppe der Rostocker Studierenden – in einem Zeitrahmen von 1933 bis 1945 zu betrachten. Daraus ergeben sich im Wesentlichen zwei Probleme: zum einen dass hier Individuen, das heißt Einzelpersonen zu einer Körperschaft verschmolzen werden, zum andern, dass es in dem untersuchten Zeitabschnitt von insgesamt 12 Jahren tatsächlich nicht nur eine Studentengeneration ist, die es zu betrachten gilt. Es ist somit zu berücksichtigen, dass ein Hochschüler, der 1920 geboren wurde und 1940 ins Studium ging, praktisch im Nationalsozialismus groß wurde. Für ihn spielten der Überlebenskampf und ein möglichst unauffälliges Durchkommen im Studium die zentrale Rolle. Die Generation, die 7 Jahre vor ihm studierte, wollte aktiv mitgestalten. Viele dieser Hochschüler waren durch den verlorenen ersten Weltkrieg und die sich daran anschließenden schweren wirtschaftlichen Jahre geprägt. Sie begrüßten die neue Zeit in der Hoffnung auf bessere Lebensverhältnisse sowie auf ein größeres hochschulpolitisches Mitgestaltungs- und Selbstverwaltungsrecht. Es war eine in jeder Hinsicht politisch interessierte und aktionsbereite Generation, die zuweilen extrem aggressiv agierte.

---

<sup>103</sup> Nach Auswertung der einzelnen Studentenkarten konnte festgestellt werden, dass der Prozentsatz der in Rostock beheimateten, d.h. im Elternhaus wohnenden, Studierenden auffällig hoch war. Studentenkarten in: UAR.

<sup>104</sup> *Jarausch*, Studenten 1800-1970. 181. Der Autor gibt hier leider keine Quelle seines Zitats an.

<sup>105</sup> Es bleibt zu beachten, dass auch an den meisten anderen Universitäten die Zahl der Kinder aus Arbeiterfamilien verschwindend gering war. *Lorenz*, Zehnjahres-Statistik, 85 ff und 356 ff.

<sup>106</sup> *Jarausch*, Studenten 1800-1970, 182. Hinzu kommt, dass die vergebenen Hochschulförderungsgelder nur bedingt an die Studierenden aus den Unterschichten gingen. Tatsächlich sollten allen voran diejenigen Studierenden Vergünstigungen erhalten, „die in den letzten Jahren in der SA, SS oder sonstigen Wehrverbänden“ Mitglied waren. Dazu: UAR, R16D5, Schreiben vom 9.5.1933.

Demgegenüber setzten die Nationalsozialisten rasch ihre Politik der Militarisierung und Disziplinierung durch. Sehr schnell wurde die Studentenschaft zurechtgewiesen und wehrtauglichen Erziehungsmaßstäben unterworfen. Im Kern ging es den Nationalsozialisten um drei wesentliche Punkte: die Schaffung eines neuen Studententyps, die Schaffung eines neuen Hochschullehrertyps und die Schaffung eines neuen Begriffs der Wissenschaft.<sup>107</sup> Zusammengefasst ergibt sich daraus, dass die Schaffung einer neuen Universität forciert wurde unter Etablierung einer zentralisierten universitären Verwaltungsstruktur.

Am Ende existierte eine Studentenschaft, die kaum noch geistige oder politische Interessen zeigte, und nur mit Lustlosigkeit ihren dienstlichen Pflichten nachging. Dies konnte auch an den rückläufigen Mitgliedschaftsanteilen in den einzelnen NS-Organisationen abgelesen werden.

---

<sup>107</sup> Gerd Rühle, *Das Dritte Reich. Dokumentarische Darstellung des Aufbaus der Nation*. Band 1: Das erste Jahr 1933. Berlin 1934, 151. Diese wohl erstmalig von Gerd Rühle aufgegriffenen Zielsetzungen wurden in der Sekundärliteratur vielfach zitiert: Anselm Faust, *Die Selbstgleichschaltung der deutschen Hochschulen: zum politischen Verhalten der Professoren und Studenten 1930-1933*, in: *Wissenschaft und Nationalsozialismus: zur Stellung der Staatsrechtlehre, Staatsphilosophie, Psychologie, Naturwissenschaft und der Universität zum Nationalsozialismus*, eine Vortragsreihe, Berlin 1983, 115-130, 125; Croust, *Giessener Universität*, 48; Miehe, *Die Rolle der Universität Rostock*, 47; Bleuel/Klennert, *Deutsche Studenten*, 248; Karl Dietrich Bracher/Wolfgang Sauer/Gerhard Schulz, *Die nationalsozialistische Machtergreifung: Studien zur Errichtung des totalitären Herrschaftssystems in Deutschland 1933/34*. Berlin 1974, 318 f.



Georg Hoppe, Felix Morawetz

## Schöner Neuer Mensch – Anthropologische Utopien in der frühen Sowjetunion und im Nationalsozialismus im Vergleich<sup>1</sup>

### Einleitung

Die utopischen Vorstellungen von einer Umgestaltung des Menschen und des menschlichen Lebens, welche sowohl in der frühen Sowjetunion als auch im Nationalsozialismus bestanden, werden nicht selten als Ausdruck einer totalitären Gemeinsamkeit beider Gesellschaftssysteme interpretiert. Es werden einzelne Phänomene aus voneinander verschiedenen, komplexen historischen Zusammenhängen entnommen, betrachtet und verglichen, um im Anschluss daran in methodisch zweifelhafter Weise eben jene Entwicklungen unter dem Begriff „Totalitarismus“ gleichzusetzen.<sup>2</sup> Das Nachrichtenmagazin „Der Spiegel“ etwa verklärt in seiner Ausgabe vom 11. Juni 2011 den Überfall der Wehrmacht auf die Sowjetunion zum „Bruderkrieg“ zwischen Hitler und Stalin:

„Sie haben einander belauert und bedroht, sich als 'Bestie' (Hitler über Stalin) und 'Unmenschen' (Stalin über Hitler) beschimpft. Und doch waren die beiden Todfeinde Brüder im Geiste. Der eine mordete für die Rasse, der andere für die Klasse. [...] Adolf Hitler gegen Josef Stalin. Das war: [...] Rassist gegen Kommunist. Verblendet von Utopien, die ohne den Massenmord an Millionen von Menschen nicht denkbar waren.“<sup>3</sup>

Grundlage solcher Auffassungen ist die Reduktion jener beiden Entwicklungen auf Phänomene, die bei einer ersten Betrachtung durchaus gewisse Ähnlichkeiten aufweisen, so auch im Falle anthropologischer Utopien: Trotzki etwa spricht davon, „dass der gegenwärtige, widerspruchsvolle und unharmonische Mensch einer neuen und glücklicheren Rasse den Weg ebnen wird“.<sup>4</sup> Stellt man diesem Zitat Äußerungen Hitlers gegenüber, fällt zunächst ein ähnlicher Klang auf: „Die Folgen dieser deutschen Rassenpolitik werden entscheidender sein für die Zukunft unseres Volkes als die Auswirkungen aller anderen Gesetze. Denn sie schaffen den neuen

---

<sup>1</sup> Georg Hoppe erarbeitete den Teil zur Sowjetunion, Felix Morawetz den zum NS-Faschismus. Beide Abschnitte wurden gemeinsam diskutiert, Einleitung und Schluss wurden von beiden Autoren verfasst.

<sup>2</sup> Vgl. Wolfgang Zimmermann, Vorwort, in: Leo Trotzki, Fragen des Alltagslebens. Essen 2001, VIII.

<sup>3</sup> Spiegel vom 11.06.2011, 62.

<sup>4</sup> Leo Trotzki. Zitiert nach: Boris Groys/Michael Hagemeyer (Hrsg.), Biopolitische Utopien in Russland zu Beginn des 20. Jahrhunderts. Frankfurt/M. 2005, 22.

*Menschen.*<sup>5</sup> Sowohl Trotzki als auch Hitler sprechen also von einem neu zu schaffenden Menschen.

Doch was genau ist mit dem „Neuen Menschen“ der frühen Sowjetunion, was mit dem des deutschen Faschismus eigentlich gemeint? Gleichen sich die utopischen Entwürfe tatsächlich inhaltlich? Ist Klassenkampf gleich „Rassenkampf“? Diesen grundlegenden Fragen wird im Folgenden anhand einer Vorstellung utopischen Gedankengutes nachgegangen.

Zunächst ist jedoch zu klären, was unter dem Begriff „Utopie“ verstanden wird. In erster Linie handelt es sich dabei um positive Gesellschaftsentwürfe, die einen erstrebenswerten Idealzustand beschreiben. Nicht selten wird eine tatsächliche Machbarkeit ausgeblendet und es wird ein bis in die ferne Zukunft reichender Zeithorizont angesetzt. Im Falle der vorliegenden Auseinandersetzung werden ausschließlich anthropologische Utopien eine Rolle spielen, also Vorstellungen von der Veränderung des menschlichen Lebens und des menschlichen Körpers – resultierend schließlich in einer veränderten Gesellschaft.

Einige dieser Entwürfe weisen Besonderheiten auf. So wurde der Zeithorizont mancher sowjetischer, aber auch NS-faschistischer Utopien etwa als sehr nah wahrgenommen, fiel unmittelbar mit der Gegenwart zusammen. Auch die Realisierbarkeit wurde oft nicht infrage gestellt oder einfach ausgeblendet. Die Mittel zur Erreichung der Ziele wurden als vorhanden angenommen: Es waren vor allem Wissenschaft und Technik, welche eine Umsetzbarkeit garantieren sollten.

Um sich einer Beantwortung auf die anfangs gestellten Fragen anzunähern, wird folgendermaßen vorgegangen. Zunächst sollen zum Einen für die Situation in der frühen Sowjetunion und zum Anderen für die Situation des Dritten Reichs<sup>6</sup> Inhalte anthropologischer Utopien zusammengefasst und erläutert werden. In einem zweiten Schritt werden Quellen der jeweiligen Menschenbilder benannt sowie gesellschaftliche Rahmenbedingungen umrissen, in denen jene Quellen rezipiert und aufgenommen wurden. Wie sind die vorgestellten Inhalte auf Grundlage der gesellschaftlichen Situation erklärbar? An welchen ideengeschichtlichen Strömungen knüpfen sie an?

In einem dritten Schritt werden dann Ebenen vorgestellt, auf die jene anthropologischen Entwürfe Wirkungen hatten. Diese Ebenen bilden Institutionen und Einrichtungen. Wie wurde versucht, die utopischen Vorstellungen in die Tat umzusetzen? Wer war eigentlich Urheber solcher Utopien, wer war Rezipient? Schließlich werden auch praktische Umsetzungen in Kunst und Kultur betrachtet.

---

<sup>5</sup> Zitiert nach *Albrecht Betz*, *Der „Neue Mensch“ im Nationalsozialismus*, <http://www.dradio.de/dlf/sendungen/essayunddiskurs/1312198/> [Abgerufen am 03.11.2011 – 15:06 Uhr MEZ].

<sup>6</sup> Alle im Folgenden in der Zeit des NS-Faschismus geprägten Begrifflichkeiten, wie etwa „Drittes Reich“, „Rasse“ oder „Arier“ werden fortan im Sinne Lesbarkeit ohne Anführungszeichen geschrieben. Es soll jedoch an dieser Stelle darauf verwiesen werden, dass sich die Autoren über die Problematik der Begriffe im Klaren sind.

Im Rahmen einer Vorlesung kann das Thema verständlicherweise nur einblicksartig beleuchtet werden. Einige der folgenden Utopien sind bisher kaum bekannt und sorgen im besten Fall für Neugier und Überraschung. Grundlegend wird hoffentlich folgendes klar werden: Die beiden utopischen Konzeptionen, welche sich in der Betrachtung gegenüberstehen und jeweils überzeichnete Ausdrucksformen von Teilen der ihr jeweils zugrundeliegenden Ideologie darstellen, haben ähnliche Erscheinungsformen – inhaltlich stehen sie sich jedoch diametral und unversöhnlich gegenüber.

### Utopien in der frühen Sowjetunion<sup>7</sup>

Am 4. Januar 1922 erschien in der *Izvestja*, der Moskauer Regierungszeitung, folgender Artikel, welcher von einem „Kreatorium der Biokosmisten“ unterschrieben wurde:

„Wir stellen fest, dass die Frage der Verwirklichung persönlicher Unsterblichkeit jetzt in vollem Umfang auf die Tagesordnung gehört. Wir setzen auch den Sieg über den Raum auf die Tagesordnung. [...] Unsere dritte Aufgabe ist die Wiederherstellung der Toten in eben dieser Vollkommenheit.“<sup>8</sup>

In diesem zunächst bizarr erscheinenden Programm finden sich extreme Formen von in der frühen Sowjetunion möglicherweise weit verbreiteten Vorstellungen, welche im beschriebenen Sinne als „utopisch“<sup>9</sup> charakterisiert werden können. Die „*Auferweckung der Toten*“ war für die Biokosmisten die Konsequenz aus einer messianistischen Auffassung der kommunistischen Weltanschauung. Demnach wäre eine kommunistische Gesellschaft der Zukunft deshalb ungerecht und ihre Mitglieder mit Schuld beladen, weil all die Generationen vor ihnen diese Gesellschaft unter Aufbringung großer Opfer ermöglicht hätten, ohne zu Lebzeiten in den Genuss ihrer Vorzüge zu kommen.<sup>10</sup>

Das Motiv der Auferweckung findet sich auch in anderen Quellen. So verkündete Nikolaj Rožkov (1868-1927) bereits 1911, dass „*jeder, welcher vor vielen Jahr-*

<sup>7</sup> Der Teil zu den sowjetischen Utopien basiert auf folgender Schrift: Groys/*Hagemeister* (Anm. 4).

<sup>8</sup> *Aleksandr Svjatogor*, Die biokosmistische Poetik. Moskau 1921, in: *Groys/Hagemeister* (2005), 393f.

<sup>9</sup> Es ist äußerst schwer nachzuvollziehen, wie weit ein bestimmtes Gedankengut tatsächlich verbreitet gewesen ist und welchen Einfluss es hatte. Die Biokosmisten werden von Michael Hagemeister als „kurzlebige, aber spektakuläre Bewegung“ eingeschätzt. (Vgl. ebd., Fußnote, 26.) Ein Gesamtbild aller Strömungen und eben auch eingangs erwähnter Widersprüche zu erstellen, würde den Rahmen dieses Textes sprengen, wäre aber notwendig, um eine fundierte Einschätzung zu ermöglichen. Die Gedanken der Biokosmisten können daher an dieser Stelle als ein extremer Ausdruck vorherrschender Ideen unter einer Vielzahl letzterer verstanden werden, die mitunter auch miteinander konkurrierten.

<sup>10</sup> Boris Groys zeichnet diese Argumentation nach: ebd. (Anm. 4), 10f.

hundertern gelebt hat, in einem chemischen Laboratorium auferstehen“ wird. Und schloss beinahe lapidar den bemerkenswerten Satz an: „Man muss nur einer künftigen Auferweckung würdig sein.“<sup>11</sup> Dass nicht jedem die Auferstehung zugestanden wird, scheint klar zu sein: Für Leonid Krasin (1870-1926), Volkskommissar für Handel und Transport, stand aber fest, dass der Genosse, auf dessen Beerdigung er 1921 sprach, „unter den großen Persönlichkeiten“ sein würde, die bei Erreichung eines entsprechenden Standes der Wissenschaft wiedererweckt werden.<sup>12</sup>

In die Kategorie der Auferstehung gehören auch die Vorstellungen von Verjüngung und Todesüberwindung. Die scheinbar naturgegebene Endlichkeit und der Alterungsprozess des menschlichen Körpers wurden nicht mehr als unveränderliche Gesetzmäßigkeiten akzeptiert. Wenn der Mensch sich innerhalb des revolutionären Prozesses von den Zwängen einer ihn fesselnden Gesellschaftsordnung befreien und diese Gesellschaft künftig in allen Belangen rationell regeln könnte, wäre dies auch mit dem menschlichen Körper selbst möglich. Leo Trotzki (1879-1940) drückte dies in folgenden Worten aus: „Ist er einmal mit den anarchischen Kräften der eigenen Gesellschaft fertig geworden, wird der Mensch sich selbst in Arbeit nehmen, in den Mörser, in die Retorte des Chemikers.“<sup>13</sup>

Den Ideen von Form und Beschaffenheit des zukünftig<sup>14</sup> möglichen menschlichen Körpers waren dabei keine Grenzen gesetzt. So entwarf Valerian Murav'ev (1885-1930/31 oder 1932) 1925 das Bild von Körpern,

„die eine wesentlich größere Plastizität, Kraft, Festigkeit und Beweglichkeit aufweisen. Sie werden sich ohne größere Hilfsmittel mit enormer Geschwindigkeit fortbewegen, werden sich unmittelbar von Licht ernähren und den Gesetzen der Gravitation nicht in demselben Maße unterliegen wie heute.“<sup>15</sup>

Die Gestaltungskraft des Menschen wird universell. Auch die Natur und schließlich der gesamte Kosmos werden für den Menschen formbar und nach seinen Bedürfnissen gestaltbar. Auch hier fand Trotzki einprägsame Worte:

„Die heutige Anordnung von Bergen und Flüssen, Feldern und Wiesen, Steppen, Wäldern und Meeresufern ist keinesfalls als endgültig zu betrachten. [...] Der Mensch wird sich mit der Neuregistrierung von Bergen und Flüssen befassen und die Natur ernsthaft, und nicht nur einmal verändern.“<sup>16</sup>

<sup>11</sup> Nikolaj Rozkov, *Osnovy naučnoj filosofii*. St.-Petersburg 1911, in: ebd., 32.

<sup>12</sup> Leonid Krasin. Zitiert nach: ebd., 36.

<sup>13</sup> Leo Trotzki. Zitiert nach: ebd., 22.

<sup>14</sup> Mit dem Adjektiv „zukünftig“ werden, je nach Autor, verschiedene Zeithorizonte verbunden, die aber oft – entsprechend der revolutionären Situation – nicht als allzu weit entfernt wahrgenommen werden.

<sup>15</sup> Valerian Murav'ev, *Die Kultur der Zukunft. Die wissenschaftliche Umgestaltung der Organismen*, in: Groys/Hagemeister (Anm. 4), 473.

<sup>16</sup> Leo Trotzki, *Die Kunst der Revolution und die sozialistische Kunst*, in: Groys/Hagemeister (Anm. 4), 417f.

Schließlich sprach er von den berühmten „*Volkspalästen auf den Gipfeln des Mont Blanc*“ und „*auf dem Grunde des Atlantik*.“<sup>17</sup> Die Vorschläge für die Mittel zur Durchführung dieser Veränderungen von Mensch und Natur nahmen dabei in einigen Fällen extreme Züge an. So waren für Konstantin Ciolkovskij (1857-1935), den berühmten Begründer des sowjetischen Raumfahrtprogramms, alle Tiere und Pflanzen als niedere Spezies mittels Zuchtprogrammen, die der Arbeit eines Gärtners gleichen, vollständig und gezielt auszurotten.<sup>18</sup>

Doch nicht nur der menschliche Körper wurde in politischen Programmen und in den zahlreichen utopischen Romanen der Zeit Projekt künstlerischer Gestaltung, auch die Kunst sollte erneuert werden. Für die „Bewegung proletarische Kultur“ formulierte Pavel Lebedev-Polianskij (1881-1948) 1918: „*A new science, art, literature, and morality, in short, a new proletarian culture, conceived in the ranks of the industrial proletariat, is preparing a new human being with a new system of emotions and beliefs*“<sup>19</sup>

Mit der Entwicklung einer ganz neuen Kultur sollte der Mensch die Möglichkeit erhalten, über seine bisherigen Verhältnisse hinauszuwachsen und sein gesamtes körperliches und seelisches Potenzial zu nutzen. Träger dieser neuen Kultur würde die soziale Schicht sein, welcher zuvor der Zugang dazu verwehrt war. An Aleksandr Bogdanovs (1873-1928) „Proletarischer Universität“ sollten die Arbeiter die Möglichkeit bekommen, mittels einer mehrstufigen Ausbildung (die unter anderem Physiologie, Ökonomie, Struktur und Wirtschaft, Evolutionstheorie und Theorie der Energie enthielt) eine „*General Organisation of Science*“ zu erlernen.<sup>20</sup> Auch solche Einsichten würden den Menschen in die Lage versetzen, die neue Gesellschaft zu erbauen – und mit ihr den „neuen Menschen“ schaffen, dessen durchschnittliches Exemplar sich auf das „*Niveau eines Aristoteles, Goethe und Marx emporschwingen*“ sollte.<sup>21</sup>

## Quellen und gesellschaftliche Rahmenbedingungen

Um nachvollziehen zu können, in welchem gesellschaftlichen Kontext solche Vorstellungen entstanden, aus welchen ideengeschichtlichen Quellen sie sich speisten und wie sie mit dem politischen Programm der Zeit verquickt waren, ist es notwendig, einen Blick auf ihre Entstehungszeit zu werfen.

Die Jahre zwischen 1905 und 1924 markierten die Geburt der Sowjetunion und waren eine höchst dynamische geschichtliche Phase mit beinahe unvorstellbaren

<sup>17</sup> Vgl. ebd., 419.

<sup>18</sup> Vgl. *Konstantin Ciolkovskij*, Das Lebende Universum, in: Groys/Hagemeister (Anm. 4), 336ff.

<sup>19</sup> *Pavel Lebedev-Polianskij*. Zitiert nach: *Lynn Mally*, Culture of the Future. The Proletkult Movement in Revolutionary Russia. Berkeley/Los Angeles/Oxford 1990, 160.

<sup>20</sup> Vgl. ebd., 165ff.

<sup>21</sup> Vgl. *Leo Trotzki*, in: Groys/Hagemeister (Anm. 4), 421.

gesellschaftlichen Umwälzungen. Nach über 200 Jahren Zarenherrschaft wurde das Land durch Massenstreiks und Demonstrationen erschüttert und ein erstes Parlament erkämpft. Es folgte der Erste Weltkrieg, welchen Russland mit riesigen menschlichen Verlusten bezahlte und der die Wirtschaft ruinierte. Es folgten Hungerrevolten und schließlich 1917 die Februarrevolution, welche die Zarenherrschaft endgültig beseitigte. Schließlich übernahmen die Bolschewiki nur ein halbes Jahr später die Macht und versuchten, die bürgerliche Revolution zu einer proletarischen zu entwickeln. Die anschließenden Machtkämpfe mündeten in den Bürgerkrieg, welcher von allen Seiten mit extremen Mitteln geführt wurde und erneut unzählige Menschenleben kostete sowie verheerende Folgen für die Wirtschaft und für die Versorgung mit Lebensmitteln hatte.

Die Situation in der jungen Sowjetunion war widersprüchlich. Einerseits war der Alltag geprägt von Krieg, Hunger und Leid, von der Erfahrung massenhaften Sterbens und einem Chaos des gesellschaftlichen Lebens. Andererseits herrschte eine weitverbreitete Aufbruchsstimmung, es blühten Versuche von Selbstorganisation und Emanzipation. Die Machtfrage war noch nicht endgültig geklärt und es gab Platz für eine Vielfalt an Programmen und Lebensformen. Richard Stites spricht von einem „*laboratory of Revolution*“<sup>22</sup>, der höchst beweglichen Phase während der Entstehung eines Staates, dessen Bewohner aktiv an seiner Gestaltung teilnehmen. Dieses riesige Experimentierfeld, dessen Zukunft noch offen war, bildete den Nährboden für die mannigfaltigen utopischen Vorstellungen und Versuche.

Die Wahrscheinlichkeit ist hoch, dass einige Topoi der verbreiteten Utopien in direkter Verbindung mit den Lebenserfahrungen der Menschen standen. So erscheint der Schluss attraktiv, die Ideen von Unsterblichkeit, Verjüngung oder auch Wiedererweckung als Reaktion auf die omnipräsente Erfahrung des Todes in Krieg und Bürgerkrieg zu deuten.<sup>23</sup> Die Utopie hat hier auch eine bemerkenswerte Funktion. Sie kann Versöhnung mit widersprüchlichen Verhältnissen bewirken, die als Übergangsphase gesehen werden. Mit dem Ziel ihrer Realisierung vor Augen lassen sich negative Erscheinungen legitimieren und besser durchstehen. Das Chaos des Bürgerkrieges auf dem Weg zur kommunistischen Gesellschaft wird durch die Vorstellung der Wiedererweckung erträglich.

Viele utopische Vorstellungen hatten in der frühen Sowjetunion ihre Wurzeln in religiösen Überzeugungen, welche im alten Russland sehr weit verbreitet gewesen waren und sich nicht so schnell durch die neue Ideologie verdrängen ließen. Dieses religiöse Gedankengut bildete dann zum Teil bizarre Mischformen mit marxistischen Ansätzen.

Letztere fanden während der Revolution und des anschließenden Bürgerkrieges

---

<sup>22</sup> Richard Stites, *Revolutionary Dreams: Utopian Visions and Experimental Life in the Russian Revolution*. Aufl. Reprint. New York 1981, 81.

<sup>23</sup> Vgl. Boris Groys, *Unsterbliche Körper*, in: Groys/Hagemeister (Anm. 4), 9.

weite Verbreitung und waren eine der wichtigsten Grundlagen für die anthropologischen Utopien. Die Menschen erkannten sich selbst als Urheber ihrer Verhältnisse und erfuhren sich als politisch und geschichtlich handelnde Personen. Diese Emanzipation als ein ungeheurer Akt der Befreiung konnte grenzenlos ausgedehnt werden. So wurde über die Gesellschaft hinaus auch der menschliche Körper, die Natur und schließlich der Kosmos machbar.

Schließlich waren die vielfältigen wissenschaftlichen Erkenntnisse der Zeit und ihre populären Kolportagen eine Inspirationsquelle für die verschiedensten Gedanken und Projekte. So kann man Aron Zalkinds (1889-1936) „12 sexuelle Gebote für das revolutionäre Proletariat“ als basierend auf verbreiteten Energielehren betrachten. Zalkind ging davon aus, dass die durch Verzicht und sexuelle Disziplinierung gesparte Sexualenergie ungeheuer groß sei und sich in den revolutionären Kampf und Aufbau sublimieren lasse.<sup>24</sup>

Die Arbeitsmenschen Aleksej Gastevs (1882-1939), welche in einer unendlich aufgefächerten Arbeitsteilung perfekt eingeübte Handgriffe ausführen sollten, waren augenscheinlich von den pawlowschen Erkenntnissen zu Reflex und Konditionierung beeinflusst. Versuche zur Lebensverlängerung wurden um die Jahrhundertwende von russischen und österreichischen Biologen mit Einzellern gemacht, die durch Zellteilung potentiell unsterblich wären.<sup>25</sup>

Die Begeisterung für technische Neuerungen war groß, die Möglichkeiten wurden als unendlich und scheinbar auch als weitgehend unproblematisch wahrgenommen. So war die „Technik“ die Lösung für alles: Von der Elektrizität über die Körperproduktion hin zum Antrieb, mit dem die Erde versehen werden sollte, um in der Lage zu sein, endlich die „schockierende“ Tatsache zu überwinden, „dass die Erde wie eine Ziege am Strick des Hirten Sonne ewig ihre Kreisbahn zieht.“<sup>26</sup>

## Umsetzungen und Institutionalisierungen

Utopien erscheinen in ganz verschiedenen Formen. So gibt es neben klassischen, oft sehr detaillierten literarischen Darstellungen ganzer Gesellschaften politische Schriften, Manifeste und Programme, welche utopische Elemente enthalten. Es gibt aber auch Institutionen, welche der Realisierung utopischer Vorstellungen durch ihre Arbeit näherzukommen suchen. Schließlich gibt es auf dem Feld des Alltagslebens ganz praktische Versuche, Utopien unmittelbar zu leben beziehungsweise aus der Lebenswelt heraus zu entwickeln.

Der eingangs zitierte Artikel der Biokosmisten in der *Izvestija* ist ein Beispiel für utopische Gedanken in der Form von Artikeln oder Programmen. Auch die poli-

<sup>24</sup> Vgl. *Groys/Hagemeister* (Anm. 4), 24.

<sup>25</sup> Vgl. ebd., 32f.

<sup>26</sup> *Aleksandr Svjatogor*, in: *Groys/Hagemeister* (Anm. 4), 393.

tischen Schriften der Bolschewiki enthielten utopische Elemente, wobei hier ein Spannungsverhältnis vorliegt. Zwar kam man ganz ohne Utopien nicht aus. Systematisch wurde utopisches Gedankengut allerdings als idealistisch abgelehnt und auch bekämpft. Konstantin Ciolkovskijs und Aleksandr Bogdanovs philosophische Schriften sind weitere Beispiele für ausgefeilte Zukunftsvisionen, welche auf die neue gesellschaftliche Situation reagierten.

Es gab aber auch eine Reihe von wissenschaftlichen Einrichtungen, welche direkt an der Verwirklichung bestimmter utopischer Ideen arbeiteten. Dazu zählte Bogdanovs Institut für Bluttransfusionen, in dem versucht wurde, die Vermischung des Blutes von jungen und alten Menschen zum Vorteil beider durchzuführen. Die Jungen sollten von der Erfahrung der Alten profitieren, die Alten von der Vitalität der Jungen. Bogdanov propagierte den „*Kampf um die Vitalität*“ und erstrebte den „*physiologischen Kollektivismus*.“<sup>27</sup> Einige Techniken dieser Einrichtung fanden bald weite Verbreitung. Bogdanov selbst starb im April 1928 nach einem Selbstversuch.<sup>28</sup>

Bemerkenswert ist ebenfalls das „Institut für Wissenschaftliche Arbeitsorganisation“. Geleitet von Aleksej Gastev, welcher intensiv die „Wissenschaftliche Betriebsführung“ Taylors rezipierte, übte die Einrichtung großen Einfluss auf die Industrialisierung der Sowjetunion in den 30er Jahren aus. Er erdachte ein Arbeitsorganisationsmodell, welches auf Arbeitsanalyse, Arbeitszergliederung und eben Konditionierung beruhte. Dieses Modell sah er auch als mögliche Organisationsform für die ganze Gesellschaft an.<sup>29</sup> Tatsächlich propagierte er eine „*Mechanisierung des Menschen*“ und spricht von „*Nerven-Muskel-Automaten*.“<sup>30</sup> Gastevs Vorstellungen von Reduktion und Instrumentalisierung des Menschen sind möglicherweise aus der damaligen miserablen wirtschaftlichen Situation erklärbar, die durch forciertes Wachstum verbessert werden sollte. Eine weitere wissenschaftliche Grundlage fand er in einem Materialismus der Psychologie, der davon ausging, dass psychische im Endeffekt physische Prozesse und damit komplett aufschlüssel- und beeinflussbar seien.<sup>31</sup>

Ein eindrucksvolles Beispiel für die Realisierung utopischer Vorstellungen im lebensweltlichen Bereich war die Massenbewegung „Proletarische Kultur“, die versuchte in Kunst, Dichtung, Musik und Bildung eine neue Lebensform vom radikal proletarischen Standpunkt aus zu entwickeln. Hier ist noch einmal die „Proletarische Universität“ zu erwähnen, welche es sich zum Ziel gemacht hatte, mittels eines

<sup>27</sup> Aleksandr Bogdanov, in: ebd., 428, 31.

<sup>28</sup> Vgl. ebd.

<sup>29</sup> Vgl. Melanie Tatur, „Wissenschaftliche Arbeitsorganisation“. Arbeitswissenschaften und Arbeitsorganisation in der Sowjetunion 1921-1935 (Osteuropainstitut an der Freien Universität Berlin. Philosophische und Soziologische Veröffentlichungen, Bd. 16). Berlin 1979, 14ff.

<sup>30</sup> Aleksej Gastev. Zitiert nach: ebd., 18.

<sup>31</sup> Vgl. ebd., 17.

ehrgeizigen Programmes „*builder-engineers engaged in all aspects of human endeavor*“ hervorzubringen.<sup>32</sup>

Den Köpfen der Bewegung schwebte eine Kultur vor, welche den Arbeiter in den Mittelpunkt der Betrachtung stellen und ihm die Möglichkeit bieten sollte, sich zu bilden, seine menschlichen Potenziale auszuschöpfen und zum aktiven gesellschaftlichen Gestalter zu werden. Die Lebenswelt des Arbeiters sollte auch zum Motiv der Kunst werden. So dichtete Michail Gerassimov (1889-1939) selbstbewusst: „*I am not in gentle nature/Among the blooming bowers/Under the smokey sky in the factory/I forged iron flowers.*“<sup>33</sup>

Die Bewegung förderte und unterhielt Dichterkreise, Arbeiterlesesäle, Arbeitertheater und ähnliche Clubs und Zirkel, welche sich bereits ab 1905 herauszubilden begonnen hatten und über das ganze Land verteilt florierten. Diese Einrichtungen waren praktische Versuche, der Mehrheit der Bevölkerung, die vorher davon ausgeschlossen gewesen war, kulturelle Erzeugnisse zugänglich zu machen, sie kulturell zu bilden und gleichzeitig zu ermuntern und in die Lage zu versetzen, selbst Träger und Gestalter einer ganz neuen Kultur zu werden. Dieses Netz von Einrichtungen bildete die unterste Ebene konkret gelebter Utopien, die unmittelbar der lebensweltlichen Situation entsprangen und ein starkes Element der Selbstorganisation enthielten. Das führte durchaus zu Konflikten mit den Machthabern, die ihre alleinige Souveränität gefährdet sahen.

Schließlich wurde in verschiedenen Bereichen des Alltags mit neuen Lebensformen experimentiert. So gab es Versuche gemeinschaftlichen Wohnens oder auch kollektiver Kindergärten.

### **Inhalte anthropologischer Utopien im NS-Faschismus<sup>34</sup> und der „Neue Mensch“ der NSDAP**

Eine juristisch verbindliche Doktrin, die klar, homogen und vor allem ausdifferenziert formulierte, was der Mensch im NS-Faschismus sei, hat es trotz oder gerade

<sup>32</sup> *Stefan Krivtsov*, Proletarskii universitet. Moskau 1919. Zitiert nach: Mally (Anm. 19), 167.

<sup>33</sup> *Michail Gerassimov*, Zheleznye Tsvety. Zitiert nach: Mally (Anm. 19), 122.

<sup>34</sup> Der Begriff Faschismus ist im Folgenden in Anlehnung an Richard Saage als Gattungs- und Epochenbegriff zu verstehen, welcher „verwandt wird im klaren Bewusstsein der zum Teil gravierenden Differenzen zwischen den einzelnen Faschismen in ihren nationalen, kulturellen und sozialen Kontexten. [...] Über alle Unterschiede hinweg, berechtigen seine übergreifenden Elemente, ihn als ein relativ einheitliches Phänomen zu begreifen: Als solches stand er auch den zeitgenössischen Beobachtern vor Augen, die in ihm entweder das Muster einer allgemeinen Krisenlösung bürgerlich-kapitalistischer Länder in Europa oder als Ausfluss einer geistesgeschichtlichen Pathologie interpretierten.“ (*Richard Saager*, Faschismus. Konzeptionen und historische Kontexte. Eine Einführung. Wiesbaden 2007, 15ff.)

wegen einer Vielzahl programmatischer Schriften und Reden<sup>35</sup> im Dritten Reich nie gegeben.<sup>36</sup> Wie im weiteren Verlauf des vorliegenden Textes herausgestellt werden wird, konnte es der politischen Elite um Hitler aus machttaktischen Gründen auch nicht recht gewesen sein, ein zu konkretes Menschenbild zu vertreten. Vielmehr war es durch die bewusste, situationsabhängige Auswahl unterschiedlicher anthropologischer Deutungen möglich, je nach politischer Konstellation verschiedene Bereiche der Gesellschaft für die eigenen Ziele zu instrumentalisieren. Die Folge aus diesem Vorgehen ist, dass sich das Gesamtbild vom Menschen, wie es beispielsweise von der NSDAP und ihren Unterorganisationen vertreten wurde, über bestimmte, nicht einheitlich und konsequent ausformulierte Begriffe wie etwa Rasse, Arier, Germane oder nordischer Mensch vermittelte.<sup>37</sup>

Die führenden Persönlichkeiten der NSDAP beanspruchten für sich, diese Gemengelage von Begriffen, Haltungen, Traditionen, Symbolen und Ästhetiken im eigenen Sinne zu bestimmen und zu kontrollieren. Dennoch gab es innerhalb der faschistischen Gesellschaft teils stark voneinander abweichende anthropologische Konzepte,<sup>38</sup> da die Partei keinesfalls der einzige Träger anthropologischer Utopien war, sich in Kunst und Kultur, Philosophie, Medizin, Technik und anderen Bereichen Persönlichkeiten fanden, die eigene, teils der eigenen Interessenslage entsprechende Vorstellungen vom Neuen Menschen ausformulierten.

Und dennoch: Es lassen sich einige Grundtendenzen und Begrifflichkeiten zusammenfassen, mit Hilfe derer das Bild vom Neuen Menschen im deutschen Faschismus fassbar wird. Diese tauchen, durchaus mit unterschiedlichen Gewichtungen und Konzentrationen, in den meisten utopischen Entwürfen immer wieder auf.

Zunächst ist zu betonen, dass dieser Neue Mensch im Dritten Reich ein Neuer *Deutscher* war. Der Mensch im Allgemeinen sei demnach nicht etwa Gattungswesen im humanistischen Sinne, sondern vielmehr „Rassewesen“, ein durch rassische Herkunft bestimmter Typus von Mensch.

Als Teil einer Rasse sei dieser ferner in den sogenannten Rassenkampf involviert, welcher wiederum die Erlangung eines erfüllten Endzustandes, die rassische Homogenität zum Ziele hätte.<sup>39</sup> Der nationalsozialistischen Gemeinschaft kommt in diesem Kampf der Rassen nun die Funktion zu, dem Ideal der rassischen Homoge-

---

<sup>35</sup> Die wohl bekanntesten sind beispielsweise die Schriften Adolf Hitlers („Mein Kampf“) Alfred Rosenbergs („Der Mythos des 20. Jahrhunderts“) oder Richard Walter Darrés („Blut und Boden. Ein Grundgedanke des Nationalsozialismus“).

<sup>36</sup> Vgl. *Paula Diehl*, *Macht – Mythos – Utopie. Die Körperbilder der SS-Männer*. Berlin 2005, 112.

<sup>37</sup> Vgl. ebd.

<sup>38</sup> Vgl. *Frank-Lothar Kroll*, *Mythos und Utopie im Nationalsozialismus*, in: *Historische Mitteilungen der Ranke-Gesellschaft*, Beiheft 47, 2003, 259-268.

<sup>39</sup> Vgl. *Albrecht Betz*, *Der „Neue Mensch“ im Nationalsozialismus*, <http://www.dradio.de/dlf/sendungen/essayunddiskurs/1312198/> [Abgerufen am 03.11.2011 – 15:06 Uhr MEZ].

nität durch bevölkerungspolitische Programme zu entsprechen. Adolf Hitler (1889-1945) selbst formulierte dies so:

„Die heutige neue Zeit arbeitet an einem neuen Menschentypus. Ungeheure Anstrengungen werden auf unzähligen Gebieten des Lebens vollbracht, um das Volk zu heben, um unsere Männer, Knaben und Jünglinge, die Mädchen und Frauen gesünder und damit kraftvoller und schöner zu gestalten. Und aus dieser Kraft und dieser Schönheit strömen ein neues Lebensgefühl, eine neue Lebensfreude.“<sup>40</sup>

Damit wird der Mensch insgesamt als ein Wesen verstanden, dass durch „ungeheure Anstrengungen auf unzähligen Gebieten“ bearbeitbar, veränderbar, besserbar ist. Das Mittel zur Steigerung der Fähigkeiten des Deutschen benennt Hitler 1937 in einer Rede während des Nürnberger Reichsparteitages:

„Die größte Revolution hat Deutschland erlebt durch die in diesem Lande zum ersten Mal planmäßig in Angriff genommene Volks- und damit Rassenhygiene. Die Folgen dieser deutschen Rassenpolitik werden entscheidender sein für die Zukunft unseres Volkes als die Auswirkungen aller anderen Gesetze. Denn sie schaffen den neuen Menschen.“<sup>41</sup>

Doch wie genau lässt sich dieser Neue Mensch, dieses Ideal nun beschreiben? Es sind vor allem ästhetische und charakterliche Merkmale wie körperliche Stärke, „noble Natürlichkeit“, ein wohlproportioniertes, „heroisches Äußeres“, Unerschrockenheit und Selbstsicherheit, die immer wieder angeführt wurden, wenn es darum ging, den Neuen Deutschen darzustellen.<sup>42</sup>

Im Gegensatz zu dieser Lichtgestalt, die es zu schaffen galt, war es im gleichen Zuge jedoch nötig, diesem Positiv- einen Negativentwurf entgegenzustellen. Indem die jüdische Bevölkerungsgruppe als angebliche Gegenrasse zu einer vermeintlichen deutschen Volksgemeinschaft konstruiert wurde und diese mit diametral entgegengesetzten Attributen wie etwa Feigheit, Hässlichkeit, Hinterhältigkeit oder parasitärem Auftreten verbunden wurde, stellte sich das eigentliche Ideal als noch strahlender heraus. Die Juden, stigmatisiert als „Rassenfeinde“, standen für das Böse schlechthin, für „Entartung“ in Körpergestalt und Verhalten. Sollte der „Volkskörper“ also gereinigt und verbessert werden, galt es neben anderen Maßnahmen auch, die Gegenrasse zu eliminieren.<sup>43</sup>

Eine anschauliche Veräußerung dieser Gegenüberstellung von Positiv- und Negativentwürfen<sup>44</sup> lässt sich an Ausstellungsstücken zweier Kunstaustellungen des Dritten Reichs ablesen: An denen der „Großen deutschen Kunstaustellung“ (1937-

<sup>40</sup> Adolf Hitler, aus der Eröffnungsrede zur Großen deutschen Kunstaustellung vom 18. Juli 1937. Zitiert nach *Diehl* (Anm. 36), 124.

<sup>41</sup> Adolf Hitler, Rede auf dem Nürnberger Reichsparteitag 1937. Zitiert nach *Betz* (2011).

<sup>42</sup> Vgl. *Betz* (Anm. 39) und *Diehl* (Anm. 36), 119ff.

<sup>43</sup> Vgl. *Betz* (Anm. 39).

<sup>44</sup> Vgl. *Diehl* (Anm. 36), 117ff., besonders 123-124.

1944, folgend mit GDK abgekürzt) im Gegensatz zu denen der Ausstellung „Entartete Kunst“ (1937-1941). Vor allem anhand von Plastiken und Gemälden der GDK lässt sich erkennen, wie zentral der Begriff der körperlichen Schönheit für das Ideal vom Neuen Menschen war.<sup>45</sup> Dabei ist diese spezielle Ästhetik als Gegenentwurf zur Zufälligkeit, Beliebigkeit und Vielfalt kreiert worden. Eine klare, nüchterne, vereinfachte und typisierte Äußerlichkeit transportierte die Verknüpfung derselben mit moralischen Kategorien wie etwa Macht, Disziplin, Unterordnung. „Schönheit“ bedeutete Gesundheit, welche aus der Disziplin und der allumfassenden Vollkommenheit des Neuen Deutschen entsprang. Dies war es, was unter einem „wahren Arier“ verstanden werden sollte.

### **Gesellschaftliche Rahmenbedingungen und Quellen faschistischer Menschenbilder**

Dass die anthropologischen Entwürfe für den neu zu schaffenden Menschen im deutschen Faschismus zum einen nicht in gesellschaftlich-luftleerem Raum und zum anderen nicht ohne ideengeschichtliche Wurzeln entstanden sein können, ist wohl kaum zu bestreiten. Da dies ebenso für die utopischen Entwürfe in der frühen Sowjetunion gelten muss, ist es im Hinblick auf die Durchführung eines Vergleichs sinnvoll, nach den gesellschaftlichen Rahmenbedingungen (1) und den theoretischen Quellen (2) faschistischer Menschenbilder zu fragen, wie sie sich zu Beginn der NS-Diktatur 1933 darstellten.

(1) Die Weimarer Republik als Zwischenkriegszeit hatte bekanntermaßen mit einer Vielzahl an innenpolitischen Konflikten und sozialen Widersprüchen zu kämpfen. In den 14 Jahren ihres Bestehens ereigneten sich nicht nur mehrmals fundamentale, kapitalistische Krisen, auch das Konzept der bürgerlichen Republik als politisches Gebilde stand ab 1919 auf wackeligen Füßen. Und dennoch ist jene Dekade deutscher Geschichte auch als eine Zeit der pluralen gesellschaftlichen Diskurse zu verstehen. Das breite politische Spektrum, welches von marxistisch-proletarischen und sozialistischen über sozialdemokratisch-reformerische und christlich-konservative bis zu royalistisch-feudalistischen und faschistischen Bewertungen<sup>46</sup> der Gegenwart reichte, spiegelte sich nicht nur in den Teils blutigen, immer wieder krisenhaften Auseinandersetzungen innerhalb der Republik wider, sondern vor allem auch in ganz unterschiedlichen praktischen Konzepten, beispielsweise solchen des Zusammenlebens, der Erziehung, der Kunst und Kultur und hier besonders in anthropologischen Entwürfen des Menschen selbst.

<sup>45</sup> Exemplarisch sei an dieser Stelle die Plastik „Kameradschaft“ von Josef Thorak genannt.

<sup>46</sup> Diese Aufzählung kann nur als vereinfachte Auswahl einiger bedeutender Bewegungen verstanden werden. Sie hat daher nicht den Anspruch der Vollständigkeit.

Die Beurteilung über die Weimarer Republik ist im Hinblick auf das Thema deshalb interessant, da spätestens mit der Umgestaltung jener Mischform aus präsidentieller und parlamentarischer Republik in eine NS-faschistische Diktatur die beschriebene Breite im gesellschaftlichen Diskurs verloren ging. Die Gleichschaltung der staatlichen und gesellschaftlichen Institutionen, die Verfolgung und Ermordung von Kommunisten und Sozialdemokraten, die Einschüchterung und Ausschaltung unterschiedlicher oppositioneller Bewegungen und die Erniedrigung und Diffamierung gesellschaftlicher Minderheiten kennzeichnen die erste Phase der NS-faschistischen Epoche. Auch aus ideengeschichtlicher Perspektive ist jene Zeit als eine Phase der (ideologischen) Verengung, der Ausbeziehungsweise der Gleichschaltung breiter Auffassungen und Vorstellungen und auch der Instrumentalisierung verschiedener Ideen für die Sache des deutschen Faschismus zu verstehen.

Dass auch utopische Entwürfe vor einem solchen gesellschaftlichen Hintergrund in bestimmten Grenzen entstanden oder rezipiert wurden, sie sich der Bewegung des NS-Faschismus in gewisser Weise unterzuordnen hatten oder diese aufgriffen, scheint verständlich. Insofern muss die Zeit ab 1933 als eine Phase begriffen werden, in der die einstige Offenheit der Weimarer Republik, die Zeit der Möglichkeiten, in eine Zeit zunehmender politischer Verengung und Verfolgung mündete.

(2) Dass sich utopisch-anthropologische Vorstellungen nicht nur auf die jeweilige gesellschaftliche Gegenwart, sondern auch auf eine ideengeschichtliche Vergangenheit beziehen und daraus schöpfen, wurde schon betont. Doch welche Quellen lassen sich für die faschistischen Entwürfe des Dritten Reichs benennen? Sowohl der Staat als auch andere gesellschaftliche Akteure des faschistischen Deutschlands bedienten sich aus ganz unterschiedlichen Bereichen vergangenen Schaffens und Denkens. So dienten nicht nur offen rassistische und antisemitische Vordenker als programmatische Bezugspunkte für die NS-faschistische Bewegung und deren Sympathisanten. Es wurde sich in einem hohen Maße ebenso auf Denkstile bezogen, deren jeweils eigener Anspruch denen der faschistischen Bewegung in Teilen sogar entgegengesetzt war: Gemeint sind hier etwa naturwissenschaftliche Denkstile und der Glaube an den technischen und gesellschaftlichen Fortschritt, aber auch die christliche Religion und die mit ihr einhergehenden Heilsversprechungen. Dieses gesamte Spektrum kann an dieser Stelle nicht dargestellt werden. Es werden daher im Folgenden exemplarisch drei Vertreter und deren Werk vorgestellt, die im besonderen Maße faschistisches Denken, faschistische Sprache und vor allem faschistisches Handeln im Dritten Reich prägten, teils sogar vorweg nahmen. Jene Vertreter sind: Der deutsche Philosoph, Dichter und Philologe Friedrich Nietzsche (1844-1900), der französische Diplomat und Schriftsteller Joseph Arthur Comte de Gobineau (1816-1882) sowie der britische Schriftsteller Houston Stewart Chamberlain (1855-1925).

Dass Nietzsche für das faschistische Deutschland trotz aller nachträglichen Relativierungsunternehmungen für jene Diktatur ein umfassendes Portfolio an Begrifflichkeiten und sprachlichen Ästhetiken bereithielt, kann nicht bestritten werden.

Unabhängig von der Frage, ob Nietzsche selbst einen guten Nazi abgegeben hätte, ist doch rein phänomenologisch festzustellen, dass sich zwischen dem NS-faschistischen Vokabular und dem eines Friedrich Nietzsche offensichtliche Übereinstimmungen finden lassen:

„Es wird von nun an günstige Vorbedingungen für umfängliche Herrschaftsgebilde geben, deren Gleichen es noch nicht gegeben hat. Und dies ist doch nicht das Wichtigste; es ist die Entstehung von internationalen Geschlechts-Verbänden möglich gemacht, welche sich die Aufgabe setzen, eine Herren-Rasse heraufzuzüchten, die zukünftigen ‚Herren der Erde‘; – eine neue, ungeheure, auf die härteste Selbstgesetzgebung aufgebaute Aristokratie, in der dem Willen philosophischer Gewaltmenschen und Künstler-Tyrannen Dauer über Jahrtausende gegeben wird: – eine höhere Art Mensch, welche sich [...] des demokratischen Europas bedienten [...], um die Schicksale der Erde in die Hand zu bekommen, um am ‚Menschen‘ selbst als Künstler zu gestalten.“<sup>47</sup>

Wie an früherer Stelle bereits erwähnt, tritt auch bei Nietzsche das Bild von der Machbarkeit des Menschen zutage. Neben allem Rassenvokabular und einer Ästhetik, die sich auf Begrifflichkeiten wie „Stärke“, „Härte“ und „Tyrannei“ stützt, ist es doch auch der offensichtlich programmatische Charakter, der heute unweigerlich an Goebbels oder Hitler erinnert. Dass Nietzsche die Überwindung des Menschen in seiner gegenwärtigen Gestalt im Sinn hatte, ist an vielen weiteren Stellen seines Gesamtwerkes einsehbar, so etwa auch in „Also sprach Zarathustra“:

„Und Zarathustra sprach also zum Volke: Ich lehre euch den Übermenschen. Der Mensch ist etwas, das überwunden werden soll. Was habt ihr getan, ihn zu überwinden? Alle Wesen bisher schufen etwas über sich hinaus: und ihr wollt die Ebbe dieser großen Flut sein und lieber noch zum Tiere zurückgehn, als den Menschen überwinden? [...] Seht, ich lehre euch den Übermenschen! Der Übermensch ist der Sinn der Erde. Euer Wille sage: der Übermensch sei der Sinn der Erde!“<sup>48</sup>

An diesem Zitat lässt sich eine weitere Übereinstimmung mit NS-faschistischer Ideologie erkennen: Sowohl die Nazis als auch Nietzsche schaffen den neuen Menschen in einem sozialen Modus, in welchem ein auserwählter Führer allen anderen das Heil der Menschenüberwindung verkündet und den Plan für jenes Unterfangen bereits in der Westentasche trägt. Der „Führerstaat“ ist die notwendige Ordnung, die aus dem Mängelwesen Mensch etwas hervorbringen kann, dass Gott zu etwas Überflüssigem werden lässt.

<sup>47</sup> Friedrich Nietzsche, zitiert nach: *Giorgio Colli/Mazzino Montinari* (Hrsg.), Friedrich Nietzsche. Nachgelassene Fragmente 1885-1887 (Nietzsche KSA 12). 2., durchgesehene Aufl. Berlin/New York 1988, 87ff.

<sup>48</sup> *Friedrich Nietzsche*, Also sprach Zarathustra I-IV (Nietzsche KSA 4). 2., durchgesehene Aufl. München 1988, 14.

Und dennoch: Nietzsche als Begründer faschistischer Ideen zu bezeichnen, wäre wohl zu überspitzt formuliert und überdies auch undifferenziert. Albrecht Betz erkennt in dem Rückgriff der Nazis auf den Philosophen vor allem das damit einhergehende „*Nichtverständnis seiner komplexen, kulturkritischen Texte[.] [Dies] verhielt sich umgekehrt proportional zu dem enormen Ansehen, das er bei den Nationalsozialisten genoss.*“<sup>49</sup>

Anders ist jedoch Joseph Arthur Gobineau zu bewerten. Der französische Diplomat und Schriftsteller gilt als einer der ersten, der den Begriff „Rasse“ mit konkreten Bedeutungen und Ausdifferenzierungen füllte und ihn gleichzeitig in einen universalhistorischen Zusammenhang stellte. So beschreibt er in seinem Hauptwerk „*Essai sur l’Inégalité des Races Humaines*“, das in vier Bänden zwischen 1853 bis 1855 in Paris entstand, es seien drei Menschenrassen auf der Erde anzutreffen, die weiße, die gelbe und die schwarze. Die weiße Rasse verbindet er mit schöpferischer Kraft, die gelbe Rasse mit der Begabung für Handel und Handwerk. Die schwarze Rasse schließlich sei nur minder befähigt, höchstens in musikalischer Hinsicht begabt. Dieses Konstrukt ist ohne Frage absurd, dennoch war es wirkmächtig durch die Vorstellung, dass bei der Mischung die Qualitäten der jeweils höheren Rasse gemindert würden. Da es, so Gobineau, heutzutage stete Rassenmischung gäbe, sei ein steter Abfall kultureller Qualitäten, gerade bei den Ariern zu beobachten. Der rassische Rang eines Volkes könne nach Gobineau an der jeweiligen Hautfarbe abgelesen werden. An höchster Stelle stünde der, nach der Argumentation des Autors, besonders im Nordwesten Europas lebende Arier.<sup>50</sup>

Eine dritte Persönlichkeit, auf welche sich beispielsweise auch direkt der selbsternannte Chefideologe des Dritten Reichs, Alfred Rosenberg (1893-1946), bezog, ist Houston Stewart Chamberlain. Der britische Kulturphilosoph kann als einer der populärsten Rassentheoretiker seiner Zeit, der Wende vom 19. in das 20. Jahrhundert, betrachtet werden. 100.000 Exemplare seines Hauptwerks „*Grundlagen des 19. Jahrhunderts*“ wurden bis 1915 verkauft.<sup>51</sup> Als Angehöriger des Bayreuther Kreises und Schwiegersohn von Richard Wagner vertrat er einen ausgeprägten Antisemitismus und einen in Anlehnung an Gobineau und von der Überlegenheit des Ariers ausgehenden Rassismus.

Charakteristisch für das Werk Chamberlains ist die Beschreibung einer Rangfolge von Rassen. Über Gobineau ging er hinaus, indem er den Antisemitismus in weit größerem Maße in das Zentrum seiner Betrachtung stellte: In einer Art *clash of races* käme es nach ihm unweigerlich zum Zusammenprall und Kampf zwischen der germanischen und der semitischen Rasse. Die Germanen könnten jedoch nur beste-

<sup>49</sup> Betz (Anm. 39).

<sup>50</sup> Vgl. Hans Fenske, Politisches Denken im Nationalsozialismus, in: Hans J. Lieber (Hrsg.), Politische Theorien von der Antike bis zur Gegenwart. Wiesbaden 2000, 802-820.

<sup>51</sup> Vgl. Diehl (Anm. 36), 103.

hen, machten sie sich klar, dass es zu allererst auf Rassenstärkung ankäme und daraus die nötigen Konsequenzen zu ziehen seien.

Von Hause aus Biologe, suchte Chamberlain seinen Abhandlungen stets einen wissenschaftlichen Anstrich zu verleihen, wengleich er dieser Wissenschaft nicht zutraute, die Existenz der Rassen zu beweisen, und er sie daher in dieser Frage einfach für nichtig erklärte<sup>52</sup>:

„Was sollen uns die weitläufigen wissenschaftlichen Untersuchungen, ob es unterschiedliche Rassen gebe? ob Rasse einen Wert habe? wie das möglich sei und so weiter? Wir kehren den Spiess um und sagen: dass es welche giebt, ist evident; dass die Qualität der Rasse entscheidende Wichtigkeit besitzt, ist eine Thatsache der unmittelbaren Erfahrung.“<sup>53</sup>

Eine weitere Unterscheidung zu Gobineau ist der durch Chamberlain verwendete Begriffsumfang des Wortes „Rasse“. So verwendet er diesen sehr viel enger, teils als Synonym für „Nation“.

### **Beispiele der praktischen Umsetzung anthropologischer Visionen im NS-Faschismus**

Anthropologische Utopien schlugen sich in der Realität des Dritten Reiches in fataler Art und Weise nieder. Neben der theoretischen Auseinandersetzung etwa in Reden der politischen Elite oder in staatsrechtlichen Abhandlungen waren es vor allem die praktischen Veräußerungen in der Form der Schaffung oder Umgestaltung staatlicher Institutionen, die sich darauf spezialisierten, am Projekt des Neuen Deutschen mitzuwirken. Herauszustellen sind hier sowohl die biowissenschaftlich arbeitenden Kaiser-Wilhelm-Institute als auch die medizinischen Labore der Konzentrationslager, etwa Block 10 in Auschwitz. Zwischen diesen sich selbst als Orte wissenschaftlicher Arbeit empfindenden Institutionen, die ein einschlägiges Beispiel entgrenzter Wissenschaft darstellen, herrschte reger kommunikativer und organisatorischer Austausch.<sup>54</sup>

<sup>52</sup> Vgl. ebd.

<sup>53</sup> *Houston Stewart Chamberlain*, Die Grundlagen des 19. Jahrhunderts, Bd. 1, 3. Auflage. München 1901, 274.

<sup>54</sup> Vgl. hierzu etwa *Carola Sachse/Benoit Massin*, Biowissenschaftliche Forschung an Kaiser-Wilhelm-Instituten und die Verbrechen des NS-Regimes. Informationen über den gegenwärtigen Wissensstand (Forschungsprogramm „Geschichte der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft im Nationalsozialismus“, Ergebnisse 3). Berlin 2000; sowie *Bernd Gausemeier*, Rassenhygienische Radikalisierung und kollegialer Konsens, in: Carola Sachse (Hrsg.), Die Verbindung nach Auschwitz. Biowissenschaften und Menschenversuche an Kaiser-Wilhelm-Instituten. Dokumentation eines Symposiums (Geschichte der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft im Nationalsozialismus, Band 6). Göttingen 2003, 178-200; als auch *Karl-Heinz Roth*, Schöner neuer Mensch. Der Paradigmenwechsel der klassischen Genetik und seine Auswirkungen auf die Bevölkerungsbiologie des „Dritten Reichs“, in: Heidrun Kaupen-Haas/Christian Sandler (Hrsg.), Wissenschaftlicher Rassis-

Doch auch in Kunst und Literatur hielten die transportierten Bilder vom Neuen Deutschen früh Einzug. Neben den schon beschriebenen Bildnissen und Plastiken, wie sie etwa in der GDK zu sehen waren, verarbeiteten auch Schriftsteller anthropologische Ideale in ihren teils sehr eigenwillig wirkenden Visionen von der Zukunft des Deutschen Reichs und der Neuen Deutschen. Zwei Vertreter beziehungsweise ihre literarische Auseinandersetzung mit jenem Thema sollen im Folgenden vorgestellt werden: die Ernst Bergmanns und Georg Richters. Beide Autoren entwerfen einen in der nahen Zukunft liegenden, idealen Volksstaat und erkennen nicht nur in der Eugenik das Mittel zur Erreichung dieses Zieles.

Der habilitierte Philosoph und Philologe Ernst Bergmann suchte vor allem dadurch im neuen NS-faschistischen Deutschland zu wirken, indem er den Versuch unternahm, eine neue, eine *deutsche* Kirche zu etablieren. Sein Bemühen galt der Erneuerung deutscher Religiösität. Die von ihm 1933 entwickelte Vision „Deutschland, das Bildungsland der neuen Menschheit. Eine nationalsozialistische Kulturphilosophie“ beschreibt in utopischer Weise, wie innerhalb des Deutschen Reichs nach und nach die katholische und evangelische Kirche an Bedeutung verliert und sich zunehmend ein sogenannter Deutschglauben etabliert. Auf den letzten 25 Seiten seiner Ausführungen erläutert Bergmann dann in romanhafter Weise die Zustände des zukünftigen Deutschlands im Jahre 1960. Demnach sind nun alle Parteien aufgelöst, selbst die NSDAP, es gibt nur noch Deutsche unter einem Führer. Das Blauäugige und Blonde herrscht vor.<sup>55</sup> Der Autor erklärt, dass diese Situation fortan einen geistigen, politischen und kulturellen Aufschwung nie dagewesenen Ausmaßes zur Folge hätte:

„Sie [die Auferstehung der Nation] begann mit dem Sieg der nationalsozialistischen Revolution [...], der Auflösung der Parteien und des Parlaments, mit dem Gesetz gegen den erbkranken Nachwuchs und dem Durchbruch einer eugenischen Weltanschauung [...], mit der Bildung eines neuen körperlich und seelisch gesünderen deutschen Menschentypus [...]“<sup>56</sup>

Die eugenischen Überzeugungen, die in diesem Zitat zutage treten, spielen in Bergmanns Ausschweifungen eine wesentliche Rolle. Die Aristogenik, wie er jene Bewegung nennt, bildet das Zentrum des von ihm geforderten „nordischen Matriarchats“, einem rassistischen Mutterkult, der nach der Überzeugung des Autors dringend geboten sei. Schließlich gehe es Frauen beim Geschlechtsakt in erster Linie um die Mutterschaft und nicht, wie den Männern, um bloßen Sinneskitzel.<sup>57</sup>

---

mus: Analysen einer Kontinuität in den Human- und Naturwissenschaften. Frankfurt/M./New York 1999, 324-346.

<sup>55</sup> Vgl. *Jost Hermand*, Der alte Traum vom neuen Reich. Völkische Utopien und Nationalsozialismus. Frankfurt/M. 1988, 215ff.

<sup>56</sup> *Ernst Bergmann*, Deutschland, das Bildungsland der neuen Menschheit. Eine nationalsozialistische Kulturphilosophie. Breslau 1933, 129ff. Zit. nach *Kroll* (Anm. 38), 246-247.

<sup>57</sup> Vgl. *Hermand* (Anm. 55), 219.

Eine weitere Vision, die sich noch mehr den politischen Strukturen widmet, bilden die Ausarbeitungen Georg Richters. Im Gegensatz zu Bergmann räumt der Autor den Frauen in der faschistischen Gesellschaft einen wesentlich kleineren politischen Handlungsspielraum ein. Es sind die Männer, die in diesem Staat Geschichte schreiben. In seinem Roman „Reichstag 1975“ erläutert er Aufbau und Funktion des Völkischen Einheitsstaates. So gebe es keine Parteien und es herrsche fortan allgemeine Harmonie in politischen, ökonomischen und gesellschaftlichen Fragen. Das Mittel zur Erreichung dieses vollkommenen Endzustandes sieht Richter im Glauben und einem strengen Ritus. Diese sind in seinen utopischen Entwürfen zentrale Elemente. Der Mensch als Individuum hat sich diesen unterzuordnen. Interessant an den Äußerungen Richters ist vor allem, dass er antike Vorbilder für den von ihm erdachten Staat heranzieht. Er beschwört im Gegensatz zu Bergmann eine aristokratische Demokratie, in der alle Männer über 30 sieben Vertreter für eine Legislatur von sieben Jahren wählen. Diese sieben Männer wiederum ernennen den Besten aus ihrer Mitte zum sogenannten Meisterbruder.<sup>58</sup> Mit dem Erscheinen des Romans im Jahr 1933 tritt hier bereits in klarer und ausformulierter Weise, für jedermann einsehbar, das Führerprinzip zutage, verbunden mit antiken Vorstellungen von Gemeinschaft.

### **Zusammenfassung**

Folgende Schlussfolgerungen lassen sich aus der vorangegangenen Gegenüberstellung ziehen. Zunächst muss von zwei stark voneinander unterschiedlichen gesellschaftlichen Situationen ausgegangen werden. Die utopischen Entwürfe des deutschen Faschismus sind das Ergebnis einer gewaltsamen Verengung gesellschaftlicher Gedanken auf die Ideologie der NS-faschistischen Elite. Zwar gab es auch hier eine gewisse Spannweite, diese hatte aber feste Grenzen, welche durch staatliche Instanzen kontrolliert wurden. Die Führung der NSDAP war in der Lage, Form und Ausbreitung utopischen Gedankenguts weitestgehend in ihrem Sinne zu steuern. Dagegen sind die utopischen Entwürfe in der jungen Sowjetunion nicht nur inhaltlich viel breiter gefächert, sondern auch Ergebnis eines gesellschaftlichen Aufbruchs, der mit der Auflösung der alten Herrschaft einen ungeheuren Entfaltungsraum schaffte. Dieses Experimentierfeld, auch Ergebnis eines noch nicht abgeschlossenen Kampfes um die politische Macht, ist genau das Gegenteil der faschistischen Gleichschaltung. Aufstieg und Machtentfaltung des stalinistischen Bürokratieapparats erfolgten erst in den 1930er Jahren und bedeuteten zugleich das Ende der meisten Utopien und Aufbrüche.

Einer der gewichtigsten inhaltlichen Unterschiede ist das jeweils vertretene Menschenbild. Faschistische Vorstellungen gehen dabei grundsätzlich von einer

---

<sup>58</sup> Vgl. *Kroll* (Anm. 38), 247ff.

Hierarchie zuvor bereits konstruierter Rassen mit verschiedenen Wertigkeiten aus, in welcher der „Deutsche“ beziehungsweise die „arische Rasse“ den höchsten Rang besitzt. Daraus ergibt sich die Notwendigkeit eines Kampfes gegen Menschen, die zu minderwertigen Rassen erklärt werden. Diese sollen durch die Herrschaft einer sogenannten Herrenrasse verdrängt werden. Der Idealtypus wird dabei als bereits vorhanden wahrgenommen, es gilt, seine Vorherrschaft und Ausbreitung zu beschleunigen. Seine Eigenschaften sind fast ausschließlich instrumentell, angelegt um zu erobern und zu gehorchen. Seine Zukunftsperspektive ist die des Dieners und Kriegers.

Der Mensch in der jungen Sowjetunion wird dagegen als Spezies angesehen, welche im Ganzen durch die Veränderung gesellschaftlicher Bedingungen eine Weiterentwicklung erfahren soll. Das heißt nicht, der „alte Mensch“ wäre schlecht und müsse überwunden werden. Es geht vielmehr darum, menschliches Potenzial zu entfesseln und die Grenzen der Selbstverwirklichung zu sprengen, seien sie gesellschaftlicher oder natürlicher Art. Ein dezidiertes Feindbild, wie es der Faschismus zur Verwirklichung des eigenen Ideals benötigt, wird in einer solchen Überlegung nicht gebraucht. Zwar wird in der Sowjetunion gegen den Klassenfeind gekämpft, doch dieser Kampf ist nicht mit dem „Rassenkampf“ gleichzusetzen. Zum Einen ist der Klassenfeind durch seine gesellschaftliche Rolle und nicht aufgrund konstruierter, genetischer Determination Gegner. Zum Anderen gilt es nicht, diesen auszurotten, sondern lediglich, ihn an der Ausübung seiner gesellschaftlichen Funktion zu hindern und diese im Sinne der Emanzipation aller überhaupt abzuschaffen.

Ein weiterer Unterschied liegt in der Institutionalisierung der Utopien. Während sich in der Sowjetunion ein vielschichtiges Geflecht verschiedener Projekte und Initiativen herausbilden konnte, getragen durch ganz unterschiedliche Bevölkerungsteile und Gruppierungen, verhielt es sich im Dritten Reich anders. Zwar gab es ebenfalls konkurrierende Projekte und Institutionen. Zum Einen hatten sich diese aber stets an einer zentralen Doktrin auszurichten und ihre jeweiligen Betätigungsfelder ideologisch zu rechtfertigen. Zum Anderen waren es nicht vielschichtige, heterogene Trägerschaften, die Projekte mit der beginnenden neuen, gesellschaftlichen Situation ins Leben riefen. Im Gegenteil: Nicht wenige Initiativen gingen von Einrichtungen aus, die auch vor 1933 bereits existierten und die fortan versuchten, ihre jeweiligen Betätigungsfelder mit Begrifflichkeiten der neuen Machthaber zu rechtfertigen. Experimente, die den staatlichen Organen zuwiderliefen, waren nicht denkbar. In der frühen Sowjetunion fehlte diese maßgebende Instanz jedoch noch oder hatte sich noch nicht vollständig durchgesetzt.

Der vorliegende Vergleich anthropologischer Utopien, ihrer gesellschaftlichen und ideengeschichtlichen Entstehungskontexte und ihrer jeweiligen Veräußerungen in Institutionen, Kunst und Literatur hat gezeigt, wie verschieden die gesellschaftlichen Situationen der frühen Sowjetunion und des beginnenden Dritten Reichs waren. Zwar werden in den utopischen Texten zum Teil ähnliche Begriffe benutzt, jedoch in völlig verschiedenen Kontexten. Bei eugenischen Konzepten, die sowohl im

Faschismus als auch in der Sowjetunion formuliert worden waren, ist zu beachten, dass sie im ersten Falle Staatsdoktrin, im zweiten Falle unbedeutender waren. Auch wenn im Rahmen dieses Beitrages ein Vergleich nur angerissen werden konnte, sollte deutlich geworden sein, dass es nicht ausreicht, einzelne Ideologiefragmente aus dem jeweiligen Kontext zu entfernen und aufgrund einer sprachlichen oder phänomenologischen Ähnlichkeit auf eine inhaltliche Gleichheit der zugrundeliegenden Ideologien zu schließen. Vielmehr sollten vielschichtige und auch widersprüchliche gesellschaftliche Entwicklungen aufgezeigt worden sein, die jeweils zu mehr oder weniger heterogenen utopischen Ansätzen führten. Die letzteren lassen sich inhaltlich deutlich voneinander abgrenzen, stehen im Falle von Nazideutschland und junger Sowjetunion in wichtigen Bestandteilen im Gegensatz zueinander. Klassenkampf ist eben nicht gleich „Rassenkampf“, und der Neue Mensch Trotzki's eben nicht die sowjetische Version des arischen Superkriegers, sondern der von gesellschaftlichen Zwängen befreite Mensch, der sich selbst verwirklichen und die in ihm steckenden Potenziale, deren Nutzung dem „alten Menschen“ verwehrt wurden, voll ausschöpfen sollte.

Sigrid Oehler-Klein

## **Professor Hermann Alois Boehm – Ein Wissenschaftler im Dienst der nationalsozialistischen Rassenhygiene**

Hermann Alois Boehm (1884-1962), von 1938 bis Ende 1942 Honorarprofessor in Rostock und danach bis Kriegsende Ordinarius für Erb- und Rassenpflege an der Universität Gießen, kann als einer der aktivsten Repräsentanten der nationalsozialistischen Rassenhygiene in Wissenschaft, Politik und Administration des NS-Regimes gelten. Nach dem Krieg wurde er in den obligatorischen Spruchkammerverfahren<sup>1</sup> und auch in Gutachten des hessischen Landespersonalamtes als Aktivist und Nutznießer des menschenverachtenden Regimes bezeichnet.<sup>2</sup> Konträr zu diesen Beurteilungen konnte Boehm jedoch von der Universität Gießen im Jahr 1960, nachdem er 1945 aus dem Amt als Ordinarius für Erb- und Rassenpflege entlassen worden war und auch eine politische Haft verbüßt hatte, seine vollständige Rehabilitation erlangen. Die Argumentation der Medizinischen Fakultät Gießen gegenüber den hessischen Behörden, welche gerade Boehms politische Funktion in seinen wissenschaftlichen und publizistischen Tätigkeitsfeldern betonten, lautete, Professor Boehm habe in der „abseitigen Position“ des Gelehrten, fern von Rassenhass, ohne Kenntnis der „Auswüchse“ des Systems und ohne Verantwortung für diese Rassenhygiene betrieben, so wie man sie als Erbpathologie ohne Weiteres habe lehren können, wie sie auch im Ausland akzeptiert worden sei und noch werde. Boehm sei vor allem aus wissenschaftlichen Gründen nach Gießen berufen worden.<sup>3</sup> Nach seinem Tod im Jahr 1962 widmete die Universität Gießen Hermann Boehm, dem 1960 emeritierten „Professor für Humangenetik“, so die nachträglich gefundene Fachbezeichnung, ein ehrenvolles Gedenken.<sup>4</sup>

---

<sup>1</sup> Aufgrund des *Gesetzes zur Befreiung von Nationalsozialismus und Militarismus vom 5. März 1946 (GVBl., 57-72)* wurden Spruchkammern in den Ländern der amerikanischen Zone eingerichtet. Diese sollten die mittels Fragebogen erfassten Personen, welche einer oder mehreren NS-Organisationen angehört hatten, fünf Gruppen zuordnen; die Gruppe 2 der „Belasteten“ (Aktivisten, Militaristen, Nutznießer) folgte der Gruppe 1 der „Hauptschuldigen.“

<sup>2</sup> Spruch der Spruchkammer Darmstadt-Lager vom 6.9.1948; die Klageschrift des öffentlichen Klägers vom 28.7.1948 enthält den Antrag, ihn der Gruppe 1, Hauptschuldige, zuzuweisen; vgl. weiter Spruch der Berufungskammer Gießen vom 21.6.1949, in: Hessisches Hauptstaatsarchiv (HHStA) Wiesbaden, Hermann Boehm, Abt. 520, GI-Z 890, Dlg 3120/48 (im Folgenden: Spruchkammerakte Boehm). Schreiben des Direktors des Hessischen Landespersonalamtes in Wiesbaden vom 22.3.1954 an den Hessischen Minister für Erziehung und Volksbildung, in: UA Gießen, Personalabteilung, 1. Lieferung, Nr. 4.

<sup>3</sup> Vgl. die Aussage Ferdinand Wagenseils (Dekan der Medizinischen Rumpffakultät in Gießen) im Schreiben vom 9.2.1948 und die Erklärung des politisch als entlastet eingestuften Psychiaters Heinrich Boening vom 31.8.1948, in: Spruchkammerakte Boehm (wie Anm. 2).

<sup>4</sup> Vgl. die Darstellung der Vorgänge in: *Sigrid Oehler-Klein, Zur Wiederherstellung von Ehre und Konsens an der Medizinischen Fakultät Gießen. Die Emeritierung von Hermann Alois Boehm – letzter Ordinarius für Erb- und Rassenpflege in Gießen*, in: *S. Oehler-Klein, Volker Roelcke* (Hrsg.) unter Mitarbeit von *Kornelia Grundmann* und *Sabine Schleiermacher, Vergangenheitspolitik in*

Welche Standpunkte vertrat Hermann Boehm in seinen vielfältigen politischen Ämtern zwischen 1933 und 1945 sowie als Dozent für Erb- und Rassenpflege an den Universitäten Rostock und Gießen tatsächlich? Zur Einordnung der geschilderten konträren Beurteilungen ist ein kurzer Blick auf die Vorgeschichte, auf die Anfänge der eugenischen und rassenhygienischen Bewegung ab dem Ende des 19. Jahrhunderts in Deutschland notwendig.

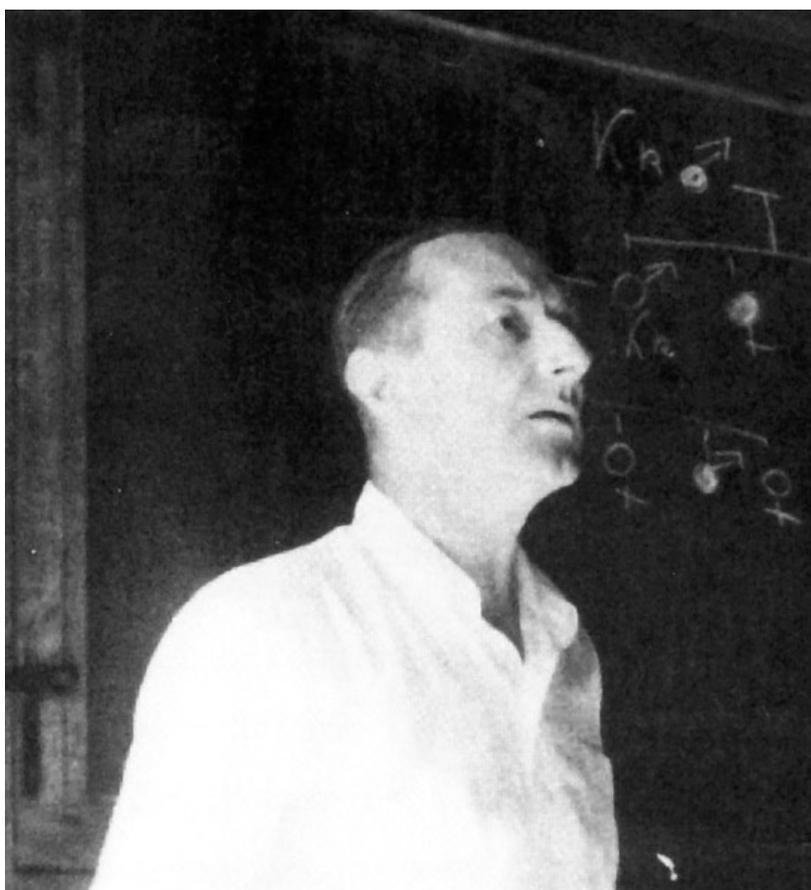


Abb. 1: Hermann Alois Boehm (Fotosammlung, Institut für Geschichte der Medizin, Gießen).

### **Eugenik und Rassenhygiene vor 1933**

In einer persönlichen Notiz, die Boehm seinem Lebenslauf anlässlich seiner Berufung an die Universität Gießen auf den ordentlichen Lehrstuhl für Erb- und Rassenpflege rückblickend für das Jahr 1922 beifügte,<sup>5</sup> notiert Boehm den Einfluss der rassenhygienischen Bewegung auf seinen politischen und beruflichen Werdegang:

„Das Erleben des Nationalsozialismus und das zeitlich zufällig damit zusammenfallende Studium zweier Bücher, nämlich der Menschlichen Erblehre und Rassenhygiene von Baur-Fischer-Lenz und der Rassenkunde des Deut-

---

der universitären Medizin nach 1945: Institutionelle und individuelle Strategien im Umgang mit dem Nationalsozialismus (=Pallas Athene, Beiträge zur Universitäts- und Wissenschaftsgeschichte, Bd. 22). Stuttgart 2007, 189-211.

<sup>5</sup> Beglaubigte Abschrift vom 10.6.1948, in: Spruchkammerakte Boehm (wie Anm. 2).

schen Volkes von H. F. K. Günther sollte bestimmend für meinen weiteren Lebenslauf werden. Von dem Gedanken ausgehend, dass eine Rettung des Deutschen Volkes, wenn überhaupt so allein durch den Nationalsozialismus möglich sei, hatte ich das dringende Bedürfnis, in irgendeiner Weise aktiv mitzuarbeiten.“

Das Standardwerk von „Baur-Fischer-Lenz“ zur menschlichen Erblehre und Rassenhygiene, im Übrigen auch eine Inspirationsquelle für Hitlers „Mein Kampf“,<sup>6</sup> repräsentierte in mehreren Auflagen ab 1921 den neuesten internationalen Forschungsstand auf diesem Gebiet. Es vereinigte die damals gängigen rassenkundlichen, eugenischen und genetischen Ansätze zur Untersuchung und Prognose von Bevölkerungsentwicklungen. Neben einer Einführung in die Mendelgenetik, der Feststellung, dass man bis auf die nur noch vereinzelt existierenden so genannten „reinen Rassen“, wie sie sich bei Buschmännern und Eskimos zeigten, innerhalb der menschlichen Bevölkerung von einer Mischung verschiedener Erblinien ausgehen müsse, lag der Schwerpunkt des Werkes auf Problemen der Erbbiologie und Erbpathologie und den sich daraus ergebenden rassenhygienischen Folgerungen. Die Zukunft eines Volkes sei durch die in ihm versammelten erblichen Anlagen, die nur durch gezielt eingreifende Maßnahmen verbessert werden könnten, bestimmt. Betont wurde, dass die historisch erfolgreichen nordischen Rassemerkmale sich am stärksten in den germanischen Völkern bewahrt hätten,<sup>7</sup> obgleich die menschliche Zivilisation eine natürliche Auslese im Darwinschen Sinne teilweise außer Kraft gesetzt habe, weshalb sich auch andere Erblinien hätten durchsetzen können. „*Es ist die Menge und Qualität dieser bestimmten Rassenbestandteile, deren Leistung die eigentliche Unterlage der kulturellen Entwicklung der Menschheit ist.*“<sup>8</sup> Mit der Annahme der Beständigkeit von distinkten erblichen Rassemerkmalen, die eben nicht durch Umwelteinflüsse zu verändern seien, konnten gezielte eugenisch motivierte Selektionen als sinnvolle und notwendige Steuerung von Bevölkerungsentwicklungen begründet werden. Inwiefern Boehm diese Lehren in seinen eigenen Arbeiten aufnahm und popularisierte, wird unten zu zeigen sein.

Das weitere von Boehm zitierte Werk Hans Friedrich Karl Günthers – auch „Rasse-Günther“ genannt – aus dem Jahr 1922 formulierte explizit die Gefährdung des deutschen Volkes durch eine stattfindende Zurückdrängung der wertvolleren nordischen Rasseanteile, die neben ostischen, westischen und dinarischen Anteilen in Deutschland anzutreffen seien. Dieser Rückgang sei zwar schon seit längerem zu bemerken gewesen, doch habe er seit dem 19. Jahrhundert durch Liberalisierungen und Sozialhygiene bedenkliche Ausmaße angenommen. Die leistungsstärkeren Teile des deutschen Volkes, die der Autor ebenfalls den „germanisch-nordischen Rasse-

---

<sup>6</sup> Zur Rezeptionsgeschichte dieses Werkes vgl. Heiner Fangerau, Das Standardwerk zur menschlichen Erblehre und Rassenhygiene von Erwin Baur, Eugen Fischer und Fritz Lenz im Spiegel der zeitgenössischen Rezensionenliteratur 1921–1941. Diss. med. Bochum 2000.

<sup>7</sup> Vgl. Erwin Baur/Eugen Fischer/Fritz Lenz, Menschliche Erblehre und Rassenhygiene. Bd. 1. 4. Aufl. München 1936, 268 (Eugen Fischer, Trennung der Rassen).

<sup>8</sup> Ebd., 268f.

elementen“ zuordnete, würden im Zuge einer reduzierten Fortpflanzung mehr und mehr verdrängt.<sup>9</sup>

Beide von Boehm zitierten Werke definierten die innerhalb der deutschen Bevölkerung angeblich vermehrt anzutreffenden „nordischen Rassenelemente“ als höherwertig. Damit vermischten sich innerhalb der Eugenik (der Begriff wurde in Deutschland synonym zu dem der Rassenhygiene gebraucht) erbgesundheitliche Forderungen nach Ausschaltung von so genannten „Erbkranken“ und „Untüchtigen“ aus der Fortpflanzungsgemeinschaft zur Hebung der „Rasse“ mit rassistisch definierten Standpunkten. Diese Vermischung entstand auch aus der Unklarheit, was eigentlich unter dem Begriff einer menschlichen „Rasse“ zu verstehen sei.<sup>10</sup> In Abweichung von den anthropologischen Kategorisierungsversuchen<sup>11</sup> wurde in zeitgenössischen Publikationen unter einer „Rasse“ auch allgemeiner die Gesamtqualität der Erbanlagen einer geographisch umschriebenen Bevölkerungsgruppe, die über gemeinsame Abstammungslinien und gewisse gemeinsame erbliche Merkmale verfügen sollte, gefasst.<sup>12</sup> Sowohl der erbgesundheitliche Ansatz der Rassenhygiene, der die Erbqualität dieser „Rasse“ durch Reduktion bzw. Ausmerzung krankhafter Erb-

<sup>9</sup> Vgl. *Hans F. K. Günther*, *Kleine Rassenkunde des deutschen Volkes*. 3. Aufl. Jena 1933.

<sup>10</sup> Der Rassebegriff ist eigentlich ein Konstrukt der europäischen Aufklärung, mit dem die in der Welt neu entdeckten unterschiedlichen Menschengruppen ab Ende des 17. Jahrhunderts systematisiert werden sollten. Dass die Unterscheidungsversuche stark eurozentristisch ausgerichtet waren, ist im Kontext der humanistisch fortschrittsorientierten Ideen und Geschichtsphilosophien der Aufklärung zu verstehen; sie werteten den europäischen Zivilisationsstatus als historisch am besten entwickelt, womit bereits zu diesem Zeitpunkt Hierarchien zwischen den Völkern begründet wurden. Das arabische, französische und englische Wort für Rasse allerdings ist wesentlich älter und bezeichnete neben Geschlecht oder Abstammung, auch Sorte bzw. Menschenschlag. Die sozialgeschichtlichen Verwendungen des Wortes Rasse konnten vom 16. Jahrhundert bis weit ins 20. Jahrhundert hinein auf Abstammungsgemeinschaften, also Adelsgeschlechter, Religionsgemeinschaften, Völker, Volksgruppen und -schichten, denen erbliche Qualitäten sowohl im positiven als auch im negativen Sinne zugeschrieben wurden, bezogen sein. Vgl. *Sigrid Oehler-Klein*, Artikel „Rasse“, in: *Heinz Thoma* (Hrsg.), *Handbuch der europäischen Aufklärung* (erscheint 2012).

<sup>11</sup> Vgl. ebd.: In der im 18. Jahrhundert entwickelten taxonomischen Bedeutung sollten geographisch geordnete Menschengruppen nach physischen Merkmalen typologisiert werden. Vor allem im 19. Jahrhundert wurden in den physischen Anthropologien distinkte körperliche Merkmale, z. B. durch Schädelvermessungen, gesucht, die unausbleiblich erblich sein und eine Einteilung in separate Rassen begründen sollten. Die Einteilungen waren jedoch vielfältig und variierend; eine scharfe Separierung der Gruppen aufgrund eines jeweils gemeinsamen Herkunftskontextes und körperlicher Unterscheidungsmerkmale gelang nicht. Wegen der Schwierigkeit, eindeutige Klassifizierungskriterien zur Separierung einheitlicher Gruppen entwickeln zu können, waren die typologischen Einteilungsversuche von Anfang an umstritten.

<sup>12</sup> Vgl. *Wilhelm Schallmayer*, *Vererbung und Auslese in ihrer soziologischen und politischen Bedeutung*. Preisgekrönte Studie über Volksentartung und Volkseugenik. 2. Aufl. Jena 1910, 375, der wie folgt unterscheidet: „*Rasse bezeichnet das eine Mal die Gesamtqualität der Erbanlagen irgendwelcher Personen, gewöhnlich im Sinn von Rassetüchtigkeit; das andere Mal ist Rasse die Bezeichnung für eine große Gruppe von Individuen, die infolge gemeinsamer Abstammung gewisse ererbte Merkmale mit einander gemein haben und sich dadurch von anderen Verwandtschaftsgruppen derselben Organismenart unterscheiden.*“ Schallmayer wandte sich allerdings entschieden gegen eine Hierarchie der Rassen.

anlagen heben wollte, als auch ihre rassenkundliche bzw. rassistische Variante mit der Bevorzugung angeblich „nordischer Rassemerkmale“, waren für die nationalsozialistische Rassenhygiene hinsichtlich ihres definierten Ziels, das deutsche Volk zum Herrenvolk zu erheben, elementar.

Doch bereits im ausgehenden 19. Jahrhundert waren die ideologischen und wissenschaftlichen Voraussetzungen, nämlich sozialdarwinistische, rassentheoretische und genetische Theoreme,<sup>13</sup> versammelt, um sozialutopischen Forderungen nach Verbesserung von Gesellschaften durch Aufwertung der in einer umschriebenen Bevölkerung vorhandenen Erbanlagen die notwendige Basis zu geben. Dahinter stand die Überzeugung, dass den biologischen Determinanten die wichtigste Bedeutung innerhalb historisch-kultureller Entwicklungen zugeschrieben werden müsse. Hierüber gab es natürlich in den verschiedenen wissenschaftlichen Disziplinen eine kritische Diskussion, auch in Hinblick auf die Rückführung sozialer Phänomene auf biologische Voraussetzungen.<sup>14</sup> Dem konkreten Ziel einer Annäherung an sozialutopische Vorstellungen widmete sich bereits zu Beginn des 20. Jahrhunderts auf internationaler Ebene eine Reihe von Gesellschaften und Forschungsinstitutionen.<sup>15</sup>

---

<sup>13</sup> Vgl. Peter Weingart/Jürgen Kroll/Kurt Bayer, *Rasse, Blut und Gene. Geschichte der Eugenik und Rassenhygiene in Deutschland*. Frankfurt a. M. 1988. Zur frühen sozialökonomischen Theorie von Thomas Robert Malthus, die von einer zyklisch stattfindenden Verelendung der Bevölkerung ausging, vgl. Wolfgang U. Eckart, „Ein Feld der rationalen Vernichtungspolitik“. Biopolitische Ideen und Praktiken vom Malthusianismus bis zum nationalsozialistischen Sterilisationsgesetz, in: Maïke Rotzoll/Gerrit Hohendorf/Petra Fuchs/Paul Richter/Christoph Mundt/Wolfgang U. Eckart (Hrsg.), *Die nationalsozialistische „Euthanasie“-Aktion „T4“ und ihre Opfer. Geschichte und ethische Konsequenzen für die Gegenwart*. Paderborn et al. 2010, 25-46, hier 25f.

<sup>14</sup> Der amerikanische Genetiker Raymond Pearl (1879-1940) hielt die entsprechenden eugenischen Positionen für das Resultat einer schlecht begründeten Mischung aus Soziologie, Ökonomie, Anthropologie und Politik (vgl. Weingart/Kroll/Bayer, *Rasse, Blut und Gene*, wie Anm. 13, 317). Kritisiert wurde die grundlegende sozialdarwinistische Position, nach der Selektion ein probates Steuerungsmittel in der Bevölkerungspolitik war: Die Rückführung soziologischer Vorgänge auf angeborene und erbliche Qualitäten könne nicht exakt vorgenommen werden (Max Weber, vgl. ebd., 310). Das selektive oder Zuchtwahlprinzip sei sogar in Botanik und Zoologie umstritten (Ignaz Kaup, vgl. ebd., 313). Vorbehalte gab es auch hinsichtlich der exakten Erbvorhersage: Die Anteile der zusammenspielenden Faktoren von Erbanlagen und Umwelt seien nicht geklärt (Karl Saller, vgl. ebd., 318).

<sup>15</sup> Gründungen von Gesellschaften u. a.: 1905 *Gesellschaft für Rassenhygiene* in Deutschland (Berlin); 1907 *Eugenics Education Society* in England, 1909 *Schwedische Gesellschaft für Rassenhygiene*; 1911 *American Eugenics Association*. Gründungen von Forschungseinrichtungen, u. a.: 1905 *Francis Galton Laboratory for the Study of National Eugenics* in London; 1906 *Vinderen Laboratory* in Oslo; 1911 *Eugenics Record Office* in Cold Spring Harbor/New York; 1917/18 *Genealogisch-Demographische Abteilung* (GDA) der *Deutschen Forschungsanstalt (DFA) für Psychiatrie*; 1927 *Kaiser-Wilhelm-Institut für Anthropologie, menschliche Erblehre und Eugenik* in Berlin. Vgl. hierzu mit weiteren Angaben Volker Roelcke, *Deutscher Sonderweg? Die eugenische Bewegung in europäischer Perspektive bis in die 1930er Jahre*, in: Rotzoll et al. (Hrsg.), „Euthanasieaktion“ (wie Anm. 13), 47-55, hier 48 und 50. Allgemein zur Eugenik im frühen 20. Jahrhundert Volker Roelcke, *Zeitgeist und Erbgesundheitsgesetzgebung im Europa der 1930er Jahre. Eugenik, Genetik und Politik im historischen Kontext*, in: *Nervenarzt* 73, 2002, 1019-1030.

Für die zeitgenössische eugenische Bewegung war die Rezeption von Elementen des Darwinismus innerhalb der Erklärung von Bevölkerungsentwicklungen konstitutiv, nämlich die Ansicht, dass die selektionierte Fortpflanzungsmöglichkeit als entscheidender Motor des evolutionären Prozesses zu verstehen sei.<sup>16</sup> Die Wiederentdeckung der Mendelschen Regeln um 1900<sup>17</sup> sowie die genetisch-experimentellen Resultate zur Beständigkeit des Erbgutes<sup>18</sup> schoben noch bei Darwin präsente alternative Vorstellungen, wie sie bei den Anhängern des Lamarckismus vorherrschten, über eine Verbesserungsmöglichkeit der genetischen Anlagen einer Bevölkerung durch Vererbung erworbener Eigenschaften in den Hintergrund.<sup>19</sup> Aus dieser Reduzierung folgte der Grundgedanke, dass nur eine aktive Bevölkerungspolitik, zum Beispiel durch Sterilisationen, Eheverbote oder Eheförderungen, die Degeneration, den Niedergang von Gesellschaften aufhalten könne, denn eine natürliche Auslese durch eingeschränkte Fortpflanzungsmöglichkeiten zum Herausfiltern der Tüchtigeren sollte in modernen Gesellschaften nicht mehr stattfinden können: Physisch und psychisch Kranke und sozial Schwache verbreiteten sich durch eine fortschreitende Urbanisierung und Industrialisierung sowie aufgrund eines ungelenkten Bevölkerungswachstums mehr und mehr. Gestützt durch die Erfahrungen des Ersten Weltkrieges erlangte später die Auffassung große Popularität, dass gerade die Besten der Völker ihr Leben auf den Schlachtfeldern hätten lassen müssen und vor allem die Schwachen zurückgeblieben seien. Die Ziele der international aufgestellten eugenischen Bewegung waren deshalb zur Verbesserung der genetischen Grundlagen eines Volkes auf die rationale Steuerung der Fortpflanzung, die teilweise auch Zwangsmittel einschloss,<sup>20</sup> gerichtet. In Deutschland wurde die eugenische Bewegung als Ras-

<sup>16</sup> Vgl. dazu *Schallmayer*, Vererbung und Auslese (wie Anm. 12), 359ff., der allerdings einer indirekten Beeinflussung der Fortpflanzungsauslese die größere Rolle in der Eugenik zumaß als den direkten und möglicherweise auch unter Zwang vollzogenen Maßnahmen wie den Sterilisationen, vgl. ebd. 358.

<sup>17</sup> Als Wiederentdecker gelten Hugo de Vries (1848-1935), Carl Correns (1864-1933) und mit Einschränkungen Erich Tschermak (1871-1962).

<sup>18</sup> Friedrich Leopold August Weismanns (1834-1914) Lehre von der Kontinuität des Keimplasmas; vgl. die Rezeption innerhalb der Rassenhygiene bei *Schallmayer*, Vererbung und Auslese (wie Anm. 12), 96-121.

<sup>19</sup> Für einen kurzen Überblick zu „Lamarckismus, Darwinismus“ vgl. *Eckart*, Rationale Vernichtungspolitik (wie Anm. 13), 26f.

<sup>20</sup> Die immer populärer werdende Forderung nach dem Einsatz von Zwangsmitteln spiegelt sich auch in der Geschichte einer entsprechenden Gesetzgebung wider. Die USA nahmen dabei eine Vorreiterrolle ein. 1907 wurde das erste Sterilisationsgesetz im Staat Indiana verabschiedet. Zur Einführung von Gesetzen, welche die zwangsweise Sterilisation vorsahen, vgl. *Roelcke*, Deutscher Sonderweg (wie Anm. 15), 52: „1928 wurde im Schweizer Kanton Waadt das europaweit erste eugenisch inspirierte Gesetz zur Zwangssterilisation eingeführt, Dänemark folgte 1929. In den USA gab es um 1930 bereits in über 20 Bundesstaaten gesetzliche Regelungen zur Sterilisation.“ In Deutschland wurde ein entsprechendes Gesetz, das *Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses*, bereits am 14. Juli 1933 verabschiedet; es trat am 1. Januar 1934 in Kraft und hatte die weltweit meisten Sterilisationen zur Folge. Schätzungen gemäß wurden in Deutschland etwa 360.000 Menschen zwangssterilisiert. Vgl. *Gisela Bock*, „Zwangssterilisation im Nationalsozialismus“, in: Christina Vanja/Martin Vogt (Hrsg.), Euthanasie in Hadamar. Die nationalsozialistische Vernich-

senhygiene 1895 von Alfred Ploetz (1860-1940) eingeführt. Die Forderung nach probaten Mitteln zum Ausschluss der als erbkrank erachteten oder auch sozial unerwünschten Personenkreise von der Fortpflanzung konnte sich allerdings im Prinzip auf jede Gesellschaft beziehen und so fand die Rassenhygiene als sozialtechnologisch verstandene Steuerung der Bevölkerungsentwicklung auch in sozialdemokratischen Kreisen Anklang.<sup>21</sup>

Dass innerhalb dieser Sozialutopien aber nicht nur in sozial- und gesundheitspolitischen, sondern auch in rassischen Kategorien gedacht wurde, lag an der Verschmelzung der Analyse von Bevölkerungsstruktur und -entwicklung mit einer rassistisch geprägten Geschichtsschreibung. Innerhalb des Rassendiskurses seit der europäischen Aufklärung waren die definierten Rassen, deren Zahl und Merkmale allerdings erheblich variierten, in ihrem Einfluss auf die Zivilisation unterschiedlich bewertet worden. Dass man in Europa durchgängig von Mischungen ursprünglicher Hauptrassen ausgehen musste, erklärten schließlich im 19. Jahrhundert nicht nur Graf Joseph Arthur de Gobineau (1816-1882), sondern eine Reihe führender Anthropologen um 1900, wobei allerdings diese Hauptrassen wegen der Vielfalt der unterschiedlichen rassischen Merkmale, der Schwierigkeit ihrer Zuordnung und der bestehenden Vermischungen nachträglich erst als solche konstruiert werden mussten.<sup>22</sup> Gobineau hatte in seinem breit rezipierten vierbändigen Werk „Essai sur l'inégalité des races humaines“ (1853-1855) naturalisierend die Geschichte der Völker<sup>23</sup> als Resultat von Rassenmischungen gedeutet; in den europäischen Gesellschaften hätten sie einen degenerativen Prozess eingeleitet. Mit der wachsenden Bedeutung der Naturwissenschaften erschien in der sich etablierenden Rassenhygiene Degeneration nicht nur als Geschichte bestimmendes, sondern vor allem als pathologisches Phänomen, das heilende Eingriffe verlangte.

Die Verschmelzung verschiedener Ansätze, also eines anthropologischen, eines genetisch-biologischen und eines zivilisationshistorischen, lieferte die rassenhygienische Begründung für das Ziel der Bewahrung und Verbesserung der konkreten deutschen Bevölkerung, aber auch der angeblich geschichtstragenden „germanisch-

---

tungspolitik in hessischen Anstalten. Begleitband zur Ausstellung des Landeswohlfahrtsverbandes Hessen (Historische Schriftenreihe des Landeswohlfahrtsverbandes Hessen, Kataloge 1). Kassel 1991, 69-77, hier 69 und 72. In Deutschland wurden zwischen 1933 und 1945 „vierzehnmal so viele Menschen sterilisiert wie in den USA mit ihrer doppelt so hohen Zahl von Einwohnern“.

<sup>21</sup> Vgl. Eckart, Rationale Vernichtungspolitik (wie Anm. 13), 29.

<sup>22</sup> Um 1900 wurde innerhalb der Fachwissenschaft die Legitimität des Rassebegriffs äußerst kritisch diskutiert: Das Problem, aufgrund distinkter körperlicher Merkmale einheitliche Menschengruppen definieren zu können, wurde zunehmend deutlicher. Für die dann noch bestehenden Uneinheitlichkeiten bezüglich der Grundlagen der Definition einer Rasse vgl. exemplarisch Niels C. Lösch, Rasse als Konstrukt. Leben und Werk Eugen Fischers. Frankfurt a. M. 1997, 30.

<sup>23</sup> Bereits um 1800 hatte der populäre Historiker und Schriftsteller Christoph Meiners (1747-1810) Völker bzw. Volksgruppen wie Kelten, Slawen und Germanen unter Verweis auf eine gemeinsame Abstammungs- und Zivilisationsgeschichte ebenfalls als „Rassen“, denen er unterschiedlich bewertete Charaktereigenschaften zumaß, bezeichnet.

nordischen Rasselemente“.<sup>24</sup> Während französische und britische Anthropologen sich eher mit den Differenzen zu den in den Kolonien heimischen Bevölkerungen befassten, entwickelte sich in Deutschland im Kontext einer als vordringlich angesehenen Abgrenzung und Förderung dieser „Rasselemente“ gegenüber Menschen jüdischer Abstammung ein aggressiver rassistisch geprägter Antisemitismus.

### **Nach 1933: Radikalisierung und Umsetzung in die Praxis**

Sofort nach Machtübernahme der Nationalsozialisten erhielten die vorher formulierten eugenischen Theoreme in den praktischen Umsetzungsversuchen der nationalsozialistischen biopolitischen Idee, der Schaffung eines deutschen „Herrenvolkes“, eine radikale Ausprägung. Von Anfang an ging es den Nationalsozialisten darum, den „deutschen Volkskörper“ gegenüber konkurrierenden Völkern durchsetzungsfähig zu machen; dabei wurden sowohl politische Gegner als auch rassistisch und erbgesundheitlich unerwünschte Personenkreise verfolgt, physisch und psychisch verletzt und teilweise ausgemerzt. Aus rassistischen Überlegungen wurden diese Maßnahmen innerhalb bereits eingenommener und noch zu erobernder Räume geplant und zum Teil vollzogen. Die bereits 1933 vom nationalsozialistischen Staat beschlossenen Eingriffe in individuelle Grundrechte, zum Beispiel in das Recht auf körperliche Unversehrtheit bei zwangsweisen Sterilisierungen,<sup>25</sup> und die von Anfang an initiierte Entfernung von Menschen jüdischer Abstammung aus dem „deutschen Volkskörper“ erhielten durch die Rassenhygiene, welche angebliche Rechte der deutschen Volksgemeinschaft gegenüber Persönlichkeitsrechten von Individuen für vorrangig erklärte, ihre eigentliche Legitimation. In der zwar taktisch variablen, aber doch konsequenten Verfolgung dieser biopolitischen Idee unterschied sich der nationalsozialistische Staat von anderen Staaten mit totalitärer Machtausübung und großen Bevölkerungsverschiebungen.

### **Politische und berufliche Biographie Boehms**

Einer derjenigen, die sich zur „Rettung des deutschen Volkes“ berufen fühlten und die diese Radikalisierungen mitprägten, war Hermann Alois Boehm. Er stellte seine Arbeitskraft diesem grundlegenden und im Prinzip stetig verfolgten Ziel der nationalsozialistischen Bewegung zur Verfügung. Boehms Biographie steht bis zum Ende

<sup>24</sup> Die Ansicht, dass die „nordische Rasse“ besonders gute Qualitäten aufzuweisen habe, läßt sich auch in Publikationen ausländischer Wissenschaftler finden: “[...]1924, one of Britain's most eminent anthropologists, a Jewish scientist, declared in an address that ,the Nordic race excels other races in steadfastness of will and foresight.“ zitiert nach Benoit Massin, *The 'Science of Race'*, in: *Deadly Medicine. Creating the Master Race*. United States Holocaust Memorial Museum. Washington 2004, 89-125, hier: 93.

<sup>25</sup> Vgl. Anm. 20 zur Verabschiedung des Gesetzes zur Verhütung erbkranken Nachwuchses.

seiner beruflichen Karriere als Universitätsdozent und als Partei- und Staatspolitiker im Dienst der Verbreitung dieser biopolitischen Idee.<sup>26</sup>

Boehm wurde 1884 als Sohn eines Arztes geboren, er studierte Medizin in München und wurde zum Pathologen ausgebildet. 1923 trat er in die NSDAP ein und nahm am Marsch auf die Feldherrnhalle in München, dem so genannten Hitlerputsch, teil. Später erhielt er hierfür den „Blutorden“. 1925 erwarb er erneut die Mitgliedschaft in der NSDAP. Der SA gehörte Boehm seit 1923 und wieder seit 1931 an, seit 1933 war er im Obersten Stab der SA-Führung; er war Gründungsmitglied des Nationalsozialistischen Deutschen Ärztebundes (NSDÄB) und dort von 1931 bis 1933 Referent für Rassenhygiene in der Reichsleitung. Als ein enger Vertrauter des Reichsärztesführers Gerhard Wagner (1888-1939) wurde Boehm 1933 nach Gründung der Abteilung Volksgesundheit der NSDAP in den Sachverständigenbeirat aufgenommen. Auf Wagners Veranlassung nahm Boehm 1933 die Stellung eines wissenschaftlichen Leiters der Abteilung Erbbiologie und Rassenpflege im Reichsausschuss für Volksgesundheitsdienst in Berlin an. Die dortigen Aufgaben Boehms waren vorwiegend publizistischer Art und betrafen die Kooperation zwischen Wissenschaft und praktischer Erb- und Rassenpflege. 1934 ging Boehm an das Rudolf-Hess-Krankenhaus nach Dresden, unterrichtete dort die „Braunen Schwestern“ in Rassenhygiene und wurde ordentlicher Honorarprofessor für Erb- und Rassenpflege in Leipzig. Boehm erhielt 1935, nachdem Wagner das Hauptamt für Volksgesundheit gegründet hatte, die Stelle eines Politischen Amtsleiters. 1937 wurde Boehm in die Reichsärztekammer berufen und übernahm auf Wunsch des Reichsärztesführers die Leitung der erbbiologischen Abteilung der Führerschule der deutschen Ärzteschaft in Alt-Rehse am Tollensesee.<sup>27</sup>

Die Reichsärzteschule war als weltanschauliche Bildungsstätte und Charakter- schule am 1. Juni 1935 eröffnet worden. Unter den Teilnehmern befanden sich Amts- und Jungärzte, Medizinalpraktikanten, Ärztinnen, Hebammen, Apotheker, Führungskräfte der Ärztekammer und der Kassenärztlichen Vereinigung. Die Beurteilung durch die Reichsärzteschule in Alt-Rehse sollte der Auswahl und beruflichen „Unterbringung“ von geeigneten, d. h. nationalsozialistisch geschulten Führungskräften in der Medizin dienen. Für Boehm wurde in Alt-Rehse eigens ein „Erbbiologisches Forschungsinstitut“ eingerichtet. Auf einem 2 000 m<sup>2</sup> großen Gelände konnte Boehm Kreuzungsversuche mit Löwenmäulchen durchführen.<sup>28</sup>

---

<sup>26</sup> Nachweise für die biographischen Daten in: *Sigrid Oehler-Klein*, Emeritierung Boehms (wie Anm. 4), 191f.

<sup>27</sup> Vgl. *Thomas Maibaum*, Die Führerschule der deutschen Ärzteschaft Alt-Rehse. Münster 2011, 123.

<sup>28</sup> Vgl. *Mathias Schwager*, Die Versuche zur Etablierung der Rassenhygiene an der Leipziger Universität während des Nationalsozialismus unter besonderer Berücksichtigung des Lebens und Wirkens von Hermann Alois Boehm. Diss. med. Leipzig 1992 (Ms), 44. Wissenschaftlicher Berater Hermann Boehms auf dem Gebiet der Pflanzengenetik bei der Einrichtung des erbbiologischen Forschungsinstituts der Reichsärzteschule in Alt-Rehse war Hans Stubbe (zu Stubbe vgl. Anm. 41). Vgl. *Susanne Heim*, „Die reine Luft der wissenschaftlichen Forschung.“ Zum Selbstverständnis der Wissenschaftler der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft (Vorabdrucke aus dem Forschungspro-



Abb. 2: Wachhaus mit SS-Fahne, Eingang zur Führerschule der Reichsärzteschule in Alt-Rehse am Tollensesee in Mecklenburg (Fotoalbum für Schulungsteilnehmer, Privatbesitz).

Zugleich versah Boehm 1937 einen Lehrauftrag an der Universität Rostock. Obwohl sich die Universität Rostock schon seit 1936 um eine eigene Professur für Rassenhygiene bemüht hatte, konnte Boehm erst 1938 eine Honorarprofessur in Rostock erlangen. Boehm erhielt dieses Angebot aufgrund der Intervention des Präsidenten des Reichsgesundheitsamtes Hans Reiter (1901-1973).<sup>29</sup> Innerhalb der Fakultät besaß er den Status eines ordentlichen Mitglieds. Er hielt für angehende Mediziner aber auch Nichtmediziner Vorlesungen zu den Themen „Erblehre und Rassenkunde“, „Rassenhygiene“ und „Volk und Rasse“.<sup>30</sup> Für diese Vorlesungen reiste Boehm eigens aus der Reichsärzteschule in Alt-Rehse an.

Zwischen der Universität Rostock und der Reichsärzteschule in Alt-Rehse hatte es schon seit längerem Beziehungen gegeben. Im November 1934 beschloss der Fakultätsrat der Medizinischen Fakultät der Universität Rostock den Aufbau der Ärztlichen Führerschule Alt-Rehse mit 1000 RM zu unterstützen.<sup>31</sup> 1942, im Zuge der Auflösung der erbbiologischen Abteilung in Alt-Rehse, sollte die Universität Rostock nach langwierigen Verhandlungen das von Boehm aufgebaute und geleitete Institut für Erbbiologie übernehmen wie auch 1943 deren Bibliothek und Instrumente.

gramm „Geschichte der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft im Nationalsozialismus“, Ergebnisse 7), Berlin 2002, 11.

<sup>29</sup> Vgl. Maibaum, Alt Rehse (wie Anm. 27), 151.

<sup>30</sup> Vgl. ebd., 151.

<sup>31</sup> Vgl. ebd., 127.

Die Universität wollte sich damit auch der, „*überaus wertvolle[n] wissenschaftliche[n] Kraft des Herrn Prof. Boehm*“<sup>32</sup> versichern. Boehm wurde dann allerdings Anfang des Jahres 1943 an die Universität Gießen berufen.

Mit Beginn des Krieges hatte Boehm seine Tätigkeit in Alt-Rehse nur noch sehr eingeschränkt fortführen können, weshalb er selbst und auch parteiamtliche Stellen die Berufung auf einen Lehrstuhl im Reichsgebiet wünschten. Den Lehrstuhl in Gießen erhielt Boehm nicht etwa vor allem wegen seiner wissenschaftlichen Leistungen, wie nach dem Krieg behauptet, sondern wegen interner Fürsprache und Intervention des Gießener Lehrstuhlinhabers Heinrich Wilhelm Kranz (1897-1945), der sein Lebenswerk in Gießen mit seiner Ausrichtung auf die praktische Erb- und Rassenpflege fortgeführt haben wollte.<sup>33</sup> Kranz selbst hatte in Gießen in Pionierarbeit sein Institut für Erb- und Rassenpflege ab 1934 aufgebaut. Es galt als Vorzeigeeinstitut der nach 1933 neu ausgerichteten Medizinischen Fakultät.<sup>34</sup> Als radikaler Vertreter der Rassenhygiene engagierte sich Kranz in der nationalsozialistischen Zigeuner-, Kriminal- und Asozialenforschung, welche schließlich die bekannten Konsequenzen mit der Aussonderung und Vernichtung der Zigeuner hervorgebracht hat.

Boehm allerdings arbeitete weniger auf diesen Gebieten; er interessierte sich gerade in seinen späteren Schriften vorwiegend für populationsgenetische und erbpathologische Fragestellungen. Doch zeigt die Analyse seiner Tätigkeit und seiner Arbeiten, dass er mit seinen fachlich exponierten Positionen in verschiedenen Universitäten, im ministeriellen Apparat des Staates und der gleichgeschalteten Standesorganisation eine Scharnierfunktion für die Verschränkung von Wissenschaft und Praxis, von erbgenehmlich und rassistisch motivierter Bevölkerungspolitik des NS-Staates einnahm.

### **Die Forschung: Populationsgenetik**

Im Interesse der Ausbildung von Studenten und Jungärzten auf dem Gebiet der Rassenhygiene suchte Boehm den neuesten Stand der genetischen und erbpathologischen Forschung mit einzubeziehen. Entsprechend seiner wissenschaftlichen Funktion als Leiter der erbbiologischen Abteilung der Deutschen Reichsärzteschule in Alt-Rehse wollte Boehm neben der Vermittlung der praktischen Rassenhygiene den Jungärzten die Aufgaben der experimentellen Erbforschung und auch populationsgenetische Fragestellungen (z. B. zur Ausbreitung krankhafter Erbanlagen in der Bevölkerung) nahe bringen. Dem dienten zum einen die praktischen Experimente in Alt-Rehse, die erwähnten Kreuzungsversuche mit Löwenmäulchen, zum anderen rekurrierte Boehm auf die Ergebnisse der Genetischen Abteilung des Kaiser-Wilhelm-Instituts für Hirnforschung in Berlin. Boehm, der zeitweilig Kuratoriumsmitglied

---

<sup>32</sup> Ebd., 127.

<sup>33</sup> Vgl. *Sigrig Oehler-Klein*, Emeritierung Boehms (wie Anm. 4), 204ff.

<sup>34</sup> Vgl. *Sigrig Oehler-Klein*, Das Institut für Erb- und Rassenpflege der Universität Gießen: Aufbau des Instituts und Eingliederung in die Universität, in: *Gießener Universitätsblätter* 38, 2005, 25-41.

dieses Instituts war,<sup>35</sup> hatte guten Einblick in die damals aktuelle an der genetischen Abteilung stattfindende experimentelle Mutationsforschung, d. h. in die Versuche zur Phänogenetik, zur Genmanifestation, und zur Populationsgenetik. Boehm war offenbar mit dem führenden Strahlengenetiker dieser Abteilung, Nikolaj Timoféeff-Ressovsky, nicht nur in fachlicher Hinsicht, sondern auch auf einer persönlichen Ebene bekannt.<sup>36</sup> Ziel der Arbeiten der genetischen Abteilung war es, den Mechanismus des Mutationsvorganges zu analysieren und die Vorgänge, die zu Mutationen führen, zu erfassen. Auf diesem Wege wollte man an der Abteilung die physikalische Natur biologischer Elementarvorgänge studieren, aber auch zugleich ein Bedürfnis nach praktischer Bedeutung der Forschung befriedigen, was wiederum Boehms eropathologischen Interessen entsprach:

„Außerdem hat die experimentelle Mutationsforschung ein gewisses praktisches Interesse in dem Sinne, dass die Kenntnis des Mutationsmechanismus und der mutationsauslösenden Faktoren, sowie die Kenntnis der allgemeinen Züge der Mutabilität der Organismen als Grundlage sowohl für Mutationsauslösungsversuche zu züchterischen Zwecken, als auch zur Abschätzung und Vermeidung von Erbschädigungsgefahren beim Menschen dienen können.“<sup>37</sup>

Solche Äußerungen, die als Legitimierungsstrategie gegenüber den Anforderungen des Staates zu deuten sind, zeigen exemplarisch eine potentielle und erwünschte Verbindung zwischen wissenschaftlicher Grundlagenforschung und ihrer Verwertbarkeit im NS-Staat. Und Boehm verstand sich als derjenige, der diese Verbindung in der Lehre herstellen konnte. Schließlich beschäftigte sich Boehm mit der Manifestationswahrscheinlichkeit verschiedener Erbleiden, bei welcher auch – das hatten

<sup>35</sup> Vgl. Niederschrift über die Sitzung des Kuratoriums, 20.12.1938, in: Bundesarchiv Berlin (im Folgenden BArch), Berlin, R 4901/14104. Beiliegend: Tätigkeitsbericht der Genetischen Abteilung des Kaiser-Wilhelm-Instituts, Berlin-Buch, für das Jahr 1937/1938. Boehm war (zusammen mit G. Gottschewski, W. Hüttig, A. Pickhahn, W. F. Reinig, O. H. Schindewolf, H. Stubbe, N. Timoféeff-Ressovsky, F. v. Wettstein, K. G. Zimmer) Herausgeber der Reihe „Probleme der theoretischen und angewandten Genetik und deren Grenzgebiete“, Leipzig 1936ff. Darin gaben führende Vertreter der Genetik einen Überblick über die aktuelle Forschung.

<sup>36</sup> Diesen Umstand führte Boehm in der Nachkriegszeit als Entlastungsgrund an, insofern Timoféeff-Ressovsky ein Gegner der Nationalsozialisten gewesen sei. Vgl. die Diskussion um die deutsche Staatsbürgerschaft T.-R.'s; Schreiben an den Reichserziehungsminister vom 8.12.1938, in: BArch Berlin, R 4901/14104. Vgl. auch die Abschrift der Eidesstattlichen Erklärung Professor Fritz G. Houtermans, a. pl. Prof. d. Physik an der Universität Göttingen, vom 14.1.1946, in: Spruchkammerakte Boehm (wie Anm. 2). Zum Verhältnis des Genetikers zum NS-Regime vgl. *Helga Satzinger*, „Die blauäugige Drosophila – Ordnung und Zufall als Faktoren der Evolutionstheorie bei Cécile und Oskar Vogt und Elena und Nikolaj Timoféeff-Ressovsky am Kaiser-Wilhelm-Institut für Hirnforschung Berlin 1925-1945“, in: *Rainer Brömer/Uwe Hoßfeld/Nicolaas A. Rupke* (Hrsg.), *Evolutionstheorie von Darwin bis heute*, Berlin 2000, 161-195, hier 175f.

<sup>37</sup> Tätigkeitsbericht der Genetischen Abteilung (wie Anm. 35), 1.

die Berliner Forschungen gezeigt – der Einfluss verschiedener Faktoren (Genkombinationen und auch Umweltbedingungen) zu berücksichtigen war.<sup>38</sup>

Boehms Interesse galt vor allem der populationsgenetischen Forschungsrichtung dieser Abteilung, welche „*Gesichtspunkte und Methoden der experimentellen Genetik für die Erforschung des Evolutionsmechanismus und der genetischen Populationsdynamik*“<sup>39</sup> verwenden wollte. Dabei wurde der biologische Wert verschiedener Mutationen und Mutationskombinationen, also deren relative Vitalität, geprüft. Weiter ging es um die geographische Verbreitung einzelner Gene innerhalb von Art- und Rassenpopulationen. Boehm sah in den Ergebnissen der genetischen Forschung einen Beweis für die Richtigkeit der nationalsozialistischen Rassenlehre. In einem Aufsatz „Änderungsmöglichkeit der Erbanlagen“ aus dem Jahr 1940 referierte Boehm den neuesten Stand der Mutationsforschung und verwies auf die Erfolge in der künstlichen Beeinflussung der Mutationsrate bei rein gezüchteten Stämmen der Taufliege (*Drosophila*) durch Temperaturerhöhung und durch kurzweilige Strahlen. Boehm stellte die Ergebnisse dieser Forschung, nämlich erweiterte Kenntnisse über Stabilität und Änderungsmöglichkeiten der Erbfaktoren heraus. Es sei „*bisher noch nicht gelungen, nach unserem Willen gerichtet den Mutationsprozeß zu beeinflussen; die Klärung dieses Problems bleibt der weiteren Forschung vorbehalten*“.<sup>40</sup>

Waren also züchterische Erfolge noch nicht abzusehen,<sup>41</sup> so waren die Forschungsergebnisse der genetischen Abteilung zur Einschätzung der Beständigkeit und Veränderlichkeit der Erbanlagen für den rassenhygienischen Gedanken bedeutsam. Dies drückte Boehm deutlich zu Beginn seines Aufsatzes aus:

„Weiterhin hat der Rassengedanke die Annahme einer hohen Beständigkeit des Erbgutes zur Voraussetzung. Wären nämlich die Erbanlagen stark veränderlich, würden z. B., wie Lamarck lehrte, erworbene funktionelle Anpassungen an Umweltbedingungen sich vererben, dann würde die Bedeutung des Erbeeinflusses stark in den Hintergrund treten gegenüber der Bedeutung der Umwelt, und damit wäre dem Rassengedanken die tragfähige Grundmauer entzogen. Die Frage nach der Beständigkeit bzw. Veränderlichkeit der Erbanlagen greift somit über die rein wissenschaftliche Problemstellung hinaus mitten in den weltanschaulichen Kampf unserer Zeit hinein.“<sup>42</sup>

<sup>38</sup> Zur phänogenetischen Forschung vgl. *H.-W. Schmuhl*, Grenzüberschreitungen. Das Kaiser-Wilhelm-Institut für Anthropologie, menschliche Erblehre und Eugenik, 1927-1945. Göttingen 2005, 319-327.

<sup>39</sup> Tätigkeitsbericht der Genetischen Abteilung (wie Anm. 35), 3.

<sup>40</sup> *H. Boehm*, „Änderungsmöglichkeit der Erbanlagen“, in: *Ziel und Weg* 1940, 247-251, hier 251. Boehm beruft sich im Literaturverzeichnis zu diesem Aufsatz unter anderem auf Arbeiten von Timoféeff-Ressovsky und Stubbe.

<sup>41</sup> Dass durchaus die Veränderung bzw. Verbesserung der genetischen Ausstattung einer menschlichen „Rasse“ diskutiert wurde, obwohl Pflanzenzüchtungen wohl das naheliegende Ziel derartiger Planungen waren, zeigt ein Zitat Hans Stubbes. Vgl. *Susanne Heim*, „Die reine Luft der wissenschaftlichen Forschung“ (wie Anm. 28), 11.

<sup>42</sup> *H. Boehm*, Änderungsmöglichkeit der Erbanlagen (wie Anm. 40), 247.

Der Bezug auf die populationsgenetische Forschung diene grundlegenden rassenhygienischen Überlegungen, nämlich richtende, selektierende Maßnahmen zur Durchsetzung der biopolitischen Idee der Nationalsozialisten zu legitimieren. Aufgrund der Erkenntnis, dass Veränderungen der genetischen Anlagen einer Population nur durch zufällige Mutationen und durch populationsdynamische Prozesse zu erzeugen waren, sahen die politischen Akteure als gezielte und richtende Eingriffe in diese Prozesse die erbpflegerischen Mittel der Selektion (durch Zwangssterilisierung) und der Fortpflanzungsisolierung (z.B. durch die Nürnberger Rassengesetzgebung) als wirkungsvoll und notwendig an.

### **Rassismus und Antisemitismus**

Angesichts der unterschiedlichen Urteile, die über Boehms Tätigkeiten während des NS-Regimes gefällt wurden, ist die Frage, welche Standpunkte er hinsichtlich einer rassistisch motivierten Eugenik in seinen Werken einnahm, entscheidend. Gerade das folgende Zitat Boehms könnte Zweifel entstehen lassen, ob er als ein typischer Repräsentant der nationalsozialistischen Rassenlehre, die selbstverständlich die vor 1933 bereits formulierte These von der Höherwertigkeit der „germanisch-nordischen Rasselemente“ in ihre Lehren integrierte, angesehen werden muss.

„Rassenpflege hat nicht das geringste [sic!] mit Rassenhochmut zu tun. Rassenhochmut setzt ein Werturteil über die verschiedenen Rassen voraus. Wir erblicken in den Unterschieden der Rassen nicht *Wert-*, sondern *Wesens-*verschiedenheiten. Und die Rasse unseres deutschen Volkes, die wir lieben und achten, wollen wir in ihrer Wesenheit erhalten und darum vor der Vermischung mit Wesensfremdem bewahren.“<sup>43</sup>

Boehms anderweitige Aussagen entsprachen jedoch keineswegs einer wertneutralen Haltung, die er mit diesen Worten zu vermitteln suchte; dies wird in einem weiteren Zitat aus einem Schulungsbrief von 1934 deutlich, in welchem er selbstverständlich rassistische Hierarchien voraussetzt und zwischen primitiven und anderen, geistig höher stehenden, unterscheidet:

„Wohl kann man Einzelwesen einer primitiven Rasse bis zu einem gewissen, eben durch die Erbanlagen gegebenen Grade bilden. Aber diese durch Erziehung, also durch Umwelteinflüsse erzielte Hebung des Geistes ist nicht erblich.“<sup>44</sup>

Zwar waren andere rassenhygienische Arbeiten Boehms, seine Vorträge und Aufsätze in verschiedenen nationalsozialistischen Publikationsorganen, gemessen an den ansonsten bekannten polemisch rassistischen Tendenzen zeitgenössischer Werke, eher zurückhaltend formuliert. Doch die Analyse seines Werkes vermag zu zeigen,

<sup>43</sup> Boehm, Volkspflege, in: Der Schulungsbrief, 1934, Heft 7, 17-30, hier 21 [Hervorhebung i. O.].

<sup>44</sup> Boehm, Erbkunde und Rasse, in: Der Schulungsbrief, 1934, Heft 3, 6-21, hier 11.

dass er mit diesen Arbeiten die Ziele der Nationalsozialisten – durchaus auch propagandistisch – unterstützte.<sup>45</sup>

Erkennbar wird dies beispielsweise in einem Vortrag, den Boehm auf der dritten Reichstagung des NSDÄB, vom 15. bis 19. September 1932 in Braunschweig, mit dem Titel „Rassenhygiene und Nationalsozialismus“ hielt.<sup>46</sup> Darin führte Boehm aus, Ziel der nationalsozialistischen Erziehung und Politik sei es, den deutschblütigen, deutschfühlenden, körperlich und geistig gesunden Menschen, der sich zum deutschen Volkstum bekenne, heranzubilden. Der „*Rassegedanke*“, der den „*nordischen Anteil unseres Blutes*“ (12) und die „*seelische Einstellung der nordischen Rasse*“ (12) als wertvoll und erfolgreich erkannt habe, werde auch aus der „*Stimme des Blutes*“ (11) bejaht, trotz des Wissens, dass es eigentlich keine „*reinen Rassen*“ (10) mehr gebe.

Um der Gefährdung der deutschen Volksgemeinschaft zu begegnen, beschwor Boehm die Zersetzungsarbeit der Feinde, die „*zielbewusst auf die Zerstörung des deutschen Volkstums*“ hinarbeiteten;<sup>47</sup> in der innenpolitischen Machtfrage müsse die „*deutsche Seele von ihrem wesensfremden Schmutzkleid*“<sup>48</sup> befreit werden. Diese Feinde identifizierte Boehm beispielsweise im Umfeld der Sexualforscher „*Magnus Hirschfeld und Markuse [Max Marcuse]*“,<sup>49</sup> ohne jedoch in diesem Beitrag explizit deren jüdische Herkunft herauszustellen. Allerdings polemisierte Boehm in einem der erwähnten Schulungsbriefe des Reichsschulungsamtes der NSDAP von 1934 gegen „*Marxisten und deren jüdische Führer*“.<sup>50</sup>

Boehm warnte vor der Vergreisung des Deutschen Volkes; er verneinte seine selbst gestellte Frage „*Können Völker sterben?*“<sup>51</sup>, verwies aber in der Begründung auf Frankreich, das, „*heute schon 15 Prozent fremdvölkischen Bluteseinschlag*“<sup>52</sup> habe. Auch das alte Rom sei krank gewesen, weil es nicht mehr den instinktmäßigen Trieb der Erhaltung gehabt habe. Für Frankreich gelte, es sei

„*nur eine Frage der Zeit, wann der Neger dem französischen Volk sein Gesicht aufgedrückt haben wird; denn die Neger besitzen noch ihren ungebrochenen Fortpflanzungswillen. Es ist eines der furchtbarsten Verbrechen an der weißen Rasse, daß sich Frankreich zum Einfallstor der schwarzen Rasse in Europa gemacht hat.*“<sup>53</sup>

<sup>45</sup> Etliche Artikel verfasste Boehm für den *Völkischen Willen*. 1939 war Boehm einer der Herausgeber der Zeitschrift *Der Biologe*, die zuvor durch die Forschungsgemeinschaft Deutsches Ahnenerbe e. V. herausgegeben worden war.

<sup>46</sup> Abgedruckt in: Ziel und Weg. Zeitschrift des Nationalsozialistischen Deutschen Ärzte-Bundes, 1932, 9-19. Die Zahlenangaben im Text am Ende der folgenden Zitate beziehen sich auf die Seiten dieses Beitrages.

<sup>47</sup> Vgl. den Vortrag Boehms 1932 (wie Anm. 46), 13.

<sup>48</sup> Ebd., 13.

<sup>49</sup> Ebd., 14.

<sup>50</sup> *Boehm*, Erbkunde und Rasse (wie Anm. 47), 11.

<sup>51</sup> *Boehm*, Volkspflege (wie Anm. 43), 20.

<sup>52</sup> Ebd.

<sup>53</sup> Ebd., 21.

In Boehms späteren Schriften und Äußerungen ist keine Änderung seiner rassistisch geprägten Haltung zu beobachten, selbst dann nicht, als er interne Kenntnisse von den Verbrechen des Regimes, die als Konsequenz der nationalsozialistischen Rassenhygiene zu werten sind, erhielt. Jedenfalls hatte er, seiner eigenen Zeugenaussage zufolge, die sich in den Verhörprotokollen des Nürnberger Ärzteprozesses finden lässt, durch den stellvertretenden Reichsärztführer Kurt Blome (1894-1969) im Jahr 1941 Kenntnis von Plänen erhalten, dass *„die geistige Oberschicht des polnischen Volkes durch ausgedehnte Sterilisierungen vernichtet werden sollte.“*<sup>54</sup> In einem am 25. November 1943 gehaltenen Vortrag anlässlich der feierlichen Immatrikulation der Studierenden für das Wintersemester 1943/44 in Gießen erklärte Boehm einem Zeitungsbericht zufolge<sup>55</sup> mit Durchhalteparolen den Krieg im Osten als *„weltanschaulichen Krieg“*. Die Grundlage der *„nationalsozialistischen Weltanschauung“*, die *„in krassem Gegensatz zum Individualismus des Westens und zum Kollektivismus im Osten“* stehe, sei im Rassegedanken zu finden und dieser basiere auf der Vererbungslehre. Das weltanschaulich geschlossenste Volk werde diesen Krieg gewinnen. Je stärker daher der Rassegedanke sich verankere, umso sicherer stehe am Ende das siegreiche Deutschland.

Dieser „Weltanschauungskrieg“ war in den von Deutschen besetzten Gebieten im Osten auch auf die Vernichtung der „jüdischen“ Bevölkerungsteile ausgerichtet, mit welchen ein dauerhaftes Zusammenleben den Nationalsozialisten schon lange vor Beginn des Krieges aus rassistisch-bevölkerungspolitischen Gründen prinzipiell unmöglich erschien. Es ist nicht wahrscheinlich, dass Boehm über den zu dieser Zeit im Osten stattfindenden Vernichtungskrieg nicht informiert war.

Man glaubte Boehm auch nicht, als er 1948 in der öffentlichen Sitzung der Spruchkammer Darmstadt-Lager behauptete, er habe von dem Terror des Regimes nicht gewusst. Das Verhörprotokoll vermerkt als Antwort auf die Frage des Vorsitzenden [Wilhelm Schmelzer]:

„[...] geben Sie mir Antwort, wie ist das psychologisch zu erklären, dass bei uns zuhause kleinen Kindern wenn sie den Namen [sic !] Dachau hörten ein eiskalter Schauer über den Rücken lief. Betroffener [Boehm]: Es ist zweifel-

<sup>54</sup> Zeugenaussage Boehms dokumentiert in: Klaus Dörner/Angelika Ebbinghaus/Karsten Linne (Hrsg.), Der Nürnberger Ärzteprozeß 1946/47. Wortprotokolle, Anklage- und Verteidigungsmaterial, Quellen zum Umfeld. Dt. Ausg. Mikrofiche-Edition, Erschließungsband. München 2000, 2/01285f.

<sup>55</sup> Vgl. *Gießener Anzeiger*, 20.12.1943. Am 16.12. war der Vortrag in dieser Zeitung wie folgt angekündigt worden: *„Es spricht Prof. Dr. Boehm, Direktor des Universitäts-Instituts für Erb- und Rassenpflege, über ‚Die Bedeutung der Vererbungslehre für den Nationalsozialistischen Rassegedanken‘. Das eigentliche Revolutionäre der nationalsozialistischen Weltanschauung liegt in dem Rassegedanken, denn damit setzt sich der Nationalsozialismus in schärfstem [sic!] Gegensatz zu der marxistischen Umweltstheorie. Auf dem Boden der gesicherten Ergebnisse der Vererbungslehre wird der Nachweis geführt, daß die Grundlagen des Rassegedankens wissenschaftlich absolut richtig sind.“*

los, dass in den KZ [sic!] Dinge vorgekommen sind, die untragbar waren, habe das auch nach dem Zusammenbruch erfahren.“<sup>56</sup>

## Die praktische Erbpflege

In Boehms Werk nehmen die Arbeiten, die der Verbreitung erbbiologischer Forschungsergebnisse und der praktischen Erbpflege dienen, den Schwerpunkt ein. Und unter Rekurs auf dieses Arbeitsgebiet wurde Boehm von universitärer Seite aus nach dem Krieg rehabilitiert, wobei seine Rolle als Dozent und Wissenschaftler unabhängig von seiner politischen Karriere betrachtet wurde. Im Laufe seiner Tätigkeit auf erb- und rassenbiologischem Gebiet hatten sich Boehms Arbeiten allerdings verändert: In den frühen 1930er Jahren hielt Boehm beispielsweise den Gedanken, das untüchtigste Drittel der deutschen Bevölkerung (etwa 20 Millionen Menschen) durch Massensterilisationen von der Fortpflanzung auszuschalten, für gar nicht so grotesk.<sup>57</sup> Zur Verbesserung des „*deutschen Volkskörpers*“ in gesundheitlicher Hinsicht erläuterte Boehm die negativen Maßnahmen, die eine nationalsozialistische Bevölkerungspolitik in der Erbpflege anstrebte. Ziel der eugenischen Maßnahmen sei es, nachdem jeder „*Deutschblütige [...] erbbiologisch erfasst*“<sup>58</sup> sei, „*mehr und mehr das Erbgut, das dem Wohl der Allgemeinheit abträglich, das asozial ist, aus dem deutschen Volkskörper auszuschalten.*“<sup>59</sup> Boehms Lösungsvorschläge zur Verhütung der Fortpflanzung „*asozialer Elemente*“ beinhalten die zwangsweise Sterilisation und Asylierung „*schwer geistig minderwertiger und krimineller Personen*“, im Übrigen ohne konkret auszuführen, was er unter „*geistig minderwertig*“ verstand. Weiter führte Boehm aus:

„Allerdings wollen wir auch nicht ein lebensunwertes Leben um jeden Preis künstlich erhalten, wie es die heutige Humanität fordert, die in Wahrheit inhuman ist. Denn die Opfer für die Erhaltung der körperlich und geistig Minderwertigen trägt natürlich der körperlich und geistig gesunde, für das Volk wertvolle Mensch [...]“<sup>60</sup>

In seinen späteren Arbeiten vermittelte Boehm jedoch vor allem Ergebnisse der zeitgenössischen erbbiologischen Forschung. Teils referierte er diese einfach, teils aber nutzte er sie, um die Ziele der nationalsozialistischen Gesundheits- und Bevölkerungspolitik zu erläutern, wie beispielsweise in dem 1937 veröffentlichten kurzen Artikel „Ist es einem wegen epileptischer Anfälle sterilisierten Mädchen gestattet einen gesunden Mann zu heiraten?“<sup>61</sup> Die Frage verneinte Boehm unter anderem mit

<sup>56</sup> Protokoll der öffentlichen Sitzung der Spruchkammer Darmstadt-Lager vom 6.9.1948, in: Spruchkammerakte Boehm (wie Anm. 2).

<sup>57</sup> Vgl. Boehm, „Nationalsozialistische Gedanken zum § 218“, in: Nationalsozialistische Monatshefte 1932, 126-131, hier: 130f.

<sup>58</sup> Vgl. den Vortrag Boehms 1932 (wie Anm. 46), 14.

<sup>59</sup> Ebd., 15.

<sup>60</sup> Ebd.

<sup>61</sup> Zeitschrift für ärztliche Fortbildung (im Folgenden: Z.ä.F.) 34, 1937, 293.

einem Zitat des „Führers“ aus „Mein Kampf“. Unter dem Titel „Die Erkrankungswahrscheinlichkeit für die Kinder Zuckerkranker“<sup>62</sup> gab Boehm einen Überblick über die Forschung an Zwillingen, von denen ein Elternteil an Diabetes mellitus erkrankt war. Aufgrund der Ergebnisse teilte er mit, dass diese Kinder ein 20fach höheres Risiko besäßen, ebenfalls zu erkranken, dass aber durch geeignete Ernährung und andere Umweltfaktoren die Erkrankungswahrscheinlichkeit abgesenkt werden könne, worin der unmittelbar praktische Wert der erbbiologischen Forschungsergebnisse liege. Zu Beginn dieses Artikels verwies Boehm auf die unterschiedliche Betrachtungsweise der Heilkunde und der Rassenhygiene. Sei erstere mit Recht stolz auf die Behandlungsmöglichkeit einer Erkrankung wie die des jugendlichen Diabetes mellitus, die vor wenigen Jahrzehnten noch rettungslos zum frühen Tod geführt habe, so dränge sich dem „Rassenhygieniker dagegen [...] die bange Frage auf: Wie wirkt sich die Erhaltung dieser ‚geheilten‘ Diabetiker in der Zukunft für unser Volk aus?“<sup>63</sup>

Interessant waren für Boehm und andere Erbbiologen seiner Zeit insbesondere die Träger von Erbkrankheiten, die selbst nicht erkrankt waren oder die angeblich eine konstitutionelle „Organminderwertigkeit“ aufwiesen, ohne dass phänotypisch größere pathologische Erscheinungen zu erkennen gewesen wären. Die Gefahr dieser nicht wahrnehmbaren „Minderwertigkeit“ sah man in der zunehmenden Verschlechterung des biologischen Wertes einer Population, in der Reduktion der Leistungs- und Widerstandsfähigkeit. Diese Art der Schädigungen wurde vom rassenhygienischen Standpunkt aus als besonders ungünstig bewertet, insofern die Träger sowohl der natürlichen als auch möglicherweise der künstlichen Selektion (seit 1934 durch das „Sterilisationsgesetz“, das *Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses*) entgingen.<sup>64</sup> Teilweise allerdings flossen bereits solche über Sippentafeln herauszu-

<sup>62</sup> Z.ä.F. 37, 1940, 335-337; vgl. auch noch die folgenden Artikel *Boehms* in dieser Zeitschrift: Wie können aus Familienuntersuchungen erbbiologische Schlußfolgerungen gezogen werden?, ebd., 206-209; Bekanntes und Neues aus der Zwillingsforschung, ebd., 239-241; Aus der Zwillingsforschung, ebd., 530-533; Das Bauerntum als Blutsquell des Volkes Z.ä.F. 35, 1938, 325-327; Aus der Konstitutionsforschung, Z.ä.F. 36, 1939, 205-207; Aus der Zwillingsforschung, ebd., 498-501; Krieg und Bevölkerungspolitik Z.ä.F. 38, 1941; Aus der menschlichen Erbforschung, ebd., 760-763; Körperliche Missbildungen Z.ä.F. 39, 1942, 8-12; Bevölkerungspolitische Umschau, ebd., 274-277; Aus der Konstitutionsforschung, ebd., 475-477; Bevölkerungspolitische Umschau Z.ä.F. 40, 1943, 323f.; Bevölkerungspolitische Umschau Z.ä.F. 41, 1944, 11f.; Bevölkerungspolitische Umschau, ebd., 134.

<sup>63</sup> Z.ä.F. 37, 1940, 335-337, hier: 335.

<sup>64</sup> Vgl. das von dem Oberarzt am Erbbiologischen Forschungsinstitut in Alt-Rehse, *Gerhard Schubert*, verfasste Kapitel „Genetische Grundlagen der Erbschädigungsgefahren“, in: *G. Schubert, A[rtur]. Pickhan*, Erbschädigung. Leipzig 1938, 110-127, hier 115f. Der Band erschien in der von Boehm mit herausgegebenen Reihe *Probleme der theoretischen und angewandten Genetik* (vgl. Anm. 35). Das ebenfalls von *Schubert* verfasste Kapitel „Genetischer Aufbau von Populationen“ endet (71ff.) mit den Ausführungen, dass die natürliche Selektion nicht die Ausmerzungen aller „Minderwertigen“ und nicht die Gesunderhaltung der Population gewährleisten könne, da die sozialen Einrichtungen der Menschen unter Beihilfe der Medizin dieser Selektion entgegenarbeiten.

filternde Diagnosen in die praktischen erbpflegerischen Überlegungen ein. Da zum Beispiel auch eine Disposition für eine Tuberkuloseerkrankung als erblich angesehen wurde,<sup>65</sup> galt das Vorkommen von Tuberkulose innerhalb der Familie als erbbiologischer Belastungsfaktor und konnte im Verbund mit anderen belastenden Daten auch zur Zwangssterilisation des Betroffenen führen.<sup>66</sup>

## Die Betroffenen

Boehm hielt es, wie viele seiner Zeitgenossen auch, angesichts der viel beschworenen Degeneration des deutschen Volkes für nötig, den „Aufartungsprozess“ durch derartige Eingriffe zu lenken. Wer nun konkret von einer solchen Maßnahme des Staates, für welche es ab 1934 mit dem *Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses* eine weit auslegbare gesetzliche Grundlage gab, betroffen war, lässt sich anhand von Einzelfallauswertungen der Erbgesundheitsgerichtsakten im Oberhessischen Raum nachvollziehen:<sup>67</sup> Da das Gesetz einen breiten Auslegungsspielraum zuließ, waren sozial auffällige Personen jeden Alters neben den psychisch Erkrankten am häufigsten betroffen. Es befanden sich unter den Probanden z. B. ein 16-jähriger Junge aus gutbürgerlichen Verhältnissen, der einen ersten schizophrenen Schub erlitten hatte und dem die Tragweite des Eingriffs nicht klar gemacht werden konnte; betroffen war ein 13-jähriges im Heim lebendes Mädchen mit einem diagnostizierten

---

<sup>65</sup> Vgl. *Karl Diehl/Otmar Frhr. von Verschuer*, Der Erbeinfluß bei der Tuberkulose (Zwillingsforschung II). Jena 1936, 133. Vgl. weiter *Hans-Walter Schmuhl*, Grenzüberschreitungen. (wie Anm. 38), 84ff., auch zur Methodenkritik der Zwillingsforschung.

<sup>66</sup> Die Belastungsfaktoren wurden in Erbkarteien, die zunächst regional angelegt wurden, notiert. Ab 1934 gab es Bestandsaufnahmen im Thüringischen Amt für Rassewesen und in der Abteilung „Erbgesundheits- und Rassenpflege“ der hessischen Ärztekammer in Gießen unter H. W. Kranz. Vgl. *Oehler-Klein*, Das Institut (wie Anm. 34). Notiert wurden Beruf, Konstitution („kräftig, muskulös“, „schmächtig“), Arten des Todes in der Familie, Krankheiten des Gemüts, sonstige Krankheiten (Tuberkulose, Zuckerkrankheit, Syphilis), auffällige Leistungen und Verhalten („soll unselbständig sein“). Vgl. z. B. die Einträge in die Sippschaftstafel, eingefügt in Akten des Erbgesundheitsgerichts Gießen: Hessisches Staatsarchiv Darmstadt (HStAD), G 29 U Nr. 1045 und Nr. 894. Eine reichsweite Regelung zur Anlage von Sippentafeln galt schließlich 1936 für die Heil- und Pflegeanstalten. Vgl. *Renate Rosenau* (unter Mitarbeit von Gunda John und Heidi Klee), Die Alzeier Landes-Heil- und Pflegeanstalt in der Zeit des Nationalsozialismus, in: 100 Jahre Rheinhessen-Fachklinik Alzey. Festschrift zum 100-jährigen Gründungsjubiläum. Alzey 2008, 67-100, hier 76.

<sup>67</sup> Nachweise zu den genannten Fällen bei *Sigrid Oehler-Klein*, „... als gesunder Mensch kam ich nach Gießen, krank kam ich wieder nach Hause ...“. Die Durchsetzung des eugenischen Programms der Nationalsozialisten in Gießen – Psychiatrische Universitätsklinik und das Institut für Erb- und Rassenpflege 1933-1945, in: *Psychiatrie in Gießen – Facetten ihrer Geschichte zwischen Fürsorge und Ausgrenzung, Forschung und Heilung*. Begleitband zur Ausstellung „Vom Wert des Menschen“. Zentrum für soziale Psychiatrie, Gießen (Historische Schriftenreihe des Landeswohlfahrtsverbandes Hessen, Quellen und Studien, Bd. 9), Gießen 2003, 199-249.

„*nicht sehr erheblichen, doch sicheren Schwachsinn*“,<sup>68</sup> dann ein 48-jähriger verheirateter Mann, der bereits erwachsene Kinder hatte und dessen Familienplanung längst abgeschlossen war; auch eine an Epilepsie erkrankte Frau, die aber aufgrund einer guten Medikation seit zwei Jahren keinen Anfall mehr erlitten hatte. Die Liste dieser Personen, die sich teilweise verzweifelt, doch ohne Erfolg, gegen die Zwangsmaßnahme wehrten, ließe sich beliebig verlängern. Vor allem dienten Zwangssterilisierungen auch der sozialen Steuerung in Deutschland, das nach Aussage Boehms von der Vergreisung und Verelendung bedroht war. Boehm erachtete Zwangssterilisierungen als ein probates Mittel innerhalb der Schicht, die,

„[...] von dem Geburtenrückgang nicht oder kaum erfasst [ist], das ist die Schicht, deren Kinder die Idiotenanstalten und Hilfsschulen, die Fürsorgeanstalten und Gefängnisse füllen. Die Schicht dieser erblich schwer Belasteten hat auch heute noch eine durchschnittliche Kinderzahl von 4 und mehr Kindern. Also ein doppelt so großer Nachwuchs wie in dem Beispiel der Weißen und der Neger!“<sup>69</sup>

Die angestrebte Steigerung der Durchsetzungs- und Leistungsfähigkeit der deutschen Volksgemeinschaft betraf im Nationalsozialistischen Staat allerdings nicht nur die gewaltsame Verhinderung der Fortpflanzung, sondern auch die Ausmerzungen von so genannten Balastexistenzen. Spätestens seit 1940 hatte Boehm genauere Kenntnis über die Tötung von Patienten im Rahmen der „Aktion T4“.<sup>70</sup> Zu seiner Entlastung verwies Boehm in den politischen Verfahren nach dem Krieg auf seinen „Protest“ gegen die Krankentötungen, nachdem er auf diese Aktion hingewiesen worden war.<sup>71</sup> Doch seine Argumentation, die er an höchsten Stellen, bei Martin Bormann und Karl Brandt, vorgetragen hatte, war nicht prinzipiell gegen die Patiententötungen gerichtet, sondern gegen die Art des Verfahrens, nämlich

<sup>68</sup> Schreiben des Direktors der Gießener Psychiatrischen und Nervenklinik, Prof. H. Hoffmann an das Erbgesundheitsgericht Gießen vom 21.11.1935, Hessisches Staatsarchiv Darmstadt (HStAD), G 29 U, Nr. 1233.

<sup>69</sup> Boehm, *Volkspflege* (wie Anm. 43), 25.

<sup>70</sup> Die Aktion ist benannt nach dem Sitz der zentralen Verwaltung der Vernichtungsaktion in Berlin, Tiergartenstraße 4; geplant worden war sie in der Kanzlei des Führers. Diese erste zentral organisierte Phase der Krankentötungen wurde in Deutschland von Anfang 1940 bis August 1941 durchgeführt; mehr als 70.000 Patienten wurden getötet.

<sup>71</sup> Professor Kurt Klare, wie Boehm Gründungsmitglied des Nationalsozialistischen Deutschen Ärztebundes und Beauftragter für das ärztliche medizinische Schriftwesen, erhielt die Information durch einen Brief von Bischof Theophil Wurm in Württemberg; Klare wandte sich offenbar an Boehm, weil dieser ein alter Parteigenosse war; vgl. die Abschrift des Protokolls der Zeugenvernehmung während des Nürnberger Ärzteprozesses – Vernehmung Boehms durch Mr. Herbert H. Meyer auf Veranlassung von A. G. Hardy, SS-Section, am 5.11.1946 – sowie die Abschrift der Erklärung von Karl Brandt, ehemaliger Reichsbevollmächtigter für das Gesundheitswesen und einer der Hauptverantwortlichen für die Krankenmorde, am 7.3.1947 zum Protest Boehms; in: Spruchkammerakte Boehm (wie Anm. 2); vgl. auch die eidesstattliche Erklärung Boehms vom 28.2.1947 in: K. Dörner, A. Ebbinghaus, K. Linne, *Der Nürnberger Ärzteprozeß* (wie Anm. 54), 2/02628.

„1) die unschoene Art der Benachrichtigung der Angehoerigen, 2) das Fehlen eines Versuches, die Zustimmung der Angehoerigen zur Durchfuehrung der Euthanasie einzuholen, 3) die Angabe fingierter Todesursachen“.<sup>72</sup>

Boehm erklärte laut Protokoll der Zeugenvernehmung während des Nürnberger Ärzteprozesses vom 5. November 1946,<sup>73</sup> er halte diese Art der Tötungen für ein Verbrechen; er deutete an, dass er grundsätzlich eine Krankentötung nur dann befürwortete, wenn in aussichtslosen Fällen und bei schweren Qualen der Kranke selbst oder die Angehörigen mit der Euthanasie einverstanden seien. Im Verfahren vor der Spruchkammer in Darmstadt im Jahr 1948 gab Boehm an, er sei davon ausgegangen, dass auch aufgrund seines Einspruchs die Tötungsaktionen gestoppt worden seien. Allerdings erklärte Boehm in dieser nachträglich vorgetragenen Position nicht die zeitliche Differenz zwischen seinem „Protest“ im Herbst 1940 und dem Ende der Tötungsaktion im August 1941.

Unabhängig davon zeigt dieser Vorgang allerdings, dass die Kenntnisse Boehms über den verbrecherischen Charakter des Regimes weit reichend waren. Boehms Engagement in der Vermittlung erbpflegerischer Ziele und Methoden im Interesse der Ziele des nationalsozialistischen Staates blieb dennoch bis zum Ende seiner universitären Karriere im Jahr 1945 bestehen. Wenngleich wesentliche rassenhygienische Positionen schon vor 1933 entwickelt worden waren, unterstützte Boehm deren Umsetzung und Radikalisierungen in der praktischen Politik der Nationalsozialisten mit seinen Schriften nachhaltig.

---

<sup>72</sup> Ebd., Eidesstattliche Erklärung Boehms.

<sup>73</sup> Ebd., Protokoll Zeugenvernehmung.



Kathleen Haack, Ekkehardt Kumbier

## **Verbrechen an psychisch Kranken und Behinderten in der Zeit des Nationalsozialismus**

### **Eine Bestandsaufnahme unter besonderer Berücksichtigung von Mecklenburg und spezifisch Rostock<sup>1</sup>**

Vergangenheit kann nicht bewältigt werden. Sie kann erinnert, vergessen oder bewusst verdrängt werden. Nicht selten ist man geneigt, sich von ihr abzuwenden, erst recht im Angesicht der schrecklichen Ereignisse der jüngeren deutschen Geschichte. Was Menschen anderen Menschen angetan haben, ist unvorstellbar, so sehr, dass die bewusste Erinnerung daran zutiefst belastend ist. Dies gilt auch für eines der dunkelsten Kapitel der deutschen Medizin, dem unter dem euphemistischen Begriff „Euthanasie“ – wörtlich: der leichte, gute Tod – begangenen systematischen Mord an psychisch kranken und/oder behinderten Menschen. Ihr Tod war alles andere als leicht. Sie wurden erschossen, vergast, mit Tabletten oder Injektionen getötet oder mussten verhungern. Wer den nationalsozialistischen rassebiologischen Utopien nicht entsprach, konnte schnell ins Abseits geraten. Diejenigen, die als minder intelligent, behindert oder unheilbar krank galten, wurden ab 1933 im Interesse der „Höherentwicklung der eigenen Rasse“ zwangssterilisiert. Nicht wenige von ihnen fielen ab 1939 den Morden an Kranken und Behinderten zum Opfer. Ihr Tod resultierte aus der Verabsolutierung des vermeintlichen Nutzens für eine Gesellschaft, deren Grenzen immer enger gesteckt wurden. Als „Ballastexistenzen“ und „minderwertig“ etikettiert, hatten diese Menschen keine Berechtigung auf Leben.

In Anbetracht der Tendenzen, den Wert eines Lebens allein an seiner Leistungsfähigkeit zu messen – erinnert sei an die aktuelle Diskussion um aktive Sterbehilfe an Demenzkranken – erscheint es umso wichtiger, sich des Schicksals der Opfer zu erinnern, zur bleibenden Achtung ihrer Würde und zur Mahnung.

### **„Der Krieg gegen wehrlose Menschen“**

Zwischen 1939 und 1945 wurden ca. 300.000 Patienten systematisch ermordet.<sup>2</sup> Die so genannte Aktion T4, benannt nach dem geheimen Sitz der Organisation in der Tiergartenstraße 4 in Berlin, war die erste systematisch und zentral organisierte

---

<sup>1</sup> Bei dem vorliegenden Aufsatz handelt es sich um eine modifizierte und aktualisierte Version einer 2010 erschienenen Publikation: *Kathleen Haack/Ekkehardt Kumbier*, *Lebensspuren – Opfer der Rostocker Psychiatrischen und Nervenlinik während der Zeit des Nationalsozialismus*, in: *Trauma und Gewalt* 4, 2010, 282-292.

<sup>2</sup> Vgl. *Heinz Faulstich*, Die Zahl der „Euthanasie“-Opfer, in: *Andreas Frewer/Clemens Eickhoff* (Hrsg.), *„Euthanasie“ und die aktuelle Sterbehilfe-Debatte. Die historischen Hintergründe medizinischer Ethik*, Frankfurt am Main/ New York 2000, 227-229.

Massenvernichtung im Nationalsozialismus. Ihr ging der so genannte „Gnadentod-Erlass“ voraus. Hitler hatte darin verfügt, dass

„[...] die Befugnisse namentlich zu bestimmender Ärzte so zu erweitern [sein], daß nach menschlichem Ermessen unheilbar Kranken bei kritischster Beurteilung ihres Krankheitszustandes der Gnadentod gewährt werden kann.“<sup>3</sup>

Tatsächlich hatte der Inhalt des Dokuments mit der Realität nichts gemein. Was nun begann war die praktische Umsetzung der auf dem Papier längst vorbereiteten „Euthanasie“-Aktion. Es begann der Krieg gegen wehrlose Menschen. Mordzentren, ausgestattet mit einer möglichst effizienten Art der Tötung, mussten eingerichtet, die Transporte der Opfer, möglichst unauffällig, organisiert werden. Doch zunächst galt es, diejenigen auszusondern, die nach Ansicht der Nationalsozialisten keine Berechtigung auf Leben hatten. Von der T4-Zentrale in Berlin wurden Fragebogen an staatliche, konfessionelle und private Nervenkliniken, an Heime und ähnliche Einrichtungen verschickt, in denen psychisch kranke und/oder behinderte Menschen untergebracht waren. Über den Zweck dieser Auskünfte wurden die Anstaltsleiter zunächst nicht informiert. Zu melden waren alle Patienten, die

„[...] an nachstehenden Krankheiten leiden und in den Anstaltsbetrieben nicht oder nur mit mechanischen Arbeiten (Zupfen u. ä.) zu beschäftigen sind:

Schizophrenie  
Epilepsie (wenn exogen, Kriegsdienstbeschädigung oder andere Ursachen angeben),  
senile Erkrankungen,  
Therapie-refraktäre Paralyse und andere Lues-Erkrankungen,  
Schwachsinn jeder Ursache,  
Encephalitis,  
Huntington und andere neurologische Endzustände [...]“<sup>4</sup>

Außerdem sollten alle Patienten erfasst werden, die sich seit mindestens fünf Jahren in Anstalten befanden, kriminelle Geisteskranke, diejenigen, die nicht die deutsche Staatsangehörigkeit besaßen oder nicht „*deutschen oder artverwandten Blutes*“<sup>5</sup> waren.

Damit war der Rahmen eines „*lebensunwerten Lebens*“ abgesteckt.

<sup>3</sup> Hans-Walter Schmuhl, Rassenhygiene, Nationalsozialismus, Euthanasie: von der Verhütung zur Vernichtung „lebensunwerten Lebens“, 1890-1945, Göttingen 1992, 190.

<sup>4</sup> Zit. nach Ernst Klee, Euthanasie im NS-Staat. Die Vernichtung lebensunwerten Lebens, Frankfurt/M. 2001, 93.

<sup>5</sup> Ebd.

## Die Aufarbeitung der Verbrechen an psychisch Kranken und Behinderten während der Zeit des Nationalsozialismus

Auch nach mehr als 60 Jahren stellt die Beschäftigung mit verschiedenen Opfergruppen einen Bereich der historischen Forschung dar, der bisher allenfalls marginal Aufmerksamkeit fand. Den ersten, unmittelbar nach Kriegsende entstandenen Arbeiten über die Morde an Geisteskranken und Behinderten folgte ein langes Schweigen.<sup>6</sup> Es schien jahrzehntelang so, dass das Verdrängen und die Vertuschung dieser Verbrechen erfolgreich von statten gehen könnte. Erst seit Beginn der 1980-er Jahre widmete die Zeitgeschichtsforschung der nationalsozialistischen „Euthanasie-Aktion“ sowie den Zwangssterilisationen mehr Aufmerksamkeit. Mit der Entdeckung der so genannten „Euthanasie“-Akten im ehemaligen Zentralarchiv des Ministeriums für Staatssicherheit der DDR und der damit verbundenen, seit 2001 möglichen Einsicht in diese, erhielt die „Euthanasie“-Forschung eine neue Dimension. Damit wurde auch ein umfassender Perspektivwechsel möglich. Nicht mehr nur der Prozess der „NS-Euthanasie“ und das Handeln und die Motive der Täter stehen im Mittelpunkt der Forschung, sondern auch die individuelle Würdigung der Opfer.<sup>7</sup>

Und dennoch. Trotz dieser positiven Entwicklung und der damit verbundenen steigenden Anzahl von Publikationen muss für viele Regionen noch immer konstatiert werden, dass die historische Aufarbeitung der Verbrechen an psychisch Kranken und Behinderten allenfalls fragmentarisch erfolgte. Sie gehören noch immer zu der Gruppe Geschädigter, die als solche am wenigsten in der Öffentlichkeit wahrgenommen werden.<sup>8</sup> Der Friedensnobelpreisträger und KZ-Überlebende Elie Wiesel stellte einmal konsterniert fest:

„Schweigen [...] ist mächtiger als das Wort, denn es bezieht seine Kraft und sein Geheimnis aus einem entfesselten, wahnsinnigen Universum, das verdammt ist durch seine [...] mörderische Vergangenheit.“<sup>9</sup>

Glücklicherweise hat er nicht geschwiegen. Denn: Schweigen verurteilt die Opfer zur Anonymität und damit zum Vergessen. Es ist an uns, dieses Schweigen zu durchbrechen.

---

<sup>6</sup> Alexander Mitscherlich/Fred Mielke, *Das Diktat der Menschenverachtung*, Heidelberg 1947; Alice Platen-Hallermund, *Die Tötung Geisteskranker in Deutschland*, Frankfurt/M. 1948.

<sup>7</sup> Gerrit Hohendorf/Maike Rotzoll/Paul Richter/Wolfgang U. Eckart/Christoph Mundt, *Die Opfer der nationalsozialistischen „Euthanasie-Aktion T4“*. Erste Ergebnisse eines Projektes zur Erschließung von Krankenakten getöteter Patienten im Bundesarchiv Berlin. *Nervenarzt* 73, 2002, 1065-1074; Maike Rotzoll/Gerrit Hohendorf/Petra Fuchs/Paul Richter/Wolfgang U. Eckart (Hrsg.), *Die nationalsozialistische „Euthanasie“-Aktion „T4“ und ihre Opfer. Geschichte und ethische Konsequenzen für die Gegenwart*, Paderborn 2010.

<sup>8</sup> Hohendorf u. a., *Die Opfer der nationalsozialistischen „Euthanasie-Aktion T4“* (Anm. 7), 1065.

<sup>9</sup> Elie Wiesel, *Der Schwur von Kolvillag*, München 1986, 15.

## Zur Aufarbeitung der Verbrechen an psychisch Kranken und Behinderten in Mecklenburg

Mit dem im Jahr 2008 an der Klinik für Psychiatrie der Universität Rostock begonnenen Projekt *Die Opfer der nationalsozialistischen „Euthanasie-Aktion T4“ in Mecklenburg*<sup>10</sup> sind erste wichtige Schritte gegangen, um auch endlich für diese Region Licht ins Dunkel zu bringen. Dabei konnte auf verschiedene Vorarbeiten zurückgegriffen werden.<sup>11</sup> Sie stellen jedoch nur den Beginn der Auseinandersetzung mit den Verbrechen an kranken und behinderten Menschen in Mecklenburg dar. Es bedarf nun der konsequenten Auswertung des bisher kaum beachteten Quellenmaterials. Im Rückgriff auf die Krankenblattarchive des Zentrums für Nervenheilkunde der Universität Rostock, des Fachkrankenhauses für Psychiatrie in Uchtspringe und der Carl-Friedrich-Flemming-Klinik in Schwerin sowie den Archivbeständen des Universitätsarchivs Rostock, des Landeshauptarchivs Schwerin, des Stadtarchivs Neustrelitz und des Archivs des Bundesbeauftragten für Stasi-Unterlagen konnten neue Erkenntnisse gewonnen werden. Von besonderer Bedeutung sind zudem die „Euthanasie“-Patientenakten im Bundesarchiv Berlin (Bestand R179). Dort sind 248 Krankenakten von Mecklenburger Patienten nachweisbar, die in der Tötungsanstalt Bernburg vergast wurden. Nach bisherigen Erkenntnissen muss man jedoch davon ausgehen, dass mindestens 449 Kranke aus psychiatrischen Kliniken des Landes Mecklenburg (Schwerin-Sachsenberg, Rostock-Gehlsheim, Domjüch bei Neustre-

---

<sup>10</sup> Am 27. Januar 2009 wurde auf Initiative von Frau Prof. Dr. Sabine Herpertz am Zentrum für Nervenheilkunde der Universität Rostock ein Mahnmal für die Opfer von Zwangssterilisationen und „Euthanasie“ eingeweiht. Es erinnert daran, dass neben zahlreichen Zwangsterilisationen auch kranke und behinderte Menschen aus der Rostocker Psychiatrischen und Nervenklinik abtransportiert und im Rahmen der so genannten Euthanasieaktion getötet wurden (Abb. 1).

<sup>11</sup> *Ines Miesch*, Die Heil- und Pflegeanstalt Gehlsheim – Von den Anfängen bis 1946. Rostock 1996; *Holger Weigel*, Die Geschichte der Psychiatrischen und Nervenklinik Rostock-Gehlsheim 1896-1945. Diss. med. Rostock 1996; *Ines Miesch*, Zwangssterilisation in Mecklenburg während der Zeit des Nationalsozialismus. *Zeitgeschichte Regional, Mitteilungen aus Mecklenburg-Vorpommern* 2, 1998, 4-9; *Gabriele Moser*, NS-Zwangssterilisation und „Erbpflege“ in der Nachkriegsgesellschaft. Bruchstücke aus der Geschichte der SBZ/DDR und Mecklenburg(-Vorpommerns). *Zeitgeschichte Regional, Mitteilungen aus Mecklenburg-Vorpommern* 2, 1998, 10-15; *Christiane Witzke*, Domjüch. Erinnerungen an eine Heil- und Pflegeanstalt in Mecklenburg-Strelitz. Neubrandenburg 2001; *Helga Schubert*, Die Welt da drinnen. Eine deutsche Nervenklinik und der Wahn vom ‚unwerten Leben‘. Frankfurt/M. 2003; *Jens-Uwe Rost*, Der Schweriner Zwangssterilisationsprozeß. *Zeitgeschichte Regional* 7, 2003, 78-80; *Ders.*, Zwangssterilisationen aufgrund des „Erbgesundheitsgesetzes“ im Bereich des Schweriner Gesundheitsamtes. Schwerin 2004; *Andreas Broocks*, Die Geschehnisse auf dem Sachsenberg im Rahmen des nationalsozialistischen Euthanasieprogramms. Schwerin 2007; *Lothar Pelz*, Mecklenburgische Kinderärzte und NS-„Kindereuthanasie“, in: Ekkehardt Kumbier/Stefan J. Teipel/Sabine C. Herpertz (Hrsg.), *Ethik und Erinnerung. Zur Verantwortung der Psychiatrie in Vergangenheit und Gegenwart*. Lengerich 2010, 59-69; *Catalina Lange*, Umsetzung der zentralen und dezentralen Euthanasie in der Heil- und Pflegeanstalt Schwerin-Sachsenberg, in: ebd., 38-45; *Kathleen Haack/Ekkehardt Kumbier*, Die Opfer der nationalsozialistischen „Euthanasie-Aktion T4“ der Universitätsnervenklinik Rostock-Gehlsheim. in: ebd., 46-58.

litz) der „Euthanasie“-Aktion zwischen 1940 und 1941 zum Opfer fielen.<sup>12</sup> Hinzu kommt die Tötung der Kinder in der so genannten Kinderfachabteilung in Schwerin-Lewenberg sowie die Ermordung der Patienten, die der „dezentralen Euthanasie“ nach dem Stopp der „Aktion T4“ im August 1941 zum Opfer fielen. Sie wurden bis zum Ende des Krieges mit Tabletten oder Injektionen getötet oder mussten verhungern. Auch das Schicksal der in Mecklenburger Heimen u. ä. Einrichtungen untergebrachten behinderten Menschen ist bisher in der Forschung gar nicht berücksichtigt worden. Außerhalb der „Aktion T4“, so die Analyse Heinz Faulstichs für Mecklenburg, waren es etwa 2.000 Opfer.<sup>13</sup> Diese Zahl scheint hoch gegriffen. Es wird die Aufgabe künftiger Forschung sein, darüber Klarheit zu schaffen.



Abb. 1: Mahnmal für die Opfer der Nazi-Diktatur. Gedenkstätte am Zentrum für Nervenheilkunde der Universität Rostock (Foto: Ekkehardt Kumbier).

### Erste Ergebnisse – Das Beispiel Rostock-Gehlsheim

In einem ersten Schritt wurden die Materialien des Zentrums für Nervenheilkunde der Universität Rostock ausgewertet. Dabei konnte auf relevante Dokumente aus den Jahren 1938 bis 1945 zurückgegriffen werden, wozu ca. 30.000 Diagnosekarten, die Aufnahme-, Entlassungs- und Sterbebücher sowie wenige, noch vorhandene stationäre Krankenakten (411) zählen. Die Auswertung des Quellenmaterials zeigt folgendes Bild: Zwischen 1938 und 1945 wurden insgesamt 8104 Patienten stationär in der Rostocker Klinik behandelt. Es waren alle Altersgruppen vertreten, vom Kleinkind bis zum Greis (1. Lebensjahr bis 104 Jahre). Die durchschnittliche Verweil-

<sup>12</sup> Für die Nervenklinik Rostock-Gehlsheim sind mindestens 44 Patienten nachgewiesen, aus der Domjücher Anstalt sind 46 Patienten namentlich bekannt; nach Zeugenaussagen waren es jedoch mindestens 100 sowie etwa 30 aus der Abteilung für Geisteskranke des Gefängnisses Altstrelitz (BStU A.-St 156/83). Die Namen aller aus Schwerin nach Bernburg verlegten 275 Patienten sind bekannt. Davon sind 179 Patientenakten im Bundesarchiv Berlin, Bestand R 179, nachweisbar.

<sup>13</sup> Heinz Faulstich, *Hungersterben in der Psychiatrie*. Freiburg 1998, 582.

dauer betrug in der Summe der Aufenthalte 134 Tage. In 17,1% der Fälle wurde keine Diagnose angegeben oder es waren keine Diagnosekarten vorhanden, obwohl der Patient im Aufnahmebuch vermerkt war. Mit 8,1 % war die Gruppe der senilen Erkrankungen (Arteriosklerose, senile Demenz, Alzheimersche Krankheit, Psychose im Rückbildungsalter) die am häufigsten gestellte, gefolgt von den Einzeldiagnosen Psychopathie (6,6%), Schizophrenie (6,1%), Schwachsinn (5,0%) und Epilepsie (4,4%) (siehe Tab.).

<b>Diagnose</b>	<b>Häufigkeit (total)</b>	<b>Häufigkeit (prozentual)</b>
ohne Befund (bzw. ohne Angabe)	1384	17,1
senile Erkrankungen	656	8,1
Psychopathie	531	6,6
Schizophrenie	491	6,1
Schwachsinn	412	5,0
Epilepsie	356	4,4
neurologische Endzustände	288	3,6
Paralyse	185	2,0
Lues	183	2,0
Depressionen	144	1,8
Encephalitis	130	1,6
schwerer Alkoholismus	53	0,7
erblicher Veitztanz	41	0,5
Lähmungen	21	0,3
Hydrozephalus	16	0,2
erbliche Taubheit	2	-
restliche Diagnosen	3211	40,0
<b>Gesamt</b>	<b>8104</b>	<b>100</b>

Tabelle: Verteilung der Diagnosehäufigkeiten 1938-1945 an der Universitätsnervenklinik Rostock-Gehlsheim.

Bei Überbelegung der Klinik kam es immer wieder zu Verlegungen nach Domjüch oder Schwerin. Dies betraf insbesondere die Patienten, die als nicht heilbar galten. Nicht selten kam es zu Rückverlegungen und erneuten Verlegungen in die genannten Anstalten. Zwischen dem 4. und 7. September 1939 fanden Verlegungen in größerem Umfang statt. Hintergrund war, dass im Zuge kriegsbedingter Maßnahmen in der Rostocker Psychiatrischen und Nervenklinik Bettenkapazitäten für ein Reserve-lazarett sowie den zivilen Luftschutz frei gemacht werden sollten. Während die ersten Verlegungen vom 4. September sowohl im Entlassungsbuch als auch zumeist in den Diagnosekarten dokumentiert sind (so ist z. B. zu lesen: „wegen Kriegsausbruch nach Domjüch verlegt“ oder „Vorzeitige Entlassung angesichts der augenblicklichen Lage“)<sup>14</sup>, finden sich in den darauf folgenden Tagen nur wenige Einträge. Ob dieses Vorgehen mangelnde organisatorische oder andere Gründe hatte, muss offen bleiben. Problematisch ist es insofern, da ca. 100 Patienten aus der Dokumentation „verschwinden“. Es ist also nicht bekannt, ob diese entlassen oder verlegt worden sind, wobei man davon ausgehen kann, dass die meisten verlegt wurden. Diese Annahme korreliert mit dem Jahresbericht der Klinikleitung, die angab, dass 220 Patienten aus den oben genannten Gründen verlegt worden waren.<sup>15</sup>

Auch in anderen Regionen Deutschlands war es in den ersten Septembertagen 1939 zu Verlegungen von Psychiatriepatienten gekommen.<sup>16</sup> Inwiefern es sich hierbei bereits um eine zielgerichtete Maßnahme gegen psychisch Kranke handelte, muss die weitere Forschung zeigen. Tatsache ist, dass die Rostocker Patienten, von denen bekannt ist, dass sie in der „Euthanasie“-Anstalt Bernburg getötet wurden, den Transporten vom 4. bis 7. September 1939 angehörten. Sie wurden im Sommer 1941, am 11. und 18. Juli sowie am 1. August, durch die so genannte „Gemeinnützige Krankentransport GmbH“, kurz GEKRAT, von Schwerin und Domjüch in das etwa 300 km entfernte anhaltische Bernburg gebracht. Wohl noch am selben Tag starben sie in der Gaskammer im Keller des ehemaligen Männerhauses II, ebenso wie andere psychisch Kranke und Behinderte.

Am 24. August 1941 ordnete Hitler die Einstellung der „Aktion T4“ an. Vorausgegangen waren Proteste aus der Bevölkerung sowie von kirchlicher und justizieller Seite. In 1½ Jahren waren mehr als 70.000 psychisch Kranke und Behinderte der „Euthanasie“ zum Opfer gefallen.<sup>17</sup> Doch das Morden ging weiter. Der aus rein taktischen Maßnahmen und zudem abrupt veranlasste Stopp der zentral organisierten Vergasungen traf die Organisatoren in Berlin unvorbereitet. Besonders die norddeutschen Regionen Hamburg, Schleswig-Holstein und Westfalen waren erst kurz

---

<sup>14</sup> KbA R.

<sup>15</sup> MLHA, MfU, Nr. 10320.

<sup>16</sup> *Angela Borgstedt*, Auftakt zur Vernichtung. Der Polenfeldzug und die „Aktion T4“, in: *Tribüne* 48, 2009, 125-131.

<sup>17</sup> Die Bilanz der „Aktion T4“ beläuft sich nach dem so genannten „Hartheim-Dokument“ auf 70.273. Zit. nach *Ernst Klee*, *Dokumente zur Euthanasie*. Frankfurt/M. 1985, 232.

zuvor in die „Aktion T4“ eingebunden worden, sodass die zur Tötung vorgesehenen Patienten nun zunächst in den Zwischenanstalten<sup>18</sup> verblieben.

Auch der für Rostock vorgesehene Transport kollidierte mit dem plötzlichen Aus der „Euthanasie“-Aktion. Und dennoch fand er statt. Der einzig hier bekannte Tötungs-Transport verließ die Klinik Rostock-Gehlsheim mehr als einen Monat nach dem Ende der „Aktion T4“. Am 29. September 1941 wurden mindestens 23 Rostocker Patienten durch die grauen Busse der GEKRAT abgeholt und in die Zwischenanstalt Uchtspringe gebracht. Ihre Namen befanden sich auf den in Berlin zusammengestellten Verlegungslisten. Der ehemalige Klinikleiter Professor Ernst Braun (1893-1963) gab in dem gegen ihn 1950 geführten Prozess zu, dass er *„erriet [...], dass es sich bei dem Fragebogenausfüllen um das Euthanasieverfahren, und bei den verlegten Personen schon um solche, die hierfür bestimmt waren, handelte.“*<sup>19</sup> Bekannt ist aber auch, dass Braun Patienten zurückgestellt hat. Wie viele es genau waren, ist bei der geringen Anzahl von nur 411 erhalten gebliebenen Krankenakten aus der Zeit nicht mehr nachvollziehbar. Zumindest waren es zwei.

Zudem überlebten zwei Patienten des Rostocker „Euthanasie“-Transportes vom 29. September das „Dritte Reich“. Zwei weitere wurden in die „Euthanasie“-Anstalt Hadamar (Hessen) verlegt, wo sie schon bald nach ihrer Ankunft starben. Die restlichen 19 verstarben in Uchtspringe. Von dieser Anstalt waren zwischen 1940 und 1941 1.787 Menschen zur Tötung in die „Euthanasie“-Anstalten Brandenburg und Bernburg gebracht worden. Außerdem sind in Uchtspringe zwischen 1940 und 1945 etwa 500 Kranke durch Morphiumspritzen, Tabletten und Nahrungsentzug getötet worden, darunter mit großer Wahrscheinlichkeit auch die Gehlsheimer Patienten.<sup>20</sup> Ein ehemaliger Pfleger der Landesheilanstalt Uchtspringe sagte 1949 aus, dass auf Anordnung der Ärzte täglich mehrere Luminal-Tabletten verabreicht wurden, in deren Folge die Patienten an Atemlähmung bzw. Lungenentzündung starben.<sup>21</sup> Die so genannte „Dezentrale“ bzw. „Wilde Euthanasie“ wurde bis zum Kriegsende im Mai 1945 durchgeführt. Es ist davon auszugehen, dass zudem viele der Patienten, die nach dem Ende der „Aktion T4“ von Rostock zum Schweriner Sachsenberg verlegt wurden, dort durch Tabletten oder Injektionen starben. Der auf dem Sachsenberg tätige Arzt Dr. Alfred Leu (1900-1975) hatte seit 1940 damit begonnen, Patienten systematisch mit dem als Schlafmittel verwendeten Barbiturat Veronal zu töten. Heute schätzt man, dass etwa 1.000 psychisch erkrankte oder geistig behinderte Menschen in Schwerin der gezielten Tötung zum Opfer gefallen sind.<sup>22</sup> Darunter

---

<sup>18</sup> In den meisten Fällen wurden die zur Tötung vorgesehenen Patienten nicht direkt in eine der sechs „Euthanasie“-Anstalten verlegt, sondern zunächst in so genannte Zwischenanstalten. Für Rostock war dies die Heil- und Pflegeanstalt Uchtspringe in der Altmark.

<sup>19</sup> BStU, AR 8.

<sup>20</sup> *Kriemhild Synder*, Die Landesheilanstalt Uchtspringe und ihre Verstrickung in nationalsozialistische Verbrechen. in: Ute Hoffmann (Hrsg.), *Psychiatrie des Todes. NS-Zwangssterilisation und „Euthanasie“ im Freistaat Anhalt und in der Provinz Sachsen*. Magdeburg 2001, 73-95.

<sup>21</sup> GSStA Js 18/61.

<sup>22</sup> *Andreas Broocks*, Die Geschehnisse auf dem Sachsenberg im Rahmen des nationalsozialistischen Euthanasieprogramms. Schwerin 2007.

befand sich auch eine große Anzahl von Rostocker Patienten. Berücksichtigt man, dass neben den direkten Verlegungen von Rostock nach Schwerin auch die über Domjüch hinzukommen, muss man wohl von einer Zahl von mehreren Hundert ausgehen. Zudem kann man nicht ausschließen, dass auch in Domjüch selbst Patienten gezielt getötet wurden.<sup>23</sup>

## Die Opfer

Wer waren die Menschen, die wegen einer psychischen Erkrankung oder einer Behinderung als „Ballastexistenzen“ und „minderwertig“ etikettiert, keine Berechtigung auf Leben hatten? Welche Kriterien sprachen dafür, dass ihre Existenz durch eine sechsstellige, zentral von Berlin vergebene Nummer als „lebensunwert“ klassifiziert wurde? Was etwa hatten die 23-jährige Viktoria G. (Z-Nummer 165.832) aus dem Kreis Güstrow, die 68-jährige Anna K. (Z 165.831), die „*fleißig Strümpfe*“ stopfte und „*regelmäßig arbeitete*“, und Ella H. (Z 165.864) aus Stralsund, die „*zu nichts brauchbar*“ war, gemein? Warum mussten sie, genau wie Fritz N. (Z 165.210) aus Schalensee, der „*mitunter freundlich und zugänglich*“ war, in der Gaskammer von Bernburg sterben; ebenso wie Margarete T. (Z 165.815), die „*um Besuch. Und um Taschengeld*“ bat oder der 33-jährige Rostocker Paul L. (Z 165.215), der der Aufforderung, sich sterilisieren zu lassen, nicht nachgekommen und deshalb von der Polizei nach Gehlsheim gebracht worden war?<sup>24</sup> Und auch dem Rostocker Karl M., der „*Nie Anfälle*“ gehabt hatte und „*Immer gutmütig*“ gewesen war, wurde sein Lebenswert abgesprochen, wie mindestens 22 seiner Mitpatienten, die nach Uchtsprünge transportiert wurden.

Es ist anhand der empirisch-statistisch erhobenen Daten natürlich nicht möglich, über den einzelnen Menschen in seiner Individualität Aussagen zu treffen. Krankenakten wie auch medizinische Dokumentationen können, selbst wenn sie teilweise persönliche Dokumente enthalten, sich ihrer Herkunft nicht entziehen. Sie sind zweckorientiert angelegte Dokumentationsmittel innerhalb der Medizin, im speziellen Fall der Psychiatrie. Dennoch sind sie eine gute Quelle, um Rückschlüsse darüber zu ziehen, was die Opfer als Gruppe verband. Dabei kristallisierte sich sehr bald heraus, dass die Kriterien für die zur Tötung bestimmten, in Rostock ausschließlich erwachsenen Patienten, eine Kombination von Diagnose, Aufenthaltsdauer, Arbeitsfähigkeit und Verhaltensauffälligkeiten war. Diese Merkmale bedingten teilweise einander und verdeutlichen, dass es sich bei der „Euthanasie“-Aktion, wie es Petra Fuchs treffend formulierte, letztlich um eine „[...] rationale, kalte und

---

<sup>23</sup> Vgl. *Christiane Witzke*, Domjüch. Erinnerungen an eine Heil- und Pflegeanstalt in Mecklenburg-Strelitz. Neubrandenburg 2001.

<sup>24</sup> Alle Angaben BA, R179.

*menschliches Leben auf einen einzigen Aspekt reduzierende Kosten-Nutzen-Strategie*“<sup>25</sup> handelte.

Es soll im Folgenden jedoch nicht um eine systematische Analyse im Sinne eines kollektiv-biografischen Ansatzes gehen, wie etwa bei dem Heidelberger Forschungsprojekt.<sup>26</sup> Dazu ist die Anzahl von 46 Patienten zum einen zu gering, zum anderen sind von diesen nicht mehr alle Krankenakten vorhanden, was die Information zusätzlich einschränkt. Eine solche systematische Untersuchung sollte künftig alle Mecklenburger Patienten, von denen bekannt ist, dass sie im Rahmen der „Aktion T4“ getötet worden sind, einschließen, um den Aussagewert zu erhöhen.

Für die bisher namentlich bekannten 46 Rostocker Patienten lässt sich Folgendes feststellen: Die meisten, nämlich 33 und damit beinahe  $\frac{3}{4}$  von ihnen, litten an einer Schizophrenie. Bei sieben Patienten wurde „Schwachsinn“ diagnostiziert, fünf waren an progressiver Paralyse erkrankt, einer an genuiner Epilepsie. Neben der Diagnose der Patienten war ein besonders wichtiges Selektionskriterium die Dauer des Aufenthaltes. Schließlich sollten all jene Kranken und Behinderten nach Berlin gemeldet werden, die sich seit mindestens fünf Jahren in einer Anstalt befanden. Die durchschnittliche Verweildauer der Rostocker Opfer betrug nach jetzigem Kenntnisstand  $9 \frac{1}{2}$  Jahre. Man muss jedoch davon ausgehen, dass sich diese Zahl noch erhöhen wird, da wir aufgrund der fehlenden Akten mit großer Wahrscheinlichkeit nicht alle Klinikaufenthalte einbezogen haben. Lediglich bei der Diagnose progressive Paralyse scheint die Verweildauer von untergeordneter Bedeutung gewesen zu sein. War bei diesem Krankheitsbild ein so genannter „End- oder Defektzustand“ erreicht, bei dem der Patient als völlig antriebslos und stumpf beschrieben wird und dementsprechend nicht mehr zu einfachen Arbeiten herangezogen werden konnte, spielte die Verweildauer als Selektionskriterium keine Rolle mehr. Arbeitsfähigkeit war also von Relevanz, bot jedoch keinen prinzipiellen Schutz, wie das Beispiel der oben erwähnten Anna K. zeigt. Kurz vor ihrer Verlegung nach Bernburg wird in ihrer Krankenakte vermerkt, dass sie auch „weiter in der Nähstube“ tätig ist. Auch der an einer Schizophrenie erkrankte Wilhelm S. galt „im Allgemeinen als zugänglich und arbeitet ganz fleissig“. 29 Tage nach diesem Eintrag wurde er von der GEKRAT abgeholt. Zu diesem Zeitpunkt war er seit 16 Jahren in der Gehlsheimer Anstalt untergebracht. Für die überwiegende Mehrheit der selektierten Patienten lässt sich dennoch feststellen, dass sie entweder gar nicht arbeiteten („völlig untätig“) oder dass sie nur widerstrebend zur Arbeit zu bewegen waren. Eine Aussage wie „Lebt

---

<sup>25</sup> Petra Fuchs, Die Opfer als Gruppe. in: Petra Fuchs/Maike Rotzoll/Ulrich Müller/Paul Richter/Geritt Hohendorf (Hrsg.), „Das Vergessen ist Teil der Vernichtung selbst“. Lebensgeschichten von Opfern der nationalsozialistischen Euthanasie. Göttingen 2007, 53-72, hier 68.

<sup>26</sup> Bei diesem Projekt wurden stichprobenartig 3.000 Krankenakten von „T4-Opfern“ aus dem Bestand der ca. 30.000 Akten des „Bestandes R179“ des Bundesarchivs Berlin ausgewertet und mit Proben von 563 Überlebenden der „Euthanasie-Aktion“ verglichen. Ziel war es, Aufschluss über weitere Selektionskriterien neben den vorgegebenen (Erbkrankheit/Unheilbarkeit/Leistungsunfähigkeit) zu erhalten. Dabei kristallisierte sich heraus, dass „störendes Verhalten“ ein weiterer wichtiger Aspekt bei der Aussonderung war. Diese Erkenntnis trifft auch auf die Rostocker Patienten zu.

*stumpf dahin. Ist lediglich Objekt der Pflege*“ kam einem Todesurteil gleich. Wie wichtig die Arbeitsfähigkeit als Kriterium für die Beurteilung eines psychisch kranken Menschen während der Zeit des Nationalsozialismus geworden war, beweist allein der Umstand, dass die Einträge in die Krankenakten von hospitalisierten Patienten beinahe ausschließlich unter diesem Aspekt getätigt wurden. Hinzu kam die Bewertung des Verhaltens. Unruhe, Erregungszustände, Wutausbrüche, aggressives Verhalten wurden als störend empfunden und konnten dazu führen, dass selbst als produktiv eingeschätzte Patienten selektiert wurden, zumal dann, wenn ihr Verhalten ihre „Produktivität“ einschränkte. Die 39-jährige Alma V. aus dem Kreis Waren galt als sehr fleißig, sie bohnerte, fegte und putzte Schuhe. Während ihrer abrupt auftretenden Erregungszustände zerschlug sie jedoch Scheiben, war unzugänglich, aggressiv und zu keiner Arbeit zu bewegen. Die letzten Einträge in ihrer Krankenakte, bevor sie am 11. Juli 1941 in die Tötungsanstalt Bernburg verlegt wurde, lauten allesamt *„arbeitet fleißig“*.<sup>27</sup>

### Spuren eines Lebens

Was aber bleibt von einem Menschenleben, dessen existenzielle Spuren sich lediglich in einer, meist nicht sonderlich umfangreichen Krankenakte erhalten haben? Die Antwort ist nahe liegend. Es bleibt sehr wenig und dieses Wenige unterliegt zudem der zweckorientierten Anlage eines solchen Dokuments, d. h. in erster Linie dem Festhalten von medizinischen und administrativen Informationen und selten persönlichen. Erschwerend kommt hinzu, dass die Sprache des Dritten Reiches nicht nur, wie Victor Klemperer eindrucksvoll dargestellt hat, eine veränderte war;<sup>28</sup> nein: man brauchte kaum noch eine Sprache für die „Minderwertigen“ und „Unnützen“. Die immer seltener werdenden Einträge in den Krankenakten erschöpften sich in wenigen Worten über deren Nutzen. Die vorletzten Einträge in den Akten der Opfer der „Aktion T4“ lauten dementsprechend: *„teilweise erregt, drohende Haltung, muss dann im Bett gehalten werden, sonst hilft sie aber aus bei der Gartenarbeit“* (Frieda S., geb. 27. April 1887), *„unverständlich, sprunghaft, aggressiv, zu keiner geregelten Beschäftigung zu bewegen“* (Erich G., geb. 24. Juni 1884), *„nur tageweise ruhig, dann zu beschäftigen, sonst erregt“* (Margarete T., geb. 25. Dezember 1910), *„Steht mit blödem Lächeln herum, zu nichts nütze“* (Viktoria G., geb. 19. Juni 1918).<sup>29</sup> Der darauf folgende letzte Eintrag *„ungeheilt entlassen“* bzw. *„in eine andere Anstalt verlegt“* steht synonym für den Transport in die Tötungsanstalt Bernburg.

Ein ähnliches Bild vermitteln die Krankenakten derjenigen, die der „Wilden Euthanasie“ zum Opfer gefallen sind. Nach Einträgen über die (Un)Produktivität der Patienten folgt zumeist die Feststellung des Todes und dessen Ursache. Die meisten der Patienten, die von Rostock nach Uchtspringe verlegt worden waren, starben innerhalb weniger Monate. In den Krankenakten der beiden, am 5. November 1942 in

<sup>27</sup> Alle Angaben BA, R179.

<sup>28</sup> Victor Klemperer, LTI – Notizbuch eines Philologen. Leipzig 1975.

<sup>29</sup> Alle Angaben BA, R179.

die hessische Tötungsanstalt Hadamar Verlegten – sie verstarben bereits vier bzw. elf Tage nach ihrer Ankunft – findet sich der jeweils identische Eintrag *„Kam in äußerst elenden [!] Zustand hier an. Erholte sich nicht mehr. Heute exitus an Marasmus.“*<sup>30</sup>

Trotz der dürftigen Informationen soll im Folgenden der Versuch unternommen werden, drei Lebensgeschichten partiell nachzuzeichnen. Damit steht zweifelsohne das Bemühen im Vordergrund, den Opfern ihre Identität und Individualität zurückzugeben. Dennoch kann nicht verkannt werden, dass diese Individuen Teil einer Gruppe waren, die bestimmte Merkmale aufwiesen, durch die sie schließlich selektiert wurden. So steht das Schicksal des einzelnen psychisch Kranken oder Behinderten immer zugleich für das der Gruppe.<sup>31</sup>

### **Karl M. (1898-1942)**

Karl M. wurde am 24. November 1898 als Sohn des Ehepaares Emilia und Friedrich M. in Kiel geboren.<sup>32</sup> Er lernte, im Gegensatz zu seinen beiden Brüdern, erst spät laufen und es kristallisierte sich schon bald heraus, dass er auf *„eine öffentliche Schule [...] nicht geschickt werden“* konnte. Aus diesem Grund erhielt er Privatunterricht, sodass Karl die *„Anfangsgründe des Lesens und Schreibens“* erlernen konnte. Nach dem Bankrott seines Vaters verließ die Familie Kiel und zog nach Rostock-Gehlsdorf. Die nun eingeschränkten finanziellen Möglichkeiten seiner Eltern erlaubten es nicht mehr, Karl privat zu fördern. Bis zu seinem 28. Lebensjahr war er in seiner Familie untergebracht. Im Oktober 1926 sollte sich sein Leben radikal ändern. Vom Gemeindevorstand Gehlsdorf wurde Karl in die sich in unmittelbarer Nachbarschaft befindliche Psychiatrische Anstalt Gehlsheim eingewiesen, weil *„er kleine Mädchen belästigt haben soll“*. Der Vater, der ein solches Verhalten seines Sohnes abstritt, wollte diesen *„möglichst bald wieder abholen“*. Dazu kam es jedoch nicht. Karl M. verbrachte die verbleibenden 16 Jahre seines Lebens in psychiatrischen Anstalten. Aufgrund seines *„erregbaren und triebhafte[n] Verhaltens“*, gekoppelt an die Diagnose angeborener Schwachsinn, kam die Klinikleitung schließlich zu dem Ergebnis, dass er *„nie entlassungsfähig sein wird“*. Am 12. Oktober 1934 erging durch das Mecklenburgische Amtsgericht Rostock der Beschluss, Karl M. zwangssterilisieren zu lassen. Aus den folgenden fünf Jahren seines Lebens ist so gut wie nichts aus seiner Krankenakte zu entnehmen. Erst die am 4. September 1939 erfolgte Verlegung in die Psychiatrische Anstalt Sachsenberg bei Schwerin wurde vermerkt und in diesem Zusammenhang wurde ein paar Tage zuvor, am 26. August 1939, festgestellt, dass Karl M. *„Unbeschäftigt“* sei, jedoch die Fähigkeit habe, sich innerhalb der Anstalt um sich selbst zu kümmern. In Schwerin, wie zuvor schon in Rostock-Gehlsheim, wurde lediglich seine Untätigkeit erwähnt. Auf Betreiben seiner

<sup>30</sup> LWV, Best. 12.

<sup>31</sup> Ulrich Müller, Metamorphosen. in: Fuchs u. a., „Das Vergessen ist Teil der Vernichtung selbst“ (Anm. 25), 83.

<sup>32</sup> Alle folgenden Angaben KbA S.

Eltern wurde er im März 1941 zurückverlegt. Dies rettete Karl, doch dies ahnte zu diesem Zeitpunkt wohl kaum jemand, vorerst das Leben. Sein Name stand bereits auf einer der Listen, die für die Tötungstransporte von Schwerin nach Bernburg durch die T4-Organisatoren in Berlin zusammengestellt worden waren. Die für ihn dort vergebene Z-Nummer 165.189 lässt darauf schließen. Der Aufschub war jedoch nur ein kurzer. Am 29. September 1941 wurde Karl M. durch die GEKRAT aus Rostock-Gehlsheim abgeholt und in die Zwischenanstalt Uchtsprunge verlegt. Dort verstarb er am 1. April 1942 an einem, so der Eintrag in seiner Krankenakte, akuten Darmkatarrh.

Karl M. war, diese Bemerkung durchzieht seine gesamte Krankenakte, ein gutmütiger Patient. *„Alle Leute, die an sein Bett herantreten, lacht[e] er freundlich an“*. Auch seine Eltern kümmerten sich um ihn. Sie besuchten ihn, schickten ihm Pakete und erkundigten sich immer wieder nach seinem Befinden. Doch mit der Bilanz von 15 Jahren, die Karl M. in psychiatrischen Anstalten Mecklenburgs zugebracht hatte, der Diagnose Schwachsinn sowie der Einschätzung, er sei *„zu keinerlei produktiven Arbeiten zu verwerten“*, hatte er trotz der relativ intakten sozialen Bindung an seine Familie keine Überlebenschance.

### **Margarete T. (1910-1941)**

Auch Margarete T. war erstmals 1926 in die Psychiatrische Klinik Rostock-Gehlsheim eingewiesen worden.<sup>33</sup> Als uneheliches Kind am 25. Dezember 1910 geboren, war dieser Umstand „heikel“ genug, um unter der Rubrik *„Erblichkeit, Familienanlage“* in ihrer Krankenakte Erwähnung zu finden. Margarete T. wurde von Pflegeeltern aufgezogen. Seit Beginn ihrer schizophrenen Erkrankung im Alter von 16 Jahren scheint es zunehmend Probleme gegeben zu haben. *„Wenn sie [Margarete, d. V.] ihre Erregungszustände hatte, sei sie [die Pflegemutter, d. V.] schon mehrmals tätlich angegriffen und ausserdem wurde die ganze Nachbarschaft in Aufruhr gebracht [...]“*

Nach dem Tod ihrer Pflegemutter im Juni 1933 verschärften sich die Schwierigkeiten und führten schließlich dazu, dass der Pflegevater Margarete entmündigen ließ. Am 17. September 1933 wurde sie zum zweiten Mal in Gehlsheim aufgenommen. Dabei war sie *„ziemlich erregt [und] protestiert[e] lebhaft gegen ihre Unterbringung“*. Ihr Verhalten wird als sehr querulatorisch beschrieben. Im April 1935 wurde Margarete zwangssterilisiert und anschließend nach Hause entlassen. Nun folgten im Abstand von mehreren Monaten immer wieder Aufnahmen in die psychiatrische Klinik, ab November 1937 dauerhaft. Am 5. September 1939 wurde sie im Zuge kriegsbedingter Maßnahmen, wie mehr als 200 ihrer Mitpatienten, in eine andere mecklenburgische Anstalt verlegt. In Domjüch, wo es nach eigener Aussage Margaretes *„schlimmer wie in Gehlsheim“* war, fühlte sie sich allein gelassen. Sie bat ihren Vormund in einem im Februar 1940 verfassten und in ihrer Krankenakte erhalten gebliebenen Brief

<sup>33</sup> Alle folgenden Angaben BA, R179.

„um Besuch [...] Sie waren nun 5 Monate noch nicht hier. Nicht zu Weihnachten kein Päckchen, nichts. Tante war auch noch nicht hier. Sie sollte mir Sachen schicken [...] Meinen kleinen blauen Hut, Briefpapier u. Bleistift, Seife.“ (Abb. 2)

Ob sie diese Dinge jemals erhalten hat, wissen wir nicht. Was wir jedoch wissen, ist die Tatsache, dass sie zum Zeitpunkt des Verfassens des Briefes noch weniger als anderthalb Jahre zu leben hatte. Am 24. Mai 1941 erfolgte der vorletzte Eintrag in ihre Krankenakte. Darin heißt es, sie sei „sehr erregt und aggressiv, redet zerfahren und schnell, sodass ihre Worte unverständlich bleiben“. Am 11. Juli 1941 wurde Margarete T. in die Tötungsanstalt Bernburg gebracht, wo sie wohl noch am selben Tag vergast wurde.

Ihrem Vormund  
 Febr. 1940  
 an den  
 Vormund

Ich, müde bin bitter auf mich  
 mich zu kümmern, Ich; habe die  
 Hauptknoten im Rücken mir aufgefressen.  
 Ich, fühle mich die Fäden im dem  
 Moment aufgefressen können. Ich,  
 bitte mich häufig. Und im Kopfteil,  
 50% von immer. Ein von mir in  
 5 Monaten auf nicht für. Nicht zu  
 beiführen kein Paket in. nicht. Heute  
 aber mich auf nicht für. Die fallen mir  
 'aufgefallen. Bitte, geben Sie mir  
 in. geben Sie Paket ab. Meinem kleinen  
 kleinen Geld. ~~Ein~~ Briefpapier in. Bleistift.  
 Briefe. Bitte, schreiben Sie mir die Briefe  
 von Post. Oder können Sie helfen.  
 Pakete für mit dem Überzug. So  
 kommt nicht wieder geben 194 Briefen  
 hat mir für den Überzug mich übergeben =

Abb. 2: Erste Seite eines Briefes von Margarete T. an ihren Vormund vom Februar 1940 (BA Berlin, R179, 1864).

### **Frieda T. (1891-1942)**

Die Arbeiterehefrau Frieda T. wurde am 6. Februar 1891 in Schwaan (Mecklenburg) geboren.<sup>34</sup> Erstmals im April 1929 in der Psychiatrischen Klinik Rostock-Gehlsheim behandelt, befand sie sich bis 1932

„5 mal wegen geistiger Störungen in der hiesigen Anstalt. Im wesentlichen äußerte sich die Erkrankung damals in Wahnvorstellungen, Erregungszuständen, Verfolgungsideen, Sinnestäuschungen und in einer Abstumpfung gemütlichen Erregbarkeit.“

Die sechste Aufnahme erfolgte im März 1932. Seit dieser Zeit war Frieda T. ununterbrochen in psychiatrischen Kliniken untergebracht. 1935 wurde auf Betreiben des Ehemannes die Ehe geschieden, da

„[a]uf Grund ärztlicher Erfahrung [...] eine wesentliche Besserung der Krankheit [Schizophrenie, d. V.] und somit eine Wiederherstellung der geistigen Gemeinschaft der Ehegatten in höchstem Grad als unwahrscheinlich“

anzusehen war. Fortan kümmerte sich vor allem ihre Schwester Maria um sie. Bereits 1936 hatte sie eine Rückverlegung ihrer Schwester aus der Anstalt Domjüch erreicht und auch 1939 war ihr dies abermals gelungen, sodass sie sie besser besuchen konnte. Aus der Krankenakte Frieda T.'s geht hervor, dass sie zunehmend erregt war und an „*zahlreichen paranoiden Ideen*“ litt. Während ihrer Erregungszustände war sie nicht zu beschäftigen. In der letzten, am 15. September 1941 in Gehlsheim vorgenommenen Exploration heißt es: „*Ganz unverändert, wahnhaft, ganz zerfahren, gelegentlich katatone Erregungszustände, beschäftigt sich nicht*“. 14 Tage später wurde sie durch die grauen Busse der GEKRAT abgeholt und in die Psychiatrische Anstalt Uchtspringe gebracht. In der dortigen Krankenakte wird sie als phlegmatisch, arbeitsunlustig und fressgierig charakterisiert. Am 5. November 1942 erfolgte die Verlegung in die „Euthanasie“-Anstalt Hadamar. Vier Tage später starb Frieda T. Ihre Schwester Maria hatte sich zunächst vergeblich bemüht, den Aufenthaltsort von Frieda zu erfahren. Am 21. Februar 1943 erhielt sie die Todesnachricht aus der Anstalt Hadamar, die nach dem Stopp der „Aktion T4“ nunmehr die einzige zentrale Tötungsanstalt im Deutschen Reich war.<sup>35</sup>

### **Ausblick**

Die hier vorgestellten Ergebnisse können nur einen ersten Einblick in die Praxis der „Euthanasie“-Verbrechen in Mecklenburg und speziell in Rostock gewähren. Die bisherige Auswertung des Quellenmaterials legt eines nahe: Durch die enge Ver-

<sup>34</sup> Alle folgenden Angaben LWV, Best. 12.

<sup>35</sup> Georg Lilienthal, Gaskammer und Überdosis. Die Landesheilanstalt Hadamar als Mordzentrum (1941-1945). in: Uta George/Georg Lilienthal/Volker Roelcke/Peter Sandner/Christina Vanja (Hrsg.), Hadamar. Heilstätte – Tötungsanstalt – Therapiezentrum. Marburg 2006, 156-175.

knüpfung der drei Mecklenburger psychiatrischen Anstalten während der Zeit des Nationalsozialismus erscheint es notwendig, die Verbrechen an psychisch Kranken und Behinderten für ganz Mecklenburg als Komplex aufzuarbeiten. Auch die Täter und Mitverantwortlichen müssen künftig in die Untersuchungen einbezogen werden.

Zudem muss auch die Praxis der Zwangssterilisationen für Mecklenburg noch systematisch untersucht werden. Erste Schritte sind mit der Erfassung von ca. 11.000 Poliklinikakten am Zentrum für Nervenheilkunde der Universität Rostock, die die Zeit von 1927 bis 1945 umfassen, getan. Deren gezielte Auswertung soll die Begutachtungspraxis von Zwangssterilisationen am Beispiel der Universitätsnervenklinik Rostock-Gehlsheim zwischen 1934 und 1945 aufdecken. Damit soll ein Beitrag zur Aufarbeitung der nationalsozialistischen Gesundheitspolitik geleistet werden, eine Politik, die schließlich, wenn auch nicht zwangsläufig, in die unter dem euphemistischen Begriff „Euthanasie“ begangenen Tötungen an Kranken und Behinderten führte.

### **Danksagung**

Unser Dank gilt den Angehörigen von Karl M., die uns bei der Recherche tatkräftig unterstützt haben, sowie den Mitarbeitern der Archive, insbesondere Frau Ohde vom Zentrum für Nervenheilkunde der Universität Rostock.

## Über die Autoren

Prof. Dr. Wolfgang Bernard, Studium der Gräzistik, Latinistik, Vergleichenden Sprachwissenschaft und Philosophie, Promotion 1984 in Mainz über Aristoteles' Wahrnehmungslehre bei Arbogast Schmitt, Post-doctoral candidate am Institute of Classical Studies in London, studierte Papyrologie bei Herwig Maehler, arbeitete wissenschaftlich mit Richard Sorabji zusammen, 1985-1991 DFG-Stipendiat in Mainz, Forschungen über Theorien der Textinterpretation in der Spätantike, Erarbeitung einer Neuinterpretation des „Ödipus auf Kolonos“ von Sophokles, 1992 Habilitation in Mainz, im selben Jahr Umhabilitation nach Marburg, 1994 Annahme des Rufes auf den Lehrstuhl für Griechische Philologie an der Universität Rostock.

Ausgewählte Publikationen: Rezeptivität und Spontaneität der Wahrnehmung bei Aristoteles. Versuch einer Bestimmung der spontanen Erkenntnisleistung der Wahrnehmung bei Aristoteles in Abgrenzung gegen die rezeptive Auslegung der Sinnlichkeit bei Descartes und Kant. Baden-Baden 1988 (Saecula Spiritalia, Bd. 19) (Dissertation Mainz 1984); Spätantike Dichtungstheorien. Untersuchungen zu Proklos, Herakleitos und Plutarch. Stuttgart 1990 (Beiträge zur Altertumskunde, Bd. 3); Das Ende des Ödipus bei Sophokles. Untersuchung zur Interpretation des "Ödipus auf Kolonos". München 2001 (Zetemata 107); Zur Begründung der mathematischen Wissenschaften bei Boethius, in: Antike und Abendland 43, 1997, 63-89; Platons Staatstheorie und das Problem der Armut in der Demokratie, in: Rostocker Studien zur Kulturwissenschaft 6. Wieviel Armut verträgt die Demokratie?, Rostock 2001, 1-29; Die Entvölkerung des Himmels. Der moderne Naturgesetzbegriff und die Platonische Daimonologie, in: Hans-Jürgen Horn (Hrsg.), Jakobs Traum. Zur Bedeutung der Zwischenwelt in der Tradition des Platonismus, St. Katharinen 2002, 9-24.

Dr. Juliane Deinert geb. Reh, 1995-2003 Studium der Geschichte und Philosophie in Rostock und an der Università degli Studi di Firenze/Italien, 2004-2005 Wissenschaftliche Hilfskraft an der Universität Rostock am Lehrstuhl von Prof. Dr. Kersten Krüger (Historisches Institut), 2009 Promotion zur Dr. phil. mit der Arbeit: „Die Studierenden an der Universität Rostock im Dritten Reich“, 2008-2011 Wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Georg-August-Universität Göttingen/Niedersächsische Staats- und Universitätsbibliothek (Forschungsprojekt: „Ermittlung und Restitution von NS-Raub- und Beutegut an der Niedersächsischen Staats- und Universitätsbibliothek Göttingen 1933-1950“).

Ausgewählte Publikationen: mit Nicole Bartels u. a., Bücher unter Verdacht. NS-Raub- und Beutegut an der SUB Göttingen. Katalog der Ausstellung vom 13. Mai bis 10. Juli 2011, Göttingen 2011; Die Studierenden an der Universität Rostock im Dritten Reich, in: Kersten Krüger (Hrsg.), Rostocker Studien zur Universitätsgeschichte 11, 2010; Ermittlung und Restitution von NS-Raubgut an der Niedersächsischen Staats- und Universitätsbibliothek Göttingen – ein Forschungsbericht, in: Bib-

liothek, Forschung und Praxis 34, 2010, 69-73; Zur Erwerbungs politik der Georgia Augusta während der NS-Zeit, in: Göttinger Jahrbuch 2009, 127-140, 2009.

Dr. Kathleen Haack, 1991-1996 Studium der Geschichte und Germanistik an der Universität Leipzig, Promotion 2010 mit der Arbeit „Der Fall Sefeloge – Zur Geschichte, Entstehung und Etablierung der forensischen Psychiatrie“ an der Universität Rostock. Wissenschaftliche Mitarbeiterin in der AG Philosophie und Geschichte der Psychiatrie an der Klinik und Poliklinik für Psychiatrie und Psychotherapie am Zentrum für Nervenheilkunde (Universität Rostock).

Forschungsschwerpunkte: Psychiatrie im 19. Jahrhundert; Geschichte der forensischen Psychiatrie; Verbrechen an psychisch Kranken und Behinderten während der Zeit des Nationalsozialismus.

Ausgewählte Publikationen: mit Ekkehardt Kumbier, Die Opfer der nationalsozialistischen "Euthanasie-Aktion T4" der Universitätsnervenklinik Rostock-Gehlsheim. In: Ekkehardt Kumbier/Stefan Teipel/Sabine C. Herpertz (Hrsg.): Ethik und Erinnerung – Zur Verantwortung der Psychiatrie in Vergangenheit und Gegenwart. Lengerich 2009, 46-58; mit Ekkehardt Kumbier/Sabine C. Herpertz (2010), Illnesses of the will in "pre-psychiatric" times, in: Hist. Psychiatr. 21, 2010, 261-277; Zur Geschichte der forensischen Kinder- und Jugendpsychiatrie und des Jugendstrafrechtes. In: Frank Häbeler/Wolfram Kinze/Norbert Nedopil (Hrsg.) Praxishandbuch Forensische Psychiatrie des Kindes-, Jugend- und Erwachsenenalters. Berlin 2010, 5-19; mit Ekkehardt Kumbier, Lebensspuren – Opfer der Rostocker Psychiatrischen und Nervenklinik während der Zeit des Nationalsozialismus, in: Trauma & Gewalt 4, 2010, 282-292.

Dr. Diana Heß geb. Haß, 1998-2005 Studium der Humanmedizin in Greifswald mit Auslandsaufenthalten in Stettin (Polen), Lund (Schweden) und Tübingen (Schweiz), Assistenzärztin für Anästhesie in der Klinik für Anästhesiologie und Intensivmedizin der Universitätsmedizin Greifswald Juli 2005-Juni 2006; Herz- und Diabeteszentrum Mecklenburg-Vorpommern Karlsburg Juli 2006-Dezember 2008, seit Januar 2009 Klinik für Anästhesiologie und Intensivmedizin der Universitätsmedizin Greifswald; 2011 Promotion in Greifswald über Leben und Werk des Internisten Georg Ganter unter besonderer Berücksichtigung seiner Rolle in der Geschichte der Peritonealdialyse.

Prof. Dr. Dieter Hoffmann, 1967-1972 Studium der Physik an der Humboldt-Universität zu Berlin, 1976 ebendort Promotion mit der Arbeit "Stufen der Wechselwirkung von Wissenschaft und Produktion. Versuch einer Periodisierung am Beispiel der Geschichte der Halbleiterforschung" und 1989 Habilitation (Dr. sc.) mit Studien zu Ernst Mach, 1975 bis 1990 wissenschaftlicher Mitarbeiter im Forschungsbereich Wissenschaftsgeschichte des Instituts für Theorie, Geschichte und Organisation der Wissenschaft der Akademie der Wissenschaften der DDR, danach u. a. Stipendiat der Alexander von Humboldt-Stiftung und Mitarbeiter der Physika-

lich-Technischen Bundesanstalt, seit 1996 Mitarbeiter des Max-Planck-Instituts für Wissenschaftsgeschichte, seit 2004 außerplanmäßige Professur an der Humboldt-Universität zu Berlin, 2010 Wahl zum Mitglied der Leopoldina, Nationale Akademie der Wissenschaften.

Forschungsschwerpunkte: Physik- und Wissenschaftsgeschichte des 19. und 20. Jahrhunderts, insbesondere wissenschaftshistorische Biographik und die Geschichte wissenschaftlicher Institutionen, gesellschaftliche Rahmenbedingungen wissenschaftlicher Forschung in totalitären Regimen, seit 1989 Arbeiten zur Wissenschaftsentwicklung in der DDR.

Ausgewählte Publikationen: Erwin Schrödinger. Leipzig 1984 (russisch 1987; japanisch 1989); Operation Epsilon. Die Farm-Hall-Protokolle oder die Angst der Alliierten vor der deutschen Atombombe. Reinbeck 1993; Physik im Nachkriegsdeutschland. Frankfurt am Main 2002; Albert Einstein. Berlin 2005 (russisch 2009); Einsteins Berlin. Weinheim 2006 (englisch 2012); als Hrsg. mit Mark Walker, Physiker zwischen Autonomie und Anpassung. Die Deutsche Physikalische Gesellschaft im Dritten Reich. Weinheim 2007 (englisch 2011); „Fremde“ Wissenschaftler im Dritten Reich. Die Debye-Affäre im Kontext. Göttingen 2010; Max Planck. München 2008; mit Bretislav Friedrich/Jeremiah James/Thomas Steinhauser, Hundert Jahre an der Schnittstelle von Chemie und Physik. Das Fritz-Haber-Institut der Max-Planck-Gesellschaft zwischen 1911 und 2011. Berlin 2011 (englisch 2011); Mitherausgeber der Lexika „Bedeutende Naturwissenschaftler“ (Heidelberg 2003) und „Wer war Wer in der DDR“ (Berlin 2010).

Georg Hoppe, B.A., Studium der Philosophie und Neueren Geschichte an der Universität Rostock, 2010 B.A. mit einer Arbeit zu dem Thema „Entfremdung und Emanzipation bei Karl Marx“, nunmehr M. A.-Studiengang „Historische Wissenskulturen“ an der Universität Rostock.

PD Dr. Ekkehardt Kumbier, Studium der Medizin an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg von 1990 bis 1996, Promotion 1999, Weiterbildungsstudium "Medizinische Ethik" am Institut für Philosophie der FernUniversität Hagen von 2007 bis 2009, seit 2006 Oberarzt an der Klinik für Psychiatrie und Psychotherapie der Universität Rostock, 2011 Habilitation mit einer Arbeit über „Kontinuität im gesellschaftlichen Umbruch? Die Nervenheilkunde an den ostdeutschen Hochschulen im Spannungsfeld von Politik und Wissenschaft zwischen 1946 bis 1961“, Privatdozent 2012.

Psychiatriehistorische Arbeitsschwerpunkte: Psychiatrie in der DDR, insbesondere Entwicklung der Universitäts-Nervenkliniken in der SBZ und der DDR; Verbrechen an psychisch Kranken und Behinderten während der Zeit des Nationalsozialismus.

Ausgewählte Publikationen: mit Stefan Teipel/Sabine C. Herpertz (Hrsg.), Ethik und Erinnerung – Zur Verantwortung der Psychiatrie in Vergangenheit und Gegenwart. Lengerich 2009; mit Sabine C. Herpertz, Helmut Rennert's Universal Genesis of Endogenous Psychoses: The Historical Concept and its Significance for Today's

Discussion on Unitary Psychosis, in: *Psychopathology* 43, 2010, 335-344; mit Kathleen Haack, Sozialistische Hochschulpolitik zwischen Anspruch und Wirklichkeit – Das Beispiel Hans Heygster an der Universitäts-Nervenlinik Rostock, in: *Würzbg. Medizinhist. Mitt.* 30, 2011, 139-162.

Felix Morawetz, Studium der Geschichte und Philosophie für das Lehramt am Gymnasium an der Universität Rostock, voraussichtlicher Abschluss 2013.

Dr. Gabriele Moser, Studium der Geschichte, Kunstgeschichte und Germanistik in Freiburg/Breisgau und Basel/Schweiz, 1988 Magisterexamen, Magisterarbeit zur Sozialgeschichte der Ärzte in der Weimarer Republik, 1999 Promotion Dr. phil., Neuere Allgemeine Geschichte in Basel/Schweiz, Dissertation über Sozialhygiene und öffentliches Gesundheitswesen in Weimarer Republik und der SBZ/DDR. Drittmittelbeschäftigte in verschiedenen Projekten an der Universität Greifswald, Institut für Geschichte der Medizin, und an der Universität Heidelberg, Institut für Geschichte und Ethik der Medizin, ehemaliges Mitglied der Forschergruppe zur DFG-Geschichte und der Forschergruppe Robert Koch-Institut im NS (Charité Berlin). Seit Februar 2011 Projekte zur Geschichte des Deutschen Krebsforschungszentrums (DKFZ) in Heidelberg und zur Geschichte der Radiologie im Nationalsozialismus am Institut für Geschichte und Ethik der Medizin an der Universität Heidelberg.

Ausgewählte Publikationen: „Im Interesse der Volksgesundheit...“. Frankfurt/Main 2002, 59-77; Peststämme aus dem Pasteur-Institut, in: Marion Hulverscheidt/Anja Laukötter (Hrsg.), *Infektion und Institution*. Göttingen 2009, 209-234; *Ärzte, Gesundheitswesen und Wohlfahrtsstaat*. (Neuere Medizin- und Wissenschaftsgeschichte, Bd. 21), Freiburg/Breisgau 2011; *Deutsche Forschungsgemeinschaft und Krebsforschung 1920-1970* (= Studien zur Geschichte der Deutschen Forschungsgemeinschaft 7), Stuttgart 2011.

Dr. Sigrid Oehler-Klein, Studium der Germanistik, Sozialwissenschaften und Philosophie in Gießen, Promotion 1987 zum Dr. phil. mit einer interdisziplinären Arbeit zur Rezeption der Lokalisationslehre des Neuroanatomen und Physiognomen Franz Joseph Gall in der Literatur des 19. Jh.; 1984-1999 Mitarbeiterin an der Soemmerring-Edition der Akademie der Wissenschaften und der Literatur in Mainz; 2000-2007 Betreuung eines Projekts zur Geschichte der Medizinischen Fakultät Gießen während des Nationalsozialismus und in der Nachkriegszeit mit Arbeiten zur Universitäts- und Wissenschaftsgeschichte. Konzeption einer Ausstellung zur Fakultätsgeschichte in Gießen. Seit 2008 Mitarbeiterin bei der Deutschen Kommission zur Bearbeitung der *Regesta Imperii* e.V. bei der Akademie der Wissenschaften und der Literatur in Mainz.

Ausgewählte Publikationen: als Hrsg. und Bearbeiterin, S. Th. Soemmerring: *Anthropologie. Über die körperliche Verschiedenheit des Negers vom Europäer* (1785). Stuttgart, Jena, Lübeck, Ulm 1998 (= Soemmerring-Werke, Bd. 15), als Hrsg. mit

Volker Roelcke, *Vergangenheitspolitik in der universitären Medizin nach 1945: Institutionelle und individuelle Strategien im Umgang mit dem Nationalsozialismus*, Stuttgart 2007 (= Pallas Athene, Beiträge zur Universitäts- und Wissenschaftsgeschichte, 22); als Hrsg. mit vielen eigenen Beiträgen, *Die Medizinische Fakultät der Universität Gießen im Nationalsozialismus und in der Nachkriegszeit: Personen und Institutionen, Umbrüche und Kontinuitäten*, Stuttgart 2007 (=Volker Roelcke (Hrsg.) *Die Medizinische Fakultät der Universität Gießen 1607-2007*, Bd. 2); mit Ulrike Enke, *Professoren - Patienten - Studenten: Die Medizinische Fakultät der Universität Gießen seit 1607*. Gießen 2007 (= Ausstellungsband des Fachbereichs Medizin der Justus-Liebig-Universität Gießen zum 400-jährigen Jubiläum); *Kontext und Bedeutung des wissenschaftlichen Arguments in Georg Forsters Kant-Kritik*. In: Rainer Godel, Gideon Stiening (Hrsg.), *Klopffechtereien – Missverständnisse – Widersprüche? Methodische und methodologische Perspektiven auf die Kant-Forster-Kontroverse*. München 2012 (Laboratorium Aufklärung, Bd. 20), 135-162.

Prof. Dr. Christoph Perleth, 1978-1985 Studium der Psychologie, Mathematik und kath. Theologie an der Ludwig-Maximilians-Universität München. Ab 1986 Mitarbeiter, später "Senior Researcher" in der Münchner Hochbegabungsstudie und diversen Folgestudien bei Prof. Heller, ab 1988 wissenschaftlicher Assistent am Institut für Pädagogische Psychologie und Empirische Pädagogik der LMU München. Promotion 1992, Habilitation 1998 (venia legendi für Psychologie). Seit 1999 Lehrstuhlinhaber für Pädagogische und Heilpädagogische Psychologie am Institut für Pädagogische Psychologie "Rosa and David Katz" der Universität Rostock. Arbeitsgebiete: Hochbegabung, Intelligenz, psychologische Diagnostik und Beratung inkl. Testentwicklung und Evaluation von Fördermaßnahmen; Mitglied des International Panels of Experts in Gifted Education (iPEGE), als wissenschaftlicher Beirat für eine Reihe von Institutionen tätig, vor allem für solche, die auf dem Gebiet der Begabten- und Hochbegabtenförderung aktiv sind wie die Karg-Stiftung, das Österreichische Zentrum für Begabtenförderung und Begabungsforschung (ÖZBF) oder der Deutsche Philologenverband. Derzeit auch Beauftragter der Universität Rostock für behinderte und chronisch kranke Studierende.

Ausgewählte Publikationen: mit Kurt A. Heller, *The Munich Longitudinal Study of Giftedness*, in: Rena F. Subotnik/Karen D. Arnold (Hrsg.), *Beyond Terman: Contemporary Longitudinal Studies of Giftedness and Talent* (2. Auflage), Norwood, NJ 1998, 77-114; mit Kurt A. Heller, *Kognitiver Fähigkeitstest für 4.-12. Klassen, Revision (KFT 4-12+ R)*. Göttingen 2000; mit Tanja Schatz/Franz J. Mönks, *Early indicators of high ability*, in: Kurt A. Heller/Franz J. Mönks/Robert J. Sternberg/Rena F. Subotnik (Hrsg.), *International handbook of giftedness and talent* (2. Auflage). Oxford, UK 2001, 283-310; *Follow-up-Untersuchungen zur Münchner Hochbegabungsstudie [Follow-up studies of the Munich giftedness study]*, in: Kurt A. Heller (Hrsg.), *Hochbegabung im Kindes- und Jugendalter* (2. Auflage). Göttingen 2001, 357-446; mit Annett Wilde, *Developmental Trajectories of Giftedness in Children*, in: Larisa V. Shavinina (Hrsg.), *The Handbook on Giftedness*. New York 2009, 319-

335; mit Kurt A. Heller, Adapting conceptual models for Cross-Cultural applications, in: Faisca. Revista de altas capacidades, 14, 2010, 76-95.

Hannes Pingel, B.A. Studium der Allgemeinen Geschichte und der Soziologie (Bachelor) sowie historischer Wissenskulturen (Master) an der Universität Rostock, Studienschwerpunkte: Historische Demographie, Sozial- und Wirtschaftsgeschichte und Wissenschaftsgeschichte; Bachelorarbeit: „Die Sozialstruktur der Stadt Kröpelin anhand der Volkszählungen 1819 und 1867“, die Masterarbeit ist Fragen der Schifffahrt und des Seehandels mecklenburgischer und pommerscher Städte im 18. Jahrhundert im Spiegel der dänischen Sundzollregister gewidmet.

Prof. Dr. Heinrich von Schwanewede, Studium der Zahnmedizin an der Universität Rostock, Promotion 1967 „Vergleichende histologische Untersuchungen über Altersveränderungen an der menschlichen Gingiva“. Habilitation 1979 „Die Pulpa von Milch- und permanenten Zähnen und ihre Veränderungen in den einzelnen Kariesstadien (Licht- und elektronenmikroskopische Untersuchungen)“. 1984-2008 Direktor der Poliklinik für Zahnärztliche Prothetik und Werkstoffkunde, 1991-2008 Geschäftsführender Direktor der Klinik und Polikliniken für Zahn-, Mund- und Kieferheilkunde, 1994-1997 Stellvertreter des Ärztlichen Direktors des Klinikums der Universität Rostock, 1983-1989 Vorsitzender der Stomatologischen Gesellschaft an den Universitäten Greifswald und Rostock, 1990-1991 Vorsitzender der Gesellschaft für Prothetische Stomatologie der DDR, 1994-1998 Vorsitzender der Deutschen Gesellschaft für Zahnärztliche Prothetik und Werkstoffkunde, derzeitige Forschungsschwerpunkte: Biomaterialien in der Zahnmedizin, Implantologie, Geschichte der Zahnmedizin.

Ausgewählte Publikationen: Long-term results of prosthetic therapy in adult cleft lip alveolus and palate patients, in: Journal of Cranio-Maxillo-Facial Surgery 17 (1989), 52-54 (mit Helga Schuberth); Sind Implantate ein vollwertiger Zahnersatz?, in: Nova Acta Leopoldina 84, 2001, 55-67; Optimization of the Neck Region of Dental Implants with a Bioactive Resorbable Coating, in: Biomedizinische Technik 47, 2002, 479-481 (mit Gunnar Fock/Detlef Behrend/Klaus-Peter Schmitz); Quantitative Bestimmung von Speichel-Komponenten in der Pellikel an Reintitan (Grad 2), in: Biomedizinische Technik 51 (2006), 611-612 (mit Sabine Hügel/Reinhard Göcke); Vom Barbier zur modernen Klinik, Rostock: Ingo-Koch-Verlag, Band 1 2008, Band 2 2011 (mit Armin Andrä).

Dr. Gunther Viereck, Studium der Archivwissenschaft und Neueren und Neuesten Geschichte an der Humboldt-Universität zu Berlin 1990-1997, 1997-1999 Mitarbeiter im DFG-Projekt „Erschließung des Thünen-Archivs“ im Universitätsarchiv Rostock, 1999-2002 Stipendiat der Landesgraduiertenförderung Mecklenburg-Vorpommern, Promotion 2002 „Die Rostocker Thünenforschung zwischen 1900 und 1960: eine historische Analyse“. 2002 bis 2007 wiss. Mitarbeiter an der Universität Rostock im DFG-Projekt „Kritische Edition der Korrespondenz von Johann

Heinrich von Thünen“, seit 2008 Leiter der Bibliothek des Leibniz-Instituts für Nutztierbiologie (FBN) Dummerstorf.

Ausgewählte Publikationen: Briefe. Johann Heinrich von Thünen. Beiträge zur Geschichte der deutschsprachigen Ökonomie 35. Marburg 2011; als Hrsg. mit Martin Buchsteiner, "Ich stehe in der Wissenschaft allein." Richard Ehrenberg (1857-1921), Norderstedt 2008; als Hrsg. mit Martin Buchsteiner, Thünen-Jahrbuch, Tellow 2006-2008; Johann Heinrich von Thünen. Ein Klassiker der Nationalökonomie im Spiegel der Forschung, Hamburg 2006; mit Ilona Buchsteiner, Johann Heinrich von Thünen. "... das ernste praktische Leben fordert die Tätigkeit des Mannes ...". Chronik eines Lebensweges. Friedland 2004.

Peter Thomas Walther, Ph. D., M. A., Studium an der Freien Universität Berlin und der State University of New York at Buffalo, dort M. A. 1976 (Modern German Literature; M. A. Thesis Wilhelm von Kügelgens "Jugenderinnerungen eines alten Mannes") und Ph. D. 1989 (European Intellectual History; Ph. D. Dissertation „Von Meinecke zu Beard? Die nach 1933 in die USA emigrierten deutschen Neuhistoriker“). Wiss. Mitarbeiter u. a. an der Akademie der Wissenschaften zu Berlin [West], Arbeitsgruppe "Exodus von Wissenschaften aus Berlin", dem Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam, der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften und der Humboldt-Universität zu Berlin.

Forschungsschwerpunkte: Exilforschung, Wissenschaftsgeschichte (Institutionen, Personen, Konzeptionen, wissenschaftspolitische Rahmenbedingungen), Historiographiegeschichte, Stadt(raum)geschichte.

Ausgewählte Veröffentlichungen: mit Wolfram Fischer/Klaus Hierholzer/Michael Hubenstorf/Rolf Winau (Hrsg.), Exodus von Wissenschaften aus Berlin: Fragestellungen – Ergebnisse – Desiderate. Entwicklungen vor und nach 1933 (Akademie der Wissenschaften zu Berlin, Forschungsbericht 7). Berlin 1994; Adolf von Harnack als Wissenschaftsorganisator, in: Archiv zur Geschichte der Max-Planck-Gesellschaft, Hrsg., Dahlemer Archivgespräche 8 (2002) 24-32; Die Zerstörung eines Projekts: Hedwig Hintze, Otto Hintze und Friedrich Meinecke, in: Gisela Bock/Daniel Schönplüg (Hrsg.), Friedrich Meinecke in seiner Zeit. Studien zu Leben und Werk. Stuttgart 2006, 119-143; Personalpolitik in der Medizinischen Fakultät und Charité 1933, in: Sabine Schleiermacher/Udo Schagen (Hrsg.), Berliner Medizin im Nationalsozialismus und die Nürnberger Ärzteprozesse 1946. Paderborn 2008, 37-50; mit Matthias Berg/Jens Thiel (Hrsg.), Mit Feder und Schwert. Militär und Wissenschaft – Wissenschaftler und Krieg (Wissenschaft, Politik und Gesellschaft, Bd. 7). Stuttgart 2009.



## **Ringvorlesungen zur Rostocker Universitäts- und Wissenschaftsgeschichte**

### **1. Veranstaltung (Wintersemester 2005/06): 600 Jahre Wissenschaft in Rostock – Geschichte und Selbstvergewisserung**

Kersten Krüger (Rostock): Die Universität Rostock zwischen Selbstbewußtsein und Verunsicherung – die Konzeption zur Erforschung der Geschichte

Wolfgang E. J. Weber (Augsburg): Neugierige Blicke in das Haus des Wissens. Moderne Ansätze der Universitätsgeschichte

Wolfgang Eric Wagner (Rostock): Herzogliche oder städtische Gründung? Die Universität Rostock als Stiftung betrachtet

Tilmann Schmidt (Rostock): Rostock in der Reichsacht und der Auszug der Universität nach Greifswald

Ernst Münch (Rostock): Das Verhältnis zwischen der Universität und der Stadt Rostock im Mittelalter und zu Beginn der Neuzeit

Kersten Krüger (Rostock): Universität und Staat am Beispiel der Formula Concordiae 1563

Marian Füssel (Münster): Von der Prügel zur Promotion. Akademische Rituale in der frühen Neuzeit

Karl-Heinz Jügelt und Marcus Schröter (Rostock): Zur Geschichte der Universitätsbibliothek

Markus Völkel (Rostock): Die Regulierung des Zutritts zu den Universitäten im 16. und 17. Jahrhundert

Katrin Moeller (Halle) und Robert Zagolla (Berlin): Die Hexenverfolgungen in Mecklenburg und die Tätigkeit der Rostocker Juristischen Fakultät

Hans-Uwe Lammel (Rostock): Autopsie und Autorität – Die frühneuzeitliche Neugier in Medizin und Naturforschung

Wolf-Günter Völker (Rostock): Zur Geschichte der Lehrerausbildung von den Anfängen bis zum Ersten Weltkrieg

Ragnar Kinzelbach (Rostock): Johann Friedrich Blumenbach (1752-1840) und die Rostocker Zoologie

### **2. Veranstaltung (Wintersemester 2006/07): Tochter oder Schwester – die Universität Greifswald aus Rostocker Sicht**

Matthias Asche (Tübingen): Rostock, Greifswald, Frankfurt an der Oder, Königsberg, Dorpat und Kiel – Gemeinsamkeiten und Spezifika der Universitätsentwicklung in der Bildungslandschaft im südlichen Ostseeraum

Werner Buchholz (Greifswald): Professorenlexikon und Grundlagenforschung am Beispiel des „Lexikons Greifswalder Hochschullehrer“

Christine Magin (Greifswald): Epigraphik und Universitätsgeschichte. Die Universitäten Rostock und Greifswald im Spiegel historischer Inschriften

Felix Schönrock (Greifswald): Die Greifswalder Universitätsgebäude von den Anfängen bis 1800

Dirk Alvermann (Greifswald): Wie die Universität Greifswald ihr Jubiläum vorbereitet hat

Hans Peter Glöckner (Schwerin): Rechtsgeschichte in Rostock mit Exkursen nach Greifswald

Ivo Asmus (Greifswald): Überblick über Geschichte und Sammlungen der Universitätsbibliothek Greifswald – zentrale Einrichtung seit 1604

Rainer Mühle (Rostock): Impressionen aus der Geschichte des mecklenburgischen Adels im Spiegel der Spruchakten der Juristenfakultät der Universität Rostock (16.-18. Jahrhundert)

Gisela Boeck (Rostock): Chemie in Greifswald und Rostock – ein historischer Vergleich

Heinz-Peter Schmiedebach (Hamburg): Die Medizinischen Fakultäten in Rostock und Greifswald unter dem Paradigma der Naturwissenschaft

Roderich Schmidt (Marburg): Der Aufenthalt der Universität Rostock in Greifswald und die Gründung der dortigen Hochschule 1456

Niklot Klüßendorf (Marburg): Professor Heinz Maybaum (1896-1955) – Ein Mittelalterhistoriker mit Prägespuren von fünf politischen Systemen

### **3. Veranstaltung (Wintersemester 2007/08): Wissen im Wandel: Disziplinengeschichte im 19. Jahrhundert**

Hubert Laitko (Berlin): Disziplinierung und Disziplinarität – Leitlinien der Binnenstrukturierung des Wissenschaftssystems im 19. Jahrhundert

Kai Torsten Kanz (Lübeck): Die Wissenschaften vom Leben und die Disziplin Biologie im 19. Jahrhundert

Johannes Büttner (Hannover): Physiologische Chemie – Chemische Vorgänge im lebenden Organismus erforschen

Jan Cölln und Anita Krätzner (Rostock): Von Christian Wilbrandt zu Karl Bartsch – Institutionalisierung und Disziplinierung der Germanistik in Rostock

Burkhard Kramp (Rostock): Die Herausbildung der HNO-Heilkunde zu einem eigenständigen Fach – Die Errichtung der ersten HNO-Klinik in Nord- und Mitteleuropa in Rostock 1899

Christoph Schmitt (Rostock): Der Volkskundler Richard Wossidlo – ein Franz Boas in Mecklenburg? Methodengeschichtliche Reflexionen über die Feldforschung

Markus Völkel (Rostock): Zwischen Fachwissenschaft und humanistischem Erbe. Die Geschichtswissenschaft an der Universität Rostock auf dem Weg in die Moderne

### **4. Veranstaltung (Ringvorlesung 2008/09): Frauen in der Wissenschaft**

Eva Brinkschulte (Magdeburg): Männliche Rituale und weibliche Studenten

Heike Kahlert (Rostock/Hildesheim): Qualitätsoffensive für die Wissenschaft? Perspektiven von hochschulpolitischen Führungskräften auf die Chancengleichheit der Geschlechter am Beispiel der Universität Rostock

Bettina Wahrig (Braunschweig): Von der weisen Frau zum Gesundheitsberuf: Ausschnitte aus der Geschichte der Hebammenkunst

Hella Ehlers und Eveline Krause (Rostock): „Prometheus“, „M“ und andere: Edith Braemer (1909-1969) und Lotte Henriette Eisner (1896-1983). Annäherung an ungewöhnliche Frauen der Literaturwissenschaft und der Filmografie

Heike Kahlert (Rostock/Hildesheim), Mark Kleemann und Doreen Kruppa (Rostock): Aufstieg oder Ausstieg? Wissenschaftliche Nachwuchskarrieren im Fächer- und Geschlechtervergleich

Annette Vogt (Berlin): Wissenschaftlerinnen in Deutschland von 1895 bis 1945

Pirina Kittel (Neustrelitz) und Marianne Breese (Rostock): Zum Frauenstudium an der Universität Rostock

## **5. Veranstaltung (Ringvorlesung 2009/10): Rostocker gelehrte Köpfe**

Dieter Weiss (Rostock): Hans Spemann und Karl von Frisch, die zwei Rostocker Professoren, die den Nobelpreis bekamen

Ragnar Kinzelbach (Rostock): Der Rostocker Professor Gisbertus Longolius (1507-1543). Humanist und Ornithologe

Nikolaus Werz (Rostock): Die Wilbrandts. Eine Akademikerfamilie aus Rostock im Wandel der deutschen Geschichte

Olaf Engler (Rostock): Moritz Schlick – der Philosoph, der Physiker

Harald Bollbuck (Wolfenbüttel): Albert Krantz und David Chytraeus – Wissenschaft und Historiographie zwischen Humanismus und Reformation

Christoph Meinel (Regensburg): Joachim Jungius, die ‚syndiakritische‘ Methode und die Erfindung des Zettelkastens

Konrad Zimmermann (Rostock): Gottfried von Lücken – Hochschullehrer in drei Systemen

## **6. Veranstaltung (Ringvorlesung 2011): Die Rostocker Universität zwischen 1933 und 1945**

Peter Th. Walther (Berlin): Allgemeine Hochschulpolitik in Deutschland 1933-1945 unter Berücksichtigung des Standorts Rostock

Heinrich von Schwanewede (Rostock): Hans Moral (1885-1933) – Leben, Wirken und Schicksal eines bedeutenden Vertreters der Zahnheilkunde

Christoph Perleth (Rostock): David Katz – Eckpfeiler der deutschen Psychologie der Weimarer Republik

Diana Heß (Greifswald): Der Internist Georg Ganter – Kollision der eigenen Meinung mit politischen Restriktionen und ihre Folgen

Wolfgang Bernard (Rostock): Der verweigerte Eid: Der Gräzistikprofessor Kurt von Fritz

Hannes Pingel (Rostock): Das Rektorat unter Prof. Heinrich Brill 1936/37

Dr. Gunther Viereck (Rostock): „Laßt das Natürliche so natürlich wie möglich“ – Der Hygieniker und Ernährungswissenschaftler Werner Kollath

Dr. Gabriele Moser (Heidelberg): Forschungsförderung im Nationalsozialismus: Der Rostocker Pharmakologe Peter Holtz und andere

Prof. Dieter Hoffmann (Berlin): Pascual Jordan (1902-1980) – Der gute Nazi

Dr. Juliane Deinert (Göttingen): Die Studierenden der Universität Rostock im Dritten Reich

Georg Hoppe und Felix Morawetz (Rostock): Schöner neuer Mensch: Utopien in der frühen Sowjetunion und im Nationalsozialismus im Vergleich

Dr. Sigrid Oehler-Klein (Mainz): Professor Hermann Alois Boehm – Idealist und Propagandist nationalsozialistischer Rassenhygiene

Dr. Ekkehardt Kumbier (Rostock): „Euthanasie“ und Eugenik: Verbrechen an psychisch Kranken und Behinderten in der Zeit des Nationalsozialismus – Eine Bestandsaufnahme unter besonderer Berücksichtigung der Rostocker Psychiatrischen und Nervenklunik

## **7. Veranstaltung (Ringvorlesung 2012) in Kooperation mit dem Department „Wissen-Kultur-Transformation“ der Interdisziplinären Fakultät sowie der Initiative „Kultur im Kloster“**

Dr. Cornelia Weber (Berlin): Auf dem Weg zur Universität der Dinge. Akademische Sammlungen im modernen Wissenschaftsbetrieb

Prof. Dr. Franz-Josef Holznagel (Rostock): Wunderkammer und Miszellaneenhand-schrift – Die Sammlungen des Grafen Wilhelm Werner von Zimmern als Medien der Selbstdarstellung

Dr. Andreas Degkwitz (Berlin): Die Bibliothek der Gegenwart und die Zukunft des Wissens

Prof. Dr. Gesa Mackenthun (Rostock): Emanzipation zwischen Ruinen. Archäologie und forsch(end)e Frauen im 19. Jahrhundert

Prof. Dr. Elke Brüggem (Bonn): Weltkultur. Zur Aufnahme des ›Nibelungenliedes‹ in das Weltdokumentenerbe der UNESCO

Dr. Mathias Rösch (Erlangen-Nürnberg): Schulheft, Handgranate und Spickzettel: das breite Spektrum einer schulgeschichtlichen Sammlung und ihr Einsatz in Forschung und Lehre

Dr. Kristin Skottki (Rostock): Begräbniskultur im Mittelalter

Dr. Jutta Fischer (Rostock): Von Schliemann bis heute. Geschichte der Archäologischen Sammlung. 1873-2012

Dr. Irmgard Egger (Wien): Maßloses Maßhalten. Diätetik – Askese – Hagiographie von der Spätantike bis zur Goethezeit

Prof. Dr. Dieter Gutzen (Bonn/München): Die ›Bibel in gerechter Sprache‹

Prof. Dr. Peter Berger, Prof. Dr. Clemens Cap, Robert Brumme (Rostock): Digitales Panoptikum: Überwachung aus soziologischer und technologischer Sicht



## **Rostocker Studien zur Universitätsgeschichte**

Bisher erschienen und in Vorbereitung:

### **Band 1**

Die Universität Rostock zwischen Sozialismus und Hochschulerneuerung. Zeitzeugen berichten. Herausgegeben von Kersten Krüger. Teil 1. Rostock 2007.

### **Band 2**

Die Universität Rostock zwischen Sozialismus und Hochschulerneuerung. Zeitzeugen berichten. Herausgegeben von Kersten Krüger. Teil 2. Rostock 2008.

### **Band 3**

Die Universität Rostock zwischen Sozialismus und Hochschulerneuerung. Zeitzeugen berichten. Herausgegeben von Kersten Krüger. Teil 3. Rostock 2009.

### **Band 4**

Martin Buchsteiner und Antje Strahl  
Zwischen Monarchie und Moderne. Die 500-Jahrfeier der Universität Rostock 1919. Rostock 2008.

### **Band 5**

Kurt Ziegler  
Zum 50-jährigen Bestehen der Tropenmedizin an der Universität Rostock. Rostock 2008.

### **Band 6**

Jobst D. Herzig und Catharina Trost: Die Universität Rostock 1945-1946. Entnazifizierung und Wiedereröffnung.  
Herausgegeben von Kersten Krüger. Rostock 2008.

### **Band 7**

Anita Krätzner  
Mauerbau und Wehrpflicht. Die politischen Diskussionen am Rostocker Germanistischen Institut in den Jahren 1961 und 1962.  
Herausgegeben von Kersten Krüger. Rostock 2009.

Band 8

Tochter oder Schwester – die Universität Greifswald aus Rostocker Sicht  
Referate der interdisziplinären Ringvorlesung des Arbeitskreises „Rostocker  
Universitäts- und Wissenschaftsgeschichte“ im Wintersemester  
2006/07.

Herausgegeben von Hans-Uwe Lammel und Gisela Boeck.  
Rostock 2010.

Band 9

Frauenstudium in Rostock: Berichte von und über Akademikerinnen.

Herausgegeben von Kersten Krüger.  
Rostock 2010.

Band 10

Maik Landsmann

Die Universitätsparteileitung der Universität Rostock von 1946 bis zur Vorbereitung  
der Volkswahlen der DDR 1954.

Herausgegeben von Kersten Krüger.  
Rostock 2010.

Band 11

Juliane Deinert

Die Studierenden der Universität Rostock im Dritten Reich.

Herausgegeben von Kersten Krüger.  
Rostock 2010.

Band 12

Wissen im Wandel – Disziplinengeschichte im 19. Jahrhundert. Referate der inter-  
disziplinären Ringvorlesung des Arbeitskreises „Rostocker Universitäts- und Wis-  
senschaftsgeschichte“ im Wintersemester 2007/08.

Herausgegeben von Gisela Boeck und Hans-Uwe Lammel.  
Rostock 2011.

Band 13

Angela Hartwig

Das Universitätsarchiv Rostock von 1870 bis 1990.

Herausgegeben von Kersten Krüger.  
Rostock 2010.

Band 14

Angela Hartwig, Bettina Kleinschmidt  
Bestandsübersicht des Universitätsarchivs Rostock.  
Herausgegeben von Kersten Krüger.  
Rostock 2010.

Band 15

Universitätsgeschichte und Zeitzeugen. Die Verwaltung der Universität Rostock und Nachträge.  
Herausgegeben von Kersten Krüger.  
Rostock 2011.

Band 16

Frauen in der Wissenschaft.  
Herausgegeben von Gisela Boeck und Hans-Uwe Lammel.  
Rostock 2011.

Band 17

Gert Haendler  
Erlebte Kirchengeschichte.  
Erinnerungen an Kirchen und Universitäten zwischen Sachsen und den Ostseeländern.  
Herausgegeben von Hermann Michael Niemann und Heinrich Holze.  
Rostock 2011

Band 18

Wie schreibt man Rostocker Universitätsgeschichte?  
Referate und Materialien der Tagung am 31. Januar 2012 in Rostock.  
Herausgegeben von Hans-Uwe Lammel und Gisela Boeck.  
Rostock 2011.

Band 19

Benjamin Venske  
Das Rechenzentrum der Universität Rostock 1964-2010.  
Rostock 2012.

Band 20

Rostocker gelehrte Köpfe, Referate der interdisziplinären Ringvorlesung des Arbeitskreises „Rostocker Universitäts- und Wissenschaftsgeschichte“ im Wintersemester 2009/2010.  
Herausgegeben von Hans-Uwe Lammel und Gisela Boeck.  
In Vorbereitung.

Band 21

Die Universität Rostock in den Jahren 1933-1945.

Referate der interdisziplinären Ringvorlesung des Arbeitskreises „Rostocker Uni-  
versitäts- und Wissenschaftsgeschichte“ im Sommersemester 2011.

Herausgegeben von Gisela Boeck und Hans-Uwe Lammel.

Rostock 2012.

Bezugsmöglichkeit: Universität Rostock, Universitätsarchiv, Schwaansche Straße 4,  
18051 Rostock, Telefon: +49-381 498 8621; Fax: +49-381 498 8622